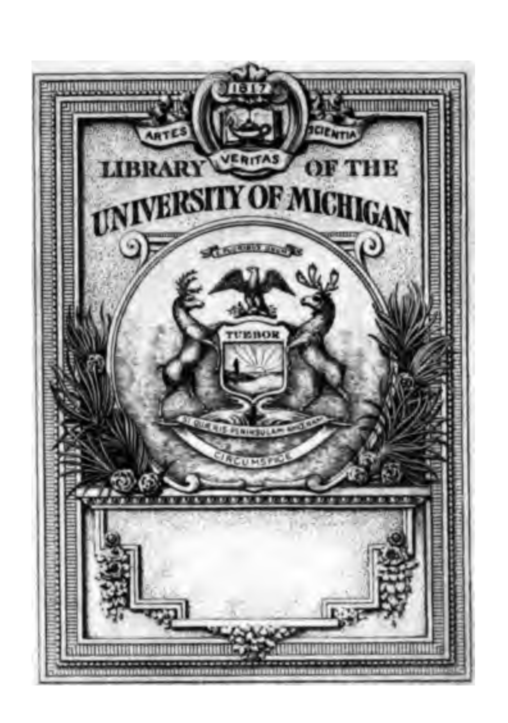

1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit
seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von

Johs. Penzler.

Zweiter Band.

12. Februar 1891 — 5. December 1891.



Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Fürst Bismarck

nach seiner Entlassung.



Fürst Bismarck
nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit
seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Johs. Penzler.

Zweiter Band.

12. Februar — 5. December 1891.



Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

III. Periode:

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

III. Periode:

Friedrichsruh 17. December 1890 — 17. Juli 1891.

(Fortsetzung aus dem I. Bande.)

Am 13. Februar (A.-A.) finden wir in der Münchener „Allgem. Ztg." eine interessante Zusammenstellung über die einzelnen Mitglieder des letzten Bismarckischen Staatsministeriums, eine Zusammenstellung, die von genauer Kenntniß der Verhältnisse zeugt:

> Im vorigen Jahre, unmittelbar nach der Entlassung des Fürsten Bismarck, boten die preußischen Minister insgesammt Seiner Majestät ihre Demission an. Der Kanzlerwechsel sollte jedoch in keiner Weise ein Systemwechsel sein oder als solcher erscheinen, weshalb dem Angebot des preußischen Ministeriums keine weitere Folge gegeben ward und diejenigen Mitglieder desselben, welche abzutreten entschlossen waren, zum einstweiligen Bleiben veranlaßt wurden. Nur Graf Herbert Bismarck folgte dem Fürsten, nach allgemeiner Annahme wider den Wunsch des Kaisers, unmittelbar nach. Am 25. Juni trat dann der Finanzminister von Scholz seinen Platz an Herrn Dr. Miquel ab, ihm folgte der Kriegsminister von Verdy, aus Gründen, die nicht direct an den Kanzlerwechsel anknüpften; im Herbst zog sich der Landwirthschaftsminister Freiherr von Lucius ins Privatleben zurück.
>
> Von den alten Ministern, d. h. denjenigen, welche den drei Kaisern als Minister gedient haben, sind nur noch der Arbeitsminister von Maybach, der Minister ohne Portefeuille von Boetticher und der Cultusminister von Goßler vorhanden. Herr von Maybach ist auch der auch an Lebensjahren älteste preußische Minister. In seinem Ressort hat er unter dem Ministerium Bismarck und bis zur Stunde eine so ausgesprochene Selbstständigkeit behauptet, wie keiner seiner Collegen; der frühere Kanzler bekannte wiederholt, wenn Wünsche zur Eisenbahnpolitik, für Canalbauten

und dergleichen an ihn herantraten: dort — im Arbeitsministerium — vermag ich nichts. Trotzdem standen beide Männer ausgezeichnet mit einander, und Fürst Bismarck ließ noch in der kritischen Zeit, jetzt vor einem Jahr, Gerüchte über einen Zwiespalt mit Herrn von Maybach öffentlich scharf widerlegen. Dieser hatte schon im März v. J. ernstlich seine Stunde für gekommen erachtet und soll unlängst wieder trotz der großen Reformen, die von ihm in der Tarifpolitik eingeleitet sind, den Wunsch nach seiner Verabschiedung zu erkennen gegeben haben. Der Kaiser zeichnete ihn jüngst nach der improvisirten Eisenbahnfahrt nach Hannover durch ein huldvolles Telegramm aus, und auch Vorstellungen des Reichskanzlers von Caprivi dürften Herrn von Maybach bestimmt haben, den Zeitpunkt seines Rücktritts zu verschieben.

Ueber die Schwierigkeit der Stellung des Cultusministers von Goßler ist bereits kürzlich in einer Berliner Correspondenz der „Allgem. Ztg." das Nöthige gesagt worden; es muß mit der Wahrscheinlichkeit seines Rücktrittes zu Beginn des Frühjahrs gerechnet werden.

Was endlich Herrn von Boetticher betrifft, so hat über eine Veränderung seiner Stellung bisher direct noch nichts verlautet. Indessen das Gerücht über eine Erweiterung des Einflusses des Finanzministers Dr. Miquel schloß mittelbar das Ausscheiden des Herrn von Boetticher aus seinem Amte als Vicepräsident des preußischen Ministeriums ein, und mit dieser Minderung wäre wohl auch das Scheiden aus dem Staatssecretariat des Innern gegeben. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß das Bedürfniß eines größeren Spielraums für die politischen Fähigkeiten des Herrn Miquel den Rücktritt des Ministers von Boetticher veranlassen wird, sondern die Sache kann sich offenbar nur umgekehrt verhalten: beim Rücktritte des Herrn von Boetticher wird Herr Dr. Miquel zur preußischen Vicepräsidentschaft berufen sein. Daß man weiter gehen, zu einer Trennung der Personalunion zwischen Reichskanzler und Ministerpräsidentschaft schreiten oder über das Stellvertretungsgesetz hinaus eine Vicekanzlerschaft einrichten sollte, ist eine Vermuthung, für welche nur das Vertrauen in die politische Bedeutung des Finanzministers Miquel spricht und die entschieden die Erfahrungen mit ähnlichen früheren Versuchen und den vollberechtigten Anspruch des Reichskanzlers, die Leitung der Gesammtpolitik in seiner Hand zu behalten, gegen sich hat.

Daß hier die Eventualität des Rücktritts auch des dritten der alten Minister und seines Ueberganges zu einer Oberpräsidentenstelle ins Auge gefaßt ist, kann im Grunde nicht sehr auffallen. Das System oder der Cours hat sich doch in mancherlei Beziehung nicht wenig verändert, und welche persönlichen Opfer die neue Richtung erfordert, hat

man an der Sperrgeldervorlage gesehen. Aber auch die Handelspolitik, und diese mehr noch als die neuere Socialreform, macht Widersprüche mit dem alten Regiment unausbleiblich, die wohl ein Mann wie Fürst Bismarck leicht hätte auf sich nehmen können, deren Vertretung aber seinen früheren Mitarbeitern besser erspart bleibt.

So sind ohne Zweifel, wenn nicht unmittelbar, so doch in gemessener Zeit Personalveränderungen in den leitenden politischen Stellungen zu erwarten. Die Reconstruction des preußischen Cabinets, die schon im März v. J. vorauszusehen war und bisher — vom Kriegsministerium abgesehen — auf das Finanz- und das landwirthschaftliche Ressort beschränkt blieb, wird sich vielleicht weiter allmählich vollziehen, könnte aber auch uno actu erfolgen. Im letzteren Falle würde die Empfindlichkeit, welche sich neuerdings in einem Theile der öffentlichen Meinung gegenüber hohen Stellenwechseln gezeigt hat, wahrscheinlich mehr geschont werden als im ersteren: es liegt in der Natur der politischen Dinge, daß man neue Systeme mit neuen Kräften durchführt.

* * *

Unter der Ueberschrift: „Bismarck als Censor“ brachte die in New-York erscheinende Zeitung „Deutscher Volksfreund“ folgenden, von den „Hamb. Nachr.“ am 13. Februar (A.-A.) mitgetheilten Artikel:

„Für einen Mann im Vollsinne des Wortes, der an Arbeit, strenge Arbeit gewöhnt ist und des Lebens Werth nicht in den Genuß oder in den Gewinn, sondern in die persönliche Leistung setzt, ist es eine schwere Prüfung seiner Geduld, wenn er jählings aus der vollen Thätigkeit herausgerissen und, wie man sagt, auf die Bärenhaut gelegt wird. Ist's Krankheit oder Abnahme der Kraft im Alter, die das thut, nun, dann ergiebt sich der arbeitsfrohe Mensch wohl leichter ins Unvermeidliche; wird er aber im Vollbesitze seiner Kraft und Arbeitsfreude jählings von der Arbeit weggerissen und zur Unthätigkeit verurtheilt, so muß es ihm wohl doppelt schwer fallen, ohne die gewohnte Berufsthätigkeit seine Tage zu verbringen.

„In solcher Lage aber ist jetzt Deutschlands großer Kanzler, der doch der eigentliche und wahre Gründer des Deutschen Reiches ist und bleibt, wenn auch Heinrich von Sybel sein fünfbändiges Werk überschrieben hat: ‚Die Gründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.‘. Bismarck spürt noch nichts von Abnahme der Kraft, obwohl er die Siebenzig schon hinter sich hat. Er hat starke Schultern, wie der Atlas der Sage, und war gewohnt, die ungeheure Last des Reiches auf diesen Schultern zu tragen. Er stand in voller, großartigster Thätigkeit, als er plötzlich seines Amtes enthoben und zum Ruhen von der gewohnten Arbeit verwiesen wurde. Ist's ein Wunder, daß dem alten Riesen das Nichtsthun schwer fällt, und daß er sich nicht so leicht wie der Kaiser Diocletian 305 nach Christi Geburt in Salonä an

der Ostküste des stürmischen Adriatischen Meeres an das Pflanzen von Kohl und Rüben gewöhnen kann? Oft erhält der Alte im Sachsenwalde Besuch, und jeder Besuch freut ihn und wird gastlich empfangen und bewirthet: aber das Anhören von Glückwünschen und die Beantwortung derselben ersetzt ihm doch die altgewohnte stramme Arbeit nicht. Als jüngst reichstreue Straßburger Bürger den Alten im Sachsenwalde besuchten, sagte derselbe schier wehmüthig: ‚Ich bin jetzt außer Cours gesetzt; ich bin wie eine alte Raketenkiste, welche uneröffnet und verschlossen ihren Beruf verfehlt hat, und deren Inhalt unbenutzt zu Grunde geht.‘ (Wir bemerken beiläufig, daß der Ausdruck „Raketenkiste“, wie jetzt bekannt, nicht gebraucht ist. Red. d. „Hamb. Nachr.“.)

„Der Alte steht offenbar auf der Höhe, wo er unbeschadet seiner Größe sich selbst ein wenig zum Besten haben kann. In Wahrheit hat er ja seinen Beruf nicht verfehlt, sondern ganz und voll erfüllt. Er hat das Deutsche Reich unter Gottes gnädiger Führung und Fügung gegründet. Und nutzlos zu Grunde geht er auch jetzt nicht. Fern von Berlin und seinem Lärm, fern vom politischen Hader und Zank der Parteien übt er vom Sachsenwalde aus das Amt eines furchtlosen Censors, wie es der alte Cato einst in Rom übte. Im Reich wagen es viele Unterthanen nicht, an den Maßregeln der Regierung eine freie, sachliche, gerechte Kritik zu üben. Bismarck übt sie, frisch und frei tadelt, rügt, ja verurtheilt er, was ihm verkehrt erscheint. Laut erhebt er seinen Warnungsruf, wo ihm die Regierung eine falsche Bahn zu betreten scheint. Seine Stellung, seine Größe, sein ungeheures Verdienst ums Vaterland erlaubt ihm das. Seine warme Liebe zu Volk und Reich und Kaiserhaus treibt ihn dazu.

„Kleine Menschen messen den großen Kanzler nach ihrem Maaßstab und sehen in der Ausübung des Censoramtes nur kleinliche Bosheit; wer Bismarck gerecht zu würdigen weiß, wird in dem Censor im Sachsenwalde nur den — treuen Eckart des neuen Deutschen Reiches erblicken.“

* * *

„Ein ernstes Wort zur Lage“ — unter dieser Ueberschrift brachte nach der Colonialdebatte und den vielen sich ihr anschließenden Zeitungsartikeln das in Berlin damals noch erscheinende „Deutsche Tageblatt“ einen Artikel, dessen Inhalt für die „Hamb. Nachr.“ überraschend war. Uns dünkt, daß diese Ueberraschung nicht sowohl vom „Deutschen Tageblatt“ als von den „Hamb. Nachr.“ selbst verschuldet war. Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnen jenes Berliner Blatt immer als conservativ und machen ihm auch in dem unten folgenden Artikel den durchaus berechtigten Vorwurf, daß es das Wesen des wahren Conservatismus verkenne. Berechtigt ist der Vorwurf, er traf aber nicht nur für den einzelnen Artikel, sondern für die Haltung des

Blattes insgesammt zu. Das „Deutsche Tageblatt" stand bei den Conservativen immer im Geruche einer gewissen Heterodoxie, die darin bestand, daß es ein mit der Regierung durch Dick und Dünn Gehen für conservativ hielt und sich jeder rein sachlichen Kritik, die ein Correlat conservativer Treue und Loyalität ist, stricte enthielt. Dieser kleine Irrthum der „Hamb. Nachr." ist zu berücksichtigen bei der in dem hier folgenden Artikel geübten Kritik an der Haltung der Conservativen, die ganze Kritik vielmehr auf die Haltung des „Deutschen Tageblattes" zu beschränken. Der Artikel vom 14. Februar (M.-A.) lautet:

> „Ein ernstes Wort zur Lage." Die Erregung, welche sich in den officiösen Blättern verschiedener Schattirung anläßlich einiger Artikel der „Hamb. Nachr." ausspricht, erinnert an den Scheibenstand, wo, wenn man ins Schwarze getroffen hat, allerhand wunderliche Figuren in die Höhe springen. Mit diesen Figuren wollen wir uns successive in aller Ruhe beschäftigen.
>
> Die überraschendste dieser Figuren ist die, welche im Berliner conservativen „Deutschen Tageblatt" in einem Artikel: „Ein ernstes Wort zur Lage" zum Vorschein kommt. Wenn darin der conservativen Partei die Pflicht zugeschrieben wird, unter allen Umständen „ihrer Gesammtstellung zur Regierung Sr. Majestät des Königs das Gepräge der Treue und Loyalität zu erhalten" und die Partei vor den in den „Hamb. Nachr." vertretenen Tendenzen gewarnt wird, so überlassen wir der Zukunft und der Geschichte die Entscheidung darüber, ob die Treue und Loyalität gegenüber den conservativ-monarchischen Einrichtungen, wie sie im Deutschen Reiche bestehen, besser gewahrt wird durch unsere rein sachliche Kritik, oder durch den Opportunismus einer Fractionstactik, die im Wettbewerb mit Herrn Eugen Richter stromabwärts treibt. Das conservative Blatt befindet sich mit Herrn Richter und dessen Freunden auch in der Beziehung auf gleicher Linie, daß es auf unsere, wie wir wiederholen, sachlichen Ausführungen mit Invectiven gegen den Fürsten Bismarck antwortet und sich damit aus der Affaire zu ziehen sucht.
>
> Wir erneuern unsere öfters abgegebene Erklärung, daß wir die in unserem Blatte zum Ausdruck gelangenden Ansichten auf der Basis der Verfassung und des Preßgesetzes selbst vertreten. Wenn einige unserer Kritiker darauf mit Denunciationen beim Staatsanwalt antworten, so läßt uns diese Drohung vollständig ruhig. Wir empfehlen den Urhebern derselben, doch einmal in den Zeitungen aus der Conflictszeit von 1862 bis 1866 nachzulesen, was dort gegen Minister gesagt wurde, ohne daß die Staatsanwaltschaft einschritt; so z. B. wurde dem Fürsten Bismarck gegenüber im offenen Druck die Hoffnung ausgesprochen, ihn „zum Vortheil des Staates Wolle spinnen zu sehen"; Drohungen mit Zucht-

haus, Vermögensconfiscation, Anspielungen auf Strafford, Polignac u. s. w. waren an der Tages-Ordnung, und wer weiß, was geschehen wäre, hätte König Wilhelm damals das Zeitliche gesegnet. Wer sich in die Zeitungslectüre jener Tage hineinarbeitet, wird über die objectiven Erörterungen in den „Hamb. Nachr." jedenfalls etwas milder denken. Wir erinnern uns nicht, irgend etwas, was die Grenzen der sachlichen Kritik, zu der jedes deutsche Blatt berechtigt ist, überschreitet, gesagt zu haben und erwarten den Gegenbeweis. Wenn wir dabei gelegentlich Auffassungen des Fürsten Bismarck vertreten haben, so ist das kein Novum; wir haben das seit Jahren oft gethan und können deshalb mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß wir, wenn nicht in allen, so doch in manchen Dingen die Zustimmung des früheren Reichskanzlers haben.

Wenn der erwähnte Appell an die Staatsanwaltschaft sich übrigens gegen Letzteren richten sollte, so glauben wir nach der Art, wie wir den Charakter des Fürsten Bismarck aus der Vergangenheit beurtheilen, daß er auch auf dem angedeuteten Gebiete die Vertretung seiner Ueberzeugungen bereitwillig aufnehmen würde, da bei ihm von persönlichen Motiven und Interessen nicht die Rede sein kann, sondern nur von seiner objectiven Ansicht darüber, wie dem Kaiser und dem Reiche in der gegenwärtigen Situation am besten gedient werde. Wir würden uns freuen, wenn wir in dieser Beziehung für die von uns vertretenen Auffassungen die Zustimmung eines Staatsmannes hätten, der seit einem Menschenalter nicht unglücklich gewesen ist in der Beurtheilung der unserer Politik zu empfehlenden Wege. Falls wir in Ermangelung sicherer Unterlagen vor die Nothwendigkeit gestellt würden, zu entscheiden, ob der Verfasser des „Ernsten Wortes" im „Deutschen Tageblatt" oder Fürst Bismarck ein competenteres Urtheil über das, was für unsere Politik rathsam ist, habe, so würde unsere Wahl nicht zweifelhaft sein.

Es ist ein sehr geläufiger Schachzug in der publicistischen Besprechung der Tagespolitik, dem Fürsten Bismarck ein erhebliches Theil von Zorn, von Verstimmung und von Machtbestrebung zuzuschreiben, wenn wir gegenüber den Ausweichungen von der seiner Zeit durch den Fürsten Bismarck befolgten Politik für letztere aus Ueberzeugung eintreten. Wir glauben, daß der frühere Kanzler von diesen Emotionen vollständig frei ist, die man ihm zuschreibt, und vielleicht, wie wir vermuthen, unter dem Eindruck der Sorge steht: ne quid res publica detrimenti capiat. Wenn von anderer Seite dem Fürsten Bismarck empfohlen wird, seine Gravamina für seine Memoiren aufzusparen, so wird der Fürst diesem freundlichen Rathschlag wahrscheinlich die Erwägung entgegensetzen, daß die Sache post festum erschiene. Der frühere Reichskanzler wird, falls ihm dieses oder jenes an der heutigen Politik nicht gefallen sollte, immer

nur von Gesichtspunkten der salus publica geleitet; alles Uebrige ist ihm gleichgültig, er hat an Ruhm und Ehren wie an Jahren genug, um in persönlicher Hinsicht ohne Wunsch zu sein; er würde sich aber vermuthlich in seinem Gewissen beunruhigt fühlen, wenn er da schwiege, wo sein gewissenhafter Patriotismus zu reden geböte.

Beklagt man, wie das „Ernste Wort" im „Deutschen Tageblatt" es thut, aufs Tiefste, daß sich Fürst Bismarck von unserer Vertretung seiner früheren Politik „nicht in bestimmter und jeden Zweifel ausschließender Form los sage", so würden wir umgekehrt berechtigt sein, es auf das Tiefste zu beklagen, wenn Fürst Bismarck Artikeln, wie sie neuerdings ihm gegenüber zur Vertretung einer Aenderung seiner Politik geschrieben werden — neuerdings auch im „Deutschen Tageblatt" — nicht „in bestimmter und jeden Zweifel ausschließender Form" entgegenträte. Wir glauben, daß der Fürst weder zu dem Einen noch zu dem Andern eine Verpflichtung hat, würden aber Zweifel hegen müssen an der vollen Begründung der früher von ihm im Amte vertretenen Ueberzeugungen, wenn wir aus seinem Verhalten auf eine Billigung der Gesammtheit der heutigen Politik schließen wollten, welche wir mit dem alten Cours nicht überall in Einklang zu bringen wissen; in solchem Falle würde ein unrühmlicher Bruch mit seiner eigenen früheren Politik vorliegen, den Niemand von dem Fürsten Bismarck erwarten kann. Wir glauben, wie gesagt, nicht, daß Fürst Bismarck zu einem Pronunciamento in dem einen oder dem anderen Sinne schreiten wird, und wir werden es auch fernerhin für vollständig berechtigt halten, innerhalb der schicklichen Grenzen, die wir bisher beobachtet haben, unsere Ueberzeugung zu vertreten. Fürst Bismarck kann sich unserer Ansicht nach niemals der Mitarbeit an einer Schwächung des monarchischen Princips verdächtig machen; es ist seltsam, daß wir, das in einem republicanischen Staatswesen gedruckte Blatt, einem preußisch-conservativen Organe hierüber Belehrung ertheilen müssen.

Im Uebrigen glauben wir nicht, in dem „Ernsten Wort" des „Deutschen Tageblattes" ein dauerndes Fractionsprogramm erblicken zu müssen; anderenfalls würde es uns im Lichte einer Abdication der conservativen Landtagspartei erscheinen. Wir können das Zukunftsrecept des monarchischen Conservatismus doch nicht in der Aufgabe erblicken, bei jeder Velleität der Regierung die unterschriftliche königliche Autorisation zur Einbringung der betreffenden Vorlage als maßgebend anzusehen; sondern nach unserer Auffassung von monarchischem Conservatismus sollen die Träger desselben, soweit sie glauben, daß die Intentionen der jeweiligen Regierung eine gemeinschädliche Seite haben, diese ihre Ueberzeugung energisch aussprechen und vertreten ohne Furcht nicht nur vor ministerieller Miß-

billigung, sondern auch vor den Ansichten ihrer Wähler. Wir halten, ganz abgesehen von Gründen der persönlichen Würde, lediglich nach Gesichtspunkten der öffentlichen Zweckmäßigkeit und der Befestigung des Verfassungslebens Abstimmungen in der zweiten preußischen Kammer nicht für nützlich, die unter der reservatio mentalis erfolgen, daß das Herrenhaus die Sache hoffentlich wieder gut machen werde.

* * *

Am 12. Februar war der russische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Schuwalow, in Friedrichsruh zum Besuche des Fürsten Bismarck und kehrte am Abend wieder nach Berlin zurück.

* * *

Es ist nur zu begreiflich, daß in dieser Zeit, in der die Gegensätze des alten und des neuen Courses so hart auf einander stoßen, auch Kundgebungen allgemeinerer Art zur Geltung kommen. Während die Presse in Preußen mit wenigen Ausnahmen den Kampf um Einzelfragen fortführt, stellen reichstreue Organe aus Mittel- und Süddeutschland Betrachtungen an, die die Lage im Ganzen zum Gegenstand haben. Wir theilen hier einzelne von ihnen mit.

Um die Mitte des März schreiben die „Dresdener Nachrichten“:

„Fürst Bismarck hat gewarnt davor, daß mit dem System des Schutzes der nationalen Arbeit gebrochen werde — über 200 Abgeordnete haben seiner Ansicht zugestimmt. Er hat gemahnt, daß man vor dem Abschluß des Vertrages mit Oesterreich nicht die Compensationsobjecte preisgeben solle — die Regierung hat diese Mahnung zu der ihrigen gemacht, wie die Interessenten, die Vertreter der Industrie und Landwirthschaft, ihr zustimmten. Aus den Spalten des Hamburger Blattes erklang der Ruf, daß man nicht im socialen Taumel die Besonnenheit verlieren solle, daß Beschlüsse, wie sie seiner Zeit die Arbeiterschutzcommission faßte, unerträgliche Lasten bedingten — die Regierung, die überwiegende Majorität der Commission, das Plenum des Reichstages, die Handelskammern, die Industrievereine pflichteten dieser Meinung bei! In der Frage des deutsch-englischen Vertrages stimmt Fürst Bismarck der Regierung nicht zu — bei der Colonialdebatte fand dieser Vertrag ungetheilte Zustimmung nur auf der Linken des Hauses. Die Aufhebung der Viehsperre entsprach nicht der Ueberzeugung des Fürsten Bismarck — an zahlreichen Grenzstellen mußte die Maßregel alsbald zurückgenommen werden, weil thatsächlich erneute Verseuchung eintrat.

„Glaubt denn wirklich Jemand, daß die allgemeine Unzufriedenheit und Besorgniß, die in den nationalgesinnten Kreisen sich breit macht, zurückzuführen sei auf Aeußerungen des Hamburger Blattes? Nein und tausendmal nein! Jene Empfindungen sind geboren aus der Unsicherheit, welche

das Aufgeben jedes alten Courses erregen muß, wie auch die Ziele der neuen Politik sein mögen. Jenes peinliche Gefühl der Unsicherheit liegt auf dem ackerbautreibenden Theile der Bevölkerung, wie der Landwirthschaftsrath es scharf genug aussprach; die Industriellen sind besorgt, daß die deutsche Concurrenzfähigkeit auf zu harte Proben gestellt wird; in hohen militairischen Kreisen herrscht Verstimmung; die Colonialfreunde sind bekümmert — sind das Folgen des Auftretens des Fürsten Bismarck? ... Die Vorgänge, welche sich in den Zeitungsartikeln spiegeln, sind überaus peinlich.

„Wir Sachsen wissen genau, daß der Particularismus, der den Schmerz vom Jahre 1866 nicht vergessen konnte, ausgelöscht wurde erst durch den Aufblick zu der hehren Gestalt des ersten Kaisers, dann aber auch vor Allem durch die Politik eines Staatsmannes, der die nationalen Eigenheiten der einzelnen Stämme zu schonen verstand. Wir wissen auch nicht erst aus dem Sybel'schen Geschichtswerke, welchen Antheil Fürst Bismarck an der Erhaltung unserer Selbstständigkeit hatte. Wir halten die alte Sachsentreue aufrecht zu Kaiser, König und Reich; aber wir werden auch die alte particularistische Eigenschaft der Dankbarkeit nicht vergessen. Es ist kein Zufall, daß in Bayern, Württemberg und Baden wie hier in Sachsen die Begeisterung für Bismarck nicht aussterben will — hier wie dort hält man die Fahne des Reiches hoch; eben darum aber möchte man das frevelhafte Spiel beendet sehen, das die Presse treibt."

In der „Tübinger Chronik" heißt es in denselben Tagen:

„Die Bismarckhetze steht in voller Blüthe. Giftiger, gehässiger und ungerechter ist Fürst Bismarck kaum in der Conflictszeit von einer Presse verfolgt worden, welche sich ‚freisinnig' und ‚demokratisch' nennt. Die Presse, welche stets für die individuelle Freiheit, für freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift einzutreten vorgiebt, möchte einem Manne, wie unserem früheren Reichskanzler, am liebsten ein Mundschloß anhängen! Aber damit begnügt sich diese Presse nicht, sondern sie vergißt in ihrem Haß gegen den besten und größten deutschen Mann nicht nur die Principien, die sie auf ihr Programm geschrieben, sie erniedrigt auch ihren vielberufenen ‚Männerstolz vor Königsthronen', der uns allerdings immer ziemlich fadenscheinig vorgekommen ist, soweit, daß sie den Fürsten Bismarck an höchster Stelle förmlich denuncirt wegen Dingen, die derselbe nie gethan hat und an die derselbe, wie sich auch jeder ehrliche Gegner Bismarck's sagen muß, gar nicht denkt und nicht denken kann.

„Wenn die bewußte Sorte von Presse dabei in salbungsvollen Worten immer und immer wieder meint, Fürst Bismarck dürfe sich gratuliren, daß die Aera der ‚Strafantragsformulare' vorbei sei, so findet diese Heuchelei, denn als solche qualificirt sich ein derartiges Gebahren, bei uns die verdiente

Würdigung. Es ist nichts Anderes, als der ziemlich unverblümte Ruf nach der Staatsanwaltschaft, den wir in diesen heuchlerischen Phrasen finden. Wir sind überzeugt, daß der Widerwille gegen diese Hetzerei bis weit in die Reihen der weiter links stehenden Parteien sich erstreckt. Es ist aber auch an der Zeit, daß aus dem Volke heraus energisch Protest gegen dieselbe erhoben wird."

Die „Pfälzische Presse" aber äußert sich folgendermaßen:

„Es ist traurig, zu beobachten, wie geringe Kenntniß von der menschlichen Natur gewisse Zeitungen kundgeben, wenn es sich um Fürst Bismarck handelt. Wie kann man nur einem Manne, der ein solch thatenreiches Leben hinter sich hat, nun, da er nicht mehr an leitender Stelle steht, Schweigen gebieten wollen! Darnach müßte der Mensch eine Maschine sein, die man jeden Augenblick stillstellen kann. Wir würden es nicht begriffen haben, wenn der Schöpfer des Deutschen Reiches nach seinem Zurücktritt von der activen Leitung seiner Schöpfung den weiteren Geschicken derselben mit Gleichgültigkeit würde zugesehen haben.

„Daß die Angriffe in den Zeitungen von leitenden Politikern inspirirt sind, ist über alle Zweifel erhaben. Fragen sich doch diese Politiker, die dem Fürsten Bismarck das Recht der freien Meinungsäußerung verkümmern wollen, einmal selbst, ob sie geneigt wären, eines schönen Tages ihre Thätigkeit plötzlich einzustellen! ‚Große Männer gehören nicht sich selbst, sondern der Nation an.' So schreibt man in der ‚Köln. Ztg.' und folgert daraus — nun natürlich, daß sie sich bis zu ihrem Ende den Interessen der Nation widmen — nein, im Gegentheil, daß sie nach ihrem Austritt aus der Activität schweigen sollen. Diese Schlußfolgerung charakterisirt die Verurtheiler der Bismarck'schen Handlungsweise sehr gut. Ihr Urtheil hat keine überzeugenden Gründe, sondern ist darauf zurückzuführen, daß ihnen die freie Meinungsäußerung des ehemaligen Reichskanzlers unbequem ist. Sie wissen nur zu gut, wie man im Lande mit hochgradigem Interesse solche Aeußerungen aufnimmt. Wohl dem Lande, das einen solchen Censor hat! Da man gegen sein Recht, Censur zu üben, nichts Stichhaltiges vorbringen kann, behauptet man schließlich, der Fürst handle von persönlicher Rachsucht getrieben.

„Wie kleinlich man doch von einem solchen Manne denkt! Wir glauben, behaupten zu können, daß der ehemalige Kanzler bei allen Handlungen, die seiner persönlichen Rachsucht zugeschrieben werden, ein großes politisches Interesse im Auge hatte. Und gegen wen sollte er denn heute rachsüchtig sein? Aber es giebt eben so viele Leute, die eine abfällige Kritik nur auf persönliche Motive zurückführen können. Keinem ist es verwehrt, die Kundgebungen des genialen Staatsmannes wieder zu kritisiren, unwürdig aber ist es, darüber zu jammern und zu schimpfen.

„Die ‚Köln. Ztg.‘ giebt dem Fürsten zu, seine gewaltige Stimme erheben zu dürfen, wenn die Nation einer schweren Krisis zutreibt. Das wäre dasselbe, als wenn man im gewöhnlichen Leben erst dann eine Feuerwehr organisiren wollte, wenn einmal ein Haus brennt. Nein! es ist gerade nothwendig, daß jeder Staatsbürger — auch Fürst Bismarck — seine Pflicht thut, wenn er glaubt, einer schweren Krisis vorbeugen zu müssen. Wenn der Fürst Bismarck einen Zeitungsartikel schreibt oder inspirirt, ist er in einer Hinsicht nichts weiter wie jeder andere Journalist oder Schriftsteller, und hat es durchaus nicht nöthig, seinen Namen unter den betreffenden Artikel zu setzen. Andererseits aber nimmt er eine besondere Stellung ein, weil man in jedem Wort, welches der Fürst schreibt, sofort seinen gewaltigen Geist erkennt. Es giebt nur wenige Politiker, bei denen man sagen kann: Dieser Artikel ist allem Anschein nach von Dem oder Jenem. Bismarck erkennt man, wie gesagt, in jedem Satz, in jedem Wort. Ex ungue leonem! Und gerade deshalb sind seine Worte werth, berücksichtigt zu werden, weit eher, als die Ansicht dieses oder jenes Specialcorrespondenten irgend einer Zeitung. Die Bewunderung und Dankbarkeit aber, welche die Nation für den eisernen Kanzler empfindet, vermag das Verhalten des Politikers in Friedrichsruh nicht nur nicht zu erschüttern, sondern nur mehr und mehr zu festigen und zu steigern. Seine Censorenthätigkeit beweist eben, daß er noch eben so jugendfrisch und thatkräftig ist, wie in der Zeit, als er sich durch seine grandiose Wirksamkeit als den genialsten Staatsmann der Gegenwart zeigte. Wie unbequem er als ‚Censor‘ manchen Zeitungsschreibern und anderen Leuten sein mag, jeder unbefangene Deutsche wird den Wunsch haben, daß dieser ‚Censor‘ der Nation möglichst lange erhalten bleiben möge.“

Endlich in der „Badischen Landeszeitung“ lesen wir:

„Wenn die ‚Hamb. Nachr.‘, gestützt auf Andeutungen Bismarck's, darauf hingewiesen haben, daß es nicht vorsichtig sei, das politische Bündniß mit Oesterreich unter die Einwirkung handelspolitischer Interessenfragen zu bringen, so hat das Volk alle Ursache, dafür dem Fürsten Bismarck dankbar zu sein. Es gereicht ihm zur Ehre, bei Zeiten vor dem Betreten eines falschen Weges zu warnen und nicht erst, wie die ‚Köln. Ztg.‘ in fast thörichter Weise meint, aus seiner Zurückgezogenheit herauszutreten, wenn Gefahr und Schaden in drohendstem Umfange auf dem falschen Wege sich entwickelt hätten. Gerade Oesterreich gegenüber gebietet kein Zweiter in Deutschland über solche Erfahrungen, wie Fürst Bismarck. Fast vierzig Jahre hindurch beschäftigten ihn in Krieg und Frieden Preußens und Deutschlands Beziehungen zum Wiener Hofe. Die Welt weiß, wie viel ihm daran lag, diese Beziehungen zu guten, unantastbaren, beiden Reichen gleich vortheilhaften zu machen, und jeder Zweifel darüber ist ausgeschlossen, daß Niemand so wie er die Vor-

aussetzungen derselben beherrscht. Keiner der heute das Steuer des Reiches führenden Staatsmänner darf sich ihm darin vergleichen, oder wenigstens von der Nation das gleiche Vertrauen zur eigenen oder gar besseren Sachkenntniß verlangen."

So haben wir vier Stimmen aus Sachsen, Württemberg, Bayern und Baden — alle particularistisch, aber alle voll Harmonie in ihrem Dank, ihrer Verehrung für den Fürsten Bismarck, in ihrem Vertrauen zum ihm, aber auch in ihrer Entrüstung über einen großen Theil der deutschen Presse.

* * *

Eine so allgemeine Freiheit und Berechtigung, seine Meinung zu äußern, wie sie der New-Yorker „Deutsche Volksfreund" für Fürst Bismarck fordert (s. oben S. 4), kann die „Köln. Ztg." nicht zugeben; sie will diese Berechtigung auf die Fälle einer schweren Krisis beschränkt wissen und versucht diese Einschränkung zu begründen in einem Artikel vom 16. Februar (A.-A.): Fürst Bismarck als politischer Censor. Hervorragende Organe der gemäßigten Parteien haben sich dieser Tage gleichzeitig einerseits mit der Grundstellung der Regierung und andererseits mit der Preßthätigkeit des Fürsten Bismarck beschäftigt. Insbesondere wandte sich in dem conservativen „Deutschen Tageblatt" ein partei-officiöser Artikel mit sachlicher Berechtigung, aber unnöthiger Schärfe gegen den ehemaligen Reichskanzler (s. oben S. 4 ff.).

In der That kann die Presse sich nicht wohl länger der Pflicht entziehen, zu der bemerkenswerthen Erscheinung klare Stellung zu nehmen, daß ein Mann von der Autorität und der Geistesmacht des Fürsten Bismarck gleichsam als Censor jede Wendung der inneren und auswärtigen deutschen Politik mit seinen kritischen Bemerkungen begleitet und dadurch den maßgebenden Männern ihre Arbeit vielfach erschwert.

Fürst Bismarck begründet diese Preßthätigkeit damit, er habe durch sein Ausscheiden aus dem Amte nichts von seinem Patriotismus, nichts von seiner staatsmännischen Einsicht, nichts von seinem in langen Jahren angehäuften Erfahrungsschatz eingebüßt, und er fühle das Bedürfniß, diese edlen Gaben nach wie vor im Dienste des deutschen Vaterlandes zu verwerthen.

Diese Thatsache ist richtig, und das Bedürfniß nach Bethätigung seiner gewaltigen Arbeitskraft ist nach einem Leben, welches soviel für die Nation geleistet hat, sehr erklärlich. Aber wir sind alle Menschen, wir haben alle dieselben unbewußten Neigungen und Schwächen, und so wird denn kein unbefangener Beobachter es bestreiten, daß bei dieser Thätigkeit des Fürsten Bismarck persönliche Beweggründe, persönliche Gereiztheit mitspielen und seine Kritik der Regierungspolitik zu einer übelwollenden machen. Der Groll über seine Verabschiedung macht sich in dieser Tadelsucht Luft, und Fürst

Bismarck läßt sich unbewußt von dem Bestreben leiten, alle Maßnahmen der Regierung schlecht zu finden und vor seinem inneren Bewußtsein wie vor der Welt den Beweis zu führen, daß eine Staatskunst, die nicht von ihm inspirirt ist, auf verkehrtem Wege wandelt.

Große Männer gehören nicht sich selbst, sondern der Nation an, und wir empfinden es als eine Verringerung und Beeinträchtigung eines idealen Besitzthums der Nation, als welches wir das Andenken des Begründers des Deutschen Reiches betrachten, wenn im deutschen Volke sich die Anschauung festsetzt, daß Fürst Bismarck ein großer Mann und ein kleiner Mensch sei. Gerade weil uns das Andenken großer und verdienter Männer als ein kostbarer Besitz gilt, können wir nur mit Schmerz und Ingrimm sehen, wenn Fürst Bismarck nörgelnd und polternd hinter dem deutschen Reichswagen herläuft.

Gewiß hat der allverehrte Staatsmann unter Umständen sogar die Pflicht, seine gewaltige Stimme zu erheben; diese Pflicht entsteht unseres Erachtens dann, wenn die Nation einer schweren Krisis zutreibt, vor welcher sie nur durch ein rücksichtsloses Eingreifen eines bewährten Arztes gerettet werden kann. Aber ein solcher Fall liegt heute nicht vor. Wir haben nicht gezaudert, freimüthig unsere Bedenken gegen die Regierungspolitik und mehr noch gegen das, was durch die schweigende Duldung der leitenden Kreise als Regierungspolitik hingestellt werden konnte, vorzutragen und auf Abhülfe zu drängen. Aber wir haben uns nie die Ueberzeugung nehmen lassen, daß unsere Staatslenker von den reinsten volksfreundlichen Absichten und dem edelsten Wollen geleitet werden. Wir dürfen annehmen, daß die Regierung auch von uns glaubt, daß wir gewillt sind, nach bestem Wissen und Gewissen zur Förderung des Wohles der Gesammtheit zu arbeiten.

Dieses Bewußtsein ist für uns das einigende Band, welches mächtiger und ausschlaggebender ist als die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, und wir haben die Zuversicht, daß wir einen gemeinsamen Boden finden werden, sobald es der Regierung, die es leider hat geschehen lassen, daß ihr Standpunkt von einer tendenziösen radicalen Legendenbildung verdunkelt und überwuchert wurde, durch ihre Handlungen und Erklärungen ihre Grundstellung klar und scharf aus den Gewässern der deutschfreisinnigen Preßtäuschungen hervorhebt. Uns wird eine wohlwollende kritische Thätigkeit lediglich erschwert, wenn in die freie Meinungsäußerung ein verbitterndes und vergiftendes persönliches Element hineingetragen wird.

Aus allen diesen Gründen sind wir genöthigt, Front zu machen gegen die Preßthätigkeit des großen Mannes, dem das deutsche Volk gern ein ungetrübtes Andenken bewahren möchte, wie es ihm jedenfalls unerschütterlich seine Bewunderung und eine dankbare Gesinnung bewahrt.

* * *

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." vom. 19. Februar (M.=A.):

Die „Kölnische Zeitung" enthält einen Artikel „Fürst Bismarck als politischer Censor". Wir erkennen die wohlwollende und versöhnende Tendenz des Artikels an und kritisiren hier nur einen Satz, welcher lautet:

„Gewiß hat der allverehrte Staatsmann unter Umständen sogar die Pflicht, seine gewaltige Stimme zu erheben; diese Pflicht entsteht unseres Erachtens dann, wenn die Nation einer schweren Krisis zutreibt, vor welcher sie nur durch ein rücksichtsloses Eingreifen eines bewährten Arztes gerettet werden kann."

Ein solches Eingreifen würde in der Regel zu spät kommen, wenigstens nur durch unerwünschte Krisen und Gewaltthaten ermöglicht werden, oder durch Vorgänge, die sich in der Geschichte nicht wiederholen, wie die Lösung des Conflicts im Jahre 1863 und die darauf folgende Erfüllung der nationalen Aspirationen bis zum Jahre 1870/71. Diese Aspirationen sind heutzutage befriedigt und können dieselbe Wirkung nicht zweimal thun. Die Aufgabe eines Politikers, der ein Herz für sein Vaterland und seine Landsleute hat, besteht nicht darin, Krisen entstehen zu lassen und gewaltthätig zu unterdrücken, sondern ihr Entstehen durch prophylaktische Besonnenheit zu verhüten. Wer auf der Eisenbahn in einen falschen Strang einfährt, hat in der Regel die Gabelung, bei der er hätte wählen müssen, gar nicht bemerkt und kann nachher ohne Schaden oder Zusammenstoß so leicht nicht umkehren. Ein gutes und geübtes Auge unterscheidet auch in der Politik rechtzeitig den Moment, wo unrichtige Instradirungen ihren Anfang nehmen.

* * *

In Berlin circuliren uncontrolirbare Nachrichten über Aeußerungen, die der Kaiser über den „Herzog von Lauenburg", wie er den Fürsten Bismarck stets bezeichnet, auf einem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler am 13. Februar gemacht haben soll. Die Münchener „Allgem. Ztg." vom 17. Februar (A.=A.) berichtet:

Durch viele Zeitungen geht die Behauptung, Se. Majestät der Kaiser habe sich auf dem jüngst bei dem Reichskanzler stattgehabten Diner sehr scharf über den Fürsten Bismarck ausgesprochen. Dem „Hann. Courier" wird im Gegensatz dazu aus Berlin gemeldet: „Wenn das ‚Berliner Tagebl.' heute Abend berichtet, der Kaiser habe das Verhalten des Fürsten Bismarck scharf gegeißelt, so mag das genannte Blatt selbst diese Meldung verbürgen. Ebenfalls geladen gewesene Personen wußten jedenfalls von solchen Aeußerungen nichts zu erzählen." (Uns selbst ist heute aus Berlin eine an die Erörterungen über die Schienencartelle anknüpfende Aeußerung Sr. Majestät mit=

getheilt worden, deren Wiedergabe wir uns versagen.) Uebrigens berichtet die „Germania“: „Am Freitag Abend, nach dem parlamentarischen Essen beim Reichskanzler, hat die Telegraphenverwaltung über die aufgegebenen Telegramme, welche von dem Essen und den dort geführten Gesprächen berichteten, eine sehr scharfe Censur ausgeübt, die einen noch ausgedehnteren Charakter, als man bisher annahm, trug. Entweder sind die Depeschen vollständig beschlagnahmt oder nur zum Theil befördert worden. Mit peinlicher Sorgfalt hat man namentlich Alles, was dem Kaiser über Bismarck in den Mund gelegt worden ist, von der Beförderung ausgeschlossen. Die Nachricht von der Beanstandung der Depeschen ist dem Auftraggeber erst sehr spät (am Sonntag) zugegangen. Von der geschädigten Seite ist sofort Beschwerde eingelegt worden. Man beabsichtigt auch, die Haltung der Telegraphenverwaltung im Reichstage zur Sprache zu bringen.“

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg“ giebt am 17. Februar (A.-A.) einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ wieder, der in auffallend offener Weise die Stimmung der westlichen Provinzen über den neuen Cours im Verhältniß zum alten zum Ausdruck bringt. Der Artikel lautet:

Die besten Kenner der deutschen Volkswirthschaft sind übereinstimmend der Ansicht, daß der Druck, der noch immer auf dem deutschen Erwerbsleben lastet, hauptsächlich in der politischen Unsicherheit, in der Unmöglichkeit begründet sei, auf längere Zeit zu disponiren. Schon deshalb ist es zweckmäßig, Anstrengungen zu machen, um aus den unhaltbaren Zuständen herauszukommen, zumal wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Regierung ernstlich eine Beruhigung und Consolidirung der inneren Verhältnisse anstrebt. Wir möchten deshalb einen Mißstand in den Mittelpunkt unserer Betrachtung rücken, der sich seit Jahresfrist in sehr empfindlicher Weise fühlbar gemacht hat.

Die staatserhaltenden Parteien haben sich daran gewöhnen müssen, daß bei den verschiedensten Gelegenheiten der Name des Kaisers gegen sie ausgespielt wird; ob mit Recht oder Unrecht konnte in dem einzelnen Falle schon deshalb nicht genau ergründet werden, weil die Regierung sich eine schweigsame Zurückhaltung auferlegte. Schon bei den letzten Reichstagswahlen machte der Radicalismus, und zwar nicht ohne Erfolg, den Versuch, das Schwergewicht der deutschen Kaiserkrone gegen die Cartellparteien in die Wagschale zu werfen. Seitdem haben die Radicalen ein förmliches System, die unbestimmtesten Pläne mit dem Schild der Regierungsautorität zu decken. Wir müssen mit Bedauern beobachten, daß dieses von den maßgebenden Kreisen geduldete System wahrhaft verheerend gewirkt hatte. Der monarchische Gedanke hat leider eine Schwächung erfahren; und in der That, wenn in Deutschland das allgemeine und gleiche Stimmrecht unser Aller Herr ist,

wenn man nicht mehr den Muth und die Kraft zu dem Versuche findet, die Irrthümer desselben zu berichtigen, so wüßten wir kaum den Punkt anzugeben, wo die Monarchie in unseren modernen Verhältnissen ihre Daseinsberechtigung finden soll. Wir begreifen es sehr wohl, daß es unter Umständen nothwendig sein kann, behufs Durchsetzung bestimmter, festumgrenzter Pläne die Autorität der Krone bei den regierungsfreundlichen Parteien geltend zu machen. Viele Männer werden sich in der Einzelfrage aus achtbaren Empfindungen, deren Aussterben wir nicht wünschen können, dazu verstehen, in einem solchen Falle ihre Bedenken zurückzudrängen. Bürgert sich dagegen die Sitte ein, die Monarchie gegen die staatserhaltenden Parteien für uferlose Ideen einzusetzen, so werden alle charakterfesten Männer es für ihre Pflicht halten, die maßgebenden Männer vor falschen Wegen zu warnen; Andere werden sich verstimmt von jeder Theilnahme am öffentlichen Leben zurückziehen, noch Andere an ihren hochgehaltenen monarchischen Ueberzeugungen irre werden.

Gerade in diesem Augenblicke läuft eine Notiz durch die Blätter, welche die Lage scharf beleuchtet. Der Kaiser habe, so lautet dieselbe, die Opposition der rheinischen Kreise gegen die Socialpolitik der Regierung getadelt. Nun liegt die Sache doch folgendermaßen: Niemand vermag mit Bestimmtheit zu sagen, was die Socialpolitik der Regierung ist; über die Stellung der Regierung zu Anträgen, welche über die Arbeiterschutzfrage hinausgehen, werden die widersprechendsten Angaben verbreitet. Dagegen vertreten, von einzelnen nicht unwesentlichen Punkten abgesehen, die staatserhaltenden Parteien fast in ihrer Gesammtheit die Regierungsvorlage und bekämpfen den socialpolitischen Uebereifer. Die herrschende Ansicht in diesen Kreisen geht dahin, daß die Aera der reformatorischen Anläufe und Experimente thunlichst rasch zum Abschluß gebracht werden muß. Die Gesetzgebung hat in der letzten Zeit die verschiedensten Verhältnisse erfaßt, aufgewühlt und beunruhigt; wir haben das deutsche productive Erwerbsleben, die nationale Arbeit in allen ihren Verzweigungen schwer belastet. Wir stehen vor einer Steuerreform, welche den ehrlichen Versuch macht, eine gerechtere Vertheilung der Lasten herbeizuführen, welche aber in der schwierigen Uebergangszeit nicht nur die oberen, sondern auch die mittleren Classen empfindlich drücken wird. Besonders im deutschen Westen, wo dem System der Untereinschätzung die hohen Communalzuschläge gegenüber stehen, wird die Umgestaltung um so schwerer empfunden werden, je weniger mit der genaueren Einschätzung die Herabsetzung der Gemeindelasten erfolgen kann. Dazu kommen die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.

Es ist eine unbedingte Nothwendigkeit, daß zunächst Ruhe eintritt, daß man allen diesen Neuerungen Zeit gönnt, ihre Wirkungen zu erproben, sich einzuleben und sich zu setzen. Dieses Bedürfniß ist der vorherrschende Zug in unserer Volksphysiognomie. Aufgabe der maßgebenden Kreise ist es, nach

dieser Richtung beruhigende Erklärungen abzugeben, welche das Arbeitsfeld klar und fest umgrenzen und andererseits jenen Leuten das Spiel zu verderben, welche immerfort die Regierungsautorität vor ihre unbegrenzten Projecte spannen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 19. Februar (M.=A.) kommen noch einmal auf den Vorwurf des Herrn v. Keudell (vergl. Bd. I, S. 370) zurück, daß in dem deutsch=englischen Vertrage vom 1. November 1886 implicite schon der durch den Reichskanzler v. Caprivi abgeschlossene Vertrag vom 1. Juli 1890 enthalten gewesen wäre, und führen aus:

In Sachen Sansibars. Unsere neulichen Bemerkungen, betreffend Sansibar als Object des deutsch=englischen Vertrages, haben in der Presse Entgegnungen hervorgerufen, welche wichtige Momente bei den früheren Verhandlungen mit England außer Betracht lassen. Es ist allerdings Thatsache, daß durch das zwischen Deutschland und Großbritannien getroffene Uebereinkommen von 1886 die Souverainität des Sultans von Sansibar anerkannt worden ist; ebenso trifft es zu, daß die deutsche Regierung in Paris erfolgreiche Schritte gethan hat, um Frankreichs Zustimmung zu dem oben erwähnten Uebereinkommen zu erhalten. Wenn aber hieraus die Schlußfolgerung gezogen wird, daß schon der damalige Reichskanzler die Preisgabe von Sansibar geplant habe, so ermangeln die betreffenden Blätter entweder einer genügenden Actenkenntniß oder des Verständnisses für die Politik und ihre Möglichkeiten.

Zur Zeit der Congoconferenz war der politische Einfluß Englands in Sansibar noch gering; es galt dagegen für englische Absicht, Afrika so weit wie möglich mit einem Küstenvorhange in englischem Besitz zu umgeben, der die schließliche Herrschaft über das Innere des Landes von selbst sicher stellen mußte. Wenn man in diesem Vorhange eine Lücke gewinnen wollte, so bestand der erste Schritt hierzu in der Herstellung desjenigen Grades von Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar, die ihm durch die deutsche und französische Anerkennung seiner Souverainität zu Theil geworden ist. Erst dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, in Sansibar dem Sultan gegenüber eine der englischen ebenbürtige Haltung einzunehmen. Wenn in der Anerkennung des Sultans ein Verzicht auf zukünftige Präponderanz gelegen hätte, so würde England diesen Verzicht viel früher als wir ausgesprochen haben, und doch beherrscht es heute Sansibar.

Nachdem die deutsche Vertretung auf Grund ihrer Anerkennung des Sultans in Sansibar der englischen ebenbürtig geworden war, begann der deutsche Einfluß auf der Insel diejenigen Fortschritte zu machen,

deren Ergebniß im Jahre 1890 bei den Engländern den Eindruck des deutschen Uebergewichts in Sansibar hervorgebracht hat. Bei weiteren Fortschritten in dieser Richtung würde sich das deutsche Vorgewicht in Sansibar ohne Bruch mit England thatsächlich ergeben haben, und zu seiner völkerrechtlichen Anerkennung, auch durch England, würde sich im Verlaufe der weiteren Entwickelung der allgemeinen Politik wohl auch eine Gelegenheit gefunden haben. Deutschland bedurfte dazu nur der 1886 durch die Anerkennung des Sultans gewonnenen Gleichstellung mit England unter Fortdauer der freien Concurrenz der beiden befreundeten Mächte im Handel mit Sansibar.

Die Zeitungspolitiker, welche in dem Vertrage von 1886 einen Verzicht Deutschlands auf den künftigen Erwerb Sansibars erblicken, gehören eben zu Denen, welchen ein Haupterforderniß erfolgreicher politischer Conception fehlt, nämlich die Fähigkeit zu warten, bis der richtige Augenblick zum Ernten gekommen ist, und bis dahin die Wege so zu wählen und zu ebnen, daß die Ernte ohne Schädigung anderer Beziehungen gewonnen werden kann. Die Fähigkeit zu warten ist eine Eigenschaft, welche man in der Geschichte bei allen erfolgreichen Systemen der Politik wahrnehmen kann, neuerdings bei dem russischen mehr wie bei allen anderen.

Die Herbeiziehung Frankreichs für die Anerkennung der Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar hatte nur den Zweck einer Vermehrung der Sicherung Sansibars gegen englische Unternehmungen wider die Unabhängigkeit des Sultans. Unser Bedürfniß in Sansibar beschränkt sich auf freie Concurrenz in einem von England unabhängigen Coloniallande, welches die eigentlich potente Handelsstadt der Küstenfläche in sich schließt. Die territoriale Verlegung einer großen Handelsstadt mit ihrer Blüthe ist ein Unternehmen, welches bisher wohl dem Strome der Verkehrsänderungen, aber niemals gouvernementalen Beschlüssen gelungen ist.

* * *

Am 18. Februar äußerte sich die „Berliner Börsenzeitung“ über den widerlichen Kampf der Presse gegen den Fürsten Bismarck in folgender unbefangenen Weise:

„Fürst Bismarck hat momentan die ganze Presse, welche Fühlung nach oben pflegen will, gegen sich. Man nimmt von Allem Notiz, woran sich die Bemerkung knüpfen läßt, daß in allerhöchsten Kreisen Verstimmung gegen des früheren Reichskanzlers Preßtreibereien, wie der beliebte Ausdruck lautet, vorherrscht. Aber man fügt alsbald auch daran die Bemerkung, daß es fraglich erscheinen dürfe, ob gerade von dort aus gewünscht werden möchte, das bisherige Schweigen zu brechen. Was soll also der ganze Rattenkönig von

Unsinn und falschen Annahmen, sowie zweifelhaften Meldungen? Wir können es nicht ergründen, sehen auch den Zweck nicht ein. Fürst Bismarck, dessen Genie die schwierige Frage, was aus Elsaß-Lothringen nach der Annexion werden sollte, spielend löste, dessen leuchtende Erkenntniß den Dreibund schaffen half, der uns einen zwanzigjährigen Frieden brachte, dessen Zollpolitik Deutschland für den Kampf auf dem Weltmarkte erstarken machte — Fürst Bismarck ist noch immer der hohe Geist, dessen Ansichten der Nation Vertrauen einflößen ...

„Es wird gesagt, Fürst Bismarck erschwere durch seine Kritik den maßgebenden Männern vielfach ihre Arbeit. Diese Behauptung ist um so dreister, als erstens keinerlei Beweis dafür vorliegt, daß dies geschehen ist, und da zweitens wiederholt von ‚oben' verkündet wurde, die Aeußerungen des Fürsten blieben ohne Einfluß auf die Regierungs-Maßnahmen. Daß schließlich Fürst Bismarck Niemandem die im Interesse des Vaterlandes zu vollbringende Arbeit erschweren will, dürfte für den gerechten und besonnenen Theil der Bevölkerung keines besonderen Beweises bedürfen."

Tags darauf machten die „Hamb. Nachr." (19. Februar, M.-A.) dieselbe Angelegenheit zum Gegenstand einer ausführlichen Erörterung in Anknüpfung an den Artikel des „Deutschen Tageblattes" „Ein ernstes Wort zur Lage" (vergl. S. 4 ff.):

Fürst Bismarck und die Presse. Wir fahren in der neulich begonnenen Besprechung der gegen unser Blatt wegen bestimmter Artikel desselben gerichteten Preßangriffe fort. Es ist bezeichnend, daß die ultramontanen Invectiven gegen unsere Ausführungen weitaus die heftigsten sind und an Schärfe noch diejenigen übertreffen, welche von Leuten ausgehen, die sich zu den Freunden des Fürsten Bismarck zählten, so lange dieser am Ruder stand. Dabei erscheint es auffällig, daß die ultramontanen Blätter dem frühern Reichskanzler gegenüber mit den demokratischen in einer Weise übereinstimmen, welche gemeinschaftlichen Ursprung ihrer Ergüsse vermuthen läßt. So z. B. sprechen „Westfälischer Merkur" und „Frankfurter Zeitung" beinahe mit denselben Worten von „letzten Warnungen", die dem Fürsten Bismarck zu Theil geworden seien, von „Ueberraschungen", die da kommen würden und die ein neuer Beweis für den Satz sein würden, daß Niemand vor seinem Tode glücklich gepriesen werden dürfe. In unmittelbarem Zusammenhang damit wird dann wieder von Strafanträgen gegen „den Mann" geredet, der seiner Zeit mit seinen gedruckten Strafantragsformularen so viel Unheil angerichtet habe. Wir möchten bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß die früheren Strafanträge des Fürsten Bismarck nur dann gestellt wurden, wenn die strafbare Preßäußerung mit Fractionspolitik in Zusammenhang stand, oder wenn die Staatsanwaltschaft den Wunsch aussprach, eine

gleichzeitig vorliegende Majestätsbeleidigung durch Stellung eines Strafantrages seitens des mitbeleidigten Reichskanzlers in der gerichtlichen Ahndung zu unterstützen, welchem Ersuchen in der Regel stattgegeben werden mußte, wenn nicht der Anschein erweckt werden sollte, daß der Reichskanzler das Ansehen der Krone nicht genügend wahre. Dies nebenbei.

Was die jetzige Drohung mit Strafanträgen gegen den Fürsten Bismarck betrifft, so ist es für die Presse, die sie erhebt, sehr charakteristisch, daß sie den sachlichen Ausführungen unseres Blattes gegenüber nichts anderes zu thun weiß, als denunciatorisch nach Polizei und Staatsanwalt zu rufen. Es wird dadurch bewiesen, wie wenig Vertrauen die gegnerischen Blätter zu ihren eigenen Argumenten haben, und wie wenig auf ihre Versicherungen, die gesetzlichen Rechte und Freiheiten aller Staatsbürger zu vertreten, zu geben ist. Wir stehen unter dem Eindruck, als würde es auf jener Seite mit Freuden begrüßt werden, wenn das System der Verwarnung, der Unterdrückung und der Verschickung auf administrativem Wege, wie es in dem sonst so sehr gehaßten Rußland besteht, im heutigen Deutschen Reiche wegen mißliebiger Preßäußerungen zur Anwendung gelangte, natürlich nur gegen solche Organe, welche die früher von ihnen vertretene Bismarck'sche Politik fortsetzen und dem Verhalten Derjenigen verdiente Kritik angedeihen lassen, die am liebsten die Ironie der Weltgeschichte herbeiführen helfen möchten, daß der Begründer des Deutschen Reiches wegen Hoch- und Landesverrathes vor das Leipziger Reichsgericht geladen würde!

Das zweierlei Maß, welches von der clerical-demokratischen Preßcoalition bezüglich des gleichen Rechtes für Alle angewandt wird, sobald es sich um Bismarck'sche Politik handelt, kommt übrigens auch anderweitig zur Handhabung und zwar nicht nur in den Blättern der vorbezeichneten Richtung. Wir begegnen in einigen Organen der Forderung, daß Fürst Bismarck in der Presse entweder schweigen oder etwaige Meinungsäußerungen mit seinem Namen unterzeichnen solle. Es liegt hierin ein neuer Beweis dafür, daß die Gegner für sich nur Rechte, für Andere nur Pflichten kennen; wenigstens haben wir noch unter keinem Artikel, welcher die Forderung erhob, daß Fürst Bismarck aus seiner Preßanonymität heraustrete, die Unterschrift des Einsenders gelesen. Sie alle halten an der Anonymität fest; wer dahinter steht, weiß man nicht. Es ist nicht einzusehen, weshalb Fürst Bismarck, wenn er überhaupt Zeitungsartikel schriebe, was wir formell bestreiten,[1]) gerade seinerseits dieselben zu unterzeichnen die Pflicht hätte.

---

[1]) Vergl. die Einleitung zu Band I unseres Werkes, Seite VI unten. D. Verf.

Neben den vorerwähnten extremen Preßäußerungen gegen den Fürsten Bismarck haben wir die publicistischen Aeußerungen derjenigen „Freunde" des Fürsten ins Auge zu fassen, welche wegen der „Dankbarkeit", die das Deutsche Reich dem Fürsten schulde, auf mildernde Umstände für sein Verhalten plaidiren. Die Auffassung, die dabei zum Ausdruck gelangt, ist die, daß man gegen Jemanden dankbar sein könne, ohne in geschäftlichen Fragen Rath von ihm anzunehmen. Es trifft vollkommen zu, daß die Dankbarkeit bei für nothwendig gehaltenen abfälligen Beurtheilungen der vom Fürsten Bismarck im Amt und außer Amt für richtig gehaltenen Politik nicht maßgebend sein kann. Aber auch die „Hamburger Nachrichten", welche diese Politik vertreten, haben sich nicht von bloßen „Gefühlen" leiten lassen, sondern sind von der Ansicht ausgegangen, daß der frühere Reichskanzler sein Examen in der Politik 30 Jahre lang bestanden hat, daß er jedenfalls zu unseren sachkundigsten Politikern gehört und unter ihnen derjenige ist, dem die längste Erfahrung zur Seite steht. Diese Erwägung ist es, welche die „Hamburger Nachrichten" veranlaßte, an den erprobten Principien der Regierung, welche im März vorigen Jahres ausschied, festzuhalten und Abweichungen von derselben mit Vorsicht und nicht ohne Kritik entgegen zu nehmen.

Wenn von Seiten der ehemaligen Freunde des Fürsten Bismarck persönliche Beweggründe, Gereiztheit, Groll u. s. w. dem früheren Reichskanzler für sein Verhalten vindicirt werden und die thörichte Redensart vom „großen Mann und kleinen Menschen" der Feder entschlüpft, so heißt dies, den von zahlreichen Besuchern des Friedrichsruher Schlosses bekundeten Thatsachen Gewalt anthun. Fürst Bismarck befindet sich nach ihren übereinstimmenden Wahrnehmungen in durchaus ruhiger Gemüthsverfassung, wenn ihn auch hier und da in schlaflosen Nächten die Sorge um die Zukunft des Gebäudes, das er hat aufrichten helfen, erfassen mag. Der Fürst verlangt auch keine Dankbarkeit, noch erwartet er solche; wohl aber hält er an den politischen Ueberzeugungen fest, die er früher nicht zum Schaden des Reiches vertreten hat. Die Angriffe und Verdächtigungen wegen seiner Haltung lassen ihn, so viel wir wissen, völlig kalt, und wir vermuthen, daß die retrospective Beurtheilung seines Verhaltens in einigen Jahren auch auf Seiten seiner jetzigen Gegner eine andere sein wird, als sie heute ist.

Die Frage, warum es die Pflicht des Fürsten Bismarck sei, nach seinem Dienstaustritt „vornehme Zurückhaltung" zu beobachten und zwar bei der Strafe, Geringschätzungen anstatt der früheren Hochschätzungen einzuernten, vermögen wir nicht zu beantworten. Wenn ein Minister zurücktritt, weil er sich den Schwierigkeiten, die ihm die Behauptung seines Amtes auferlegt, nicht gewachsen fühlt, so kann es unter Umständen

den Gegenstand seiner Erwägungen bilden, ob er berechtigt sei, dem Nachfolger, der an seiner Stelle die Geschäfte fortführt, bei Lösungen jener Schwierigkeiten entgegen zu treten, wenn er ihn auf falschen Wegen glaubt. Wir glauben aber kaum, daß diese Frage im vorliegenden Falle gegeben ist; es handelt sich unseres Erachtens nur darum, ob der zurückgetretene Minister die Ansichten, die zu seiner Demission geführt haben, noch weiter aufrecht erhält und ob er es im Interesse seines Vaterlandes für würdiger hält, sie auch ferner zu vertreten, oder das Wohlwollen seines davon abweichenden Nachfolgers zu gewinnen.

Eben so wenig Eindruck wie die vorstehend behandelten Einwürfe gegen sein Verhalten wird unserer Meinung nach die Behauptung auf den Fürsten machen, daß seine jetzige Stellungnahme nicht den Beifall der großen Mehrheit des deutschen Volkes habe. Fürst Bismarck ist in seinem früheren Leben hinreichend an Minoritäten gewöhnt worden. Auf dem vereinigten Landtage vom April 1848, bei der maßgebenden Abstimmung über die Adresse und die darin ausgesprochene Anerkennung der „Revolution“ bestand diese Minorität außer dem jetzigen Fürsten von Bismarck selbst nur aus Herrn von Thadden-Triglaff, und in der Conflictszeit waren die Conservativen, die Herrn von Bismarck als leitendem Minister ihre Unterstützung gewährt hatten, auf elf reducirt. Solche Zeiten können ja wieder kommen; aber wir glauben, daß die Schuld dann nicht an dem Fürsten liegt. Wohl haben sich die Ansichten des „Exkanzlers“, wie ihn seine Gegner mit Vorliebe bezeichnen, in wirthschaftlichen Fragen, je nachdem er sich belehrte, oder je nachdem die Bedürfnisse wechselten mit der Zeit, geändert; aber von seiner Anhänglichkeit an das monarchische Princip glauben wir nicht, daß sie seit 1847 irgend welchem Wandel unterlegen ist. Die Gegner können hier mit Mephisto sagen: „er dient ihm auf besondere Weise“, aber ob nicht mit klügerer Voraussicht als sie selbst, das kann nur die Zukunft lehren.

* * *

Ueber die Aussichten für eine baldige Theilnahme des Fürsten Bismarck an den Berathungen des Herrenhauses berichtet die Münchener „Allg. Ztg.“ am 19. Februar (M.-A.):

In parlamentarischen Kreisen wurde kürzlich sehr lebhaft und ernst darüber debattirt, daß Fürst Bismarck doch wohl in Kürze im Herrenhause erscheinen würde. Nach sehr zuverlässigen Mittheilungen kann jedoch eine Reise des Fürsten Bismarck nach Berlin und sein Auftreten in der parlamentarischen Arena nicht für wahrscheinlich gelten. Die Gründe, die dagegen sprechen, sind weniger äußerlicher Natur, obgleich auch seine Unterkunft in Berlin, sociale Beziehungen und dergleichen in Betracht

kommen mögen. Allein vor Allem ist die vielfach gehegte Voraussetzung irrig, als befinde sich der frühere Kanzler in einer erregten, erbitterten, kampflustigen Stimmung. Wir hören vielmehr, daß sich der Fürst mit seiner Entfernung von den Amtsgeschäften vollkommen abgefunden hat, ohne sonderliche Schärfe über Personen und Dinge sich äußert und sich seelisch so zufrieden fühlt, wie er sich körperlich wohl befindet. Daneben kann es sehr wohl bestehen, daß er mit dem Lauf der Politik nicht in allen Stücken sachlich einverstanden ist und auch nicht darauf verzichten will, seine abweichende Meinung laut werden zu lassen.

* * *

Am 20. Februar enthalten die „Hamb. Nachr." (M.-A.) folgende Notiz:

„Wir begegnen in der Presse einer gewissen zurückhaltenden Drohung mit weiteren Veröffentlichungen aus Acten zum Nachtheile des Fürsten Bismarck. Wir können nur wünschen, daß, wenn wiederum Marginalien des früheren Reichskanzlers veröffentlicht werden, auch der Wortlaut des Textes, zu dem die Randbemerkungen gemacht wurden, nicht verschwiegen wird; denn erst dadurch werden letztere verständlich. Auch die Frage ist bei Beurtheilung der Tragweite einzelner Randbemerkungen von Erheblichkeit, ob nicht noch andere Marginalien, als die angeführten, auf demselben Papier vorhanden sind. Ohne daß ein Gesammtbild gegeben wird, hat eine einzelne Randbemerkung keine höhere Bedeutung als ein Fragment, das aus einer längeren Rede ohne Rücksicht darauf herausgenommen ist, was vorhergeht und was nachfolgt."

Dazu mag die Frage gestattet sein: welchen Ursprungs waren denn wohl diese, wenn auch noch so zurückhaltenden Drohungen? Denn die „Presse" als solche machte sich doch mit der bloßen Drohung, deren Ausführung ihr unmöglich war, nur lächerlich. Sie mußte vielmehr „Hintermänner" haben, denen die Acten mit Bismarck'schen Marginalien amtlich zugänglich waren. Wer also kam denn im Kampfe wider Bismarck der Presse mit solchem Material so hilfreich entgegen? Es ist eben auch mit dem Drohen bisweilen eine eigene Sache, wenn man es unvorsichtig betreibt.

* * *

Inzwischen nehmen die diplomatischen und journalistischen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn ihren Fortgang. Drei Fragen kommen dabei besonders in Betracht: 1) Wer hat die Verhandlungen angeregt? Da die Vorberathungen in Wien stattfinden, ist nach bisherigem Brauche anzunehmen, Oesterreich; 2) wird die deutsche Production aus dem neuen Vertrage ungeschädigt hervorgehen? Schwerlich, denn in Ungarn berechnet man schon genau die Procente, um die der deutsche Ackerbau zum Vortheil des ungarischen benachtheiligt werden soll; 3) werden unsere politischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn von dem neuen Handelsvertrage un-

berührt bleiben? Nur dann, wenn durch Schädigung bestimmter deutscher Bevölkerungsschichten das politische Bündniß an Popularität, also an seinem wesentlichen Element, nichts einbüßt. Das sind die Gedanken, die, wie ähnlich schon früher, einen Artikel der „Hamb. Nachr." vom 20. Februar (M.-A.) beschäftigen:

Zu den Verhandlungen mit Oesterreich. In der Presse dauert die Discussion über die Getreidezölle und die Rolle, welche dieselben in den Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich spielen, fort. Es wird zu Gunsten der Bewilligung der österreichischen Ansprüche geltend gemacht, daß die Initiative zu den Verhandlungen von Deutschland ausgegangen und dieses mithin gewissen Verpflichtungen unterworfen sei. Wir halten das für unzutreffend und werden in dieser Auffassung bestärkt durch die Thatsache, daß Wien den Sitz der Verhandlungen bildet. Wenn Deutschland letztere seinerseits angeregt hätte, so würden die Unterhändler nach der bisher üblichen Praxis in Berlin zu ihren Berathungen zusammengetreten sein. Der Staat, der die Initiative zu solchen Verhandlungen ergreift, pflegt auch die Einladungen zu den Verhandlungen ergehen zu lassen. Jedenfalls würden wir bedauern, daß die Vorberathungen zu dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage in Wien und nicht in Berlin stattfinden, wenn, was wir nicht glauben, die Anregung dazu dennoch vom Deutschen Reiche ausgegangen sein sollte. In Berlin würden die deutschen Unterhändler bei Wahrung der diesseitigen Interessen jedenfalls mehr Anlehnung und Unterstützung gefunden haben, als es naturgemäß in Wien der Fall sein kann. Wie dem auch sei: jedenfalls ziehen wir, bis zum Beweise des Gegentheils, aus dem Zusammentritt der Unterhändler in Wien den Schluß, daß die Initiative zu den Verhandlungen von Oesterreich und nicht von Deutschland ausgegangen ist.

Was wir an den österreichischen Auffassungen unserer Handelsbeziehungen kritisiren, entspringt im Uebrigen lediglich der Absicht, unsere wirthschaftliche Schutzgesetzgebung, so wie sie im „alten Cours" begründet war, gegen Schädigung sicher zu stellen. Wenn darin eine Beeinträchtigung der auswärtigen Politik des Reiches liegt, so haben die zweihundert und mehr Reichstagsabgeordneten, die kürzlich als Majorität an der Abstimmung über die Kornzölle betheiligt waren, ebenfalls den Vorwurf verdient, der auswärtigen Politik der jetzigen verantwortlichen Regierung Hindernisse zu bereiten; haben wir uns mit unserer Warnung vor einer Benachtheiligung der einheimischen Arbeit und Production einer strafbaren Widersetzlichkeit gegen diejenige Wahrung der deutschen Interessen schuldig gemacht, die in den Wiener Verhandlungen erfolgen soll, so glauben wir, daß die erwähnte Reichstagsmajorität und mit ihr

die meisten Mitglieder des Centrums neben uns auf die publicistische Anklagebank gehören.

Geht die deutsche Production aus den Wiener Verhandlungen ungeschädigt hervor, so haben wir gegen keinerlei Art von Handelsvertrag mit Oesterreich etwas einzuwenden. Die Befürchtungen, daß die heimische Production aus den Wiener Verhandlungen nicht ungeschädigt hervorgehen würde, ist hauptsächlich durch die österreichisch-ungarischen Blätter bei uns hervorgerufen worden, welche schon heute über den Procentsatz öffentlich streiten, in dem der deutsche Ackerbau zum Vortheil des ungarischen benachtheiligt werden soll. Diese unsere Befürchtungen wären leicht zu beseitigen, wenn man in Ungarn auf eine für Deutschland nachtheilige Aenderung der jetzigen Verkehrsverhältnisse verzichten wollte.

Unser generelles politisches Bedenken hinsichtlich der schwebenden Verhandlungen mit Oesterreich beruht nach wie vor auf der Besorgniß, daß die Popularität, deren sich unsere Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn bisher erfreut, in den durch den Handelsvertrag zu benachtheiligenden Bevölkerungsschichten Deutschlands geschädigt werden könnte, wenn die Wirkung der Opfer, die uns zugemuthet werden, sich in den materiell betheiligten Kreisen, die bei dem Handelsvertrage nicht mitzureden haben, fühlbar zu werden beginnen. Wir halten den politischen Vertrag mit Oesterreich fest, wir schätzen ihn hoch und können nur immer wiederholen, daß wir aus diesem Grunde nicht dazu rathen würden, ihn mit wirthschaftlichen Clauseln zu beschweren. Wenn die letzteren in Deutschland, wie wir befürchten müssen, später als Nachtheil empfunden werden sollten, so würden sie immer auf die Gefühle der davon Betroffenen Oesterreich gegenüber schädigend zurückwirken. Wir aber wünschen die politische Freundschaft mit Oesterreich ohne solche wirthschaftliche Abschwächung zu erhalten und erstreben nichts aufrichtiger, als die gleiche Auffassung, den analogen Wunsch auf österreichischer Seite hervorzurufen und ihn bethätigt zu sehen. Wir schmeicheln uns mit der Hoffnung, bei allen ehrlichen und durch keine wirthschaftlichen Interessen beirrten Freunden Deutschlands nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Ungarn dieselbe Gesinnung voraussetzen zu dürfen.

* * *

Hand in Hand mit allen Verhandlungen, in denen die Getreidezölle eine Rolle spielen, geht in einem großen Theile der Presse stets das heuchlerische Jammern über die Vertheuerung der Lebensmittelpreise durch die unersättlichen Agrarier. So auch jetzt wieder. Dagegen machen die „Hamb. Nachr." in der eben citirten Nummer auf Folgendes aufmerksam:

Gegenüber der Agitation wegen der „Lebensmittelvertheuerung“ vermissen wir in der Presse den Hinweis darauf, daß die Klagen über jene Vertheuerung insofern auf Heuchelei beruhen, als systematisch ignorirt wird, daß die ländliche Grundsteuer und ihre Zuschläge als Hauptursache der Vertheuerung der Lebensmittelpreise anzusehen sind. Die Grundsteuer und ihre oft sehr viel höheren Zuschläge lasten auf dem inländischen Getreide, auf Korn, Vieh und Lebensmitteln als Besteuerung ihrer Herstellung in sehr viel stärkerem Maße und erhöhen die Preise dafür sehr viel mehr als die Zölle, die auf den importirten Erzeugnissen des Auslandes ruhen. Die Betheiligten an der deutschen Landwirthschaft müssen, bevor sie ihren Lebensunterhalt gewinnen, zunächst die Grundsteuer und deren Zuschläge aufbringen und den Betrag beim Verkauf ihrer Producte wieder einziehen, weil sie ihn sonst nicht bezahlen können.

Auch die Frage der Wohnung des armen Mannes hat sich durch die Besteuerung der Arbeiterhäuser auf dem platten Lande wesentlich brennender gestaltet; jedes ländliche Arbeiterhaus wird nicht als landwirthschaftliches Gebäude, sondern als Miethshaus besteuert und so vertheuert.

* * *

In derselben Nummer veröffentlichen die „Hamb. Nachr.“ einen Artikel aus dem Pariser „Soir“, der dem Gerücht, Fürst Bismarck wolle eine Vergnügungsreise durch Frankreich unternehmen, seinen Ursprung verdankt. Wir lassen den Artikel nebst einleitenden und schließenden Bemerkungen hier folgen:

Fürst Bismarck und die Franzosen. Unter der Ueberschrift „Herr von Bismarck in Frankreich“ veröffentlicht Paul Foucher in der Nummer des Pariser „Soir“ vom 27. Januar dieses Jahres einen Artikel, den wir zum Ergötzen unserer Leser noch nachträglich mittheilen zu sollen glauben, obwohl er denselben Ideengang und dieselben irrigen Voraussetzungen enthält, wie der neulich von uns reproducirte Artikel „les projets de Bismarck“ in der „Patrie“ (vergl. Band I, S. 337 ff.). Herr Paul Foucher schreibt:

Einige Zeitungen betrachten mit vollkommener Ruhe und selbst mit einem gewissen philosophischen Gleichmuth die Möglichkeit einer Reise des Herrn von Bismarck nach Frankreich. Man geht freilich nicht so weit, uns zu rathen, Demjenigen, den man den „großen Deutschen“ nennt, eine enthusiastische Aufnahme zu bereiten. Gewiß nicht, aber man predigt uns würdigere Haltung, „Vergessen der Beleidigungen“ und weitgehende und zuvorkommende Gastfreundschaft. Man sagt, daß wir mit Deutschland Frieden haben und daß Herr von Bismarck be-

rechtigt ist, zum mindesten eine ebenso gute Aufnahme wie ein beliebiger anderer Fremder zu erwarten.

Das Alles ist richtig vom diplomatischen Standpunkt aus. Aber man darf, ohne eines blinden Hasses beschuldigt zu werden, sich fragen, ob es nicht unklug wäre, Herrn von Bismarck in dem Glauben zu belassen, daß er durchaus keiner Gefahr sich aussetze, bei einem Herumreisen in unserem Lande, wo Niemand seine Gegenwart wünscht.

Wenn er krank wäre oder auf ärztlichen Rath in einem unserer Badeorte einer Cur sich unterziehen wollte, so hätte er wenigstens einen mehr oder minder plausibeln Vorwand. Aber daß er als Vergnügungsreisender das Land, welches er vernichtet hat, besuchen will, können wir nicht begreifen.

Von der Grenze an bis Paris wird er überall auf seinem Wege Städte und Dörfer finden, die er hat anzünden und deren Einwohner er hat verbrennen oder erschießen lassen. Ich will nicht die Leidensgeschichte Frankreichs von 1870/71 wiederholen, um nicht schmerzliche Erinnerungen zu erwecken, die Leidenschaften aufzustacheln und Zorn und Rachegefühl zu erregen. Aber glaubt man denn, daß diese Erinnerungen schon verwischt sind, und daß es, um zu vergessen, genüge, nicht von ihnen zu sprechen?

Tausende von Unschuldigen wurden vor zwanzig Jahren die Opfer von Massenhinrichtungen, die durch nichts begründet waren. Sie wurden hingemetzelt unter Nichtachtung des Völkerrechts und der Kriegsgesetze. Diese Geiseln (?), diese Märtyrer haben Kinder hinterlassen, bei denen man schön ankommen würde, wollte man von Diplomatie, Ritterlichkeit und Mäßigung sprechen. Leute, die weder persönlich noch in ihren Interessen dabei gelitten haben, können wohl vergessen; aber wer bürgt uns für die Kaltblütigkeit eines Sohnes, dessen Vater man füsilirt, dessen Mutter man aufgeschlitzt und dessen Heerd man befleckt und zerstört hat?

Herr von Bismarck trägt mit seinen unnützen Grausamkeiten eine große Verantwortung.

„Je mehr Franzosen mißhandelt werden, um so lebhafter werden sie den Frieden wünschen," hat er einst gesagt. „Man sollte nur alle Ortschaften niederbrennen und die männliche Bevölkerung aufhängen, sobald sich irgend eine Verrätherei zeige."

Als er am 29. September 1870 erfuhr, daß soeben 500 Gefangene gemacht seien, klagte er bitter darüber, daß man so viele zu Gefangenen mache, anstatt sie gleich niederzuschießen.

Als Jules Favre ihm sagte, daß die Deutschen auf Hospitäler geschossen hätten, sagte er: „Warum denn nicht? Die Franzosen haben

doch auf unsere Leute geschossen, und zwar auf kräftige und ganz gesunde?"

In Commercy flehte den Kanzler einst eine Frau weinend an, er möchte doch zu Gunsten ihres Mannes einschreiten, der verhaftet wäre, weil er sich mit einem Spaten gegen einen ihn mißhandelnden deutschen Soldaten hätte wehren wollen.

„Schon gut," erwiderte Herr von Bismarck im wohlwollendsten Tone. „Sie können sich darauf verlassen, daß Ihr Mann — dabei fuhr er mit dem Finger um den Hals herum — gehängt werden wird."

Durch den Willen des Herrn von Bismarck ist uns Elsaß-Lothringen entrissen worden, 1875 wollte er Frankreich wieder angreifen, und ohne das Dazwischentreten des Kaisers von Rußland wäre uns der Krieg erklärt worden. Er ist immer unser unversöhnlicher Feind gewesen, seine ganze Politik ging darauf hinaus, uns in Europa zu isoliren. In der Schnaebele-Affaire und bei den anderen Zwischenfällen an der Grenze haben wir nur eine lächerliche Genugthuung von ihm erhalten. Gelegentlich der letzten Pariser Ausstellung hat kein einziger Deutscher ausgestellt, und die Bismarck-Presse hat versucht, uns als ein Volk von Wilden darzustellen.

Woher kommt es denn nun, daß Herr von Bismarck sich Frankreich zuwendet? Warum schmeichelt er uns, nachdem er uns so lange beleidigt, gequält, zu Grunde gerichtet, verleumdet und vor der Welt als eine Geißel hingestellt hat? Wir glauben nicht, daß er wie ein gewöhnlicher Verbrecher das Bedürfniß empfindet, um den Schauplatz seiner Schandthaten herumzuschleichen. Strebt er nach dem Ruhm einer freiwilligen Verbannung, gleichwie Solon? Will er in Frankreich seine Zuflucht nehmen, wie einst Themistokles bei den Persern, und will er gleich Scipio Africanus ausrufen: „Undankbares Vaterland, du sollst meine Gebeine nicht haben"? Will er in seiner Ungnade die Rolle Napoleon's spielen und sich am Heerde des französischen Volkes niederlassen, wie jener am Heerde Großbritanniens? Wenn er sich in seinem Lande verdammt sieht, glaubt er darum, daß wir ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen werden, oder kommt er zu uns ohne besondere Absicht, mit lächelndem Munde als Vergnügungsreisender, um ein Bischen auf den Boulevards zu promeniren? Will er sich unsere neuen Forts ansehen? Wird man ihn bitten, eine kleine Truppenrevue bei uns abzuhalten? Wie weit wird man diese Zuvorkommenheit treiben?

Wirklich, man hat gut reden, daß Herr von Bismarck bei uns aufgenommen werden müßte, wie ein jeder andere Deutsche. Er wird darum doch nicht der erste beste Deutsche sein. Er ist Bismarck gewesen, er ist es noch und wird es immer bleiben. Und gerade deshalb muß

man besorgen, daß es schwer sein wird, sein Incognito zu schützen. Möge er an das denken, was ihm in seinem eigenen Lande am 7. Mai 1866 passirte, und danach die Schwierigkeit beurtheilen, die seine Gegenwart einer Regierung bereiten kann, die immer bemüht ist, die Sicherheit und Würde ihrer Gäste zu beschützen.

Die Unverschämtheit ist die gefährlichste Form der Unvorsichtigkeit, Wenn Herr von Bismarck verbannt wäre und nirgendswo ein Asyl fände, dann könnten wir ihn bei uns aufnehmen und mit Victor Hugo sagen: „Je sauverais Judas si j'étais Jésus-Christ." Er ist aber weder krank noch verbannt. Er würde nach Frankreich weder wegen seiner Gesundheit noch wegen eines Zufluchtsortes kommen; was verlangt er also von uns? Wenn er hierher kommt, um sich über uns lustig zu machen, so kann er nur besser zu Hause bleiben, wir haben ihn 1870 genug gesehen. — —

Wir können nur wiederholen, was wir seinerzeit zu den analogen Auslassungen der „Patrie" bemerkten: es wird dadurch bewiesen, wie sehr die Franzosen den Fürsten Bismarck noch immer als Urheber des nationalen Unglückes hassen, das sie 1870/71 betroffen hat. Daraus geht hervor, wie unvorsichtig Diejenigen urtheilen, die an die schon vollzogene oder in Vorbereitung begriffene Versöhnung Frankreichs glauben und diese Annahme ihrer politischen Speculation zu Grunde legen. Im Uebrigen wollen wir Herrn Paul Foucher im „Soir" beruhigen und wiederholt erklären, daß unseres Wissens Fürst Bismarck weder die Neigung noch die Absicht hat, „den heiligen Boden Frankreichs zu betreten". Es ist, wie wir schon neulich sagten: bei aller guten Meinung, die der Fürst von der Höflichkeit der Franzosen hat, hält er es doch für angemessen, die ihm zugeschriebenen Wechsel auf ihr Conto nicht zu ziehen. Er würde es als aufdringlich erachten, die Franzosen zu zwingen, zwischen ihren natürlichen Gefühlen gegen ihn und der nationalen Höflichkeit eine Wahl zu treffen.

* * *

Zwei kleine Notizen aus den „Hamb. Nachr." von 21. Februar (M.-A.) mögen hier kurz erwähnt werden. Die eine:

Die Angabe des „Berliner Tageblattes", daß der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha letzthin den Fürsten Bismarck besucht habe, beruht auf Erfindung. Seine Hoheit ist weder jetzt noch früher in Friedrichsruh gewesen.

Und die andere:

Nach einer uns aus Harburg zugehenden Mittheilung ist dem Fürsten Bismarck ein parlamentarisches Mandat mittels telegraphischer Anfrage eines Wahlcomités angeboten worden. Der Fürst hat abgelehnt,

weil persönliche und häusliche Verhältnisse ihm den längeren Aufenthalt in Berlin, zu dem sich der Fürst bei gewissenhafter Ausübung eines Mandates verpflichtet halten würde, zur Zeit nicht gestatteten.

* * *

Die Lage der neuen Regierung in Deutschland und Preußen und ihre Haltung gegen den Fürsten Bismarck erörtert die „Allgem. Ztg." in einem Artikel vom 21. Februar (A.-A.):

Die „Nordd. Allgem. Ztg." hat bestätigt, was uns bereits eine Berliner Correspondenz im letzten Abendblatt meldete, daß die jüngste Sitzung des preußischen Staatsministeriums sich nicht mit der dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Preßthätigkeit beschäftigt habe. Diese und andere Gerüchte finden regelmäßig ihre Verbreitung in der freisinnigen Presse, welche im Publicum den Glauben zu befestigen sucht, daß die Regierung vollständig im freisinnigen Fahrwasser segle, und daß der freisinnige Wind die Segel des Staatsschiffs schwelle. Die „National-Ztg." constatirt, daß einzelne freisinnige Blätter kaum noch einen Artikel bringen, in welchem sie sich nicht auf die Anschauungen oder auf Aeußerungen des Kaisers berufen, und namentlich seit dem letzten parlamentarischen Diner hat das Bestreben in der freisinnigen Presse, Wünsche der Partei als Ansichten der Regierung und insbesondere des Kaisers auszugeben, einen nicht unbedenklichen Umfang erreicht. Dem gegenüber kann man sich nicht wundern, wenn in einem anderen Theil der deutschen Presse die Betrachtungen über die innere Lage immer häufiger und immer ernster werden. Die Nation befindet sich da einer Thatsache gegenüber, welche durch keine Polemik aus der Welt geschafft werden kann: der Thatsache, daß die Presse Verstimmungen nicht erzeugt, sondern nur den vorhandenen Verstimmungen und wachsenden Besorgnissen Ausdruck giebt. In einem „Wohin?" überschriebenen Artikel der „Köln. Ztg.", der gleichfalls die dem Fürsten Bismarck zugeschriebene Preßthätigkeit zum Ausgangspunkt nimmt, lesen wir:

„.... Nun sprechen deutsche Patrioten doch nicht deshalb eine weitverbreitete Mißstimmung aus, weil es ihnen Lebensgewohnheit und Bedürfniß ist, sich zur Regierung in einen Gegensatz zu bringen; wir verleihen vielmehr den Empfindungen der Bevölkerung Ausdruck, um die leitenden Männer zu veranlassen, die verlorene Fühlung mit dem deutschen Volksgemüth wieder zu gewinnen. Denn wenn die Ueberzeugung allgemein und dauernd würde, daß die Monarchie auf absehbare Zeiten vielfach gerade die bedenklichen Strebungen unseres öffentlichen Lebens begünstigen werde, so würde noch öfter als jetzt von ernsten Männern die bange Frage erörtert werden, ob Deutschland nach etlichen Jahrzehnten sich noch den kostbaren Besitz einer starken Monarchie unvermindert bewahrt haben werde. Eine solche unerfreuliche

Entwickelung können Politiker nicht wünschen, die in ihrer Grundanschauung gemäßigt sind und von dem erhabenen Vermittlerberuf, den die Monarchie inmitten unserer socialen Wirren zu erfüllen hat, einen hohen Begriff haben.

Dazu kommt noch eins: Es ist kein Geheimniß, daß in den leitenden Kreisen Erwägungen angestellt wurden, ob es nicht angezeigt sei, in irgend einer Form gegen den Fürsten Bismarck vorzugehen. Ein solches Vorgehen würde geradezu verhängnißvoll gewesen sein; was dadurch an treuer, staatlicher Gesinnung, an monarchischem Gefühl niedergebeugt worden wäre, hätte sich nicht sobald wieder erhoben. Der Radicalismus, der die Rechte und die Stellung der Krone schwächen und bei einer Zerrüttung aller Verhältnisse im Trüben fischen möchte, bekundete eine ganz richtige Witterung, wenn er schadenfroh und hämisch hetzte; wem dagegen Deutschland über Alles geht, dem mußte daran liegen, diese Verhältnisse nicht zu verschärfen und ein verneinendes Ergebniß jener Erwägungen dauernd zu sichern. Wir haben die Zuversicht, daß dies gelungen ist und daß damit eine Katastrophe vermieden ist, welche die Tragkraft unserer ohnehin schwierigen innerpolitischen Lage vielleicht überstiegen haben würde."

Zu der Frage über die Berechtigung des Fürsten Bismarck, sein Gutachten über Angelegenheiten der deutschen nationalen Politik öffentlich abzugeben, äußern sich auch russische publicistische Organe, von denen man doch keine Vorliebe für unseren Altreichskanzler zu erwarten hat. Beachtenswerth erscheint namentlich die Stimme der Monatsschrift „Wjestnik Jewropy" (Europ. Bote), welche sich im Februar-Heft wie folgt äußert:

„Der ehemalige Reichskanzler hat sich vierzig Jahre mit Fragen von höchster Wichtigkeit abgegeben, hat Noten, Instructionen verfaßt, Bündnisse geschlossen, Reden gehalten, Gesetzentwürfe zusammengestellt; was ist also dabei Erstaunliches, wenn er jetzt das Bedürfniß fühlt, zuweilen seine Meinung abzugeben? Statt sich für diese Urtheile des alten Staatsmanns zu interessiren, treten Publicisten verschiedener Parteien gegen sein Recht auf, zu der Oeffentlichkeit vermittelst der Presse zu reden. Dieses seltsame Urtheil ist ein grelles Beispiel der Veränderlichkeit menschlicher Schicksale: vor einem Jahre wäre es ganz unmöglich gewesen, etwas Aehnliches in Bezug auf den mächtigen Kanzler vorauszusehen. Es ist nur zu bedauern, daß dessen frühere Gegner in der Polemik gegen den gefallenen Löwen nicht das gebührende Maaß bewahren, indem sie dadurch unwillkürlich für sie unvortheilhafte Vergleiche und Schlußfolgerungen veranlassen."

Freilich, meint der „Wjestnik Jewropy", findet die Kritik des Fürsten Bismarck theilweise ein dankbares Material. Einige Minister, die seine Schule durchgemacht und gewohnt waren, passiv seinen Weisungen zu folgen, sind jetzt ohne die frühere Anleitung geblieben und wissen nicht immer das Gleichgewicht zwischen den neuen Forderungen und den alten Principien zu

erhalten. Die russische Monatsschrift hat hierbei hauptsächlich den Cultusminister im Auge und dessen Vertheidigung der Sperrgeldervorlage.

* * *

In denselben Tagen erwähnt die „Badische Landes-Zeitung“ zustimmend die in den „Hamb. Nachr.“ vertretenen Auffassungen über den mit Oesterreich-Ungarn abzuschließenden Handelsvertrag und fährt dann fort:

„Daneben nimmt sich gar wunderlich und von innerer Unsicherheit zeugend die Vertheidigung der Regierung aus, welche die ‚Nordd. Allgem. Ztg.‘ in hochofficiösem Tone vor einigen Tagen entwickelte. Das Bedenken der ‚Hamb. Nachr.‘ berührt sie nicht, aber sie knüpft an die Besorgnisse an, welche in bedeutenden Interessenkreisen in betreff eines mit Oesterreich zu vereinbarenden ermäßigten Zolltarifs hervortreten, und welche ungeachtet des Reichstagsbeschlusses über die Getreidezölle immer wieder und in den letzten Tagen in den Beschlüssen der Wirthschaftsreformer laut geworden sind.

„Diesen Besorgnissen sucht die ‚Nordd. Allgem. Ztg.‘ entgegenzutreten, indem sie den Wunsch ausspricht, der Reichsregierung bei ihren Verhandlungen das erforderliche Vertrauen zu schenken. Sie enthüllt die Absichten der Regierung bezüglich der Zollfrage in keiner Weise; aber zwei Gesichtspunkte betont sie gewissermaßen als die für die Regierung bei den Verhandlungen maßgebenden Directiven. Sie sagt erstens, daß es angesichts der von Nordamerika eingeführten und von Frankreich und anderen Staaten eingeleiteten schärfern Abschließungs- und Schutzzollpolitik nothwendig sei, sich mit Oesterreich über engere Beziehungen durch gegenseitige Tarifermäßigungen behufs besserer Abwehr gegen jene Schutzzollpolitik zu verständigen, und zweitens, daß an Oesterreich nur solche Tarifconcessionen gemacht werden sollen, welche durch vollwerthige Gegenconcessionen aufgewogen würden.

„So befriedigend dieser Standpunkt der Regierung beim ersten Eindruck zu sein scheint, so bedenklich werden die beiden Sätze bei näherer Prüfung. Man darf nicht unser Verhältniß zu Frankreich vergessen, der Art. 11 des deutsch-französischen Friedensvertrags, welcher den beiden Nationen das Meistbegünstigungsrecht allen Verträgen gegenüber einräumt, die von einem der beiden Reiche den sechs dort genannten Staaten, worunter auch Oesterreich, zugestanden werden, besteht noch in Kraft. Daraus folgt, daß Frankreich an allen von uns an Oesterreich bewilligten Zollbegünstigungen sofort betheiligt wird. Unter diesen Umständen ist es völlig unklar, wie ein ermäßigter Conventionaltarif zwischen Deutschland und Oesterreich ein Abwehrmittel gegen die Erhöhung der französischen Schutzzölle gewähren soll. Frankreich wird ja dadurch in keiner Weise genöthigt, deshalb seine Zölle uns gegenüber herabzusetzen. Eben so wenig leuchtet es ein, warum ein engerer Zollanschluß von Deutschland und Oesterreich, der in sehr mäßigen Zöllen für Getreide, Holz und Wein auf unserer und für Eisen und einige Textilwaaren auf der

anderen Seite seinen Ausdruck findet, einen Einfluß auf die Schutzzollpolitik der Vereinigten Staaten und Rußland ausüben soll. Soll Oesterreich etwa die Einfuhr des russischen Getreides überflüssig oder ägyptische Baumwolle auf dem österreichischen Transit die amerikanische entbehrlich machen? Wir stehen vor einem Räthsel, welches uns die ‚Nordd. Allgem. Ztg.‘ aufgiebt und das durch seine Unlösbarkeit nichts weniger als Vertrauen erweckend wirkt!

„Die zweite Versicherung, Concessionen an Oesterreich nur für vollwerthige Gegenconcessionen zuzugestehen, scheint uns ebenfalls eher beunruhigend als beruhigend. Rufen wir der ‚Nordd. Allgem. Ztg.‘ doch einmal die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte ins Gedächtniß zurück. In den Jahren 1861 und 1862 setzte Preußen dem Bestreben Oesterreichs, in den Zollverein einzutreten, den schärfsten Widerstand entgegen, nicht allein um keine politische Niederlage zu erleiden, sondern auch um eine große Beschädigung der wirthschaftlichen Interessen des Zollvereins zu vermeiden, welche damals der eingehendsten Prüfung unterzogen wurden. Im Jahre 1878 erkannte die Reichsregierung, daß sich in der Incongruenz der beiderseitigen Interessen nichts geändert hätte. Es gab kein Zugeständniß in den Tarifzöllen, was nicht die eigenen Interessen schwer beschädigte. Trotz aller Bemühungen Oesterreichs kam daher nur ein Vertrag ohne Tarif zu Stande. Man ließ aber das Feld für Verhandlungen offen und schloß deshalb den Vertrag nur auf ein Jahr, bis zum 31. December 1879 ab, Oesterreich die Hoffnung lassend, doch noch zu einem ermäßigten Conventionaltarif zu gelangen. Die Verhandlungen wurden fortgesetzt, der Vertrag wieder zwei Mal verlängert bis zum 1. Juli 1881. Da aber die Verhandlungen resultatlos blieben und immer aussichtsloser wurden, entschloß man sich endlich, dieselben einstweilen ruhen zu lassen. Man begnügte sich, den Vertrag ohne Tarif einer neuen Lesung zu unterziehen, ihn hier und da zu revidiren und im Mai 1881 in der neuen Fassung bis Ende 1887 für gültig zu erklären. Als dieser Termin herannahte, ohne die Möglichkeit eines Conventionstarifs näher gerückt zu haben, entschloß man sich, seine Fortdauer auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigung zu vereinbaren.

„Wir können heute schon übersehen, wie richtig die deutsche Regierung verfahren hatte. Unsere Unabhängigkeit von Oesterreich gestattete uns, die als nöthig erkannten Tarifänderungen, und zwar besonders in den Getreidezöllen, vorzunehmen und für uns Das zu thun, was wir als durch unsere eigensten Interessen für geboten erachteten. Wir verkennen nun nicht, daß durch dieses Vorgehen der Wunsch auf österreichischer Seite verstärkt werden mußte, die alte Frage wieder aufzunehmen. Sein Interesse, die Ausfuhr österreich-ungarischen Getreides, die ja weit über eine Million Doppelcentner beträgt, möglichst zu erleichtern, ist in Folge unserer Zollerhöhung größer als früher, und es begreift sich, daß es Alles daran setzen wird, zu seinem Vor-

theile Tarifermäßigungen von uns durch Vereinbarung nicht allein zu erlangen, sondern auch auf eine Reihe von Jahren festzulegen. Umgekehrt aber liegen für Deutschland die Dinge in Oesterreich ganz wie früher. Die Zollermäßigungen, die Oesterreich uns gewähren kann, fallen eben nicht ins Gewicht, und selbst eine Herabsetzung des Eisenzolles um 30 Kreuzer bietet keinen großen Reiz für unsere Industrie.

„Wir fragen, wo unter solchen Umständen vollwerthige Gegenconcessionen herkommen sollen! Seit Jahrzehnten sind sie nicht gefunden worden. Wird es heute dem Reichskanzler gelingen? Wir glauben es nicht und hoffen es nicht. Sehen wir selbst von allen Nachtheilen einer etwaigen Getreide- und Holzzollermäßigung ab, so verlangt der voraussichtliche Kampf gegen die amerikanische und französische extreme Schutzzollpolitik absolut auf unserer Seite die Möglichkeit, frei nach den Umständen handeln zu können. Dazu aber dürfen wir nicht gebunden sein durch einen voreilig abgeschlossenen Vertrag mit Oesterreich, der unsere handelspolitische Actionsfähigkeit lähmen muß.

„Die Behauptung, daß es vom Standpunkt des Gesammtinteresses der Volkswirthschaft eine gebieterische Pflicht der deutschen wie der österreichischen Regierung war, zu einem Tarifvertrage zu gelangen, ist daher einstweilen eine unverständliche Phrase."

* * *

Die Münchener „Allgemeine Zeitung" beschäftigt sich in einem sehr beachtenswerthen Artikel am 22. Februar (M.-A.) mit der doppelten Frage: ob es angebracht sei, daß Fürst Bismarck unter den herrschenden Umständen einen Platz im Reichstage einnähme? und ob die schwebenden Verhältnisse dazu angethan seien, seine freie Meinungsäußerung in der Presse einzuschränken. Die sehr interessanten Ausführungen haben folgenden Wortlaut:

„Die Frage, ob der Altreichskanzler nicht einen Sitz im Reichstage einnehmen und dort für das Werk seines Lebens eintreten solle, ist in den letzten Monaten mehr noch im Publicum als in der Presse erörtert worden. Nicht selten kann man dabei dem Hinweis auf Gladstone begegnen, welcher wesentlich älter als Fürst Bismarck doch noch mit voller geistiger und körperlicher Frische eine parlamentarische Führung ausübe. In diesem letzteren Umstande, in der parlamentarischen Führung, liegt unseres Erachtens das entscheidende Moment. Gesetzt den Fall, es sei möglich und wünschenswerth, das englische Princip auf Deutschland zu übertragen, wobei die aus dem föderativen Charakter der deutschen Reichsverfassung erwachsenden Schwierigkeiten meist übersehen werden, so fehlt zur Erfüllung vor Allem die erste Vorbedingung: die Parteien. Gladstone steht an der Spitze einer großen, zwar aus Gruppen bestehenden, aber hinsichtlich der wesentlichen Ziele geschlossenen Partei, die jeden Tag bereit ist, dem Rufe der Königin zu entsprechen und die am Ruder befindlichen Conservativen in der Regierung abzulösen.

„Eine derartige Situation ist in Deutschland nicht vorhanden und auf absehbare Zeit nicht in Aussicht zu nehmen. Wir haben auf der einen Seite die Conservativen, Freiconservativen und Nationalliberalen, welche — obwohl keineswegs in allen Stücken mit der heutigen Regierung übereinstimmend — dennoch die Hauptstütze der letzteren bilden, weil sie die eigentlichen Träger des Staatsgedankens sind. Zur Zeit setzt die Regierung, die preußische sowohl wie die durch die Spitzen der Reichsämter gebildete, sich aus Anhängern dieser drei Parteien zusammen. Ihnen gegenüber stehen das Centrum und die „freisinnige" Partei, Polen, Welfen, Socialdemokraten, kurz, die ganze Verlängerung nach links, von denen Centrum und Freisinn der augenblicklichen Regierungspolitik näher stehen, wenigstens näher zu stehen mit größerem oder geringerem Rechte behaupten. Für eine Reihe von Fragen findet die Regierung aber in keinem der beiden Lager eine Majorität. In wirthschaftlichen Fragen muß sie mit einer Gemeinschaft der Conservativen und des Centrums rechnen, und es ist Thatsache, daß z. B. die Sperrgeldervorlage vielfach als der Preis angesehen wird, um welchen das Centrum in seiner Mehrheit den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn annehmen soll.

„In welcher Lage befände sich Fürst Bismarck im Reichstage? Seine Wählerschaft würde sich ja aus Conservativen, Freiconservativen und Nationalliberalen zusammensetzen, aber er könnte sich nach Lage der Dinge keiner dieser drei Parteien im Reichstage anschließen. Er müßte dort also als „Wilder" erscheinen und genau wie ehedem als Reichskanzler sich für die von ihm vertretenen Anschauungen eine Mehrheit bald aus den Parteien suchen, denen auch seine Wählerschaft angehört, bald aber, z. B. in Zollfragen, aus einer Mehrheit, die sich aus Conservativen und Centrum zu bilden hätte. Ein leitender Staatsmann, der fest im Vertrauen der Krone steht, kann so operiren, wenn er dies im öffentlichen Interesse für nützlich und vor Allem für unvermeidlich erachtet; ein parlamentarischer Staatsmann vermöchte dies nicht, ohne nicht im einen oder anderen Falle in Gegensatz zu seiner Wählerschaft zu gerathen.

„Fürst Bismarck wäre im Reichstage eine Alles so überragende, die Verhältnisse so beherrschende Persönlichkeit, daß er wahrscheinlich auf dem Sitze des Abgeordneten ziemlich den gleichen Einfluß ausüben würde, wie vordem am Bundesrathstisch, und die einzelnen Parteien würden sich alsbald klar zu machen haben, in welches Verhältniß sie sich zu ihm setzen wollen. Aber damit wäre die Sache nicht erschöpft: die Schwierigkeit liegt in dem Verhältniß zur Regierung. Ob eine Regierung überhaupt möglich wäre, welcher Fürst Bismarck in parlamentarischer Opposition gegenüberstände — diese Erfahrung müßte erst gemacht werden. Nun könnte man ja sagen: wenn eben eine Regierung ihm gegenüber nicht möglich ist, so wäre damit für ihn das Recht und die Pflicht gegeben, wieder selbst die Regierung zu über-

nehmen. Das ist der zweite Punkt, an welchem das englische Verhältniß auf das deutsche nicht zu übertragen ist. Die Uebernahme der Regierung vollzieht sich in Deutschland und Preußen nicht auf Grund einer Uebereinstimmung mit der Krone, einer Uebereinstimmung, welche eine sachliche sowohl als eine persönliche sein muß. Wir bezweifeln, daß die sachliche Uebereinstimmung in naher Zeit wieder herstellbar sein würde, hinsichtlich der persönlichen bezweifeln wir es fast noch mehr. Die Zeiten ändern sich, und am beweglichsten ist — das lehren unsere Tage nur zu deutlich — die Politik. Aber noch sind die Verhältnisse wohl so gelagert, daß der Bruch, dessen Anfänge bereits in den Sommer 1888 zurückreichen, sich dann binnen Jahresfrist schnell verdichteten, um schon gegen Ende des Jahres 1889 rasch der Krisis zuzutreiben, als une rupture sans retour erscheint. Ob auf die Dauer — steht bei der Vorsehung, welche Deutschland in seinem Entwickelungsgange auf Wegen geführt hat, die Niemand ahnen noch voraussehen konnte.

„Für den Fürsten Bismarck ist mithin einstweilen im Reichstage kein Platz. Er könnte dort nur als Führer einer Partei erscheinen, welche stark und zuverlässig genug wäre, ihm eine Majorität zu bilden; er könnte es ferner nur, wenn er bereit wäre, im gegebenen Falle die Leitung der Regierung wieder zu übernehmen. Wir glauben nach allen Anzeichen nicht, daß die Geneigtheit dazu bei ihm besteht; inwiefern unter Umständen auf Seiten der Krone die Geneigtheit bestehen könnte, sich wieder an den Fürsten Bismarck zu wenden — darüber eine Ansicht zu äußern, müssen wir uns in Ehrerbietung versagen.

„Reichstagsmandate ehemaliger Minister sind ja nicht so selten: wir brauchen nur die Namen Graf Schwerin-Putzar, von Bernuth, Hobrecht zu nennen; andere würden wohl ebenfalls ein Mandat genommen haben, wenn sie nicht Schwierigkeiten in dem Verhältniß zu ihren ehemaligen Collegen und namentlich zum Fürsten Bismarck erblickt hätten. Aber wenn Fürst Bismarck aus sachlichen wie aus persönlichen Gründen zur Zeit darauf verzichtet, durch Ausübung eines Reichstagsmandats sein Interesse an der weiteren Entwickelung unserer öffentlichen Dinge zu bekunden, so erlischt damit für ihn nicht das Recht der Kritik. Wer würde in Deutschland heute vor einem Jahre es für möglich gehalten haben, daß dem Erbauer des Reiches das Recht der öffentlichen Kritik abgesprochen werden könnte! Wir begegnen da dem Einwande: Ja, aber die Anonymität! Wir wissen nicht, auf welche Weise Fürst Bismarck seine Ansichten für die Oeffentlichkeit formulirt und wie weit etwa sein persönlicher Antheil dabei geht; aber da in ganz Deutschland Niemand einen politischen Zeitungsartikel zu unterzeichnen pflegt, mit Ausnahme von Aufsätzen in Wochen- und Monatsschriften, so sehen wir nicht ein, mit welchem Recht ein solcher Anspruch an

den Fürsten Bismarck erhoben werden könnte. Alle Kritiken, welche in der deutschen Tagespresse an dem heutigen wie an dem vorigen Régime geübt werden, sind anonym, Fürst Bismarck selbst steht täglich den anonymen Gegnern in der ultramontanen und freisinnigen Presse, neuerdings gelegentlich auch in conservativ sein wollenden und nationalliberalen Blättern gegenüber, und da ist es eine seltsame Zumuthung, von ihm eine persönliche Verantwortlichkeit zu verlangen, welcher sich keiner seiner Gegner unterzieht. Wir sind der Ansicht, daß die Tragweite seines persönlichen Hervortretens eine ganz unberechenbare, den Gegnern vielleicht wenig erwünschte sein würde.

„Die ‚Köln. Ztg.‘ hat neuerdings bekanntlich verlangt, Fürst Bismarck möge bis zum Eintritt einer großen Krisis schweigen, und die ‚Hamb. Nachr.‘ haben bereits darauf erwidert, daß es dann zum Reden zu spät sein möchte. Wir können dieser Anschauung nur rückhaltslos beitreten, sie wird, in Süddeutschland wenigstens, wie wir uns aus dem ‚Schwäb. Merkur‘ und anderen Blättern überzeugen, vielfach getheilt. Der ‚Schwäb. Merkur‘ sagt nicht mit Unrecht: vielleicht werde man es dem Fürsten Bismarck noch einmal danken, daß er im Sachsenwalde nicht nur spazieren gegangen sei. Nun begegnen wir aber in einem Theil der Presse dem in den Berliner Regierungskreisen erhobenen Vorwurf, daß Fürst Bismarck der jetzigen Regierung die Amtsführung erschwere. Ja, weshalb soll denn der berufenste Kritiker aller Politik sich zum Schweigen verurtheilen, wo Tausende von unberufenen Kritikern täglich das Wort nehmen? Weshalb soll er mit dem reichen Schatz seiner Erfahrung zurückhalten, wenn er sieht, daß nach seinem Rücktritt Wege eingeschlagen werden, die er für nicht richtig oder für unheilvoll hält? Dem persönlichen Behagen des bald Sechsundsiebzigjährigen würde es wahrscheinlich mehr entsprechen, wenn er sich um den Gang der Politik nicht zu kümmern brauchte; aber wir zweifeln keinen Augenblick, daß die nämlichen Zeitungen, welche ihn heute schelten, weil er „nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herläuft“ (es ist vom Fürsten Bismarck die Rede!), ihn noch viel lebhafter tadeln würden, wenn er sich auf den Standpunkt gestellt hätte: ‚Jetzt bin ich aus dem Amt, mögen sie machen, was sie wollen, mich gehen die Sachen nichts mehr an.‘ Wäre Fürst Bismarck durch den Tod aus seinem Amt abberufen worden, so würden seine Amtsnachfolger, würde die Nation wohl schon oft genug in der Lage gewesen sein, die Frage zu erörtern: wie würde wohl Fürst Bismarck in diesem Falle gehandelt haben? Und nun er noch in voller körperlicher und geistiger Frische unter den Lebenden wandelt, soll seine Ansicht nach den Einen nichts werth sein, nach den Anderen besser verschwiegen werden? Erfolgte doch selbst die Ertheilung des Abschiedes „in der Zuversicht, daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden“. Fürst Bismarck bleibt somit völlig im Rahmen dieser

kaiserlichen Aufforderung, wenn er dem Vaterlande seinen Rath nicht vorenthält und ihn in der einzigen Form ertheilt, die nach Lage der Dinge ihm heute möglich ist. Eine andere Form zu finden, würde Sache der Regierung sein, welche — wie aus der Colonialdebatte bekannt geworden — seinen Rath noch niemals eingeholt hat. Die erschwerenden Momente aber werden nur durch die Verhetzungen der freisinnigen und ultramontanen Blätter hineingetragen, welche, indem sie die Zeichen der heutigen Regierung oder gar die kaiserlichen Zeichen aufpflanzen, die Schwierigkeiten absichtlich schaffen helfen, um die vorhandene Kluft thunlichst zu erweitern. Dem gegenüber wäre Schweigen ein Vergehen am Vaterlande."

* * *

Die Münchener „Allgem. Ztg." referirt am 23. Februar (A.-A.) Folgendes:

Wir lesen in der „Köln. Ztg.": Dem französischen Blatte „Paix" zufolge soll Kaiser Wilhelm sich über sein Verhältniß zum Fürsten Bismarck dem Vertreter einer der größten festländischen Mächte (Herbette?) gegenüber folgendermaßen geäußert haben:

„Der Herzog von Lauenburg (so nennt der Kaiser stets Herrn v. Bismarck) scheint Mir immer mehr zu zürnen, weil Ich seine Entlassung als Reichskanzler veranlaßt und angenommen habe. Ich gestehe, daß es Mir ungeheuer peinlich war, Mich endgültig von diesem alten und erprobten Diener Meines Großvaters und Meines Vaters zu trennen. Aber wie sollte Ich anders handeln? Seit jenem Tage folgt der Herzog Gefühlen, die seiner unwürdig sind, er ist von dem Piedestal, auf das die Anerkennung der Nation und Meine eigene ihn erhoben hatten, hinabgestiegen und hat sich kopfüber in eine maß- und würdelose Opposition gestürzt. Mit unerhörter Heftigkeit mißbilligt, verurtheilt und greift er Alles an, was Meine Regierung thut, und führt gegen sie einen durchaus unerträglichen Kampf in der Presse. Glauben Sie aber nicht, daß Ich, wie man behauptet, beabsichtige, durch ein Eingreifen des Reichsgerichts mit Gewalt zu erzwingen, was der Herzog Mir mit Liebe nicht gewähren will. Es wäre ein großer Irrthum. Eine solche Absicht ist zu thöricht, als daß sie auch nur einen Augenblick in Mir hätte auftauchen können. Nein — niemals — Sie können es Mir glauben, und Ich ermächtige Sie, es zu wiederholen — niemals wird der Deutsche Kaiser der Welt das traurige Schauspiel geben, daß ein Fürst den Mann, der ein begeisterter Diener Preußens und Deutschlands war und den trotz der Fehler seines Alters die Nachwelt als einen der größten Staatsmänner der Jetztzeit betrachten wird, in seinen alten Tagen in Anklagezustand versetzt."

Die „Köln. Ztg." schreibt dazu: „Diese Auffassung deckt sich unseres Wissens mit der in maßgebenden Kreisen thatsächlich herrschenden; sie deckt sich aber auch mit dem Volksempfinden. Wenn der Kaiser sich wirklich in dem obigen Sinne geäußert hat, so hat er dem deutschen Volk aus der Seele

gesprochen. Bismarck, der Begründer des Deutschen Reiches, steht, was der Herzog von Lauenburg auch immer unternehmen möge, unantastbar hoch im Volksbewußtsein, so hoch, daß seine gerichtliche Verfolgung in den Massen nur eine unheilvolle Verwirrung herbeiführen und selbst der monarchischen Autorität Eintrag thun würde."

Wir unsererseits (sagt die „Allgem. Ztg.") möchten hinzufügen, daß zu einem „gerichtlichen Einschreiten" bisher wohl überhaupt ganz und gar kein Anlaß vorgelegen hat, und daß dieser Gedanke überhaupt nur — dem Haß und der Phantasie derjenigen Presse entsprungen ist, welche nun einmal glaubt, gegenwärtig zu einer „führenden" Rolle berechtigt zu sein. Einstweilen ist aber wohl überhaupt zu bezweifeln, daß Se. Majestät sich in solcher Weise über den Fürsten Bismarck geäußert habe, namentlich zu dem Vertreter einer fremden Macht.

Die „Schlesische Zeitung", welche sich bemüht, an der Hand der jüngsten kaiserlichen Rede eine vermittelnde Stellung einzunehmen, schreibt zu dem Thema „Hie Kaiser, hie Bismarck":

„Eines der freisinnigen Blätter scheute sich nicht, die Situation durch den frevelhaften Ruf: „Hie Kaiser, hie Bismarck' zu kennzeichnen. Ein anderes Blatt derselben Richtung ging so weit, die Frage zu erörtern, ob es schon an der Zeit sei, gegen den Begründer des Deutschen Reiches mit einer öffentlichen Anklage wegen Landesverraths vorzugehen. Jeden wahren Patrioten muß ein solches Gebahren mit Ekel und Entsetzen erfüllen. Wenn es denkbar wäre, daß ein so bedauernswürdiges Ereigniß wirklich stattfinden könnte, so müßte eine Schwächung des monarchischen Gefühls in unserm Volke als die nothwendige Folge desselben vorausgesehen werden. Aber es bedarf keines Beweises, daß die Statuirung eines solchen Falles nur der überhitzten Phantasie der verblendeten Feinde des Mannes entsprungen ist, dessen genialer Leitung wir zum wesentlichen Theil unsere nationalen Errungenschaften verdanken. Durch den mißtönenden Lärm dieser Presse haben sich auch einzelne gemäßigte und conservative Blätter veranlaßt gesehen, voreilig eine förmliche Absage an den Fürsten Bismarck zu richten.

„Einer Erklärung darüber, für wen man sich zu entscheiden hat, wenn man wirklich vor die Wahl zwischen dem Kaiser und Bismarck gestellt ist, bedarf es seitens eines wirklich königstreuen Blattes nicht. Die ganze Lebensarbeit Bismarck's galt der Befestigung des preußischen Königsthrones und der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserthums. Wäre denkbar, was eben undenkbar ist, daß der große Mann seine gewaltige Kraft gegen diesen Thron und gegen die Monarchie richtete, so würde er schon mit dem Moment, in welchem eine solche Absicht bei ihm zu Tage träte, sein eigenes Lebenswerk zerstört und seinen eigenen Ruhmeskranz in Atome zerpflückt haben. Das kann aber niemals geschehen. Die Verant-

wortung für den thörichten Ruf: „Hie Kaiser, hie Bismarck‘, trägt nicht der ehemalige Reichskanzler, sondern diejenigen, welche ihn auszustoßen sich nicht gescheut haben.“

* * *

Am 20. Februar hatte der Kaiser im Brandenburgischen Provinziallandtage eine Rede gehalten, die die Aufforderung an die Brandenburger enthielt: „Folgen Sie Ihrem Markgrafen durch Dick und Dünn auf allen den Wegen, die er Sie führen wird. Sie können versichert sein, es ist zum Heil und zur Größe unseres Vaterlandes.“

Es ist für die Zeitgeschichte, deren nicht-officiellen Mittelpunkt Fürst Bismarck bildet, von höchstem Interesse zu beobachten, was die Presse aus dieser Rede des Kaisers macht. Die freisinnige und demokratische, welche neuerdings keine Gelegenheit vorübergehen läßt, sich das Hoflieferantenwappen beizulegen, säumt selbstverständlich nicht, die kaiserliche Rede für sich in Beschlag zu nehmen. Die „Vossische Zeitung“ findet in der Rede „eine Kriegserklärung an die Interessenwirthschaft oder Mißwirthschaft, welche seit 1878 auf Deutschland lastet,“ und begrüßt sie als „klärendes Ereigniß, welches die Hoffnung auf eine durchgreifende Wendung in der Wirthschaftspolitik befestigen muß.“ Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Wir haben nicht nöthig, die Leute bei Namen zu nennen, auf die der Kaiser erhobenen Fingers hindeutet. So viel ist aber sicher, wir Freisinnigen wissen uns frei von den Begehungs- und Unterlassungssünden, die der Monarch in so ergreifender Weise aufgezählt. Wehe denen, welche diese Zeichen nicht zu deuten verstehen und dieser kaiserlichen Mahnung gegenüber in verhärtetem Herzen verharren. Die neue Zeit wird mit unerbittlicher Zermalmung über sie hinwegschreiten, wie hochgefürstet sie auch immer sein und in welchem Lager sie sich auch befinden mögen.“

Nicht minder siegesgewiß, aber doch nicht ohne einen deutlichen Wink für die Regierung, läßt sich die „Frankfurter Zeitung“ über die Rede vernehmen:

„In der Form der Mahnung enthält sie eine sehr deutliche Warnung, die noch durch die Berufung auf den Großen Kurfürsten verschärft wird, dessen Kämpfe gegen einzelne Stände um des Wohles Aller willen damit in Verbindung gebracht werden. In den Worten des Kaisers, daß manches anders geworden sei, haben wir das Geständniß, daß der alte Cours verlassen ist; setzt dafür der Kaiser seinen Willen ein, so darf auch die dem Lande verantwortliche Regierung nicht zögernd und schwankend zurückbleiben. Ihre Aufgabe ist es, die Beunruhigung zu bannen, der Verdunkelung entgegenzutreten; mehr als Worte vermögen hier Thaten dieses Ziel in voller Klarheit zu zeigen und dem Reiche die beruhigende Gewißheit zu geben, daß die Tage einer auf das einseitige Wohl einzelner Stände gerichteten, die Gesammtheit schädigenden Politik für immer dahin sind. Dann,

aber auch nur dann werden die ‚Oceane von Druckerschwärze und Papier‘[*]), die das Vertrauen auf die Zukunft untergraben sollen, wirklich verschwendet sein und lediglich die Verschwender arm machen.“

Diesen freisinnigen und demokratischen Dithyramben tritt besonnener und verständiger die „National-Zeitung“ entgegen:

„Unseres Erachtens wirkt es den Wünschen, welche der Kaiser in seiner Rede ausgesprochen hat, geradezu entgegen, wenn eine scrupellose Agitation immer von Neuem Vorwände erhält, den Glauben an einen bevorstehenden vollständigen Bruch mit der unter dem Fürsten Bismarck verfolgten Politik zu verbreiten. Durch diese Preßtreibereien werden Volkskreise, welche für den wirklichen jetzigen Cours wohl zu gewinnen wären, immer wieder beunruhigt und abgestoßen.

„Der Satz der kaiserlichen Rede, welcher den tendenziösen Auslegern den am eifrigsten ausgenutzten Stoff darbot, war der, daß von den Einzelinteressen ‚Opfer gebracht werden müssen, wenn das Ganze gedeihen soll‘. An sich beinahe selbstverständlich, bietet der Satz zu sensationellen Interpretationen insbesondere dann gar keinen Anlaß dar, wenn er im Lichte der bisherigen Vorlagen der Regierung, der parlamentarischen Behandlung derselben und der offenkundigen Situation betreffs der Verhandlungen mit fremden Staaten betrachtet wird. Opfer seitens der Einzelinteressen hat beispielsweise die Landgemeindeordnung in Preußen, die Arbeiterschutzgesetzgebung im Reiche verlangt; aber sie sind betreffs der Landgemeindeordnung von den Conservativen nach einigem Sträuben gebracht worden, und dasselbe geschieht seitens der Industriellen bei der Arbeiterschutzvorlage im Reichstage; hervorragende Arbeitgeber auch aus den Parteien des ehemaligen Cartells sind um das Zustandekommen des Gesetzes beständig bemüht.

„Was aber den Handelsvertrag mit Oesterreich und die an ihn sich wahrscheinlich anschließenden Verträge mit einigen anderen Staaten betrifft, so ist es nach der handelspolitischen Stimmung der Welt völlig ausgeschlossen, daß den landwirthschaftlichen und industriellen Producenten sehr weitgehende Opfer dadurch auferlegt werden könnten; die gegenseitigen Zugeständnisse werden sicher in bescheidenen Grenzen bleiben; weit entfernt, einen ‚Bruch‘ mit dem jetzt fast in der ganzen Welt herrschenden System herbeizuführen, dürften diese Verträge es wahrscheinlich unter einigen Milderungen und unter Schaffung von Garantien für eine größere Stetigkeit der Verhältnisse im übrigen für längere Zeit befestigen. . .

„Also die Möglichkeit scheint uns durchaus vorhanden, um für eine Politik, wie sie in den Handlungen und in den bis jetzt bekannten Absichten der gegenwärtigen Regierung vorliegt, nach den in der kaiserlichen Rede kund-

---

[1]) Worte aus der kaiserlichen Rede.

gegebenen Wünschen eine große Mehrheit zu sammeln und somit nach einer schweren politischen Erschütterung wieder einen stetigen Gang der öffentlichen Angelegenheiten, unter der Befriedigung früher allzusehr zurückgedrängter Bedürfnisse unseres Staatslebens, zu sichern.

„Für eine solche Mehrheit können bei verständiger Behandlung alle wesentlichen Elemente derjenigen Parteien gewonnen werden, welche die Träger der Bismarck'schen Politik waren; und wenn außerdem auch Bestandtheile der früheren Opposition gegen diese, dann um so besser. Aber die eine Vorbedingung solchen Zusammenschlusses ist eine nüchterne, sachliche Behandlung der politischen Aufgaben, welche das Vertrauen herstellt, daß man nicht jeden Tag auf neue Ueberraschungen gefaßt zu sein braucht. Eine andere Vorbedingung freilich ist die deutliche Zurückweisung jeder Solidarität der maßgebenden Kreise mit den Schmähungen, welche gegen die abgeschlossene, trotz mancher Fehler große Periode deutschen Lebens jetzt von Parteien ausgehen, die, wenn es nach ihnen gegangen, die Errichtung des Deutschen Reiches verhindert hätten."

* * *

In den Reichstagssitzungen vom 27. und 28. Februar standen die an Unterofficiere zu zahlenden Dienstprämien zur Berathung. Am zweiten Verhandlungstage nahm der Reichskanzler von Caprivi Gelegenheit, in seiner Antwort auf eine Rede des Abgeordneten Richter den freisinnigen Schwärmereien von eigener Regierungsfähigkeit nach allen Richtungen hin ein unerwartetes Ende zu bereiten. Er sagte u. A.:

„Der Herr Abgeordnete Richter meint, wenn vom Regierungstische aus davon gesprochen wird, so mache das den Eindruck, als sei die Socialdemokratie die einzige treibende Kraft im Staate oder Reiche. Das ist meine Meinung nicht; aber ich halte sie zur Zeit für die größte Gefahr im Reiche; und weil ich sie dafür halte, so glaube ich, eben die Kräfte zu ihrer Bekämpfung bei jeder neuen Gelegenheit ausnützen zu müssen. Es wird, so lange ich die Ehre haben werde, an dieser Stelle zu stehen, kein Gesetz hier eingebracht werden, keine Maßregel vorgeschlagen werden, die nicht von dem Standpunkte geprüft worden ist: wie wirkt sie auf die socialdemokratische Frage ein? . . .

„Ich kann auch die Ansichten des Herrn Abgeordneten Richter nicht theilen, daß, wenn die Regierung von socialdemokratischen Dingen spricht, sie in Gefahr wäre, ihr Ansehen zu schädigen. Ich möchte glauben, daß man es vertrauensvoll der jetzigen Regierung überlassen kann, ihr Ansehen selbst wahrzunehmen. Jedenfalls würde ich in dieser Frage auf seine Unterstützung bereitwillig verzichten . . .

„Der Herr Abgeordnete hat von dem Verhalten der Fortschrittspartei gesprochen, daß sie ja der Regierung entgegenkäme und auch ganz gesonnen

wäre, mit uns zu machen, vorausgesetzt, daß sie das, was wir machen, gut fände. Genau in demselben Verhältniß befinde ich mich zur Fortschrittspartei; ich kann aber nicht leugnen, daß ich das, was die Fortschrittspartei thut, meist nicht gut finde. Denn so lange ich diese Dinge beobachte, nehme ich an ihr nur ein negirendes Verhalten wahr.

„Mir liegt hier eine Zusammenstellung vor über die Gesetze, die seit dem Jahre 1866 eingebracht und gegeben worden sind und denen die Fortschrittspartei einen Widerspruch entgegengesetzt hat; das sind seit dem Jahre 1866 deren 61 und seit dem Jahre 1870 deren 45, und darunter Gesetze, die zu den fundamentalen Gesetzen für unser jetziges verfassungsmäßiges Leben gehören. So lange die Fortschrittspartei diesen negirenden Standpunkt innehält, glaube ich, daß es für keine Regierung, es sei denn eine aus der Fortschrittspartei, möglich sein würde, mit ihr in eine engere Verbindung einzutreten . . .

„Der Herr Abgeordnete Richter hat dann angeführt, mein Herr Amtsvorgänger hätte in einer berühmten Rede ausgesprochen, daß wir nicht allein für Officiere, sondern auch für Unterofficiere das beste Material hätten, und er führte nun meinen Herrn Amtsvorgänger damit als Gegensatz zu mir auf und stellte eine Art von Kampf zwischen uns beiden auch hier dar. Ich kann sagen, daß es mir zur Befriedigung gereicht, daß er sich diesmal auf die Seite meines Herrn Amtsvorgängers gestellt hat. Die Presse jener Partei läßt in ihren Spalten einen solchen Kampf schon lange in bengalischem Feuer erscheinen. Mir ist bei der Bundesgenossenschaft, die mir in dieser Beziehung in einem Kampfe, der factisch nicht existirt, von jener Seite angeboten wurde, allemal unheimlich geworden. Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete endlich einmal auf der anderen Seite stand."

Die Wirkung, die diese Erklärung des Reichskanzlers in der Presse erzeugte, glich der eines plötzlich hervorbrechenden Windstoßes, der selbst eingerostete Wetterfahnen zu unsicherem Hin- und Herschwanken bringt. Bricht bei den nationalen Blättern helle Freude über die Befreiung von quälendem Albdruck hervor und wiegen sie sich zum Theil schon in übertriebenen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, so wissen bis ins Mark freisinnige Organe fast nicht, wie ihnen geschehen, und stehen verwirrt am Grabe ihrer Hoffnungen. Wir lassen hier einige Preßstimmen folgen:

Nach der „Post" erhellt aus der Rede des Kanzlers, daß die Regierung zu den Richtungen, bei welchen sie Gutes zu finden erwartet, die Deutschfreisinnigen nicht rechnet. Angesichts der planmäßig, mit der bekannten großen Betriebsamkeit und Unverfrorenheit von deutschfreisinniger Seite inscenirten Mythenbildung, als ob die Regierung auf die Freisinnigen

zur Bekämpfung der Cartellparteien sich stützen müsse, sei diese bündige Klarstellung des Sachverhalts von erheblicher praktischer Bedeutung. Sie sei auch dankenswerth, weil in Folge jener freisinnigen Mache manche entschiedene Anhänger einer zugleich gut monarchischen und gut nationalen Politik anfingen, an der Regierung irre zu werden, und Mißtrauen auch in solchen Kreisen sich einzuschleichen begann, welche ein festes Vertrauensverhältniß zwischen Regierung und Volk erstreben und wünschen.

Die „National-Ztg.“ äußert: „Die deutschfreisinnige Partei in Parlament und Presse versucht seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck die gegenwärtige Regierung als die Vollstreckerin der gehässigsten deutschfreisinnigen Verurtheilung alles dessen, was in der Bismarck'schen Zeit geschehen, darzustellen; Herr von Caprivi und seine Collegen sollten nach diesen Insinuationen den ‚Abbruch‘ des Bismarck'schen politischen Gebäudes, die Beseitigung der seit länger als einem Jahrzehnt betriebenen ‚Mißwirthschaft‘ beabsichtigen. Und angesichts einer angeblich so beschaffenen Regierungspolitik wurde den Parteien des früheren Cartells die Aufgabe zugewiesen, nach wie vor Alles durchführen zu helfen, womit Verantwortlichkeit, vielleicht Unpopularität verknüpft ist, während der tugendhafte Deutschfreisinn als die Partei der noch uneingestandenen Regierungspolitik die Annehmlichkeiten dieser abstracten Gouvernementalität mit denen einer nach wie vor festgehaltenen sehr correcten Oppositionsstellung verband! Ein solcher Stand der Dinge konnte von keiner Partei, deren Unterstützung durch Thaten die Regierung in Anspruch nimmt, ertragen werden. Indem Caprivi ihm ein Ende machte, hat er eine berechtigte Forderung dieser Parteien erfüllt, die Regierung aus einer wenig würdigen Stellung befreit und eine Klärung der inneren Lage herbeigeführt, die sich ohne Zweifel als heilsam erweisen wird.“

Die „Kölnische Ztg.“ schreibt: „Die erfrischende Offenheit, mit welcher der Reichskanzler von Caprivi zwischen Regierung und Deutschfreisinn die klare Grenzlinie gezogen hat, läßt für die Zukunft das Beste hoffen und genügt schon jetzt, um die erdrückende Schwüle der politischen Atmosphäre einigermaßen aufzuheitern und der überhand nehmenden Verwirrung Schranken zu setzen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Staatsleitung auch gegenüber den Arbeiterfragen zu Ergebnissen gelangt ist, welche das in Unternehmerkreisen entwickelte Gefühl des Preisgegebenseins beseitigen und die Ueberzeugung verbreiten und befestigen wird, daß die Staatsgewalt entschlossen ist, der blinden Begehrlichkeit der Arbeiter oder vielmehr der gewerbsmäßigen Hetzer einen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Es ist schon viel gewonnen, wenn die ringenden, socialen Mächte nicht mehr, wie das vielfach bisher der Fall war, von vornherein von der Voraussetzung ausgehen, der ganze Einfluß der Behörden werde im Großen und Ganzen meistens in die Wagschale der Arbeiter fallen.“

Die Münchener „Allgemeine Ztg." sagt: „Der Kanzler hat das Tischtuch zwischen sich und den Freisinnigen völlig zerschnitten und die von Eugen Richter in des letzteren Zeitung zur fable convenue gemachte Ansicht, als ob Herr von Caprivi der Mann des Freisinns sei, endgültig zerstört. Je größer die Verblüffung bei den Freisinnigen, desto lebhafter war das sympathische Echo, welches Caprivi's Worte bei der Mehrzahl des Hauses fanden."

Die „Börsen-Ztg." sagt: „Deutlicher ist den Socialdemokraten vom Regierungstische aus wohl noch niemals gesagt worden, daß die Flinte schießt und der Säbel haut; deutlicher ihnen noch niemals die Energie der Regierung kundgegeben worden, jede socialdemokratische Erhebung selbst mit Waffengewalt schonungslos niederzuschlagen."

Die „Volks-Ztg." hat folgende Auffassung: „Caprivi hat Frieden mit Bismarck und mit dem Cartell gemacht. Das ist die Bedeutung der heutigen Reichstagssitzung. Wir haben dagegen nichts einzuwenden. Will das Ministerium sich dem Cartell unterwerfen, so wird es rascher abwirthschaften, als es ahnt. Wer sich an seine Stelle setzen wird, bleibt abzuwarten."

Die „Vossische Ztg." kommt zu folgendem Schluß: „Wie man sich bettet, so schläft man; wenn von Caprivi sein Lager zwischen zwei Stühlen aufschlägt, so mögen noch so staatsmännische Erwägungen dafür maßgebend sein, die praktischen Folgen hat er selber und nur er davon zu tragen."

* * *

Hatte man früher zu hintertreiben versucht, daß Fürst Bismarck in irgend einem Wahlkreise für den Reichstag candidirte, so möchte man jetzt ohne Rücksicht auf die Vergeblichkeit jenes Bemühens (vgl. Band I, S. 90 f.) ihn auch gern von den „Hamb. Nachr." trennen — als ob dem Fürsten nicht eine große Anzahl Blätter in Nord und Süd mit freudigem Stolz sich zur Verfügung gestellt haben würde. Um Mittel für die Erreichung unlauterer Zwecke ist man ja nie in Verlegenheit, nur frisch gewagt! Wir lesen in den „Hamb. Nachr." vom 28. Februar (A.-A.) Folgendes:

> Aus Hamburg, 25. Februar, meldet das Dep.-Bur. Herold in Sachen der „Hamb. Nachr.":
>
> „Einer hervorragenden Hamburger Persönlichkeit gegenüber sprach sich Fürst Bismarck in erregtem Tone darüber aus, daß er für alle politischen Artikel der ‚Hamb. Nachr.' verantwortlich gemacht werde. Er habe bisher nur einige thatsächliche Richtigstellungen in dem Hamburger Blatte veröffentlicht; alle anderen Artikel seien Redactionsarbeit, wenn er auch nicht leugne, daß sie vorwiegend seinen Ansichten entsprächen. Es fiele ihm nicht ein, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, zumal er am besten wisse, mit welchen offenen und geheimen Schwierig-

keiten ohnehin jede Regierung zu kämpfen habe. Er wolle nur verhüten, daß ein zu weit gehender Idealismus ins Schlepptau eines gefährlichen Radicalismus gerathe, der das Bestehende niederreißen wolle, um dann seine Herrschaft zu proclamiren."

Diese Meldung ist, wie unsere in Friedrichsruh eingezogenen Erkundigungen ergeben haben, ganz und gar erfunden. Weder ist in den letzten Tagen eine hervorragende Hamburger Persönlichkeit dort gewesen, noch sind derartige Aeußerungen von dem Fürsten überhaupt gemacht worden. Jenes Telegramm würde übrigens im Grunde nur bestätigen, was so oft in den „Hamb. Nachr." schon zu lesen war: daß die Redaction derselben sich in Hamburg, und nicht in Friedrichsruh befindet. Darin allerdings weiß sich die Leitung unseres Blattes der Zustimmung des Fürsten Bismarck sicher, daß sie ihrerseits nicht men but matters tadelt, daß sie nie principielle Opposition macht, sondern nur eine Kritik einzelner Maßregeln übt und pflichtgemäß üben muß, wenn sie dieselben für schädlich hält.

Und am 1. März (M.-A.) fügen die „Hamb. Nachr." dazu noch folgende Bemerkungen:

Anläßlich einer bereits von uns als erfunden bezeichneten Meldung des Depeschenbureau „Herold" ist die Stellung der „Hamb. Nachr." zum Fürsten Bismarck während der letzten Tage mit ebenso viel Uebelwollen als Ignorirung unserer bezüglichen Erklärungen in der Presse discutirt worden. Wir können nur wiederholen, was schon früher oft genug gesagt wurde. Wir haben das Bestreben, die Ansichten des Fürsten Bismarck zu vertreten, nicht aus Oppositionsgelüste, auch nicht, weil wir beim Fürsten principielle Gegnerschaft gegen die jetzige Regierung voraussetzen, sondern weil wir den früheren Reichskanzler für einen sachverständigen und einsichtigen Politiker halten, zu dessen Urtheil wir Vertrauen haben und dessen Auffassung für uns ein Beweggrund ist, in schwebenden Fragen die eine oder die andere Lösung derselben für zweckmäßiger oder leichter zu halten. Wir wollen nichts anderes, als die Grundsätze wahren, welche die Politik des früheren Reichskanzlers 30 Jahre hindurch mit Glück befolgt hat.

Die angebliche „hervorragende Hamburger Persönlichkeit", auf deren Angaben das gestern Abend von uns dementirte Telegramm des Depeschen-Bureau „Herold" basirte, insinuirte offenbar zwischen den Zeilen, daß wir in dieser Richtung gelegentlich irrthümlich verfahren wären. Wir haben deshalb das Bedürfniß gehabt, uns zu vergewissern, ob die behauptete Aeußerung mit einer verdeckten Kritik unseres Auftretens vom Fürsten gethan sei; wir haben uns dabei überzeugt, daß die besagte „hervorragende Hamburger Persönlichkeit" des „Herold", falls sie wirk-

lich anders als in der Phantasie des Verfassers der betreffenden Depesche existirt, dasselbe Unglück wie Herr Abranyi gehabt haben und auf denselben „Schönhäuser", der dem Fürsten „sehr ähnlich" sein soll, gestoßen sein muß, wie der vorgenannte ungarische Abgeordnete.

* * *

Zu dem auf die Annahme eines Reichstagsmandates bezüglichen Abschnitte in dem oben (S. 34 ff.) mitgetheilten Artikel der „Allg. Ztg." sagen ergänzend die „Hamb. Nachr." vom 1. März (M.-A.):

Wir haben neulich von einem Artikel der Münchener „Allgemeinen Zeitung" Notiz genommen, in welchem die Frage erörtert wurde, ob die obwaltenden Umstände es dem Fürsten Bismarck ermöglichten, ein auf ihn fallendes Reichstagsmandat anzunehmen. Die Gründe, welche das Münchener Blatt gegen diese Möglichkeit anführte, halten wir für zutreffend und möchten nur noch die Schwierigkeiten stärker betonen, die, mehr äußerlicher Natur, sich der Ausübung eines Mandats durch den Fürsten entgegenstellen. Die Verhältnisse, welche der Fürst im Sitzungssaal und in den Fractionen antreffen würde, haben nichts Abschreckendes für ihn, aber Rücksichten persönlicher, häuslicher und gesellschaftlicher Natur erfüllen ihn gegen einen längeren Aufenthalt in Berlin mit Bedenken. Dies ist auch in dem Antwortstelegramme an das Wahlcomité des Hannoverschen Wahlkreises, welches die Anfrage, ob der Fürst das Mandat übernehmen wolle, an diesen gerichtet hatte, ausgesprochen. Am Schluß desselben hieß es: „Häusliche und gesundheitliche Verhältnisse machen es mir für jetzt nicht möglich, einen längeren Aufenthalt in Berlin, wie die Mitgliedschaft des Reichstags ihn bedingen würde, in Aussicht zu nehmen." Schon die Nothwendigkeit, in einem mehr oder weniger unruhigen Hotel für längere Zeit Wohnung zu nehmen, würde ausreichen, um die Bedenken des Fürsten begreiflich erscheinen zu lassen.

* * *

Am 1. März (M.-A.) kommen die „Hamb. Nachr." noch einmal zurück auf vom Berliner „Deutschen Tageblatt" an ihren Auslassungen geübte Kritik (vgl. oben S. 4 ff.); sie gelangen dabei zu dem entgegengesetzten Resultat, wie jenes Blatt, durch den Nachweis, daß in den gerügten Aeußerungen der „Hamb. Nachr." gerade diejenige Treue bethätigt ist, die das „Deutsche Tageblatt" kurzsichtig vermißt:

Conservatives. Das conservative Fractionsorgan, das Berliner „Deutsche Tageblatt", setzt seine Kritik der in den „Hamb. Nachr." zum Ausdruck gelangten politischen Anschauungen in der von uns bereits gekennzeichneten Manier fort.

Die genannte Zeitung nimmt für sich ausschließlich monarchische Treue in Anspruch, die sie implicite Denen abspricht, welche sie zu bekämpfen sucht. Das Blatt verwechselt dabei den Begriff der Treue mit dem andern des unbedingten Gehorsams. Wir können es mit der Treue nicht vereinbar finden, wenn ein Diener, der seinen Herrn auf einem Wege findet, den er nicht für gangbar, oder nicht für richtig hält, sich in ein Schweigen hüllt, für das man mannigfache psychologische Erklärungen finden kann, wie wir hier nicht weiter analysiren wollen.

Der Begriff monarchischer Treue, wie sie der frühere Reichskanzler nicht blos heute, sondern seit einem halben Jahrhundert bewährt hat, ist von ihm selbst in der bekannten Unterredung formulirt worden, die er in der Stunde seiner Ernennung zum Minister mit König Wilhelm I. hatte. Er lehnte damals die Discussion eines alle Einzelheiten resumirenden Programms mit den Worten ab, daß es in der Krise, die zu jener Zeit vorlag, sich nicht um Specialitäten zukünftiger Gesetze handle, sondern um die Autorität und die Zukunft der preußischen Monarchie. Für den Kampf um diese Zwecke lasse sich ein ins Detail gehender Plan nicht herstellen; er werde, wenn er über das, was zu thun sei, mit dem Könige verschiedener Meinung wäre, seine Ansicht unumwunden und auf die Gefahr der königlichen Ungnade hin jeder Zeit äußern. Könne er den König nicht überzeugen, daß seine abweichende Meinung die politisch richtige sei, so wolle er schließlich lieber mit dem Könige zu Grunde gehen, als mit dessen Gegnern pactiren. Wir glauben, daß diese Ansichten die richtige Auffassung der monarchischen Treue enthalten. Die Gefahr des „Zugrundegehens“ liegt heute glücklicherweise sehr viel ferner, als im September 1862, und die Berechtigung, abweichende Ansichten eines treuen Dieners der Monarchie als Felonie zu behandeln, ist gleichfalls nicht gegeben. In der Gegenwart handelt es sich unserer Ansicht nach sehr viel weniger um die Zukunft der Monarchie, die wir für nicht gefährdet erachten, sondern um die Tactik der conservativen Partei, deren Existenz uns bedroht erscheint, nicht in Folge der Lage im Lande, sondern durch die Mißgriffe der Leitung der Partei.

Das „Deutsche Tageblatt“ tritt auch für das Recht des Monarchen ein, seine Gehülfen an der Führung der Regierung frei zu wählen. Dabei sucht das Blatt den Anschein zu erwecken, als ob dies Recht von uns bestritten worden sei. Das ist nicht geschehen. Wir haben niemals eine Kritik an der Wahl der Rathgeber des Königs geübt, sondern immer nur einzelne sachliche Maßregeln erörtert, für welche die Verantwortlichkeit allein bei den gewählten Rathgebern der Krone ruhte. Es ist auch eine ungerechte Verdächtigung, zu behaupten — wie es nicht blos das „Deutsche Tageblatt“, sondern auch so manche uns näher

stehende Zeitung thut —, daß wir alle Schritte der Regierung abfällig beurtheilten. Wir könnten eine ganze Reihe von Vorlagen anführen, über die wir kein absprechendes Wort gesagt haben, obschon wir uns nicht sämmtliche Einzelheiten derselben aneignen würden, wenn wir die betreffenden Entwürfe auszuarbeiten gehabt hätten. Wir erwähnen hier nur die Vorlagen betreffend die preußische Steuerreform, die Schulgesetzgebung, die Branntwein-, die Zuckersteuer u. s. w. Und selbst da, wo wir uns nach Pflicht und Gewissen zu einer Kritik genöthigt glaubten, wie in Sachen des Handelsvertrages mit Oesterreich, der preußischen Landgemeindeordnung 2c., haben wir uns darauf beschränkt, Bedenken pro futuro zu erheben. Man hat kein Recht, aus diesen Meinungsverschiedenheiten die Verdächtigung einer generellen und mißvergnügten Opposition gegen uns herzuleiten, „welche nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herläuft". Wir haben unsere eigenen Ansichten so gut wie jeder Andere und das gleiche Recht, sie öffentlich zu vertreten.

Der conservativen Parteileitung haben wir keinen Vorwurf gemacht, so lange sie uns nicht direct und in unhöflicher Weise angriff. Nachdem dies geschehen ist, glauben wir uns zu einer leichteren Beurtheilung dessen, was ihr gegenüber höflich und staatsmännisch ist, auch in soweit berechtigt, daß wir Zweifel an ihrer politischen Befähigung erheben. Die conservative Partei wird sich überzeugen, daß durch Fractions-Finasserie keine Resultate von dauerhaftem Werthe erreicht werden können.

* * *

Vom 20. bis 27. Februar weilte die Kaiserin Friedrich in Paris. Die Reise wurde in Deutschland erst durch den Berliner Hofbericht bekannt; sie war unzweifelhaft mit Zustimmung, nach Vieler Ansicht sogar auf Veranlassung des Kaisers unternommen. Die mancherlei unliebsamen Vorfälle in Paris hatten zur Folge, daß die Abreise nach England am 27. Februar sowohl einige Stunden früher, als auch auf einer anderen Linie, wie vorher geplant war, angetreten wurde. Die „Hamb. Nachr.", die über die ganze Reise nur sachlich berichtet hatten, äußern am 1. März (M.-A.):

Wir haben uns bisher den Pariser Ereignissen gegenüber rein referirend verhalten und gedenken hierbei zu bleiben. Nur sei als charakteristisch hervorgehoben, daß es die demokratisch-freisinnige Presse („Frankf. Ztg.", „Voss. Ztg." u. s. w.) war, die es sich hat angelegen sein lassen, die Schuld an den unliebsamen Vorgängen von den Franzosen abzuwälzen und sie den deutschen Landsleuten durch die Bemerkung zuzuschieben, erst Graf Münster und andere deutsche Persönlichkeiten hätten durch ihr Ungeschick die Franzosen in die Lage versetzt, ihre Insulten

zu begehen. Die Worte des Fürsten Bismarck, die er vor langen Jahren unter anderen Beziehungen im Parlament gesprochen hat, passen auch hier:

„Solche Leute würden dort (in England und Frankreich) überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute! Bei uns allein ist das nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Verachtung, sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentliche Vertheidiger bis in diese Räume hinein."

* * *

In derselben Nummer theilen die „Hamb. Nachr." einen Brief des Fürsten aus dem März 1848 mit, den er an die Redaction der „Magdeburgischen Ztg." gerichtet hat. Sehr zutreffend bemerken die „Hamb. Nachr.":

Wir sind in der Lage, einen Privatbrief des Fürsten Bismarck aus der Zeit, bevor er im Amte war, zu publiciren. Wir theilen ihn ohne weiteren Commentar deshalb mit, weil wir die darin ausgesprochene Gesinnung von ihm auch in seiner späteren Laufbahn und bis auf den heutigen Tag bestätigt finden. Der Brief ist gleich nach den Berliner Märztagen des Jahres 1848 geschrieben und an eine Magdeburgische Zeitungsredaction gerichtet gewesen. Er lautet:

„Ew. Wohlgeboren

haben in die heutige Nummer Ihrer Zeitung einen ‚Aus der Altmark' datirten Artikel aufgenommen, der einzelne Persönlichkeiten verdächtigt, indirect auch mich, und ich stelle daher Ihrem Gerechtigkeitsgefühl anheim, ob Sie nachstehende Erwiderung aufnehmen wollen. Ich bin zwar nicht der in jenem Artikel bezeichnete Herr, welcher von Potsdam nach Stendal gekommen sein soll, aber ich habe ebenfalls in der vorigen Woche den mir benachbarten Gemeinden erklärt, daß ich den König in Berlin nicht für frei hielte, und dieselben zur Absendung einer Deputation an die geeignete Stelle aufgefordert, ohne daß ich mir deshalb die selbstsüchtigen Motive, welche Ihr Correspondent anführt, unterschieben lassen möchte. Es ist 1. Sehr erklärlich, daß Jemand, dem alle mit der Person des Königs nach dem Abzug der Truppen vorgegangenen Ereignisse bekannt waren, die Meinung fassen konnte, der König sei nicht Herr gewesen, zu thun und zu lassen, was er wollte. 2. Halte ich jeden Bürger eines freien Staates für berechtigt, seine Meinung gegen seine Mitbürger selbst dann zu äußern, wenn sie der augenblicklichen öffentlichen Meinung widerspricht; ja nach den meisten Vorgängen möchte es schwer sein, Jemand das Recht zu bestreiten, seine politischen Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen. 3. Wenn alle Handlungen Seiner Majestät in den letzten 14 Tagen durchaus freiwillig gewesen sind, was weder Ihr Correspondent noch ich mit

Sicherheit wissen können, was hätten dann die Berliner erkämpft? Dann wäre der Kampf am 18. und 19. mindestens ein überflüssiger und zweckloser gewesen und alles Blutvergießen ohne Veranlassung und ohne Erfolg. 4. Glaube ich die Gesinnungen der großen Mehrzahl der Ritterschaft dahin aussprechen zu können, daß in einer Zeit, wo es sich um das sociale und politische Fortbestehen Preußens handelt, wo Deutschland von Spaltungen in mehr als Einer Richtung bedroht ist, wir weder Zeit noch Neigung haben, unsere Kräfte an reactionäre Versuche, oder an Vertheidigung der unbedeutenden uns bisher verbliebenen gutsherrlichen Rechte zu vergeuden, sondern gern bereit sind, diese auf Würdigere zu übertragen, indem wir dieses als untergeordnete Frage, die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unsererS Vaterlandes aber als die für jetzt alleinige Aufgabe eines Jeden betrachten, dessen Blick auf unsere politische Lage nicht durch Parteiansichten getrübt ist.

Gegen die Veröffenlichung meines Namens habe ich, falls Sie Vorstehendes aufnehmen wollen, nichts einzuwenden. Genehmigen Sie die Versicherung der größten Hochachtung, mit der ich bin

Ew. Wohlgeboren

ergebenster

Schönhausen bei Jerichow, 30. März 1848. Bismarck."

* * *

Verschiedene interessante Berichtigungen bringen die „Hamb. Nachr." vom 2. März (A.-A.). Wie neuerdings wieder im Herbste 1896, so rief ein Theil der Presse schon Anfang 1891 nach dem Einschreiten des Staatsanwalts gegen das Hamburger Blatt, wenn irgendwelche Mittheilungen darin ihr nicht gelegen waren. Mit Bedauern ersieht man aber aus der Notiz, daß sogar in amtlicher Stellung befindliche Männer dem Preßtreiben nicht fernstehen — so weit ist die Angst vor der Rückkehr des Fürsten verbreitet. Die Notiz lautet:

Ein Theil der Presse fährt fort, es als einen Act besonderer Milde hinzustellen, daß nicht „strafrechtlich" gegen die „Hamburger Nachrichten" wegen deren Veröffentlichungen eingeschritten werde. Dem gegenüber richten wir die Aufforderung an die betreffenden Blätter, doch einmal näher nachzuweisen, worauf die Anklage, die milder und nachsichtiger Weise gegen unser Blatt nicht erhoben werde, sich eigentlich stützen sollte. Es würde sich dann die ganze Hohlheit des betreffenden Zeitungsgeschwätzes und der unsinnigen Nachricht herausstellen, daß jene Milde gegen uns auf Grund einer Berliner Ministerberathung geübt werde. —

Wir stellen übrigens bei dieser Gelegenheit fest, daß zu den Hauptheßern gegen unser Blatt der Londoner „Standard" gehört. Dies könnte bei

einem englischen, mit unseren deutschen Verhältnissen nur wenig vertrauten Blatte Wunder nehmen, ließe sich die Auffälligkeit nicht darauf zurückführen, daß der Berliner Correspondent des genannten Blattes in intimen Beziehungen zu einem langjährigen und einflußreichen Mitgliede des auswärtigen Amtes steht, dessen Animosität gegen jede Kundgebung zu Gunsten des früheren Reichskanzlers für Niemand ein Geheimniß ist.

Um die vom Liberalismus als Schooßkind behandelte Herrfurth'sche Landgemeindeordnung zu retten, müssen alle sachlichen Einwendungen, die die „Hamb. Nachr." gegen die Vorlage gemacht haben, für haltlos erklärt werden, so auch der, dessen Berechtigung so klar wie möglich ist, daß die Vorlage den bäuerlichen Grundbesitzer aus dem Dorfregiment verdränge und auf eine Stufe mit dem nicht ansässigen Arbeiter stelle. Darauf antworten die „Hamb. Nachr.":

Die unsererseits in Sachen der Landgemeindeordnung geäußerten Bedenken veranlassen einige Blätter zu der Bemerkung, wir hätten die „Bauern" nur vorgeschoben; Unzufriedenheit derselben mit dem Entwurfe sei bisher nicht wahrzunehmen gewesen. Wir haben aber, wie wir glauben, sehr einleuchtend nachgewiesen, daß diese Unzufriedenheit sofort eintreten und der Socialdemokratie auf dem Lande Thür und Thor öffnen würde, sobald der vorliegende Entwurf Gesetz geworden sein und der Bauer merken würde, daß er dadurch aus dem Dorfregiment verdrängt sei.

Unseres Erachtens ist die Depossedirung der bäuerlichen Elemente die Hauptsache an dem Entwurfe, und wir betrachten es als einen verhängnißvollen Fehler der conservativen Partei, dies nicht herausgefunden zu haben. Nicht an die conservative Partei, an die wir den Glauben verloren haben, sondern an die preußische Regierung selbst möchten wir das Bedenken richten, daß sie mit dieser Vorlage nicht den Gutsgemeinden, sondern den Dorfgemeinden der gesammten altpreußischen Bauernschaft, die bis jetzt das Regiment in den betheiligten Dörfern in den Händen hat, den Fehdehandschuh hinwirft. Diese Bauernschaft stellt eine zahlreiche, achtbare und sichere Menschenclasse dar, in deren Besitz und Tradition man nicht ohne zwingendste Noth eingreifen sollte. Unser Bestreben culminirt in der Aufforderung, die Fragen der Landgemeindeordnung mehr vom Standpunkte der betheiligten Dörfer, als von dem der bureaukratischen Statistik aus zu beurtheilen.

Nicht einmal die Behauptung der „Hamb. Nachr.", daß sich unter den Mitgliedern des preußischen Landtages kein bäuerlicher Grundbesitzer befinde, soll wahr sein:

Die „Post" schreibt:

In den „Hamburger Nachrichten" findet sich die Behauptung, daß den conservativen Fractionen des Abgeordnetenhauses keine bäuerlichen Grundbesitzer aus denjenigen Provinzen angehören, für welche die Landgemeindeordnung Platz greift. Diese Behauptung trifft, was die freiconservative Fraction anlangt, nicht zu. Unter den ländlichen Kleingrundbesitzern, welche der Abgeordnetenfraction angehören, sind mehrere in den Kreisordnungsprovinzen gewählt."

Wir möchten die „Post" ersuchen, die „Bauern" näher zu bezeichnen, die der freiconservativen Fraction angehören. Aus dem Verzeichniß der Mitglieder dieser Fraction in dem parlamentarischen Handbuche für den preußischen Landtag lassen sie sich nicht ersehen. Bei der diesseitigen Anführung handelte es sich nicht darum, ob Landwirthe, die nicht gerade Rittergutsbesitzer sind, im Abgeordnetenhause sitzen, sondern darum, ob wirklich active, gleichgestellte Gemeindemitglieder aus den Bauerngemeinden, denen das Dorfregiment entzogen werden soll, in dem Hause vertreten sind.

Dann sollen die „Hamb. Nachr." die Abschaffung der Grund- und Gebäudesteuer verlangt haben; als ob sowohl in dem Briefe des Fürsten Bismarck nach Aachen (Band I, S. 244 f.), wie auch in der Besprechung der Steuerreformvorlagen ein Wort gestanden hätte! Es heißt in den „Hamb. Nachr.":

In mehreren Blättern ist geäußert worden, die „Hamb. Nachr." hätten die Abschaffung der preußischen Grund- und Gebäudesteuer gefordert. Das ist nicht geschehen. Die Errichtung dieser Steuer ist eine einmal begangene Ungerechtigkeit, die sich schwer wieder gut machen läßt. Wir haben nur gerathen, der alljährlichen Erneuerung dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, welche dadurch eintritt, daß diese Steuer, die vom wirklichen Vermögen des Einzelnen ganz unabhängig ist, alljährlich als Maßstab der oft sehr hohen Communalzuschläge verwendet wird.

* * *

Sogar um die wirthschaftliche Verwerthung seines Grundbesitzes kümmern sich des Fürsten Gegner. Ein darauf bezügliches Gerücht widerlegen die „Hamb. Nachr." am 2. März (A.-A.):

Dem Vernehmen nach beabsichtigt ein Consortium, mit dem Fürsten Bismarck wegen Anlage einer Villen-Colonie in Friedrichsruh in Unterhandlung zu treten. Sicherlich wäre dem Fürsten der Gedanke, anstatt der jetzigen häßlichen Kathen künftig hübsche Villen auf dem bei dem Project ins Auge gefaßten Areal stehen zu sehen, nicht unangenehm. Auf der anderen Seite aber ist der Fürst doch zu hoch in den Jahren, als daß ihm die große Unruhe, welche die Anlage der Colonie in den

Wald bringen würde, nicht widerstreben sollte. Es würde sich bei dem Project um das Terrain handeln, das den kleinen See (Mühlenteich) hinter dem Schlosse umgiebt. Man hält dies Gelände für den schönsten Theil des Ganzen; das findet der Fürst auch, und deshalb möchte er es gern behalten.

* * *

Die Münchener „Allgem. Ztg." vom 5. März (A.-A.) bringt nachstehende Nachricht:

In einigen Blättern begegnen wir Andeutungen, daß in neuerer Zeit eine Annäherung zwischen dem Reichskanzler und dem Fürsten Bismarck stattgefunden habe. So meldet die „Börsen-Ztg." „von bester Seite":

„Wir glauben aus lauterster Quelle zu schöpfen, wenn wir mittheilen, daß ein freundschaftlicher Gedankenaustausch zwischen Berlin und Friedrichsruh erfolgt ist — wenn auch nicht in den letzten Tagen, die auf das Erscheinen der vielbemerkten Stellungnahme der „Hamb. Nachr.' gegen wichtige Theile der preußischen Reform- und gegen die deutsche Handelspolitik folgten. Ebenso zutreffend dürfte unsere Information weiterhin sein, welche bestätigt, daß Fürst Bismarck sich dagegen verwahrt habe, seinem Nachfolger in der Regierung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Man darf sich der Erwartung hingeben, daß der einmal wieder angeknüpfte Verkehr zwischen Berlin und Friedrichsruh zur Folge hat, daß der Altreichskanzler die Intentionen seines Nachfolgers aus unmittelbaren Mittheilungen zu beurtheilen in der Lage bleibt, und daß nun auch die auf ihn zurückgeleiteten Kundmachungen in der Presse vor mißverständlichen Auslegungen geschützt sein werden."

Das „Deutsche Tageblatt" schreibt:

„Eine auffällige Erscheinung ist uns die Kurzsichtigkeit, mit der die Symptome der Anbahnung eines Wandels in einer für unser nationales Leben hochbedeutsamen Angelegenheit fast von unserer gesammten Presse verkannt oder doch nicht genug gewürdigt werden. Der Rücktritt des Fürsten Bismarck von seinem Posten, gleichviel auf welchen Gründen er beruhte, hat bei dem kräftig national fühlenden Theil unseres Volkes einen Riß in der Brust hinterlassen; das sollte niemals verkannt sein. Der Eindruck vollends, daß Fürst Bismarck weichen mußte, um für Annäherungen an den Radicalismus und starke Coursänderungen auf wirthschaftlichem Gebiete die Bahn frei zu machen, führte zu sehr bedenklichen Empfindungen der Beunruhigung.

„Mit letzterer Vorstellung von den Ursachen des Kanzlerwechsels, die niemals begründet war, hat Herrn v. Caprivi's Erklärung vom Samstag energisch aufgeräumt. Mit seiner über das Maaß des von der Loyalität Gebotenen hinausgehenden vornehmen Auslassung über die Angriffe des

Freisinns auf den Fürsten Bismarck, und seiner bedingungslosen Verurtheilung dieser Angriffe hat Herr v. Caprivi zugleich der Volksstimmung wie unserem alten Reichskanzler selbst in hoch anerkennenswerther Weise eine Genugthuung bereitet. Es ist undenkbar, daß diese Handlungsweise, deren Charakter wir hier nur in allgemeinen Umrissen bestimmen können, nicht auch auf den Fürsten Bismarck einen starken Eindruck machen sollte.

„So hoffen wir aufrichtig, daß wir am Morgen einer neuen Periode stehen, in der eine unheilvolle Kluft sich schließt und der unschätzbare, in Treue gebotene Rath unseres alten Reichskanzlers dem Kaiser und dem Vaterlande, in welcher Form auch immer, wiedergewonnen werde."

Da dies das nämliche „Deutsche Tageblatt" (so fährt die „Allgem. Ztg." fort. D. Verf.), welches neuerdings als Organ der conservativen Partei gegen die „Kreuz-Ztg." aufgetreten ist und kurz zuvor noch einen unqualificirbaren Angriff gegen die Allgemeine Zeitung gebracht hatte, so wollen wir von seinen obigen Aeußerungen um so bereitwilliger Act nehmen, als sie eine Wandlung in der Richtung ankündigen, für welche wir seit dem Sommer gestritten haben, zu welcher wir uns nach wie vor aus voller Ueberzeugung bekennen, und für welche uns neben Anfeindungen aller Art auch viel Dank und Anerkennung aus dem Süden wie aus dem Norden des Vaterlandes zu Theil geworden ist — Thatsachen, die uns die Gewißheit geben, die Wünsche und Anschauungen eines großen Theiles der gebildeten Kreise der Nation vertreten zu haben.

Wie wir noch in unserer Nummer vom 22. Februar (vgl. S. 38) ausgesprochen, mußte es Sache der Regierung sein, die Form zu finden, in welcher der kostbare Schatz der politischen Erfahrung des Fürsten Bismarck für das Vaterland verwerthet und dem Altreichskanzler die Ertheilung seines Rathes möglich gemacht werden konnte. Sollte diese Form gefunden sein, so würden wir dies als ein Ereigniß von großem Segen für das Vaterland, als eine erwünschte Gewähr für seine fernere Entwickelung begrüßen. Einstweilen lassen wir uns daran genügen, daß eine solche Wendung selbst von bisherigen Gegnern für möglich und wahrscheinlich erachtet wird.

* * *

Von dem auf Kosten einer Leipziger Stiftung unter dem Titel: „Leipzig durch drei Jahrhunderte" erschienenen Atlas zur Geschichte des Leipziger Stadtbildes hatte der Rath der sächsischen Handelsstadt auch dem Fürsten Bismarck als einem Ehrenbürger Leipzigs ein Exemplar übersandt. Fürst Bismarck hat darauf dem Rathe in folgendem an Oberbürgermeister Dr. Georgi gerichteten Schreiben gedankt:

„Friedrichsruh, den 7. März 1891.

Den mir von Euer Hochwohlgeboren geneigtest übersandten historischen Atlas habe ich erhalten und das reichhaltige Werk mit dem Interesse eingesehen, welches jeder Deutsche an der Geschichte und Entwicklung Leipzigs nimmt, und ich in erhöhtem Maße, als Ehrenbürger der dortigen Heimath meiner mütterlichen Vorfahren. v. Bismarck."

* * *

Angesichts der Thatsache, daß Fürst Bismarck im 19. hannöverschen Wahlkreise bei der Neuwahl als Candidat der nationalliberalen Partei aufgestellt ist, äußert die Münchener „Allgemeine Zeitung" in Uebereinstimmung mit dem oben (S. 34 ff.) wiedergegebenen Artikel am 10. März:

„Wir haben unsererseits keine Veranlassung, unsere kürzlich ausgesprochene Auffassung, daß Fürst Bismarck ein Abgeordnetenmandat zum Reichstage nicht übernehmen oder doch nicht antreten kann, aufzugeben. Ein Vertrauensmandat seiner Mitbürger ehrt den Fürsten Bismarck wie jeden Deutschen, um so mehr, wenn es ohne jedes persönliche Betreiben des Candidaten ihm übertragen wird; unter heutigen Verhältnissen hat es für den Fürsten Bismarck um so größere Bedeutung. Wir zweifeln nicht, daß, wenn es dem Fürsten Bismarck ernstlich darum zu thun wäre, in der parlamentarischen Arena zu erscheinen, eine große Anzahl von Wahlkreisen bereit sein würde, ihm ihr Mandat anzubieten. Dies würde an der allgemeinen Lage nichts ändern. Fürst Bismarck kann in seiner großen geschichtlichen Persönlichkeit im Reichstage nur erscheinen, wenn er bereit wäre, die Regierung wieder zu übernehmen und wenn die Verhältnisse so gelagert wären, daß die Krone dem Gedanken seiner Rückberufung ernstlich nähertreten würde.

„Nach unserem unmaßgeblichen Urtheil ist heute weder das Eine noch das Andere der Fall. Ein Aufenthalt des Fürsten Bismarck in Berlin würde für ihn mit einer großen Reihe persönlicher Unbequemlichkeiten und Unbehaglichkeiten verknüpft sein. Wir zweifeln aber keinen Augenblick, daß der bald 76jährige dieses Opfer des persönlichen Behagens bringen würde, wenn Pflicht und Vaterland es gebeut. Aber Fürst Bismarck kann im Reichstage nur mit der vollen Gewähr des Erfolges auftreten und mit der vollen Bereitwilligkeit — die politischen Consequenzen dieses Erfolges zu ziehen.

„So lange weder der Erfolg gesichert, noch die Bereitwilligkeit oder die Möglichkeit für die Folgen vorhanden ist, wäre die Uebernahme und die damit verknüpfte Ausübung des Mandats sicherlich ein Beweis für die große Hingebung des Fürsten an die öffentlichen Angelegenheiten, aber er befände sich nicht in einer Position, welche der Bedeutung des Begründers des Deutschen Reiches entspräche. So sehr wir aufrichtig wünschen, daß Fürst Bismarck gewählt wird, und zwar nicht nur im 19. hannöverschen Wahl-

kreise, ebenso aufrichtig sind wir überzeugt, daß sein Wiedereintritt in das öffentliche politische Leben nur ein solcher sein darf, welcher gestaltend in die Geschicke des Vaterlandes eingreift."

An demselben Tage erläßt das Nationalliberale Centralcomitee in Berlin eine Erklärung, wonach es bei der Aufstellung des Reichstags-Candidatur des Fürsten Bismarck nicht mitgewirkt habe. Hinsichtlich des Zweckes ist die kurze Fassung dieser Erklärung unverständlich. Die Münchener „Allg. Ztg." legt am 11. März (A.-A.) den Zusammenhang so dar:

Aus dem 19. hannoverschen Wahlkreise war seitens des dortigen nationalliberalen Wahlcomitees an das Centralcomitee nach Berlin gemeldet worden, daß der Landtags-Abgeordnete Schoof in der Vertrauensmänner-Versammlung zu Ottendorf am 5. März berichtet habe, „mit Zustimmung des Centralcomitees in Berlin, bezüglich im Auftrag desselben, den Fürsten Bismarck zum Reichstags-Candidaten vorschlagen zu müssen."

Das Centralcomitee der nationalliberalen Partei, welches dem Herrn Abgeordneten Schoof in Bezug auf diese Candidatur weder einen Auftrag noch eine Ermächtigung ertheilt hatte, hat daraufhin die in Rede stehende Erklärung erlassen und dem Wahlcomitee des 19. hannoverschen Wahlkreises mitgetheilt.

Daß Fürst Bismarck als nationalliberaler Parteicandidat weder aufgestellt noch gewählt werden kann, ist wohl selbstverständlich. Fürst Bismarck ist eben Fürst Bismarck und kann von keiner Partei als ihr zugehörig reclamirt werden, wohl aber können die conservativen, freiconservativen und nationalliberalen Wähler in ganz Deutschland für ihn stimmen.

Es darf vorausgesetzt werden, daß in diesem Sinne die Parteileitung in Hannover der Aufstellung seiner Candidatur zugestimmt, und das Berliner Centralcomitee sie, wenn auch nur stillschweigend, gutgeheißen hat.

* * *

Am 12. März überbrachte Freiherr von Lochner, der Vorstand des Kriegervereins in Bad Kissingen, dem Fürsten Bismarck das Ehrendiplom und Ehrenmitgliedszeichen des Vereins. Es war der Tag, an dem der Prinzregent Luitpold von Bayern sein 70. Lebensjahr vollendete. Auf ihn brachte der Fürst bei der Mittagstafel folgenden Trinkspruch aus:

> „Nachdem ich das mir von Ihnen überbrachte Veteranen-Ehrenzeichen in Ihren Landesfarben mir angeheftet habe, trinke ich auf das Wohl meines hohen Gönners, Ihres Landesherrn, zu seinem heutigen 70. Geburtsfeste; möchte er in gleicher Frische und Rüstigkeit noch viele Jahre erleben!"

* * *

Ueber den Tod des am Morgen des 14. März verstorbenen Dr. Windthorst bringen die „Hamb. Nachr." vom 15. März (M.=A.) folgenden Artikel:

Der Tod Windthorst's. Der Tod des Abgeordneten Windthorst ist ein Ereigniß, das die künftige Machtstellung des Centrums im parlamentarischen Leben Preußens wie des Reiches stark beeinflussen wird. Die heterogenen Elemente des Centrums wurden bisher in der Hauptsache durch den überlegenen Geist Windthorst's zusammengehalten, der über die conservativen Mitglieder der Fraction in Folge seiner Leistungen und seiner ganzen Vergangenheit Autorität gewonnen hatte, zu dem aber auch die demokratischen Angehörigen der Partei Vertrauen hegten. Man kann sagen, daß die Conservativen des Centrums wie seine zum Theil sehr avancirten liberalen Bestandtheile in gleichem Maaße dem Einfluß unterworfen waren, den Windthorst durch seine große Begabung, seine geschickte Taktik, seine Beredtsamkeit und seinen guten Instinct für politische Fragen sich im Laufe der Jahre errungen hatte. Die nächstliegende Frage von Wichtigkeit ist, ob das Centrum die Geschlossenheit, die ihm die Ueberlegenheit Windthorst's verschafft hatte, zu bewahren im Stande sein wird. Es ist dies unter dem Gesichtspunkte zu hoffen, daß bei einem Zerfall des Centrums die demokratischen Elemente desselben wahrscheinlich die Richter'sche Seite des Parlaments verstärken würden.

Für die augenblickliche Situation und die Regierung ist der Tod des Abgeordneten Windthorst eine erhebliche Schädigung, nachdem es den stattgehabten Bemühungen und gethanen Schritten gelungen war, diesen mächtigen Parteiführer persönlich zu gewinnen. Was auf Seiten des Centrums geplant wurde, hat dieser Tage die „Germania" enthüllt, indem sie bei Besprechung des Rücktritts des Cultusministers von Goßler u. A. schrieb:

„Mit einer politischen Gesammtlage, in welcher die Regierung im Reiche der Unterstützung des Herrn Dr. Windthorst und des Centrums nicht entrathen kann, ist auf die Dauer ein preußischer Cultusminister, welcher dem Centrum in dem Maaße persönlich unsympathisch, ja verhaßt ist, wie Herr von Goßler, nicht vereinbar. Es geht auf die Dauer nicht wohl an, im Reiche Herrn Dr. Windthorst in Militair= und Marinesachen als Deus ex machina arbeiten zu lassen und zugleich in Preußen einen zu persönlicher Schärfe zugespitzten chronischen Kampf zwischen dem Cultusminister und dem Centrum und Herrn Dr. Windthorst sich abspielen zu sehen. Es ist wahrscheinlich, daß auch ohne Aenderung in dem sachlichen Standpunkte der Personenwechsel im Cultusministerium zur großen Befriedigung des Centrums dienen und es geneigt machen wird, im Reichstage, und zwar auch auf anderen Gebieten

als Heer und Marine, sich hülfsbereit zu zeigen .... Herrn von Goßler's Stellung war unhaltbar von dem Augenblick an, als die leitende Stelle für ihre Politik die Unterstützung des Centrums suchte und fand. Daß der Cultusminister dies nicht früher erkannte, war ein Fehler, der aber bei einem Manne, der so krampfhaft an dem Amte hing, verzeihlich war. Herr von Goßler geht nicht aus freiem Willen, sondern weil er endlich erkannt hat, daß er gehen muß, daß seine Entlassung der Preis ist, der dafür gezahlt wird, daß das Centrum Regierungspartei wird."

Man sieht aus diesen Sätzen, in welcher beherrschenden Stellung sich das Centrum unter Windthorst fühlte, wie es sich bewußt war, daß der Rücktritt des Herrn von Goßler ein Erfolg sei, den Windthorst persönlich erstrebt und erkämpft hatte; wie sehr das Centrum von dem dringenden Wunsche der Regierung, seine Unterstützung für schwierige Vorlagen zu gewinnen, überzeugt war. Wir finden diese Enthüllungen der „Germania" von ihrem Standpunkte aus nicht sehr geschickt, aber wir citiren sie zur Beleuchtung der Lage.

Der Geschicklichkeit Windthorst's wäre es wohl gelungen, den Plan, den die „Germania" in vorstehenden Sätzen der Oeffentlichkeit übergeben hat, erfolgreich auszuführen, da trat — eine Ironie des Schicksals — der plötzliche Tod Windthorst's zwischen das Programm und seine Ausführung; die Persönlichkeit, auf deren Mitwirkung die ganze Action zugeschnitten war, schied aus.

Man darf gespannt sein, in wie weit die Nachfolger Windthorst's in der Leitung des Centrums befähigt sein werden, die Stellung zu fructificiren, in welche die Geschicklichkeit Windthorst's und das Bedürfniß der Regierung das Centrum versetzt hatten. Es fragt sich namentlich, ob das Centrum in dem Maße Regierungspartei bleiben wird und kann, wie es in der Absicht seines verstorbenen Führers lag.

Windthorst hinterläßt seiner Partei ein reiches Erbe; man wird nur abzuwarten haben, wer die Testaments-Executoren sein werden und ob der todte Windthorst unter den Centrumsleuten noch fortwirken wird, wie der todte Ziska unter den Hussiten.

Ein ausführlicherer Artikel über den Verstorbenen folgt unten, S. 64 ff.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." widerfährt der „Köln. Ztg." eine Abfertigung. Es heißt:

Die „Köln. Ztg." hat vor einiger Zeit geäußert: „Wir besorgen, daß wir um so weiter von der erprobten Bismarck'schen Politik abtreiben, je schärfer Fürst Bismarck den gegenwärtigen Machthabern zusetzt." Wir wissen nicht, auf welche Thatsachen die „Köln. Ztg." den letzten Theil ihrer Behauptung gründet. Fürst Bismarck hat der gegen-

wärtigen Regierung niemals principielle Opposition gemacht, noch weniger die leitenden Minister als solche bekämpft. Er hat ihnen auch nicht „zugesetzt", wie sich die „Köln. Ztg." ausdrückt, sondern nur aus sachlichen Gründen Einzelnes, was ihm schädlich erschien, gemißbilligt, in erster Linie die Neigung, den Schutz der nationalen Production abzuschwächen, in zweiter die Depossedirung der Bauernschaft, wie sie durch die preußische Landgemeindeordnung beabsichtigt wird.

Ebenso wahrheitswidrig ist die in Wiener und deutsch-freisinnigen Blättern verbreitete Mittheilung über eine Annäherung zwischen den regierenden Kreisen und dem früheren Reichskanzler, schon weil auf keiner der beiden Seiten ein Bedürfniß dafür vorliegt und ebenso wenig eine principielle Differenz vorhanden ist, welche ein solches Bedürfniß erzeugen könnte, oder auch nur den Stoff zu einer Verständigung böte. Die Behauptung, daß Fürst Bismarck Annäherungsversuche an die jetzige Regierung gemacht habe, die aber erfolglos geblieben seien, ist mithin völlig aus der Luft gegriffen; solche Bemühungen sind weder gelungen noch mißlungen, weil sie überhaupt niemals stattgefunden haben.

Der „Köln. Ztg." scheint entgangen zu sein, daß nach der Auseinandersetzung des Reichskanzlers von Caprivi mit den Socialdemokraten und Freisinnigen am 27. Februar die „Hamb. Nachr." am 2. März (A.-A.) folgendes sachliche Urtheil über die Rede des Reichskanzlers abgaben:

„Unseres Erachtens verdient Herrn von Caprivi's Rede vom Freitag rückhaltloses, ehrliches Lob. Die Ausführungen des leitenden Ministers lassen manche Befürchtungen unbegründet erscheinen, die sich an frühere Vorgänge geknüpft hatten."

* * *

Am 2. Februar war Graf Waldersee seiner Stellung als Chef des Generalstabes der Armee entbunden und zum commandirenden General des IX. Armeecorps, in dessen Bezirk Friedrichsruh liegt, ernannt worden. Bald nach dem Antritt seines neuen Amtes stattete er dem Fürsten Bismarck einen Besuch ab. Auf die an diesen Besuch geknüpften Bemerkungen der „National-Ztg." erwidern die „Hamb. Nachr." vom 15. März (M.-A.):

Die „National-Ztg." bemerkt zu unserer neulichen Notiz über den Besuch des Grafen Waldersee beim Fürsten Bismarck, für die Conjecturalpolitiker sei wohl selten ein so ergiebiger Stoff aufgetaucht, wie dieser Vorgang. Unserer Ansicht nach bestätigt der Besuch nur, was in unterrichteten Kreisen stets bekannt war: daß zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Waldersee niemals die Verstimmungen bestanden haben, von denen in der Presse die Rede war. Es mögen Meinungs-

verschiedenheiten, wie sie zwischen Persönlichkeiten in hoher Stellung vorzukommen pflegen, auch zwischen dem früheren Reichskanzler und dem vormaligen Chef des Großen Generalstabes zuweilen obgewaltet haben, eine politische Gegnerschaft hat zwischen ihnen niemals bestanden und ist auch nicht erzeugt worden trotz aller Insinuationen in dieser Richtung, am allerwenigsten in dem Maaße, daß der Besuch, den Graf Waldersee als commandirender General des IX. Armeecorps dem in seiner Nähe wohnenden Fürsten Bismarck als activem General gemacht hat, und der demnächst seine Erwiderung finden dürfte, etwas Auffälliges haben könnte.

* * *

Gelegentlich des Todes Windthorst's wird in der Presse der Verlauf des Culturkampfes zum Gegenstand mannigfacher Erörterungen gemacht. Dabei lief mancherlei Falsches unter, besonders auch über die Beziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem früheren Cultusminister Dr. Falk. Mit Bezug darauf führen die „Hamb. Nachr." vom 16. März (A.-A.) folgendes aus:

In Rückblicken, die einzelne Blätter anläßlich des Wechsels im preußischen Cultusministerium und des Todes Windthorst's auf den Culturkampf werfen, finden wir die Ansicht vertreten, daß Fürst Bismarck seinerzeit Dr. Falk's Rücktritt veranlaßt habe. Das ist nicht richtig. Fürst Bismarck hat vielmehr Falk gehalten, so lange es möglich war und es dem Willen des Ministers entsprach; sollte Dr. Falk einmal die Geschichte seines Ministeriums schreiben, so wird er diese Thatsache nur bezeugen können. Dr. Falk's Rücktritt ist durch die Empfindlichkeit veranlaßt worden, die seine Behandlung am Hofe, namentlich soweit der Einfluß der Kaiserin reichte, in ihm hervorgerufen hatte. Fürst Bismarck war bei der Maigesetzgebung aus Kameradschaft für Falk und im Vertrauen auf ihn mitgegangen, obschon er mitunter anderer Meinung gewesen sein und nicht von allen Einzelheiten Kenntniß gehabt haben mag.

Nachdem sich Dr. Falk vom Fürsten Bismarck gegen dessen Wunsch getrennt hatte, wurden seitens des leitenden Ministers allerdings abweichende Meinungen zur Geltung gebracht, aber diese waren von Anfang an die seinigen gewesen; er hatte nur auf ihre Vertretung verzichtet, um einer so hervorragenden Kraft wie Falk so lange als möglich die Führung des Amtes zu überlassen. Als dies nicht mehr möglich erschien, fiel der Zweck jener Zurückhaltung fort, und der Fürst vertrat alsdann seine eigenen Ansichten. Es wiederholte sich hier aus denselben Gründen derselbe Vorgang wie beim Abgang Delbrück's: nachdem Fürst Bismarck sich zum Verzicht auf Collegen genöthigt sah, die er ihrer ausgezeichneten

Fähigkeiten als Ressortminister wegen so lange als möglich und unter Zurücksetzung eigener Wünsche und Auffassungen unterstützt hatte, ergab es sich von selbst, daß er nunmehr seine eigenen Wege ging.

* * *

Die „Kölnische Volkszeitung" hatte am 12. März geäußert:

„Graf Zedlitz-Trütschler, der Nachfolger von Goßler's, ist Oberpräsident von Posen und Vorsitzender der Verwaltung des Hundertmillionen-Fonds. Wie Frhr. von Berlepsch aus Düsseldorf den Geh. Rath Königs sich mitbrachte, so brachte sich Graf Zedlitz den Regierungspräsidenten von Danzig, Herrn von Hollwede, den er in Sachen des Hundertmillionen-Fonds kennen gelernt hatte, als Unterstaatssecretair mit. Graf Zedlitz und Herr von Hollwede sind jedenfalls Männer ganz anderen Geistes, als Herr von Goßler war. Man darf den Wechsel im Cultusministerium so deuten, daß an maßgebender Stelle das Bestreben gewaltet hat, neutrale Männer zu berufen, von denen man hoffen kann, daß sie den Katholiken gegenüber formell und materiell andere Wege einschlagen, als Herr von Goßler zu wandeln gewohnt war. Die Katholiken haben darum zunächst keine Veranlassung, diesen neuen Männern mit Mißtrauen entgegenzukommen. Nach Aufgabe seiner Officiers-Laufbahn wurde er in seinem heimischen Kreise zum Landrath gewählt, und damit beginnt seine politische Wirksamkeit. Er hatte also möglichst wenig Gelegenheit, Vorurtheile einzusaugen, und das kommt ihm jetzt im Verkehr mit dem Centrum hoffentlich zu gute."

Diese Notiz druckten die „Hamb. Nachr." vom 13. März (A.-A.) ab mit dem Bemerken: „Es wird nicht an Leuten fehlen, die in der Parallele Königs-Hollwede eine unbewußte Bosheit finden." Die „Freisinnige Zeitung" dreht nun die Geschichte um und schiebt eine Bosheit gegen den neuen Cultusminister den „Hamb. Nachr." in die Schuhe. Darauf antworten diese am 16. März (A.-A.):

> Wir hatten uns neulich geäußert, es werde Leute geben, die eine Bosheit in der Parallele fänden, welche zwischen der Stellung des Geh. Rath Königs zum Handelsminister und derjenigen des Herrn von Hollwede zum neuen Cultusminister von einigen Blättern gezogen worden sei. Die „Freisinnige Zeitung" verdreht den offen zu Tage liegenden Sinn unserer Glosse in sein Gegentheil, indem sie schreibt, wir hätten damit eine Bosheit gegen den neuen Cultusminister beabsichtigt. Wir unsererseits halten Herrn von Zedlitz für einen in jeder Hinsicht ausgezeichneten Beamten und außerdem für einen durchaus selbstständigen Charakter. Wir glauben, daß ihm der Entschluß, seine ihn nach allen Richtungen hin befriedigende Stellung in Posen aufzugeben, nicht leicht geworden ist. Die Möglichkeit, unter weniger schwierigen Umständen ein Portefeuille zu übernehmen, hat für Herrn v. Zedlitz schon früher wiederholt

vorgelegen; er konnte sich aber nicht entschließen, den ihn lieb gewordenen Wirkungskreis in Posen und namentlich seine Thätigkeit in der dortigen Colonisation aufzugeben.

* * *

An derselben Stelle wenden sich die „Hamb. Nachr." noch einmal gegen die neue Landgemeindeordnung und besonders gegen die von der „Nordd. Allg. Ztg." bekannt gegebene Absicht der Regierung, die Vorlage noch vor Schluß der Landtagssession unter Dach zu bringen:

Nach einer neulichen Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg." besteht in maßgebenden Kreisen unentwegt die Absicht, die preußische Landgemeindeordnung vor Schluß der laufenden Landtagssession zum Abschluß zu bringen. Wir unsererseits müssen das Zustandekommen des Gesetzes, wie es jetzt vorliegt, aus den wiederholt dargestellten Gründen für eine Schädigung des staatserhaltenden Princips ansehen, die sich allerdings erst in Jahr und Tag bemerkbar machen würde, wenn der Bauer aus praktischer Erfahrung darüber Klarheit gewonnen hätte, was ihm mit der neuen Landgemeindeordnung passirt sei. Wir sind überzeugt, daß das neue Gesetz mit seiner Verdrängung des bäuerlichen Regiments, mit seiner Demokratisirung der Dorfregierung und deren Auslieferung an eine niedere Bureaukratie nach ein- bis zweijähriger Wirksamkeit den bisherigen Frieden der ländlichen Gemeinden gefährdet und die Anhänglichkeit der Bauernschaft an die bestehenden Verhältnisse nachtheilig beeinflußt haben wird.

Die Grundlage der Politik ist doch nicht die Gegenwart, sondern die Maßregeln, die man trifft, müssen nach ihrer muthmaßlichen Wirkung in der Zukunft beurtheilt werden. Wir können uns auch nicht von der Ueberzeugung losreißen, daß die neue Landgemeindeordnung auf einer unzulänglichen Kenntniß der ländlichen Verhältnisse beruht. Wo hätten auch die Assessoren, vortragenden Räthe u. s. w., die an der Ausarbeitung der Vorlage betheiligt waren, ihre praktischen Erfahrungen über die ländlichen Zustände und die wahrscheinliche Wirkung der geplanten Neuerungen auf dieselben gemacht, da sie niemals unter den Bauern gelebt haben? Wenn zu Gunsten der Vorlage auf die Behandlung der Gutsbezirke verwiesen wird, so verfehlt dies Argument seinen Zweck deshalb, weil die Frage der Gutsbezirke nur nebensächliche Bedeutung hat; die Hauptsache ist die Depossedirung der Bauern. Diese Einsicht vermissen wir bisher überall; außer uns hat allein die „Kreuz-Zeitung" daran erinnert, daß die Bauern sich doch am Ende auch durch die neue Landgemeindeordnung betroffen fühlen könnten. Indeß ist das Schweigen der conservativen Partei, das taktisch um so bedenklicher erscheint, als die Interessen der Gutsbezirke

mehr als nöthig von ihr betont und gewahrt worden sind, wohl als eine naturgemäße Folge des Einflusses zu betrachten, welchen die Beamten und in erster Linie die, welche zugleich Abgeordnete sind, auf die Partei ausüben.

* * *

Die „Allg. Ztg." bringt am 18. März (A.-A.) folgende interessante Notiz: Heute vor einem Jahre reichte Fürst Bismarck sein Abschiedsgesuch ein — und heute wird in Hannover die sterbliche Hülle Windhorst's mit ehrenden Zeichen kaiserlicher Huld und Theilnahme zu Grabe getragen, desselben Mannes, dessen Unterredung mit dem Fürsten Bismarck in der März-Krisis des vergangenen Jahres als einer der drei Hauptdifferenzpuncte eine so hervorragende Rolle spielte. Die Geschichte liebt es bisweilen, ihre großen Daten mit bitterer Ironie niederzuschreiben — fast scheint es, als seien der 18. März 1890 und der 18. März 1891 von ihr einander gegenüber gestellt worden, um in Lapidarschrift zu dem deutschen Volke zu reden.

* * *

Der oben schon erwähnte Artikel der „Hamb. Nachr." über den verstorbenen Abgeordneten Windthorst erschien am 21. und 22. März (M.-A.) und hat folgenden Wortlaut:

Windthorst. Wir haben im gestrigen Abendblatte einige Zeitungsstimmen mitgetheilt, welche sich gegen den Cultus wandten, der in einem Theile der national gesinnten Presse mit der Person des verstorbenen Dr. Windthorst getrieben worden ist. Wir können der stattgehabten Einschätzung jener Verherrlichungen nur zustimmen. Letztere mußten das nationale Selbstbewußtsein verletzen und entweder die Ehrlichkeit oder die Einsicht ihrer Urheber compromittiren. Es ist zu Leichenreden für den todten Windthorst gekommen, welche an patriotischem Schwung, Wärme der Empfindung und Umfang ihrer Aeußerung die Kundgebungen beim Tode des Kaiser Wilhelm's I. in den Schatten zu stellen drohten. Man schien völlig vergessen zu haben, wer Windthorst eigentlich war. Gedankenlos hat man die Anerkennung, die Windthorst's Begabung, seine originelle Persönlichkeit vielfach finden konnte, auf die Richtung übertragen, in der erstere von dem vielverschlagenen Manne verwerthet wurde; nur wenige Zeitungen hatten sich Besonnenheit und Einsicht genug bewahrt, um trotz der Versöhnungsacte, deren Mittelpunkt Windthorst war, die Thatsache nicht aus den Augen zu verlieren, daß er als genau der Nämliche gestorben ist, als der er gelebt und gewirkt hat, als einer der gefährlichsten weil geschicktesten und verstellungskundigsten Gegner unserer nationalen Entwickelung, dem man mit der Annahme, er habe sich vor seinem Tode in seinem innersten Wesen geändert, sicherlich Unrecht thut. Wir verdenken es Niemand, wenn er am offenen

Grabe eines Gegners bestrebt ist, dem rein menschlichen Empfinden sein Recht zu gewähren und die Bedeutung des Verstorbenen anzuerkennen; aber daß Windthorst's Leichenfeier zu patriotischen Kundgebungen in großem Stile begeistern konnte, als ob ein Vater des Vaterlandes dahingeschieden sei, erfüllt uns mit Beschämung.

Wir fragen uns, was Windthorst gethan hat, um die von Bewunderung und Lobpreisung erfüllten Epitaphien zu verdienen, die ihm in der Presse und im Parlament gehalten worden sind. Wir wollen die Antwort hierauf an der Hand der Geschichte des Centrums und des sogenannten Culturkampfes suchen. —

Die confessionelle katholische Partei des Centrums entstand in unserem politischen Parlament seltsamer Weise auf die Initiative von Söhnen evangelischer Väter. Savigny und Mallinckrodt handelten beide unter dem Eindruck von Verstimmungen; Savigny, weil seine Ernennung zum Bundeskanzler durch die Verschiebung, welche der Verfassungs-Entwurf im Reichstage erlitt, unmöglich geworden war. Nach dem ursprünglichen Entwurfe sollte der Bundeskanzler, für welchen Herr von Savigny bestimmt war, etwa die Stellung eines preußischen Präsidialgesandten nach der Analogie des früheren österreichischen zum Bundestage erhalten, in Verbindung mit einer dirigirenden Stelle im preußischen Staatsministerium, welche im preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Abtheilungen für deutsche Geschäfte vertreten haben würde. Die leitende Stelle in Reichsangelegenheiten, der Vortrag beim Präsidium, also beim König von Preußen, die Verantwortlichkeit für „Anordnungen" des Letzteren in Bundesangelegenheiten, kurz die ganze Stellung des späteren Bundes- und Reichskanzlers war also dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der zugleich preußischer Ministerpräsident war, vorbehalten, und die Bundeskanzlerschaft, wie sie Herr von Savigny übernehmen sollte, war gedacht etwa wie die Stellung eines vortragenden Ministerialdirectors, innegehabt von einem durch den preußischen auswärtigen Minister zu instruirenden Diplomaten innerhalb des neuen Bundestages, dessen Bezeichnung später in Bundesrath umgeändert wurde. Durch die Abänderung, welche der damalige Reichstag in dem ersten Verfassungsentwurf herbeiführte, wurde bestimmt, daß der künftige Bundeskanzler selbst die Anordnungen des Präsidiums verantwortlich gegenzuzeichnen habe, also nicht mehr der preußische auswärtige Minister. Dadurch wurde der Vortrag beim König von Preußen in allen deutschen Fragen und die Verantwortlichkeit für die Entschließungen des Präsidiums dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten entzogen und auf den Inhaber der dem Minister nach dem ursprünglichen Entwurfe untergebenen und von

ihm zu instruirenden Stelle des Bundeskanzlers, also nach der damaligen Absicht dem Herrn von Savigny übertragen. Nachdem diese Aenderungen des Verfassungsentwurfes von den verbündeten Regierungen angenommen waren, konnte die Stellung des Präsidialgesandten mit seinem Titel „Bundeskanzler" von der des auswärtigen Ministers in Preußen nicht mehr getrennt bleiben. Es war nicht möglich, daß zwei auswärtige Minister in Preußen, einer für die außerdeutschen, der andere unter dem Namen eines Bundeskanzlers für die deutschen Angelegenheiten neben einander fungirten. Entweder mußte Herr von Savigny überhaupt auswärtiger Minister werden, oder er konnte nicht Bundeskanzler sein. Eine Trennung des auswärtigen Ministeriums von dem Präsidium des preußischen Staatsministeriums und die Uebertragung des ersteren an Herrn von Savigny wurde von dem Könige nicht für zweckmäßig gehalten.

Als Ergebniß dieser veränderten Situation wurde Herrn von Savigny die Stellung eines Bundes-Vicekanzlers mit den Attributionen angeboten, wie sie etwa der Minister Delbrück als Präsident des Bundeskanzleramtes mehrere Jahre hindurch besaß. Dieses Changement in den Aussichten des Herrn von Savigny, das nicht persönlicher Willkür, sondern der Gestaltung der Verfassungs-Revision entsprang, verstimmte Herrn von Savigny in dem Maße, daß er die von ihm bereits bezogene Dienstwohnung in der Wilhelmstraße wieder verließ und nunmehr mit seiner ganzen politischen Begabung, die unterschätzt würde, wenn man sie nach seinem parlamentarischen Auftreten hätte beurtheilen wollen, zu Gunsten der Herstellung einer oppositionellen Verbindung eintrat, welche dem nationalen Werke, dem er bisher gedient hatte, Schwierigkeiten zu bereiten bestimmt war.

Seiner Thätigkeit in Verbindung mit Mallinckrodt, Ketteler und Windthorst war neben den Ergebnissen der Situation die Bildung der Centrumsfraction vorzugsweise zu danken. Herr von Ketteler hatte, bevor er dazu mitwirkte, den Versuch gemacht, die Leitung der Reichspolitik in demselben Sinne wie Ledochowski im Jahre 1870 in Frankreich für eine einseitige Vertretung katholischer Interessen zu gewinnen, und insbesondere die Forderung gestellt, daß die der katholischen Kirche günstigen Bestimmungen der preußischen Verfassung in die des Reichs übertragen würden. Nach Ablehnung dieses Versuches versagte er seine einflußreiche Mitwirkung nicht mehr der Herstellung der neuen, gegen die ihm sonst sympathischen nationalen Einrichtungen zu verwendenden Centrumsfraction.

Das Bedürfniß, sich der Einführung des confessionellen Streites in den politischen Parlamentarismus zu erwehren, war vor der Bildung

der Centrumsfraction ein allgemeines, mit alleiniger Ausnahme der alten katholischen Gruppe unter Führung von Reichensperger, welcher schon vor 1871 zu der regelmäßigen Opposition gegen die preußisch-deutsche Regierung gehörte. Unter dem Eindruck dieser Uebereinstimmung der öffentlichen Meinung vom Fortschritt bis zur äußersten Rechten nahm die Regierung den Handschuh auf, der ihr durch die Bildung des Centrums hingeworfen wurde, zumal zwischen dem neuen Reiche und der römischen Curie, ungeachtet der mißlungenen Versuche von Ledochowski — welche mißlangen, weil die päpstliche Einwirkung auf die französische Kriegspartei sich als unwirksam erwies —, in der Hauptsache freundschaftliche Beziehungen bestanden, wie sie beispielsweise in einem Vorstoß Antonelli's gegen die neue Centrumsfraction zu Gunsten der Reichsregierung sich kenntlich machten. Schon damals fand die neue Fraction eine wirksame Unterstützung bei einer neben dem Papstthum in der katholischen Kirche starken Macht von erheblicher Wirksamkeit, bei den Jesuiten. Angesehene und vornehme Deutsche reisten damals nach Rom, um die Curie über ihre wahren Interessen aufzuklären. In den ganzen weiteren Kämpfen des Centrums mit der Regierung hat sich diese Anlehnung des Centrums an den in Rom mächtigen Einfluß der Jesuiten wiederholt wirksam erwiesen und die Verständigungsversuche, welche die Regierung dem Papst gegenüber machte, zu entkräften gewußt. Die Wahlvorgänge und andere, bei welchen selbst eine unzweideutige päpstliche Einwirkung zu Gunsten der deutschen Regierungsinteressen der Centrumspolitik gegenüber kraftlos blieb, sind öffentlich bekannt.

Der verstorbene Windthorst hat diesen Dualismus in der katholischen Kirche mit der ihm eigenen ungewöhnlichen Begabung geschickt zu verwerthen gewußt; aber ein unbefangener Beobachter der Vorgänge wird immer den Eindruck behalten, daß die Stärke der Windthorst'schen Position sich an der päpstlichen Stütze allein nicht hätte halten können, wenn ihm nicht die jesuitische zu Gebote gestanden hätte. Wir vermuthen, daß letztere sich mit der Entwickelung des neuen Deutschen Reiches und der evangelischen Dynastie an dessen Spitze noch weniger zu befreunden vermag, als die Curie selbst, wenn die Jesuiten auch für diese Dynastie, wie das Beispiel Friedrich's des Großen zeigt, gelegentlich leichter zu gewinnen sind als die Curie. Für eine regelmäßige, dem Parlament verantwortliche Regierung wird die Erhaltung der Uebereinstimmung mit diesen beiden katholischen Kräften immer eine sehr schwierige, wenn nicht gar eine nach Analogie der Cirkelquadratur unlösbare Aufgabe bleiben.

Die Befestigung der Stellung des Centrums war demnächst ein Er-

gebniß ebensowohl der Fehler der preußischen Regierung wie der von ihr unabhängigen Umstände. Zu den letzteren ist namentlich der Abfall der Fortschrittspartei und die Schwächung der Nationalliberalen durch die Secession zu rechnen, weil in Folge dieser Vorgänge eine gegen das Centrum kämpfende Politik der Regierung nicht mehr von der parlamentarischen Mehrheit getragen wurde. Anfangs waren die Koryphäen der alten Fortschrittspartei die schärfsten Culturkämpfer gewesen: Virchow gilt sogar als Urheber der Bezeichnung „Culturkampf". An die Sturmcolonnen, die zur Zeit Falk's den Kampf gegen die Uebergriffe der katholischen Kirche führten, schloß sich weiter die damalige nationalliberale Partei an. Die eine Hälfte derselben aber schwenkte bei der Secession zum Fortschritt über, welcher nunmehr Schulter an Schulter mit ihr bei Wahlen und Abstimmungen als Bundesgenosse des Centrums fungirte, weil auf ihn die Abneigung gegen die bestehende Reichsregierung stärkeren Einfluß hatte als die frühere gegen das Centrum. Angesichts dieser Veränderungen in der Stärke der parlamentarischen Streitkräfte mußte der Regierung sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß die Fortsetzung des Culturkampfes den inneren Zusammenhang des Reiches zu schädigen fortfahren, eine befriedigende parlamentarische Lösung aber in absehbarer Zeit nicht finden werde.

Die Aussicht, die Consolidation unserer neuen Einheit durch Verständigung mit der Fortschrittspartei und deren Genossen zu fördern, lag nach deren Kampfesweise und Tendenz ferner als die Möglichkeit, dem Culturkampf die Spitze abzubrechen, die in der vielleicht zu subtilen juristischen Ausarbeitung der Kampfesmittel noch mehr als in den meritorischen Streitobjecten zu suchen war. Es lag daher für eine Regierung, welcher der innere Frieden und damit die Befestigung der deutschen Einheit als erstes Ziel galt, nahe, die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit dem Centrum in Erwägung zu ziehen. Die Leichtigkeit, diesen Weg zu beschreiten, wurde erhöht durch das Ausscheiden des Ministers Falk, welches mit dem Culturkampf in keiner Verbindung stand, sondern lediglich veranlaßt ward durch Schwierigkeiten, die der Minister innerhalb des Gebietes des evangelischen Glaubens und hochstehender Kreise desselben fand, und die in der Hauptsache noch mehr äußerlicher als principieller Natur waren, wie wir dies neulich angedeutet haben (vgl. oben S. 61 f.). Bei der Annäherung des Centrums an die Regierung war besonders die Frage zu erwägen, wie sich die nationalliberale Partei dazu stellen könne, ohne mit ihren Antecedentien oder mit der Regierung in Widerspruch zu gerathen, und bei dieser Gelegenheit gebührte das Verdienst, die Vermittelung herbeigeführt zu haben, ganz besonders dem jetzigen Minister Dr. Miquel.

Man kann nach dem Abschluß des Culturkampfes, wenn wir einen solchen als erfolgt annehmen dürfen, sich die Frage vorlegen, ob der ganze Kampf überhaupt pro nihilo gewesen sei. Daß dies nicht die Ansicht des Abgeordneten Windthorst war, geht daraus hervor, daß er nach diesem scheinbaren Abschluß einen „noch heftigeren Culturkampf" als den früheren und insbesondere auf der Basis der Schule vorhergesagt hat, und aus der Thatsache, daß Windthorst noch bei den mit ihm vor Jahr und Tag gepflogenen Verhandlungen für die Zukunft immer die Forderung der vollständigen Rückkehr zu dem status quo ante 1870 stellte. Er mußte also doch noch ein Residuum staatlichen Gewinnes aus der Gesammtheit des Culturkampfes als vorhanden erkannt haben, dessen Beseitigung einen neuen Culturkampf lohnen würde. Der Hauptbestandtheil dieses Residuums wird ohne Zweifel in der preußischen Verfassungsänderung liegen, welche auf die Schulfrage in erster Linie zurückwirkte.

Von noch unmittelbarerer Wirksamkeit gegen das Centrum aber dürfte die Beseitigung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium sich erwiesen haben. Diese Abtheilung war ursprünglich geschaffen, um eine katholische Behörde zu haben, durch welche die Rechte ihres preußischen Königs der Kirche gegenüber vertreten würden. Aber unter der Leitung vornehmer katholischer Familien, welche dem Hofe nahe standen, gelangte diese katholische Abtheilung im Cultusministerium bald dahin, sich umgekehrt die Aufgabe zu stellen, die Rechte der Kirche dem Könige und dessen Regierung gegenüber wahrzunehmen. Es war dies eine Stellung, der gegenüber die eines päpstlichen Nuntius in Berlin eine für die Rechte des preußischen Staates sehr viel weniger bedenkliche gewesen wäre; denn es war die katholische Abtheilung schließlich eine Abtheilung, welche in allen Beschlüssen nicht nur des Cultus-, sondern auch des Staatsministeriums, sobald Fragen der katholischen Kirche berührt wurden, ein gewichtiges Veto ausübte. Das Aequivalent für die Aufhebung dieser Abtheilung wäre allenfalls die Einsetzung eines päpstlichen Nuntius in Berlin gewesen, aber eines solchen, der Sitz und Stimme im preußischen Staatsministerium gehabt hätte! Wir glauben, daß namentlich bei den Mitarbeitern in unseren confessionellen Fragen, welche bei den Kämpfen gegen die katholische Abtheilung betheiligt gewesen sind, die Errungenschaft des Culturkampfes, welche in der Beseitigung dieser Ministerial-Abtheilung liegt, nicht gering angeschlagen werden wird, weil sie sich, abgesehen von den amtlichen Attributen dieser Behörden, auch der persönlichen Einwirkung erinnern werden, welche durch diese Abtheilung auf einflußreiche Stellen außerhalb des Staatsministeriums mit Erfolg geübt wurde, eine Einwirkung, die sich nicht blos auf confessionelle, sondern auch auf nationale Gebiete erstreckte.

Mit dieser Recapitulation glauben wir die Erfolge Windthorst's in das richtige Licht gesetzt zu haben. Es geht daraus hervor, daß er sie zwei Elementen verdankt, die im Ganzen als reichsfreundlich nicht haben gelten können; einmal der aus Unzufriedenheit hervorgegangenen Mitwirkung hervorragender Persönlichkeiten bei Bildung des Centrums und alsdann dem Abfall des Fortschritts und seines Anhangs von derjenigen Politik, auf deren Basis der Culturkampf ursprünglich entstand. Es erhellt aus dem Angeführten ferner, daß der Culturkampf nicht umsonst geführt worden ist, und endlich läßt unsere Darstellung die Punkte erkennen, auf die dem immer weiteren Vordrängen des Centrums gegenüber die Aufmerksamkeit aller Derjenigen sich richten muß, welche den Wunsch haben, Preußen und Deutschland vor weiterer Auslieferung an den clericalen Einfluß zu schützen.

* * *

Im Anfang des März war vom „Wiener Tagblatt" die Geldangelegenheit des Staatsministers von Boetticher und die ihm aus dem Welfenfonds gewährte Hülfe aufgestochen werden. Es wird später auf diese Sache ausführlicher einzugehen sein. Aber jetzt schon macht die freisinnige Presse den eifrigen Versuch, das Ganze gegen den Fürsten Bismarck auszunutzen. Dazu sagt die „Allg. Ztg." am 23. März (A.-A.):

Eine in mehr als einer Beziehung widerliche Erscheinung der letzten Tage ist die Geschäftigkeit, mit welcher die linksradicale, insbesondere die freisinnige Presse die Angelegenheit des Herrn von Boetticher gegen den Fürsten Bismarck auszubeuten sucht. Man wird nicht müde, zu versichern, daß „der Pfeil auf den Schützen zurückpralle", womit gesagt sein soll, daß die Nachricht, aus welcher die ganze Affaire entstanden ist, durch den Fürsten Bismarck in die Presse lancirt sei.

Eine gewagtere Speculation auf die Gedankenlosigkeit des Lesers hat man von der freisinnigen Publicistik noch nicht erlebt. Ist der Sachverhalt wirklich so, wie ihn z. B. die „Freisinnige Zeitung" als feststehend annimmt, daß nämlich die fragliche Unterstützung in der That den Zinsen des Welfenfonds entnommen sei, Herr von Boetticher aber über diese Herkunft niemals etwas erfahren habe, so wäre es doch selbstverständlich, daß am wenigsten Fürst Bismarck ein Interesse daran hätte haben können, die Sache an die Oeffentlichkeit gebracht zu sehen. Aber was kümmert die freisinnige Presse dieser sonnenklare Widerspruch ihrer Argumentation, wenn sie nur hoffen darf, das Andenken des größten deutschen Staatsmannes bei einem flüchtig urtheilenden Publicum in niedrigster Weise anschwärzen zu können!

Im Grunde ist es nur die heillose Furcht vor dem Einflusse, den Fürst Bismarck auch im Ruhestande noch auf das deutsche Volk besitzt, welcher alle diese Machinationen entspringen. Diese Furcht hat sich verschlimmert, seit

des Fürsten Candidatur zum Reichstage aufgestellt ist. Daher gerade in der freisinnigen Presse immer neue Versionen, welche diese Candidatur als nicht ernst zu nehmen darstellen sollen. Es ist aber alles verlorene Liebesmühe. Die Verwirrung, welche Haß und Angst der Gegner in dieser Wahlangelegenheit anzustiften suchten, ist nicht gelungen. Die Sache hat sich jetzt so weit abgeklärt, daß nicht allein die Candidatur endgültig feststeht, sondern auch die Annahme der Wahl, wenn sie auf den Fürsten fällt, mit Sicherheit erwartet werden kann . . . —

Die „Freisinnige Zeitung“ erörtert sogar die Ersatzpflicht des Fürsten Bismarck und kommt zu dem Ergebniß, daß der Fürst nach dem Allgemeinen Landrecht, Theil 2, Titel 10, §§ 88, 89 verantwortlich sei. Endlich schob aber am 1. April der „Reichs- und Staatsanzeiger“ diesem Treiben mit folgender Erklärung einen Riegel vor:

„Nachdem schon seit längerer Zeit Erwägungen über eine anderweite Regelung der Verwaltung des durch die Verordnung vom 2. März 1868 in Beschlag genommenen Vermögens der vormaligen hannoverschen Königsfamilie stattgefunden hatten, ist nunmehr vom Staatsministerium der Beschluß gefaßt worden, dem Landtage der Monarchie in der nächsten Session einen Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, welcher für die Dauer der Beschlagnahme die erforderlichen näheren Bestimmungen über die Verwendung der Revenuen dieses Vermögens und deren Controle zu treffen bestimmt ist.“

* * *

Die „Freisinnige Zeitung“ weiß zu melden, Fürst Bismarck gehe ernstlich damit um, sich in Berlin ein eigenes Heim zu schaffen. Er habe zu diesem Zwecke zwei Häuser in der Königgrätzerstraße angekauft. „Eine Flucht von 30 Zimmern soll fürstlich in denselben ausmöblirt werden.“ Dazu bemerkt die „Allg. Ztg.“ vom 23. März (A.-A.): Zwei Häuser, welche „eine Flucht von dreißig Zimmern“ aufweisen, dürften in der Königgrätzerstraße so wenig wie sonst in Berlin vorhanden sein, und die Notiz ist nur dazu angethan, die Ansicht zu bestärken, daß von den auf den Fürsten Bismarck bezüglichen Nachrichten des Richter'schen Blattes der überaus größte Theil unwahr ist. In diese Kategorie gehört auch die „fürstliche“ Ausmöblirung; es ist bekannt, daß Fürst Bismarck in dieser Beziehung sehr einfache Verhältnisse liebt. — Auch die „Hamb. Nachr.“ bezeichnen die Nachricht der „Freisinnigen Zeitung“ als erfunden.

* * *

Am 26. März trifft Fürst Bismarck zum Besuche des Grafen von Waldersee in Altona ein und kehrt nach einstündigem Aufenthalte wieder nach Hamburg und später nach Friedrichsruh zurück.

* * *

Zum Geburtstage des Fürsten bringt am 1. April die Münchener „Allgem. Zeitung“ folgenden Artikel:

Vor einigen Wochen ist im deutschen Reichstage das Wort gefallen: wenn erst das Trauerjahr um den Fürsten Bismarck vorüber sein würde, würde es auch mit der scheinbaren Verstimmung um seinen Rücktritt vorbei sein. Dieses Trauerjahr ist verflossen, und der 76. Geburtstag des größten Deutschen wird im Süden wie im Norden des deutschen Vaterlandes mit einer Wärme gefeiert, wie dies seit Jahren, wenigstens nach dem 70. Geburtstage, kaum der Fall gewesen ist. Von allen Seiten liegen die erfreulichsten Nachrichten vor, daß in den Kreisen der Intelligenz, des Bürgerthums der Geburtstag des Einigers der Deutschen festlich begangen wird, und von der Universität Leipzig ergeht der Aufruf an die studirende Jugend der deutschen Hochschulen, dem Fürsten eine Ehrengabe als Ausdruck und Bürgschaft der Gesinnung zu bieten, hinsichtlich deren sein Glaube an das heranwachsende junge Geschlecht ihn nicht getäuscht habe.

Ob im Amt oder nicht im Amt — Fürst Bismarck bleibt dem deutschen Volke immer der Nämliche: das lebende Symbol des Ruhmes und der Größe einer unvergleichlichen Zeit. Das schmerzliche Bedauern, daß Deutschland seines Rathes, seiner Weisheit und seiner Erfahrungen entbehren soll, wird erst mit seinem letzten Athemzuge erlöschen. Wo immer in Deutschland Männerherzen schlagen, die nicht fragen nach Gunst oder Ungunst, sondern einfach dem Gefühl jener unauslöschlichen Dankbarkeit Rechnung tragen, welche Kaiser Wilhelm I. seinem Kanzler am 70. Geburtstage bezeugte, und welcher Kaiser Wilhelm II. noch in seinem Abschiedserlaß vom 20. März vorigen Jahres Ausdruck gab — wenden sie sich heute nach dem Ruhesitz im Sachsenwalde, um dem Fürsten Bismarck zu bezeugen, daß das deutsche Volk nicht vergißt.

Was ist nicht alles in den letzten Monaten an Gehässigkeit und Lüge aufgeboten worden, das Ansehen dieses Mannes zu verkleinern, um welchen die Welt Deutschland beneidet! Alle diese Gehässigkeiten können wohl ein Gefühl der Verachtung gegen die Erfinder hervorrufen, aber sie vermögen das geschichtliche Bild nicht zu entstellen, in welchem der Fürst Bismarck neben dem Kaiser Wilhelm I. unvergeßlich und unvergänglich fortlebt.

Was auch den Geschicken des deutschen Volkes noch vorbehalten sein möge — Größeres kann sich nicht ereignen, größere nationale Güter sind nicht zu gewinnen, als diejenigen, mit denen vor der Mit- und Nachwelt unauflöslich sein Name verknüpft ist; die Hand keines deutschen Staatsmannes kann weltgeschichtlichere Actenstücke zeichnen als die der deutschen Reichsverfassung und des Frankfurter Friedens. Jeder neue Gewinn, welcher Deutschland in absehbarer Zeit beschieden sein könnte, würde doch nur im Schatten seines Ruhmes, als Frucht seiner Aussaat erwachsen; denn ohne

ihn wären wir nicht, was wir heute sind, und Kaiser und Reich würden eben noch so im Sehnen des heutigen Geschlechts leben, wie sie das Sehnen vergangener Generationen gewesen sind.

Neben dem Allem ist dem Fürsten Bismarck Süddeutschland noch zu besonderem Danke verpflichtet. Seine weise Mäßigung war es, welche im Jahre 1866 die Friedensschlüsse für Bayern und Württemberg so gestaltete, daß nicht nur kein Stachel bittern Empfindens zurückblieb, sondern daß von Stund an die treue Mitwirkung Süddeutschlands für die Vertheidigung des gemeinsamen Vaterlandes gesichert war. Seine Mäßigung, die niemals dem Wünschenswerthen das Erreichbare opferte, war es, welche den Versailler Verträgen eine für unsere Eigenthümlichkeiten schonende Form gab und durchsetzte, sich auf die Erreichung des Nothwendigen beschränkte und Alles, was darüber hinauslag, getrost einer kommenden Zeit und ihren Bedürfnissen überließ. Es ist bekannt, gegen welche Einflüsse und Anschauungen Fürst Bismarck diesen seinen Standpunkt mit großer Mühe und Selbstverleugnung zu vertreten hatte; und wenn es heute deutsche Zeitungen giebt, welche ihn als „preußischen Junker" schmähen zu dürfen glauben, so sind wir Süddeutschen diesem „preußischen Junker" dauernd von Herzen dankbar und unverbrüchlich ergeben, weil er uns erhalten hat, was uns an unsern heimathlichen Dingen werth und theuer ist. Diese Empfindung des Dankes wird in Süddeutschland nie verlöschen, in Bayern weder im Volke noch im Königshause. Weiland König Ludwig II. sowohl als auch Prinz-Regent Luitpold haben niemals aufgehört, dem Fürsten Bismarck ihre Gesinnungen des Vertrauens, der Anerkennung und der Hochschätzung zu bezeigen.

Die so unerwartet zu ihren glänzendsten Zielen gelangte Nation weiß anscheinend auf der stolzen Höhe, die sie so glorreich gewonnen, sich noch nicht einzurichten, und vergeudet eine werthvolle Kraft in gehässigen und kleinlichen Gegensätzen. Lag ehedem der Schwerpunkt der deutschen Geschichte in den Stammeseifersüchteleien, in den Rivalitäten der Höfe, so sind diese ehemals schier unüberwindlichen Hindernisse durch den Fürsten Bismarck von dem Gedanken des Vaterlandes und der gewonnenen Einheit überwunden, an ihre Stelle ist der Kampf innerer Parteien und Fractionen getreten, welchen auszukämpfen das Loos der heutigen und wohl auch der kommenden Generation ist.

Dem Manne, welcher unser Volk aus der Zerrissenheit und Ohnmacht zu einheitlicher nationaler Geschlossenheit und Macht erhoben, der den uns Allen theueren Namen Deutschland so herrlich erglänzen machte unter allen Völkern der Erde, der in seiner Person mehr denn zwei Jahrzehnte ein wesentlicher Bruchtheil unseres nationalen Ansehens und unserer nationalen Stärke war, dessen Rath Heere aufwog und dessen That Heere ersetzte — diesem Manne gehören unverbrüchlich unsere Gesinnungen dankbarster Ergeben-

heit und Verehrung. Er ist und bleibt uns der starke, feste Thurm am wogenumbrandeten Gestade; die Wellen mögen gegen ihn anstürmen, seinen Fuß umspülen — ihn zu erschüttern vermögen sie nicht. So fest steht Fürst Bismarck in dem Herzen eines großen Theiles der Deutschen, deren Vertrauen in Vieles, was die Zeit gebiert, nur in dem Gedanken wurzelt, daß ja der alte Kanzler noch unter den Lebenden weilt und daß sein Rath, unabhängig von der Form, die ihm zum Ausdrucke dient, in schwerer Stunde nicht fehlen würde.

Die Zeit wird kommen, in welcher die Deutschen dereinst sorgenvoll fragen werden: Ist kein Bismarck da? — um so nothwendiger ist es, daß die Nation sich noch bei seinen Lebzeiten mit jenem Patriotismus und jener Entschlußkraft durchdringe, welche in den entscheidungsvollen Augenblicken sein Leitstern gewesen sind und dies bleiben werden.

Möge Fürst Bismarck aus der Zahl und der Innigkeit der guten Wünsche, welche seine Landsleute aus allen Theilen des Vaterlandes und des Auslandes ihm heute darbringen, die Gewißheit schöpfen, daß das Werk seines Lebens in treuen Händen ist, in treuen Herzen und Händen, die ihm dankbar sein werden für jede Bethätigung an Deutschlands öffentlichem Wohl, und welche von der Vorsehung die Verlängerung seiner Tage, die Erhaltung seiner geistigen und körperlichen Frische erflehen — für Deutschlands Heil.

* * *

Ueber den Empfang der Deputation aus Neustadt an der Hardt bei dem Fürsten am 1. April berichtet die „Neustädter Ztg.“ (wiedergegeben von den „Hamb. Nachr.“ am 6. April, A.-A.):

Gegen 1 Uhr begaben wir uns in das Schloß, wo wir in dem Empfangssalon von dem Grafen Wilhelm Bismarck auf das Freundlichste begrüßt und in die Wohnräume des Fürsten geleitet wurden, die mit Geschenken aus aller Herren Länder geradezu überfüllt waren. Nach kurzem Warten erschien dann auch Fürst Bismarck. Mit leichtem, raschem Schritt und in strammer, aufrechter Haltung kam er auf uns zu und begrüßte uns mit herzlichem Händedruck. Nach kurzer Vorstellung sagte der Fürst:

> „Es freut mich sehr, Sie, meine Herren aus der Pfalz, bei mir zu sehen. Den herrlichen Pokal, den ich Ihnen und Ihren Freunden zu danken habe, habe ich schon erhalten und bereits seit gestern als Zierde meines Tisches im Gebrauch.“

Herr A. Abresch gab sodann dem Danke der Abordnung für die Ehre des Empfanges Ausdruck, worauf Dr. Chrysander die Huldigungsadresse dem Fürsten zur Einsicht vorlegen wollte.

> „Meine Herren,“ meinte Fürst Bismarck, „wir wollen das bei einer Flasche Pfälzer Weines besorgen, auch möchte ich mit Ihnen einen Schluck aus dem schönen Pokale thun,“

worauf er Auftrag gab, denselben mit einer Flasche Forster Kirchenstück zu füllen. Inzwischen unterhielt sich Fürst Bismarck mit uns in liebenswürdigster und ungezwungenster Weise.

Als wir des Festes Erwähnung thaten, das heute Abend in Neustadt stattfinde, meinte der Fürst:

„Ja, ich habe viele Freunde in der Pfalz, wie ich denn in der Ferne überhaupt mehr gute Freunde besitze als in der Nähe hier im Norden. Es trifft eben auch bei mir das alte Sprichwort zu, der Prophet gilt Nichts in seinem Lande, auch sieht man von der Ferne besser aus als in der Nähe. Dazu kommt noch, daß ich in meinem Leben gar viel fechten mußte, und die Gegner wollen immer nur die Hiebe zählen, die sie erhalten, nicht aber diejenigen, welche sie austheilen."

Inzwischen wurde der gefüllte Pokal dem Fürsten überreicht. Er hielt ihn hoch und sagte: „Ich trinke Ihnen zu, meine Herren!" worauf der Pokal von ihm an uns weitergegeben wurde, dann aber auf Wunsch des Fürsten auch den anderen anwesenden Herrn überreicht wurde. Die Unterhaltung wurde hierauf weitergeführt. Der Fürst fragte nach Verschiedenem aus unserem Heimathlande, das ihn interessirte, und gedachte rühmend der Haltung der Pfälzer in politischen Fragen, dabei sagte er:

„Die Pfälzer waren mir in meinen politischen Kämpfen immer ein Tropfen des Trostes."

Er sprach dann von der Zeit vor 1870 und meinte:

„Es hat mir stets wehe gethan, daß eine der herrlichsten deutschen Provinzen in Folge ihrer geographischen Lage feindlicher Invasion so sehr ausgesetzt war. Nun, das hat sich ja, Gott sei Dank, geändert, wir haben 1870 durch Elsaß-Lothringen einen Schlagbaum vorgeschoben. Eines muß ich Ihnen, meine Herren, auch gleich sagen, ich bekomme viele Zeitungen aus der Pfalz zugesandt, die in einem solch' warmen Tone geschrieben sind, wie wir ihn hier im Norden nicht finden."

Fürst Bismarck lud uns dann in liebenswürdigster Weise zum Frühstück ein und geleitete uns selbst zum anstoßenden Zimmer, wo bereits eine große Anzahl Damen und Herren an der Tafel saß. Die Fürstin, Graf Herbert und Wilhelm Bismarck machten dabei die Honneurs. Nach Aufhebung der Tafel forderte uns Fürst Bismarck zur Besichtigung der Geburtstagsgeschenke auf und lud uns für den Abend wieder ein, uns den Fackelzug vom Schlosse aus mit anzusehen.

* * *

Am Abend des Geburtstages brachte die Hamburger Bürgerschaft dem Fürsten einen Fackelzug dar, an dem mehrere Tausend Personen theilnahmen.

Herr Woermann brachte das Hoch auf ihn aus. Nachdem der Sturm der brausenden Hochrufe sich gelegt hatte, entgegnete der Fürst, daß

er sich durch die Ovation, die ihm von den Einwohnern der großen Nachbarstadt Hamburg gebracht werde, sehr geehrt fühle; ihm sei zu Muthe wie einem Schüler, der ein gutes Zeugniß heimgebracht habe. Die Herren würden ihm auch wohl das Zeugniß geben, daß er die Geschäfte des Deutschen Reiches gut besorgt habe. Wenn man so lange Jahre Minister gewesen sei, so bekomme man viele Feinde, es freue ihn nun um so mehr, zu sehen, daß er in allen Theilen Deutschlands noch eine große Menge Freunde habe. Die Beweise der Liebe, die er heute erhalten habe, sehe er als eine Quittung an für das, was er während seiner Ministerlaufbahn für das Vaterland gethan habe. Die Anerkennung der Hamburger Herren mache ihm hohe Freude; er bitte, ihm diese Anerkennung für die paar Jahre, die er noch zu leben habe, zu bewahren. Sie bilde ein Vermächtniß für seine Kinder und Erben. Der heutige Tag bringe ihm den Beweis, daß auch die gute Stadt Hamburg, die größte Handelsstadt Deutschlands und, man dürfe es wohl sagen, die bedeutendste des ganzen Continents sehr viele Leute beherberge, die ihm wohlgesinnt seien. Er sei darauf angewiesen, mit Hamburg zu verkehren, und die Herren wüßten, daß er dort gerne verkehre.

* * *

Unter den zahllosen Glückwünschen, die dem Fürsten zum Geburtstage zugingen, befand sich auch ein telegraphischer von dem „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" aus Dükken-Düsseldorf, einer von der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" aus Ruhrort und einer von dem „Verein deutscher Eisenhüttenleute" aus Oberhausen. Dazu bemerkt die „Kölnische Zeitung":

Nach den uns zugegangenen Mittheilungen ist aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet dem Fürsten Bismarck zu seinem 76. Geburtstage eine besonders große Zahl von Glückwunsch-Telegrammen zugegangen. Man darf wohl annehmen, daß die Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwickelung unserer Wirthschaftspolitik es nahe gelegt hat, in den Ausdruck der Dankbarkeit gegen den Altreichskanzler auch den stillen Wunsch nach der Beibehaltung der bisherigen Wirthschaftspolitik hineinzulegen.

* * *

Von den vielen Festreden, die in allen Theilen Deutschlands auf den Fürsten gehalten wurden, sei hier nur eine mitgetheilt, die in großartiger Weise das Fühlen und Denken des Volkes zum Ausdruck bringt, eine Rede, die weit über den Kreis ihrer Entstehung Aufsehen und Jubel hervorgerufen hat, die

des inzwischen bereits verstorbenen Professors der Geschichte Dr. Maurenbrecher in Leipzig:

Ganz allgemein ruft uns heute alljährlich im Norden und im Süden unseres Vaterlandes die Wiederkehr des Bismarck'schen Wiegenfestes ins Gedächtniß zurück, was uns Bismarck gewesen ist und was Bismarck uns heute noch ist. Lassen Sie mich einen Satz aussprechen, in welchem sich die Summe von Bismarck's Lebenswerk ganz kurz zusammenziehen läßt: Er ist der Schöpfer des Deutschen Reiches, das uns umgiebt. Was das eigentlich heißt, das zeigt ein vergleichender Hinweis auf dasjenige, was vor Bismarck und neben Bismarck noch zu Erreichung desselben Endzieles versucht worden ist. Erinnern Sie sich, wie 1850 die preußische Staatsregierung durchaus conservativer Staatsmänner eine ähnliche Reichsgründung unternommen; erinnern Sie sich, wie 1860 liberale Politiker in Preußen, mit dem wohlmeinenden einsichtigen und thatkräftigen König von Preußen an der Spitze, sich ein ähnliches Ziel gesteckt. Ein jeder dieser Versuche und Anläufe ist mißlungen; erst Graf Bismarck hat 1864 und in den folgenden Jahren das ausgeführt und fertig gebracht, was jenen Anderen vor ihm und neben ihm mißlungen und mißrathen war.

Je eingehender wir die Geschichte der Reichsgründung studiren, desto heller strahlt uns das Verdienst unseres großen Staatsmannes entgegen. Das Deutsche Reich ist Bismarck's Schöpfung; das deutsche Kaiserthum ist ein Kind seines Geistes. Wenn heute König Wilhelm von Preußen zugleich deutscher Kaiser ist, so verdankt er diese Weltstellung nichts Anderem als der Thatkraft und der staatsmännischen Weisheit des Fürsten Bismarck. Gewiß hat Bismarck Mithelfer, mitarbeitende Factoren neben sich gehabt — man kann den König nennen, man kann auf die Wucht des deutschen Heeres hinweisen, aber die Hauptsache ist eben die Leistung des Staatsmannes Bismarck: die Frucht seines überragenden Genius ist das Deutsche Reich. Es schulden daher der Kaiser und das Volk dem Schöpfer des Reiches Dank — unendlichen, niemals verlöschenden Dank. Das müssen wir laut und eindringlich in die Welt hinausrufen, das muß das deutsche Volk hören, das muß immer wieder auch unser jugendfrischer, reichbegabter, thatenlustiger kaiserlicher Herr hören.

Ich halte es ganz besonders für eine sittliche und patriotische Pflicht des akademischen Lehrers der Geschichte, dies dem deutschen Kaiser zu sagen und immer wieder zu sagen: „Was Du bist, bist Du durch das Werk Bismarck's; das Deutsche Reich, das deutsche Kaiserthum ist ein Geschöpf, ein Product der Bismarck'schen Staatskunst." Nun ist Bismarck seit Jahresfrist von der Leitung des Deutschen Reiches geschieden. Niemand wird dem Greise, der eben 76 Jahre vollendet, an und für sich die Ruhe und die Muße seines Lebensabends mißgönnen und neiden. Und doch ist es schmerzlich für einen Freund unseres Volkes, zu sehen, in welcher Art und Weise Bismarck von seinem Lebenswerke zurückzutreten veranlaßt worden ist. Schmerzlich ist es für einen

Freund des Volkes, zu sehen, wie im letzten Jahre der Undank dem Fürsten Bismarck nahegetreten ist. Daß diejenigen Parteien, die schon immer dem Lebenswerke Bismarck's entgegengearbeitet haben, diese ihre Gegnerschaft auch auf den zurückgetretenen Bismarck übertragen haben, wundert mich nicht, das ist die Consequenz ihres Treibens, das war gar nicht anders zu erwarten.

Es haben sich aber leider auch von seinen Bewunderern und Anhängern manche von Bismarck zurückgezogen; nicht alle offen, manche unter irgend welchen Vorwänden. Viele haben darüber sich entsetzt, daß Bismarck seit seinem Rücktritt vom Amte nicht stumm geworden ist, daß er es sogar gewagt hat, manches sehr gerechtfertigte Wort des Unmuthes auszusprechen. Seit 1847 hat Bismarck keinen Augenblick gezaudert, seinen Ansichten nach oben und nach unten Ausdruck zu geben, und ihm hat die Geschichte meistens wegen seiner Aeußerungen nachher Recht gegeben. Die Sorge, ob Bismarck heute reden oder schweigen will, können wir getrost dem alten Herrn selbst überlassen; er weiß am besten, was an der Zeit ist. Besonders kläglich ist das Verhalten gewisser Kreise am Grabe jenes Parlamentariers gewesen, der seine ganze Kraft der Bekämpfung und Zerstörung des Bismarck'schen Werkes gewidmet hatte; Bewunderung und Verehrung und Dank gebührt nicht diesem Todfeinde des Deutschen Reiches; sie gebühren vielmehr dem Schöpfer und Begründer des Deutschen Reiches. Unser Blick richtet sich heute nach Friedrichsruh hin; Jeder von uns sollte sich tief ins Herz das Gelübde einprägen, welchem der Dichter Novalis einst so herrlichen Ausdruck verliehen:

„Wenn Alle untreu werden,
Ich bleibe Dir doch treu,
Daß Dankbarkeit auf Erden,
Nicht ausgestorben sei."

Und unser Dank verdichtet sich sofort zu einem Heil- und Segenswunsch: Möge dem eisernen Kanzler, der das Deutsche Reich geschaffen und in den Sattel gehoben hat, ein friedensreicher Lebensabend beschieden sein; möge ihn die weitere Entwickelung des Reiches mit Genugthuung erfüllen, möge er unserem Vaterlande in rüstiger Frische des Körpers und des Geistes erhalten bleiben noch manches Jahr hindurch. Uns bietet das bloße Vorhandensein dieses Staatsmannes, auch des inactiven Staatsmannes, immerhin eine gewisse Gewähr, eine gewisse Zuversicht für unsere Existenz. Wie heute die Dinge in unserem Vaterlande und in der übrigen Welt liegen, so lebt heute in vieler Deutschen Bewußtsein das Gefühl: „Gott sei Dank, noch ist der alte Bismarck vorhanden, noch ist er da, dem Deutschen Reiche zu helfen, wenn ein solcher Helfer nöthig werden sollte!"

Eine gewisse Besorgniß über den Gang der deutschen Reichspolitik seit dem Ausscheiden Bismarck's ist in weiten Kreisen verbreitet; sie ist nach meiner Ansicht nicht unbegründet. Nach der Ueberschau über diese Ver-

hältnisse, welche ich aus dem Studium der letzten Jahrzehnte gewonnen habe, halte ich in erster Linie die Besorgniß für eine sehr begründete, daß jene Hinneigung zu England, der wir uns seit einem Jahre hingegeben haben, die allergrößten Gefahren für uns heraufbeschwören kann. England liegt Alles daran, uns in einen Krieg mit Rußland hineinzutreiben; wir sollen für die Herren Engländer die Kastanien aus dem Feuer holen. Ein Krieg mit Rußland ist für Deutschland ein Todesverbrechen, ein ganz zweckloses und gegenstandsloses Unternehmen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß der alte Bismarck es als seine Pflicht betrachten wird, daß er von den letzten Schritten, welche diesen unheilvollen Krieg heraufbeschwören könnten, Kaiser und Volk zurückhalten und bewahren wird. Ich vertraue auf Bismarck's Pflichtgefühl, daß er im rechten Augenblick seine Stimme erheben wird, zu warnen und zu mahnen. Und ich hoffe zu Gott, daß das deutsche Volk auf die Stimme seines treuesten und wahrsten Freundes hören wird. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Gott erhalte unserem Deutschen Reiche und Volke noch lange Zeit seinen alten Bismarck! Der alte Bismarck lebe noch lange! Hoch!"

* * *

Die Stadt Siegen hatte am 31. März die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Fürsten Bismarck beschlossen und ihm davon telegraphisch Mittheilung gemacht. Wenige Tage später bereits ging folgende Antwort an den Bürgermeister ein:

„Friedrichsruh, den 4. April 1891.

Euer Hochwohlgeboren mir telegraphisch gemachte Mittheilung über die Ertheilung des Bürgerrechtes Ihrer Stadt hat mir besondere Freude bereitet, und ist es eine hohe Ehre für mich, Mitbürger Ihres Gemeinwesens zu sein. Aus Siegen bin ich seit Jahren und auch jetzt wieder durch viele Zeichen warmen Wohlwollens erfreut worden, und habe ich stets ein lebhaftes persönliches Interesse an den dortigen Ursitzen des berühmten Stammes der Franken genommen. Ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank für die mir erzeigte Ehre entgegenzunehmen und den Herren der städtischen Collegien aussprechen zu wollen.

v. Bismarck."

* * *

Die Münchener „Allgem. Ztg." hatte an der Spitze ihrer A.-A. vom 4. April folgende Notiz gebracht:

Zum ersten Male seit dem Jahre 1863 hat Fürst Bismarck seinen Geburtstag ohne den warmen Glückwunsch seines Souverains begangen. Die lapidaren Worte, mit welchen Kaiser Wilhelm I. dem Fürsten zum 70. Geburtstage den unauslöschlichen Dank des preußischen Königshauses und des deutschen Volkes darbrachte, Worte, welche in dem Trinkspruch des Kron-

prinzen Wilhelm am 1. April 1888 und noch in dem Abschiedserlaß vom 20. März vor. Js. nachklangen, bedürfen allerdings keiner alljährlichen Wiederholung. Der Tageschronik erübrigt die Pflicht, die Thatsache zu verzeichnen, die Würdigung verbleibt der Geschichte.

Am 8. April (A.=A.) schreibt dieselbe Zeitung darüber weiter:

Die Mittheilung, daß der diesjährige Geburtstag des Fürsten Bismarck von Seiten des Kaisers nicht berücksichtigt worden sei, hat einige Berliner Blätter zu langen Betrachtungen veranlaßt. . . . Der „Reichsbote" empfiehlt der „Allgem. Ztg." und den „Hamb. Nachr.", an die Brust zu schlagen. Die „Hamb. Nachr." haben wir nicht zu vertreten, sie werden es ihrerseits im gegebenen Falle wohl nicht fehlen lassen. Was die „Allgem. Ztg." anbelangt, so haben wir zu irgend welcher Reue ganz und gar keinen Anlaß, sind vielmehr der Ueberzeugung, durch unsere Haltung dem Kaiser und Reich einen Dienst geleistet zu haben, eine Auffassung, die uns gerade in jüngster Zeit von den verschiedensten Seiten her anerkennend bestätigt worden ist.

Wenn die Berliner „Voss. Ztg." es verwunderlich findet, „daß Fürst Bismarck einen Glückwunsch des Kaisers noch erwartet und beansprucht habe", so muß sie doch zunächst beweisen, daß dies der Fall ist. Einstweilen wird sie sich darüber mit der Berliner „Börsen=Ztg." auseinandersetzen müssen, welche gerade heute meldet, daß Se. Majestät der Kaiser dem Fürsten Bismarck ein eigenhändiges Glückwunschschreiben übersandt habe. Unsere gegentheilige Nachricht entstammte einer Berliner Information vom 1. April, die für uns jeden Zweifel ausschloß. Sollte Se. Majestät, Allerhöchstwelcher sich an jenem Tage bekanntlich in Stettin befand, die ursprüngliche Entschließung geändert haben, so würde dies in weitesten Kreisen, wenigstens Süddeutschlands, jedenfalls mit großer Genugthuung aufgenommen werden.

Am 10. April wurde der „Allgem. Ztg." aus Berlin telegraphisch gemeldet:

„Die Behauptung der Berliner ‚Börsen=Ztg.', daß Se. Majestät der Kaiser dem Fürsten Bismarck ein eigenhändiges Glückwunschschreiben übersandt habe, entbehrt jeder Begründung. Es hat keinerlei Beglückwünschung stattgefunden."

* * *

Daß die Conservativen des Königreichs Sachsen zum Fürsten Bismarck sich nicht so schroff stellen, wie ein großer Theil der Partei in Preußen es in dieser Zeit noch thut, das ergiebt sich aus den unten mitgetheilten Aeußerungen des „Vaterland", des officiellen Blattes der sächsischen Conservativen. In diesem Blatte heißt es am 3. April:

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß in der jüngsten Zeit bei manchen von unseren Parteigenossen eine gewisse Unsicherheit in der Auffassung der politischen Verhältnisse Platz gegriffen hat, die hier und da ihnen die Kampfesfreudigkeit zu nehmen droht. Man fragt sich zagend und bange: „Wohin steuern wir? Ist das noch der alte Cours und das alte Ziel? Oder sollte das Gerücht vom neuen Course mehr als Gerede sein? Wird die Reichsregierung in den alten Bahnen der gesunden, ruhigen Fortentwickelung des Gegebenen bleiben, oder wird sie sich auf Bahnen begeben, die dunkel und gefährlich sind?" Solche und ähnliche Fragen werden laut und heischen dringend Antwort.

Wir richten nicht mit Denen, die so fragen und bedenklich in die Zukunft schauen; es fällt auch uns oft schwer, ein Bangen zu unterdrücken. Der Conservatismus, der in ruhigen Zeiten mitschwimmt und in unruhigen am liebsten hinter dem Ofen bleibt, ist nicht wurzelecht. Je unsicherer der Blick in die Zukunft erscheinen, je weniger klar der Gang unseres politischen Lebens sich gestalten mag, um so nothwendiger ist die Klarheit und Entschiedenheit in den eigenen Grundsätzen. Wenn die Männer, die der Kaiser an seine Seite beruft, Bahnen wandeln, die uns bedenklich erscheinen, die unseren conservativen Grund- und Leitsätzen entgegenzulaufen scheinen, nun, dann werden wir unsere Stimmen erheben mit der Offenheit, die dem deutschen Manne ziemt. Wir freuen uns, wenn wir mit der Regierung Hand in Hand gehen können, und sind keine Freunde einer grundsätzlichen Opposition. Aber wir scheuen auch die Opposition nicht, wenn wir in sie hineingedrängt werden sollten. Daß die letztere Möglichkeit vorliegt, ist außer Frage. Kann sie vermieden werden, so wollen wir Alles daran setzen, sie zu vermeiden, Alles, nur unsere Grundsätze nicht!

Unmittelbar auf diese Auslassungen folgt ein Artikel zu Ehren des Fürsten Bismarck. In diesem heißt es:

Wir schauen nach wie vor in aufrichtiger Verehrung zu dem gewaltigen Manne empor, dessen Gleichen das Jahrhundert nicht schaute; zu dem eisernen Recken, der die Männer seiner Zeit um Hauptеslänge überragte; zu dem kerndeutschen Helden, der furchtlos und gottesfürchtig durch das Wogengetriebe der Zeit schritt. Unser einiger, steter Herzensdank bleibt ihm trotz alledem und alledem! Tiefbeschämend für jeden edleren Menschen ist es, sehen zu müssen, wie die Undankbarkeit sich auch diesem Manne gegenüber in häßlichem Lichte zeigt. Der Haß, der ihn, als er noch im Amte war, mit Giftpfeilen überschüttete, verfolgt ihn in die Stille seines Ruhesitzes und zieht aus Allem, was von ihm oder über ihn verlautet, neue Nahrung.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 10. April erläßt Fürst Bismarck folgende Danksagung bezüglich seines Geburtstages:

„Zu meinem Geburtstage habe ich aus allen Gebieten des Reiches und von Deutschen im Auslande Glückwünsche und freundliche Begrüßungen erhalten. In der Freude, welche ich darüber empfinde, ist es mir ein Herzensbedürfniß, auf jede einzelne dieser Kundgebungen in gleichem Umfange und mit gleicher Wärme direct zu antworten. Es schmerzt mich, daß ich in dieser Beziehung ein Schuldner, wenn auch ein dankbarer, meiner Freunde bleiben muß. Die Zahl der Eingänge ist, zu meiner Freude, so groß, daß ich auf die Beantwortung jedes einzelnen auch dann würde verzichten müssen, wenn meine Arbeitskräfte erheblich größer wären, als sie sind. Ich hoffe deshalb von Herzen, daß meine Freunde, die mich durch ihre guten Wünsche erfreut haben, Nachsicht mit mir haben werden, wenn meine Kräfte nicht ausreichen, jedem Einzelnen schriftlich zu danken. Ich bitte Sie, meinen herzlichsten Dank durch diese Veröffentlichung freundlich entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck."

Dazu sei Folgendes bemerkt: zum 1. April gingen in Friedrichsruh ein, 2200 Telegramme, über 3000 briefliche Sendungen und mehrere Hundert Festgeschenke, die Zeugniß davon ablegten, wie viele Freunde des früheren Reichskanzlers den Wunsch hatten, ihm ihre Sympathie zum Ausdruck zu bringen. Unter den Gratulanten waren alle Classen der Gesellschaft vertreten, wenn auch die wissenschaftlich Gebildeten vorwogen. Die Geschenke bestanden theils in Blumengaben und anderen Erzeugnissen der Gartenkunst, theils in der Jahreszeit entsprechenden Verbrauchsgegenständen, theils in vielen dauernden Andenken.

* * *

Die Vorgänge in Bulgarien, besonders der am 28. März in Sofia vollführte Mordanfall auf die Minister Stambulow und Beltschew, für den vielfach Rußland verantwortlich gemacht wurde, hatten in der Tagespresse zu verschiedenartigen Betrachtungen Anlaß gegeben. Auch die „Hamb. Nachr." ergreifen am 10. April (M.-A.) das Wort dazu und führen Folgendes aus:

Zur auswärtigen Lage. In der Presse wird die auswärtige Lage discutirt. Wie haltlos und willkürlich die Combinationen sind, zu denen es dabei kommt, geht schon daraus hervor, daß sie an das Attentat von Sofia als an ein Ereigniß anknüpfen, das zu pessimistischen Schlüssen berechtige und den Weltfrieden weniger gesichert erscheinen lasse als bisher. Wir haben bereits mehrfach ausgesprochen, daß es eine Ungehörigkeit ist, jenen Vorgang mit der russischen Politik in Zusammenhang zu bringen. Abgesehen von den Gründen, welche verbieten, die Regierung einer europäischen Großmacht der Anstiftung zu Verbrechen ohne Spur eines Beweises zu bezichtigen, spricht alle Ver-

muthung dafür, daß es zur Zeit außerhalb aller russischen Pläne liegt, Unruhen auf dem Balkan hervorzurufen. Außerdem ist die russische Politik wie kaum eine zweite Meisterin in der Kunst des Wartens, der sie auch in neuerer Zeit nicht zu unterschätzende Erfolge, sowie ihre günstige diplomatische Position verdankt. Rußland wartet in aller Ruhe den Moment ab, wo Bulgarien ohne gewaltthätiges Einschreiten ihm als reife Frucht in den Schooß fällt; darüber hinaus bieten die Verhältnisse auf dem Balkan dem Zarenreich zur Zeit absolut keinen Anlaß zu irgendwelchem directen Eingreifen. Rußland beschränkt sich nach wie vor darauf, an seiner Südwestgrenze militairisch so stark wie möglich zu sein, um, wie Fürst Bismarck in seiner weltgeschichtlichen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausführte, zum gegebenen Zeitpunkt, wo eine orientalische Verwickelung entsteht, seinen Ansprüchen den größtmöglichen militairischen Nachdruck verleihen zu können.

Im Uebrigen darf von Rußland angenommen werden, daß es jetzt überhaupt keinen Krieg sucht, weil es militairisch noch nicht „fertig" ist. Aber auch wenn dies einst der Fall sein wird, glauben wir nicht an einen Vorstoß nach Westen. Eher könnte man es dann erleben, daß Rußland, wenn die europäischen Verhältnisse es ihm gestatten, eines schönen Tages 30- oder 50 000 Mann am Bosporus landet, Konstantinopel besetzt und dann in aller Ruhe abwartet, ob sich eine europäische Großmacht findet, die den Kampf aufnimmt, oder die sich lieber auf Arrangements einläßt, zu denen Rußland um so leichter die Hand bieten könnte, als es sich dann um Gebietsentschädigung handeln würde, die es nicht aus eigenem Besitz zu gewähren brauchte; dem Sultan aber könnte ein angemessener Garantievertrag angeboten werden, der ihm gestatten würde, ohne die bisherigen Sorgen als Grandseigneur weiter zu leben. Wir sind überzeugt, daß Rußland, wenn es ihm in irgend einer Zukunft gelingen sollte, seine Hausthür am Schwarzen Meer in dieser oder ähnlicher Weise zu schließen und den Schlüssel in Verwahrung zu nehmen, sich mit aller Macht auf Asien werfen und Europa nicht beunruhigen würde. Welche Zwecke sollte es auch in Europa verfolgen? Alte Rechnungen sind hier nicht ins Reine zu bringen, Grenzen nicht zu berichtigen; Rußland hat, wie Fürst Bismarck in seiner vorerwähnten großen Rede sagte, so viel polnische Unterthanen, daß es eine Vermehrung derselben auf Kosten Preußens oder Oesterreichs unmöglich wünschen kann. Weshalb sollte es also nach Westen hin Krieg führen wollen? Um der Revanchesucht der Franzosen zu dienen? Dies ernstlich für möglich zu halten, dazu gehört die volle Urtheilslosigkeit, die sich in einem Theil der Presse sofort äußert, wenn Fragen der auswärtigen Politik in Betracht kommen.

Ohne Zweifel ist die russisch-französische Allianz ein prächtiges Atout in dem Kartenspiel der Diplomatie; für ihre Verwirklichung im Kriegsfalle aber fehlt es bisher an jeder hinlänglichen Voraussetzung. Der Panslawismus ist zwar eine Macht, mit der in Rußland gerechnet werden muß, und seine Absichten sind gegen Deutschland gerichtet; aber auch er denkt schwerlich an Ausdehnung des russischen Reiches nach Westen hin; seine Bestrebungen werden sofort aufhören, ihre Spitze gegen Deutschland zu richten, sobald sich für Rußland die Gelegenheit zur Verrichtung einer großen Action darbietet, die mehr verspricht als die unreale Befriedigung bloßer Verstimmungen. Bis die Zeit hierfür herangekommen ist, wird man zwar noch viel in den Blättern über französisch-russische Kriegsgelüste, über die geplante Zerschmetterung von Mittel-Europa zu lesen bekommen, aber ohne daß hierdurch Schaden angerichtet wird. Man muß bedenken, daß es sich bei dieser Preßtreiberei meist um Börsenmanöver, um Ausbruch von Zeitungshaß gegen das „antisemitische" Rußland, oder um Bemühungen des Preßringes handelt, welcher von gewissen Stellen in Wien und London aus seine Directiven empfängt und speciell bezweckt, den jetzigen illegitimen Zustand in Bulgarien gegen Rußland aufrecht zu erhalten. Dazu kommen noch die baltischen Schmerzen, die sich in der „Kreuz-Zeitung" und ähnlichen Blättern gegen Rußland äußern, und die Vorurtheile derjenigen, die es ihrem Liberalismus und ihrer Humanität schuldig zu sein glauben, antirussisch zu sein. Als ob Jemand die Erhaltung der Freundschaft mit Rußland aus Sympathie mit dessen inneren Zuständen empföhle, anstatt lediglich unter dem Gesichtspunkte, daß Deutschland, so lange es gute Beziehungen zu Rußland unterhält, unangreifbar ist, sofort aber in eine schwierige Lage geräth, wenn die übrigen Staaten sehen, daß wir alle Brücken, die zum Zarenreich führen, abgebrochen haben und uns mithin entweder ganz auf uns selbst oder auf den guten Willen unserer Bundesgenossen verlassen müssen!

Was Frankreich betrifft, so zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß es nach wie vor entschlossen ist, jede Erfolg verheißende Gelegenheit, über uns herzufallen, zu benutzen; aber vorläufig sehen wir diese Gelegenheit noch nicht, und sie dürfte sich auch so lange nicht einstellen, wie wir bemüht bleiben, der Republik keinen militairischen Vorsprung zu lassen, und so lange es den Bemühungen der Diplomatie gelingt, Italiens Lossprengung von der Tripelallianz resp. dessen Alliirung mit Frankreich zu verhindern. Diese Aufgabe ist, namentlich unter Mithülfe Englands, nicht schwer zu lösen, weil Italien kaum darüber im Zweifel ist, daß es ein Bündniß mit Frankreich, das ihm die Erlösung aus seinen wirthschaftlichen Schwierigkeiten vielleicht auch nicht brächte,

mit der Preisgabe seiner jetzigen unabhängigen Großmachtstellung zu bezahlen haben und zum Vasallen Frankreichs herabsinken würde.

* * *

Ueber die Betheiligung der deutschen Industrie an der Weltausstellung in Chicago bringen die „Hamb. Nachr." vom 13. April (A.=A.) folgende Nachricht: Gelegentlich einer Unterredung, welche der Fürst Bismarck vor Kurzem über dieses Thema hatte, äußerte er sich dahin,

> daß er es sehr beklagen würde, wenn die deutschen Industriellen sich etwa in ihrer Verstimmung über die Mc Kinley=Bill abhalten ließen, an der Chicagoer Ausstellung theilzunehmen. Das würde ein großer Fehler sein; Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika seien stets gute Freunde gewesen; beide haben weder widerstreitende territoriale Interessen, noch sind sie beide politische Rivalen. Er, der Fürst, sei während des amerikanischen Bürgerkrieges im Amte gewesen, und obschon er für viele der hochgebildeten Männer des Südens die größten persönlichen Sympathien gehabt hätte, hielt er doch als preußischer Minister zu dem Norden. Preußen sei in jenem Kriege der festeste Freund der Union gewesen. Das deutsche und amerikanische Volk sei durch die Bande der Freundschaft wie Verwandtschaft und nicht minder der gegenseitigen Interessen verbunden, und darum wäre es beklagenswerth, wenn die deutsche Industrie sich weigern würde, an einer Ausstellung theilzunehmen, welche berufen ist, die Kenntniß deutscher Erzeugnisse bei dem amerikanischen Volke zu erweitern und die deutschen Producenten in directe Berührung mit den Amerikanern zu bringen.

Wir brauchen unsererseits, fügen die „Hamb. Nachr." hinzu, dieser Kundgebung des Fürsten Bismarck um so weniger ein Wort hinzuzufügen, als die deutsche Industrie weiß, daß sie im Fürsten Bismarck stets den treuesten Freund und eifrigsten Förderer ihrer Interessen, welche ja mit den Interessen des arbeitenden Volkes zusammenfallen, gehabt hat und noch hat.

* * *

Am 14. April empfing der Fürst den Vorstand des Conservativen Vereins in Kiel. Die Rede, die er dabei hielt, hat der Vorsitzende des Vereins, Dr. Wetzel, im „Kieler Tageblatt" veröffentlicht. Eine genaue wörtliche Wiedergabe war dabei freilich nicht möglich. Nach dem genannten Kieler Blatte, dessen Bericht auch die „Hamb. Nachr." vom 17. April (M.=A.) wiedergeben, sagte der Fürst etwa Folgendes:

> Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie so zahlreich erschienen sind, mich zu begrüßen, und danke Ihnen herzlich für Ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Es freut mich besonders, daß es ein conservativer Verein ist, der mir eine solche Ehre erzeigt, denn auch ich habe stets auf conservativem Boden gestanden.

Man fragt oft: Was heißt conservativ? Wirklich übersetzt heißt's „erhaltend"; aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer vertritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn dieses ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Conservatismus aber sind beständig. Es ist also nicht nöthig oder auch nur nützlich, daß die conservative Partei unter allen Umständen ministeriell sei, conservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen: ich habe als Minister die Conservativen ja oft genug zu Gegnern gehabt und ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Zeiten der Reichsglocke.

Es giebt ein altes, gutes politisches Sprichwort: Quieta non movere, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt conservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfniß einer Aenderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen giebt es Leute, die einseitig das Bedürfniß haben, die Menschheit mit ihren Elaboraten glücklich zu machen. Eine Regierung, welche unnöthige Neuerungen vertritt, wirkt anticonservativ, indem sie gesetzliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert ohne Anregung durch die Betheiligten.

Man wirft mir vor, ich sei als Ministerpräsident und Kanzler auch nicht conservativ gewesen, denn ich hätte viele alte Formen zerschlagen und viel Neues aufgerichtet. Nun, hierbei ist der Werth des Alten, welches vernichtet, und des Neuen, welches errichtet werden sollte, gegeneinander abzuwägen. Mir stand bei Antritt meines Ministeriums und schon vorher, in Frankfurt, die Ueberzeugung fest, daß wir nur durch Wiedererweckung der deutschen Nationalität und durch die Einheit der deutschen Stämme die Fähigkeit, unter den europäischen Völkern frei zu athmen und zu leben, würden erringen können. Dies zu erreichen, stellte ich vorerst über alles Andere, sobald ich die Möglichkeit sah, unsere Einheit über die preußischen Grenzen hinaus ausdehnen zu können.

Wir hatten und haben ja auch als Preußen ein besonderes Nationalgefühl, ursprünglich eine Abzweigung vom großen deutschen. Im Grunde hat es nicht mehr Berechtigung, als der specifische Patriotismus deutscher Staaten. Es verstand sich für mich von selbst, daß ich dieses preußische Bewußtsein, in dem ich aufgewachsen war, sehr lebhaft empfand; sobald ich aber überzeugt war, daß das preußische Nationalgefühl der Amboß sei zum Zusammenschmieden der anderen, habe ich aufgehört, einseitig preußische Ziele zu verfolgen.

Damals waren also die Aufgaben eines leitenden Ministers andere wie heute, nachdem wir eine der ersten — so will ich höflicherweise

anstatt der ersten sagen — Nationen in Europa zu sein von Gott berufen sind. So war es meine Aufgabe, vor Allem unser Nationalgefühl zur Entwickelung zu bringen. Meine Betheiligung an dem Beginn und Verlauf des Bürgerkrieges in Deutschland, ich meine im Jahre 1866, und die Zertrümmerung alter Formen waren im Grunde mehr conservativ, als das Verharren bei den Zuständen der Zerrissenheit gewesen wäre. Denn diese hätten schließlich zur Auflösung oder gar Fremdherrschaft geführt; für mich aber handelte es sich darum, den Rest des deutschen Nationalgefühls, der unter der Asche fortglimmte, anzufachen, also etwas ganz Altes zu bewahren. Dieses alte Besitzthum wurde denn auch bewahrt und verstärkt, in der Hauptsache auf kriegerischem Wege; zum Bedauern ging es auf friedlichem nicht, ist aber nun wohl desto fester gegründet.

Den Vorwurf der Abtrünnigkeit, welchen mir viele der heutigen Conservativen machen, die ihrerseits keine erkennbaren Zwecke verfolgen, halte ich also für ungerecht. Die Einigung Deutschlands war eine conservative That, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber auferlegt werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß es nöthig ist, einer Fraction anzugehören, um conservativ zu sein; so habe ich mir in den letzten Jahren meiner Amtsführung um das Cartell zwischen den Conservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben und hoffe, dieses Gebilde wird nicht ganz auseinandergehen, man wird auf conservativer Seite einen Unterschied machen zwischen den Leuten, mit denen zusammen ein staatliches Leben sich nicht führen läßt, und den anderen, die zu solcher Gemeinschaft ehrlich bereit sind. Ich bedaure es, wenn das Cartell zerfällt, und ich denke, auch die Conservativen in Kiel geben die Hoffnung nicht auf, mit ihren Gesinnungsgenossen — nicht allein Fractionsgenossen — zusammen die leitende Mehrheit zu bilden.

Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten lateinischen Spruch Quieta non movere beachtete als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgange der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen, als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Pflicht, mitzureden, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntniß zu sein. Meine Mitwirkung kann sich jetzt nur mehr nach der negativen Seite hin äußern; aber einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein

fachmäßiges Urtheil auszusprechen, werde ich mir von Niemandem verbieten lassen.

Dies ist auch conservativ, glaube ich; conservativ: nicht ministeriell, sondern erhaltend.

So begrüße ich Sie als meine politischen Freunde und hoffe, daß Sie Alle, die hier im Zimmer sind, in diesem Sinne sich conservativ nennen. Ich werde nicht lange mehr Ihr Mitarbeiter sein. Möchten diese politischen Gegensätze nicht mit mir aussterben, sondern unsere politische Arbeit in der Bahn weitergeführt werden, die unser hochseliger Herr vorgezeichnet hat."

* * *

Dem Oberbürgermeister Becker in Köln ging auf das im Namen der Stadt an den Fürsten Bismarck gesandte Glückwunschschreiben zum Geburtstage nachstehende Antwort zu:

„Friedrichsruh, den 15. April 1891. Ew. Hochwohlgeboren und meine Kölner Mitbürger haben mir durch Ihre Adresse und durch die prächtige Blumengabe eine hohe Freude bereitet, und es haben mir die warmen und ehrenvollen Worte Ihrer Zuschrift ganz besonders wohlgethan. Ich begleite die Entwickelung der altberühmten Stadt stets mit dem lebhaftesten Interesse und entnahm aus Ihrem Schreiben mit großem Vergnügen, daß die Stadterweiterung, zu deren Durchführung ich an meinem Theile mitwirken durfte, sich für das Gedeihen des Gemeinwesens so nützlich erweist. Der neue Beweis Ihrer wohlwollenden Anerkennung bildet eines meiner werthvollsten Festgeschenke, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen und meinen Herren Mitbürgern aussprechen zu wollen. v. Bismarck."

* * *

Die Ehrengabe des Centralverbandes deutscher Industrieller, bestehend in einem kostbaren silbernen Tafelservice, wurde dem Fürsten Bismarck von einer Deputation am 15. April in Friedrichsruh überreicht. Die „Hamb. Nachr." vom 16. April (A.-A.) berichten darüber:

Geheimrath Schwartzkopff als Vorsitzender vom Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller überreichte Sr. Durchlaucht die bereits bei dem Besuch im vorigen Jahre (vergl. Band I, Seite 9) verlesene Adresse, welche inzwischen künstlerisch ausgeführt war. Hierbei drückte er in warmen Worten dem Fürsten nochmals den Dank aus für Alles, was er für das Wohl des gesammten Vaterlandes und im Besonderen für die Industrie gethan habe. Herr Schwartzkopff fügte hinzu, daß es die Industrie mit großer Freude erfüllt habe, Sr. Durchlaucht auch ein sichtbares Zeichen der Dankbarkeit in Form einer Ehrengabe darbringen zu dürfen, und schloß mit

dem Wunsche, daß dem Fürsten noch viele Jahre in Kraft, Gesundheit und Frische beschieden sein möchten.

Hierauf erwiderte Fürst Bismarck in längerer Darlegung, daß die Gabe weit über seine Lebensgewohnheit und den Zuschnitt seiner Häuslichkeit hinausgehe, daß sie aber als Zeichen der ihm entgegengetragenen Gesinnung in seinem Hause für alle Zeit dauern werde. Daß er heute so hervorragende Vertreter der Industrie in seinem Hause begrüßen dürfe, sei eine weitere Freude für ihn. Er habe stets als seine Aufgabe angesehen, für die Befruchtung der Arbeit zu sorgen, leider aber sei er bis zu den siebenziger Jahren durch andere Verhältnisse und Aufgaben so sehr in Anspruch genommen gewesen, daß er sich mit den wirthschaftlichen Zuständen speciell nicht habe beschäftigen können.

Se. Durchlaucht ging sodann auf eine summarische Schilderung seiner Thätigkeit in wirthschaftlichen Fragen über und betonte nachdrücklich die Nothwendigkeit einer ruhigen Fortentwickelung, ganz besonders auf dem Gebiete der Gesetzgebung, auf welchem Ueberhastung die schwersten Schädigungen herbeiführen könne. Sein Interesse an dem Gesammtwohl des Vaterlandes sei auch nach dem Austritt aus seinem Amte nicht geringer geworden, er halte es deshalb für seine Pflicht und nicht weniger für sein Recht, seine Stimme zu erheben, wo er nach seinem besten Wissen und Gewissen das Vaterland bedroht glaube.

Mit nochmaligem Dank und herzlichem Willkommen schloß der Fürst und lud dann die Herren ein, im Familienkreise mit ihm das Frühstück einzunehmen.

* * *

Am 15. April fand im 19. hannöverschen Wahlkreise Kehdingen-Neuhaus a. d. Oste die Nachwahl für den Reichstag statt, in der Fürst Bismarck als Candidat der Nationalliberalen aufgestellt war. Es fielen auf den Fürsten 7365, auf den Cigarrenarbeiter Schmalfeldt (Socialdemokrat) 3810, auf den Freisinnigen Adloff 2576 und auf den Welfen von Plate 3308 Stimmen. Die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Socialdemokraten Schmalfeldt nöthige Stichwahl wurde auf den 30. April angesetzt (s. d.).

* * *

Ein sehr werthvolles Beispiel, mit welcher Unbefangenheit der Freisinn deutsche Geschichte macht, liefert die Münchener „Allg. Ztg." vom 19. April (M.-A.):

Fürst Bismarck und die deutsche Einheit. Die „Frankfurter Zeitung" leistet sich „Vom Main, 16. April" den folgenden Beitrag zur deutschen Geschichte:

„Gestatten Sie mir gegenüber den Beweihräucherungen des Fürsten Bismarck als des Gründers des Deutschen Reiches und Schöpfers der nationalen Einheit, in der sich neuerdings das nationalliberale Professorenthum gefällt und

namentlich am 1. April so Unmenschliches geleistet hat, Ihren Lesern die Erinnerung an einige Stellen des Tagebuches des Kronprinzen Friedrich Wilhelm — des späteren Kaisers Friedrich — aus dem Jahre 1870 aufzufrischen. Ich setze die Stellen her und überlasse es den Lesern, daraus die gebotenen Schlüsse zu ziehen.

„16. November. Gespräch mit Bismarck über die deutsche Frage, er will zum Abschluß kommen, entwickelt aber achselzuckend die Schwierigkeiten; was man denn gegen die Süddeutschen thun solle? ob ich wünsche, daß man ihnen drohe? Ich erwiderte: ‚Jawohl, es ist gar keine Gefahr, treten wir fest und gebietend auf, so werden Sie sehen, daß ich Recht hatte zu behaupten, Sie seien sich Ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt.‘ Bismarck wies die Drohung weit ab und sagte, bei eventuellen äußersten Maßregeln dürfe man am wenigsten damit drohen, weil man jene Staaten in Oesterreichs Arme treibe.

21. November. Bismarck sagt mir, unser Gespräch vom 16. habe ihn angetrieben, Ernst zu machen und nach Delbrück's Abreise die Verhandlungen in die Hand zu nehmen; beide Königreiche wollten nun eintreten, er müsse aber auch noch seine Trümpfe ausspielen. Schon drohen die Militairverhandlungen über die äußeren Abzeichen abzubrechen.

24. November. Fürst Lynar wird mit eigenhändigen Schreiben des Königs von Bayern, Württemberg und Sachsen abgesandt, um die Souveraine einzuladen. Holnstein ist angekommen und sieht sich Wohnung und Stallung für den König in den Trianons an, spricht ungünstig über die bayrischen Minister, die mehr für die deutsche Sache hätten thun müssen."

Wir folgen der Einladung der „Frankfurter Zeitung" (sagt die „Allg. Ztg.") und ziehen „die gebotenen Schlüsse".

Der Kronprinz ist als Kind seiner Zeit in dem Streben, für sein Haus die höchste Ehre zu gewinnen, einer der Hauptförderer der Kaiser-Idee gewesen, das wird dem heimgegangenen Herrn Niemand bestreiten. Dieser Gedanke hat seinem Leben den Inhalt gegeben. Es war das Vermächtniß, welches das Jahr 1849 auf sein Haupt gelegt hatte, ein Vermächtniß, dessen treue Hüterin nach der idealen Seite seine erlauchte Mutter, nach der praktischen Seite hin des königlichen Vaters verständig-schlichter Sinn gewesen ist. König Wilhelm hatte für sich und sein Haus keine Ehren, wohl aber für Preußen eine würdige Stellung im Bunde, für Deutschland eine wirksame und leistungsfähige Zusammenfassung seiner Kräfte erstrebt. Darüber hinaus waren seine Wünsche nicht gegangen, darin sah er die Aufgabe seines Lebens, das Weitere glaubte er seinem Sohne überlassen zu dürfen. Als dann die Entwickelung einer Geschichte sonder Gleichen neue große Ansprüche an ihn stellte, fügte er sich, wenn auch innerlich widerstrebend, in die Erfüllung

dieser größeren Pflicht, sie in Demuth hinnehmend und sie dennoch bis in das höchste Alter mit einem glanzvollen Inhalt erfüllend.

In diesem Gegensatz der Auffassungen — dem Unterschied zweier Generationen — lag aber doch wiederum die enge Berührung zwischen dem Ideal und der Wirklichkeit, zwischen dem Wünschenswerthen und dem Nothwendigen. Dadurch, daß der König das Letztere stets dem Ersteren vorzog, der weiteren Entwickelung nur zögernd folgte, ging vielleicht die glänzendere Außenseite verloren, aber in kluger Mäßigung und Selbstbeschränkung legte er Fundamente, welche sich in ernsten Krisen bewährt haben und den Bau des Reiches dauernd sicher tragen werden, weil sie keine gewaltsame Spannung einschließen.

Die eigenen Neigungen des Königs waren hierin den Anschauungen und Rathschlägen seines großen Baumeisters ungleich näher als den Wünschen des Sohnes. Unstreitig war Bismarck dem Könige in einem Zug zur Größe, in einer größeren, weitschauenderen Auffassung überlegen; aber man vergesse nicht, daß der Monarch in der Zeit jener Entscheidungen das siebzigste Lebensjahr überschritten hatte, seine Aufgabe für gethan erachtete und der Neuerung mit dem mißtrauisch prüfenden Blicke seines an ernsten Lebensprüfungen so reichen Alters gegenüberstand.

Thöricht wäre es zu glauben oder glauben machen zu wollen, daß der verantwortliche Staatsmann, welcher getrosten Muthes den französischen Fehdehandschuh aufnahm und auf Grund der Schutz- und Trutzbündnisse in den Krieg eintrat, nicht vom ersten Augenblick an über die politischen Folgen des letzteren mit sich einig gewesen wäre! Selbst einen Geringeren als Bismarck würde die Einmüthigkeit der deutschen Erhebung über den zu gehenden Weg nicht im Zweifel gelassen haben. Daß er den süddeutschen Höfen und Regierungen, den Genossen der glorreichen Erfolge, nicht mit Zwang und Forderungen entgegentrat, sondern sie getrost dem Einfluß einer großen Zeit, des erwachten nationalen Bewußtseins, der douce violence der öffentlichen Meinung überließ, nicht seinerseits Vorschläge machte, sondern ihnen die Initiative zuwies, war sicherlich eine der größten Proben seiner staatsmännischen Weisheit. Diese öffentliche Meinung war auch in Süddeutschland in vollster Bewegung: die Stuttgarter, Münchener u. s. w. Resolutionen und Adressen waren gleichsam die hohen Wogen, welche die Schifflein der süddeutschen Regierungen dem Reichshafen zuführten.

Am 2. September hatte die badische Regierung ihre auf Elsaß-Lothringen und auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund bezügliche Note an das Bundeskanzleramt gerichtet. Mit diesem Schritt des Großherzogs wurde die Sache in den geschäftlichen Weg geleitet, sicherlich in voller Uebereinstimmung sowohl mit dem Bundeskanzler als mit dem

Kronprinzen, welch letzterer bald nach Wörth eine Denkschrift über die Zukunft des Elsaß an den Grafen Bismarck gesandt, nach Gravelotte den ersten mündlichen Gedankenaustausch über die deutsche Verfassungsfrage mit dem Kanzler gehabt hatte.

Unter dem 12. September hatte dann das bayrische Gesammtministerium in einem Bericht an den König beantragt, mit dem Norddeutschen Bunde „behufs näherer Verbindung Bayerns mit demselben" in Unterhandlung zu treten; am 21. September war, vom Kanzler entsendet, Minister Delbrück in München eingetroffen, gleichzeitig aus Stuttgart zur Theilnahme an den Besprechungen der Justizminister von Mittnacht, während der württembergische Kriegsminister General von Suckow sich in das Hauptquartier nach Versailles begab. Dort fanden sich die süddeutschen Minister dann in der letzten Octoberwoche zusammen, und innerhalb der nächsten vier Wochen gelangten die Verträge mit den vier süddeutschen Staaten zum Abschluß.

Nicht unerwähnt kann aber in dieser Reihe von Daten die Denkschrift des Herzogs von Coburg an den Kanzler von Anfang October über die Zukunft von Elsaß-Lothringen, die Reichsverfassung und die Kaiserwürde bleiben, namentlich um der vom 12. October datirten Antwort willen, in welcher Graf Bismarck klar und bündig ausspricht, „daß alle wesentlichen in der Denkschrift niedergelegten Gedanken seit langer Zeit auch die seinigen und seit Beginn des Krieges fast ohne Einschränkung in der Ausführung begriffen seien." So der Kanzler am 12. October. Es ist somit nicht anzunehmen, daß die Unterredung mit dem Kronprinzen am 16. November auf den Ausgang der Dinge noch einen entscheidenden Einfluß zu üben vermöchte, höchstens einen solchen, der sich im besten Falle auf das Tempo der Verhandlungen bezogen haben kann. Hatten doch Baden und Hessen Tags zuvor bereits unterzeichnet. Nur so ist die Notiz des kronprinzlichen Tagebuchs verständlich, von welcher bekanntlich weder feststeht, wann sie niedergeschrieben worden (es haben vielfach spätere Eintragungen stattgefunden), noch ob sie dem Publicum überhaupt im vollen authentischen Wortlaut vorliegt.

Den Kronprinzen im Gegensatz zu Bismarck und an dessen Stelle als den Schöpfer der deutschen Einheit und Begründer des Reiches darstellen zu wollen, heißt somit eine Ehre für ihn suchen, die er selber niemals beansprucht hat. Nach seiner ganzen Stellung konnte er nicht mehr, als seine Ansicht geltend zu machen suchen, daß es die Ansicht des dereinstigen Thronerben war, hat die nationale Strömung in den Verhandlungen den particularistischen Gesichtspuncten gegenüber sicherlich nicht unwesentlich verstärkt, sie hat auch manche Schwierigkeiten

beseitigt oder gemildert, die sich beim Könige oder im militairischen Hauptquartier erhoben. Aber der führende Gedanke lag nicht bei ihm. Er ist nach der Wärme seines nationalen Empfindens wie nach den Pflichten seiner Stellung dem Kanzler in manchen Stücken ein treuer Helfer gewesen. Hierin beruht des Kronprinzen unbestrittenes Verdienst. Ihm mehr zuzuschreiben, heißt ihn in der Geschichte entstellen, ebenso wie die „Vossische Zeitung" ihn jüngst den „Sieger von Sedan" genannt hat. Sieger von Sedan war im wahrsten Sinne des Wortes — der König.

Mit Millionen seiner Altersgenossen ist der Kronprinz Träger des nationalen Gedankens in seiner idealen Gestalt, unter ihnen Allen durch seine Stellung am preußischen Throne der vornehmste gewesen. Dieser Gedanke hatte aber die lebensfähige politische Gestaltung bereits in der Verfassung des Norddeutschen Bundes erhalten. Im Herbst 1870 stand nur noch in Frage, nicht mehr ob, sondern wie die süddeutschen Staaten sich diesem Rahmen einfügen würden. Von der Auffassung, die der Kronprinz im Sommer 1866 gehabt und von welcher Sybel auf Seite 463 des 5. Bandes seiner Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches berichtet, war der hohe Herr bereits wesentlich zurückgekommen, nur der stärkere Druck auf die Südstaaten war noch übrig geblieben, das Verlangen nach einer kräftigeren Ausgestaltung der Kaiser-Idee. Dem Kronprinzen war die letztere die Hauptsache, dem Kanzler lag mehr daran, daß die süddeutschen Bundes- und Kampfgenossen sich in dem neuen Gebilde wohl fühlen sollten. Von diesem Gesichtspunkte aus zog er den Kaisertitel dem „Präsidium" des Königs von Preußen vor, alles Uebrige meinte er der naturgemäßen Entwickelung und dem Bedürfniß kommender Zeiten überlassen zu sollen. Das Ansehen des Kaisers glaubte er weniger von den Paragraphen der Verfassung, als von der Persönlichkeit des jeweiligen Trägers dieser Würde abhängig. Auch der „Kaiser" mußte sich in der Nation erst wieder einleben. In dieser Auffassung stand Bismarck der Anschauung des Königs näher, welcher lediglich der Erste unter Seinesgleichen sein und bleiben wollte, als der des Kronprinzen, welcher sich in dem Kaiser doch mehr den über Deutschland gebietenden Herrn dachte.

Bismarck's Auffassung ist in ihrer Richtigkeit durch den Gang der geschichtlichen Entwickelung bestätigt worden. Daß ihm die Abweisung jedes Zwanges auf die Waffen- und Siegesgefährten zwanzig Jahre später gerade in der „Frankfurter Zeitung"(!) zum Vorwurf gemacht werden konnte, zur Verkleinerung seines Verdienstes — ist sicherlich eine der seltsamsten Ironien der Geschichte. Aber sie rückt diese Gegnerschaft in die richtige Beleuchtung.

* * *

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck“ bringen die „Hamb. Nachr.“ vom 21. April (A.-A.) Folgendes:

In einigen Blättern dauern die Besprechungen einer angeblichen Unterredung des Fürsten Bismarck mit einem Correspondenten des italienischen Blattes „Corriere di Napoli“ fort, gleich als ob unser Dementi vom 16. d. Mts. gar nicht erfolgt wäre. Dem gegenüber betonen wir nochmals, daß Alles, was über dieses Interview verlautete, auf Erdichtung beruht.

Es mag seine Gründe haben, daß die Wiener „Neue Freie Presse“ und Blätter ähnlicher Färbung einen Stoff so ungern aus der Hand geben, in dem sie nach neuen Motiven für ein Auftreten des Fürsten im Reichstage suchen konnten. Dieses Spüren nach Gründen, weshalb der frühere Reichskanzler geneigt sein sollte, sich zum Abgeordneten zu „erniedrigen“, hat diese Preßgattung auf merkwürdige Abwege geführt. Von der Vermuthung, der Fürst strebe darnach, wieder Kanzler zu werden, sind die Herren zwar zurückgekommen; doch geht aus diesen neuerlichen Unterstellungen hervor, daß das Register ihrer Töne im Vergleiche mit unserer Claviatur noch immer unvollständig ist. Wenn sie das Streberthum nicht als Motiv eines Politikers anführen können, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als persönliche Feindschaft, Groll, Haß, Rachsucht und dergleichen Regungen. Davon, daß Jemand, der sein Land liebt, ein Pflichtgefühl haben könne, durch dessen kategorischen Imperativ er veranlaßt wird, dem Reiche nach Möglichkeit zu dienen und Schädigungen von ihm abzuwehren, auch ohne einen Beweggrund von persönlichen oder Parteibestrebungen, davon ferner, daß man sich für noch Anderes als für die eigene Person oder Partei interessiren könne, scheint den Strebern und Kämpfern im Wettbewerbe der Fractionen das Verständniß zu fehlen. Und doch sollten die Gründe, weshalb Fürst Bismarck nicht grollend oder gleichgültig schweigt, für Jeden, der seine Vergangenheit ins Auge faßt, einigermaßen nahe liegen. Von ihm Gleichgültigkeit gegen die fernere Entwickelung oder Gefährdung des Ergebnisses seiner Arbeiten zu verlangen, ist unnatürlich und unvernünftig.

Unverständlich ist uns dabei die mit der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze und vor dem Wähler unvereinbare Ansicht, als ob der frühere Kanzler zu vornehm wäre, um gleich allen Abgeordneten im Reichstage zu sitzen und mitzuarbeiten, und durch seine Erwählung degradirt würde. In fortschrittlichen Blättern finden wir diese Vorstellung mit Lust und Liebe ausgemalt, und doch beweist das Auftauchen dieses Gedankens einen Mangel an demjenigen Gleichheitsgefühle, von welchem gerade die Freisinnigen behaupten, durchdrungen zu sein.

Bekannt ist, daß der Prinz von Preußen als Thronfolger und späterer Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1848 in die preußische Nationalversammlung gewählt wurde, in dieselbe eintrat, sich zum Worte meldete und redete. Dieser Herr war in einer sehr viel höheren Stellung als der Reichskanzler, und Niemand hat gefunden, daß dieselbe durch seine Betheiligung an den Debatten der Landesvertretung irgend wie geschädigt worden wäre. Die fortschrittlichen Organe des heutigen Tages müssen also annehmen, daß der Reichstag nicht mehr auf der gleichen Höhe stehe wie die Nationalversammlung von 1848, sodaß die Zugehörigkeit zu demselben die Wirkung, eine so hohe Stellung herabzudrücken, in erhöhtem Maße bedinge. Da wir daran nicht glauben können, so ist wohl unzweifelhaft, daß ihre Fürsorge für das Ansehen des Fürsten Bismarck und die Wünsche, dasselbe vor einer Schädigung durch parlamentarische Kämpfe zu bewahren, andere Gründe hat, als ein Interesse für die Stellung und den Ruf des ehemaligen Kanzlers. — Das Ganze ist außerdem ein Beweis, daß der freisinnigen Partei Selbstgefühl und Glaube an ihr eigenes System mangelt.

Ob die Wahl in Geestemünde auf den Fürsten fallen wird, läßt sich nicht voraussehen, aber auch wenn der Cigarrenarbeiter gewählt wird, so wird das Ergebniß immerhin nützlich sein, weil es die Klarheit über die Situation vermehrt, in der wir uns alle befinden.

* * *

Die Adresse der Berliner Studentenschaft zu Bismarck's Geburtstage beantwortete der Fürst mit folgendem Briefe:

„Friedrichsruh, den 24. April 1891.

Die Adresse der Studentenschaft Berlins hat mir zu meinem Geburtstage eine hohe Freude bereitet; denn ich ersehe aus Ihrer warm empfundenen Kundgebung von Neuem, daß Liebe zum Vaterlande in ungeschwächter Stärke der Leitstern der akademischen Jugend bleibt. Ich erblicke darin eine feste Bürgschaft für die Zukunft gegenüber allen thron- und reichsfeindlichen Bestrebungen. Ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundliche Zuneigung entgegenzunehmen und Ihren Herren Commilitonen aussprechen zu wollen. von Bismarck."

* * *

Am 24. April Abends entschlief der Generalfeldmarschall Graf von Moltke. Auf die dem Fürsten Bismarck am Morgen des nächsten Tages übersandte Todesnachricht richtete dieser folgendes ~~Telegramm an die Familie~~:

„Mit tiefster Betrübniß erhalte ich Ihre telegraphische Mittheilung von dem unersetzlichen Verlust, welchen unser Vaterland erlitten hat. Ich empfinde denselben besonders schmerzlich, nachdem es mir vergönnt gewesen ist, Jahrzehnte hindurch mich nicht nur an der ruhmreichen

Mitwirkung des Feldmarschalls im Dienste zu erfreuen, sondern auch an seiner stets gleichen Liebenswürdigkeit bei den nahe befreundeten Beziehungen, in denen ich mit ihm zu stehen die Ehre hatte.

von Bismarck."

Am Beisetzungstage wurde im Auftrage des Fürsten ein großer kostbarer Kranz an Moltke's Sarg niedergelegt.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." schreibt am 24. April (A.-A.):

Wiener und Pester Blätter veröffentlichen längere Auszüge aus einer in Dresden anonym erschienenen, wohl mit Recht dem Schriftsteller Max Bewer zugeschriebenen Broschüre „Der Untergang Oesterreichs" („von einem Preußen"), welche angeblich vom Fürsten Bismarck inspirirt sein soll. Ein Einblick in den krausen Inhalt hätte für die betreffenden Zeitungen wohl genügen können, um sich zu überzeugen, daß der Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses, der Redner vom 6. Februar 1888, nicht der Vater derartiger Ideen sein kann, welche zum Theil an die soeben von Friedrichsruh aus bündig dementirten „Enthüllungen" des „Corriere di Napoli" erinnern. (Vgl. S. 94 f.)

* * *

In derselben Angelegenheit äußert sich die „Allg. Ztg." am 28. April (A.-A.): Die bedauerlichen Gehässigkeiten gegen den Fürsten Bismarck, zu welchen sich einzelne österreichische und ungarische Blätter, darunter namentlich der „Pester Lloyd" durch die Broschüre „Der Untergang Oesterreichs" hinreißen ließen, sind in Deutschland nicht unbemerkt geblieben, und man darf sich in Oesterreich-Ungarn nicht wundern, wenn deutsche Blätter nunmehr den eigentlichen Gründen derartiger Angriffe gegen den Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses ernstlich nachgehen. Dies geschieht in einem Artikel der „Post", welcher darauf hinweist, daß diese Angriffe in bestimmter Richtung von hohem Interesse seien, und dann hinzufügt:

„Nicht der Kummer um die Zertrümmerung Oesterreichs durch ein Abfallen Deutschlands vom Dreibunde und ein Bündniß mit Rußland scheint uns der eigentliche Grund des aufbrausenden Zornes zu sein. Wir thun den Wiener und Pester Blättern, welche oft politisch ganz klug schreiben, nicht die Beleidigung an, zu glauben, daß sie wirklich befürchten, Deutschland werde auf Rath der anonymen Broschüre seine Politik in einen entgegengesetzten Cours hineinlenken wie bisher. Wir glauben ebensowenig, daß sie dem ehemaligen Reichskanzler, der seit dem Prager Friedensschluß von 1866, und namentlich seit dem Sturze Beust's, sich als der wärmste und zuverlässigste Freund Oesterreichs immer und überall bewiesen hat, die Verkehrtheit zutrauen, jetzt, nachdem er der Macht und Führung in Deutschland entkleidet ist, den Versuch machen zu wollen, das Reich, das er mitgeschaffen

hat, dem russischen Koloß zu Füßen zu legen — denn um andern Preis ist diese Freundschaft nun einmal nicht zu haben.

„Wir suchen die seltsame Erregung an der Donau auf einem ganz anderen Gebiete, und zwar lediglich in der Besorgniß, daß Fürst Bismarck, wenn er in den Reichstag eintritt, den deutsch-österreichischen Handelsvertrag zu Falle bringen könnte. Daß der Fürst immer die oft an ihn herangetretenen Versuche abwies, solch einen Vertrag abzuschließen, ist bekannt. Er befürchtete die Lockerung des politischen guten Einvernehmens der Bevölkerung der beiden Kaiserreiche, wenn die wirthschaftlichen Interessen der Einen durch die Anderen geschädigt würden, und hat daraus niemals ein Hehl gemacht.

„Der ‚Pester Lloyd‘ verkündet: ‚Nirgends, selbst in seiner Heimath nicht, war Bismarck in höherem Grade volksthümlich als hierzulande.‘ Und nun auf einmal betitelt ihn das Blatt als ‚ruchlosen Schwindler und als seines Intellects nicht mehr mächtig‘. Diese alberne Raserei soll Volldampf geben für den Abschluß und die Durchbringung des Handelsvertrages. Einen anderen Zweck hat sie nicht.

„Wir aber stellen die Frage: Müssen in Deutschland nicht Diejenigen doppelt besorgt und bedenklich werden, welche dem sorgfältig geheim gehaltenen Handelsvertrag mit großer Besorgniß entgegensehen? Wir kennen ihn nicht und wissen nur, daß unwidersprochen seit Wochen verkündet wird, der Getreidezoll sei von 5 auf Mk. 3.50 herabgesetzt. Die Pester Blätter scheinen mehr davon zu wissen und scheinen die Vortheile genauer zu kennen, welche ihrem Lande aus der Handelsverbindung mit Deutschland erwachsen werden — sonst wäre der maßlose Zorn unbegreiflich, der sie befällt, wenn sie Gefahren für den Abschluß wittern.

„Nun ist es ja doch bei einem Handelsvertrage ganz unzweifelhaft, daß, wenn der eine Theil sehr großen Gewinn daraus erzielt, der andere Theil in gewissem Maaße bezahlt. Diese Befürchtung ist es, welche in Deutschland auf sehr weiten Schichten der Bevölkerung lastet. Sie kennt die natürliche Ueberlegenheit Oesterreichs in Bezug auf Getreide- und Holzproduction und Viehzucht, welche in besserem Boden, milderem Klima und günstigeren Productionsbedingungen unabänderlich liegt. Alle Besorgnisse, welche dem unbekannten Etwas dieses Vertrages entgegengebracht werden, stammen aus dieser Ueberzeugung und aus der Erinnerung an die schmerzliche Ueberraschung, welche der deutsch-englische Colonialpact erregt hat, der ebenfalls mit Geheimniß umgeben war und bis heute noch geblieben ist.

„Die deutschen verbündeten Regierungen wagen darum viel, wenn sie vollständiges Geheimniß wahren wollen, bis sie auch die Verträge mit der Schweiz, Bulgarien, Belgien, Niederland und Rumänien zu Stande gebracht haben. Ihre Gründe hierfür sind ja bekannt. Wir möchten aber nur den Wunsch

ausſprechen, daß auch den eigenen Unterthanen, welche gern mit der Regierung gehen wollen, genügend Licht gegeben werde, damit ihnen nicht die Forderung blinden Vertrauens allzu ſchwer erſcheine, namentlich wenn von der Donau her ſo bedrohliche Zeichen herüberleuchten."

Es liegt auf der Hand, daß die „Poſt" im Recht iſt mit dem Hinweis auf die bekannten Hintermänner des „Peſter Lloyd", die zerſchmelzen vor Liebenswürdigkeit, ſolange man ihnen nützt, aber rückſichtslos und gemein ſchimpfen, wenn ihr Geſchäft bedroht wird.

Uebrigens erklärt Herr Bewer der „Voſſ. Ztg.", daß die ganze Schrift „Der Untergang Oeſterreichs", außer ein paar Stellen aus einer ſeiner früheren Broſchüren, „auch nicht eine Zeile enthalte, welche Gegenſtand ſeiner Unterhaltung mit dem Fürſten Bismarck geweſen ſei".

* * *

Oben wurde ſchon eines telegraphiſchen Glückwunſches des „Vereins deutſcher Eiſenhüttenleute" zum Geburtstage des Fürſten Bismarck gedacht. Ende des Monats ging dem Vorſitzenden des Vereins, Commerzienrath Carl Lueg in Oberhauſen, folgender briefliche Dank des Fürſten zu:

„Friedrichsruh, den 25. April 1891. Euer Hochwohlgeboren, als dem Vertreter des Vereins deutſcher Eiſenhüttenleute, hatte ich vor einigen Tagen die Freude, meinen Dank für das mir überreichte Geſchenk auszuſprechen. Wenn ich mich heute mit beſonderen Worten an Sie richte, ſo giebt mir dazu erfreulichen Anlaß Ihre mir zum Geburtstage überreichte Adreſſe, für deren warme Worte ich Sie bitte, meinen aufrichtigſten Dank entgegenzunehmen und den Herren des Vereins ausſprechen zu wollen. v. Bismarck."

* * *

Die Stichwahl im 19. hannöverſchen Reichstagswahlkreiſe ergab am 30. April für den Fürſten Bismarck 10544, für den Cigarrenmacher Schmalfeldt 5486 Stimmen. Der Fürſt war ſomit gewählt worden. Es iſt intereſſant, wie ſich die Organe der verſchiedenen Parteien mit dieſer vollendeten Thatſache abfinden. So leſen wir in der „Köln. Ztg.":

„Wir freuen uns, daß der erſte deutſche Reichskanzler nunmehr die Gelegenheit erhalten hat, bei der Entſcheidung wichtiger Angelegenheiten ſeine gewaltige Stimme zu erheben und das Gewicht ſeiner Autorität, ſeines Einfluſſes in die Waagſchaale zu werfen. Fürſt Bismarck hat dadurch, daß er aus dem Amte geſchieden iſt, nichts von ſeinem Patriotismus, nichts von ſeinem in einem thatenreichen Leben angeſammelten Erfahrungsſchatz, nichts von ſeiner politiſchen Urtheilskraft eingebüßt; es iſt natürlich, daß er das Deutſche Reich, welches er begründet hat, mit der eiferſüchtigen und wach-

samen Liebe des Vaters gegen alle Fährlichkeiten behüten möchte. Geräth er bei diesem Bestreben, in welches die Verhältnisse noch einen Zug von Ingrimm und Aerger hineingetragen haben, mit den gegenwärtigen Machthabern in einen Gegensatz, so wird das für viele Politiker, welche ihren Neigungen oder ihrer Stellung nach abhängig sind, seine großen Unbequemlichkeiten und Verlegenheiten haben. Es wird nicht immer leicht sein, zwischen der Dankbarkeit und Verehrung für den Fürsten Bismarck und mannigfachen, zum Theil berechtigten Rücksichten einen befriedigenden Ausgleich zu finden.

„Und Fürst Bismarck wird es den Herren nicht immer leicht machen. Ein Mann ohne scharfe Knorren und Ecken, ohne ein leidenschaftliches Temperament, ohne rücksichtslose Willenskraft hätte ganz gewiß nicht den Trümmerhaufen beseitigt, der ehemals die Stelle des Deutschen Reiches einnahm, und hätte nicht die Welt von Feinden überwunden, welche lauernd unsere junge Einheit umstanden. Ein Mann von dieser reckenhaften Urkraft läßt sich nicht leicht in den engen Rahmen spießbürgerlicher Correctheit hineinzwängen und wird dem glattgescheitelten, von jedem Geniefunken unberührten Mustermenschen durch die Ausbrüche seines Naturells oft einen herzhaften Schrecken bereiten.

„Wir möchten nun keinen Zweifel darüber lassen, daß die Nation von den Vertretern der gemäßigten Parteien keine Liebedienerei, kein ängstliches zimperliches Abrücken von der compromittirenden Nachbarschaft des neuen Abgeordneten erwartet. Die Cartellparteien haben oft schwächlich geschwiegen, wo es Pflicht einer selbstbewußten Volksvertretung war, den Stimmen der Nation einen unzweideutigen Ausdruck zu verleihen. Sie haben dadurch an Ansehen nicht eben gewonnen. Sie würden sich aber in einen schroffen Gegensatz zu ihren Wählern setzen, wenn sie sich durch allzuweitgehende Rücksichtnahme nach anderer Seite zu einer unwürdigen Haltung gegenüber dem Fürsten Bismarck verleiten ließen."

In der „*Vossischen Zeitung*" heißt es:

„Fürst Bismarck hat eine sehr reiche Erfahrung. Er hat aus dem Schatze seiner Geheimnisse erst Kleinigkeiten zum Besten gegeben. Wenn er einmal auf der Tribüne des Reichstages, als Abgeordneter gesetzlich mit Unverantwortlichkeit ausgerüstet, reden kann, so wird man auf mannigfache Ueberraschungen gefaßt sein dürfen, welche auch auf das Parteileben neues Licht werfen dürften. *Am wenigsten von allen Parteien hat von dem neuen Abgeordneten die Linke zu besorgen.* Sie hat ihm nie gedient, sie hat von ihm nie Dienste erfahren, und sie kann nur zufrieden sein, wenn sein persönliches Auftreten die Regierung zwingt, offen Farbe zu bekennen."

Dazu machen die „Hamb. Nachr." folgende sehr zutreffende Bemerkung:

„‚Herr, ich bin unschuldig!' versichert Monostatos. Die Linke sich auf ihr reines Gewissen dem Fürsten Bismarck gegenüber berufen zu hören, ist der Gipfelpunkt derjenigen edlen Dreistigkeit, die das hervorstechendste Merkmal

der freisinnig-demokratischen Presse bildet. Manche Leute werden übrigens finden, daß die Zuversicht der ‚Voss. Ztg.' an das laute Sprechen gemahnt, mit dem Kinder im Dunkeln die eigene Furcht zu bekämpfen suchen."

Die „Freisinnige Zeitung" ruft: „Willkommen im Reichstage! Das ist unsere aufrichtige Meinung, ohne daß wir uns darum dem Fürsten Bismarck gegenüber jetzt anders verhielten, als wir uns ihm gegenüber stets verhalten haben. Auch mit unserer Haltung während des Wahlkampfes treten wir dadurch nicht in Widerspruch. Fürst Bismarck ist uns im Reichstage lieber wie jeder Conservative; sogar drei Conservative und mehr würden wir als Preis für seine Person zu opfern bereit sein."

Die jüdisch-fortschrittliche „Berliner Ztg." aber höhnt: „Fürst Bismarck ist gewählt mit Ach und Krach, mit Hängen und Würgen. Erst mußte er noch über den Berg der unsittlichen Stichwahl, ehe sein Fuß sich nach dem Saale der Reichsboten lenken durfte. Diese Reichstagswahl ist nicht der erste Canossagang des Fürsten Bismarck, aber in persönlicher Hinsicht ist sie der schlimmste."

Die Londoner „Daily News" führen zu der Wahl Folgendes aus:

„Man sollte denken, derjenige müßte ein schlechter Deutscher sein, der den Wahlsieg des berühmten deutschen Staatsmannes bedauern könnte ... Deutschland hat der Welt ein doppeltes Schauspiel der Undankbarkeit gegenüber diesem unvergleichlichen Staatsmann gegeben, welches reichbegabte Naturen anderswo davon abschrecken muß, sich entweder für Fürsten oder für Völker zu opfern. Zuerst entließ ihn der Hof aus seinen Würden und Aemtern, und als er dann als Reichstagsmitglied Theil an den öffentlichen Angelegenheiten zu nehmen sich anschickte, hat man alles gethan, um ihn auszuschließen.

„Sagen wir zu viel für das Ohr eines deutschen Demokraten, wenn wir behaupten, daß Fürst Bismarck, sobald er gewählt zu werden wünschte, von jedem Wahlkreise seines Vaterlandes hätte mit Freuden begrüßt werden müssen? Er verlangte nicht einen Sitz im deutschen Parlament als Führer einer Partei, wie z. B. Gladstone in England; er verlangte nur einen solchen als keiner bestimmten Partei angehöriger Politiker, der zu sehr an das öffentliche Leben gewöhnt ist, um sich mit der Muße und Monotonie von Friedrichsruh zu begnügen, und der seine Unterstützung und seinen Namen zu Gunsten der Sache des Friedens und der Maßregeln gewähren will, welche er dem Vaterlande als heilsam erachtet. . . . . Nur dieser eine Mann ist noch übrig geblieben von dem bewundernswürdigen Trio, das Preußen in Deutschland umgewandelt hat; und dennoch sahen wir über dem Grabe Moltke's die Geestemünder ‚Quidnuncs' Himmel und Erde bewegen, um zu der Entlassung den Volksostracismus hinzuzufügen. Fürst Bismarck ist jedoch bei der Stichwahl gewählt und wird im Reichstag erscheinen. Manche halten die Entfremdung zwischen ihm und dem Kaiser für eine ‚querelle allemande'. Mag dem

sein wie ihm wolle, Fürst Bismarck wird nichts im Reichstage sagen oder thun, was zu seiner glänzenden und patriotischen Vergangenheit in Widerspruch steht."

Daß es eine englische Zeitung, so fügen die „Hamb. Nachr." mit Recht hinzu, als Anstandspflicht empfinden konnte, dem Begründer des Deutschen Reiches dieses Vertrauen zu bekunden, mag für manches deutsche Blatt beschämend genug sein.

* * *

Am 2. Mai empfing der Fürst in Friedrichsruh eine Deputation aus dem 19. hannöverschen Wahlkreise, die von ihm die Erklärung zur Uebernahme des Mandates erbitten wollte. Er richtete an die Deputation folgende Ansprache:

> Die Ehre, welche Sie mir durch Ihre Wahl erwiesen haben, schätze ich doppelt hoch, nicht allein als Ihr deutscher Landsmann, sondern auch als Ihr plattdeutscher Nachbar; ich bin im plattdeutschen Lande geboren und erzogen und freue mich, durch die stattgehabte Wahl einen Beweis des Vertrauens meiner engeren Landsleute zu erfahren.
>
> Ich bin im 77. Jahre und nicht mehr rüstig genug, um der Aufgabe als Reichstagsabgeordneter so zu entsprechen, wie ich glaube, daß sie erfüllt werden sollte. Das ist der Grund, der mich abgehalten hat, und abhalten wird, mich um ein Mandat zu bewerben, so schwer es mir auch wird, auf jede Betheiligung an Geschäften, denen 40 Jahre lang meine Thätigkeit gehörte, gänzlich zu verzichten. Als Candidat zur Wahl konnte ich mithin nicht auftreten, da ich nicht in der Lage bin, mein Mandat regelrecht auszuüben.
>
> Deshalb habe ich in meiner ersten Antwort erklärt, daß ich zur Zeit außer Stande sei, Pflichten zu übernehmen, mit deren Ausübung der Aufenthalt in Berlin verbunden wäre: einmal wegen meiner Gesundheit. Das Gasthofleben ist meinem Befinden weniger zuträglich wie das Wohnen im eigenen Hause; ich hatte mir lange gewünscht, einmal ein Zimmer zu bewohnen, das ich nur im Sarge zu verlassen genöthigt sein würde. Eine kündbare Ministerwohnung bietet diese Sicherheit nicht. Ich habe kein Mandat gesucht, bin aber stets der Meinung gewesen, daß ich mich der Aufgabe, meinem Vaterlande zu dienen, nicht entziehen dürfe, wenn der Ruf dazu ohne mein Zuthun von competenter Seite an mich herantritt.
>
> Ich habe mich nie in die Politik eingedrängt. Meinem Privatleben als Landwirth, Deichhauptmann und im Provinziallandtage bin ich vom Könige Friedrich Wilhelm IV. entzogen worden, indem der hohe Herr mich zu einem wichtigen Gesandtschaftsposten unerwartet berief. Demnächst bin ich vom Könige Wilhelm in einer sehr schwierigen Lage der

Krone und ihrer Regierung an die Spitze des Ministeriums berufen worden, um 1862 sehr angenehme amtliche Verhältnisse mit der dornenvollen Stellung eines Conflictsministers zu vertauschen. Ich bin solchen ungesuchten Berufungen gegenüber, wenn sie von berechtigter Stelle ausgehen, zwar nicht Fatalist in dem Maaße wie ein Türke mit seinem Kismet, aber ich hätte eine Gewissensunruhe, wenn ich mich lediglich aus Ruhebedürfniß dem Rufe entzöge, den Sie an mich richten; ich halte mich nicht für berechtigt, dem Vaterlande den Dienst der geringen Kräfte, die mir bleiben, vorzuenthalten, wenn er nicht über das Maaß meiner Leistungsfähigkeit gefordert wird.

Wenn ich Ihnen sagte: Ich kann jetzt nicht nach Berlin, so will ich hinzufügen, daß für meine Anwesenheit dort im Augenblick kaum ein Bedürfniß vorliegt.

Der Reichstag wird nur noch kurze Zeit tagen, und es steht, so viel ich weiß, keine Frage zur Debatte, auf die Einfluß zu nehmen im jetzigen Stadium derselben thunlich wäre oder die unsern Wahlkreis im Besonderen interessirte. Sollten solche in Folge neuer Vorlagen noch zur Berathung kommen, so werde ich mich daran nach Möglichkeit meiner Gesundheit betheiligen. Abgesehen davon aber bitte ich Sie, als Ihr Abgeordneter, einstweilen um Urlaub. Nicht blos die Unbequemlichkeit, außerhalb der eigenen Häuslichkeit zu wohnen und zu schlafen, hält mich augenblicklich von Berlin zurück, sondern auch die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit meinem Abgange aufgehört haben. Ich hoffe, von Ihnen hat Niemand die schlimme Erfahrung selbst gemacht, mit seiner geschiedenen Frau unversöhnt unter einem Dache zu wohnen. Aehnlich ist das Wiedersehen mit geschiedenen Freunden. Sie werden sich vorstellen können, daß ich in Berlin Begegnungen haben werde, die meinen früheren Freunden vielleicht ebenso, und mehr wie mir unerwünscht sein würden. Das ist ein Imponderabile, und die conventionellen Formen decken die inneren Eindrücke solchen Wiedersehens. Aber ich mag sie mir nicht früher auferlegen, als es pflichtmäßig nothwendig wird. Das Mandat dauert ja aber auch länger, und bei der Schnelligkeit, mit der wir leben, können sich die Umstände und die Eindrücke bis dahin ändern.

Natürlich kann ich nach meiner Vergangenheit nicht einer Partei angehören; wenn ich im gewissen Sinne auch Parteimann bin, so bin ich es für das alte Cartell, dafür, daß die staatserhaltenden Parteien sich soweit verständigen, wie es ihnen möglich ist, und die Dornen ihrer Programme nicht gegen einander kehren. Dies war es stets, was ich in meiner letzten Zeit als Minister erstrebt habe. Ich bin mit den Nationalliberalen ja weit gegangen und von ihnen oft gestützt worden.

Es ist mir eine der widerlichsten Lügen, daß ich das Wort gesprochen haben soll, ich wollte die Nationalliberalen an die Wand drücken, bis sie quietschten. Der letztere Ausdruck ist so ekelhaft geschmacklos, daß ich ihn an sich schon nie gebraucht haben würde. Weshalb ich mit den Nationalliberalen auseinander kam, das lag hauptsächlich daran, daß ihre Führer mit einigen meiner Collegen im Ministerium ohne mich und gegen mich enge Fühlung gewonnen hatten. Ich befand mich dabei in der Defensive, nicht im Angriffe. Sollte eine der staatserhaltenden Parteien für sich allein oder mit anderen zusammen die Majorität erlangen, so würde dies ein großes Glück sein. Mir giebt es jedesmal einen Stich in das politische Herz, wenn ich sehe, daß die Fractionen, die gleich ehrlich bemüht sind um die Erhaltung des Reiches, in Feindseligkeiten gegen einander bis zu giftigen Invectiven gehen. Da möchte ich gern als friedenstiftender Gemeindediener dazwischen springen und Jedem beweisen, daß der tertius gaudens der schlimmere Feind ist.

Das ist die Linie, in der auch meine parlamentarische Thätigkeit, wenn es zu einer solchen kommt, sich bewegen wird. Der Gedanke einer principiellen Opposition gegen meinen Amtsnachfolger und die Regierung liegt mir außerordentlich fern; ebenso fern aber liegt es mir, still zu sein gegenüber von Vorlagen, die ich für schädlich halte. Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen? Etwa der, daß ich größere Erfahrung besitze als die meisten Andern? Die Pflicht, zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntniß dann ergiebt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich. Die Herren, welche mich deswegen angreifen, haben davon keine Vorstellung. Wenn ich glaube, daß das Vaterland mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, der besser vermieden wird, und ich kenne den Sumpf, und die Anderen irren sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es fast Verrath, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Ehrgeizige etwa? Das wäre doch thöricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen.

Ich hatte das Bedürfniß, den Sinn, in welchem ich Ihr Mandat annehme, darzulegen. In meiner ersten telegraphischen Antwort auf Ihren Mandatsantrag lehnte ich ab, weil ich zur Zeit nicht nach Berlin gehen könne. Daraufhin darf ich annehmen, daß der Wahlkreis, wenn er meine Candidatur dennoch aufrecht erhalten und durchgeführt hat, mir für die Dauer dieser Reichstagssession Urlaub giebt für den Fall, daß nicht noch etwas Neues von Wichtigkeit vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen nochmals für die Auszeichnung, welche Sie mir in der Vertretung Ihres für mich seit lange historisch interessanten Wahl-

kreises erzeigt haben. Wie die Dithmarsen, so haben auch Sie von Alters her die Verfassung freier Bauernschaften gehabt, und was beiden Stämmen die besonderen Sympathien jedes Deutschen gewonnen hat, das ist ihre Tapferkeit. Die Stedinger haben im Kampfe kein Glück gehabt, sie sind vom Bischof von Bremen im damaligen Kreuzzug arg in die Pfanne gehauen worden, aber nach was für einem heldenmüthigen Widerstande, nach einem Kampfe von Mann und Weib."

Fürst Bismarck verabschiedete sich schließlich von seinen Gästen mit einer Aeußerung, die auf die alte Eintheilung der Bevölkerung in Wehr-, Lehr- und Nährstand Bezug nahm und erwähnte, daß der Wehr- und der Lehrstand ihre Wurzeln im Nährstande hätten und wenn diese verkümmerten, auch ihrerseits nicht gedeihen könnten. Indem er den Nährstand als den Gesammtbegriff für die Landwirthschaft, das Handwerk, die Industrie und die Kaufmannschaft bezeichnete, brachte der Fürst einen allseitig mit Zustimmung aufgenommenen Toast auf diesen aus.

* * *

Die österreichisch-ungarische Presse setzt ihre Wuthausbrüche gegen den Fürsten Bismarck fort. Wir lesen in der Münchener „Allgem. Ztg." vom 2. Mai (A.-A.) Folgendes:

Ein Theil der österreichisch-ungarischen Presse bespricht neuerdings, theilweise in ziemlich lebhaftem Tone, eine Broschüre „Offene Worte über die österreichisch-ungarische Armee in ihrem Verhältniß zum deutschen Reichsheer. Auf Grund eigener Beobachtungen von A. v. E.". Diese . . . Flugschrift enthält für jeden wirklichen Kenner der österreichischen Verhältnisse so handgreifliche Unrichtigkeiten und haltlose Behauptungen, daß wir sie nicht für bedeutend genug erachteten, ihr eine Widerlegung zu Theil werden zu lassen.

Das Wiener „Fremdenblatt" unterzieht sich der Mühe, in einem langen Artikel einen Theil der falschen Behauptungen des anonymen Kritikers der k. und k. Armee zu berichtigen; der Umfang, den diese keineswegs erschöpfende Arbeit gewonnen, ist nur ein Beweis, wie wenig Anspruch auf ernste Beachtung die genannte Broschüre erheben kann.

Bedauerlicher Weise kann der „Pester Lloyd" auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne der durch den Einspruch des Fürsten Bismarck gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn erregten Mißstimmung der ungarischen Agrarier gegen den Gründer des deutsch-österreichischen Bündnisses freien Ausbruch zu gestatten. Eine auf die erwähnte Broschüre aufgebaute Berliner Correspondenz der „Hamb. Nachr." qualificirt das Pester Blatt leichtherzig als „eine augenscheinlich in Friedrichsruh fabricirte Petarde gegen Oesterreich-Ungarn"; dieser „nichtswürdige Ausfall" ergänze würdig die Broschüre „Der Untergang Oesterreichs", und der „Pester Lloyd" ist

sogar neugierig, „ob man in Friedrichsruh endlich die Courage gewinnen wird, sich zu der Urheberschaft all' der schönen Sachen zu bekennen, welche genau seit einem Jahre gegen Oesterreich-Ungarn geleistet worden".

Diesem neuerlichen Hassesausbruch des Pester Blattes gegenüber müssen wir unsere neulich im Interesse der guten Beziehungen beider Reiche ausgesprochene Verwahrung gegen eine derartige Methode kritikloser und willkürlicher Unterstellungen mit erhöhtem Nachdruck wiederholen, wie denn überhaupt die auffällige Heftigkeit und Gehässigkeit, mit welcher die Gegner des Handelsvertrages von Wien und Pest aus angegriffen werden, nur dazu angethan ist, die Freunde des Vertrages in Deutschland stutzig zu machen.

* * *

In wohlthuendem Gegensatz zu dem Tone des „Pester Lloyd" stehen die Aeußerungen, mit denen das Wiener „Fremdenblatt", das Organ des dortigen Auswärtigen Amtes, die Wahl des Fürsten Bismarck in den Reichstag begrüßt:

„Fürst Bismarck ist für uns die außerordentliche Persönlichkeit, die neben Kaiser Wilhelm I. und Moltke das Deutsche Reich geschaffen, und der Minister, der das Bündniß mit unserer Monarchie abgeschlossen hat; die Friedensliga, die sich mitten in Europa erhebt, ist zum großen Theil ihm zu verdanken....

„Fürst Bismarck ist stets eine rastlose Natur, ist Zeit seines Lebens eine Kämpfernatur gewesen. So wenig wie Moltke, der doch der Gleichmäßigere und Ruhigere von Beiden war, ist Bismarck geschaffen, nun zu ruhen. Moltke's Beruf im Frieden war es, in der Stille des Studirzimmers zu wirken; der Beruf, den Bismarck für sich erwählt hat und in dem er groß geworden ist, treibt hinaus in die Oeffentlichkeit. So zeigt er sich denn auf's Neue bereit, für seine Gedanken zu streiten. Ob er nun aber in dem einen oder in dem anderen Sinne das Wort zu ergreifen Veranlassung findet, immer wird man einen großen Patrioten und einen großen Geist auf der Tribüne sehen und wird die Vertretung des deutschen Volkes durch den Mann bereichert sehen, der diese Vertretung ins Leben gerufen hat."

* * *

Die „Frankfurter Zeitung" sucht die Annahme des Reichstagsmandates für den 19. hannöverschen Wahlkreis durch den Fürsten Bismarck in Widerspruch zu setzen mit einer von ihm im Jahre 1862 in Beziehung auf ganz besondere Umstände gethanen Aeußerung im preußischen Abgeordnetenhause. Diesen Versuch weisen die „Hamb. Nachr." vom 6. Mai (M.-A.) folgendermaßen ab:

Preßäußerungen. Die „Frankfurter Zeitung" sagt: die Theilnahme des Fürsten Bismarck an den Reichstagsverhandlungen würde „die Bedeutung des Reichstages heben"; das Blatt bringt diese Wirkung in

Widerspruch mit den „früheren Bemühungen des Fürsten Bismarck, die Bedeutung der Parlamente herabzudrücken". Wir müssen dazu bemerken, daß Herr von Bismarck-Schönhausen bei seinem Eintritt ins Ministerium, 1862, das Gewicht der Krone durch das des Parlaments gefährdet glaubte und deshalb aus der Situation für sich die Aufgabe entnahm, das Maaß von Unabhängigkeit herzustellen und zu erhalten, welches die bestehende Verfassung in Preußen der Krone gewährt. Wir glauben, daß ihm dies gelungen ist, finden aber auch nicht, daß er das Gleichgewicht der Staatsgewalten, so wie es von der preußischen Verfassung abgewogen ist, jemals bekämpft oder als schädlich betrachtet hätte. Er hat dictatorische Zustände als Ausnahmen angesehen und als solche für zulässig gehalten, aber wir haben in ihm niemals einen Vertreter des Absolutismus ohne das Gegengewicht der Parlamente und der Presse gefunden; wer seine öffentlichen Aeußerungen der Kritik unterzieht, wird mehr wie eine darunter finden, welche für das Gleichgewicht der gesetzgebenden Gewalten dahin eintritt, daß der status quo der Gesetzgebung, um geändert zu werden, der allseitigen Zustimmung bedürfe. Daß eine Hebung der Bedeutung des Reichstages heutzutage ebensowohl die Aufgabe einer voraussehenden Politik sein könne, wie es die Verstärkung des Gewichtes der Krone 1862 war, möchten wir unsererseits nicht a priori bestreiten, weil wir Anhänger des Gleichgewichtes der verfassungsmäßigen Staatsgewalten sind und eine Abschwächung der Bedeutung des Reichstages über die Grenzen dieses Gleichgewichts hinaus nicht im Interesse der Nation erachten.

Die fortschrittlichen Blätter besprechen das Eintreten des Fürsten Bismarck in den Reichstag in mehr oder minder schiefer Weise. Wir greifen aus dieser Blüthenlese für heute eine Leistung der „Vossischen Zeitung" heraus. Diese Zeitung, welche jeden ihrer leitenden Artikel mit einer persönlichen Spitze gegen den früheren Reichskanzler zu versehen pflegt, wirft ihm in ihrer Abendausgabe vom 1. Mai vor, er sei soweit „herabgestiegen", daß er sich um ein Mandat „beworben" habe. Wir constatiren zunächst, daß sich der Fürst um ein Mandat überhaupt nicht „beworben", sondern ein ihm ohne seine Bewerbung gebotenes angenommen hat; ebenso wie er mehrere andere ihm gleichzeitig in Folge von Vacanz oder Resignation der betreffenden Abgeordneten angebotene gleichfalls abgelehnt hat. Die Redewendung, daß es für einen Angehörigen des Deutschen Reiches ein „Herabsteigen" sei, wenn er sich um ein Reichstagsmandat bewürbe, enthält eine Geringschätzung des Parlaments, der Wähler und der staatsbürgerlichen Gleichheit, mit der sich abzufinden wir den Lesern der „Vossischen Zeitung" überlassen müssen.

* * *

Am 5. Mai begab sich der Fürst nach **Hamburg** und besichtigte im dortigen Hafen den seinen Namen tragenden Schnelldampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft, dessen Taufe am 29. November 1890 die Nichte des Fürsten, Frau Hedwig von Bismarck, vollzogen hatte (vergl. Band I, S. 284).

* * *

Die in Berlin erscheinende „Volks-Zeitung" brachte am 2. Mai (Nr. 101) in ihrem ersten Blatt folgenden Artikel:

Ein Brief Bismarck's an Moltke. Am 10. August 1888 genehmigte der Kaiser in einer Cabinetsordre das Entlassungsgesuch des Grafen Moltke. Aus diesem Anlaß soll Fürst Bismarck an den Grafen, nach dem Pariser „Temps", folgendes Schreiben gerichtet haben:

„Mein lieber Graf!

„Seine Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster Herr, haben geruht, mir Kenntniß zu geben von Ihren Briefen vom 3. und 10. August, sowie von der Antwort, welche der Cabinetsordre vom 10. August beigefügt ist.

„Ich fühle mich tief durchdrungen von Dankbarkeit für diese neuere Aufmerksamkeit des Kaisers; ich erwartete auch nicht weniger **von einem Souverain, von dem man in der That sagen kann, daß die Zahl der Jahre nicht abgewartet zu werden brauchte, um ihm Kraft und Weisheit zu verleihen.**

„Ich sage dies, lieber Graf, nicht sowohl wegen Zusendung der betreffenden Correspondenz, sondern vielmehr der Art und Weise wegen, in welcher, wie uns bekannt ist, von Sr. Majestät dem Vaterlande geleistete Dienste geehrt werden.

„Sie und ich, Herr Feldmarschall, wir sind, wie man uns jedenfalls zugestehen muß, sehr alte Diener der Monarchie; doch werden Sie sicherlich mit mir anerkennen, **daß unser Fürst uns nicht in derselben Weise behandelt, wie es einige seiner Vorfahren mit ihren Mitarbeitern gethan haben.**

„Ich schätze mich glücklich, mein lieber Graf, zu sehen, daß ich bis zum Ende meines Lebens im Rathe unseres Allergnädigsten Herrn den Mann wiederfinden werde, dem Deutschland einen bedeutenden Theil seiner Macht und Größe schuldet; und ebenso hoffe ich, daß Eure Excellenz darin beharren werden, wie in der Vergangenheit an den parlamentarischen Arbeiten des Reichstages und des preußischen Herrenhauses teilzunehmen.

„Ich flehe Gott an, Ihnen hierfür die Gesundheit und eine ausreichende Zahl von Jahren zu schenken, und bitte Sie, mein lieber Graf, mich zugleich als Ihren aufrichtigen Freund und glühenden Bewunderer zu betrachten.

Stets der Ihrige

v. Bismarck."

Wenn der Brief echt ist, so lesen sich heute die von uns durch den Druck hervorgehobenen Stellen nicht ohne eigenartiges Interesse. —

So weit die „Volks-Zeitung.“ Sehr ernst scheinen ihre Zweifel an der Echtheit der Publication des „Temps“ nicht zu sein, sonst würde sie ihnen wohl mehr Nachdruck verliehen haben. Jedenfalls hatte sie ihren Zweck, den Fürsten Bismarck bei ihren Lesern in einem zweifelhaften Lichte erscheinen zu lassen, erreicht. Die „Hamb. Nachr.“ vom 6. Mai (M.-A.) äußern darüber:

„Wir sind ermächtigt, den angeblichen Brief des Fürsten Bismarck an den Grafen Moltke vom August 1888, den der Pariser ‚Temps‘ zuerst gebracht und den die Berliner ‚Volks-Zeitung‘ mit Bereitwilligkeit übersetzt hat, für eine Erfindung zu erklären, deren Ungeschick übrigens für Jeden erkennbar war, der mit Personen und Verhältnissen in Deutschland vertraut ist. Freilich, je unsinniger solche ausländische Erfindungen sind, desto sicherer kann man darauf rechnen, sie in der deutschen freisinnig-demokratischen Presse übersetzt und verbreitet zu finden.“

* * *

Wenn die freisinnige und die radical-fortschrittliche Presse die Wahl des Fürsten Bismarck in den Reichstag mit erheuchelter Gleichgültigkeit behandelte, so konnte das Niemand Wunder nehmen. Eine ganz auffallend reservirte Haltung beobachtete allein die „National-Zeitung“, die u. a. äußerte:

„. . . Fürst Bismarck will auch ferner mit dem Ansehen, das seine großen Thaten ihm erworben, in die Aufgaben der Tagespolitik eingreifen, obgleich die Voraussetzungen dafür seit einem Jahre außerordentlich verändert sind. Er ist der alleinige Richter über die Frage, was ihm zu thun obliegt und zusteht. Ebenso werden alle Anderen aber zu seiner etwaigen Thätigkeit im Reichstag sich so stellen, wie ihre Ueberzeugung es ihnen vorschreibt. . . . Sollte er eine Politik vertreten, die wir für schädlich halten, so würde gerade sein Einfluß auf die öffentliche Meinung ein Grund sein, ihm um so festeren Widerstand zu leisten.“

Wie wenig das norddeutsche Blatt mit dieser Haltung den Beifall des süddeutschen Nationalliberalismus fand, das zeigen folgende ziemlich scharfen Sätze der „Badischen Landes-Zeitung“. Sie schreibt:

Unsere Leser werden sich erinnern, daß die „National-Zeitung“ schon lange vor der Wahl des Fürsten Bismarck zu derselben eine kühle Haltung annahm und namentlich sich zum Organ der Ansicht machte, von nationalliberaler Seite habe man sich darauf zu beschränken, die Gegencandidaten nicht zu unterstützen. Die „National-Zeitung“ und auch wohl ihre Hintermänner werden sich davon überzeugt haben, daß sie damit keinen Standpunkt einnahmen, welcher die Zustimmung der nationalliberalen Partei im Süden und

Westen Deutschlands, vielleicht einige verschwindende Ausnahmen abgerechnet, und eines großen Theiles derselben in Norddeutschland gefunden hat. Das Gros der Partei empfand es als eine politische Consequenz ihrer ganzen Vergangenheit, für Bismarck einzutreten, obschon derselbe ihr persönlich niemals angehört hatte, und hielt es für eine unabweisbare Pflicht, nachdem die Wahrscheinlichkeit der Uebernahme eines Mandats durch Bismarck gegeben war, seine bewährte eminente Fähigkeit dem Dienste des Vaterlandes im Reichstage wieder nutzbar zu machen. Nun hätte es doch zunächst der Schicklichkeit entsprochen und sachlich nahe gelegen, den Eintritt Bismarck's in den Reichstag abzuwarten und je nach seinem Auftreten diejenige Stellung zu nehmen, welche sachlich geboten schien.

Was thut statt dessen die „National-Zeitung"? In einem sauersüßen Tone bedauert sie, daß sich bei der Wahl abermals die Thatsache geltend gemacht habe, daß in dem Fürsten Bismarck die historische Persönlichkeit von abgeschlossener Bedeutung und der vielfach mit den gewöhnlichen Mitteln arbeitende Tagespolitiker untrennbar vereinigt sind. Was heißt das? Kann man bei irgend einem bedeutenden Politiker in dieser Weise die Vergangenheit von der Gegenwart trennen? Wenn irgend einem, so giebt jene gerade Bismarck das größte Recht darauf, auch heute noch seine Stimme erheben zu dürfen. Die Unterscheidung der „National-Zeitung" hat, damit sie einen berechtigten Sinn habe, nur den, daß sie den Fürsten als Tagespolitiker lieber heute nicht mehr thätig sehen will. Sie behauptet, man mache sich auf einen offenen Krieg gefaßt, den Bismarck gegen seine Nachfolger führen werde, weil sie seine Nachfolger sind. Obschon die Zeitung daran nicht glaube, so würde doch, käme es nicht dazu, in weiten Kreisen auch der Parteien, welche die Politik Bismarck's als Kanzler unterstützt haben, jede andere Rücksicht von der Erwägung zurückgedrängt werden, daß das Deutsche Reich auch regiert werden müsse, nachdem sich die Nothwendigkeit herausgestellt habe, ohne den Fürsten zu regieren.

Das ist der Kern der ganzen Ausführung, eine deutliche Drohung: für den Fall, daß es Bismarck nothwendig erscheinen sollte, der jetzigen Regierung entgegenzutreten, so hat er die „National-Zeitung" und ihren Anhang nicht auf seiner Seite, sondern zu Gegnern. Diese Drohung ist um so weniger schön, als Bismarck persönlich und wiederholt erklärt hat, daß er der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten wolle, daß er aber auch seine Meinung sagen werde. Das Letztere ist das Recht und die Pflicht der Abgeordneten. Jede der im Reichstage vorhandenen Parteien hat dies gethan und ist schon in Opposition mit der Regierung gewesen. Und das will die „National-Zeitung" von vornherein Bismarck verbieten, indem sie eine solche Opposition nicht als eine sachliche, sondern durchaus als Befriedigung persönlicher Empfindungen bei Bismarck charakterisirt? In dieser Art seiner Zurechtweisung oder, wenn

man lieber will, seiner Bekämpfung liegt ein gewisser Zug, welchem wir in der „National-Zeitung" lieber nicht begegnet wären.

Wir wollen offen gestehen, daß die Zahl derjenigen Deutschen, welche sich durch die Politik der heutigen Regierung nicht gerade zur Begeisterung fortgerissen fühlen und welche vielfältig Unklarheit, Unsicherheit, Schwanken und Zweifel über die eingeschlagenen Wege empfinden, leider eine recht große ist. Alle diese setzten eine große Hoffnung darauf, daß Bismarck durch seine Geisteskraft, seine Erfahrung in aller Loyalität dazu beitragen dürfte, jener Stimmung in weiten Kreisen des Volkes zur Besserung zu verhelfen. Es ist also Vertrauen, und zwar recht großes Vertrauen zu ihm aus breitesten Schichten des Volkes und des liberalen Bürgerthums auf Grund eben seiner Vergangenheit, aber durchaus kein so kleinliches Mißtrauen und Uebelwollen, wie es die „National-Zeitung" kundgiebt, was Bismarck in den Reichstag begleitet. Die Haltung dieses Blattes findet bei uns im Süden unseres Vaterlandes nur höhnische Zustimmung der ultramontanen und freisinnigen Preßorgane, welche natürlich sofort bei der Hand sind, um aus den Worten der „National-Zeitung" auf eine tiefe Spaltung in unserer Partei zu schließen.

* *
*

Es war ziemlich allgemein aufgefallen, daß zur Leichenfeier des verstorbenen Generalfeldmarschalls Grafen von Moltke Fürst Bismarck nicht nach Berlin gekommen und auch nichts darüber bekannt geworden war, daß er etwa eingeladen und durch irgend etwas am Erscheinen verhindert gewesen wäre. Die „Hamb. Nachr." vom 6. Mai (A.-A.) übernahmen folgende darauf bezügliche Notiz des „Schwäb. Merkur":

„Unter den in der Presse umlaufenden Vermuthungen über die Gründe, weshalb Fürst Bismarck der Leichenfeier Moltke's ferngeblieben ist, haben wir die natürlichste Erklärung dieser Thatsache vermißt. Jedem Kenner militairischer und höfischer Verhältnisse wird es klar sein, daß Fürst Bismarck an dieser militairischen Feier nur auf Grund eines Befehles, einer Einladung oder einer Hofansage Theil nehmen konnte."

Diese Notiz hatte am 9. Mai auch die „Post" gebracht. Am 10. schrieb sie dann weiter:

„Die gestern von uns erwähnte Andeutung der ‚Hamb. Nachr.', daß an den Fürsten Bismarck als Ritter des Schwarzen Adlerordens zur Leichenfeier des Feldmarschalls Grafen Moltke keine Einladung ergangen sei, wird uns bestätigt. Es wird uns mitgetheilt, daß Hofanzeigen nur an die in Berlin wohnenden Ritter des Schwarzen Adlerordens ergangen waren. Ein anderes ist es mit den abgeordneten Generalen, die Ritter des Ordens sind; diese erschienen in ihrer Eig[illegible]t als Ar[illegible]eabordnung." Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." v[illegible]):

„Nach dem, was uns über die militairischen Traditionen des preußischen Heeres bekannt ist, glauben wir kaum, daß die Armee oder einzelne Abtheilungen derselben bei solchem Anlasse Abgeordnete schicken; wir sind vielmehr überzeugt, daß Seine Majestät der König befiehlt, welche Officiere der Feier beiwohnen sollen."

* * *

Bei einem Besuche in Düsseldorf hatte der Kaiser am 4. Mai in seiner Rede die Worte gesprochen: „Einer nur ist Herr im Lande, und der bin Ich. Keinen anderen werde Ich neben Mir dulden." Der irrthümlichen Bezugnahme, der diese Worte vielfach unterzogen wurden, tritt die „Allgem. Ztg." am 8. Mai (A.-A.) entgegen:

„In einem Theile der deutschen Presse ist den von dem Kaiser in Düsseldorf gesprochenen Worten der Sinn untergelegt worden, als ob diese Worte indirect nach Friedrichsruh gerichtet seien. In einer Berliner Correspondenz der ‚Straßb. Post' finden wir dagegen die uns ungleich zutreffender erscheinende Ausführung, wonach die kaiserlichen Worte dem Gesammtinhalte der Rede nach der Arbeiterfrage galten." (Der Correspondent stellt zu seiner Beweisführung einzelne Sätze der Rede zusammen und fährt dann fort:) „Hält man das Alles zusammen, so hat man die Erklärung. Der Kaiser weiß ganz genau, daß in den Kreisen der rheinischen Industriellen eine gewisse Unruhe bezüglich der Arbeiterpolitik der Regierung, oder, besser gesagt, des Monarchen selbst Platz gegriffen hat. Der Beruhigung dieser einflußreichen und mächtigen Kreise, an deren Stimmung dem Kaiser viel gelegen ist, galt die Rede."

Wir glauben (sagt die „Allgem. Ztg."), daß diese Interpretation, soweit eine kaiserliche Rede sich überhaupt interpretiren läßt, die allein zutreffende sein dürfte. Der Kaiser befand sich der Provinzialvertretung der Rheinlande gegenüber, gleichsam im Centrum der industriellen Bewegung, und da ist es wohl natürlich, daß seine Gedanken auf diese letztere, welche unsere Zeit so mächtig erfüllt, gerichtet waren. Dem Fürsten Bismarck gegenüber das Recht und die Stellung des Monarchen zu betonen, wäre wohl um so weniger Anlaß gewesen, als gerade Fürst Bismarck für das Recht und die Stellung des Souverains in Preußen am kräftigsten und nachhaltigsten eingetreten ist und dadurch dem monarchischen Princip — und zwar nicht nur in Preußen — zu einer neuen Kräftigung verholfen hat.

* * *

Die „Tägl. Rundschau" veröffentlicht am 14. Mai folgende ihr vom Sohne des früheren preußischen Kriegsministers Grafen von Roon zugesandte Erklärung:

„Die letzten Mittheilungen aus dem Leben meines seligen Vaters, des weiland Kriegsministers Grafen Albrecht von Roon, welche die ‚Deutsche

Revue' (im Maiheft) veröffentlicht hat, sind leider von einigen Blättern zu Invectiven gegen Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck gemißbraucht worden, indem tendenziös zerstückelte Auszüge aus den publicirten Schriftstücken u. s. w. gebracht wurden. Das Sinnloseste und Widerwärtigste an solchen Angriffen leistete der socialdemokratische ‚Vorwärts' (Nr. 103) mit Bezug auf die Seite 149 des ‚Revue-Aufsatzes' erwähnte Emser Depesche. Dem entgegenzutreten glaube ich verpflichtet zu sein, da ich in der Lage bin, die nachstehenden ganz authentischen Mittheilungen über den Hergang machen zu können:

1) Die erwähnte Emser Depesche vom 13. Juli 1870 war in Ems redigirt; sie war von dem Hochseligen großen Kaiser an den damaligen Bundeskanzler Grafen von Bismarck gerichtet, zugleich mit der allerhöchsten Ermächtigung, den Text nach Ermessen ganz oder theilweise zu veröffentlichen.

2) Graf Bismarck empfing die Depesche, während er mit meinem Vater und General von Moltke (allein mit diesen Beiden) bei Tische saß; in ihrer Gegenwart hat Graf Bismarck das, was unwesentlich oder zur Publication nicht geeignet erschien, gestrichen. Den Rest ließ er, ohne einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die gekürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelesen und beide damit einverstanden gefunden.

3) Das Staatsministerium (welches dabei ressortmäßig nicht mitzuwirken hatte) erhielt von der Depesche, sowie von der abgekürzten Fassung erst nach erfolgter Publication Kenntniß."

* * *

Ein scharfer Conflict ist zwischen der „Kreuz-Zeitung" und den „Hamb. Nachr." entbrannt. Den Ausgangspunkt bot ein Artikel dieses Blattes vom 30. April, in dem eine sachliche, aber offene Kritik an der Beschaffenheit des österreichischen Heeres geübt und der Wunsch ausgesprochen wurde, es möchten zur Erhöhung des Werthes, den das Bündniß mit Oesterreich für uns hat, seitens der verbündeten Regierung doch etwas mehr Aufwendungen für das Heer gemacht werden. Dieser Artikel der „Hamb. Nachr." war nicht nur von der „Kreuz-Ztg.", sondern z. B. auch vom „Militair-Wochenblatt" irrthümlicherweise so aufgefaßt worden, als enthielte er eine Beleidigung für das österreichisch-ungarische Heer — ein Gedanke, der dem Hamburger Blatte selbstverständlich ganz fern gelegen hatte. In der Preßfehde, die sich hieraus entwickelt hatte, brachten die „Hamb. Nachr." vom 17. Mai (M.-A.) folgende Ausführung:

> Deutschland und Oesterreich. Wir hatten aus bekanntem Anlaß an die „Kreuz-Ztg." die Frage gerichtet, ob in ihren Kreisen die Ansicht gehegt werde, daß deutsche Truppen den russischen entgegentreten müßten,

wenn diese — was thatsächlich ganz unwahrscheinlich sei — in Bulgarien einrücken wollten. Die „Kreuz-Ztg.“ findet nicht den Muth zu einem offenen Ja oder Nein und giebt dadurch die Kreise, mit deren publicistischer Vertretung sie betraut zu sein behauptet, dem Verdachte preis, daß diese bereit sein würden, um Bulgariens willen deutsches Gut und Blut, sowie die Erhaltung des Weltfriedens aufs Spiel zu setzen.

Indem die „Kreuz-Ztg.“ unsere Frage umgeht, stellt sie die Gegenfrage, ob wir der Ansicht wären, „daß eine von Deutschland ausgehende Begünstigung der russischen Absichten auf die Balkan-Halbinsel geeignet sei, das freundschaftliche Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich zu stören oder nicht.“ Wir drücken uns nicht um die Antwort, sondern ertheilen sie bereitwillig. Unserer Ansicht nach besteht ein großer Unterschied zwischen Begünstigung und Nichtbekämpfen etwaiger russischer Absichten im Orient, die einstweilen übrigens gar keine Actualität haben. Begünstigt haben wir diese Absichten niemals, sondern uns stets darauf beschränkt, den Standpunkt zu wahren, den Fürst Bismarck in seiner Rede vom 6. Februar 1888 als das Ergebniß der geschichtlichen Thatsachen und des Berliner Vertrages für die deutsche Politik als maßgebend skizzirt hat. Wenn wir den betreffenden Passus der Rede hier citiren, geben wir der „Kreuz-Ztg.“ zugleich die denkbar bündigste Antwort auf ihre Frage. Fürst Bismarck äußerte sich wie folgt:

> „Zu den Vertragsrechten gehören auch solche, die nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden: die Rechte, die wir auf dem Berliner Congreß Rußland in Betreff Bulgariens erworben, und die bis 1885 ganz unangefochten bestanden haben. Es ist gar keine Frage für mich, daß wir alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ost-Rumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Genugthuung gab, die Grenze des seinem Einfluß anheimfallenden Gebiets um 800 000 Seelen auf 3 Millionen ungefähr zurückzuschrauben. In Folge dieser Auffassung des Congresses hat Rußland bis zum Jahre 1885 zunächst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals Niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas Anderes würde sein wollen als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Theil der Officiere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Theil von ihnen oder der Fürst, ich weiß nicht, sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein thatsächliches Verhältniß

entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu ändern keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Congreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht beeinträchtigt. Ob, wenn Rußland diese Rechte gewaltsam geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das geht uns nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu rathen; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist, ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn Rußland aber auf diplomatischem Wege versucht, sei es auch durch eine Anregung auf das Einschreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, das herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrags zu halten und an die Auslegung, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben, und an der mich wenigstens die Stimmung der Bulgaren nicht irre machen kann. Bulgarien, das Ländchen zwischen Donau und Balkan, ist überhaupt kein Object von hinreichender Größe, um daran die Folgerungen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wissen, warum man sich geschlagen hat. Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herstellung der congreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverain zu unterstützen, so trage ich kein Bedenken, dem Kaiser zu rathen, daß das geschieht. Dies erfordern die Verträge von unserer Loyalität dem Nachbar gegenüber, mit dem wir, mag die Stimmung sein wie sie will, doch immer das grenznachbarliche Verhältniß und große und gemeinsame monarchische Interessen, sowie Interessen der Ordnung allen Gegnern der Ordnung in Europa gegenüber zu vertreten haben und dessen Monarch vollständiges Verständniß hat für diese Aufgabe der verbündeten Monarchen."

Diese Darstellung des Fürsten Bismarck hat seiner Zeit nicht nur den Beifall Kaiser Wilhelm's I., sondern auch den des Reichstags, sowie der öffentlichen Meinung und zwar in unerhörter Einmüthigkeit aller Parteien und Fractionen gefunden. Wenn die „Kreuz-Zeitung" jetzt unser Festhalten an diesen bewährten Grundsätzen der Bismarck'schen Politik als „Hetzerei" gegen Oesterreich betrachtet, so erblicken wir umgekehrt in ihren Artikeln den Versuch der Hetzerei zu einem deutsch-russischen Kriege.

Unser politisches Verhältniß zu Oesterreich wird durch das bestehende und unantastbare Bündniß vollständig gedeckt, und wir wünschen zu verhüten, daß die günstige politische Situation dazu benutzt werde, um in das

seit zehn Jahren bei uns fungirende bewährte Wirthschafts-System Bresche zu legen. Wenn diese Gefahr nach Allem, was bisher über die Wiener Verhandlungen bekannt geworden ist, droht, so liegt eine Tendenz rein wirthschaftlicher Natur vor, die wir, aus den oft genug angeführten Gründen, nicht als Gegner des politischen Bündnisses mit Oesterreich bekämpfen, sondern als dessen aufrichtigste Freunde.

Die „Kreuz-Zeitung" veröffentlicht in derselben Nummer, in der sie uns aufs Neue der Parteinahme gegen Oesterreich verdächtigt, einen Artikel, welcher sich dagegen ausspricht, daß es gerade Deutschland sein sollte, das die Gefahren des Experimentes auf sich zu nehmen habe, welches zur Hebung der internationalen handelspolitischen Situation für nothwendig gehalten wird, während andere Länder ruhig erwartend die Dinge an sich herankommen ließen; die schwerste Gefahr für uns träte durch Bindung der Tarife auf längere Zeit ein. Wenn wir diesen Artikel der „Kreuz-Zeitung" ins Auge fassen, so müssen wir annehmen, daß das Blatt unseren Standpunkt den Wiener Verhandlungen gegenüber theilt und für die Aufrechterhaltung unserer Wirthschaftspolitik eintritt. Ist dies aber eine richtige Vermuthung, so vermissen wir die logische Uebereinstimmung zwischen den verschiedenen Artikeln der „Kreuz-Zeitung", mit denen sie auf der einen Seite jede Polemik gegen die Wiener Verhandlungen und deren wirthschaftliche Tendenz als Verrath an der Bundestreue charakterisirt und auf der anderen Seite glaubt, die Aufrechterhaltung der wirthschaftlichen Politik des Reiches zu fördern, indem sie die Abmachungen mit Oesterreich gegen unsere Bedenken vertritt.

Der Vertrag, der geplant wird, hat für unsere politischen Beziehungen zu Oesterreich, welche durch das Bündniß völlig sicher gestellt sind, keinerlei Bedeutung. Zur Verhandlung über einen politischen Vertrag würde man nicht einen Freihändler wie Herrn Huber nach Wien geschickt haben. Die Tendenz, die wirthschaftliche Opposition gegen den Vertrag auf das Gebiet der auswärtigen Politik überzuschieben, stellt eine Fälschung der Situation im Interesse der ungarischen Kornhändler dar. Könnten wir die Rückwirkung auf unsere inneren wirthschaftlichen Verhältnisse aus dem Vertrage entfernen, so fiele für uns jeder Grund fort, denselben anzufechten. Die phrasenhaften Argumente, die dafür angeführt werden, daß die politische Tragweite des bestehenden Defensiv-Vertrages zwischen den beiden Mächten nur dann aufrecht zu erhalten sei, wenn sie durch Gemeinschaft beider Länder in der Wirthschafts- und Zollpolitik unterstützt werde, macht den analogen Eindruck, als wenn zwei Regimenter im Kriegsfalle in einen Brigadeverband gebracht würden und der Commandeur des einen seinem Kameraden gegenüber wirthschaftliche Gemeinschaft bezüglich der Privatmittel, der Officierspferde u. s. w. ver-

langen wollte, um die Sicherheit zu gewinnen, daß sie in ihren militairischen Operationen einander mit voller Ueberzeugung unterstützten. Es liegt hier eine Verquickung zweier ganz verschiedener Unterlagen von Pflicht und Thätigkeit vor, mittelst deren man unter Zuhülfenahme einer Hochfluth von Redensarten vielleicht urtheilslose Kreise momentan verblenden, politische Köpfe aber nicht verwirren kann, so wenig wie durch solches aufgeregtes Gerede den Interessen der ungarischen Kornhändler ein politisches Gepräge gegeben, oder der Schaden verhütet wird, von dem die deutsche Landwirthschaft sich bedroht fühlt.

Wir befürworten unbedingt das Festhalten am deutsch-österreichischen Bündniß, das wir für eine weise politische Einrichtung erachten; aber wir wünschen in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen selbstständig zu bleiben und namentlich nicht auf 12 Jahre hinaus gebunden zu werden.

* * *

Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über den neuen Handelsvertrag bieten noch zu zwei Auseinandersetzungen mit anderen Blättern in derselben Nummer der „Hamb. Nachr." Anlaß. Die erste wendet sich gegen den „Hamb. Corresp.":

Der „Hamburgische Correspondent" hat vor einiger Zeit als wahrscheinlich berechnet, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich trotz aller wirthschaftlichen Bedenken im Reichstage durchgehen werde; das Blatt wies nach, warum die einzelnen Fractionen oder überwiegenden Theile derselben dafür stimmen würden. In dieser Berechnung vermissen wir die Motivirung der vorausgesetzten Zustimmung aus Gesichtspunkten der objectiven Zweckmäßigkeit vollständig. Der Artikel verzichtet auf die logische Begründung der von ihm vermutheten Abstimmungen und beschränkt sich lediglich auf das arithmetische Ergebniß, welches er aus den Interessen und Stimmungen der Fraction abstrahirt; er meint, daß „parteipolitische" Rücksicht den Ausschlag geben werde und nicht die Frage, ob der Vertrag für die Interessen Deutschlands nützlich oder schädlich wirkt. Es ist eine bedauerliche Folge der Fractionsstrebereien, daß wir zu einer solchen Auffassung der parlamentarischen Angelegenheiten haben gelangen können.

Der Artikel des „Hamb. Corresp." nimmt ferner an, daß das Eingreifen des Fürsten Bismarck in die Reichstagsverhandlung an dem vorausgesehenen Resultate schwerlich etwas ändern werde. Wir sind überzeugt, daß Fürst Bismarck selbst die Auffassung theilt, glauben aber nicht, daß er sich dadurch abhalten lassen wird, nach seiner Ueberzeugung zu handeln.

Der Artikel des „Hamb. Corresp." schließt mit der Frage nach den Gründen, die den Fürsten Bismarck bewogen haben, die Reichstags-

candidatur überhaupt anzunehmen. Der Fürst selbst hat darüber in seiner, wenn nicht vom „Hamb. Corresp.", so jedenfalls in anderen Hamburgischen Blättern abgedruckten Rede an die Deputation aus dem 19. hannöverschen Wahlkreise vollständig Auskunft gegeben, indem er sagte, daß, wenn von competenter Seite — und das waren hier die Wähler — der Ruf an ihn erginge, dem Dienste des Landes die Kräfte zu widmen, die ihm verblieben seien, er sich in seinem Gewissen nicht berechtigt fühle, sich dieser Aufforderung zu versagen. Wir zweifeln nicht, daß er seine Ueberzeugung öffentlich frei bekennen wird, unbeirrt wie immer, ob er damit den erstrebten Erfolg erreicht oder nicht.

Daran schließt sich eine Interpellation der „Neuen Freien Presse":

Die „Neue Freie Presse" beschäftigt sich oft und weitschweifig mit unserem Widerstande gegen die bei dem österreichischen Handelsvertrage vermuthete Preisgabe deutscher wirthschaftlicher Interessen und beruft sich dabei fortwährend auf das Bündniß-Verhältniß. Es fällt auf, daß das Wiener Blatt niemals an das dritte Mitglied des Dreibundes, an das Königreich Italien, den Anspruch stellt, die politische Gemeinschaft durch wirthschaftliche Opfer zu befestigen, zumal die Erhaltung des Dreibundes für Oesterreich mit Rücksicht auf die italienische Grenze doch wohl mindestens dieselbe militairische Wichtigkeit wie für Deutschland hat. Es würde im Interesse unserer Beziehungen zu Oesterreich nicht unerwünscht sein, wenn von Wien aus der Versuch gemacht würde, einen Handelsvertrag mit Italien als nothwendige Ergänzung des militairisch-politischen Bündnisses zu erlangen; wäre damit auch nur der Erfolg verbunden, daß die deutschen Bedenken gegen eine Verquickung der wirthschaftlichen und der politischen Verhältnisse nicht mehr so unbillig erschienen, wie sie bisher von den Wiener Blättern und ihren Genossen dargestellt worden sind.

* * *

Am 30. April hatte der Reichskanzler und Ministerpräsident v. Caprivi im preußischen Landtage die Mittheilung gemacht, daß man auf Einzelheiten der Verwaltung des Welfenfonds in der Vergangenheit verzichten müsse; es sei nicht zu ermitteln gewesen, wie die Verwaltung während der letzten Jahre gehandhabt worden sei. Geheime Fonds würden stets dechargirt durch den Ressortchef; dasselbe hätte für den Welfenfonds gegolten, nur daß da der Kaiser der Ressortchef war und dieser die Minister, denen Theile des Fonds zur Verfügung standen, dechargirte. Sämmtliche Rechnungen und Quittungen seien verbrannt.

Diese Eröffnung war natürlich Niemand willkommener als der gesammten antibismarck'schen Presse, die daraus die schwersten Vorwürfe gegen den

früheren Reichskanzler herleitete. Daran änderte auch nichts die ruhige sachliche Darlegung der „Kölnischen Zeitung“:

„Die Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens untersteht ausschließlich der Verantwortlichkeit des Finanzministers und unter ihm der königlichen Verwaltungscommission in Hannover. Sobald alle Kosten der Verwaltung und Beschlagnahme gedeckt sind, überreicht der Finanzminister den ganzen Rest der Gesammteinkünfte dem Ministerpräsidenten, dem allein die Bestimmung der Verwendung der Einkünfte zufällt und der auch allein die Verantwortung für die richtige, der Beschlagnahmeordnung entsprechende Verwendung zu übernehmen und zu tragen hat. Alljährlich legt er dem Könige Rechnung über diese Verwendung der Einkünfte, und alljährlich erbittet er sich vom König eine Cabinetsordre, welche die nachgewiesene Verwendung gut heißt. Sobald diese Ordre ergangen ist, werden sofort alle Belege der Rechnungslegung verbrannt, nur diese Ordre wird zu den Acten genommen, und so allein ist es möglich, daß die einzelnen Aufwendungen nach Ziel und Herkommen durchaus geheim bleiben können.“

Die „Hamb. Nachr.“ vom 17. Mai (M.-A.) bemerken gegenüber der freisinnigen Presse:

Kürzlich ist in den demokratischen Blättern vielfach die Verbrennung der Belege über die aus dem Welfenfonds gemachten Ausgaben monirt worden. Wer sich über diese Vernichtung wundert, besitzt entweder keine Erinnerung mehr von der Wirkung der Veröffentlichung geheimer napoleonischer Papiere aus den Tuilerien, oder hat das Bedürfniß, ähnliche Verstimmungen und Besorgnisse, die sich daran knüpften, auch in Deutschland herbeizuführen. Sehr viele Verwendungen aus dem Welfenfonds im Auslande haben jedenfalls die nützliche Wirkung gehabt, zur Erhaltung guter auswärtiger Beziehungen des deutschen Landes erheblich beizutragen. Nachdem das Bedürfniß hierzu sich wesentlich gemindert hatte, wurden die Beträge namentlich im früheren Königreich Hannover verwendet.

* * *

Ueber die gehässige Haltung der ultramontanen Presse gegen den Fürsten Bismarck äußern sich die „Hamb. Nachr.“ vom 20. Mai (A.-A.):

Die ultramontane Presse sucht fortgesetzt ihre socialistisch-demokratisch-freisinnige Collegenschaft in feindlichen Kundgebungen gegen den Fürsten Bismarck zu überbieten. Das ist auffällig. Wenn die Socialdemokratie den früheren Reichskanzler bei jeder Gelegenheit mit Ausbrüchen ihres fanatischen Hasses beehrt, so kann man das begreifen. Der leidenschaftliche Ingrimm, der auch jetzt noch die socialdemokratischen Gemüther beseelt, beweist besser als alles Andere, daß Fürst Bismarck mit seiner

Bekämpfung der revolutionären Propaganda auf dem richtigen Wege war und dieser schwere Niederlagen beigebracht hat.

Anders liegt die Sache hinsichtlich der katholischen Politik, wie sie durch das Centrum vertreten wird. Es ist Thatsache, daß der frühere Reichskanzler im sogenannten Culturkampf persönlich eine keineswegs extreme Stellung eingenommen, sondern sich, durch die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches zu Anfang der siebziger Jahre fast ganz in Anspruch genommen, darauf beschränkt hat, die Action des damaligen Cultusministers aus staatspolitischen Gründen und im vollsten Vertrauen auf die hohen Fähigkeiten Dr. Falk's mit seinem Namen zu decken. Späterhin hat sich Fürst Bismarck erst recht nicht als „Feind" der römischen Kirche erwiesen, im Gegentheil ist er es gewesen, der die letztere in die Lage gebracht hat, zu einem sehr annehmbaren Frieden mit dem Staate zu gelangen.

Specifisch „kirchenpolitische" Motive im engeren Sinne werden es mithin schwerlich sein, welche die clericalen Blätter zu ihrer fortgesetzt feindseligen Haltung gegen den Fürsten Bismarck bestimmen, noch weniger wird es die Furcht sein, daß Fürst Bismarck eines Tages wiederkommen könne; denn erstens sind die ultramontanen Redacteure viel zu kluge Leute, als daß sie an eine solche Rückkehr ernstlich glauben sollten; und zweitens wäre nach dem oben Angeführten nicht ersichtlich, weshalb sie davon Nachtheile für die katholische Kirche befürchteten. Unter diesen Umständen bleibt nichts übrig, als die Erklärung der auffälligen Haltung der katholischen Presse dem Fürsten Bismarck gegenüber außerhalb desjenigen kirchenpolitischen Gebietes zu suchen, das der Schauplatz des Culturkampfes war. Will man nicht annehmen, daß es specifisch jesuitische Einflüsse sind, die auf die clericalen Blätter zur fortdauernden Bekämpfung des früheren Kanzlers ausgeübt werden, so gelangt man nothgedrungen zu der Ansicht, daß ihr Beweggrund sich mit der Empfindung deckt, welcher das bloße Vorhandensein des Fürsten Bismarck, als einer Verkörperung des nationalen Einheitsgedankens, des deutschen Kaiserthums mit protestantischem Herrscherhaus, unbequem ist und die in jeder Stärkung des Ansehens des Fürsten Bismarck eine Gefährdung von Interessen erblickt, die in Rom an der zukünftigen Gestaltung der Dinge im Deutschen Reiche gehegt werden.

Die „Kölnische Zeitung" bestätigt auch ihrerseits das hier gerügte Verhalten der Centrumspresse und sagt:

„Seit Fürst Bismarck machtlos geworden ist, läßt sich die Centrumspresse nur von der Socialdemokratie und dem Börsenradicalismus in der Verunglimpfung des Begründers des Deutschen Reiches überbieten. Die Bismarck-

nehmung veranlaßt uns, lediglich vom kritischen und historischen Standpunkte aus die Frage zu untersuchen, woher eigentlich der heutige ungestillte Zorn der ultramontanen Presse gegen den früheren Reichskanzler stammt.

Daß aus den gemäßigten und conservativ gesinnten Organen des Centrums eine abweichende Tonart nicht wahrnehmbar ist, erklärt sich wohl in erster Linie aus der Nothwendigkeit, die Festigkeit des kirchlichen Fractionsbandes zwischen den politisch und wirthschaftlich dissentirenden Mitgliedern nicht zu lockern. Man hält es nicht nur für unschädlich, wenn die Centrumsdemokraten sich bei der Bismarckhetze vergnügen, man glaubt auch vielleicht durch persönliche Angriffe auf den früheren Reichskanzler den regierenden Kreisen gefällig zu sein und betrachtet die Steine, die man nach dem Fürsten Bismarck wirft, als Gefälligkeiten, durch welche die Neigung der gegenwärtigen Regierung zu Concessionen an das Centrum gefördert werden kann. Die Consequenzen dieser, wie wir glauben, irrthümlichen Auffassung, berühren wir für heute nicht, da wir nur den Zweck haben, den Lesern die Gegenwart zu schildern, wie sie sich uns darstellt. Nur sei noch bemerkt, daß die demokratische Centrumspresse ziemlich unverblümt auf die Zersetzung der conservativen Partei speculirt, innerhalb derselben sie die Uneinigkeit zu fördern sucht, so viel sie kann.

* * *

Die „Nordd. Allg. Ztg.", die zu den Zeiten, als Fürst Bismarck noch Reichskanzler war, von ihrer officiösen Stellung lebte und zehrte, kündigt an, daß die Beeinflussung der Presse durch Organe der Regierung fortan unterblieben ist — „gewiß sehr zum Nutzen vielfacher Dinge und Verhältnisse"! Wenn das in einer freisinnigen Zeitung stünde, würde es begreiflich sein; unbegreiflich ist aber diese Geringschätzung ihrer eigenen bisherigen Thätigkeit bei dem Blatte. Was die Sache selbst betrifft, so meinen die „Hamb. Nachr." vom 26. Mai (M.-A.):

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

„Unter dem früheren Regime war unser Volk gewohnt, die gesammte öffentliche Meinung, im Besonderen aber die Presse gewissen Impulsen folgen oder gegen dieselben Stellung nehmen zu sehen, die ihr von leitender Stelle gegeben wurden und durch welche der öffentlichen Discussion sozusagen bestimmte Themata aufgenöthigt wurden. Dieses ist seither in Fortfall gekommen, gewiß sehr zum Nutzen vielfacher Dinge und Verhältnisse."

Dies bezweifeln wir sehr und sind der Ansicht, daß es besser gewesen sein würde, wenn man bei der Praxis des früheren Regimes geblieben wäre. Ist eine Art von Stagnation und Mangel an Vertrauen in die

Zukunft bei uns eingetreten, so glauben wir, daß gerade das System daran die Schuld trägt, das die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf Kosten des früheren lobt. So z. B. hat der Mangel einer auf verbürgter Unterlage beruhenden Discussion der Wiener Verhandlungen einen wesentlichen Antheil daran, wenn jetzt in weiten Erwerbskreisen Unsicherheit herrscht, die den Unternehmungsgeist lähmt. In der hohen Politik, wo es sich um Krieg und Frieden handelt, können die Verhandlungen nicht geheim genug gehalten werden; in der Wirthschaftspolitik liegt die Sache umgekehrt. Hier besteht die größte Gefahr im Wechsel der Bedingungen des Handels. Jede Veränderung der wirthschaftlichen Politik zerreißt unzählige Fäden des Verkehrs, erfordert Opfer und die Anknüpfung neuer Beziehungen. Wenn eine solche Aenderung generell angekündigt wird, ohne Sicherheit darüber, wann und unter welchen Umständen sie erfolgt, so wirkt diese Ungewißheit schlimmer als der wirkliche Eintritt der befürchteten Uebelstände. Niemand getraut sich, die bevorstehende Umwälzung, deren Einzelheiten unbekannt sind, irgendwie seinen Berechnungen und Unternehmungen zu Grunde zu legen. Wir halten es für durchaus nothwendig, daß, wenn die wirthschaftliche Lage durch einschneidende Maßregeln modificirt werden soll, die Intentionen der Regierung vorher in der breitesten Oeffentlichkeit besprochen werden, sowohl durch die Presse, wie durch die betheiligten Corporationen und den Staatsrath, bevor die Regierung definitiv Stellung nimmt. Wenn dies nicht geschieht, so erfolgt die Entscheidung nur nach dem Votum einzelner Räthe, die eine am grünen Tisch erworbene Privatmeinung ihren mit solchen Geschäften meist nicht persönlich vertrauten Vorgesetzten plausibel machen.

* * *

In Verbindung mit dem Gerücht, daß die Stellung des preußischen Ministers Herrfurth erschüttert wäre, traten auch allerlei Muthmaßungen über seinen Nachfolger in der Presse auf. Besonders wurde als solcher Herr von Bennigsen bezeichnet. Man glaubte mit seiner Nennung um so sicherer das Richtige zu treffen, als er schon 1877 in Betracht gekommen oder ihm gar, wie behauptet wurde, das Ministerium des Innern angetragen worden war. Diese Nachricht ging aber zu weit, wie sich aus einer Notiz in den „Hamb. Nachr.“ vom 26. Mai (M.-A.) ergiebt:

Anläßlich der Zeitungsnachrichten über die Ministercandidatur des Herrn von Bennigsen ist mehrfach von der 1877 gescheiterten Berufung dieses nationalliberalen Parteiführers in das Ministerium die Rede gewesen. Hierzu wäre zu bemerken, daß in jenem Jahre das Ministerium des Innern Herrn von Bennigsen nicht angeboten worden ist. Herr von Bennigsen stellte die Bedingung, daß die Herren Forckenbeck und

Stauffenberg mit in das Cabinet einträten. Diese Bedingung zu erfüllen, war nicht möglich, da der König sich nicht dazu entschließen konnte, zwei Minister zu entlassen, um sie durch so avancirte Politiker zu ersetzen. Der König war entschieden gegen die Idee, der nationalliberalen Fraction in dieser Weise das Ministerium einzuräumen und verbot weitere Verhandlungen.

* * *

An gleicher Stelle wird einer in deutschen Blättern auftauchenden irrthümlichen Auffassung über die Stellung der „Nowoje Wremja" entgegengetreten:

In deutschen Blättern ist in letzter Zeit häufig Berufung auf die „Nowoje Wremja" als auf ein russisches Blatt erfolgt, in welchem Petersburger Auffassungen zum Ausdruck gelangten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die „Nowoje Wremja" ein in französischen und Berliner fortschrittlichen Händen befindliches Unternehmen ist. Man kann die „Nowoje Wremja" unter keinen Umständen als Organ der russischen Regierung bezeichnen, sondern je nachdem als Pariser Organ unter precairer Mitwirkung von Berliner Fortschrittskräften, in der Hauptsache aber als ein französischen Interessen dienendes Journal.

Die Feststellung ist von besonderem Werthe. Wie erinnerlich, hat Fürst Bismarck im Frühjahr des vergangenen Jahres gerade von diesem Blatte zwei Mitarbeiter nacheinander empfangen: am 28. April (Band I, Seite 34 ff.) und am 22. Juli (Band I, Seite 164 ff.). Man darf daraus wohl den Schluß ziehen, daß der Fürst auf die in diesem Blatte vertretenen Anschauungen erhöhtes Gewicht legte. Der Grund dafür wird aus der eben aufgestellten Feststellung ersichtlich: ein ganzer Rattenkönig von Gegnern war in diesem Blatte vereinigt — Rußland, Frankreich und Freisinn! Zugleich zeigt sich hieran mit denkbarster Deutlichkeit, wie allein die Absicht, Deutschland freundliche Auffassungen in gegnerischen Blättern zu verbreiten, den Fürsten bei der Bewilligung der Interviews leitete.

In diesem Sinne äußern sich auch die „Hamb. Nachr." vom 28. Mai (A.-A.) mit folgender Notiz:

Die freisinnig-demokratische Presse sucht die Charakteristik, die wir neulich von der „Nowoje Wremja" entworfen haben, durch den Hinweis darauf zu entkräften, daß Fürst Bismarck voriges Jahr den Vertreter dieses Blattes in Friedrichsruh empfangen habe, was er gewiß nicht gethan hätte, wenn die „Nowoje Wremja" den von uns behaupteten Charakter hätte. Der Vertreter der „Nowoje Wremja" sowie seine Collegen vom Pariser „Matin" und vom „Petit Journal" sind nicht trotz der deutschfeindlichen Haltung ihrer Organe, sondern eher wegen dieser Eigenschaft empfangen worden. Mitarbeiter von ohnehin deutschfreundlichen ausländischen Zeitungen zu instruiren, hätte keinen politischen Nutzen gehabt und war außerdem meist deshalb nicht möglich,

weil solche Blätter vielfach in Opposition zur eigenen einheimischen Regierung stehen. Ueber die Beweggründe und den Erfolg der Audienzen, welche den Redacteuren der ausländischen, gegnerischen Presse gewährt worden sind, haben wir uns seinerzeit mehrfach geäußert. Z. B. schrieben wir am 11. Juni 1890, als das Losungswort „Der Cours bleibt der alte!" ausgegeben war, über die Friedrichsruher Interviews:

„Wenn der Cours der alte bleibt, also wenn die Politik des Fürsten Bismarck fortgesetzt wird, so kann eben dieser Politik kein größerer Dienst erwiesen werden, als dadurch, daß gerade das ‚uns weniger befreundete' Ausland und dessen einflußreiche Presse über das Wesen, die Ursachen und die Zwecke jener Politik genauer unterrichtet wird. Daß Fürst Bismarck die ihm auferlegte Muße nicht besser verwerthen kann, als durch seine dem Frieden und der Versöhnung dienenden Einflußnahmen auf die öffentliche Meinung des Auslandes, hat sich bereits gezeigt; ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß der Fürst durch die Unterredungen mit den fremden Publicisten lediglich die Zwecke der jetzigen Regierungspolitik fördert, und zwar mit dem vollen Schwergewicht derjenigen Autorität, die nicht an den von ihm bekleideten Aemtern, sondern an seiner weltgeschichtlichen Person haftet." (Vgl. Band I, Seite 117 ff.)

Die freisinnige Presse enthüllt mit ihrem oben angezogenen Einwande, betreffend die „Nowoje Wremja", nichts als ihre eigene politische Beschränktheit.

* * *

Auf die Anfeindungen des Fürsten Bismarck seitens der ultramontanen Presse kommen die „Hamb. Nachr." abermals zu sprechen am 28. Mai (M.-A.) in einem ausführlichen Artikel unter der Ueberschrift:

Fürst Bismarck und der Culturkampf.

Im Widerspruch zur historischen Wahrheit fährt die ultramontane Presse fort, den Fürsten Bismarck als den „Vater des Culturkampfes" zu bezeichnen. Eher gebührt diese Vaterschaft dem Centrum; da dieses aber ein Neutrum und mithin zeugungsunfähig ist, muß man generatio aequivoca annehmen, daß an deren Vorbereitung nächst der neulich geschilderten Gründung des Centrums durch Savigny, Ketteler, Mallinckrodt, Reichensperger u. s. w., die Bureaukratie des preußischen Cultusministeriums betheiligt ist, die in dem bekannten Ermländer Falle, wo ein Schullehrer, der wegen Nichtanerkennung der Infallibilität päpstlich interdicirt, weltlich aber gehalten ward, die erste Flamme des Culturkampfes entzündete. Wenn dieselbe nicht ohne Schädigung der staatlichen Autorität gelöscht werden konnte, so lag die Schuld hauptsächlich an der katholischen Abtheilung des preußischen Cultusministeriums mit den polonisirenden Tendenzen des Fürsten Boguslaw Radziwill, durch die

sich der Cultusminister ebenso behindert fühlte, wie durch die später aufgehobenen Artikel der preußischen Verfassung zu Gunsten der Stellung der katholischen Kirche. Jedenfalls war die Ermländer Angelegenheit eine Ressortfrage des preußischen Cultusministers.

Jedes Ministerressort in Preußen ist, soweit es nicht vom Könige direct daran gehindert wird, an und für sich selbstständig; der Ministerpräsident ist nicht Vorgesetzter der übrigen Minister, sondern nur Leiter ihrer Verhandlungen; verfügend in das eine oder andere Ressort einzugreifen steht ihm nicht zu. Er kann nur durch Appell an die Entscheidung des Königs oder durch Stellung der Cabinetsfrage auf die andern Ressorts einwirken; namentlich aber kann er nicht hindern, daß innerhalb eines Ressorts Fragen von principieller Tragweite bis zu einem Stadium gefördert werden, in welchem das Geschehene ohne äußerlich erkennbare und nachwirkende Krisen nicht mehr ungeschehen zu machen ist. Wir wollen damit in keiner Weise andeuten, daß der damalige Ministerpräsident die Absicht oder die Neigung gehabt hätte, das, was vom Cultusministerium im Ermländer Falle geschehen war, zu mißbilligen, denn wir sind nicht sicher, ob er darüber vollständig informirt war; wir wissen nur, daß er schon damals von der Nothwendigkeit, die katholische Abtheilung und ihr Veto innerhalb des Ministeriums aus dem Staatsorganismus zu beseitigen, durchdrungen war. Wie die weiteren parlamentarischen Vorgänge und die Haltung des neugebildeten Centrums den Wind zur Verstärkung des Feuers lieferten, das durch den Ermländer Fall entzündet worden war, ist publici juris.

Der Ministerpräsident stand vor der Frage, ob er für die Maßregeln des Cultusministeriums solidarisch eintreten, oder ihnen im Interesse des confessionellen Friedens Widerstand leisten solle. Der Ministerpräsident war zugleich Reichskanzler, und es ist wohl anzunehmen, daß die Reichspolitik bei seinen Entschließungen das entscheidende Gewicht hatte. Es handelte sich darum, das neu entstandene, im Auslande freundlose und im Innern vielfach auf Unterlagen von zweifelhafter Sicherheit beruhende Reich erstarken und sich auswachsen zu lassen. Es lag also die Frage vor, ob es, um diesem Ziele näher zu kommen, angezeigt war, für die vom preußischen Cultusministerium genommene Stellung, oder für die Bestrebungen des neugebildeten Centrums die Autorität der Reichsspitze einzusetzen. Die damaligen Absichten des Centrums gaben sich in der Richtung kund, daß durch hohe bischöfliche Einflüsse, zum Theil aber auch durch parlamentarische Manifestationen beantragt wurde, gegen das Königreich Italien für die Erhaltung des päpstlichen Gebietes einzuschreiten, in die Verfassung des Deutschen Reiches aber diejenigen Bestimmungen zu Gunsten der Stellung der katholischen Kirche

aufzunehmen, welche die preußische Verfassung in ihren seither aufgehobenen und einigen anderen Artikeln in dieser Richtung enthielt.

Wir lassen es dahingestellt sein, wie die Entwickelung des Deutschen Reiches gewesen sein würde, wenn der Kaiser und seine Politik in Widerspruch mit dem preußischen Staatsministerium und unter Wechsel desselben für die Ansprüche des Centrums gegen Italien und für die vom Centrum gewünschte Aenderung der Reichsverfassung eingetreten wäre. Es liegt da ein Gebiet für Conjecturalpolitik vor, dessen Ausfüllung wir jedem Sachverständigen nach seiner Auffassung überlassen können. Thatsache ist, daß sich der Kaiser und sein Kanzler im Interesse der Zukunft des Reiches, seiner äußeren Beziehungen und seiner inneren Entwickelung dafür entschieden, das preußische Staatsministerium unverändert beizubehalten und die Forderungen der Centrumspolitiker unerfüllt zu lassen.

Der Culturkampf war damals nicht die Frage, von welcher die Situation beherrscht wurde; die oberste Frage war vielmehr die, ob und wie sich die Verstimmungen, welche die Genesis des Deutschen Reiches im Auslande hinterlassen, und die Schwierigkeiten, die seine Vorgeschichte im Innern der Neubildung auf den Trümmern der Vergangenheit entgegenstellten, überwinden oder doch mindern ließen. Zur Mithülfe bei Lösung dieser Hauptaufgabe waren nur diejenigen parlamentarischen Fractionen bedingungslos bereit, welche die Reichsregierung sich damals entfremdet haben würde, wenn sie für das Vaticanum gegen Italien und für den Anspruch des Centrums bezüglich der Reichsverfassung eingetreten wäre. Die Reichsregierung hätte nach Lage der damaligen Majoritätsverhältnisse im Reichstage gegen diesen mit Auflösung vorgehen und sich bei der weiteren Entwickelung des Reiches auf das Centrum und dessen Freunde im In- und Auslande stützen müssen. Damals aber war es noch in frischer Erinnerung, daß ultramontane bayerische Blätter im Jahre 1870 mit ihren Sympathien im französischen Lager standen und dabei von solchen nichtultramontanen, einflußreichen Blättern an der Mainlinie unterstützt wurden, deren intime Beziehungen zu Frankreich schon vor 1870 für alle Sachverständigen erkennbar waren. Unter diesen Umständen konnte die Entscheidung der Reichsregierung nicht zweifelhaft sein. Sollte sie heute für unzutreffend erachtet und gemeint werden, daß das Wohl Deutschlands in der Richtung des damals nicht eingeschlagenen Weges liege, so läßt sich ja das Experiment noch nachholen und zwar mit geringerer Gefahr, als dies zu Anfang der siebziger Jahre möglich gewesen wäre.

Nachdem die Hauptaufgaben der Reichspolitik ihrer Lösung heutzutage näher gebracht worden sind, als man damals voraussehen konnte, haben die Nachwehen des Culturkampfes nur noch die Bedeutung, daß

die Lebensfähigkeit des Reiches den Betheiligten hinreichend sichergestellt erscheint, um sich mit den Reminiscenzen an die Kämpfe, welche dahin führten, in der vollen Ruhe des Geschichtsforschers beschäftigen zu können. In dem ungestillten Haß der clericalen Blätter gegen den leitenden Staatsmann jener Zeit, den Fürsten Bismarck, aber erblicken wir die beste Anerkennung dessen, was in jener kritischen Zeit nach dem französischen Kriege von der deutschen Staatskunst geleistet worden ist; wir würden es im Interesse des Reiches bedauern, wenn dieser Zorn, der den Deutschen jeden Augenblick die Vergangenheit und ihre Gefahren vor Augen führt, je nachließe. In Preußen aber mag man nicht vergessen, daß der Culturkampf in der verfassungsmäßigen Freiheit der Schule und der Beseitigung der katholisch-polnischen Abtheilung des Cultusministeriums einen dauernden Gewinn für Staat und Monarchie hinterlassen hat.

* * *

Was alles herausgesucht wird, um es gegen den Fürsten Bismarck zu verwerthen, das zeigt folgende kurze, aber zur Genüge für sich selbst sprechende Notiz in den „Hamb. Nachr." vom 29. Mai (M.-A.):

> Das socialdemokratische Blatt „Berliner Volkstribüne" behauptet, die Varziner Papierfabrik gewähre eine Dividende von 14 Procent und knüpft daran eine gegen den Fürsten Bismarck gerichtete Betrachtung. Ist jene Meldung richtig, so wird sie gewiß auch den Fürsten Bismarck gefreut haben, und dies würde vielleicht noch mehr geschehen sein, wenn auch er Actionär des Unternehmens wäre. In Wirklichkeit aber besitzt er keine einzige Actie oder Berechtigung auf Gewinnantheil. — Was die Telegraphenstangen angeht, so theilen wir zur Beruhigung der Herren von der „Volkstribüne" mit, daß solche auch heute unter den gleichen Bedingungen wie früher von den bisherigen Abnehmern zu deren Zufriedenheit aus dem Sachsenwalde bezogen werden.

* * *

Am 1. Juni überbrachte eine Deputation der Stadt Bischofswerda im Königreich Sachsen dem Fürsten Bismarck den Ehrenbürgerbrief. Sichtlich bewegt dankte der Fürst und sagte,

> daß es ihn doppelt freue, aus einer Stadt wie Bischofswerda Beweise der Liebe und Anerkennung zu erhalten. Erstens, weil Bischofswerda eine königlich sächsische Stadt sei, die nicht wie manche andere Städte von politischen Wogen so ergriffen wäre, daß man die ihm gebrachte Huldigung als ein Ergebniß von Parteikämpfen betrachten könne. Er betrachte die Kundgebung als ein Zeugniß dafür, daß der preußische Particularismus in ihm niemals den echten deutschen Mann erstickt

habe, und daß die alte Gegnerschaft von 1866 her längst abgethan und begraben sei.

Zweitens freue ihn aber auch eine derartige Kundgebung aus Sachsen, weil sie aus dem Lande käme, dessen König ihm stets derselbe gnädige Fürst und Herr gewesen und bis heute unwandelbar geblieben sei. Er fügte gleich hinzu, daß er die feste Ueberzeugung habe, Se. Majestät der König Albert würde gewiß die von den Bischofswerdaern ihm, dem Fürsten Bismarck, zu Ehren gethanen Schritte billigen und würde sicher nichts dagegen haben, wenn sie neben der Verehrung, Liebe und Treue, die sie stets für König Albert bewiesen, noch davon etwas für den alten Kanzler übrig hätten.

* * *

Oben wurde bereits der Gerüchte über eine Ministercandidatur des Oberpräsidenten von Bennigsen in Hannover gedacht. Ueber dieselbe Angelegenheit wird am 26. Mai der „Allgem. Ztg." aus Hannover geschrieben:

In letzter Zeit ist wieder die Meldung durch die Presse gegangen, daß Herr Dr. von Bennigsen für ein hohes Reichsamt ausersehen sei; einige Blätter wußten genauer mitzutheilen, daß der hannöversche Oberpräsident zum Nachfolger des Staatssecretairs von Boetticher bestimmt sei. Eine Erklärung im „Hannov. Cour." hat bereits festgestellt, daß „hier" — soll doch wohl heißen, bei Herrn von Bennigsen — über eine solche Absicht nichts bekannt ist, mit anderen Worten: daß irgend eine Anfrage an Herrn von Bennigsen nicht gelangt ist. Eine thatsächliche Grundlage hatte die Mittheilung in dieser Beziehung also nicht. Man könnte sie auf sich beruhen lassen, wenn es nicht einiges allgemeineres Interesse böte, der Quelle derselben auf den Grund zu gehen.

Zuerst wurde die Meldung in einem längeren Artikel des hiesigen ultraconservativen Antisemitenblattes behandelt, welches seinen Ausführungen den bezeichnenden Titel „Mit großer Genugthuung" gab. Dann folgte der mehrerwähnte Aufsatz in der „Weser-Ztg.", der unter Lobsprüchen auf die Fähigkeiten Bennigsen's meinte, daß sein Scheiden aus seiner jetzigen Stellung „kein großes Bedauern hervorrufen" würde. Also nur eine etwas mildere Tonart, im Grunde derselbe Gedankengang wie in dem Blatte der hannöverschen Reactionäre vom Geiste der „Kreuz-Ztg.". Und diese Uebereinstimmung ist sehr bezeichnend. Unseren Ultraconservativen, die sich bei den letzten Wahlen von den Cartellconservativen absonderten, ist Herr von Bennigsen ebenso ein Dorn im Auge, wie den Welfen.

Völlig verkehrt aber ist es, wenn man Herrn von Bennigsen dadurch etwas anzuflicken versucht, daß man behauptet, er habe die Aufgabe gehabt, die Welfen zu versöhnen, und diese Aufgabe sei gescheitert. Bennigsen ist von jeher der bestgehaßte Mann bei den Welfen gewesen, und es heißt doch stark

auf die Unkenntniß der Leser speculiren, wenn man ihnen vorreden will, Bennigsen's Ernennung zum Oberpräsidenten sei durch versöhnliche Rücksichten auf die Welfen eingegeben worden. Will man den Gründen für die Ernennung nachspüren, so ist dieselbe wohl veranlaßt durch die Fähigkeiten, welche Bennigsen in seiner vieljährigen Stellung als Landesdirector von Hannover gerade auf dem Gebiete der Verwaltung bewiesen hat, durch die genaue Kenntniß von Land und Leuten, die er, wie wohl kaum ein Anderer, besitzt, durch die große Beliebtheit und Verehrung, deren er sich in Hannover erfreut, endlich durch den verständlichen Wunsch der Regierung, einen so hervorragenden und verdienten Mann dem Kreise ihrer hohen Staatsbeamten einzureihen.

Daß die Aufgabe, die ihm in Hannover gestellt war, mißglückt, daß er damit „gescheitert" sei, sind überaus thörichte Behauptungen. Sein Scheiden aus der Provinz, wenn es einmal Thatsache werden sollte, wird von allen liberalen Männern Hannovers aufrichtig bedauert werden, nicht nur in der Furcht vor dem Ungewissen, was da kommen könnte, sondern in der Gewißheit dessen, was wir an ihm verlieren. Für die Provinz Hannover wie für die nationalliberale Partei wäre es ein kaum zu ersetzender Verlust, wenn Rudolf von Bennigsen in ein Berliner Ministerhotel seinen Einzug halten würde, und — da uns das Hemd näher ist als der Rock, da es ohne ein Stück gesunden Egoismus in der Welt nun einmal nicht geht —, wünschen wir von ganzem Herzen, daß Dr. von Bennigsen nicht nur jetzt, sondern noch recht lange zu ersprießlichem Wirken auf seinem Posten in Hannover bleibe.

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." vom 3. Juni (M.-A.):

Es ist zutreffend, daß bei der Ernennung des Herrn von Bennigsen zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover die damalige Regierung nicht die Absicht gehabt hat, damit die Welfen zu gewinnen. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätte man sicher nicht Herrn von Bennigsen, sondern einen den Welfen genehmen Mann der äußersten Rechten, der weniger Anlaß zu Zwiespalt mit den Welfen schon durch seine Vergangenheit geboten hätte, gewählt. Herrn von Bennigsen's Ernennung erfolgte, um das Verhältniß der hannöverschen Regierung zu den Nationalliberalen zu befestigen.

Was die Bemerkung der obigen Correspondenz über die „Weser-Ztg." betrifft, so sind Spuren welfischer Inspirationen und Sympathien bei diesem Blatte schon seit längerer Zeit aufgefallen. Freisinnig-bremische Bedürfnisse decken sich hier wohl mit nachbarlichen Beziehungen und erklären die Protection, welche die „Weser-Ztg." dem Welfenthum angedeihen läßt.

* * *

Im Mai waren **Pariser Studenten in Prag** gewesen zu einer Festlichkeit des dortigen tschechischen Studentenvereins „Slavia". Die „Neue Freie Presse" berichtete damals ausführlich über die Verbrüderungsscenen, die bei dieser Gelegenheit zwischen den Franzosen und Tschechen in gemeinsamer Feindschaft gegen alles Deutsche aufgeführt worden sind. Die „Hamb. Nachr." vom 3. Juni (A.-A.) knüpfen an das Citat solches Berichtes ernste Erwägungen über die Gefahren, die der national-tschechische Chauvinismus für das deutsch-österreichische Bündniß in sich birgt:

> Kürzlich lasen wir in der „Neuen Freien Presse" folgende aus Prag, 25. Mai datirte Mittheilung über die tschechisch-französische Verbrüderung:
>
> „Die französischen Studenten erfreuen sich noch immer der lebhaftesten Ovationen seitens der hiesigen Tschechen. Die Polizei hatte, um zu verhindern, daß tschechisch-französische Demonstrationen in die belebtesten Straßen der Stadt verpflanzt werden, verboten, daß die Franzosen und die hier anwesenden Deputationen slawischer Studenten an dem anläßlich der Fahnenweihe des tschechischen Studentenvereins „Slavia" gestern veranstalteten Festzuge theilnehmen. Dafür kam es auf der Sophieninsel, wohin der Festzug ging, zu stürmischen Demonstrationen für die Franzosen. Die Marseillaise wurde nicht weniger als 17 Mal gespielt, und dazwischen ertönte jedesmal das Hetzlied „Hej Slovane!" mit dem Refrain: „Hrom a peklo". Mehr als 4000 Personen hatten sich auf der Sophieninsel eingefunden; nicht nur Studenten, sondern auch ein großer Theil der tschechischen Bevölkerung jubelte den französischen Gästen zu. Von den tschechischen Reichsrathsabgeordneten war Professor Tilscher anwesend, und auch mehrere tschechische Landtagsabgeordnete wohnten der Feier bei. Als ein Deputirter der Franzosen den Nagel in die neue Fahnenstange einschlug und eine kurze französische Ansprache hielt, in welcher er der Interessengemeinschaft der Tschechen und Franzosen Ausdruck gab, ertönten nicht endenwollende Rufe: „Vive la France!" Er wurde von der Menge auf die Schultern gehoben und herumgetragen."
>
> Diese und ähnliche Vorgänge der Vergangenheit lenken, auch wenn man sie nicht überschätzt, die Aufmerksamkeit auf die Gefahren, die aus der Unsicherheit der österreichischen nationalen Verhältnisse drohen. Sie verstärken den Eindruck, daß es unvorsichtig war, die beiden Stränge, die Deutschland früher auf seinem Bogen hatte, nicht zu behalten, sondern den russischen kurzweg zu durchschneiden. Die nationalen Zwistigkeiten erstrecken sich in Oesterreich selbst bis in das Officiercorps hinein, sodaß es keine außergewöhnliche Erscheinung ist, in Garnisonen die Officiere nach ihren Nationalitäten in verschiedenen Gasthäusern und an verschiedenen Tischen speisen zu sehen. Zweifellos wirkt die Disciplin entschieden ausgleichend hierauf, aber im Hinblick auf die Möglichkeiten der

Zukunft kann man sich doch eines beunruhigenden Eindruckes kaum entschlagen. Dies um so weniger, je mehr in Deutschland bei Bemessung des Werthes unseres Bündnisses mit Oesterreich von der falschen Voraussetzung ausgegangen wird, daß uns dasselbe auch gegen Frankreich decke und Oesterreich uns sofort beistehen müsse, wenn uns Frankreich angriffe. Das ist nicht zutreffend. Nach Artikel II des Bündnißvertrages tritt in diesem Falle der casus foederis erst ein, wenn außer Frankreich auch Rußland uns angreift oder Frankreich militairisch unterstützt.

* * *

Bis zum Jahre 1890 war im Dreibunde Deutschland die führende Macht gewesen und als solche auch von Oesterreich unumwunden anerkannt. Jetzt fühlt Oesterreich sich in der leitenden Stellung; das tritt auch bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag auf Schritt und Tritt hervor — mag man sich in Berlin noch so sehr den Anschein geben, als handle es sich jetzt um nichts anderes, als was die vorige Regierung schon gethan oder gewollt habe. Das führen die „Hamb. Nachr.“ vom 3. Juni (A.-A.) aus:

Der Eindruck, daß auf österreichischer Seite das doppelte Schach, in das wir durch den Bruch mit dem System der gleichzeitigen Anlehnung an Rußland gerathen sind, dazu benutzt wird, um wirthschaftliche Concessionen zu erzwingen, besteht fort. Oesterreich glaubt, was nach allem Geschehenen als seine Auffassung nicht überraschen kann, daß die leitende Stellung im Bunde, die früher Deutschland innegehabt hat, jetzt in seine Hände übergegangen sei, und sucht sich dies zu Nutze zu machen. Früher hielt man uns in Wien nicht nur für mächtiger, sondern auch für klüger als sich selbst, man suchte der thatsächlichen Lage ihre beste Seite abzugewinnen und begnügte sich mit dem, was man erlangen konnte. Jetzt fordert man, beordert die Unterhändler für Realisirung dieser Ansprüche nach Wien und führt die Angelegenheiten so, daß sich diesseitige Minister auf die Angaben in österreichisch-officiösen Blättern berufen müssen, um Auskunft über die wichtigsten materiellen Interessen des deutschen Volkes zu ertheilen. In Oesterreich wissen die Organe der öffentlichen Meinung eben trotz aller Betonung der Nothwendigkeit der Geheimhaltung der Abmachungen, um die es sich handelt, genau Bescheid über deren Tragweite; dort werden die Interessenten befragt, während die deutsche öffentliche Meinung „mit Rücksicht auf Oesterreich und die noch schwebenden Verhandlungen mit anderen Staaten“ in Dunkel und Vormundschaft erhalten wird.

Nichts ist übrigens weniger geeignet, das jetzige Verfahren zu rechtfertigen, als die Behauptung, daß die gegenwärtig mit Oesterreich gepflogenen Verhandlungen auch unter der vorigen Regierung angestrebt worden seien. Thatsache ist, daß Oesterreich schon früher und zwar

10 Jahre lang unausgesetzt Versuche in gleicher Richtung wie jetzt zu Gunsten der ungarischen Kornhändler gemacht hat. Es lag in der Natur der gegenseitigen politischen Beziehungen, daß dieselben stets mit großer Höflichkeit und im Tone des Einverständnisses behandelt, aber — doch eben abgelehnt worden sind. Darauf die Behauptung zu gründen, daß die frühere Regierung das Nämliche gethan oder gewollt habe, wie das, um was es sich jetzt handle, kann nur Leuten in den Sinn kommen, die nicht wissen, wie diplomatische Geschäfte gemacht werden.

* * *

An gleicher Stelle wird eine Reihe von Irrthümern, deren sich die „Neue Freie Presse" in jüngster Zeit schuldig gemacht hat, berichtigt:

Die Wiener „Neue Freie Presse" hat dieser Tage eine Reihe falscher Behauptungen aufgestellt, von denen wir nachträglich einige berichtigen wollen. Erstens ist es nicht zutreffend, daß der frühere preußische Minister des Innern, Herr von Puttkamer, entlassen worden sei, weil er die Aufforderung, sich wegen seiner gewaltthätigen Wahlpolitik zu rechtfertigen, mit einem trotzigen Schreiben beantwortet habe. Herr von Puttkamer hat nicht mit einem trotzigen, sondern, ganz selbstverständlich, in einem ehrerbietigen Schreiben geantwortet, worauf ein zweites eintraf, das ihn veranlaßte, seine Demission zu nehmen. Zweitens ist es nicht richtig, daß der vormalige Justizminister Herr von Friedberg aus dem Amte geschieden sei, weil er durch sein unparteiisches Verhalten in der Geffcken-Affaire das Mißvergnügen des Fürsten Bismarck erregt habe. Herr von Friedberg hatte mit der Geffcken-Affaire, die vor dem Reichsgericht in Leipzig anhängig war, gar nichts zu thun und konnte mithin in dieser Frage das Mißvergnügen des Fürsten Bismarck gar nicht erregen; die Demission Friedberg's hatte überhaupt einen Charakter, der demjenigen völlig entgegengesetzt ist, den ihr die „Neue Freie Presse" zuschreibt. Drittens widerspricht es der Wahrheit, wenn das Wiener Blatt behauptet, Herr von Lucius, der Landwirthschaftsminister, sei durch die „famose Stempelgeschichte" unmöglich geworden. Abgesehen von dem Anachronismus, der hier mit unterläuft, kann sich ein preußischer Minister nicht durch Anerkennung einer königlichen Prärogative unmöglich machen.

Im Uebrigen ist es für die „Neue Freie Presse" und die Kreise, die das Blatt vertritt, charakteristisch, daß es bei seiner Kritik des Fürsten Bismarck keinen anderen Maßstab als den des gewöhnlichsten Strebertums auf den Gründer des Deutschen Reiches anzuwenden weiß. Die Leute in Wien haben offenbar nicht das leiseste Verständniß dafür, daß Jemand lediglich dem kategorischen Imperativ Kant's folgen kann. Fürst

Bismarck handelt, dessen darf man in Wien und anderswo sicher sein, niemals um eines äußeren Erfolges willen, sondern stets und ausschließlich nach Maßgabe seiner Erkenntniß, seines inneren Bedürfnisses und nach dessen Motiven; der Gedanke, dabei ganz allein zu stehen, kann ihn in keiner Weise abhalten, seiner Ueberzeugung und seinem Pflichtgefühl zu folgen.

* * *

Die Mittheilungen über die „Nowoje Wremja" (vergl. oben S. 125) werden in der genannten Nummer der „Hamb. Nachr." durch Folgendes ergänzt:

Unsere neulichen Bemerkungen über die „Nowoje Wremja" haben bezeichnender Weise Niemanden in größeren Zorn versetzt, als die freisinnige Presse. Die „Voss. Ztg." erwiderte mit einem fulminanten Artikel, in dem sich Ausdrücke wie „Ehrabschneider", „nichtswürdige Verdächtigung" u. s. w. doppelt und dreifach unterstrichen wiederholten. Wir haben daraus nur entnommen, daß unsere Nachrichten über das russische Blatt begründet sein müßten. Wenn man in der publicistischen Discussion es für nöthig erachtet, den Kothurn sittlicher Entrüstung anzuwenden, so läßt das in der Regel darauf schließen, daß mit sachlichen Waffen nicht durchschlagend zu fechten ist.

In Betreff des russischen Blattes selbst möchten wir noch bemerken, daß die „Nowoje Wremja" allerdings ursprünglich ein russisches Organ war, daß aber bald, finanziellen Bedürfnissen entsprechend, französische Einflüsse, wenn nicht auf die Redaction als solche, so auf einzelne Mitarbeiter Platz griffen. Wir glauben nicht, daß die Redaction der „Nowoje Wremja" vollständig über die persönlichen Beziehungen ihrer Mitarbeiter unterrichtet ist, von denen jedenfalls nicht alle nach Petersburger Verhältnissen, Ansprüchen und Anschauungen in der Lage sind, jede Subvention von französischer befreundeter Seite von vornherein von der Hand zu weisen.

Was die von uns behauptete Berliner fortschrittliche Mitwirkung an der „Nowoje Wremja" betrifft, so ist diese im Wesentlichen auf die Unfähigkeit der russischen Presse, deutsche Verhältnisse aus eigener Kenntniß zu besprechen, zurückzuführen. Das russische Blatt würde aus Eigenem seine Artikel über Deutschland, deren es bedarf, nicht liefern können; es verschafft sich sachverständige deutsche Mitarbeiter, aber am vortheilhaftesten und zweckmäßigsten aus den fortschrittlicher Einwirkung unterliegenden Berliner Preßkreisen. Diese sind billiger und leichter zu haben als angesehene Publicisten von selbstständiger und reichsfreundlicher Gesinnung.

* * *

Nachdem sowohl bei der zweiten wie bei der dritten Berathung der Landgemeindeordnung Compromisse geschlossen waren, war der Entwurf am 24. April im Abgeordnetenhause mit 327 gegen 23 Stimmen angenommen worden. Als dann die Vorlage am 1. Juni mit den Abänderungsbeschlüssen des Herrenhauses im Abgeordnetenhause noch einmal zur Berathung stand, ließen die Conservativen gegen das Ende der Sitzung unmittelbar vor der Gesammtabstimmung durch Herrn von Rauchhaupt ihr verneinendes Votum erklären. Wenige Mitglieder der Partei stimmten dafür, die Partei als solche verwarf Herrn Herrfurth's Lieblingsplan.

Ueber diese Haltung der Conservativen äußern sich die „Hamb. Nachr." vom 4. Juni (A.-A.):

Die Thatsache, daß die Conservativen des preußischen Abgeordnetenhauses durch Herrn von Rauchhaupt kurz vor der Gesammtabstimmung über die Landgemeindeordnung erklärt haben, sie würden gegen dieselbe stimmen, findet in der gegnerischen Presse um so abfälligere Beurtheilung, je größer bei ihr das Bestreben ist, sich dem Minister des Innern angenehm zu machen. Am weitesten geht die „Nat.-Ztg.", welche Herrn Herrfurth sogar mit der Person des Monarchen zu decken sucht. Wir unsererseits verneinen nach wie vor die Bedürfnißfrage in der Landgemeindeordnung und halten die gegen die Conservativen gerichteten Beschuldigungen materiell für unbegründet. Es liegt für die preußischen Conservativen in keiner Weise die Pflicht vor, ihrerseits an der Beunruhigung der ländlichen Kreise mitzuwirken, nur weil ein demokratisch gefärbtes, statistisch-bureaukratisches Reformverlangen in Verkennung der ländlichen Verhältnisse einen Popularitätscoup ausführen zu können vermeinte. Wir müssen es für ein Glück halten, wenn die Landgemeindeordnung scheitert, weil diese der Socialdemokratie, welche zur Zeit die Dörfer umschleicht wie der Fuchs den Hühnerstall und nach einem Loch zum Einbrechen sucht, Thür und Thor öffnen würde.

* * *

Ebenda finden wir eine überaus scharfe Verurtheilung der Verherrlichung des verstorbenen Abgeordneten Dr. Windthorst:

Die Organe der freisinnig-clericalen Preß-Coalition fahren fort, den verstorbenen Abgeordneten Windthorst in deutlich erkennbarer Absicht als eine Art Nationalheros zu feiern. Wenn er das war, so können wir uns nur wundern, daß Kaiser Wilhelm I. bei seinem sonstigen Wohlwollen für verdiente Mitarbeiter an der Machtstellung Preußens und des Reiches dem Abgeordneten für Meppen keine Dotation oder ein sonstiges sichtbares Zeichen seiner Anerkennung verliehen hat. Vielleicht sind die Verehrer der verblichenen kleinen Excellenz der Ansicht, daß hier lediglich eine Vergeßlichkeit des alten Kaisers vorliege; dann

erwarten wir ihre starke Betheiligung an der Errichtung eines National-Denkmals für den verstorbenen welfisch-jesuitischen Führer des Centrums und seiner reichsfeindlichen Annexe.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 5. Juni (M.-A.) bringen folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Zur auswärtigen Lage. In der Presse beginnen die sommerlichen Erörterungen über Fragen der hohen Politik und die auswärtige Lage einen breiteren Raum einzunehmen. Die Gefahr, die nach Ansicht unserer Zeitungspolitiker dem europäischen Frieden droht, wird auf der einen Seite ebenso eindringlich begründet, wie auf der anderen die Zuversicht auf das Unterbleiben kriegerischer Verwickelungen. Einstweilen glauben wir, daß die Vertreter der friedlichen Aussichten mit ihren Auffassungen mehr im Rechte sind.

Rußland ist allem Anschein nach durchaus friedlich gestimmt und außerdem militairisch noch nicht fertig. Ob es einen Krieg überhaupt plant, ist zudem zweifelhaft. Seine Truppenanhäufungen an der südwestlichen Grenze haben unseres Erachtens nach wie vor lediglich den Zweck, in dem Moment, wo Rußland, bildlich gesprochen, seine Batterien demaskirt, d. h. etwa einen Vertrag mit der Türkei eingeht und die Dardanellen schließt, militairisch so stark als möglich zu sein, um den Entschluß zu etwaigen Einmischungen seitens anderer an der Mittelmeerfrage betheiligten Mächte thunlichst zu erschweren.

Frankreich ist uns zwar militairisch vollkommen ebenbürtig, wird den Frieden aber doch schwerlich brechen, so lange es nicht vollkommene Sicherheit des Sieges hat, die ihm heute noch fehlt. Wir würden zwar, falls uns Frankreich angriffe, nicht ohne Weiteres auf die Hülfe Oesterreichs rechnen können, ebensowenig wie wir vertragsmäßig verpflichtet wären, gegen Rußland zu marschiren, wenn Oesterreich wegen seiner Balkanpolitik mit Rußland etwa in Bulgarien oder sonstwo in Conflict geriethe; aber wir glauben nicht, daß Frankreich hierin eine Einladung finden wird, uns zu überfallen, selbst wenn die Stütze, die England namentlich durch sein Verhältniß zu Italien dem Dreibunde gewährt, durch einen Ministerwechsel oder sonstige Ereignisse ins Weichen gerathen sollte. Denn der Ausgang des Kampfes würde dann noch ebenso ungewiß sein, wie die Haltung Rußlands und wie die der uns verbündeten Mächte.

Wahrscheinlicher als ein französischer Angriff ist, daß Frankreich versucht, den Dreibund durch Absprengung Italiens zu schwächen und womöglich eine Coalition der, zuvor zu republikanisirenden, romanischen

Staaten unter seiner Führung gegen die monarchischen Friedensmächte Mitteleuropas zu bilden. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß diesen französischen Bestrebungen einstweilen das Königreich Portugal der geeignetste Punkt zu sein scheint, wo der Hebel anzusetzen wäre. Es ist klar, daß, wenn es unter materieller Mithülfe Frankreichs gelänge, in Portugal das Königthum zu Fall zu bringen, dies für die spanische Monarchie Gefahren erzeugen würde, bezüglich derer es immerhin fraglich bliebe, ob sie rechtzeitig zu beseitigen wären. Herrschte aber erst in Frankreich, in Portugal und in Spanien die republikanische Staatsform, so wäre leicht zu berechnen, welcher große Einfluß dieser Thatsache auf die Gestaltung der inneren und äußeren Verhältnisse des Königreichs Italien, zumal bei etwaiger Coincidenz mit finanziellen Schwierigkeiten und Unzufriedenheiten im Lande, unter Umständen innewohnen könnte.

Wir sind weit entfernt, der Perspective, die sich hier erschließt, besondere Actualität zuzuschreiben; immerhin liegt eine Indication vor, die Bestrebungen, die Frankreich nach dieser Richtung hin und zunächst in Portugal zu verfolgen scheint, als Factor in die Wahrscheinlichkeitsberechnungen der europäischen Politik für eine nähere oder fernere Zukunft einzusetzen.

* * *

Rechtsanwalt Dr. Hans Blum in Leipzig hatte eine Abhandlung über die Liebknecht'sche Legende von der Fälschung der Emser Depesche vom 13. Juli 1870 an den Fürsten Bismarck geschickt. Er erhielt darauf eine eigenhändige dankende Antwort des Fürsten, in der es u. A. heißt:

„Alle amtlichen Actenstücke über den Emser Vorfall: die Depesche des Königs an mich, ein dieselbe begleitendes Schreiben, wie ich glaube von Abeken, befinden sich in den Acten des Auswärtigen Amtes."

* * *

Am 8. Juni war der commandirende General des IX. Armeecorps Graf von Waldersee vom Mittag bis zum Abend zum Besuch bei dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

* * *

Die oben (S. 134 f.) mitgetheilten Berichtigungen der „Neuen Freien Presse" haben den Zorn des Blattes erregt, den sie an den „Hamb. Nachr." auslassen, aber in einer solchen Form, daß als des Zornes wirkliches Ziel Fürst Bismarck erscheint. Die gebührende Antwort erhält das Wiener Blatt in den „Hamb. Nachr." vom 11. Juni (A.-A.):

Die „Neue Freie Presse" wendet sich in Gestalt einer Polemik gegen die „Hamb. Nachr." wie folgt gegen den Fürsten Bismarck:

„Fürst Bismarck ist der Patron der ‚Hamb. Nachr.‘, und er ist zugleich der leidenschaftlichste Gegner des Handelsvertrages. Man kann ihn von dem Blatte nicht trennen. Das ist auch die Meinung der gesammten deutschen Presse, und es ist sehr erfreulich, daß diese in ganz entschiedener Weise gegen die Hamburger Verhetzungen Front macht. Nicht blos die ‚National-Ztg.‘ und die ‚Freis. Ztg.‘, sondern auch die ‚Nordd. Allgem. Ztg.‘ gebraucht harte Worte, um die Störenfriede von Hamburg und dessen Umgegend zur Ruhe zu verweisen. Man hat in Deutschland ein sehr lebhaftes Gefühl dafür, daß auf die Dauer derartige Hetzereien an der Herzlichkeit der deutsch-österreichischen Beziehungen nicht spurlos abgleiten können, und alle Redensarten des Hamburger Blattes von dem ‚kategorischen Imperativ Kant's‘, der in Friedrichsruh bestimmend wäre, vermögen an der Thatsache nichts zu ändern, daß es die allgemeinste Entrüstung ist, welcher diese heimtückischen Versuche, zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland Mißtrauen zu säen, begegnen. Als Fürst Bismarck noch Reichskanzler war, hat er nicht gezögert, Andere, welche der ‚kategorische Imperativ Kant's‘ bestimmte, ihm zu opponiren, für ‚Reichsfeinde‘ zu erklären.“

Wenn die Wiener „Neue Freie Presse“ das Bedürfniß empfindet, den Fürsten Bismarck zum Reichsfeind zu stempeln, so sollte sie sich keinen Zwang auferlegen; vielleicht fände das in Wien erscheinende franzosenfreundliche Organ der internationalen Börsendemokratie damit sogar den Beifall der „Nordd. Allgem. Ztg.“ und der „National-Ztg.“, auf die es sich beruft. Der Klärung der Lage, in der wir uns befinden, käme dies jedenfalls zu Statten. Im Uebrigen sind wir der Ansicht, daß, wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß gewisse Kreise in Oesterreich durch den Handelsvertrag auf Kosten Deutschlands gute Geschäfte zu machen gedenken, er durch die Wuthausbrüche der Wiener Organe gegen den Fürsten Bismarck, der Deutschland vor Schaden und das politische Bündniß vor Trübung bewahrt wissen möchte, erbracht sein würde. Es gehört unseres Erachtens ein hoher Grad von Verblendung oder Servilität dazu, diese Sachlage zu verkennen.

* * *

Wie durchaus richtig Fürst Bismarck das selbstsüchtige Verhalten Oesterreichs und seine eigennützige Fructificirung des Bündnisses mit Deutschland beurtheilt und wie überaus berechtigt seine immer wiederholten Warnungen vor übertriebener Vertrauensseligkeit sind, beweist die nachstehende Auslassung eines der deutschfreundlichsten Blätter, der „Deutschen Volks-Ztg.“ des antisemitischen Abgeordneten Vergany:

Welch große Hoffnungen man in Wien auf die politische Freundschaft zu

Deutschland setzt, mag u. A. aus den folgenden Schlußsätzen einer liberalen Zeitungs-Correspondenz hervorleuchten, welche sich mit der Frage unserer Valuta-Regelung befaßt:

„Nicht mit Ueberstürzung soll vorgegangen werden — es ist aber doch aus den beiden Versuchen, welche Oesterreich gemacht hat, aus seinen verwirrten Valuta-Verhältnissen herauszukommen, zu lernen, daß auch nichts versäumt werden dürfe. Im Jahre 1858 und später vor dem bosnischen Einmarsch — jedes Mal wurden die Anstrengungen Oesterreichs durch einen Schlag von Seite der äußeren Politik vereitelt. Auch diesmal könnte ein solcher Schlag, könnte eine drohende europäische Verwickelung alle aufgewendete Arbeit vernichten. Wenn es nun wirklich wahr ist, daß die äußere Lage niemals eine so günstige gewesen, wie gegenwärtig, dann ist dies eine dringende Aufforderung, nicht länger zu säumen, denn erfahrungsgemäß bleiben die europäischen Krisen nicht für immer aus. Wenn das frühere Preußen einen Vortheil darin erblicken mußte, Oesterreich nicht sich wirthschaftlich festigen zu lassen, so hat heute das Deutsche Reich das größte Interesse daran, den verläßlichen Bundesgenossen Oesterreich in jeder Beziehung so stark als möglich zu wissen. Das ist der Segen des Bündnisses mit Deutschland, welches auch Frankreich im Zaume hält, dasselbe Frankreich, welches uns 1859 mit dem italienischen Kriege auch wirthschaftlich in das Chaos zurückwarf. Darum soll wohl jetzt kein Augenblick versäumt werden, so lange der Dreibund den Frieden aufrecht zu erhalten im Stande ist. Kommt endlich die große Auseinandersetzung, welche nicht ausbleiben kann, soll Europa nicht unter der gewissen Kriegsdrohung sich aufreiben, dann muß Oesterreich mit der Sicherung seiner wirthschaftlichen Verhältnisse bereits fertig sein, um bei dem großen Schlage, welcher gegen die Unruhestifter zu führen sein wird, mit aller Kraft aushalten zu können. Ohnehin ist die Valuta-Regulirung eine Aufgabe auf Jahre hinaus — fanget endlich an damit und zwar im Ernste!"

Wir bekennen offen, daß wir trotz aller Verehrung, die jeder gute Deutsche dem Fürsten Bismarck zollen muß, doch jede Maßregel unterstützen würden, welche Oesterreich in ein günstiges Zoll- und Finanzverhältniß zum Deutschen Reiche bringen würde. Denn das Hemd ist jedem Staatsbürger näher als der Rock. Wir sind auch der Meinung, daß Deutschland nicht dauernd (!) dadurch geschädigt werden könnte, wenn ein deutsch-österreichischer Wirthschaftsbund in vernünftiger Weise zum Abschluß käme. Daß man drüben im Deutschen Reiche aber die Augen weit geöffnet hat, beweist eine Aufsehen erregende Kundgebung der „Hamb. Nachr.". (Folgt der Abdruck der Ausführungen in den „Hamb. Nachr." von S. 132 f.) Sehr bezeichnend ist es, daß die „Hamb. Nachr." die jüngsten Prager Vorgänge als einen Grund für die Gefahr der deutsch-österreichischen Beziehungen angeben. Die Herren Tschechen werden sich endlich darüber klar werden müssen, welche Gefahren

für ganz Oesterreich und für den Frieden Europas aus dem so offen zur Schau getragenen Deutschenhaß erwachsen."

* * *

Am 1. Juni fand in Berlin der Delegirtentag der nationalliberalen Partei statt. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Der Delegirtentag erklärt den vielfach auseinandergehenden Aeußerungen der öffentlichen Meinung und der Presse gegenüber:

1) daß es Aufgabe der Partei in Fragen der Reichs- und Landespolitik ist, unter Betonung ihrer altbewährten Treue zu Kaiser und Reich ihre durchaus selbstständige, von der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen gebildete, nach jeder Seite unabhängige Haltung zu bewahren, und insbesondere die alten liberalen Grundsätze zu pflegen;

2) daß er auf socialpolitischem Gebiete einen Ruhepunkt für gekommen erachtet, der es gestattet, der praktischen Durchführung der im letzten Jahrzehnt geschaffenen Gesetzgebung die volle Sorge zuzuwenden, unter gleichzeitiger aufmerksamer Beobachtung der laufenden und etwa noch auftauchenden socialen Bedürfnisse;

3) daß die Partei nach wie vor an dem Grundsatze festhält, daß wirthschaftliche Fragen nicht zur Grundlage politischer Parteien dienen sollen, und deshalb in der Frage der Handels- und Zollpolitik und des deutsch-österreichischen Handelsvertrages jedem Einzelnen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen die Entscheidung überlassen bleiben muß."

Vom Festessen wurde ein Huldigungstelegramm an den Fürsten Bismarck geschickt:

„Die heute hier aus ganz Deutschland versammelten Delegirten der nationalliberalen Partei versichern Euer Durchlaucht, den Mitbegründer des Deutschen Reiches, ihrer unwandelbaren Dankbarkeit und Verehrung.

J. A. Buhl."

Der Fürst antwortete hierauf umgehend:

„Ew. Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für die freundliche Begrüßung im Namen der Partei, welcher das Vaterland für die Förderung unserer nationalen Politik zu besonderer Dankbarkeit verpflichtet ist."

Am 2. Juni (A.-A.) ließen sich die „Hamb. Nachr." über den Delegirtentag noch Folgendes berichten:

„Die trotz der späten Zusammenberufung in ungewöhnlicher Zahl aus allen Theilen Deutschlands zusammengekommenen Parteigenossen hatten vor Allem das Bedürfniß, für ihre unerschütterliche Liebe, Verehrung und Dankbarkeit dem Fürsten Bismarck gegenüber in nicht mißzuverstehender Weise Zeugniß abzulegen. Mit elementarer Gewalt brach immer wieder — auf dem Partei-

tage selbst, wie auf dem ihm folgenden Diner im Kaiserhof — begeisterter Jubel aus, sobald nur der Name des Fürsten genannt wurde. Man hatte das Gefühl, als sei es Allen ein wahres Herzensbedürfniß, zu zeigen, daß die Vertreter der nationalliberalen Partei nicht zu der Zahl Derer gehören wollen, für die der aus seinen Aemtern entlassene Gründer des Reiches plötzlich ein todter Mann oder gar ein Feind des von ihm Geschaffenen geworden ist. Aus Bayern, aus Württemberg, aus Hessen, vom Rhein, aus Hamburg nnd Magdeburg, kurz aus allen Theilen Deutschlands trat in begeisterten Reden, Zurufen und nicht endenwollenden Beifallsbezeugungen diese Grundstimmung des Parteitages stets wieder hervor. Allen, welche die ebenso imposanten wie ersichtlich von Herzen kommenden Kundgebungen für den großen Staatsmann miterlebt haben, werden dieselben für alle Zeit unvergeßlich bleiben."

Ein anderes Aussehen gewann aber der Tag, nachdem die festliche Begeisterung verrauscht war und als man dem vorwiegend negativen Inhalt der dreitheiligen Resolution etwas genauer ins Gesicht sah. Die „Hamb. Nachr." vom 13. Juni (A.-A.) reproduciren einen Artikel der „Deutschen Volkswirthsch. Corresp.", der unter der Ueberschrift „Klarheit sans phrase" Folgendes ausführt:

Aus den Erörterungen über den nationalliberalen Delegirtentag gewinnt man volle Klarheit darüber, daß die nur in der Negation bestimmten Beschlüsse der Versammlung ihren Grund in der Opposition haben, welche von west- und süddeutscher Seite dem Versuche, die Partei antibismarckisch zu machen, entgegengesetzt wurde. Kaum war dies bekannt geworden, als man den Spieß umkehrte und das Schlagwort ausgab, es müsse verhütet werden, daß die nationalliberale Partei eine Partei „Bismarck sans phrase" werde. Mit allen Mitteln der Ueberredung soll den Anhängern der nationalliberalen Partei die Ueberzeugung eingeimpft werden, die Parteiraison und das Wohl des Vaterlandes erforderten es, daß auf die Worte des bewährten Reichsbannerträgers in Zukunft von derjenigen Partei nicht mehr gehört werde, die so oft die Ziele, insbesondere die Wirthschaftspolitik des Fürsten von Bismarck, zum Vortheile des Vaterlandes mit Begeisterung unterstützt und als die ihrigen anerkannt hat.

Die politischen Parteiverhältnisse — darüber ist keine Täuschung mehr — liegen im Argen. Es giebt Parteiungen bei den Conservativen, den Nationalliberalen, dem Centrum; gerade diese Parteien, die unter einander in den wichtigsten Fragen einigende Gesichtspunkte besitzen, sind in sich zerklüftet und mit einander im Hader. Der Grund liegt eben in der Partei-Organisation nach hoher Politik und politischen Programmen, die, veraltet und abgenutzt, einen genügenden Mittelpunkt zu gemeinsamer und segensvoller Arbeit nicht mehr abgeben können. Ungestüm haben sich die socialen und wirthschaftlichen

Fragen in den Vordergrund gedrängt; zu ihnen muß jeder ernste Politiker Stellung nehmen, und vergeblich ist es, von „hohen politischen Zielen" zu sprechen, wenn in dem Programme der Partei die Partei als solche auf eine Stellungnahme zu den „socialen" und „wirthschaftlichen" Fragen ausdrücklich verzichtet.

Und ein solcher Verzicht entspringt bei den Nationalliberalen lediglich der Furcht, für eine Partei „Bismarck sans phrase" gehalten zu werden! Man sollte es als einen Vorwurf empfinden, wenn man aufmerksam den Worten und Ermahnungen gerade desjenigen Staatsmannes lauscht, der nach seinem glühenden und bewährten Patriotismus, nach seiner weisen und voraussehenden Erforschung der Dinge, nach seinen eminenten Kenntnissen und Erfahrungen, nach seinen großartigen Erfolgen und Verdiensten, wie kein Anderer dazu geschaffen ist, ergebene Männer um sich zu versammeln, die nicht etwa kopflos, „sans phrase", ihm Gefolgschaft leisten oder gar der Regierung Opposition machen wollen, wohl aber bereit sind, ihn als den bedeutendsten Führer und Leiter in den an uns herantretenden verwickelten Fragen anzuerkennen?

Wir meinen, daß ohne Furcht und Zagen alle diejenigen auf die warnende und rathende Stimme des Fürsten Bismarck hören dürfen, die, treu zu Kaiser und Reich stehend, für die Zukunft unseres Vaterlandes, für dessen sociale und wirthschaftliche Wohlfahrt ein warmes Herz haben, welcher Partei sie auch sonst angehören mögen; die Vereinigung solcher wahrhaft national gesinnter Männer allein wird auch — wir wiederholen es — im Stande sein, die dem Bestande des Reiches durch die Socialdemokratie drohende Gefahr wirksam zu bekämpfen.

Was im Uebrigen beispielsweise einen nationalliberalen Mann abhalten könnte, einer solchen Vereinigung anzugehören, ist uns völlig unklar; klare Ziele in socialen und wirthschaftlichen Fragen, für welche ja die Nationalliberalen „als Partei" nicht eintreten wollen, hindern doch nicht das Eintreten für jene anderen politischen Ziele, welche in dem Programme der Nationalliberalen noch enthalten sind.

* * *

Es war nicht zu verwundern, daß die recht mäßigen Ergebnisse des Delegirtentages der nationalliberalen Partei vielfache Erörterungen in der Presse über die Haltung der Partei im Allgemeinen hervorrief. Insbesondere war dabei auch den „Hamb. Nachr." der Vorwurf gemacht, daß sie sich unter der Leitung des Fürsten Bismarck in Opposition zur Regierung gesetzt hätten. Gegen diesen Vorwurf wenden sie sich am 14. Juni (M.-A.):

> In der Preßdiscussion über die Haltung der nationalliberalen Partei erfolgen vielfach Berufungen auf den Fürsten Bismarck. Unseres Erachtens wäre es besser, das Hineinziehen des früheren Reichskanzlers in diese Erörterungen zu unterlassen. Das objective Urtheil kann dadurch nur getrübt werden. Die vorhandenen Zuneigungen und Abneigungen,

namentlich die letzteren, führen leicht zu einer Verdunkelung der Sachlage, die schädlich wirken muß; ebenso wie die Situation dadurch gefälscht wird, daß man unserem Blatte die Freiheit der Bewegung und des Urtheils dadurch zu beeinträchtigen sucht, daß man jede beliebige Aeußerung desselben nach Bedarf auf den Fürsten Bismarck zurückführt, oder nicht. Es ist hierbei lediglich das Bestreben maßgebend, die vorhandene Abneigung gegen den Fürsten Bismarck politisch zu verwerthen.

Wir unsererseits stehen der jetzigen Regierung gegenüber auf keinem anderen Standpunkte wie jedes andere Organ gemäßigter Richtung. Dieser Standpunkt ist kürzlich erst in einer badischen Zuschrift an die „National-Ztg." speciell für die nationalliberale Partei mit der Erklärung in Anspruch genommen worden: die Partei unterstütze die gegenwärtige Regierung so, wie sie die frühere unterstützt habe, d. h. *wo sie es nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung könne*. Dies Programm ist stets das unsere geblieben. Wir wissen uns gänzlich frei von jeder *principiellen* Opposition und von dem uns zugeschriebenen Bedürfnisse, jede Maßregel der neuen Regierung zu bekritteln; wir stimmen dem Ausspruch der „Berliner Börsen-Ztg." vollständig zu, „daß Fürst Bismarck in keiner Weise hat bekunden lassen, daß er eine solche Opposition begründen und dirigiren werde."

Aber wir behalten uns in vollstem Umfange das Recht vor, in Einzelheiten den Regierungsmaßregeln zuzustimmen oder sie zu bekämpfen, je nachdem uns unsere sachliche Ueberzeugung zu dem Einen oder Andern bestimmt. Am allerwenigsten werden wir uns in dieser freien Meinungsäußerung dadurch behindern lassen, daß man ihre sachliche Begründung geflissentlich ignorirt und sie dadurch zu discreditiren (!) sucht, daß man sie auf persönliche Einflußnahme des angeblich verstimmten früheren Kanzlers zurückführt.

Wenn uns in anderen Blättern zu Gemüthe geführt wird, „daß der Organismus des Deutschen Reiches nur durch ein Zusammenwirken der erhaltenden Ordnungskräfte mit der Regierung gesund erhalten werden könne", so fassen wir dies Zusammenwirken nicht so auf, daß es in unbedingter Unterwerfung der staatserhaltenden Parteien unter den Willen der Regierung zu bestehen habe, sondern sind der Ansicht, daß man den Satz umkehren und sagen darf, das geforderte Zusammenwirken sei in einem constitutionellen Staatswesen so zu verstehen, daß die staatserhaltenden Kräfte bei Berathung dessen, was im Staate zu geschehen habe, der Regierungsinitiative gegenüber unverhohlen ihre Bedenken, Zweifel und Meinungsverschiedenheiten äußern. Wir erinnern an den Ausspruch des Fürsten Bismarck, wonach das ganze constitutionelle Leben aus Compromissen besteht, aber natürlich nicht nur aus solchen,

welche die Parteien unter sich schließen, sondern auch aus solchen zwischen der Regierung und der parlamentarischen Vertretung, bei denen die Verpflichtung der letzteren zur Verfechtung ihrer eigenen Ansichten in angemessener Weise zum Ausdruck gelangt.

* * *

In dem oben (S. 133) erwähnten Artikel war davon die Rede gewesen, daß Deutschland mit dem System der gleichzeitigen Anlehnung an Oesterreich und Rußland gebrochen habe. Der „Hannov. Courier“ ist der Ansicht, daß dieser Bruch nicht von der gegenwärtigen, sondern schon von der Regierung des ersten Reichskanzlers vollzogen sei; er beruft sich zur Unterstützung seiner Ansicht auf die Bismarck'sche Rede vom 6. Februar 1888. Dagegen führen die „Hamb. Nachr.“ vom 14. Juni (M.-A.) Folgendes aus:

Unsere Beziehungen zu Rußland. Unsere neulichen Bemerkungen über das Verhältniß Deutschlands zu Rußland haben in der Presse verschiedenartigen Widerspruch hervorgerufen. Der „Hannoversche Courier“ weist darauf hin, daß sie schwerlich zutreffend sein könnten, weil Fürst Bismarck bereits in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er selbst es gewesen sei, der den russischen Strang, den wir früher neben dem österreichischen auf unserem Bogen gehabt hätten, zerschnitten habe, denn er habe in jener Reichstagsrede erklärt, er sei durch das Verhalten Rußlands gezwungen gewesen, zu Gunsten Oesterreichs zu optiren. Der „Hamb. Corresp.“ spricht davon, daß eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland schon 1875 eingetreten sei, die ihren Ursprung in französischen Einflüsterungen gehabt hätte, denen Kaiser Alexander II. trotz seiner Verehrung für seinen Oheim, den Kaiser Wilhelm, nicht unzugänglich geblieben sei. Der „Rheinische Courier“ wiederum weiß zu melden, daß eine Verschlechterung unseres Verhältnisses zu Rußland unter der jetzigen Regierung schon deshalb nicht vorliegen könne, weil es schon unter dem Fürsten Bismarck so gespannt wie möglich geworden wäre. Und die „Nordd. Allgem. Ztg.“ druckt aus der „Augsb. Abend-Ztg.“ einen Artikel ab, in dem gesagt wird, daß unsere Beziehungen zu Rußland zu keiner Zeit so üble gewesen seien wie zur Zeit der Campagne gegen die russischen Werthe.

Der beste Beweis dafür, wie wenig zutreffend alles dies ist, liegt in der Thatsache, daß zur Zeit der letzten Begegnung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck in Berlin im October 1889 die Beziehungen zwischen den beiden Reichen so gut waren, wie nur irgend zu wünschen stand, und daß der Zar sein vollstes Vertrauen zu der damaligen Regierung wie persönlich zum Fürsten Bismarck in unzweideutigster Weise zum Ausdruck brachte.

Auch der Vorwurf, Fürst Bismarck habe Rußlands Stärke überschätzt und sein Verhalten dadurch beeinflussen lassen, beruht auf einem Irrthume; wir glauben, daß Fürst Bismarck vertrauter mit den russischen Verhältnissen ist wie viele andere Staatsmänner. Wohl aber hat Fürst Bismarck die Nützlichkeit eines Krieges mit Rußland für das Deutsche Reich im Gegensatz zu manchen anderen Politikern stets angezweifelt. Er ist immer der Meinung gewesen, daß ein russischer Krieg sehr schwer und blutig sein würde, was jeder verständige Beurtheiler auch ohne Ueberschätzung der russischen Macht zugeben wird. Der frühere Reichskanzler war der Meinung, daß selbst im Falle eines siegreichen Krieges kein annehmbarer Kampfpreis von Rußland zu gewinnen sei, während ein ungünstiger Erfolg namentlich bei einem gleichzeitigen Kampfe mit Frankreich, das Reich im höchsten Maße schädigen und gefährden würde. Fürst Bismarck hielt deshalb an der Auffassung fest, daß ein Krieg gegen Rußland von Deutschland nur dann geführt werden dürfe, wenn er zur Vertheidigung unserer Unabhängigkeit und unserer Interessen einleuchtend nothwendig sei. Zur Verhütung einer solchen Situation hielt es Fürst Bismarck für nützlich, einen Krieg auch zwischen Oesterreich und Rußland nach Möglichkeit zu verhindern, weil wir in einen solchen, selbst außerhalb des casus foederis, aus Gründen der Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes hätten hineingezogen werden können. In allen diesen Erwägungen liegt keine Ueberschätzung der russischen Macht, sondern nur eine gewissenhafte Fürsorge für die Interessen des Reiches.

Bezüglich der die Vorgänge des Jahres 1875 betreffenden Behauptungen des „Hamburgischen Correspondenten“ beschränkt sich die historische Wahrheit darauf, daß Fürst Gortschakow vom Anfang der 70er Jahre ab bestrebt gewesen ist, den Kaiser Alexander II. gegen die deutsche Politik zu verstimmen, und daß er zu diesem Behufe den falschen Alarm der Franzosen über unsere Kriegsabsichten im Jahre 1875 beförderte, indem er, nachdem der russische Botschafter zwecks Verabredung in St. Petersburg gewesen war, nach seiner und des Kaisers Ankunft in Berlin ein Circulartelegramm an die russischen Gesandtschaften schickte mit der Einleitung: „Maintenant la paix est assurée“, um dadurch in Paris den Eindruck hervorzurufen, als ob unsere Absicht, Frankreich anzugreifen, nur in Folge der russischen Intervention in Berlin aufgegeben worden sei. Diese Unehrlichkeit trug wesentlich dazu bei, daß die auf Rivalität beruhende Abneigung des Fürsten Gortschakow gegen den damaligen deutschen Reichskanzler einigermaßen gegenseitig wurde. Die deutschen Beziehungen zu Rußland und zum Kaiser Alexander II. wurden dadurch im Jahre 1875 noch nicht berührt; im Gegentheile

tadelte der Zar das Vorgehen des Fürsten Gortschakow. Eine Art Erkältung der Beziehungen fand erst statt, nachdem die Sondirung über die Frage, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges neutral bleiben würde, ohne befriedigendes Ergebniß geblieben war. Erst nachdem dies constatirt worden war, wandte sich die russische Diplomatie an Oesterreich und bahnte Verhandlungen an, welche das Abkommen von Reichsstadt mit der russischen Zustimmung zur Occupation Bosniens zum Ergebniß hatten.

* * *

Am 1. Juni hatte in Essen der Proceß gegen die Redacteure der ultramontanen „Westfäl. Volks.-Ztg." in Bochum, Fusangel und Lunemann, wegen der Artikel dieses Blattes über die Bochumer Steuereinschätzungsverhältnisse begonnen. Die Vernehmung von 80 Zeugen hatte ergeben, daß ihrer 49 um zusammen 233 Steuerstufen oder 396 000 Mark Einkommen und einen Steuerbetrag von etwa 10000 Mark unterschätzt worden waren. Die dem Fürsten Bismarck feindliche Presse verstand natürlich auch daraus wieder Capital gegen den Fürsten zu schlagen. Sie argumentirte: solche Unterschätzungen durch Begünstigung von den 49 Unterschätzten, wovon nicht weniger wie 16 Mitglieder des Bochumer Stadtcollegiums, hätten nicht vorkommen können, wenn die Declarationspflicht, die Selbsteinschätzung eingeführt gewesen wäre. Aber die hat Bismarck niemals gemocht; daraus folgt, daß er indirect die Schuld an den Bochumer Vorkommnissen trägt.

Daraufhin wird in den „Hamb. Nachr." vom 14. Juni (M.-A.) über des Fürsten Stellung zur Selbsteinschätzung Folgendes mitgetheilt:

> Gelegentlich der Zeitungserörterungen über den Bochumer Steuerproceß wird behauptet, Fürst Bismarck sei von jeher ein Gegner der Selbsteinschätzung, respective der Declarationspflicht gewesen. Das ist nicht wahr. Wenn nicht das Erscheinen der Fortsetzung des Poschinger'schen Werkes über den Fürsten Bismarck als Volkswirth inhibirt worden wäre, so würde man daraus ersehen haben, daß der Fürst die Selbsteinschätzung zuerst beantragt und damit unter dem Beistande des früheren Finanzministers von Scholz Anklang gefunden hat. In den ministeriellen Verhandlungen über die Steuerreform hat er keine Einwendungen gegen die Declarationspflicht an sich erhoben; seine Beanstandung der früher beabsichtigten Vorlagen beruhte in dieser Beziehung auf ganz anderen Gründen. Der Fürst hat jederzeit die Ansicht vertreten, daß, wenn einmal eine Reform der directen Besteuerung in Preußen in Angriff genommen würde, sie den Satz enthalten müsse, daß Zuschläge zu der Grund- und Gebäudesteuer in Zukunft nicht stattfinden dürften weder für communale, noch für kirchliche Bedürfnisse, weil durch solche Zuschläge die Ungleichheit der Besteuerung, wie sie in der bisherigen Staatssteuer

liege, in jedem Jahre und durch jeden Zuschlag erneuert werde. Der Fürst ging davon aus, daß das Einkommen aus Haus- und Grundbesitz einer doppelten Besteuerung unterliege und daß diese Steuern, da sie ohne Rücksicht auf die Schuldbelastung der Grundstücke und Häuser veranlagt würden, zur Leistungsfähigkeit der Besteuerten nicht im richtigen Verhältniß ständen.

Der Einwand des Fürsten bestand also darin, daß die Reform der directen Steuern nicht ohne Berücksichtigung der bisherigen Ueberlastung des Grundbesitzes und der Hauseigenthümer erfolgen dürfe und daß diese Berücksichtigung in der Abschaffung der Zuschläge, die auf der Basis dieses Mißverhältnisses zum Einkommen erhoben würden, zu erfolgen habe. Seine weiteren Amendements zu den damaligen Entwürfen gaben dem Verlangen Ausdruck, daß diejenigen Einkommen, welche ohne Arbeit flüssig wären, also die Erträge aus Besitz von Werthpapieren und andere Einnahmequellen, die ihren Besitzern jeden anderen Erwerb daneben gestatteten, um ein Procent höher herangezogen werden müßten als diejenigen Einnahmen, die durch Arbeit irgend einer Art erworben werden müßten. Ein weiterer und jahrelang vertretener Wunsch des Fürsten Bismarck ist dahin gegangen, daß die Einkommen aus ausländischen Papieren ebenfalls mit einem Zuschlage im Vergleiche mit denen aus inländischen Werthen zu belegen seien. Dies waren die Motive, welche den Ministerpräsidenten seinerzeit veranlaßt haben, nochmalige Prüfung und Abänderung der beabsichtigten Reformvorschläge zu beantragen. Aber unter allen Umständen ist er immer Vertreter der Selbsteinschätzung geblieben und hat für dieselbe wiederholt die Initiative ergriffen. Die Behauptung, er habe sie bekämpft, beruht sonach auf tendenziöser Erfindung. Gelangen die bezüglichen Ministerial-Acten einst zur öffentlichen Kenntniß, so zweifeln wir nicht, daß sie diese unsere Angaben im weitesten Umfange bestätigen werden.

Durch diese Bemerkungen veranlaßt, druckt der „Schwäbische Merkur" wenige Tage darauf einige Sätze aus einer Reichstagsrede des Fürsten vom 28. März 1881 ab, aus welchen hervorgeht, daß der frühere Reichskanzler zu jener Zeit ebenso wie jetzt für die Declarationspflicht war. Die betreffenden Ausführungen in der Rede lauten:

„Ich darf mich darauf berufen, daß ich bei einer früheren Gelegenheit, einer der ersten, wo die Steuerfrage zur Sprache kam, ein etwas weitgehendes Zukunftsprogramm, was angeblich von anderer Seite als Zukunftsmusik bezeichnet worden ist, vorgetragen habe, indem ich immer mir vorbehielt, die Einkommensteuer als ein Anstandsbedürfniß für die

wohlhabenden Classen in irgend einer Form beizubehalten, und nur dabei einen Unterschied zu machen in Zukunft zwischen demjenigen Einkommen, welches durch Arbeit, Unternehmungsgeist täglich erworben werden muß, und zwischen demjenigen Einkommen, welches die Natur einer Rente hat und entweder aus nicht selbst bewirthschafteten Grundstücken als regelmäßige Pacht fließt oder lediglich die Mühe des Couponabschneidens bedingt; und namentlich die letztere Classe des Einkommens ist bei uns in dem Maaße niedrig besteuert, daß darauf die Klagen des Herrn Vorredners, daß die Lasten den Reichen erspart und dem gemeinen Mann aufgewälzt werden, im höchsten Maaße Anwendung finden; denn alle diejenigen Arten der Besteuerung des Einkommens, die gerade die reichsten Classen, die Coupons schneidenden Classen treffen, sind in der Regel, meines Erachtens, wie es auch in der Natur dieser Revenuen liegt, die nicht aus einem offen an der Sonne liegenden Felde stammen, sondern schwer erkennbar sind, zu niedrig veranlagt; und da erwarte ich noch eine Fundgrube, so bald es gelingt, das System der Selbsteinschätzung mit eventuellen Conventionalstrafen einzuführen, die ich kaum für nothwendig halte, denn so sehr häufig, wie die meisten Finanzminister annehmen, sind bei uns die gebildeten Leute nicht, die für Geld lügen. Es muß früher mehr der Fall gewesen sein, sonst würden unsere Zollbehörden nicht so ängstlich sein, wenigstens Männern gegenüber nicht. (Heiterkeit.)

Ich muß sagen, ich habe von Jugend auf, so unbequem es mir war, an der Grenze auf die Frage: Haben Sie etwas Steuerbares bei sich? nie eine Unwahrheit über meine Lippen bringen können, so unbequem es mir war; und ich glaube, so wie ich fühlen die meisten Leute. Keiner wird sich der Ueberführung der Unwahrheit aussetzen. In den Hansestädten fungirt dieses System mit großer Anerkennung und wird, wie man sagt, mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt, und ich glaube, daß wir unseren hanseatischen Landsleuten in dieser Gewissenhaftigkeit keinen Vorsprung lassen würden, wenn es gelänge, dahin zu kommen. Dann aber bin ich überzeugt, daß die Einkommensteuer noch neue Quellen flüssig machen wird, die bisher unbekannt geblieben sind.

Also wenn der Herr Abgeordnete dafür mit mir thätig sein will, daß das Einkommen aus Coupons höher besteuert wird als bisher, und dadurch der arme Mann erleichtert, dann will ich sehr gern Hand in Hand mit ihm gehen.

* * *

Die Beschämung über den Undank, den Fürst Bismarck bei einem großen Theile des deutschen Volkes erfuhr, kam überall zum Ausdruck, wo Deutsche wohnen, nicht am leisesten im Auslande, wo des Fürsten erfolgreiches Schaffen

den deutschen Namen erst wieder zu Ansehen gebracht hatte. Zum Beweise dessen geben wir nach den „Hamb. Nachr." vom 16. Juni (M.-A.) einen Artikel wieder aus der in Buenos Aires erscheinenden „Deutschen La Plata-Zeitung". Er lautet:

Wenig mehr als ein Jahr ist vergangen, seitdem Fürst Bismarck aus dem Amte schied, das er beinahe ein Menschenalter hindurch zum Heil und Segen unseres Vaterlandes verwaltete, und wie haben sich seitdem die Zeiten geändert! Wahrlich, ein Gefühl tiefer Wehmuth und innerer Beschämung ergreift uns, wenn wir daran zurückdenken, was wir in dieser kurzen Spanne Zeit Alles erleben mußten; denn nie, nie hätten wir es für möglich gehalten, daß ein Theil unseres Volkes so schlecht dem Manne lohnen würde, der es mit Aufopferung des eigenen Selbst unter Einsetzung der ganzen Kraft seines gewaltigen Genius zur langersehnten Einigung führte, der den Jahrhunderte lang geträumten Traum zur Wirklichkeit machte und Deutschland auf die erste Stelle unter den Nationen des Erdballs erhob. Von der Stunde an, wo er den Kugeln Blind's wie durch ein Wunder Gottes entging und bald darauf auf Böhmens Schlachtfeldern Leben und Ehre einsetzte, reihen sich die Großthaten Bismarck's wie die Glieder einer Kette aneinander, als deren letztes wir die epochemachende Reichstagsrede vom Februar 1889 bezeichnen möchten, in welcher von seinen Lippen jener aus dem tiefsten Empfinden der deutschen Volksseele herausgerissene Ausspruch fiel: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst Nichts in der Welt!"

Kein Zeitungsblatt gab es damals im weiten Deutschen Reiche, welches den Fürsten Bismarck nicht in überschwänglichen Ausdrücken gefeiert, seine unerreichbare Größe als Staatsmann und Dolmetscher der nationalen Gefühle nicht anerkannt hätte. Selbst die Organe des extremsten Freisinns huldigten ihm, wenn auch widerwillig, so doch kaum minder enthusiastisch als ihre Collegen anderer Färbung. Und nun? Was hat der Fürst von Bismarck, der unerreichbare Staatsmann, der nicht nur Deutschland nach Außen hin geeinigt, sondern auch das noch viel schwerere Werk vollbracht, die Deutschen wirklich wieder zu Deutschen, aus dem schläfrigen Michel einen „ganzen Kerl" voll nationalen Selbstbewußtseins zu machen: was hat, so fragen wir, dieser Fürst von Bismarck, um den die Welt uns beneidet und den die Denkenden aller Nationen rückhaltslos als einen der größten Männer aller Zeiten anerkennen, seitdem gethan, daß die Presse einer sich deutsch nennenden Partei ihn begeifert und im blinden Wahne ihn von dem erhabenen Piedestal herunterzuzerren sucht, auf welches ihn seine Thaten stellten?

Ja, was hat er gethan? Der Fürst von Bismarck, gegen dessen innere Politik sich die gehässigen Angriffe jener Presse früher richteten, ist seit mehr als einem Jahre nicht mehr Reichskanzler, sondern einfacher Privatmann, nicht mehr Spender von Gunst und Gnaden, sondern ein in Ungnade ge-

fallener, entlassener Minister, den, wie er selbst sagt, die Höflinge meiden wie einen Pestkranken. Das hätte Denen, die ihn hassen, weil er ihnen zu groß war und ihre Pygmäengestalten mit der Wucht seiner Persönlichkeit erdrückte, genügen können und würde ihnen vielleicht auch genügt haben, wenn Bismarck nicht immer Bismarck geblieben wäre; derselbe Bismarck, nach dem seit drei Jahrzehnten die politische Welt als nach ihrem Pol schaute. Seinen Ruhm, der alle diese kleinen Geister tief in Schatten stellte, konnten sie ihm nicht nehmen, und es ärgerte sie, wenn nach wie vor das Ausland wie Inland gespannt nach Varzin und Friedrichsruh blickten, um auf die Orakelsprüche des großen Einsiedlers zu lauschen.

Sie, die bei jedem Anlaß mit dem „Männerstolz vor Königsthronen“ prahlen und nie müde werden, das unbedingte Recht der freien Meinungsäußerung auch für den geringsten aller Staatsbürger in Anspruch zu nehmen, dieselben, die ewig jeder Regierung Opposition machen, sie machten auf einmal dem Fürsten Bismarck ein todtwürdiges Verbrechen daraus, daß er als Privatmann nicht die Rolle des „stummen Hundes“ spielte, sondern seine Ansicht über politische Vorkommnisse und Regierungsmaßregeln kundgab, wann und wo es ihm angemessen erschien. Ja, sie gingen und gehen weiter. Sie, die Richter und Consorten, wollen den Fürsten Bismarck, diesen stärksten und festesten Hort, den das Königthum vielleicht in Europa besitzt, anklagen, die monarchische Idee geschädigt zu haben. Wahrlich, man müßte lachen, wenn die Sache nicht eine so ernste und traurige Seite hätte. Diese letztere besteht für uns vor Allem in der Wahrnehmung, daß es jenen Priestern des Hasses in der That gelungen ist, das Urtheil der Nation bis zu einem gewissen Grade zu verwirren. Denn wie wäre es sonst möglich, daß auch einzelne nationalliberale Blätter den Fürsten Bismarck glauben tadeln zu müssen, weil er zuweilen den einzigen ihm gegenwärtig offen stehenden Weg benutzt, um das deutsche Volk über seine Denkweise in Bezug auf wichtige politische Fragen zu unterrichten. Ist es sein Verbrechen, wenn er sich dabei in Opposition mit den gegenwärtigen Rathgebern unseres Kaisers befindet? Hat er weniger das Recht, seine Meinung zu äußern, wie Gladstone und Crispi, die sich im gleichen Falle befinden, oder wie Eugen Richter, der jeden Tag in seiner „Freisinnigen Zeitung“ gegen die Regierung zu Felde zieht?

Es ist traurig und beschämend für uns Deutsche, daß wir gezwungen sind, dieses Thema zur Sprache zu bringen, und dabei nicht umhin können, einen Theil der Nation der schreienden Undankbarkeit gegen den großen Mann anzuklagen. Dieser Umstand aber soll unserem Fühlen und Empfinden ihm gegenüber keinen Abbruch thun. Im Gegentheil. Wenn die dankbare Verehrung, mit der wir nach wie vor zu dem Fürsten Bismarck aufsehen, überhaupt noch einer Steigerung fähig wäre, so würde dieselbe sicherlich dadurch bewirkt werden, daß Fürst Bismarck sich heute, am Abend seines ganz dem

Vaterland geweihten Lebens auf niedrigste Weise und aus niedrigsten Motiven angegriffen sieht. Und auch dessen sind wir sicher, daß gerade die Deutschen im Auslande, die ihm sozusagen Alles schulden, Vaterland, Ansehen und Stellung, mit uns am heutigen Tage in unbegrenzter Dankbarkeit nach dem stillen Tusculum blicken werden, wo im hochragenden Eichenwald der große Gründer des Reiches einsam wandelt.

* * *

Die Landgemeindeordnung und das Einkommensteuergesetz war in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Form vom Herrenhause angenommen zur Freude der Liberalen, die der Fürst Bismarck nur halb theilt. In den „Hamb. Nachr.“ vom 18. Juni (M.=A.) heißt es:

> Zu den preußischen Reform=Gesetzen. Die „Kölnische Zeitung“ spricht ihre Befriedigung aus über die Verabschiedung der beiden preußischen Gesetze über Einkommensteuer und Landgemeindeordnung und erwähnt dabei, daß die Schwierigkeiten, die Landgemeindeordnung zu verabschieden, wider Erwarten größer gewesen seien, als sie für das Einkommensteuergesetz waren.
>
> Für uns war dies nicht wider Erwarten der Fall, und wir finden den Unterschied in dem Maaße der Schwierigkeiten zwischen beiden Gesetzen ganz natürlich. Das Einkommensteuergesetz entsprach einem vorhandenen Bedürfnisse; ob alle seine Einzelheiten nothwendig waren und in der öffentlichen Meinung Beifall finden, ist eine andere Frage. Im Principe aber war der Wunsch nach einer Reform und insbesondere der Glaube an die Richtigkeit der Selbsteinschätzung in der Bevölkerung weit verbreitet. Das Analoge kann man von der Landgemeindeordnung nicht behaupten und namentlich nicht in den bei dem Gesetze betheiligten Bevölkerungsgruppen der 7 östlichen Provinzen. Die Ermächtigung der Zusammenlegung von Guts= und Dorfgemeinden, soweit sie wünschenswerth ist, würde „Schwierigkeiten“ kaum in ausschlaggebender Bedeutung gefunden haben. Anders aber liegt es mit der Aenderung der Dorfgemeinde=Verfassung, welche durch die Erleichterung der Zusammenlegung nicht nothwendig bedingt war, mit der Minderung des Ansehens der Bauernschaften und mit der Parlamentarisirung und den sonstigen Neuerungen, welche das neue Gesetz über die Dorfgemeinden verhängt.
>
> Wir halten das Gesetz über die Landgemeindeordnung also für das minderwerthige. Der vollendeten Thatsache der Annahme des Gesetzes gegenüber kommen wir auf dasselbe nur zurück, um wiederholt zu constatiren, daß wir, mit der dissentirenden Minorität beider Häuser, uns frei fühlen von der Verantwortlichkeit für die Wirkungen dieser Reform, wie sie sich nach Verlauf einiger Jahre unserer Ueberzeugung nach auch in dem Bewußtsein der meisten derjenigen Politiker fühlbar machen

wird, welche dieses Gesetz zu Stande gebracht und dafür gestimmt haben. Wir sehen dabei einstweilen ganz ab von der Frage, welchen Nutzen die Socialdemokratie vermöge ihrer eminenten Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Wahlen aus den Gelegenheiten ziehen wird, welche das Gesetz ihnen eröffnet.

* * *

Am 21. Juni bringen, anknüpfend an eine Aeußerung der „Deutschen Revue", die „Hamb. Nachr." (M.-A.) eine interessante Mittheilung über das Zustandekommen der am 3. September 1866 vom Abgeordnetenhause mit großer Majorität (230 gegen 75 Stimmen) angenommenen Indemnitätsvorlage:

> In der „Deutschen Revue" sind kürzlich Mittheilungen „Aus dem Leben des Grafen Albrecht von Roon" veröffentlicht worden, worin auch die Indemnitätsfrage des Jahres 1866 berührt ist. Es wird unter Anderm gesagt:
>
> „Für Bismarck's Zustimmung war es jedenfalls entscheidend, daß er die versöhnlichen Anschauungen seines Monarchen genau kannte, und er hielt daher an dem Indemnitätsgesetze fest, obwohl viele seiner Anhänger und die Mehrzahl der Conservativen, im Lande sowohl wie in beiden Kammern, dringend abriethen und ein solches Nachgeben für verderblich hielten ... Es entsprach der Großmuth des großmüthigsten und gewissenhaftesten aller Könige, die je einen Thron geziert haben, diesen Schritt zu thun."
>
> Die Annahme, daß König Wilhelm seinerseits Bedürfniß nach Erlangung der Indemnität gezeigt hätte, ist irrthümlich. Der Monarch faßte die Sache mehr im Sinne eines ihm zugemutheten Eingeständnisses begangenen Unrechts auf, denn als formale Dechargirung. Er hat darüber nie Zweifel gelassen, daß er in ähnlichem Falle ebenso handeln werde. Diese Haltung entsprach seinen bekannten und mit größter Consequenz vertretenen Anschauungen über das Königthum; sicherlich wäre ihm persönlich nichts peinlicher gewesen, als das Platzgreifen der Auffassung, daß er sich in dieser Frage im Unrechte glaube und dem Landtage ein pater peccavi auszusprechen sich gedrungen fühle. Es hat der starken und wiederholten Betonung aller der politischen Gründe bedurft, welche dafür sprachen, in Preußen den Verfassungsstreit zu schließen und ihn nicht in die beabsichtigte nationale Neubildung mit den übrigen norddeutschen Staaten zu übertragen.
>
> Ob und in wie weit letztere möglich geworden wäre, wenn in Preußen der Riß zwischen der Krone und der parlamentarischen Opposition offen blieb, ist sehr fraglich; jedenfalls wären die Grundlagen des Norddeutschen Bundes, das Verhältniß zur Bevölkerung der annectirten

Länder und die Festigkeit dem Uebelwollen anderer Mächte gegenüber zweifelhaft geworden, wenn die Verstimmung zwischen dem König und dem Parlament aus formellen Gründen unvermittelt geblieben wäre. Das Staatsministerium stimmte diesen Erwägungen zu mit Ausnahme des Grafen Lippe, welcher dem Berichte an den König ein Separatvotum im entgegengesetzten Sinne beifügte.

Die Thatsache, daß das Ministerium im Uebrigen einstimmig und amtlich die Indemnität befürwortete, bestimmte schließlich den König, den betreffenden Antrag zu genehmigen, aber nicht ohne die Erklärung, daß er vorkommenden Falls in ähnlichen Situationen keine Möglichkeit sehen würde, anders zu verfahren als im Conflict geschehen war. Es gelang schließlich, den König zu überzeugen, daß das Wort Indemnität keine schlimmere Tragweite habe, als die eines Anerkenntnisses der Thatsache, daß sein Verfahren unter den obwaltenden Umständen nachträglich als einwandfrei anerkannt würde.

* * *

Eine nichtofficielle Begrüßung wurde dem Fürsten am 22. Juni in Friedrichsruh zu Theil seitens des Ziegler- und Kalkbrenner-Vereins. Auf die an ihn gerichtete Ansprache erwiderte der Fürst nach dem von den „Hamb. Nachr." vom 24. Juni (M.-A.) übernommenen Bericht der „National-Ztg." Folgendes:

Meine Herren! ich danke Ihnen für die Anerkennung, welche Sie mir haben zu Theil werden lassen, und für die gute Meinung, die Sie von mir haben. Wenn ich vielleicht nicht das Alles verdient habe, so bin ich doch bemüht gewesen, es zu verdienen, und war bestrebt, in dem von Ihnen angedeuteten Sinne zu handeln. Ich habe wenigstens das gute Gewissen, daß ich meine Schuldigkeit gethan habe zu jeder Zeit, und mehr kann von mir nicht verlangt werden, wenigstens nicht von einem ehrlichen Manne. Ihr Gewerbe war mir von Anfang an sympathisch, und ich habe mich von Jugend auf damit befaßt. Ein großer Theil meines väterlichen Vermögens ging allerdings verloren durch eine Ziegelei, welche mein Vater in der Nähe von Berlin besaß, so daß ich der Ansicht bin, daß man sich mit Ihrem Berufszweig nicht befassen soll, wenn man nicht eine durchdachte Anlage machen und sie mit richtiger, fachmännischer Leitung im Großen betreiben kann. Ich habe noch auf allen meinen Gütern Ziegeleien und bin da größtentheils mein Selbstabnehmer. Auf einer der beiden Ziegeleien in Varzin wird freilich auch verkauft, so daß ich dabei eben bestehe; es kommt, wie man zu sagen pflegt, gerade die Butter heraus. Auch hier in Friedrichsruh habe ich schon früher Versuche im Kleinen angestellt, jetzt steht dort das größere

Werk, das Sie Alle besichtigt haben und kennen, ich hoffe, daß es gedeiht! Hieraus sehen Sie, daß ich gewissermaßen ein College und Mitarbeiter von Ihnen bin.

Wenn Sie nun hervorgehoben haben, daß ich bestrebt gewesen, dem Lande den Frieden zu erhalten, so kann ich nur hoffen, daß man die Segnungen meiner Bestrebungen spürt. Ob die Industrie Nutzen davon hat, dafür vermag gerade Ihr Gewerbezweig Zeugniß abzulegen, denn wenn es einem gut geht, dann wird ihm der Rock leicht zu eng, und er läßt sich einen neuen machen. So ist es auch mit den Häusern, dann wird gebaut, und dazu braucht man Ziegel und Kalk. Aus diesem Grunde ist mir das Ziegler-Gewerbe immer ein Barometer gewesen für den Wohlstand aller anderen Industrien. Wenn die Ziegel gut verkauft wurden und die Ziegler sich wohl fühlten, dann war mir das gewissermaßen die Quittung darüber, daß meine Friedensbestrebungen Erfolg hatten.

Uebrigens bin ich auch Kalkbrenner. In Varzin verarbeitete ich einen Kalk, den ich aus meinen Wiesen gewinne, ein mit Muscheln, Mergelknollen durchsetztes Material. So bin ich auch nach dieser Richtung hin Ihr College. Nun, meine Herren, ich will hoffen, daß Sie auch weiterhin Veranlassung haben, zufrieden zu sein, dann habe ich auch die Gewährleistung für das Gedeihen der übrigen Gewerbe; deshalb wünsche ich Ihnen, daß das Barometer nicht sinkt, und möchte die Ehre, die Sie mir erwiesen haben, dadurch erwidern, daß ich ein Hoch ausbringe auf die deutschen Ziegler und Kalkbrenner: Der Ziegler- und Kalkbrenner-Verein lebe hoch, hoch, hoch!

* * *

Bei der Etatsberathung im preußischen Herrenhause war es am 18. Juni zu einer Auseinandersetzung zwischen dem conservativen Grafen Hohenthal und dem Reichskanzler von Caprivi gekommen. Jener hatte es bemängelt, daß Kundgebungen der Presse, in welchen Aeußerungen des Monarchen in geradezu beleidigender Weise in die öffentliche Debatte gezogen wurden, ohne Verfolgung blieben. Der Redner citirte Artikel der „Vossischen Ztg.", der „Kölnischen Ztg." u. s. w. Diesem Treiben müsse eine Ende gemacht werden durch eine schärfere Ueberwachung der Presse. Darauf antwortete der Reichskanzler: „Wenn der Vorredner der Justizverwaltung den Vorwurf gemacht hat, daß sie nicht aufmerksam die Preßausschreitungen verfolgt hat, so muß ich sagen, daß in der Presse täglich Dinge zu Tage befördert werden, die besser ungedruckt blieben, und zwar nicht blos in der vom Vorredner bezeichneten Presse, sondern auch in derjenigen, welche von weiter her inspirirt wird, von einer Gegend, zu welcher Graf Hohenthal vielleicht nähere Beziehungen hat als ich. Die Justizverwaltung hat

ihre Schuldigkeit gethan, wir bedauern oft selbst, daß die bestehende Gesetzgebung nicht immer genügt, um einzuschreiten. Ich möchte den Grafen Hohenthal auffordern, seine Aufmerksamkeit einer Novelle zum Preßgesetz zuzuwenden."

Zu diesem Wortwechsel bemerken am 24. Juni die „Dresdener Nachr.":

„Im Anschluß an die Ausführungen des conservativen Redners hat Herr v. Caprivi Gelegenheit genommen, von Artikeln zu sprechen, die ‚von weiterher inspirirt werden, von einer Gegend, zu der Graf Hohenthal vielleicht nähere Beziehungen hat, als ich sie habe,' und hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Artikel besser ungedruckt geblieben wären.

„Herr v. Caprivi hat nun zwar die anonyme Form für seinen eigenthümlichen Angriff gewählt, er hat den Schleier jedoch zu dünn gewebt, daß ein außergewöhnlicher Grad von Thorheit dazu gehören würde, in dem Mann, den der Pfeil treffen soll, nicht den Fürsten Bismarck zu erkennen. Es würde aber ein großer Irrthum sein, wenn der gegenwärtige Kanzler des Reiches der Ansicht wäre, daß er durch solche Zurechtweisungen seine Popularität im Lande fördert; es wäre ein fernerer Irrthum, wenn er annähme, daß die persönliche Autorität, welche er ja zweifellos besitzt, hinreichend sei, um die geschichtliche Autorität eines Bismarck in Vergessenheit zu bringen.

„Und glaubt der leitende Staatsmann in der That, Fürst Bismarck werde die pädagogische Mahnung gehorsamst einstecken? Muß er nicht vielmehr voraussehen, daß der Altreichskanzler mit der gleichen Entschiedenheit wie bisher sein Recht wahren werde, zu warnen, wo er glaubt, daß falsche Wege eingeschlagen werden?

„Man muthet es zwar gerade dem greisen Einsiedler stets von Neuem zu, selbst zu allen Gehässigkeiten gegen seine Person, zu allen Entstellungen seiner Politik zu schweigen; aber bisher hat diese sonderbare Zumuthung sich noch vom Regierungstische ferngehalten.

„Diese Stellungnahme ziert weder eine Regierung, noch würde sie, wenn sie sich im Volke festsetzte, der deutschen Nation zur Ehre gereichen. Fürst Bismarck hat stets in würdiger Sprache als ernster Patriot seine Pflicht gethan, gerade als nach seiner Entlassung manche Dinge ins Wanken geriethen; er soll es auch fernerhin thun, und er darf sicher sein, daß er den Dank jedes Patrioten finden wird, dessen Charakterfestigkeit nicht an der Sonne zerschmilzt."

* * *

Herr v. Caprivi weiß sich aber auch ohne die vom Grafen Hohenthal erbetene Novelle zum Preßgesetz zu helfen. Darauf läßt eine kurze Notiz schließen, die wir in den „Hamb. Nachr." vom 27. Juni (M.-A.) finden:

Die Empfindlichkeit der gegenwärtigen Regierung gegen die Presse scheint im Widerspruche mit der ursprünglichen Gleichgültigkeit allmählich

eine Steigerung erfahren zu haben; wenigstens muß man dies annehmen, wenn es, wie verlautet, richtig ist, daß Reclamationen bei anderen Bundesregierungen in Gestalt des Wunsches erhoben worden sind, es möge auf diejenigen Blätter, welche den Fürsten Bismarck in seiner gegenwärtigen Lage nicht hinreichend als Privatperson behandelten, eine locale Einwirkung geübt werden.

* * *

Strenge Zucht übt die Regierung des Herrn von Caprivi nun auch schon den Beamten gegenüber. Wie weit das geht, zeigt folgende Correspondenz der „Kreuz-Zeitung":

Siegen, den 24. Juni. Bei der letzthin hier abgehaltenen Haupt-Versammlung des Vereins deutscher Hüttenleute ereignete sich Folgendes: Die Herren Festtheilnehmer hatten sich nach beendigten Berathungen zu einem gemeinsamen Mittagessen versammelt, an welchem sich etwa 250 Herren betheiligten, u. a. auch der Regierungspräsident zu Arnsberg, Herr Winzer. Letzterer brachte den Toast auf den Kaiser aus, in welchen die Versammlung selbstverständlich begeistert einstimmte.

Nachdem noch mehrere Toaste ausgebracht worden waren, erhob sich der Ingenieur Makko von hier, um dem Fürsten Bismarck ein Hoch darzubringen. Redner bezeichnete als die edelste Tugend des Gemüths die Dankbarkeit; doch schon seinen nächsten Worten, es sei Pflicht, des Mannes zu gedenken — folgte, ehe noch ein Name genannt worden, brausender, lang anhaltender Beifall —, dem, so fuhr dann der Redner fort, wir alle, auch das Vaterland, den größten Dank schulden. Ich brauche ihn nicht zu nennen, ich richte Ihre Blicke nur auf die ehrwürdige Gestalt Kaiser Wilhelms und seines Kanzlers. Ihm, dem jetzt einsam im Sachsenwalde lebenden Herrn, ihm, unserem Ehrenbürger, dem Reichskanzler gelte das dreimalige Hoch.

Mit elementarer Gewalt, einem entfesselten Strome gleich durchbrausten nun die Hochrufe den weiten Raum, sich immer wieder erneuernd, das „Hoch soll er leben!" dreimal wiederholt gesungen. Der Eindruck war großartig, überwältigend, bis dann die Begeisterung ausklang in dem unsterblichen Liede Hoffmanns von Fallersleben: „Deutschland, Deutschland über alles!" Wir haben mancher festlichen Versammlung angewohnt, entsinnen uns aber nicht, einen derartigen Ausdruck der Gefühle für den Gegenstand allgemeiner Verehrung erlebt zu haben.

Als schließlich die Absendung eines Telegramms an den Fürsten Bismarck einstimmig von der Versammlung beschlossen wurde, erhob Herr Regierungs-Präsident Winzer hiergegen Einspruch: es würde ihn seine Stellung kosten, wenn er hierzu seine Zustimmung geben wolle. Und so unterblieb die Absendung des geplanten Telegramms.

Dazu wird den „Hamb. Nachr." aus Württemberg geschrieben:

„Die Versuche, die jetzt in Mode zu kommen drohen, aus Liebedienerei dem Fürsten Bismarck den Zoll der Dankbarkeit vorzuenthalten, erregen bei uns das Gefühl der Beschämung. Als in Schwäbisch Hall bei der im Juni stattgehabten Landesversammlung des Evangelischen Bundes das Hoch auf den Fürsten Bismarck ausgebracht wurde, da brach ebenfalls mit elementarer Gewalt die Verehrung für den Altreichskanzler aus, Liberale wie Orthodoxe, Laien wie Geistliche, Adelige wie Bürgerliche stimmten mit derselben Begeisterung ein. Keinem Einzigen kam dabei in den Sinn, eine Demonstration gegen die jetzige Regierung darin zu erblicken, daß der Toast auf den Fürsten jeden anderen an Beifall überbot. Bei aller Ehrerbietung vor der Regierung würden wir aber die Zumuthung, den Ausdruck unserer Huldigung dem Fürsten Bismarck vorzuenthalten, als Aufforderung zur Charakterlosigkeit betrachtet haben. Wir haben allerdings auch in Württemberg Beamte, die in vorzüglicher Witterung des Windes, der von Norden weht, auf einmal finden, es sei denn doch besser gewesen, daß Fürst Bismarck gegangen sei, aber daß sie ‚zum Abwinken' unsere Versammlungen besuchen, soweit sind wir bis jetzt doch noch nicht. Hätte auf der Versammlung in Schwäbisch Hall ein Beamter unserer Kundgebung für den Fürsten Bismarck einen Dämpfer aufsetzen zu müssen geglaubt, so hätten wir dem betreffenden Herrn bedeutet, wir wollten seiner Carriere durchaus nicht im Wege stehen und fänden es besser, wenn er ginge."

Diese württembergische Auslassung begleitet die Münchener „Allgem. Ztg." vom 11. Juli (A.-A.) mit folgenden Sätzen:

Wir können dieser Auffassung nur durchaus beipflichten. Der Siegener Fall war allerdings dazu angethan, in ganz Deutschland und darüber hinaus peinliches Aufsehen zu machen. Der Regierungspräsident war Gast des Vereins deutscher Hüttenleute, es stand ihm also gar nicht zu, auf die Absicht der Versammlung, dem Fürsten Bismarck einen Gruß zu senden, irgendwelchen Einfluß zu nehmen. Bedauerlich bleibt, daß die Versammlung sich einen solchen Einfluß gefallen ließ.

Wie wenig übrigens mit einem derartigen Verhalten den Anschauungen des Kaisers selbst entsprochen wird, hat Se. Majestät in Amsterdam zu erkennen gegeben, als er am Grabe des Admirals de Ruyter die Worte sprach: „Es ist ein großes Volk, welches so seine großen Männer ehrt." Da nun doch wohl Fürst Bismarck's Verdienste um Deutschland, vor allem aber um Preußen und das Haus Hohenzollern, wahrlich nicht geringer sind als die de Ruyter's um die Niederlande und das Haus Oranien, so liegt in den kaiserlichen Worten klar und deutlich ausgesprochen, daß die Deutschen sich als ein kleines Volk, klein an Charakter und Gesinnung erweisen würden,

wenn sie dem Lebenden die Dankbarkeit und Ehre versagen, welche andere Völker den Todten noch nach zweihundert Jahren erweisen. Oder sind etwa gleiche Gesinnungen dem Fürsten Bismarck gegenüber auch erst an seinem dereinstigen Grabe zulässig?

* * *

Zu der Mittheilung vom 27. Juni über Einwirkungen auf die Presse fügen die „Hamb. Nachr." vom 1. Juli (M.-A.) noch folgende:

> Der „Reichs-Anzeiger" enthält in seinem nichtamtlichen Theile folgende Mittheilung:
>
> „Eine große Anzahl von Zeitungen bespricht eine Mittheilung der ‚Hamb. Nachr.', wonach die deutsche Regierung bei anderen Bundesregierungen den Wunsch erhoben habe, es möge auf diejenigen Blätter, welche den Fürsten Bismarck in seiner gegenwärtigen Lage nicht hinreichend als Privatperson behandelten, eine locale Einwirkung geübt werden.
>
> Die Mittheilung der ‚Hamb. Nachr.' entbehrt jeder Begründung."
>
> Wir lassen dahingestellt sein, ob die Redaction des „Reichs-Anzeigers" über die vertraulichen Correspondenzen der Regierung mit ihren Bundesgenossen in der ganzen Ausdehnung genau unterrichtet ist; aber wenn sie es ist, so wissen wir nicht, warum sie die Berichtigung vorzugsweise gegen uns und nicht beispielsweise gegen das „Berliner Tageblatt" richtet, welches unter dem 27. v. M. Folgendes sagt:
>
> „Aus dieser Klage darf wohl gefolgert werden, daß der Hamburger Senat den Versuch gemacht hat, auf Herrn Dr. Hartmeyer in ähnlicher Weise einen Druck auszuüben, wie die bayerische Regierung unlängst — der Leser wird sich dessen erinnern — erfolgreich auf die ‚Münchner Allgemeine Zeitung' eingewirkt hat"

und unter dem 29. v. M.:

> „Man hat sogar Ursache anzunehmen, daß man, wie dies schon in München mit Erfolg geschah, um ein dort erscheinendes Bismarck'sches Organ in die Bahnen der kaiserlichen Politik zurückzuführen u. s. w."
>
> Das „Berliner Tageblatt" behandelt es also als eine der Oeffentlichkeit bekannte Thatsache, daß in München, wovon wir nichts wissen, Aehnliches geschehen sei, wie das, was wir nur generell und hypothetisch angedeutet haben. Wenn das „Berliner Tageblatt" dies als eine zweifellose Thatsache unumwunden behauptet, so möchten wir glauben, daß die Rectificirung des „Reichs-Anzeigers" bei dem „Berliner Tageblatte" eine richtigere Adresse fände, als bei uns. Wenn diese Adresse von der Redaction des „Reichs-Anzeigers" aber nicht benutzt, sondern auf uns übertragen wird, so werden unsere Zweifel über die Ausdehnung der Informationen besagter Redaction dadurch nur bestärkt.

Wenn das „Berliner Tageblatt" Recht hat mit seiner Angabe über Einwirkungen, die in München erfolgt wären, und die es als eine zweifellose Thatsache hinstellt, so ist doch die Frage nicht unberechtigt, ob nicht auch bei anderen Bundesregierungen ähnliche vertrauliche Eröffnungen stattgefunden haben. Man würde bei einer solchen Vermuthung immer nur die preußische, nicht die deutsche Regierung im Auge haben, welche letztere in dem Communiqué des nichtamtlichen „Reichs-Anzeigers" anderen Bundesregierungen gegenübergestellt wird. Außerdem werden solche vertrauliche Eröffnungen nicht nothwendig durch die Regierungen persönlich, sondern in der Regel wahrscheinlich durch die Leiter der officiösen Presse besorgt.

Die „Kölnische Zeitung" begleitet die Reproduction unseres Artikels mit der Bemerkung: „Wir können nur annehmen, daß diese Angabe einfach aus der Luft gegriffen ist." Wir haben kein Bedürfniß, uns über diese Frage mit der „Kölnischen Zeitung" in Erörterungen einzulassen, da unsere Andeutung nicht an ihre Adresse gerichtet war.

* * *

Den Artikel vom 14. Juni „Unsere Beziehungen zu Rußland" (vgl. oben S. 145 f.) hat die fortschrittliche Presse wieder zum Gegenstand ihrer Angriffe gemacht. Dagegen erklären die „Hamb. Nachr." vom 1. Juli (A.-A.):

Die fortschrittliche und gesinnungsverwandte Presse hat unsere Bemerkungen über die deutsch-russischen Beziehungen als „Wettkriechen vor Rußland" bezeichnet. Es ist leicht mit solchen Phrasen in die politischen Berechnungen hineinzutölpeln und durch Uebertreibungen dem zeitungslesenden Publicum den Eindruck zu machen, als hätte die gegnerische Presse Unsinn geschrieben. Unsere Beziehungen zu England und Rußland gleichmäßig friedlich und freundlich zu erhalten, wird jeder nicht händelsüchtige Politiker als Aufgabe der deutschen Politik anerkennen.

Zur Beantwortung der Frage, wie dieser Zweck zu erreichen sei, ist allerdings ein gewisses Augenmaaß für europäische Politik erforderlich, das wir bei den Redactionen der „Voss. Ztg.", der „Freis. Ztg.", der „Germania" e tutti quanti nicht suchen, welches aber für Denjenigen unentbehrlich ist, der über europäische Politik mitreden will. Die Entscheidung darüber, wie weit der einen oder der anderen der beiden großen Mächte, mit denen wir in Frieden und Freundschaft bleiben wollen, in jedem gegebenen Momente der europäischen Situation entgegengekommen werden kann, ohne das Mißtrauen der anderen zu erwecken, ist eine solche, an deren Lösung jeder Freund des Vaterlandes und des Friedens sich ohne vorgefaßte Parteimeinung ehrlich und vorsichtig betheiligen sollte und welche sich durch polternde Zeitungsartikel nicht lösen läßt.

Wir haben mit unserer Besprechung dieser Frage nur den Zweck verbunden, die Schonung unserer bisherigen Beziehungen nach beiden Seiten hin zu empfehlen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß es keine deutschen Interessen giebt, welche es für Freunde des Vaterlandes und des Friedens angezeigt erscheinen lassen, die guten Beziehungen zu den beiden Großmächten, zu Rußland sowohl wie zu England, nicht unparteiisch zu pflegen.

* * *

In der Presse tritt die wunderliche Behauptung auf, als am 3. Juli 1888 an Stelle des Staatsministers von Puttkamer Herr Herrfurth zum preußischen Minister des Innern ernannt worden sei, habe man diese Ernennung nur als provisorische angesehen; denn es habe die Absicht bestanden, Herrn von Puttkamer zurückzuberufen, Fürst Bismarck habe dies aber verhindert. Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." in der oben genannten Nummer:

In mehreren Blättern gelangt bei Erörterungen über Bedingungen, unter denen Herrn Herrfurth das preußische Ministerium des Innern seinerzeit provisorisch übertragen worden sei, die Auffassung zum Ausdruck, Fürst Bismarck habe die verabredete Zurückberufung des Herrn von Puttkamer mit Rücksicht auf die in Angriff genommene Reform der Landgemeindeordnung verhindert. Da Fürst Bismarck stets ein Gegner der letzteren war, entbehrt diese Unterstellung jeder Begründung.

In der M.-A. vom 4. Juli finden wir bezüglich derselben Angelegenheit noch folgende ganz bestimmte Erklärung:

Wenn der „Hamburgische Correspondent" in einer Besprechung der seinerzeit geplanten Reactivirung des Herrn von Puttkamer erwähnt, „Fürst Bismarck habe diesem Gedanken widerstrebt", so ist diese Bemerkung unwahr. Ein solches Widerstreben von Seiten des früheren Reichskanzlers hat niemals stattgefunden.

* * *

Den 3. Juli, den fünfundzwanzigsten Jahrestag der Schlacht bei Königgrätz, begrüßt die „Allg. Ztg." an diesem Tage (M.-A.) mit folgendem Artikel:

Fünfundzwanzig Jahre nach Königgrätz. Ein Vierteljahrhundert ist vorübergezogen seit jenem entscheidungsvollen 3. Juli 1866, der den großen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas bedeutet; ein Vierteljahrhundert, so reich an großen und größten Ereignissen, daß das lebende Geschlecht schier geneigt ist, den Tag zu vergessen, unter dessen Donnern das alte Europa zusammenbrach und ein neues Zeitalter gleich einem leuchtenden Morgenroth emporstieg. Am Abend des 3. Juli war die unselige Streitfrage zwischen Preußen und Oesterreich, zwischen Hohenzollern und Habsburg gelöst, und wenn schon um die Mittagsstunde der Chef des preußischen

Generalstabs dem königlichen Feldherrn sagen konnte: „Eure Majestät werden heute nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug gewinnen" — welch gewaltiger Ausblick in die Zukunft entrollte sich da während des noch so opferreichen zweiten Theiles der Schlacht für die gestaltende Kraft der preußischen Politik, ein Ausblick, welchen auf die Aeußerung Moltke's Fürst Bismarck sofort in die Worte zusammenfaßte: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es die alte Freundschaft mit Oesterreich wiederzugewinnen."

An dieser Aufgabe hat die preußische und deutsche Politik dann rastlos gearbeitet, unbeirrt durch alle Schwierigkeiten, welche ihr von innen und außen her, Anfangs nicht zum wenigsten durch Oesterreich selbst, bereitet wurden. Die mehrfachen Versuche Bismarck's, sich noch während des Krieges mit Oesterreich direct und unter Ausschluß der französischen Mediation zu verständigen, sind in neueren Publicationen ausführlicher zur Kenntniß der Zeitgenossen gelangt, ebenso daß es *sein* mäßigender Einfluß war, der im Gegensatz zu der Forderung der preußischen Generalität und den Wünschen des Königs den letzteren bewog, sowohl auf den Einzug in Wien als auf jede Schädigung der Integrität Oesterreichs zu verzichten.

Diese Thatsache darf heute in ein um so helleres Licht gesetzt werden jenem Verhalten eines großen Theiles der österreichischen und ungarischen Publicisten gegenüber, welcher den Fürsten Bismarck, nachdem er aus dem Amte geschieden und keinen ersichtlichen Einfluß mehr auf die deutsche Politik hat, in schmähsüchtig gehässiger Weise angreift, weil er in Sachen des Handelsvertrages sich verpflichtet glaubt, das heimische deutsche Interesse höher zu stellen als das des befreundeten Oesterreich-Ungarn, von seinem Standpunkte und nach seiner Erfahrung befürchtend, daß die von ihm geknüpfte und sorglich gehütete Freundschaft durch den Widerstreit wirthschaftlicher Interessen mit der Zeit in ihrer Festigkeit und Dauer beeinträchtigt werden könnte. Ob Fürst Bismarck hierin im Recht ist oder irrt — ist eine Frage, die erst von der Zukunft endgültig beantwortet und von den Zeitgenossen erst nach dem Bekanntwerden des Inhalts des Vertrages geprüft werden kann. Heute aber, am fünfundzwanzigsten Jahrestage von Königgrätz, möchten wir die Wiener und Pester Publicisten doch daran erinnern, daß dieser Bismarck immer noch der nämliche ist, welchen Wien im September 1879 mit rauschendem Enthusiasmus begrüßte und dessen weise vorschauende Staatskunst auch Oesterreich und seiner Dynastie manchen großen Dienst erwiesen, der mit den Pflichten gegen das eigene Vaterland irgend vereinbar war. Hätte er lediglich nach Popularität bei Heer und Volk gegeizt, so würde es ihm im Jahre 1866 ein Leichtes gewesen sein, sich zum Vertreter der Ansprüche seines Königs, der hochgespannten Erwartungen der Armee und des preußischen Volkes zu machen. In der Beschränkung zeigt sich der Meister. Der Dienst, welchen er damit Oesterreich und seinem Kaiserhause erwiesen, wiegt auf der Waage

der Geschicke des Kaiserstaates sicherlich erheblich schwerer als ein Handelsvertrag.

Lassen wir indeß diesen Gesichtspunkt zurücktreten, um mit um so größerer Befriedigung der Thatsache zu gedenken, daß der fünfundzwanzigste Jahrestag von Königgrätz umleuchtet ist von der Erneuerung des Bündnißvertrages zwischen den nämlichen drei Reichen, die sich damals als Gegner gegenüberstanden, und deren vertragsmäßige Einigung dem Welttheil seit mehr denn zwei Jahrzehnten einen zwar von manchen Gefahren bedrohten, aber schließlich ungestört gebliebenen und gesegneten Frieden erhalten hat. (Am 29. Juni hatte der Kaiser an Bord des Schnelldampfers „Fürst Bismarck", mit dem er in Begleitung der Kaiserin nach Helgoland fuhr, mitgetheilt, daß der Dreibund auf weitere sechs Jahre verlängert worden sei. D. Verf.) Kein Abschnitt der Geschichte weist zwischen so mächtigen Reichen Bündnisse von solcher Festigkeit und solcher Dauer auf, und indem Fürst Bismarck unter Schwierigkeiten ernstester Art durch den deutsch-österreichischen Bündnißvertrag vom 7. October 1879 den Grundstein zu der neuen festen Gruppirung der europäischen Mächte legte, hat er sich damit um alle Nationen, Freund oder Feind, deren Frieden dadurch behütet worden, ein bleibendes Verdienst erworben, welches dem Verdienste um das eigene Vaterland ebenbürtig zur Seite steht.

Von all den großen Männern, die der Lorbeer von Königgrätz schmückte, der Lorbeer eines Erfolges ohne Gleichen, ist Fürst Bismarck heute der einzige Lebende. Der königliche Feldherr, der Kronprinz, Friedrich Karl, Moltke, die commandirenden Generäle — alle sind sie aus dem Leben geschieden, und dem hochbetagten Staatsmann in Friedrichsruh wendet sich heute der dankerfüllte Blick aller Derer zu, welche — mit Wehmuth der Opfer des Krieges von 1866 gedenkend — in der Schlacht von Königgrätz doch die Wiege der Wiederherstellung deutscher Macht und Größe, des Ansehens des deutschen Namens unter den Völkern der Erde erblicken. Unter den Tausenden, welche am Abend des 3. Juli siegesfroh nach dem regenschweren Tage in das aufflammende Abendroth geschaut und denen die Wiederkehr dieses Tages heute zu erleben vergönnt ist, ist wohl Keiner, der nicht mit Stolz und Dankbarkeit des Staatsmannes gedächte, dessen Feder nicht verdarb was das Schwert gewann, im Gegentheil die Wunden, welche das Schwert geschlagen, so wunderbar zu heilen wußte.

Im verbündeten Oesterreich wird der Tag von Königgrätz manche Erinnerung der Trauer, aber kein Gefühl der Bitterkeit gegen den Sieger von damals wachrufen, der heute der treueste Freund und Verbündete des Kaiserhauses ist. Im Herbste dieses Jahres wird Kaiser Wilhelm den Waffenübungen des österreichischen Heeres beiwohnen — voller und schöner konnte die preußische Staatskunst die Aufgabe nicht lösen, die sie sich noch unter

dem Donner der Schlacht gestellt: die alte Freundschaft wieder zu knüpfen. Mächtig und blühend hat die habsburgische Monarchie sich seit jenem Tage entfaltet, der sie in ihren Grundvesten erschütterte; neidlos und mit aufrichtiger Sympathie begleitet Kaiser Franz Josef das Aufsteigen Deutschlands; in den Tagen schmerzlichster Trauer des Drei Kaiser-Jahres hat er in Treue und Trauer zu uns gestanden. Einem mächtigen Baum vergleichbar, der mit edlem Blute gedüngt seine Wurzeln von Jahr zu Jahr fester einsenkt, Zweige und Aeste mit einer immer volleren und reicheren Krone umspannend, ist das Deutsche Reich in diesen 25 Jahren aus dem 3. Juli 1866 emporgewachsen; möge der Pflege dieses Baumes, möge der Hut so theurer Güter niemals jene Altersweisheit, gepaart mit heldenmüthiger Jugendkraft, fehlen, welche, indem sie mit kluger und fester Hand die Palme des Friedens in den Lorbeer des Sieges flocht, uns das Reich erbaute.

In treuem Gedenken tritt die Nation heute an die vielen theuren Gräber, an jene auf der Wahlstatt von Königgrätz, an die Königsgruft in Charlottenburg, in der Friedenskirche zu Potsdam, und wo immer sie gebettet liegen, deren Namen Deutschlands Stolz bleiben, und weiht in ernster Erinnerung diesen Gedenktag mit dem Weihespruch der beiden großen Siegesdenkmale: Den Gefallenen zum Gedächtniß, den Lebenden zur Anerkennung, künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung!

* * *

Bezüglich des vom „Reichsanzeiger" veröffentlichten Dementis über Beeinflussung der dem Fürsten Bismarck freundlichen Presse durch die Einzelregierungen führen die „Hamb. Nachr." vom 4. Juli (M.-A.) aus:

> Fürst Bismarck und die Presse. Der „Reichsanzeiger" hatte neulich die Vermuthung unseres Blattes, daß von Berlin aus Schritte geschehen seien, um in anderen Bundesstaaten eine locale Einwirkung auf diejenigen Blätter zu veranlassen, welche den Fürsten Bismarck in seiner gegenwärtigen Lage nicht hinreichend als Privatperson behandelten, für unbegründet erklärt. Unsererseits war erwidert worden, es müsse dahingestellt bleiben, ob die Redaction des „Reichsanzeigers" über die vertraulichen Correspondenzen der Regierung mit ihren Bundesgenossen in der ganzen Ausdehnung genau unterrichtet sei. Gegen diese unsere Zweifel wendet sich der „Hamb. Corresp." wie folgt:
>
> „Es liegt doch in der Natur der Sache, daß der ‚Reichsanzeiger' als Publicationsorgan der Reichsregierung über derartige Dinge besser unterrichtet sein muß als die ‚Hamb. Nachr.', weil er eben von allein zuständiger Seite informirt wird. Wenn unsere ehrenwerthe hiesige Collegin sich außerdem darüber wundert, daß der ‚Reichsanzeiger' sein Dementi nicht gegen das ‚Berliner Tagebl.', welches die betreffende Notiz der

„Hamb. Nachr.‘ abdruckte und mit Zusätzen versah, gerichtet hat, so ist dabei zu bemerken, daß mit Recht nur die Quelle der falschen Mittheilung getroffen werden sollte.“

Trotz dieser allem Anschein nach officiösen Auslassung können wir doch nicht daran glauben, daß der „Reichsanzeiger“ in dieser Angelegenheit so genau unterrichtet gewesen ist, wie es für sein kategorisches Dementi erforderlich war. Die Frage, ob das „Berliner Tagebl.“ mit seinen Angaben über die in München stattgefundenen Einwirkungen recht berichtet habe, umgeht der officiöse Artikel des „Hamb. Corresp.“. Wenn dies aber der Fall wäre, so wäre doch allein schon dieser im „Berliner Tagebl.“ als bekannt bezeichnete Vorgang ausreichend, um unsere Anregung der Frage, ob bei den verbündeten Regierungen eine Einwirkung auf die Presse angeregt worden sei, allein genügend, um nachzuweisen, daß hier von „falschen Mittheilungen“ überhaupt nicht die Rede ist. Wir möchten dem „Reichsanzeiger“ empfehlen, sich darüber mit dem „Berliner Tagebl.“ auseinanderzusetzen anstatt mit uns. Wären die vom „Reichsanzeiger“ bisher nicht bestrittenen Behauptungen des „Berliner Tagebl.“ richtig, so würde das officiöse Dementi unserer Andeutungen auch äußerlich als unrichtig erwiesen sein.

Es verdient übrigens Beachtung, daß das Organ des Herrn Sonnemann, die demokratische „Frankfurter Ztg.“, dem officiösen Artikel des „Hamb. Corresp.“ lebhaft secundirt. Das Frankfurter Blatt schreibt:

„Die Redaction des ‚Reichsanzeigers‘ hat keine Meinung, sondern ein Amt, sie hat mitzutheilen, was die Regierung sagen will; sollte man das in Friedrichsruh wirklich nicht wissen? Die Regierung aber, die des Reiches sowohl wie die Preußens, wird doch wohl über die vertraulichen Correspondenzen, die sie mit anderen Regierungen führt, in der ganzen Ausdehnung genau unterrichtet sein. Nicht minder naiv ist es, wenn das Bismarck'sche Organ fragt, weshalb der ‚Reichsanzeiger‘ jenes Dementi gerade an seine Adresse gerichtet habe. Das Dementi galt weniger der falschen Nachricht, als der Stelle, von der diese ausgegangen war, und dafür hat die Regierung die richtige Adresse gewählt.“

Die „Frankfurter Ztg.“ übersieht ebenso wie der „Hamb. Corresp.“, daß die amtliche Eigenschaft des „Reichsanzeigers“, auf die sie sich stützt, über den amtlichen Theil des Blattes nicht hinausreicht. Im nichtamtlichen Theile, in dem das Dementi stand, äußert sich der Redacteur des „Reichsanzeigers“ nicht mehr und nicht minder als Privatperson, wie der Fürst Bismarck, dem man unter Hinweis auf diese Eigenschaft das Recht, seine Meinung zu äußern, zu verkümmern versucht.

Daß die Redaction des nichtamtlichen Theiles des „Reichsanzeigers“ über alle Vorgänge innerhalb und außerhalb des amtlichen Verkehrs der Regierung stets genau unterrichtet ist, bezweifeln wir generell; jedenfalls vermögen wir in dem gegen uns gerichteten Dementi eine amtliche Kundgebung der Regierung nicht zu erblicken, und zwar nicht sowohl, weil die betreffende Notiz im nichtamtlichen Theile des „Reichsanzeigers“ gestanden hat, als vielmehr deshalb, weil ihre Fassung den amtlichen Charakter derselben auszuschließen scheint. Es wird darin bestritten, daß die deutsche Regierung bei anderen Bundesregierungen die betreffenden Reclamationen erhoben habe. Eine deutsche Regierung aber existirt nicht; es giebt nur die verbündeten Regierungen, welche unmöglich bei sich selbst Vorstellungen in dieser Sache erhoben haben können. Will man nicht annehmen — und wir thun es nicht —, daß die amtlichen Organe der Regierung die peinliche Sorgfalt, welche früher darauf verwandt wurde, die amtliche Sprache stets correct und in Uebereinstimmung mit den verfassungsmäßigen Zuständen zu erhalten, nicht mehr beobachten, so bleibt nichts übrig, als das Dementi im „Reichsanzeiger“ als Privatleistung der nichtamtlichen Redaction des Blattes aufzufassen.

Das „Berliner Tagebl.“ hatte behauptet, derartige Einwirkung sei durch Vermittelung der bayerischen Regierung mit Erfolg ausgeübt auf die Haltung der Münchener „Allgem. Ztg.“. Diese giebt nun darüber am 3. Juli (M.=A.) folgende Erklärung ab:

„Zwischen den ‚Hamb. Nachr.‘ einerseits dem ‚Reichsanzeiger‘ und dem ‚Berliner Tagebl.‘ andererseits hat sich ein Streit über die Behauptung des erstgenannten Blattes entsponnen, daß von Berlin aus bei einzelnen Bundesregierungen eine Einwirkung dahin versucht worden sei, auf diejenigen Zeitungen, welche den Fürsten Bismarck nicht hinreichend als Privatmann behandeln, einen localen Einfluß zu üben. Das ‚Berliner Tagebl.‘ behauptet dabei wiederholt, daß dies bei der ‚Allgem. Ztg.‘ ‚bereits mit Erfolg geschehen sei‘, während der ‚Reichsanzeiger‘ jede derartige Einwirkung in aller Form in Abrede stellt. Die ‚Hamb. Nachr.‘ bezweifeln die genügende Ausdehnung der Information des ‚Reichsanzeigers‘. Es scheint in der That, daß der letztere in dieser Sache nicht genügend unterrichtet ist, und wir wiederholen, daß nach unserem Dafürhalten sein Dementi wohl mehr gegen die Form, als gegen den Inhalt der fraglichen Mittheilungen der ‚Hamb. Nachr.‘ gerichtet sein wird.

„Die Behauptung des ‚Berliner Tagebl.‘, daß auf die ‚Allgem. Ztg.‘ betreffs ihrer Haltung dem Fürsten Bismarck gegenüber ‚mit Erfolg eingewirkt worden sei‘, weisen wir auf das Entschiedenste zurück. Für die ‚Allgemeine Zeitung‘ bestand und besteht kein Anlaß, ihre von dankbarer Verehrung bestimmte

Haltung in Bezug auf den Fürsten Bismarck zu ändern. Ihre absolute Unabhängigkeit nach allen Seiten hin gestattet ihr das Beharren auf ihrer Ueberzeugung auch dann, wenn dieselbe der Regierung unangenehm sein und sie in Gegensatz zu letzterer bringen sollte. Da die ‚Allgemeine Zeitung' aber nicht, wie ihr vielfach vorgeworfen wurde, principielle Opposition gegen die Regierung in Preußen und dem Reich macht, so unterstützt sie, wo es irgend mit ihrer Ueberzeugung vereinbar ist, deren Maaßnahmen. Sie wünscht, dies noch recht oft thun zu können, unbeschadet ihrer Verehrung für den Fürsten Bismarck und des Rufes ihrer Unabhängigkeit."

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." vom 4. Juli (A.-A.):

> Die Erklärung läßt die unsererseits gegen das Dementi des „Reichsanzeigers" erhobenen Bedenken um so begründeter erscheinen.
>
> Uebrigens hat die Preßdiscussion über die fraglichen Einwirkungen einen neuen Beweis für die „Gesinnungstüchtigkeit" der fortschrittlichen und verwandten Presse geliefert. Wenn früher auch nur das Geringste über solche Einwirkungsversuche auf die Presse bekannt geworden wäre, würde sofort auf der ganzen Linie, von der „Voss. Ztg." bis zur „Frankfurter Ztg." und zur „Volks-Ztg.", ein gewaltiger Entrüstungssturm gegen „solche Versuche zur Beschränkung der Preßfreiheit" zum Ausbruch gelangt sein. Heute rührt sich keine Feder, und die tapferen Mannesseelen unserer Linken, die in der Presse das Wort führen, suchen Deckung hinter dem Dementi des „Reichsanzeigers". Wir unsererseits haben nie eine hohe Meinung von den Charaktereigenschaften der fortschrittlichen Presse gehabt, jetzt sind wir der Ansicht, daß unsere Ansicht auch von den anständigeren Elementen der freisinnigen Bevölkerung getheilt werden wird.

* * *

Die antibismarckische Presse, die ja jetzt zum großen Theil mit der regierungsfreundlichen identisch ist, hat die Bekämpfung der preußischen Landgemeindeordnung in den „Hamb. Nachr." als sehr unbequem empfunden, aber einen Weg ausfindig gemacht, auf dem das Blatt wenigstens theilweise zum Schweigen gebracht werden könnte: wie kommt das Hamburger Blatt zu dem Vorwitz, sich in preußische Angelegenheiten zu mischen? Man höre die „Hamb. Nachr." selbst darüber. In der A.-A. vom 7. Juli heißt es:

> Der „Rheinisch-Westfäl. Ztg." wird anläßlich verschiedener Preßangriffe auf die „Hamburger Nachrichten" aus Berlin, 5. Juli, Folgendes geschrieben:
>
> „Wie blind unter Umständen der Diensteifer und das Bestreben, im Kampfe gegen den Fürsten Bismarck an der Spitze zu marschieren, selbst ernsthafte Blätter werden läßt, hat sich dieser Tage gezeigt, als die

Frage aufgeworfen werden konnte, wie denn eigentlich ein nichtpreußisches Blatt, z. B. die „Hamburger Nachrichten', dazu käme, sich in die Besprechung preußischer Landtagsfragen zu mischen. Verschiedentlich ging man so weit, zu erklären, Fragen wie der preußischen Landgemeindeordnung gegenüber habe sich Hamburg als Ausland zu betrachten. Wenn früher ein bayrisches, sächsisches oder badisches Blatt sich auf denselben Standpunkt gestellt hätte, wäre es von dem jetzt auf einmal den preußischen Particularismus Hamburg gegenüber ausspielenden Organe für directe und indirecte Bismarckhetze schön zugedeckt worden. Immerhin ist es nicht undenkbar, daß das neue System Schule macht. Wir werden dann zu gewärtigen haben, daß für die Besprechung von Angelegenheiten anderer Einzelstaaten als Preußen in Berliner Blättern von München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe aus bestens gedankt wird."

Damit würden, wenigstens in Bezug auf die Presse, die Schranken, wie sie zur Zeit des Frankfurter Bundestages in dem „geographischen Begriffe" Deutschland bestanden, ja glücklich wieder aufgerichtet sein! Wer noch einer Belehrung darüber bedurft hat, wohin die deutschen Preßpatrioten, die ihre höchste Aufgabe in der Bekämpfung des Gründers des Deutschen Reiches erblicken, von dem Verhängniß, dem sie anheimgefallen sind, nothwendig gedrängt werden müssen, der kann sie in diesem einen Beispiele finden.

Der Berliner Correspondent der „Rheinisch-Westfäl. Ztg." scheint übrigens nicht nur gesundes Urtheil zu besitzen, sondern auch über Preßangelegenheiten im Speciellen gut unterrichtet zu sein. Am Schlusse seines Briefes giebt er der Komik der Sachlage Ausdruck, welche darin besteht, daß während sich die „ganze Entrüstung der in Servilität aufgehenden Preßorgane" gegen die „Hamburger Nachrichten" wende, weil diese ab und zu auf den Fürsten Bismarck zurückzuführende Auslassungen über preußische Verhältnisse brächten, das andere Hamburger Blatt, der „Hamb. Corr." fast ausschließlich und ununterbrochen preußisch-officiöse Berliner Artikel publicire, ohne daß die gegen die „Hamb. Nachr." entfesselte Preßmeute an der hamburgischen Eigenschaft des „Corresp." irgendwie Anstoß nehme.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch die Bemerkung einschalten, daß, wenn die Regierung von ihrer ursprünglichen Auffassung, auf eine officiöse Presse verzichten zu können, im weitesten Umfange zurückgekommen zu sein scheint, wir unsererseits ihr daraus durchaus keinen Vorwurf machen. Wir sind von Anfang an überzeugt gewesen, daß der „Reichsanzeiger" für das publicistische Bedürfniß der Regierung nicht ausreicht; wir finden es ebenso nützlich wie berechtigt, daß die Regierung sich eine Anzahl von Blättern für die Verbreitung und Vertretung von Regie-

rungsauffassungen zugänglich gemacht hat. Auch erregt es keineswegs unsere Entrüstung, wenn andererseits Versuche gemacht werden, um unbequeme Preßstimmen zum Schweigen zu bringen. Nur ist es unser Recht, solche Vorgänge zur Discussion zu stellen, wenn dies zur Beseitigung irriger Anschauungen in der öffentlichen Meinung nothwendig erscheint.

Zwei Tage später (9. Juli, A.-A.) finden wir in den „Hamb. Nachr." noch folgende kleine Notiz:

Der „Hamb. Corr." sucht sich aus der fatalen Lage, in die er durch die neuliche Berliner Mittheilung der „Rheinisch-Westf. Ztg." über seine Officiosität gerathen ist, dadurch herauszuwinden, daß er uns „wissentlich falsches Citiren" vorwirft. Wir haben überhaupt nicht „citirt", sondern nur gesagt, der betreffende Passus gäbe der Komik der Sachlage Ausdruck, welche darin bestehe, daß man den „Hamb. Nachr." ihre Besprechung preußischer Angelegenheiten verarge, während der „Hamb. Corr." fast ausschließlich preußisch-officiöse Artikel bringe, ohne daß die Preßmeute gegen ihn entfesselt werde. Daß dies der allein mögliche Sinn der betreffenden Ausführungen in der Correspondenz der „Rheinisch-Westfäl. Ztg." ist, wird weder ihr Verfasser noch der „Hamb. Corr." leugnen können. Die Beschuldigung, die der „Hamb. Corr." gegen uns erhebt, ist daher eine bloße Verlegenheitsausflucht, dazu bestimmt, die öffentliche Meinung irre zu führen.

* * *

Gegen den „Hamb. Corr." wendet sich in der Hauptsache auch der folgende Artikel der „Hamb. Nachr." vom 12. Juli (M.-A.). Wir nehmen ihn deshalb vorweg.

Fürst Bismarck und die Presse. Die officiösen Organe sind bemüht, dem Fürsten Bismarck nachzuweisen, welche Fehler er auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gemacht habe und daß er die Lage der Dinge namentlich in Bezug auf England und Rußland verkenne. In einem Artikel der Wiener „Neuen Freien Presse" war dieser Tage gesagt worden, so sehr man die Staatskunst des Fürsten Bismarck bewundern möge, so habe doch die mangelnde Pflege des Verhältnisses zu England unleugbar deren schwache Seite gebildet. Der Berliner officiöse Telegraph hat es für seine Aufgabe erachtet, diese Ausführungen des Wiener Blattes weiter zu verbreiten. Es ist das für uns ein Beweis, daß das Berliner Preßbureau doch nicht immer politisch genau über die Lage der Acten informirt wird, sonst würde es wissen, daß die wohlwollenden Beziehungen, die heute zwischen England und Italien bestehen und einen Schutz der italienischen Küsten durch englische Schiffe möglich erscheinen lassen, lediglich auf Fundamenten beruhen, die zur Zeit des ersten

Reichskanzlers gelegt wurden, welcher durch deutsche Vermittelung die Annäherung und die gegenseitige Aussprache des italienischen und des gegenwärtigen englischen Cabinets herbeiführte.

Auch der „Hamburgische Correspondent" hält sich für verpflichtet, dem Begründer des Deutschen Reiches gute Lehren über auswärtige Politik zu ertheilen. Das hiesige Blatt läßt sich angeblich aus St. Petersburg, in der That wohl aus Berlin, einen Bericht schicken, worin gesagt wird, aus den Bemerkungen, womit das leitende slawophile Organ, die „Nowoje Wremja", die auf die Rückwirkung der deutsch-englischen Intimität auf Rußland bezüglichen Artikel der „Hamburger Nachrichten" begleite, könnten Fürst Bismarck und alle Diejenigen, die in Deutschland unbegreiflicher Weise den Glauben an eine dauernde Verständigung mit Rußland hegten, ersehen, daß man an der Newa alles Entgegenkommen nur für „Kniffe" halte und an ein aufrichtiges Eingehen auf eine freundschaftliche Politik beider Staaten zu einander nicht denke.

Wir sind überzeugt, daß Fürst Bismarck, wenn er eine ähnliche Warnung zur Zeit als er noch Minister war, erhalten hätte, für diese belehrende Abhülfe seiner Unbekanntschaft mit der russischen Politik sehr dankbar gewesen sein würde, obschon wir unsererseits niemals den Eindruck gehabt haben, daß er an eine „dauernde" Verständigung mit irgend einer Großmacht in einem der fünf Welttheile so fest geglaubt hätte, daß er nicht auch für den Fall eines Wechsels in unseren auswärtigen Beziehungen seine Rechnung gemacht hätte. In die Annahme seines „unbegreiflichen" Glaubens an eine dauernde Verständigung mit Rußland paßt uns namentlich seine Reise nach Wien und sein Eintreten Kaiser Wilhelm I. gegenüber für die dauernde Verständigung mit Oesterreich nicht ganz genau; aber wir bezweifeln, wie gesagt, nicht, daß der frühere Kanzler, wenn er noch im Amte wäre, aus dem „Hamburgischen Correspondent" und der „Nowoje Wremja" viel lernen könnte.

Wir haben uns noch in einem anderen Punkte mit dem „Hamb. Corr." auseinander zu setzen. Derselbe spricht von den „Hamburger Nachrichten" niemals anders, als von dem „hiesigen Bismarckorgane". Wir wissen die uns damit erwiesene Ehre zu schätzen und erwidern sie, indem wir unserer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der „Correspondent" das hiesige officiöse Organ der Berliner Regierung ist. Der „Hamb. Corr." wird nach unserer Ansicht nicht nur von den bekannten Berliner Preßstellen des neuen Regimes bedient, sondern er ist nach unseren Wahrnehmungen sogar dasjenige Blatt, welches zur Zeit aus den ministeriellen Vorzimmern in Berlin am meisten gespeist wird. Der Grund hiervon liegt auf der Hand. Der „Hamb. Corr." hat ja neulich auch selbst zugegeben, daß er zuweilen informatorisches Material aus

Instanzen des neuen Regimes erhalte, aber die Verarbeitung dieses Materials erfolge von seinen „honorirten" Mitarbeitern selbstständig und nach dem Ermessen der Redaction. Daß der „Hamb. Corr." die Berliner Mittheilungen, von denen er spricht, auch noch bezahlt, überrascht uns; wir haben bisher geglaubt, daß sie vielmehr von zahlenden Correspondenten herrührten, d. h. von solchen, die mit Mittheilungen aus den Ministerien und Aemtern zahlen. Jedenfalls wird die Officiosität der betreffenden Artikel des „Hamb. Corr." dadurch nicht aufgehoben, und noch weniger ist aus der Remuneration, die der „Correspondent", wie er sagt, seinen Berliner Mitarbeitern gewährt, ein sicherer Schluß auf die Stellung jedes einzelnen derselben zu ziehen. Auch würden die immer wiederkehrenden und vom Zaune gebrochenen Angriffe auf den Fürsten Bismarck und dessen Politik, zu denen sich der „Hamburger Correspondent" von Berlin aus gebrauchen läßt, nicht zu verstehen sein, wenn das Blatt dazu nicht durch die Beziehungen zu seinen bezahlten und unbezahlten Berliner Mitarbeitern veranlaßt würde. Als Hamburgisches Blatt hätte der „Correspondent" keinen Anlaß zu einem Verhalten, das mit der hiesigen öffentlichen Meinung schwerlich übereinstimmt.

Bei dieser Gelegenheit mag folgende Notiz ihre Erledigung finden, die dieser Tage in verschiedenen deutschen und außerdeutschen Blättern zu lesen war:

„Den Hamburger leitenden Kreisen scheint das Gebahren der ‚Hamburger Nachrichten, unbequem zu werden. Wenigstens bemerkt heute der ‚Hamburger Correspondent' an hervorragender Stelle, die ‚Hamburger Nachrichten' seien durch ihre Fronde gegen die preußische und die Reichsregierung in Gegensatz zum Senat und zur Hamburgischen Handelswelt getreten."

Wir haben die dieser Mittheilung zu Grunde liegende Glosse des „Hamburgischen Correspondent" bisher unbeachtet gelassen. Da dieselbe aber ersichtlich tendenziös weiter verbreitet wird, so bemerken wir für auswärtige Leser — für die Hamburgischen bedarf es einer solchen Erklärung nicht —, daß der „Hamburgische Correspondent" weder ein officielles noch ein officiöses Organ der Hamburgischen Regierung ist, und daß die Letztere, da bekanntlich Preßfreiheit herrscht, keinem der großen und kleinen Blätter Hamburgs die Vertretung des ihm richtig dünkenden politischen Standpunktes zu verhindern Veranlassung haben kann, sich auch erklärlicher Weise nicht darüber zu äußern pflegt, ob die Haltung dieses oder jenes Blattes ihren Beifall hat oder nicht.

* * *

Schon in einem Artikel vom 3. Juni (siehe oben S. 133 f.) hatten die „Hamb. Nachr." darauf hingewiesen, daß von Oesterreich aus bereits früher ver-

gebliche Versuche gemacht worden seien zur Herbeiführung eines engeren wirthschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland. Und oft genug ist betont worden, daß Fürst Bismarck mit Rücksicht auf das zwischen beiden Ländern bestehende politische Bündniß eine engere wirthschaftliche Verbindung gerade nicht für wünschenswerth gehalten hat und noch hält. Daran knüpft auch der folgende Artikel der „Hamb. Nachr." vom 11. Juli (M.-A.) wieder an:

Fürst Bismarck und Oesterreich. Eine große Anzahl von Zeitungen druckt einen Berliner Brief der „Münchener Neuesten Nachrichten" ab, der sich mit dem Abschlusse des deutsch-österreichischen Bündnisses im Jahre 1879 befaßt. Es wird darin u. A. gesagt, Fürst Bismarck habe mehr als ein Vertheidigungsbündniß mit Oesterreich-Ungarn beabsichtigt, er hätte auf Herstellung einer engen wirthschaftlichen Gemeinschaft hingewirkt; es sei aber das in Deutschland eben angenommene Schutzzollsystem gewesen, welches der Handelsgemeinschaft mit Oesterreich entgegengestanden habe.

Wir haben nicht gehört, daß dies in Deutschland die allgemeine Meinung sei; im Gegentheil sind wir stets unter dem Eindrucke gewesen, daß der Wunsch, die politisch-militairische Genossenschaft durch ein gemeinschaftliches wirthschaftliches System zu vervollständigen, nicht auf deutscher Seite, sondern bei Oesterreich immer wieder von Zeit zu Zeit aufgetaucht und von der deutschen Politik nach Motiven erwogen worden ist, wie sie zuerst den österreichischen Zolleinigungsbestrebungen in den fünfziger Jahren gegenüber als leitend wirksam waren; nämlich daß bei der Größe des Abstandes in den Lebensgewohnheiten, Consumtionsverhältnissen und wirthschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerungen beider Staaten eine vertragsmäßige Fassung für die gegenseitigen Concessionen, namentlich aber für das Theilungsmaaß der Ergebnisse einer Zolleinigung unmöglich zu finden sei. Schon zwischen Süddeutschland und dem Norden existiren große Ungleichheiten im Consum zollpflichtiger Waaren; diese Verschiedenheit gestaltet sich weit einschneidender zwischen der deutschen und der ungarisch-galizischen Bevölkerung Oesterreich-Ungarns und gestattet nicht einmal innerhalb der Monarchie einen vollständig freien Handelsverkehr.

Zwischen den Reichsdeutschen und den Bewohnern der Osthälfte Oesterreich-Ungarns aber liegt die Sache noch ganz anders. Die Letzteren verbrauchen zollpflichtige Waaren nur im minimalen Umfange; ihr Consum an importirten Gegenständen beschränkt sich auf die geringe Minorität der höheren Classen; für Producte der deutschen Industrie ist zwischen Krakau und der türkisch-russischen Grenze die Zahl der Abnehmer sehr gering. In diesen und anderen Erwägungen haben seit 40 Jahren die Schwierigkeiten gelegen, durch die der damalige Zollverein und später das Deutsche Reich abgehalten wurden, das bundesfreundliche

Wohlwollen, das uns auf politischem Gebiete mit Oesterreich verband und noch heute verbindet, auf wirthschaftliche Abmachungen zu übertragen.

Die Verhandlungen, die der Berliner Gewährsmann der „Münch. Neuest. Nachr." auf die Zeit vor dem Jahre 1885 verlegt, und die er als „sehr ernsthaft" bezeichnet, haben das letztere Prädicat immer nur sehr einseitig, d. h. in österreichischem Sinne verdient, und es ist unrichtig, wenn der Mangel gleichen Ernstes deutscherseits auf agrarische Interessenpolitik des Fürsten Bismarck zurückgeführt wird. Die österreichischen Wünsche fanden bei keinem der übrigen diesseitigen Minister Anklang; sie wurden aber auch nicht schroff zurückgewiesen. Gerade die durch das politische Bündniß bedingten wohlwollenden Formen der deutschen Ablehnung sind es, welche heutzutage in der Presse als Vorwand für die Behauptung dienen, daß die deutsche Regierung früher selbst das erstrebt habe, was jetzt als der muthmaßliche Inhalt des mit Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrages gilt.

Daß Fürst Bismarck, wie der Berliner Aufsatz in dem Münchener Blatte angiebt, behauptet hätte, die Gebote der Machtpolitik überträfen an Wucht die Gebote jeder andern Politik, ist eine Entstellung. Es ist damals nur das österreichische Argument, daß politische und wirthschaftliche Freundschaft Hand in Hand zu gehen hätten, durch Bezugnahme auf die langjährige politische Freundschaft Preußens und Rußlands zu entkräften versucht worden, welche beiden Reiche Jahrzehnte hindurch bei großer politischer Intimität die gegenseitige Scheidewand auf dem Handelsgebiete befestigten. Ganz unverständlich ist uns schon mit Bezug hierauf der Satz in der Berliner Correspondenz der „Münch. Neuest. Nachr.", daß „machtpolitische Freundschaft" und „handelspolitische Gegnerschaft" dauernd unmöglich seien.

Die Ausführungen, die der Berliner Verfasser des Artikels an diese seine Auffassung knüpft, sind zu merkwürdig, als daß wir sie hier nicht wörtlich wiedergeben sollten. Sie lauten:

„Es ist unmöglich, den Satz von der Möglichkeit machtpolitischer Freundschaft bei handelspolitischer Gegnerschaft auszudehnen auf das dauernde Verhältniß der Staaten. Die Geltung dieser Ausdehnung hat Fürst Bismarck später behauptet und sich dadurch mit dem Zeugniß der gesammten Weltgeschichte in Widerspruch gesetzt. Um wirthschaftlicher Bedürfnisse willen haben die Römer Karthago bekriegt, Spanien das nordwestliche Afrika und später Aegypten erobert, um wirthschaftlicher Bedürfnisse willen haben die Germanen sich des römischen Reiches bemächtigt, um eben solcher Bedürfnisse willen sind die Franken in Gallien eingedrungen, haben die Normannen England erobert, haben die Engländer die spanische Seeherrschaft zerstört und den Franzosen Ostindien

abgenommen. Wir können eine Liste nicht fortführen, die gar nicht zu erschöpfen ist."

Daß die punischen Kriege, die Eroberung Spaniens und des Orients aus wirthschaftlichen Gründen seitens der Römer erfolgt seien, ist, wie wir glauben, eine neue und originelle Auffassung der alten Geschichte; aber selbst wenn dieselbe richtig wäre, so würde durch sie gar nichts für die Unmöglichkeit bewiesen, daß politische Freundschaft zwischen großen Reichen bestehen könne, ohne daß die Freunde aus derselben Schüssel essen. Wir können keinen logischen Zusammenhang zwischen den historischen Citaten des Berliner Artikels der „Münch. Neuest. Nachr." und dessen Argumentation finden. Und wenn ein solcher Zusammenhang existirte, so wäre das Prognostikon, das die geschichtlichen Citate den Betheiligten stellen, höchst bedenklich für das einträchtige Zusammenleben und den Frieden der europäischen Staaten. Nach dem Berliner Gewährsmann der „Münch. Neuest. Nachr." haben wirthschaftliche Bedürfnisse den römischen Staat dazu geführt, Karthago, Spanien, Aegypten u. s. w. zu erobern und zu römischen Provinzen zu machen; ebenso wird die Eroberung Galliens durch die Franken, Englands durch die Normannen, wie es scheint, lediglich auf den Mangel eines angemessenen Handelsvertrages zwischen den betheiligten Nationen zurückgeführt. Wir glauben, daß durch die Existenz eines Tarifvertrages zwischen den demnächstigen Eroberern und den Unterworfenen die Katastrophen, welche den einen der betheiligten Staaten zur Provinz des anderen machten, also Bruch und Kampf, nur eine Beschleunigung erführen, weil jeder der beiden Contrahenten sich nach einigen Jahren übervortheilt glauben würde. Aber es scheint uns, daß der Mangel an Logik und Geschichtskunde, der die Berliner Ausführungen der „Münch. Neuest. Nachr." kennzeichnet, auch ohne dergleichen Voraussetzungen klar genug zu Tage liegt, und wir meinen, daß keine der Mächte, die heute in Frage kommen, den Gedanken haben kann, zu verfahren, wie die Römer gegen Karthago und Aegypten, wie die Franken gegen Gallien und wie die Normannen gegen England verfahren sind, auch wenn die jetzt geplanten handels- und zollpolitischen Vereinbarungen mit Oesterreich im nächsten Jahre eben so wenig zu Stande kämen, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten zu Stande gekommen sind.

Als eine leere Verdächtigung, von der wir dahin gestellt sein lassen, wer sie dem Berliner Informator des Münchener Blattes eingeflüstert haben kann, bezeichnen wir folgenden Satz:

„Fürst Bismarck ist aber nicht allein durch die von ihm immer einseitiger verstandene Handelspolitik zur immer weiteren Abwendung von Oesterreich innerlich gedrängt worden, sondern in mindestens gleichem

Grade durch die Entwickelung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Rußland, eine Entwickelung, die ihm die Wahl zwischen Oesterreich und Rußland aufs Neue zur Nothwendigkeit machte."

Es ist unwahr, daß Fürst Bismarck, sei es durch die Handelspolitik, sei es durch die österreichisch-russischen Beziehungen, zu immer weiterer Abwendung von Oesterreich-Ungarn gedrängt worden wäre. Der frühere Reichskanzler ist bis zu seinem Ausscheiden aus seinem Amte im März 1890 ohne irgend welche Wandlung der persönliche Träger derjenigen Politik gewesen, die er 1879 durch den Abschluß des österreichischen Bündnisses den Bedenken Kaiser Wilhelm's I. gegenüber mühsam ins Leben gerufen hat, und wir glauben, nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, falls er Veranlassung hätte, sich darüber zu erklären, dem Fürsten Bismarck dieses Zeugniß bereitwilligst ausstellen würde. Daß Letzterer bemüht gewesen ist, den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland zu pflegen, wie der Berliner Correspondent der „Münch. Neuest. Nachr." sagt, und einen Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes immer wieder herbeizuführen, ist ohne Zweifel richtig und erscheint uns, wie wahrscheinlich jedem urtheilsfähigen Politiker, als Pflicht und Schuldigkeit eines deutschen Reichskanzlers.

Der Berliner Gewährsmann des Münchener Blattes schließt seine Ausführungen wie folgt:

„Als die Nothwendigkeit der Wahl (zwischen Oesterreich und Rußland) zum dritten Mal wiederkehrte, war der Fürst darauf und daran, die Freundschaft Rußlands zu wählen. Zum wenigsten wollte er die gegen Oesterreich eingegangenen Verpflichtungen so beschränken, daß sie die Wege Rußlands nicht mehr hindern konnten, und er wäre, wenn Oesterreich damit nicht zufrieden war, vor der Auflösung des Bündnisses nicht zurückgescheut. Die Darlegung dieser höchst merkwürdigen und noch wenig erkannten Episode müssen wir uns für einen eigenen Artikel aufsparen."

Dieser Schlußsatz träfe zu, wenn statt der Bezeichnung „Episode" das Wort „Erfindung" eingefügt würde. Vielleicht handelt es sich nur um einen Druckfehler; jedenfalls sind wir neugierig auf den „eigenen Artikel", in welchem diese „Episode" weiter ausgeführt werden soll.

* * *

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bürklin sprach am 12. Juli in einer Wählerversammlung in Dürkheim über den nationalliberalen Parteitag, der am 1. Juni in Berlin stattgefunden hatte (vgl. oben S. 141 f.). Er führte aus:

Die Hauptdebatte ging los bei dem Namen des Fürsten. Gerade die süddeutschen Abgeordneten kamen mit einem gewissen Aerger nach Berlin, weil

sie glaubten, man habe dem Gründer des Reiches nicht in genügender Weise Rechnung getragen. Im Anfang schien es, als ob man die nationalliberale Partei förmlich dafür verantwortlich machen wollte, daß er nicht wieder zurückgeführt sei nach Berlin. Als man sich näher erkundigte, bekam man zur Antwort, es seien verschiedene Zeitungen in Norddeutschland, welche sich in ungebührlicher Weise über den Fürsten Bismarck ausgesprochen hätten. Aber die Partei hat selbst Maaßregeln gegen diese Zeitungen ergriffen, und sie sind besser geworden.

Was die Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise anbelangt, so war es wünschenswerth, daß man so wie bei der Stichwahl sich schon beim ersten Wahlgang ins Zeug gelegt hätte. Alle darauf bezüglichen Verhältnisse wurden klargelegt, und alle Verstimmungen fielen weg.

Im Uebrigen war es geradezu erhebend, wie der Fürst Reichskanzler bei dieser Gelegenheit gefeiert wurde; ergreifend, in welcher Weise die Trauer zum Ausdruck kam, daß der große Gründer des Reiches im Sachsenwalde sitzt und sich langweilen muß; ergreifend, mit welcher Ehrerbietung und Dankbarkeit dieses großen Mannes gedacht wurde; und eine dankbarere Aufgabe hat ein Redner nie gehabt, als Abgeordneter Dr. Buhl bei seinem Toast auf Fürst Bismarck.

Eins haben wir aber doch auch wieder als beruhigendes Moment kennen lernen: daß selbst große Erschütterungen nicht im Stande sind, das Deutsche Reich in seinem Bestande wankend zu machen. Und ich erachte als eine der gewaltigsten Krisen, die das Deutsche Reich durchzumachen hatte, die als Fürst Bismarck wegging. Es werden vielleicht Zeiten in Deutschland hereinbrechen, wo wir ihn, wenn er nicht mehr da ist, mit den Fingern aus dem Grabe kratzen möchten; aber das ist doch auch sicher, daß wir getröstet sein können für die Zukunft, da wir diese Krisis überwunden haben.

Gewaltige Veränderungen unter den Personen in Deutschland sind vorgekommen. Nicht nur, daß der Gewaltigste von Allen, Fürst Bismarck, nicht mehr im Amt ist, auch der große Denker und Lenker der Schlachten, Moltke, ist nicht mehr unter den Lebenden. Fürst Bismarck lebt, Gott Lob und Dank, noch! Unser alter Heldenkaiser Wilhelm I., sein edler Sohn Kaiser Friedrich III. sind todt. Jetzt steht ein neuer Kaiser auf der Commandobrücke des deutschen Fahrzeuges, zwar jung noch an Jahren, aber von Thatkraft und dem besten Willen beseelt. Wir haben nur einen Wunsch: daß es ihm wie seinem Großvater gelingen möge, immer Männer am Steuerrade sitzen zu sehen wie Bismarck. Es ist der heiße Wunsch, daß es diesem Monarchen gelingen werde, das deutsche Staatsschiff in gutem Cours zu halten und Männer am Ruder zu haben, welche mit den Klippen und Untiefen des Fahrwassers bekannt sind.

* * *

Am 13. Juli kamen die Zöglinge des Lehrerseminars in Weimar nach Friedrichsruh. Fürst Bismarck lud sie ein, in den Park zu kommen. Er richtete eine Ansprache an die jungen Leute und forderte sie dann auf, in ein Hoch auf den Großherzog von Sachsen einzustimmen, der immer huldvoll gegen ihn gewesen sei, so lange er amtlich gewirkt habe.

* * *

Unter dem Titel „Officiöse Geschichtsfälschung" veröffentlichen die „Dresdener Nachr." am 14. Juli einen Artikel, dem wir nachfolgende Stellen entnehmen:

„Als während der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bismarck von Seiten der freisinnigen Blätter ein überaus gehässig geführter Kampf gegen die sogenannte officiöse Presse geführt wurde, da gab es der moralischen Entrüstung kein Ende, daß der leitende Staatsmann in Artikeln, über deren Ursprung füglich kein Zweifel bleiben konnte, für die Ansichten der Regierung in äußeren und inneren Fragen Stimmung zu machen suchte.

„Heute bemerkt man von diesem Entrüstungssturme sehr wenig oder gar nichts, obwohl die Waffe des Officiösenthums nicht etwa nur in dem angedeuteten, an sich unanfechtbaren Sinne gebraucht wird, sondern vielfach sogar das Mittel der Entstellung historischer Thatsachen angewandt wird. Der Unterschied beruht darin, daß die gegenwärtigen Verwalter der höheren Aemter nicht nur regierungsfreundliche, sondern auch Blätter der anderen Richtungen, wenn es in ihren Kram paßt, mit Brocken beglücken, die von dem grünen Tische in der Berliner Wilhelmsstraße fallen und die natürlich mit der Gelenkigkeit wohldressirter Möpse aufgefangen werden. Erst kürzlich wurde constatirt, daß ein solcher Artikel gleichzeitig in drei Blättern der freisinnigen und clericalen Gefolgschaft erschien.

„Dieses Officiösenthum, das schon deshalb besonders widerwärtig wirken muß, weil es in geradezu speichelleckerischen Ausdrücken schwelgt, gewinnt eine ganz besonders abschreckende Gestalt dadurch, daß es, wie es Sitte und Art von Sclaven ist, das bestehende Regiment lobhudelt und preist auf Kosten der machtlos Gewordenen, und daß es selbst vor Mittheilungen nicht zurückschreckt, welche den Stempel der Geschichtsfälschung an der Stirn tragen. Es ist recht unangenehm, wenn man im kühlenden Seebade plötzlich eine Qualle berührt; es ist noch unangenehmer, wenn man, harmlos die ‚Münch. Neuest. Nachr.', den ‚Hamb. Corr.' und ähnliche Zeitungen durchblätternd, auf litterarische Quallen stößt. Die Zukunft wird allerdings sich in ihrem Urtheil über unsere Zeit nicht beirren lassen, aber die Gegenwart wird getäuscht und vergiftet. Wäre es einzelnen tintengewaltigen Männern in Berlin so recht klar, welch unermeßlichen Schaden der stets erneute Versuch, die großen Männer der Tafelrunde Kaiser Wilhelm's I. in den Augen des Volkes herabzusetzen, bereits in den Kreisen patriotischer Männer gestiftet hat; wäre

es ihnen klar, daß man nicht ohne tiefen Schaden an den Postamenten der Heroen rütteln darf, zu denen ein Volk durch Jahrzehnte in innigster Verehrung aufblickte, um die uns noch heute die ganze Welt beneidet, sie würden anders und — weiser handeln.

„Die Taktik, nach welcher man früher von freisinniger, jetzt aber leider von einer der Regierung nahestehenden Seite ausgeht, ist folgende: Anfangs ließ man es dabei bewenden, daß Fürst Bismarck zwar in inneren Angelegenheiten große Fehler gemacht, aber in der äußeren Politik recht hübsche Resultate hervorgebracht habe; nunmehr jedoch werden auch diese geleugnet, damit nur ja der neue Cours die Anwartschaft auf einige Lorbeerblätter erhalte. Namentlich wird ausgeführt, daß zu den Zeiten des alten Kanzlers das Verhältniß zu England ein recht schlechtes gewesen sei, und daß es erst der Weisheit seiner Nachfolger bedurfte, hierin Wandel zu schaffen. Recht erfreulich ist es daher, daß die ‚Hamb. Nachr.' es sich nicht der Mühe verdrießen lassen, darauf hinzuweisen, ‚daß die wohlwollenden Beziehungen, die heute zwischen England und Italien bestehen und einen Schutz der italienischen Küsten durch englische Schiffe möglich erscheinen lassen, lediglich auf Fundamenten beruhen, die zur Zeit des ersten Reichskanzlers gelegt wurden, welcher durch deutsche Vermittelung die Annäherung und die gegenseitige Aussprache des italienischen und des gegenwärtigen englischen Cabinets herbeiführte' (vgl. oben S. 169 f.). Wer nicht durch die Brille nichtsnutzigen Streberthums oder blöden Hasses schaut, wird nicht zweifelhaft sein, ob dem Erbauer eines festen Schlosses oder Denen der Dank gebührt, die nach dessen Vollendung auf seinen Zinnen die bunten Wimpel emporzogen und am festlichen Richtschmaus theilnahmen.

„Eine Geschichtsfälschung im Interesse katzenbuckelnder Streberlinge ist ferner die in allen möglichen Blättern verbreitete Mittheilung, als habe Bismarck immer weiter von Oesterreich-Ungarn abgedrängt, als habe er dadurch die Garantien des Friedens vermindert und als habe er andererseits jenes ‚Wettkriechen' vor Rußland veranstaltet, welches ausschließlich in der Phantasie derjenigen Leute existirt, die heutzutage zwar nicht vor Rußland, aber doch vor Ministern wettkriechen, und die es in ihrem Innern ganz unbegreiflich finden dürften, daß Tell nicht seine Reverenz vor dem Hute des Landvogts gemacht hat. Ja, die Geschichtsfälschung schreckt nicht einmal vor der Behauptung zurück, der erste Reichskanzler sei aus einseitiger Vertretung einer agrarischen Interessenpolitik zur ‚immer weiteren Abwendung von Oesterreich gedrängt worden'. Das ist ebenso eitel Schwindel, wie die Behauptung der von Berlin aus informirten ‚Münchn. Neuest. Nachr.', Bismarck sei darauf und daran gewesen, die Auflösung des Dreibundes zu vollziehen. Die Bemerkung der ‚Hamb. Nachr.' hierzu hat Anspruch auf die Glaubwürdigkeit eines historischen Documents. Sie lautet: ‚Der frühere Reichskanzler ist bis zu seinem Ausscheiden aus seinem Amte im März 1890 ohne irgend welche

Wandlung der persönliche Träger derjenigen Politik gewesen, die er 1879 durch den Abschluß des österreichischen Bündnisses den Bedenken Kaiser Wilhelm's I. gegenüber mühsam ins Leben gerufen hat, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, falls er Veranlassung hätte, sich darüber zu erklären, dem Fürsten Bismarck dieses Zeugniß bereitwilligst ausstellen würde. Daß Letzterer bemüht gewesen ist, den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland zu pflegen, wie der Berliner Correspondent der ‚Münch. Neuest. Nachr.' sagt, und einen Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes immer wieder herbeizuführen, ist ohne Zweifel richtig und erscheint uns, wie wahrscheinlich jedem urtheilsfähigen Politiker, als Pflicht und Schuldigkeit eines deutschen Reichskanzlers.' (Vgl. oben S. 175.) Es liegt in dem letzten Satze allerdings eine leise Mahnung an die Adresse des Herrn von Caprivi, nicht einem Freudentaumel über die englischen Festlichkeiten zu verfallen, sondern auch einmal die Augen nach Westen zu wenden, wo sich augenscheinlich ein Gewitter zusammenzieht, das gerade durch die ostentative Annäherung an das im Kriegsfall unzuverlässige, werthlose England herbeigeführt wird.

„Es ist nicht die dankbare Verehrung für den Fürsten Bismarck allein, welche vorstehende Aeußerungen dictirt, sondern es ist die Werthschätzung seines Systems, welches uns den Frieden brachte und durch zwanzig Jahre bewahrte, welches uns die Stellung an der Spitze Europas schuf, die wir seit unserem Liebeswerben in ganz Europa eingebüßt haben. Daß Fürst Bismarck wieder an die Spitze der Geschäfte trete, ist leider aus vielen oder allen Gründen ausgeschlossen; aber das können wir verlangen, und das verlangen Tausende mit uns, daß die Warnungen und Belehrungen, welche aus dem Sachsenwalde dringen, gehört werden. Es giebt hierzu eine historische Analogie. Als Fürst Metternich, der größte Staatsmann Oesterreichs, der diplomatische Besieger Napoleons des Ersten, den revolutionären Gewalten zum Opfer fiel, da ist nicht nur von Wien aus, sondern von fast allen Cabineten Europas in kritischen Fragen der Rath des Privatmannes eingeholt und befolgt worden. Man wußte Erfahrung zu schätzen und Verdienst zu ehren, und doch war Metternich um mehr als Hauptes länge kleiner als der kernfeste deutsche Mann im Sachsenwalde."

IV. Periode:

16. Juli — 14. November 1891.

Kissingen und Varzin.

Am Nachmittag des 16. Juli traf das fürstliche Paar von Friedrichsruh zu kurzem Besuche in Schönhausen ein; von dort wurde am 19. Juli die Reise nach Kissingen fortgesetzt. Ueber die dort am Abend desselben Tages erfolgende Ankunft wird den „Hamb. Nachr." geschrieben:

„In den Straßen der Stadt drängte sich eine gewaltige, aus Kurgästen, Einheimischen, Sonntagsbesuchern und Theilnehmern am Verbandstage des unterfränkischen Kriegervereins zusammengesetzte Menschenmenge, die ich vielfach auf 15000 Köpfe schätzen hörte. Die Menschenmassen bildeten ein zusammenhängendes Spalier vom Bahnhofe bis ans Ende der Stadt, etwa $1^1/_4$ Kilometer lang, am Bahnhofswege und an den Kreuzungspunkten in vier oder fünf dicht gedrängten Reihen hinter einander stehend. Mittags hatte Fahnenweihe des Kriegerbundes hier stattgefunden, an der über 80 deputirte bayrische Kriegervereine mit ihren Fahnen theilnahmen. Während des Festactes waren starke Regengüsse erfolgt, als aber der Fürst eintraf, war schönster Abendsonnenschein. Die Kriegervereine hatten mit ihren Fahnen und Musikcapellen sich nach dem Bahnhof begeben und waren von dort aus Spalier bildend aufgestellt worden.

„Die Ankunft des Zuges, der den Fürsten Bismarck brachte, erfolgte um $7^1/_2$ Uhr. Außer dem Fürsten und der Frau Fürstin kamen Professor Dr. Schweninger und Dr. Chrysander; Graf Herbert ist noch in Schönhausen geblieben. Der Fürst fuhr in einem der bayrischen Hofwagen, die bereits früher hier eingetroffen und dem Fürsten zur Verfügung gestellt worden waren. Er schaute frisch und gut gelaunt drein und grüßte in Einem fort dankend die ununterbrochen und begeistert mit Hoch- und Hurrahrufen ihm

huldigenden Menschenmassen auf dem ganzen weiten Wege vom Bahnhofe bis zur Saline. Eine Veteranencapelle spielte patriotische Lieder. Der Eindruck der Kundgebung war gewaltig, und man hörte vielfach sagen: Kein Kaiser hätte einen großartigeren Einzug halten können. Auf der oberen Saline ist wieder ein eigener Post- und Telegraphendienst für den Fürsten Bismarck eingerichtet."

* * *

Am 24. Juli (A.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." folgende Mittheilung:

In der Münchener „Allg. Ztg." werden im Anschluß an einen Berliner Brief des „Pester Lloyd" Mittheilungen über Meinungsverschiedenheiten gemacht, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Kaiser Wilhelm durch den Besuch des Zaren in Berlin im Jahre 1889 hervorgerufen wurden. Es heißt in dem Pester Blatte:

Der Gegenbesuch des Zaren in Berlin 1889 schloß mit der Aussicht, daß Kaiser Wilhelm II. im Sommer 1890 wieder Gast in St. Petersburg sein und den russischen Manövern beiwohnen werde. Fürst Bismarck war von dieser Aussicht nicht so erfreut, wie es der Kaiser wünschte, und er soll sogar — ob mit Recht oder Unrecht — den Beginn der Kanzlerkrisis bis auf die Fahrt zurückdatiren, die er nach der Abfahrt des Zaren von Berlin mit dem Kaiser gemeinsam vom Lehrter Bahnhof nach den Linden machte. Daß der frühere Kanzler bestrebt war, mit Rußland, wenn nicht Freundschaft, so doch ein erträgliches Auskommen zu unterhalten, hat man aus seinem Munde oft genug gehört, ebenso aber auch, daß die Bundestreue jener traditionellen Freundschaft voranstehe.

Die „Allg. Ztg." bemerkt dazu:

> Die Information des Correspondenten ist richtig. Nach der Abfahrt des Kaisers Alexander lud Kaiser Wilhelm den Fürsten zu sich in seinen Wagen, um ihn darin nach dem Reichskanzlerhause zu geleiten. In der Unterhaltung, welche sich alsbald über den russischen Besuch entspann, sowie über die vom Kaiser kundgegebene Absicht, im folgenden Jahre längere Zeit in Rußland zuzubringen — eine Absicht, die nicht den Beifall des Kanzlers fand — ergab sich eine Nichtübereinstimmung der Anschauungen und daraus folgend eine Verstimmung, welche als der Ausgangspunkt tiefergehender Meinungsverschiedenheiten und des endlichen Bruches angesehen wird.

Auf dieselbe Angelegenheit bezieht sich nachstehende Mittheilung der „Allg. Ztg." vom 30. Juli (A.-A.):

Die „Nordd. Allg. Ztg." hat auswärtigen Blättern gegenüber die von einem Berliner Correspondenten des „Pester Lloyd" gebrachte Mittheilung über die Anfänge der Verstimmung zwischen Seiner Majestät dem Kaiser

und dem Fürsten Bismarck — eine Mittheilung, deren Richtigkeit wir auf Grund uns gewordener Informationen bestätigen können — als „einen bisher nicht genügend legitimirten Beitrag zur Zeitgeschichte" bezeichnet. Woher der Berliner Correspondent des „Pester Lloyd" seine Nachricht geschöpft hat, ist uns nicht bekannt; unsererseits vermögen wir nur hinzuzufügen, daß die Legitimation dieses „Beitrags zur Geschichte" eine absolute, jeden Zweifel ausschließende ist.

Die Berliner „Post" hat einen Gewährsmann, welcher ihr die folgende etwas anekdotenhafte und besonders hinsichtlich des angeführten Wortlautes von Aeußerungen des Fürsten Bismarck schwer controlirbare Mittheilung gemacht hat:

„Fürst Bismarck war mit einer zweiten Reise des Kaisers nach Rußland nicht einverstanden. Als der Kaiser die Gründe des Kanzlers dagegen hören wollte, bezeichnete dieser als Gegengründe die persönlichen Gesinnungen des Kaisers Alexander gegen unseren kaiserlichen Herrn, die nicht der Art seien, um ein solches Entgegenkommen von Seiten Kaiser Wilhelms zweckdienlich erscheinen zu lassen. Seine Majestät verlangte zu wissen, woraus Fürst Bismarck das schließe. ‚Ich weiß das aus Briefen,' war die Antwort des Kanzlers, ‚die ich neben meinen officiellen Berichten aus St. Petersburg vertraulicher Weise zu erhalten pflege.' Da der Kaiser diese Briefe zu sehen verlangte, suchte der Kanzler diesem Verlangen zu begegnen mit der Begründung, daß die Briefe vertraulich seien, wich aber dem Befehle, sie Seiner Majestät vorzulegen. Der Kaiser las sie und ging später dann doch nach Rußland."

Wir haben Grund, zum mindesten den Satz „Fürst Bismarck war mit einer zweiten Reise des Kaisers nach Rußland nicht einverstanden" in dieser Form für unrichtig zu halten.

* * *

In Kissingen begegnet dem Fürsten wieder von allen Seiten herzliche Verehrung, und er selbst scheint sich dort so behaglich zu fühlen, wie man es nur wünschen kann. So berichtet die „Allg. Ztg.":

Unser hoher Curgast Fürst Bismarck hat bereits am Tage nach seiner Ankunft, am Montag, mit der Badecur begonnen; er fährt meist von seiner Wohnung auf der oberen Saline nach dem $^1/_4$ Stunde entfernten königlichen Salinenbad, begleitet von Professor Schweninger; nach dem Bade macht er in Begleitung des Arztes einen Spaziergang durch den saftigen Wiesengrund, überschreitet dabei meist einen eigens für ihn errichteten Steg über die Saale, lustwandelt dann in dem prächtigen Laubwald am Altenburger-Haus und kehrt gegen 1 Uhr nach Hause zurück zum Frühstück. — Gestern ist die auf einer Concertreise befindliche Capelle des 1. bayrischen 11. Infanterie-Regiments (Regensburg) von Würzburg aus hier eingetroffen und brachte dem Fürsten

ein Morgenständchen. Nach dem dritten Stück erschien der Fürst im Garten und unterhielt sich aufs leutseligste mit den Spielleuten, nannte die Capelle „mustergültig", sprach dem Capellmeister Wenzel seine vollste Anerkennung aus und freute sich, daß er unter dieser bayrischen Militairmusik auch Landsleute aus Pommern und der Magdeburger Gegend antreffe. In der Wirthschaft zur „Oberen Saline" wurde die Musik auf Befehl des Fürsten gastlich bewirthet.

In den dreizehn Jahren, in welchen Bismarck Kissingen besucht, hat er niemals das hiesige königliche Theater — das Gebäude ist allerdings auch darnach — betreten. Gestern Nachmittag sprach es sich schnell herum, der Fürst werde anläßlich des Gastspiels des Münchener Komikers Konrad Dreher der Vorstellung beiwohnen. Das Theater war natürlich in Folge dessen gedrückt voll. Während des ersten Einacters war nur die Fürstin anwesend; später erschien der Fürst und nahm in der Loge, welche zur Hälfte auf die Bühne geht, neben seiner Gemahlin Platz. In dem Einacter „Frühere Verhältnisse" sang Dreher ein Couplet „Sein oder Nichtsein", welches er immer wieder repetiren mußte; zuletzt sang er, schnell improvisirt, er könne nicht mehr singen, aber wegen der hohen Ehre, die dem Theater heute zu Theil würde (er deutete dabei auf die Loge des Fürsten), möchte er immer und immer Hoch und abermals Hoch rufen. Im Nu stand das ganze Auditorium von den Sitzen auf, und brausende Hochrufe gingen durch das Haus. Der Fürst erhob sich von seinem Sitz und dankte nach allen Seiten für diese herzliche Ovation. Nach Schluß der Vorstellung konnte eine Probe auf schnellste Entleerung des Hauses gemacht werden; in der kürzesten Zeit stand des ganze Publicum vor dem Theater, der Platz wurde bengalisch beleuchtet, und unter den Hochrufen des Publicums fuhren die königlichen Equipagen ab. So ist Fürst Bismarck, wo er sich nur öffentlich zeigt, Gegenstand herzlicher Sympathiebezeugungen, die sich in Form von jubelnden Zurufen, Blumenspenden u. s. w. kundgeben.

* * *

Eine Deputation der deutschen Colonie in St. Petersburg, die dem Fürsten das Diplom als erstes Ehrenmitglied überbrachte, wurde am 27. Juli in Kissingen empfangen. Die Münchener „Allgem. Ztg." berichtet darüber:

Die Abordnung hatte den Auftrag, Sr. Durchlaucht den Dank des Vereins auszusprechen für die freundliche Annahme der Ehrenmitgliedschaft und dem Fürsten ein künstlerisch ausgestattetes Diplom zu überreichen, welches mit einem Album von St. Petersburger photographischen Ansichten verbunden war, als Erinnerung an die Zeit, da der Fürst als preußischer Gesandter in der russischen Hauptstadt lebte und wirkte. An die von tiefer Dankbarkeit und unwandelbarer Verehrung, welche die St. Petersburger deutsche Colonie

für den Fürsten Bismarck erfüllt, eingegebene Ansprache des Sprechers der Deputation anknüpfend, hob Se. Durchlaucht hervor,

daß er während seiner ganzen dienstlichen Wirksamkeit stets bestrebt gewesen sei, das freundschaftliche gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland zu pflegen und zu stärken. Auch heute sei er noch der Ansicht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, deren Erhaltung auch der Sprecher der Abordnung als den lebhaftesten Wunsch der Deutschen St. Petersburgs hervorgehoben habe, in beiderseitigem Interesse ungetrübt erhalten werden müßten, und zwar um so mehr, als diese beiden mächtigen Reiche einander störende Interessen nicht hätten.

Der Fürst, welcher sichtlich erfreut war, äußerte das lebhafteste Interesse für St. Petersburg; er setzte bei Besichtigung der Photographien die Mitglieder der Deputation in Erstaunen über seine genaue Kenntniß der örtlichen Verhältnisse, knüpfte auch verschiedene Male sehr interessante Mittheilungen an einzelne photographische Darstellungen. Nachdem der Fürst mit jedem einzelnen Mitgliede der Abordnung sich persönlich unterhalten, führte er sie sämmtlich der Frau Fürstin zu, und sie wurden alsdann mit einer Einladung zum Frühstück beehrt.

Der Fürst, welcher sehr wohl aussah, war in der heitersten Stimmung, und dadurch gestaltete sich, sowie auch durch die überaus große Liebenswürdigkeit der Fürstin, die Unterhaltung zu einer sehr lebhaften. Hochinteressante politische Betrachtungen und ernste Erörterungen allgemeiner Art wechselten ab mit mannigfachen Mittheilungen aus Haus und Familie, und die lebhaft herzgewinnende Art, in welcher der Fürst und die Fürstin die Unterhaltung pflegten, legte erfreulichstes Zeugniß für die große Geistesfrische, für die frohe und zufriedene Stimmung des Fürsten und der Fürstin ab. Beim Champagner erhob Se. Durchlaucht das Glas, sprach dem Verein seinen Dank aus und lieh abermals dem Wunsche nach dauerndem Bestande des guten Einvernehmens zwischen Rußland und Deutschland Worte, die in den Herzen Aller das freudigste Echo fanden. Als nach Aufhebung der Tafel um $3^1/_2$ Uhr die Deputation sich dankerfüllten Herzens verabschiedete, gab der Fürst diesem Wunsche zum dritten Mal Ausdruck, indem er die Hoffnung aussprach, daß die in Rußland lebenden Deutschen, welche unter dem Scepter Sr. Majestät des Kaisers Alexander III., der auch ihm stets so gnädig und wohlwollend gewesen sei, eine zweite Heimath gefunden, fortfahren möchten, auch ihrerseits nach Kräften zum Fortbestand der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen beizutragen. Aufs Höchste beglückt durch den ihnen gewordenen so überliebenswürdigen Empfang, verließ die Deputation die Obere Saline.

* * *

Am 31. Juli traf der Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika Major von Wißmann zum Besuche des Fürsten Bismarck in Kissingen ein und reiste am nächsten Tage weiter.

* * *

Recht beschämend für einen großen Theil der Deutschen in der Heimath ist nachfolgende Adresse der in Argentinien lebenden Deutschen, die dem Fürsten Bismarck in den ersten Tagen des August in Kissingen zuging:

Den 3. Juli 1891.

Durchlauchtester, allerverehrtester, erhabenster Herr!

Die Unterzeichneten nahen sich Euer Durchlaucht mit der allergehorsamsten und unterthänigsten Bitte, gütigst geruhen zu wollen, ihnen zu gestatten, daß sie sich Ihnen heute in tiefer Ehrfurcht und liebender Verehrung nahen, um ihrerseits zu Ihren Füßen den Dank niederzulegen, den All-Deutschland und nicht zuletzt die ferne weilenden Söhne der hochragenden, mächtigen, herrlichen Mutter Germania für Zeit und Ewigkeit Euer Durchlaucht schulden.

Wenn uns durch unsere Abgeschiedenheit hier in der weiten, öden Steppe Süd-Amerikas unsere große Entfernung von einem größeren Handelscentrum und die allgemeine, so überaus traurige finanzielle Lage dieses unglücklichen Landes, unter der auch wir zu leiden haben, verhindert, in einem Ihrer würdigen und unsere Dankbarkeit und unsere tiefe Verehrung auch äußerlich documentirenden Gewande vor Sie zu treten, so hoffen wir dennoch, daß unsere aus echt deutschem, treuem Herzen kommenden Worte ihren Weg finden werden zu dem so warm und kräftig für unser Volk und Vaterland und auch für uns fernen Söhne schlagenden Herzen unseres größten deutschen Mannes.

Bitterster Schmerz, größtes Weh, tiefste Verachtung und Abscheu erfüllen unsere Herzen, die hier in der Ferne nur mit um so größerer, glühenderer Liebe für unser Vaterland und Volk brennen, wenn uns immer und immer wieder die Zeitungen melden, wie gewisse Kreise in der Heimath bemüht sind, ja gleichsam ihren höchsten Ruhm darin suchen, Euer Durchlaucht zu schmähen und zu beschimpfen. Leider bedenken diese Leute nicht, daß all der Schmutz, den sie Ihnen anzuhängen trachten, an ihnen selbst, die ihn abschleuderten, hangen und kleben bleibt und sie so das Ehrenkleid, den Tugendschild unseres deutschen Volkes besudeln.

Angesichts dessen nun und der würdigen Haltung, die Euer Durchlaucht diesem traurigen Gebahren gegenüber bewahrt, und endlich und vor Allem Angesichts des Opfermuthes und der Vaterlandsliebe, die Sie jüngst wiederum an den Tag legten, als Sie ungeachtet Verleumdungen ungezählter Art, dem Rufe deutscher Bürger trotz Alters und Beschwerden Folge leistend, das Ihnen angebotene Reichstagsmandat annahmen, hat der endesunterzeichnete Verein

deutscher Ansiedler in seiner außerordentlichen Sitzung vom 28. Juni d. J. beschlossen, seinen Vorstand zu ermächtigen, im Namen des Vereins Euer Durchlaucht seine tiefe Verehrung und Liebe, seine große Anhänglichkeit und seine ewige Dankbarkeit für die dem Vaterlande und auch uns fernen Deutschen geleisteten unzähligen und ungeheuren Dienste auszusprechen.

Möchte Euer Durchlaucht in dieser schwachen Kundgebung nichts anderes erblicken, als was wir mit derselben bezweckten, nämlich den Beweis, daß es noch allüberall Deutsche giebt, die sich der Dankespflicht wohl bewußt sind, die das deutsche Volk und Vaterland Ihnen gegenüber hat, die mit Liebe und unendlicher Verehrung zu Ihnen aufblicken. An diese Pflicht erinnern uns wieder von Neuem die nun wieder herannahenden Jahrestage der großen und unvergeßlichen Ereignisse des Jahres 1870, sowie des heute 25jährigen Gedenktages der Schlacht von Königgrätz, Geschichtsdaten, mit denen der Name Euer Durchlaucht unlöslich verknüpft ist.

Mit der unterthänigsten, gehorsamsten Bitte, in diesem Sinne auch diesen unseren, wenn auch leider in sehr bescheidene Form gekleideten, so doch treu und aufrichtig gemeinten Dank gnädigst entgegennehmen zu wollen, zeichnen wir als Euer Durchlaucht unterthänigster und gehorsamster, wie ewig dankbarer Verein deutscher Ansiedler. (Folgen die Namen.)

* * *

Die „Augsburger Abendzeitung“ brachte am 5. August folgende sehr beachtenswerthe Meldung aus Kissingen:

Reichstagsabgeordneter Lutz-Heidenheim, welcher gestern Mittag vom Fürsten Bismarck in Audienz empfangen und zum Frühstück eingeladen war, stellte die Frage, ob der Fürst, wie verbreitet worden war, gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich und gegen **Herabsetzung der Getreidezölle** nichts einzuwenden habe. Der Fragesteller erhielt hierauf vom Fürsten Bismarck folgende Antwort:

„Sie können es Jedem sagen, ich halte jede Herabsetzung unserer Getreidezölle für ein vaterländisches Unglück.“

* * *

Die „Germania“ vom 5. August (Erstes Blatt) gibt die Nachricht eines ungarischen Blattes über den Rücktritt des Fürsten Bismarck wieder, die wir nicht sowohl ihres geschichtlichen Werthes, sondern nur ihrer Ungeheuerlichkeit wegen hier anführen. Das ultramontane Blatt schreibt:

Präsident Simson und Bismarck's Rücktritt. Immer neue Lesarten tauchen jetzt über den eigentlichen Grund von Bismarck's Sturz auf. Hier die allerneueste, welche das „Pester Tageblatt“ sich aus Berlin schreiben läßt:

„Als sich Kaiser Wilhelm II. zur Einweihung des neuen Reichsgerichts-

palastes[1]) in Leipzig befand, hatte der Reichsgerichtspräsident, der greise Herr von Simson, der seither schon in den Ruhestand getreten ist, Audienz beim Kaiser. Herr von Simson nun hat eine in ihrer Art einzige Stellung dem Kaiser gegenüber. Er ist der Mann, der dem Haus Hohenzollern zweimal die deutsche Kaiserkrone gebracht hat, das erste Mal als Präsident des Frankfurter Parlaments nach Berlin, das zweite Mal als Präsident des Norddeutschen Reichstags nach Versailles. Ein solcher Mann darf Verschiedenes gerade heraus sagen, was ein anderer kaum zu streifen wagen würde.

„Herr von Simson soll nun den Kaiser darauf aufmerksam gemacht haben, welch enorme Gefahr die Dynastie Hohenzollern Dank der Rachsucht Bismarck's, der noch im Grabe an dem Andenken des Kaisers Friedrich sein Müthchen kühlen wollte, gelaufen sei. Wäre Geffcken verurtheilt worden, so wäre ja nicht er der eigentliche Verurtheilte gewesen, sondern der todte Friedrich, und damit wäre die Dynastie mit einem unauslöschlichen Makel belegt worden.

„Das ungefähr soll Herr von Simson dem Kaiser gesagt haben, und das soll nun natürlich einen ganz gewaltigen Eindruck auf den jugendlichen Monarchen gemacht haben. Er kam, insoweit es sich um Bismarck handelte, innerlich umgewandelt von Leipzig zurück. Er war von da an von tiefem Mißtrauen gegen den Kanzler erfüllt und prüfte von da an jeden Schachzug desselben unter ganz anderem Gesichtspuncte als bis dahin.

„Was dann den Becher zum Ueberfließen gebracht hat, weiß ich nicht und wissen wohl Wenige. Internationale Fragen waren es nicht; denn im Moment, da Bismarck fiel, standen speciell die Beziehungen zu Rußland gar nicht in Discussion. Aber der Becher war voll, und da genügte ein Tropfen."

Was daran Wahres ist (sagt die „Germania"), muß vorläufig unentschieden bleiben. Daß die unerquickliche Geffckenaffaire gerade nicht zur Befestigung der Stellung des Altreichskanzlers beigetragen hat, darf wohl als zweifellos gelten.

* * *

In der ersten Hälfte des August fanden in Wien Conferenzen statt zwischen deutschen, österreichisch-ungarischen und schweizerischen Commissaren über einen Handelsvertrag Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit der Schweiz. Großes Vertrauen wurde diesen Verhandlungen in Deutschland nicht entgegengebracht, große Hoffnungen wurden nicht darauf gesetzt. Wohl aber war die Klage allgemein, daß die deutsche Reichsregierung sich wieder in Schweigen hüllte und den Schleier des Geheimnisses über die Verhandlungen breitete, während in Oesterreich-Ungarn alle Welt darüber Bescheid wußte und so den Inter-

[1]) Der weise Berliner Correspondent des „Pester Tageblattes" verwechselt zum Ueberfluß auch noch die Einweihung mit der Grundsteinlegung des Reichsgerichtsgebäudes: diese fand am 31. October 1888, jene aber erst am 26. October 1895 statt.

essentenkreisen dort Gelegenheit gegeben war, Wünsche und Befürchtungen noch rechtzeitig am gegebenen Orte zum Ausdruck zu bringen.

In Deutschland war Beunruhigung und Unsicherheit in den betreffenden Kreisen des Handels und der Industrie die natürliche Folge der officiellen und officiösen Geheimnißkrämerei; und gerade da, wo die Industrie am höchsten entwickelt war, sehnte man sich am meisten nach den Zeiten der ruhigen und steten Arbeit zurück, die unter der früheren Regierung geherrscht hatten.

Wir gaben bereits früher eine Probe davon, welche dankbare Gesinnung die Handelskammer in Dortmund dem Fürsten Bismarck bewahrte (vergl. Band I, S. 149 f.). Dieser Zustimmung verlieh auch ein Trinkspruch auf den Fürsten Ausdruck, den am 8. August der Handelskammer-Secretair Bernhardi bei einer zu Ehren des scheidenden Generaldirectors Massenez in der Handelskammer veranstalteten Feier in Dortmund ausbrachte. Er hatte nach der „Rheinisch-Westf. Ztg." folgenden Wortlaut:

„Die Handelskammer Dortmund hat vor vielen anderen den großen Vorzug und Vortheil einer außerordentlichen Einigkeit ihres Collegiums. Fast alle Fragen von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung pflegen einstimmig oder doch fast einstimmig entschieden zu werden, und dieser Umstand ermöglicht für ihre Kundgebungen eine Form und Festigkeit, welche nicht allen wirthschaftlichen Corporationen eigen ist. Diese Einigkeit wird erleichtert und gefördert durch die vorzügliche sachliche Selbstbeschränkung, die sich ihre Mitglieder in der Beurtheilung wirthschaftlicher Fragen und Maßregeln in dem Bewußtsein auferlegen, daß die eigenen und die localen Interessen wohl klar erkannt und richtig zum Ausdruck gebracht werden müssen, aber nur in soweit für die Behandlung gesetzgeberischer oder staatlicher Schritte maßgebend sein dürfen, als in dem Rahmen des Allgemeinwohls und unter billiger Abgrenzung gegen die concurrirenden Interessen anderer Stände und Gewerbe möglich ist.

„Dieses Bewußtsein in dem Collegium unserer Kammer in den sehr zahlreichen und wichtigen wirthschaftlichen Fragen, welche in den letzten Jahrzehnten Deutschland bewegten, geweckt und wachgehalten zu haben, ist das große und unzweifelhafte Verdienst der Männer, welche in dieser Zeit den Vorsitz in demselben geführt haben, und die es stets vorzogen, lieber auf eine schärfere Stellungnahme in einer wichtigeren Frage als auf die Einmüthigkeit ihrer Beantwortung zu verzichten. Dadurch wurde die Bildung neuer Gegensätze vermieden und die Schärfe vorhandener wurde gemildert. Und noch ein Umstand kam der Einheitlichkeit des Collegiums zu statten: die Umkehr unserer Handelspolitik, die sich 1879 vom Freihandel, der Landwirthschaft und Industrie zu ruiniren drohte, wieder dem Schutze der heimischen Arbeit zuwandte.

„Bekanntlich knüpft sich diese epochemachende Abkehr von einem verhängnißvollen Irrthum, wie so vieles, ja, ich möchte sagen, wie fast alles Gute, was wir im öffentlichen Leben Deutschlands besitzen und genießen, an den großen Namen des Fürsten Bismarck. Und wie dessen Name für Millionen ein politischer Mittelpunkt war, zu dem sie gern in Freude und Vertrauen aufsehen, so ward er für den kleinen und bescheidenen Arbeits- und Gedankenkreis unserer Kammer ein einigender wirthschaftlicher Krystallisationspunkt, um den herum sich auch gelegentliche Gegensätze friedlich gruppiren lernten. Diese Bismarck'sche Wirthschaftspolitik hat auch, wie bekannt, ihre Gegner, wie sich von selbst versteht. Jede große Veränderung des Bestehenden verletzt ja bestehende Interessen, und der Schutz der heimischen Production gegen den auswärtigen Handel mußte den Importhandel aus den gewohnten und lohnenden Geleisen in andere Bahnen drängen. —

„Für unsere Gegend aber war die neue Wirthschaftspolitik eine Lebensbedingung, für die deutsche Industrie im Allgemeinen die Voraussetzung des Gedeihens und vor allen Dingen der nationalen Selbstständigkeit. Das Alles wurde hier rechtzeitig erkannt, die Handelskammer erhielt bei ihrer Neuordnung im Jahre 1877 von ihren damaligen Reorganisatoren bereits die feste Richtung nach diesem nationalen Sinne vorgezeichnet und darf sich in Folge dessen zu den Vorkämpfern der Handelspolitik des Fürsten Bismarck zählen. Sie hat dessen Fahne von da ab in guten und bösen Zeiten hoch gehalten, sie steuert noch immer den alten Cours, auch seit er etwas gegen den Strom anzugehen genöthigt wird, und ihre dankbare Verehrung des Fürsten ist dadurch nicht gemindert, daß er nicht mehr an der machtvollen Stelle steht, an der wir ihn beinahe ein Menschenalter sehen und bewundern durften.

„Zu den herzlichsten und begeistertsten Anhängern unseres Altreichskanzlers gehört nun vor Allen auch der Mann, zu dessen Ehre wir heute hier versammelt sind, und der zu unserem tiefen Leidwesen von uns scheidet. Vereinigen wir uns noch einmal mit ihm zu einem Toast auf den geliebten Fürsten. Erheben wir unsere Gläser und trinken auf den letzten der großen Paladine, der von Wilhelm's I. engster Tafelrunde noch unter uns wandelt, auf den Mann, der seines Volkes Schande gelöst, seine Fesseln mit mächtiger Faust gebrochen und es aus der Knechtschaft des Auslandes errettet hat; der den deutschen Namen wieder zu Ehren gebracht hat in der Welt, an den wir alle oft und gerne denken, dessen Name unwiderstehlich sich auf unsere Lippen drängt, wenn wir zusammen sind in der Noth wie in der Freude. Möge das gütige Geschick, das über ihm wie über seinem Lande und Volke so lange wunderbar gewacht, ihm noch ein langes und gesegnetes Alter bescheeren und ihn so viel Glück und Liebe genießen lassen, wie er um uns alle verdient hat. Fürst Bismarck, er lebe hoch und immer hoch!"

* * *

Die deutsche Studentenschaft hatte beschlossen, zur Feier der zwanzigsten Wiederkehr des Tages, an dem das Deutsche Reich neu errichtet wurde, dem Fürsten Bismarck ein Ehrengeschenk darzubringen in Gestalt eines kostbaren Humpens. Dieser wurde von einer 80 Mitglieder zählenden Deputation dem Fürsten am 10. August in Kissingen überreicht. Auf die Ansprache des Vorsitzenden der Abordnung, des Studiosus Otto Eichler, antwortete der Fürst mit folgender Rede:

Ich danke Ihnen, meine Herren, für den schönen Humpen, der nicht nur nach Arbeit und Werth in der Sammlung von Erinnerungsgegenständen, die ich besitze, einen hervorragenden Platz einnehmen wird, sondern mehr noch seinem Ursprunge nach, durch die Geber und die Andenken, die sich an die Ueberweisung knüpfen. Es hat diese Ueberweisung für mich eine historische Bedeutung. Wir gehören zwei verschiedenen geschichtlichen Generationen an, ich derjenigen Kaiser Wilhelm's I., der kämpfenden, erwerbenden, erbauenden, die im Abscheiden begriffen ist. Ihnen, meine Herren, gehört die Zukunft, an deren politischer Gestaltung Sie in Amt und Würden, auf der Kanzel, im Parlament oder wenigstens als Wähler mitzuwirken berufen sind.

Als ich im Jahre 1832 die Universität Göttingen bezog, war das deutsche Vaterland lahmgelegt durch die Theilung in mehr als 30 Staaten. Die einzelnen Staaten standen sich mißtrauischer gegenüber, mit geringerem Maaße von Wohlwollen, wie dem Auslande. Das einzig gemeinsame und einende Element in Deutschland waren Wissenschaft und Kunst. Es gab schon damals keine preußische oder bayrische Wissenschaft, sondern eine deutsche. Die deutschen Universitäten bewahrten zu jener Zeit das Gefühl der Zusammengehörigkeit, sie waren Träger des nationalen Gedankens. Die Flamme, die sie unterhielten, war leuchtend und hell, aber sie reichte nicht aus, die Bruchstücke des Vaterlandes durch Schmelzen zum einheitlichen Gusse zu bringen. Dazu bedurfte es der Mitwirkung der Dynastien, der Regierungen und, gerade herausgesagt, ihrer Streitkräfte. Alle früheren Versuche zur Ausführung des Einheitsgedankens mußten an der irrthümlichen Geringschätzung der dynastischen Kräfte, der Macht von Blut und Eisen scheitern. Ohne diese Macht und ohne das Eingreifen der Dynastien wird in Deutschland nichts Dauerhaftes gewonnen, weder 1848 noch heute. Die deutsche Treue, das deutsche Recht so wie es sich auf deutsche Gottesfurcht gründet, stehen auf diesem Boden.

Die Aufgabe, die Sie, meine Herren, in der Zukunft zu lösen haben, ist, nachdem die unvermeidlichen Brüderkämpfe im Innern überstanden sind, im Wesentlichen eine solche der Erhaltung. Wenn erhalten werden soll, so verstehe ich darunter, daß man verbessert, ausbaut. Was aber

soll erhalten werden? Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Sie ist unvollkommen, aber sie war das Aeußerste, was wir erreichen konnten. Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eifersüchtig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt. Ich bin kein Freund der Centralisation, wie sie in Frankreich in Bezug auf Paris besteht, ich sehe den Segen der Decentralisation in dem Hervorbringen zahlreicher Culturcentren, und ich halte die Egalisirung für so wenig nützlich, wie mich etwa das Verschwinden der verschiedenen Landestrachten erfreut. Noch einmal: wachen Sie über die Reichsverfassung, selbst wenn sie Ihnen hier und da später nicht gefallen sollte. Rathen Sie zu keiner Aenderung, mit der nicht alle Betheiligten einverstanden sind. Das ist die erste Bedingung der politischen Wohlfahrt des Reiches; gegenüber dem Auslande bin ich nicht besorgt. Alle Angriffe von außen werden wie Hammerschläge auf uns wirken, unsere Einigkeit nur noch inniger und stärker machen.

Im Innern aber halte ich für den locus minoris resistentiae die deutsche Neigung zur itio in partes, zum Fractions- und Parteiwesen. Diese Neigung liegt uns im Blute. Wie zwei Regimenter von verschiedener Uniform in einer Garnison leicht in Gegensatz zu einander gerathen, und wie früher die deutschen Einzelstaaten mit scheelen Blicken einander eifersüchtig überwachten, so ist es jetzt der Kampf der parlamentarischen Fractionen und der verschiedenen politischen Parteien, der die einheitliche Entwickelung der Zukunft zu gefährden droht. Die Kluft zwischen den Fractionen zu überbrücken ist schwierig. Ich betrachte das ganze parlamentarische Fractionswesen als eine Krankheit, deren Bestand auf dem strebsamen Ehrgeize der Führer beruht, mit dem sie als politische Condottieri ihre Aussichten bald nach oben, bald nach unten zu verbessern suchen. Bekämpfen Sie diese unglückliche Neigung zur itio in partes. Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Sie müssen sich daran gewöhnen, in jedem Deutschen zuerst den Landsmann, nicht den politischen Gegner zu sehen.

Diese Bitte richte ich an Sie, als an die Träger des nationalen Gedankens auf den deutschen Hochschulen, die den prometheischen Funken des Nationalgefühls auf die künftigen Geschlechter übertragen.

Ich bitte Sie, einen Tropfen mit mir aus dem neuen Humpen zu trinken, der hier vor mir steht. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Hochschulen, auf das Wohl der deutschen studirenden Jugend, deren Vertreter hier erschienen sind, und auf ihre Lehrer mit den Worten des Liedes:

Vivat membrum quodlibet,
Vivant membra quaelibet,
Semper sint in flore.

Dann trank der Fürst aus dem ihm dedicirten Humpen auf das Wohl der studirenden Jugend. Ein urkräftiges „Prost!" erscholl aus den Kehlen aller Anwesenden, in das sich abermals Tusch und Hochrufe von außen her mischten. Nun kreiste der mit Champagner gefüllte Ehrenhumpen; jeder, an den die Reihe zu trinken kam, brachte dem Fürsten sein Quantum unter Beifügung eines historisch bedeutungsvollen Citats, wie: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt" u. s. w. Alsdann ließ sich der Fürst die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen, erkundigte sich leutselig und gut gelaunt nach Einzelheiten, frischte Erinnerungen aus seinem eigenen Studentenleben auf, prüfte die Schläger und entwickelte all die herzgewinnende Liebenswürdigkeit, die wir an ihm kennen. Einen anwesenden Vertreter des Göttinger Corps Hannovera begrüßte der Fürst mit den Worten: „Da ist ja meine alte Farbe!"

Nach Beendigung des festlichen Actes im Saale begab sich die Deputation in den Schloßhof, wo die übrigen Studirenden und das zugelassene Publicum versammelt waren. Als der Fürst in Begleitung von Tyras, der nicht von seiner Seite gewichen war, erschien, erschollen abermals brausende Hochrufe. Nach nochmaliger Ansprache des studentischen Wortführers, der an die Kissinger Ereignisse im Jahre 1866 anknüpfte, wurde ein Hurrah auf den Fürsten ausgebracht. Als derselbe gedankt hatte, wurde die „Wacht am Rhein" von allen Anwesenden entblößten Hauptes gesungen, was einen ergreifenden Eindruck machte. Der Fürst stand inmitten einer Gruppe von Studenten, welche im höchsten Wichs, mit erhobenen Schlägern und wehenden Fahnen sich um ihn geschaart hatten. Das Ganze bot ein denkwürdiges, malerisch schönes Bild, das von einem Photographen fixirt wurde.

Am Commers, der um 4 Uhr im „Altenburger Haus" begann, nahmen 3—400 Studenten Theil, das übrige Publicum belief sich wohl auf das Fünf- bis Sechsfache. Der Fürst erschien um $4^3/_4$ Uhr und blieb bis $5^3/_4$. Der Commers nahm einen großartig begeisterten Verlauf.

Studiosus Eichler schloß seine Rede auf den Fürsten mit der Bemerkung, dieser habe oft mit der deutschen Melancholie und Uneinigkeit zu kämpfen gehabt. Heute wolle ihm aber die studirende Jugend zeigen, wie es mit der Melancholie fernerhin bestellt sein solle.

Nachdem der Salamander verklungen war, erhob sich der Fürst, um, wie er sich ausdrückte, nur in Parenthese zu sagen, daß er von Melancholie in seinem Leben kaum befallen gewesen, vielmehr, wenn von Temperamenten die Rede sei, wohl immer entweder von cholerischem oder

sanguinischem Temperament erfüllt gewesen sei. Sein Glas gelte den deutschen Frauen, die zur deutschen Einheit und Einigkeit mehr beigetragen hätten, als gewöhnlich angenommen werde.

Beide Reden entfesselten einen Sturm der Begeisterung. Vielen Studenten, selbst mehreren der nahestehenden Zuschauer gelang es, mit dem Fürsten anzustoßen. Es folgte Gaudeamus igitur, dann wurden auf den Fürsten gedichtete Lieder gesungen und mehrere studentische Bräuche exercirt. U. A. entstand plötzlich ein Thurm von aufeinandergestellten Biergläsern und der Fürst ward auf diese Weise „mit 50 Ganzen in die Luft gesprengt". Darauf folgte das Semesterreiben. Graf Herbert und Professor Schweninger rieben zusammen das 49., der Fürst schloß als 119. Semester.

Abends war Festvorstellung im Theater. Der Fürst erschien mit dem Grafen Herbert, Professor Schweninger, Lothar Bucher und Dr. Chrysander. Das gesammte Haus erhob sich bei seinem Eintritt. In den fünf ersten Reihen hatte die studentische Deputation in vollem Wichs Platz genommen. Die Vorstellung begann mit einer Jubelouverture; dann sprach Ernst Possart folgenden von ihm selbst verfaßten Prolog:

Was sagen Worte hier, was Huldigungen?
Hoch über allem königlichen Lohn
Und jedem Lobe schwacher Dichterzungen
Steht Dein Verdienst — Du Schöpfer der Nation!

Das Hohelied von dem, was Du errungen,
Was uns erhebend durch die Seele zieht,
Vom Ahn zum Enkel bleibt's unausgesungen,
Das Lied vom Deutschen Reich — das Bismarcklied!

Ein starker Stamm, den Nord und Süd umschlungen,
Gesunden Bandes sich vereinigt sieht
Und heut' sich fühlt von Schaffenskraft durchdrungen,
Im Rath der Völker ein gewaltig Glied.

Das ist Dein Werk! Ja, mehr, daß uns beschieden
Trotz mancher schweren Wetterwolke Drohn
Nach Kampf und Sieg ein zwanzigjährger Frieden —
Dein Werk, Du des Jahrhunderts größter Sohn!

Und danken wollen wir Dir heut' aufs Neue,
Du starker Fels in Stürmen und Gefahr,
Dich ehren unentwegt in alter Treue,
So lang' zur Sonne fliegt der deutsche Aar!

Bei den den Fürsten Bismarck feiernden Stellen der äußerst wirkungsvollen Dichtung erhob sich ein begeistertes, minutenlanges Hochrufen des sich erhebenden Publicums, die Studenten grüßten klirrend mit erhobenen Schlägern. Das Publicum stand bis auf die Straßen und ließ auf jede Strophe des Prologs minutenlangen Beifall folgen. Es war ein unbeschreiblich schöner Moment. Der Fürst verneigte sich immer wieder dankend und grüßend in seiner Loge. Auch die Kundgebungen des Publicums vor dem Theater bei der Abfahrt des Fürsten waren überwältigend.

Am anderen Mittag fand ein Frühschoppen im „Altenburger Hause“ statt. Der Fürst kam vom Bade auf einige Minuten dorthin, sein Aussehen war trotz der Anstrengung des vorhergehenden Tages vortrefflich. Um 3 Uhr endigte der Frühschoppen. Die noch anwesenden Studenten zogen mit Musik über die Brücke und vor die Saline. Der Fürst erschien am offenen Fenster. Die Musik intonirte: „Sie sollen ihn nicht haben.“ Nach dieser Melodie sangen die Studenten:

„Wir wollen treu behalten
In unsrer Liebe Dich,
Wie immer mag gestalten
Die deutsche Zukunft sich.
Dein Bild wird im Getümmel
Von unsern Fahnen wehn,
So lang' am deutschen Himmel
Noch helle Sterne stehn.“

Darauf brachte Studiosus Eichler noch einmal ein Hoch auf den Fürsten aus und warf einen Blumenstrauß hinauf in das offene Fenster, die Anderen folgten seinem Beispiel. Der Fürst und Graf Herbert fingen die Sträuße, deren über hundert gezählt wurden, auf. Unter Jubel und mit Musik ging es der Stadt zu.

Der große silberne Humpen ist in den Formen deutscher Renaissance entworfen und aus Feinsilber getrieben von dem Ciseleur Gustav Lind zu Berlin. Er steht auf einem Untersatz aus Ebenholz, an dessen Vorder- und Rückseiten in Medaillons der Namenszug des Fürsten mit der Krone zu sehen ist. Außerdem aber ist der Untersatz reich mit kleinen getriebenen Silberbeschlägen und mit Lapis Lazuli besetzt. Auf dem Humpenrande steht eingravirt:

„Ob wir des Reiches Minne trinken
Aus goldnem Wein, mit rothem Blut —
Bis wir einst sterbend niedersinken,
Wird unverlöscht Deine Name blinken
In unsers Herzens tiefster Gluth.

Kissingen, den 10. August 1891.“

Auf der Vorderseite steht das Porträt des Kanzlers in Generalsuniform, auf der entgegengesetzten Seite das Familienwappen, unter beiden Adler mit ausgebreiteten Flügeln. Eingerahmt sind diese Flachreliefs von Lorbeer- und Eichenlaubzweigen. Die Felder zwischen diesen Darstellungen füllen Figuren huldigender Studenten in Wichs. Ueber dem Wappen ist auf einem flatternden Bande eingravirt: „Im 20. Gedenkjahre der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches!" Auf dem hohen Deckel steht die Figur eines Scholaren mit dem bekränzten Reichsbanner in der linken und dem Schwert in der rechten Hand. Der Humpen ist außen oxydirt, innen vergoldet.

* * *

Schon früher ist uns der Pariser „Figaro" als ein Blatt begegnet, das mit großer Geflissentlichkeit nicht nur entstellte, sondern vollständig erfundene Geschichten über den Fürsten Bismarck verbreitet (vgl. Band I, S. 72ff.). Regelmäßig finden sich auch deutsche Blätter bereit, solche Flunkereien ihren Lesern wieder aufzutischen, bald ohne jedwede begleitende Notiz, bald, wenigstens um den Schein zu wahren, mit dem Ausdruck eines leisen Zweifels — der Zweck, daß etwas davon hängen bleibt, wird ja doch erreicht.

Schon am 6. August berichtet die „Allg. Ztg." (A.-A.):

Der „Figaro" theilt im Auszuge einen angeblichen Brief des Fürsten Bismarck mit, welcher von demselben an einen mit seiner Familie seit dreißig Jahren befreundeten Russen gerichtet sein soll, der eine sehr hohe Stellung einnehme oder eingenommen habe, und der lange Zeit hindurch einer der Führer der deutschen Partei am russischen Hofe gewesen sein soll. Fürst Bismarck spricht in dem Briefe von dem Kronstädter Flottenbesuch und erklärt, daß derselbe nicht stattgefunden hätte, wenn er am Ruder geblieben wäre, und fährt dann fort:

„Seit dem Tage, an dem ich den ersten Tripelallianzvertrag unterzeichnen ließ, wußte ich trotz dieses Vertrages von Deutschland die offene Opposition von Seiten Rußlands fern zu halten, denn ich trug stets Sorge, zwei Eisen im Feuer zu haben. Die deutsche Diplomatie hat in letzter Zeit drei schwere Fehler begangen:

„Erstens das Entgegenkommen, das Frankreich in Angelegenheit der Berliner Ausstellung gemacht wurde, welche Angelegenheit mit dem mit so wenig Tact ins Werk gesetzten Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris kläglich geendet hat. Diese Avancen waren offenbar geeignet, Deutschland in Rußland verdächtig erscheinen zu lassen und glauben zu machen, daß die deutsche Regierung den Einfluß der russischen Politik in Paris abzuschwächen trachte.

„Der zweite Fehler war, daß Wilhelm II. die Erneuerung der Tripelallianz selbst, und zwar zuerst angekündigt hat, was nothwendiger Weise die Lage der russisch-deutschen Beziehungen erschweren mußte.

„Endlich der dritte Fehler ist der so lärmende und so demonstrative Besuch Wilhelm's II. in London; das ist in Rußland und Frankreich als ein gegen diese Staaten gerichteter Act der Provocation erschienen und hat hierdurch das Terrain für die Gegenmanifestation von Kronstadt vorbereitet."

Dazu bemerkt die „Germania" vom 7. August (Zweites Blatt): „Daß Bismarck solchen Anschauungen, die mit seinen sonstigen Aeußerungen nicht in Widerspruch stehen, irgendwo auch in einem Privatbriefe Ausdruck gegeben hat, ist nicht unmöglich; ebenso aber ist denkbar, daß der ‚Figaro' sich den Brief zurecht gemacht hat."

Nun kommen aber die „Hamb. Nachr." und erklären am 12. August (A.=A.):

> Im Pariser „Figaro" ist vor Kurzem ein „Brief des Fürsten Bismarck" an einen angeblich mit seiner Familie seit 30 Jahren befreundeten Russen, der eine sehr hohe Stellung einnehme und lange Zeit hindurch einer der Führer der deutschen Partei am russischen Hofe gewesen sei, gedruckt worden. Nachdem diese Fälschung in mehreren deutschen Zeitungen wiedergegeben worden ist, sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß der ganze „Figaro=Artikel eine Erfindung ähnlicher Art darstellt, wie die gefälschten Briefe, die vor einigen Jahren dem Kaiser von Rußland in die Hand gespielt worden waren und wie andere Machwerke ejusdem farinae. Auch der angebliche russische Adressat ist eine vom „Figaro" fingirte Persönlichkeit, wie sie im russischen Reiche nicht existirt.
>
> Das ist nicht die einzige verleumderische Lüge, die auf Rechnung des Fürsten Bismarck im „Figaro" zu finden wäre. Es geht fast keine Nummer jenes Blattes ohne analoge mehr oder weniger rohe und alberne Erfindungen in die Welt. Wir bedauern dabei nur, daß dieselben zum Theil deutsche Arbeit sind. Als Mitarbeiter aus deutsch=fortschrittlichen Kreisen werden uns die Herren Wolf aus Köln und Rosenthal (Jacques St.-Cère) bezeichnet.
>
> Wir benutzen diese Gelegenheit, um zugleich die Mittheilung der „Essener Volks=Ztg." über die letzte Besprechung zwischen Windthorst und dem Fürsten Bismarck für eine Erfindung zu erklären. Zur Zeit dieser Unterredung stand der Rücktritt des Kanzlers noch nicht fest und würde außerdem niemals ein Thema zur thränenreichen Erörterung zwischen diesen beiden Herren abgegeben haben. Für die Eventualität eines Wechsels in der Kanzlerstellung war schon einige Monate vor der Windthorst'schen Besprechung der General von Caprivi dem Kaiser von dem Fürsten Bismarck selbst empfohlen worden; unter Kaiser Friedrich ist davon überhaupt nicht die Rede gewesen, sondern nur von der Verwendung des jetzigen Reichskanzlers an der Spitze des Kriegsministeriums oder des Generalstabes. Diese von Kaiser Friedrich selbst ausgegangene

Anregung scheiterte damals an dem Widerspruche des Grafen Moltke; aber der verstorbene Windthorst ist im Irrthume gewesen, wenn er in seiner Anregung die Ursache zu finden geglaubt hat, daß Caprivi der Nachfolger Bismarck's geworden ist. Dieselbe kam, wenn sie überhaupt an die höchste Adresse gelangt ist, was wir nicht glauben, jedenfalls post festum.

Darauf antwortet der Gewährsmann der „Essener Volks-Zeitung“ in Nr. 184 des Blattes vom 16. August:

Trotz der Erklärung der „Hamburger Nachrichten“, daß die Mittheilungen in der „Ess. Volksztg.“ über die letzte Besprechung zwischen Windthorst und Bismarck auf Erfindung beruhen, muß ich meine Mittheilungen, wie ich sie aus dem Munde Windthorst's habe, aufrecht erhalten. Ich erinnere mich ganz genau der Worte Windthorst's und will Ihnen jetzt ausführlicher mittheilen, was ich Ihnen kurz mündlich erzählt habe.

Auf meine Worte, ich hätte gelesen, daß Excellenz Schuld sei an dem Sturze Bismarck's, sagte Windthorst mit lauter Stimme: „Das ist nicht wahr. Ich habe in der bedeutungsvollen Unterredung mit Bismarck unmittelbar vor seinem Sturze wiederholt zu Bismarck gesagt: Sie dürfen nicht abtreten. Aber Bismarck hat mir mit Thränen im Auge geantwortet: Man will mich nicht mehr, man mag mich nicht mehr, ich muß gehen.“

„Aber, Excellenz,“ sagte ich, „Bismarck war doch der Vater der Maigesetze, wie hat Bismarck der Kirche zu schaden gesucht, und wie konnten Sie dann wünschen, daß Bismarck bliebe? Sein Nachfolger scheint doch mehr Gerechtigkeitsgefühl und Wohlwollen zu besitzen als Bismarck.“

Da sagte mir Windthorst: „Wäre Bismarck geblieben, dann würde der letzte Rest der Maigesetze gefallen sein. Bismarck allein war im Stande, dieses zu bewerkstelligen, das ist meine feste Ueberzeugung. Mag Caprivi auch noch so wohlwollend gegen uns sein, seine Minister, die sich jetzt selbstständig fühlen, werden ihm die größten Schwierigkeiten bereiten. Namentlich fühlt sich der Cultusminister von Goßler jetzt selbstständig. — Sie werden sehen, wie feindselig der gegen die Katholiken auftritt. Darum muß jetzt unsere Loosung sein, Goßler muß abtreten.“ — Dann kam Windthorst auf Caprivi zu sprechen und sagte mir, er sei es gewesen, der dem Fürsten Bismarck gesagt habe: „Caprivi wird Ihr Nachfolger.“ Die Mittheilung Windthorst's, daß er möglicher Weise Ursache sei, daß Caprivi Reichskanzler geworden, habe ich ebenfalls aus dem Munde Windthorst's und halte ich das, was ich Ihnen mündlich erzählt und Sie in Ihrer Zeitung mitgetheilt haben, voll und ganz aufrecht.

* * *

Am 12. August war u. A. auch der evangelische Decan D. Kraussold aus Schweinfurt zum Frühstück beim Fürsten Bismarck eingeladen. Er berichtet darüber im „Schweinfurter Tageblatt“:

Einer Einladung des Fürsten zum Frühstück um 1 Uhr folgend, fand ich mich um die bestimmte Stunde auf der oberen Saline ein und wurde im Salon vom Fürsten begrüßt. Nachdem ich meine Freude über die Wiederkehr nach Bad Kissingen und über sein wirklich vortreffliches Aussehen ausgesprochen hatte, führte er mich ins Nebenzimmer, wo am runden Tisch bereits gedeckt war und der Fürst sich in einen Armsessel setzte und der kleinen Tischgesellschaft präsidirte.

Das sehr belebte Tischgespräch bei dem bis 3¼ Uhr ausgedehnten Frühstück wendete sich auf die verschiedensten Gegenstände der Vergangenheit und Gegenwart, auf die Colonisation Ostafrikas, auf die Russificirung der Ostseeprovinzen, wobei der Fürst seine Ansicht dahin aussprach, daß Rußland sich dadurch selbst den größten Schaden bereite, da es seine besten Kräfte für Krieg und Frieden zerstöre; auf die Zeiten vor und nach dem Jahre 1866. Da ich ihn erinnerte, wie er, damals sehr leidend, nach dem böhmischen Feldzuge bei Einbringung der Indemnitätsbill im preußischen Abgeordnetenhause die Worte sprach: „Man hat diesem Ministerium viele Vorwürfe gemacht, den Vorwurf der Furchtsamkeit nie,“ erwiderte er lächelnd: „Gewiß nicht, eher das Gegentheil.“

In höchst interessanter Weise erzählte er dann die Vorgänge vor dem Nikolsburger Friedensabschluß und erging sich in wahrhaft rührender Weise über die erhabenen Eigenschaften Kaiser Wilhelm's I., dessen Andenken wir ein volles Glas widmeten. Letzteres geschah in Gegenwart einer studentischen Deputation. Auf meine Bitte, daß die Tinte doch nicht eingetrocknet sein möge, wie der Fürst es ausgesprochen hatte, sondern daß er seine Lebenserfahrungen und Grundsätze dem deutschen Vaterlande schriftlich erhalten möge, antwortete er mir: „Ja, aber nicht bei meinen Lebzeiten; da müßte ich doch verschiedene Rücksichten beobachten.“

* * *

In derselben Zeit weilten einige Tübinger Studenten in Kissingen, und ihr Wunsch, den Fürsten zu sehen und sogar zu sprechen, ging über Erwarten glücklich in Erfüllung. Der „Schwarzw. Bote“ berichtet darüber:

Mehrere Tübinger Studirende benutzten ihren vorübergehenden Aufenthalt in Kissingen, um den Fürsten Bismarck zu sehen, weshalb sie sich an einem Punkte postirten, an dem der Fürst bei seinen täglichen Ausfahrten vorbeizukommen pflegte. Als der Fürst die Studirenden mit ihren bunten Bändern bemerkt hatte, ließ er sofort halten und fragte sie, von welcher Universität sie seien.

Sie erklärten, daß sie Musensöhne der Alma Mater Tübingen seien; der Fürst erwiderte lebhaft: „Und Sie sind gewiß auch geborene Schwaben."

Als die Studirenden auch das bejahten, fragte der Fürst: „Am Ende haben Sie sich gar hier postirt, um den ‚alten Mann' noch einmal zu sehen?" Die Studirenden versicherten dem Fürsten, daß dies ihre Absicht gewesen sei.

Da reichte der Fürst jedem die Hand und meinte:

> Gerade aus Süddeutschland und speciell aus Württemberg gehen ihm in der jüngsten Zeit so viele Zeichen der Sympathie und der Dankbarkeit zu, daß er sich sagen müsse, daß das Werk der Einheit, das er habe schaffen helfen, nunmehr ein unzerstörbares Werk sei. Sie mögen den nationalen Geist weiter pflegen und ihren Landsleuten im trauten Schwaben mittheilen, daß er ihnen Dank wisse, herzlichen Dank für die Beweise der treuen Anhänglichkeit, die ihm in letzter Zeit aus Württemberg zugekommen seien.

Die Studirenden kehrten, entzückt über die Leutseligkeit des Fürsten, in ihre Heimath zurück.

* * *

Der verstorbene Generalfeldmarschall Graf von Moltke hatte von dem Orden pour le mérite die Friedensklasse getragen, die er für Leistungen auf dem Gebiete der Kriegswissenschaften erhalten hatte. Nach altem Herkommen mußte von dem Ordenscapitel auch der Vorschlag zur Weiterverleihung dieses freigewordenen Ordens in derselben Richtung erfolgen, und es erhielt ihn der frühere Kriegsminister General der Infanterie v. Verdy. Auch Fürst Bismarck war mit in Vorschlag gebracht worden. Bei dieser Gelegenheit stellt ein Artikel der Münchener „Allgem. Ztg." vom 14. August (A.-A.) die interessante Thatsache fest, daß Fürst Bismarck wunderlicherweise im Gegensatz zu Graf Moltke die militairische Classe des genannten Ordens besitzt, und erzählt auch, wie er dazu gekommen ist:

> Durch einen Theil der Presse läuft die Nachricht von der Verleihung der Friedensclasse des Ordens pour le mérite an den früheren Kriegsminister General von Verdy in unrichtiger Form. Die Verleihung dieses Ordens erfolgt nicht durch den König, sondern der König bestätigt nur die vom Ordenscapitel getroffene Wahl. In der Regel wird von letzterem der Modus innegehalten, daß ein erledigter Orden der nämlichen Classe der Wissenschaft oder der Kunst verbleibt, und da der verewigte Feldmarschall Graf Moltke den Orden für Leistungen auf dem Gebiete der Kriegswissenschaft empfangen hatte, so lag es nahe, in dieser Richtung auch den Nachfolger zu suchen. General von Verdy ist übrigens, obwohl er längere Zeit Chef der historischen Abtheilung des Generalstabes war, doch vorwiegend nur als taktischer Schriftsteller hervorgetreten.

Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit noch, daß auch eine Anregung vorlag, den erledigten Orden dem Fürsten Bismarck zuzuwenden, zumal dies der einzige preußische Orden ist, den der Fürst nicht besitzt. In hiesigen Gelehrtenkreisen wird behauptet, daß die Beschränkung der Wahl auf die Kriegswissenschaften auf einem allerhöchsten Wunsche beruht habe. Fürst Bismarck hat somit die Friedensclasse des Ordens pour le mérite nicht erhalten; den militairischen Orden dieses Namens verlieh ihm bekanntlich Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1884, als er thatsächlich seinem Kanzler nichts mehr zu geben hatte.

Die Verleihung erfolgte gleich mit Eichenlaub, d. h. mit dem Zeichen wiederholten Verdienstes.

Man hat damals die Frage aufgeworfen, ob Fürst Bismarck sich ein so speciell militairisches Verdienst erworben habe, wie die in den wärmsten Worten abgefaßte Cabinetsordre es besagte, um den eigentlich nur für Auszeichnung auf dem Schlachtfelde bestimmten Orden zu erhalten. Dies ist allerdings der Fall gewesen, und zwar zuerst im Feldzuge von 1866, als im Königlichen Hauptquartier die Frage des Angriffs auf Wien und die Floridsdorfer Linien verhandelt wurde. Es hat damals, wiewohl auch Moltke in seiner in der Beilage der „Allgem. Ztg." veröffentlichten Schilderung der Schlacht von Königgrätz es entschieden in Abrede stellt, ein „Kriegsrath" stattgefunden, dienstlich allerdings „Generalsvortrag" genannt, welchem auch der Ministerpräsident beiwohnte. Die Generale waren für den Angriff, zu welchem indeß schweres Geschütz aus Dresden und Magdeburg benöthigt wurde. Bismarck erklärte, daß er Angesichts der begonnenen französischen Einmischung nicht so lange mit den Verhandlungen warten könne; auch sei es nicht ohne Bedenken, die so günstige militairische Lage den immerhin ungewissen Chancen einer neuen Schlacht vor den Thoren Wiens preiszugeben. Als die Generale auf ihrer Ansicht bestanden, wies Bismarck darauf hin, daß derselbe Zweck der unmittelbaren Bedrohung und Besetzung sich ungleich einfacher durch einen Linksabmarsch und Ueberschreitung der Donau bei Preßburg erreichen lasse. Der König befahl die Karte und entschied, nachdem er sie einige Zeit prüfend überblickt hatte: „Bismarck hat Recht!"

Der Monarch hat im Jahre 1870 dem Grafen Stolberg in Versailles diesen Vorgang persönlich erzählt mit dem Hinzufügen: „Bismarck ist ja kein geschulter Militair, aber er hat einen praktischen Blick für militairische Lagen." Auch in dem Generallieutenants-Patent des späteren Fürsten Bismarck soll jenes Vorganges mit rühmender Anerkennung Erwähnung geschehen sein, und die Verleihung des Ordens pour le mérite

mit Eichenlaub am 1. September 1884 ist ausdrücklich unter Hinweis auf die wiederholten militairischen Verdienste des Kanzlers erfolgt.

* * *

Am Abend des 18. August verließ der Fürst das liebliche Kissingen und trat in Begleitung des Grafen Herbert, des Professors Dr. Schweninger und des Dr. Chrysander die Reise nach Varzin an. Die Münchener „Allg. Ztg." berichtet über die Abreise:

Am Bahnhof wurde der Fürst mit unbeschreiblichem Enthusiasmus empfangen. Das Publicum war auf allen Straßen zahlreich versammelt. Im Königssalon hatten sich der Regierungspräsident, der Badcommissar, die Gemeindevertretung, die katholische und evangelische Geistlichkeit, die Officiere des Bezirkscommandos, der Postmeister, der Bahninspector, die Aerzte, der Badpächter Streit und viele notable Curgäste eingefunden. Der Fürst trug das Ehrenmitgliedzeichen des hiesigen Veteranen- und Kriegervereins. Eine kostbare Blumenspende wurde von Damen dargebracht. Der Fürst war tief gerührt und schüttelte Allen die Hand. Unter den Rufen: „Auf Wiedersehen!" und unter betäubenden Hochrufen verließ der Zug die Halle.]

Ueber den ganzen diesmaligen Aufenthalt des Fürsten in Kissingen äußert dasselbe Blatt am 20. August (M.-A.):

Sein diesjähriger Aufenthalt in Kissingen dürfte durch die Zahl der Besucher, sowie durch die Zahl und Bedeutung der ihm dargebrachten Ovationen wohl der bewegteste seit dem Attentat von 1874 sein. Die Reihe vornehmer und bedeutender Persönlichkeiten des In- und Auslandes, welche auf der oberen Saline vorsprachen oder dort ihre Karten abgaben, war diesmal außerordentlich groß, und unter dem zahlreichen Publicum, welches den Fürsten täglich um die Mittagsstunde beim Heraustreten aus dem Bade erwartete, konnte man nicht selten Träger und Trägerinnen hochangesehener Namen erblicken. Der Fürst pflegte dann auf die lebhaften Zurufe, die ihn begrüßten, mit Schwenken seines Hutes zu antworten, und mit warmem Interesse folgten die Anwesenden dem ehemaligen Kanzler, wenn er hochaufgerichtet und in einer Haltung, die nichts weniger als siebenundsiebzig Jahre verräth, den bekannten schattigen Promenadenweg bis zur „Bismarck-Waage" entlang schritt, vom Grafen Herbert und Professor Schweninger begleitet.

Unter dem Publicum bildeten Damen jedes Alters ein nicht geringes Contingent, wie sie es denn auch waren, welche aus dem rosenreichen Kissingen täglich zahlreiche und prächtige Blumenspenden in die Saline sandten. Auch von außerhalb hatte die Post ähnliche Sendungen abzuliefern.

Den Lesern und Leserinnen der „Allg. Ztg." möchte es dabei von Interesse sein zu erfahren, daß der Fürst zu seinem letzten Geburtstage, wie er hier jüngst bei Tische mitgetheilt, über 7000 briefliche und telegraphische Gratu-

lationen erhalten hat, davon weit über 500 in gebundener Rede; die Dichter waren zur größeren Hälfte gleichfalls — Damen.

Obgleich außerhalb Kissingens und des eigentlichen Badelebens weilend, war Fürst Bismarck, der diesmal auch wiederholt im Theater erschien, doch der Gegenstand des unausgesetzten und allgemeinsten Interesses. Von weither aus Süddeutschland und aus dem Auslande kamen viele Personen, nur um ihn einmal zu sehen — so noch in den letzten Tagen der frühere spanische Minister Moret —, und auch die ziemlich zahlreichen Kurgäste aus der vornehmen Berliner Gesellschaft unterließen nicht, dem alten Kanzler die Beweise unveränderter Verehrung und Ergebenheit darzubringen. Möge der diesmalige Kissinger Aufenthalt dazu beitragen, die für das Vaterland so werthvolle Gesundheit des Fürsten Bismarck erneut zu festigen!

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." bringt am 19. August (A.=A.) folgende Nachricht:

> Die „Times" hatten vor einigen Wochen (am 30. Juni. D. Verf.) von ihrem Pariser Correspondenten, Herrn Blowitz, Mittheilungen über den Fürsten Bismarck aus der Zeit seines Rücktritts erhalten, welche der Correspondent selbst auf Confidenzen zurückführte, die der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, ihm gemacht habe. (Diese Unterredung soll am 13. Mai 1891 stattgefunden haben. D. Verf.) Danach sollte Fürst Bismarck sich zum Grafen Münster, als dieser ihn zur Zeit der Kanzlerkrisis in Berlin besuchte, in erbitterter Weise über die Annahme seines Abschiedsgesuches ausgesprochen und sich erst beruhigt haben, als er die Verleihung des lauenburgischen Herzogstitels erfuhr. Auch die Fürstin Bismarck wurde nicht geschont. Graf Münster sollte vielmehr erzählt haben, daß die Fürstin sich während der Unterredung mit ihrem Gemahl im Nebenzimmer mit sehr lauter Stimme über die Situation geäußert habe.

(Wir vervollständigen diese Inhaltsangabe. Nach jenem Artikel der „Times" hätte Graf Münster Folgendes erzählt: „Ich erhob mich und erklärte dem Kanzler, daß ich, da Kammersitzung war, dorthin ginge. Der Fürst sagte: ‚Warten Sie einen Augenblick, ich ziehe Uniform an und begleite Sie.' Er verließ das Zimmer. Wenige Minuten später hörte ich den Fürsten und die Fürstin sehr erregt und laut reden; dann kehrte der Fürst ins Zimmer zurück. Er hatte sich nicht umgekleidet und hielt einen großen geöffneten Brief in der Hand. Er war bleich geworden und seine Züge trugen den Ausdruck der Erregung. Er kam auf mich zu und sagte: ‚Ich kann nicht mit Ihnen gehen, soeben erhalte ich einen Brief von jenem jungen Manne, worin er mir mittheilt, daß er mich zum Herzog von Lauenburg ernennt. Das sagt klar, daß meine Entlassung endgültig und meine Ungnade

vollständig ist. Diese Spottentlassung kann ich nicht annehmen; er wird bald sehen, daß man einen Bismarck auf diese Weise nicht fortschickt.' Dann begann er wüthend im Zimmer auf und ab zu schreiten, äußerte Drohungen und Anklagen gegen jedermann, beschuldigte seine Gegner und die Intriganten, die gegen ihn gearbeitet hätten. Ich sah vor mir einen Mann, der gegen seinen Sturz tobte." Das soll des Grafen Münster Erzählung gewesen sein nach dem Blowitz'schen Times-Bericht, in dem die Sensationslüsternheit aus jedem Worte spricht. D. Verf.)

Wir haben unsere Leser mit diesem Klatsch verschont, weil bekannt ist, daß von „Herrn von Blowitz" historische Wahrheit überhaupt nicht, in Bezug auf die Person des Fürsten Bismarck aber nur Gehässigkeit zu erwarten ist, wir es auch nicht für möglich hielten, daß ein Mann in der Rangstellung des Grafen Münster derartige Confidenzen gemacht haben könnte, von denen er mit Sicherheit voraussetzen mußte, daß sie sehr bald und kaum in genauer Wiedergabe an die Oeffentlichkeit gelangen würden. Graf Münster hat in Folge einer in den „Hamb. Nachr." an ihn gerichteten Aufforderung durch das Wolff'sche Telegraphenbureau ein Dementi veröffentlichen lassen, welches in Berlin jedoch eine Abschwächung erfahren haben soll, und eine abermalige Aufforderung der „Hamb. Nachr.", jenen Unwürdigkeiten ein formelles Dementi mit seinem Namen zu geben, war bisher unbeantwortet geblieben. Im Gegentheil ist seitdem in einer amerikanischen Zeitung eine Mittheilung des Herrn Blowitz an den Correspondenten des Blattes erschienen, worin ersterer seine Erzählung mit einer mehr bestätigenden als abmildernden Einschränkung aufrecht erhält.

Am 15. d. M. hat nun der „Daily Telegraph", von welchem die „Köln. Ztg." behauptet, daß seine Besitzer zu dem Grafen Münster in freundschaftlichem Verhältniß stehen, eine Erklärung folgenden Inhalts veröffentlicht:

„Wir sind durch den Grafen Münster, der jetzt auf dem Gute Derneburg weilt, ermächtigt, die Authenticität des Berichtes über das Interview, welches vor einigen Wochen in den Zeitungen erschien, abzuleugnen. Es wurde veröffentlicht ohne Vorwissen oder Einwilligung Sr. Excellenz, welche jede Verantwortlichkeit für die darin enthaltenen Behauptungen zurückweist."

Ob englische Zeitungsleser aus dieser gewundenen Erklärung etwas Anderes herauslesen als eine abermalige indirecte Bestätigung, vermögen wir nicht zu entscheiden. Für das deutsche Publicum bleibt das Interesse bestehen, ob ein kaiserlicher Botschafter, welcher seiner Zeit auf Vorschlag des Fürsten Bismarck in den diplomatischen Dienst des Reiches berufen worden, thatsächlich einem Correspondenten Confidenzen gemacht

hat, deren Unwahrheit für jede mit den Verhältnissen näher vertraute Persönlichkeit zweifellos ist. Wir zögern bis auf Weiteres, in Bezug auf den Grafen Münster Derartiges anzunehmen, einmal, weil die Verbreitung solcher unwahrer Geschichten dem diplomatischen Geschick des Vertreters des Deutschen Reiches bei der französischen Republik kaum ein günstiges Zeugniß ausstellen würde, und sodann, weil in den Gesellschaftskreisen, welchen Fürst Bismarck sowohl als Graf Münster angehören, derartige Beleidigungen, wie sie in Bezug auf die Fürstin Bismarck vorliegen, doch selten ohne Folgen zu bleiben pflegen. Aus diesen Gründen bleiben wir dabei, daß die Mittheilungen des Herrn Blowitz Unwahrheiten seiner eigenen freien Erfindung sein müssen, aus allerlei Klatsch zusammengetragen, der um jenes Ereigniß in so bedauerlicher Weise gehäuft worden ist.

Was den Thatbestand anbelangt, so ist aus der Geschichte der Kanzlerkrisis zur Genüge bekannt, daß Fürst Bismarck sein Abschiedsgesuch erst auf wiederholten kaiserlichen Befehl eingereicht hat, weil er nicht glaubte, die Verantwortlichkeit für solchen Schritt im damaligen Augenblick übernehmen zu können. Daraus ergibt sich aber doch zur Genüge, daß Fürst Bismarck über die schließliche Annahme seines Entlassungsgesuches nicht im Geringsten im Zweifel sein konnte und daher auch gar keine Ursache hatte, sich darüber zu entrüsten. Daß die Stimmung des Fürsten sich erst durch den lauenburgischen Herzogtitel gemildert habe, kann gar nur Jemand glauben oder behaupten, der die Sinnes- und Denkweise des Fürsten über solche Dinge nicht kennt, ganz abgesehen davon, daß Fürst Bismarck sich bei früheren Anlässen dieser Art stets gegen den Herzogtitel ausgesprochen hatte.

Was endlich die behauptete Anwesenheit der Fürstin „im Nebenzimmer" anbelangt, so ist dies für Jeden eine Erfindung, der mit den räumlichen Verhältnissen des Kanzlerhauses, wie Fürst Bismarck es bewohnte, irgend bekannt ist. Die Unterredung mit dem Grafen Münster fand in dem im Erdgeschoß belegenen Arbeitszimmer statt, und da gibt es oder gab es gar kein „Nebenzimmer", in welchem die Fürstin sich hätte aufhalten und eine Unterredung mit lauter Stimme führen können. Im Gegentheil waren die im ersten Stock belegenen Wohnräume der Fürstin von dem Arbeitszimmer des Fürsten, zur oft beklagten Unbequemlichkeit des letzteren, in unerwünschter Weise entfernt und getrennt.

Nach dem Allen wird Graf Münster nunmehr dem deutschen Publicum gegenüber mit einer jede Zweideutigkeit ausschließenden formellen Erklärung über die objective Wahrheit jener Behauptungen des Herrn Blowitz nicht länger zurückhalten können.

* * *

Während der vorstehende Artikel in München gesetzt wurde, befand sich auch schon eine Erklärung des Grafen Münster an den Grafen Herbert Bismarck als seinen unmittelbaren Vorgesetzten im März 1890 in der Druckerei der „Hamburger Nachrichten".

Diese veröffentlichen am 19. August (A.-A.) an erster Stelle folgende Zuschrift des Grafen Herbert Bismarck:

An die Redaction der „Hamburger Nachrichten".

Schönhausen, 19. August 1891.

Die von dem Londoner „Daily Telegraph" auf Veranlassung des kaiserlichen Botschafters Grafen Münster kürzlich gebrachte Richtigstellung eines im Juni erschienenen und Seine Excellenz verdächtigenden Artikels der „Times" ist von den meisten Zeitungen reproducirt und verschiedentlich commentirt worden.

Daß es sich in diesem Artikel, welcher eine willkürlich erfundene Schilderung von Vorgängen bei der Entlassung des Fürsten Bismarck enthielt, um eine Fälschung und einen Mißbrauch des Namens des Kaiserlichen Botschafters handelte, ist für jeden Wissenden keinen Augenblick zweifelhaft gewesen.

Damit aber jene Fälschungen der Pariser Correspondenz der „Times" endgültig aus der Welt geschafft werden, bitte ich die verehrliche Redaction der „Hamburger Nachrichten" ergebenst, den folgenden Auszug aus einem eigenhändigen Schreiben des Herrn Grafen Münster, welches Seine Excellenz am 2. dieses Monats an mich gerichtet hat, zum Abdruck bringen zu wollen.

„. . . . . Ich bitte dem Fürsten zu sagen, wie außer mir ich über die . . . . . . Erfindung des . . . . Blowitz bin, und ihm mein Bedauern darüber auszusprechen, daß man meinen Namen so mißbraucht hat. —

gez. Münster."

Mit der Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung

Graf Bismarck-Schönhausen.

* * *

Am 21. August (A.-A.) berichtete dann die „Allg. Ztg." weiter:

Der Pariser Correspondent der „Times", Herr Oppert-Blowitz, beharrt dabei, daß die Unterredung über den Rücktritt des Fürsten Bismarck mit dem Grafen Münster, welche er am 30. Juni in den „Times" veröffentlichte, authentisch sei. Derselbe schreibt an die „Times":

„Ein Blatt (‚Daily Telegraph') erklärt sich für ermächtigt, die Authenticität der Unterredung, die ich mit dem Grafen Münster hatte, zu bestreiten, und fügt hinzu, der Letztere beschwere sich darüber, daß ich ihn nicht vorher von der Absicht, dieselbe zu veröffentlichen, benachrichtigt und ihn nicht um seine Zustimmung dazu befragt habe. Ich erachte es nicht für nothwendig, dem Grafen Münster diesen kindischen Widerspruch in die Schuhe zu schieben,

sondern glaube, daß er nur von irgend einem unverständigen oder unaufrichtigen Journalisten ausgegangen ist. Hätte Graf Münster mir die Thatsachen, die ich veröffentlichte, nicht erzählt, so würde er sich auch nicht darüber haben beschweren können, daß ich ihn von der beabsichtigten Veröffentlichung nicht benachrichtigt und ihn nicht um seine Erlaubniß dazu befragt habe; denn man benachrichtigt doch nicht Jemand, daß man eine erfundene Unterredung veröffentlichen wolle, und bittet nicht um die Erlaubniß dazu. Ferner bleibt eine Unterredung, wenn sie wirklich stattgefunden hat, authentisch, selbst wenn sie ohne Zustimmung des Andern veröffentlicht wird. Ich habe allerdings dem Grafen Münster nicht gesagt, daß ich die Unterredung publiciren wolle, einfach weil ich mich dazu autorisirt hielt und weil ich glauben mußte, daß er es wünschte oder Befehl hatte, den Inhalt veröffentlichen zu lassen. So lange Graf Münster nicht bestimmt und persönlich erklärt, daß er mir die von mir veröffentlichten Thatsachen nicht mitgetheilt hat, werde ich jede andere Behauptung für erfunden betrachten."

Nun ist das Wort an dem Grafen Münster.

Die „Nat.-Ztg." begleitet den Abdruck unserer jüngst hinsichtlich des Verhaltens des Grafen Münster gemachten Bemerkungen an der Stelle, wo es heißt, „daß Fürst Bismarck sein Abschiedsgesuch erst auf wiederholten kaiserlichen Befehl eingereicht habe", mit einem Fragezeichen. Somit ist der „Nat.-Ztg." nicht bekannt, daß, nachdem Fürst Bismarck es abgelehnt hatte, zu einem Vortrag über das von ihm einzureichende Abschiedsgesuch am 17. März Nachmittags im königlichen Schlosse zu erscheinen, ihm am Abend durch den vom Kaiser entsendeten General von Hahnke persönlich eröffnet wurde, daß Seine Majestät die Einreichung des Abschiedsgesuches erwarte.

Fürst Bismarck entgegnete, daß er nicht glaube, die Verantwortlichkeit für die Einreichung seines Abschiedsgesuches im gegenwärtigen Augenblicke übernehmen zu können; im Uebrigen stehe es ja Seiner Majestät frei, ihm den Abschied zu jeder Minute auch ohne Gesuch zu ertheilen.

Am folgenden Morgen erschien der Chef des Civil-Cabinets, Wirklicher Geheimer Rath von Lucanus, mit dem gleichen Auftrage, daß der Kaiser der Einsendung des Abschiedsgesuches im Laufe des Tages entgegensehe. Fürst Bismarck erwiderte, daß er dazu Zeit brauche; könne diese nicht abgewartet werden, so möge man ihm den Abschied ohne Gesuch geben. Am Abend des 18. März erfolgte dann die Absendung des ausführlich motivirten Abschiedsgesuches.

Dieser Sachverhalt, an dessen Richtigkeit wohl kaum Zweifel besteht, rechtfertigt die Auffassung, daß die Einreichung des Abschiedsgesuches auf wiederholten kaiserlichen Befehl geschehen sei.

* * *

Im August erscheint in Berlin eine Broschüre: „Das Ende der Politik des Fürsten Bismarck". Bei einer Analyse dieses Pamphlets findet die „Freisinnige Zeitung" zu ihrer Freude, daß an dem eisernen Kanzler darin kein gutes Haar gelassen wird. Er hat eigentlich stets geirrt, das Reich durch einen glücklichen Zufall ins Leben gerufen und dankt was er ist nur der Armee! So ungefähr die Richter'sche Quintessenz.

Dazu bemerkt die „Allgem. Ztg." am 23. August (M.=A.): „Wenn das Blatt daran die Vermuthung knüpft, die Broschüre dürfte aus Kreisen stammen, die unserem Auswärtigen Amte nahe stehen, so läßt sich mit aller Bestimmtheit sagen, daß das erfunden ist. An die unerreichbare Größe des Fürsten glauben seine einstigen Schüler, und wir trauen keinem von ihnen den Verrath zu, der in einer derartigen Verunglimpfung liegen würde. Herr Eugen Richter wird gut thun, weiter oder vielmehr in nächster Nähe zu suchen."

Die Wiener „Neue Freie Presse" äußert zu der Schrift sehr treffend: „Der anonyme Verfasser der Flugschrift bemerkt im Vorwort, daß ihn nur die extreme Tendenz der jüngsten Politik des Fürsten Bismarck und die Gefahr, die seine neue anti=österreichische Richtung in sich bergen würde, wenn sie Anhänger fände, zu seiner Veröffentlichung veranlaßt habe. Möglich; aber wir haben das Gefühl, als handle es sich da um einen neuen Eselsfußtritt, wie dem gestürzten Reichskanzler schon viele verabfolgt worden sind."

* * *

Am 24. August (A.=A.) heißt es in der „Allg. Ztg.":

Die „Frankf. Ztg." findet es auffallend, daß von Seiten des Fürsten Bismarck immer wieder auf die Geschichte seines Rücktritts zurückgekommen werde, und ein Berliner Correspondent des genannten Blattes wirft die Frage auf, welche Absichten und Hoffnungen der Fürst damit verfolge. Dies heißt aber doch wohl den Sachverhalt auf den Kopf stellen. Aus Kreisen, die dem Fürsten Bismarck nicht günstig gesinnt sind, werden fortwährend die erdenklichsten Geschichten über ihn und die letzte Periode seiner Amtsführung verbreitet, wie dies vor kurzem erst durch Herrn Oppert=Blowitz in den „Times" geschehen ist. Daß dem gegenüber aus anderen Kreisen, welche es schon im vorigen Jahre nicht für würdig hielten, „die große Flucht und Felonie" mitzumachen und heute das zu verleugnen, wozu sie sich gestern bekannt hatten, durch Hinweis auf den im Wesentlichen genugsam bekannten Sachverhalt jenen Täuschungen des Publicums entgegengewirkt wird, ist denn doch wohl nicht weiter auffallend und rechtfertigt keine Frage nach „Absichten oder Hoffnungen des Fürsten Bismarck".

Fürst Bismarck ist bald 77 Jahre alt, die Wiederkehr in das Amt ist nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen, liegt auch nach Allem,

was darüber bekannt, ganz und gar nicht in seinem Wunsche. Wohl aber hat ein großer Theil des Volkes den sehr entschiedenen Wunsch, die geschichtliche Gestalt des Fürsten Bismarck durch seine Hasser nicht verkleinern zu lassen, und diesen Letzteren gebührt zum nicht geringen Theil das Verdienst, wenn neuerdings von dem alten Kanzler wieder mehr die Rede ist.

Im Uebrigen will es uns scheinen, als ob nicht nur in Süddeutschland, wo dem großen Staatsmann und Begründer der deutschen Einheit der Dank dauernd und treu bewahrt bleiben wird, sondern auch in Norddeutschland und selbst in Berlin, soweit die Presse in Betracht kommt, ein gewisser Umschwung in Bezug auf die Stellungnahme zum Fürsten Bismarck erkennbar sei, die naturgemäße Reaction auf das widerliche Treiben einiger Zeitungen. So sucht z. B. auch die „Voss. Ztg." der Wahrheit die Ehre zu geben, indem sie mit Bezug auf die Blowitz'schen Mittheilungen bemerkt:

„Wie wenig genau es sonst Herr Blowitz mit seinen Angaben nimmt, dafür liefert eine scheinbar unwesentliche, aber charakteristische Stelle in dem Bericht des ‚Times'-Correspondenten einen Beweis: Fürst Bismarck soll in seinem Zorne von dem Kaiser als von dem ‚jungen Manne' gesprochen haben. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat ein Besucher des Fürsten die Beobachtung gemacht, daß im Gespräch der Fürst den Kaiser nie anders als durch die Bezeichnung ‚unser junger Herr' erwähnte, während unter ‚Majestät' und ‚Kaiser Wilhelm' Kaiser Wilhelm I. zu verstehen war. Wir glauben diesen Beitrag im Interesse der Klarstellung nicht unterdrücken zu sollen."

Wir möchten diesen Anlaß benutzen (so heißt es weiter in der „Allgem. Ztg."), um die Mittheilung eines englischen Schriftstellers[1]) zu berichtigen, welcher kürzlich ein Buch über Kaiser Wilhelm II. veröffentlicht hat, allerdings leider auf der Basis der freisinnigen Legenden aufgebaut.

Der Autor erzählt darin, daß, als der Kronprinz im Frühjahr 1887 von der ergebnißlosen Cur in Ems in Kenntniß der Natur seines Leidens nach Berlin zurückgekehrt sei, er dort eine Thronentsagung unterzeichnet habe, in welcher er für den Fall, daß er seinen Vater überlebe, zu Gunsten seines ältesten Sohnes auf den Antritt der Regierung verzichtete. Außer dem Kronprinzen hätten nur Kaiser Wilhelm I., der jetzige Kaiser und Fürst Bismarck von diesem Schriftstück gewußt, welches der Kanzler in das Hausarchiv niedergelegt habe. Erst später habe die Kronprinzessin dagegen Einspruch erhoben.

---

[1]) Harold Frederic.

Diese ganze Geschichte ist erfunden. Der hochselige Kaiser Friedrich hat weder jemals eine Thronentsagung unterzeichnet, noch ist ihm eine solche von irgend einer Seite zugemuthet worden. Kaiser Wilhelm I. hat noch in seinen letzten Lebenstagen, wenn er der Krankheit seines Sohnes gedachte, mit keiner Silbe einem Gedanken an einen Thronverzicht des Letzteren und an eine andere Regelung der Thronfolge Ausdruck verliehen; er würde nach seiner ganzen Lebensauffassung es abgelehnt haben, der göttlichen Vorsehung auf solche Weise vorzugreifen; ebensowenig hat der jetzige Kaiser oder hat Fürst Bismarck je daran gedacht, dem damaligen Kronprinzen einen solchen Gedanken nahe zu legen.

Fürst Bismarck hätte auch aus politischen Gründen dazu um so weniger Veranlassung gehabt, als er sich mit dem Kronprinzen vollkommen im Einklang wußte. Als der Gesundheitszustand Kaiser Wilhems I. im Jahre 1885 Anlaß zu ernsten Besorgnissen bot, berief der Kronprinz den damaligen Reichskanzler nach Potsdam und richtete an ihn die Frage, ob er im Falle eines Thronwechsels im Dienst bleiben werde. Fürst Bismarck erklärte sich dazu unter zwei Bedingungen bereit: keine Parlamentsregierung und keine auswärtigen Einflüsse in der Politik. Der Kronprinz erwiderte mit einer entsprechenden Handbewegung: Kein Gedanke daran! —

Dieser uns bestbezeugte Hergang dürfte hinreichen, um die freisinnige, auch in das Ausland übergegangene Legende zu entkräften, als habe Kaiser Wilhelm II. durch den Bruch mit dem Fürsten nur ein Vermächtniß seines Vaters ausgeführt. Im Gegentheil war wohl dem Fürsten selbst kein Zweifel darüber, daß die Amtsführung für ihn unter Kaiser Friedrich, der ein Zeit- und Kampfgenosse unseres geschichtlichen Werdens seit 1848 war, nachdem einzelne gegensätzliche Anschauungen der Vergangenheit längst überwunden waren, eine ungleich leichtere sein würde, als unter einem jungen Monarchen, der jene Zeit des Kampfes und Werdens nicht mit durchlebt hat und dessen geschichtliches und politisches Urtheil dementsprechend vielfach anders geformt sein muß.

* * *

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ bringt am 27. August (M.-A.) folgenden Artikel zu Moltke's Nachlaß:

Der schriftliche Nachlaß des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke wird dem deutschen Volke eine dauernd werthvolle Gabe sein, welche heute schon weit über die Grenzen Deutschlands hinaus nach Gebühr gewürdigt wird. Die kurze Darstellung des Feldzuges von 1870, die Skizze des Krieges von 1866, von ihrem competentesten Beurtheiler geschrieben, bieten einen so eigenartigen Beitrag zur neuesten deutschen

Geschichte, wie ihn von gleichem Werthe kein anderes Volk aufzuweisen hat; und die noch folgenden Bände, welche bestimmt sind, den Feldmarschall als Menschen zu verewigen, werden nicht minder einen werthvollen Bestandtheil des litterarischen Nationalschatzes der Deutschen bilden. —

Die Ehrfurcht, mit welcher die Nation die Stimme des großen Todten aus seinem Nachlaß vernehmen wird, erleidet keinen Abbruch durch eine Betrachtung, welche uns durch zwei Bemerkungen Moltke's nahegelegt wird. Moltke sagt in dem Aufsatz über den „Kriegsrath" in den Kriegen König Wilhelm's I.: „Der Krieg von 1866 ist nicht aus Nothwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen."

Dieser Satz steht zu zwei Stellen der königlichen Proclamation vom 18. Juni 1866: „An Mein Volk", in directestem Widerspruch. Da die Proclamation in jedem Geschichtswerke abgedruckt ist, wollen wir aus naheliegenden Gründen nicht ausführlicher citiren, sondern nur die eine Stelle hervorheben: „Wir müssen fechten um unsere Existenz, müssen in den Kampf auf Leben und Tod gehen gegen Diejenigen, die das Preußen des Großen Kurfürsten, des Großen Friedrich ... u. s. w." Ebenso besagt das Geschichtswerk des preußischen Generalstabes selbst über den Krieg von 1866 auf Seite 2: „... Hier (in Deutschland) war nicht Raum für beide, das eine oder das andere mußte weichen. Oesterreich zwar hatte eine außerdeutsche Existenz, Preußen hingegen konnte seine Stellung nicht aufgeben, ohne sich selbst zu vernichten."

Eine Bedrohung der eigenen Existenz hat für Oesterreich vor Ausbruch des Krieges nicht vorgelegen. In Wien wußte man genau, daß Preußen um den Besitz Schleswig-Holsteins und um die Hegemonie in Deutschland kämpfe, an beiden hing Oesterreichs Existenz nicht. Für Preußen dagegen konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß der Kampf gegen Oesterreich ein Existenzkampf war, der im Falle des Unterliegens sich nicht auf die Kriegskosten beschränkte, und es liegen Thatsachen genug vor, welche die Richtigkeit dieser Auffassung hinlänglich beglaubigen.

Auch der Krieg von 1870 war für Frankreich kein Existenzkampf, der Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, wohl aber war es ein solcher für Deutschland. War „Mainz" doch schon im August 1866 unter Kriegsdrohung gefordert, die Forderung freilich mit den historischen Worten abgelehnt worden: Gut, dann ist Krieg. Ueber die Rechnung, welche ein siegreiches Frankreich im Jahre 1870 geschrieben haben würde und auch in Zukunft schreiben wird, konnte und kann nirgends ein Zweifel bestehen. Die „Bedrohung" aber wird auch in allen Kriegen der Zukunft wohl meist immer nur auf der einen Seite sein.

Wir gehen auf diese Wendung in Moltke's Worten ein, zunächst weil aus derselben gefolgert werden könnte, daß er mit dem Kriege nicht einverstanden gewesen sei und ihn noch testamentarisch in seinen Ursachen mißbillige. Dies ist ganz und gar nicht der Fall gewesen. Zweitens aber auch, weil der eine oder der andere Leser durch die nicht ganz treffende Form des Moltke'schen Ausdrucks in der Beurtheilung der politischen Verhältnisse, die 1866 zum Kriege führten, irregeleitet werden könnte.

Unsere zweite Bemerkung bezieht sich auf den „Kriegsrath". Moltke schreibt: „Ich kann versichern, daß weder 1866 noch 1870/71 jemals ein Kriegsrath abgehalten worden ist. Außer an Marsch- und Gefechtstagen war regelmäßig um 10 Uhr Vortrag bei Seiner Majestät, wobei ich, begleitet vom General-Quartiermeister, die eingegangenen Nachrichten und Meldungen vorzutragen und auf Grund derselben neue Vorschläge zu machen hatte. Zugegen waren der Chef des Militaircabinets, der Kriegsminister und in Versailles, so lange das Hauptquartier der 3. Armee dort lag, auch der Kronprinz; alle jedoch nur als Zuhörer. Der König forderte von ihnen zuweilen Auskunft über das Eine oder das Andere; aber ich erinnere mich nicht, daß er sie jemals um Rath gefragt hätte, die Operationen oder die von mir gemachten Vorschläge betreffend. Diese, welche ich stets mit meinen Officieren besprochen, unterwarf vielmehr Seine Majestät selbst einer meist sehr eingehenden Erwägung. Derselbe bezeichnete mit militairischem Blick und stets richtiger Würdigung der Sachlage alle Bedenken, welche der Ausführung entgegenstehen könnten; aber da im Kriege jeder Schritt mit Gefahr verbunden ist, blieb es schließlich ausnahmslos bei dem Vorgeschlagenen."

Hiernach hätte es sich also immer nur um den Vortrag des Chefs des Generalstabes gehandelt, welchem die anderen Anwesenden einfach schweigend zuzuhören hatten. Die in der „Deutschen Revue" veröffentlichten Briefe des Kriegsministers v. Roon bezeugen jedoch, daß dieser „Generalsvortrag" (wie er damals im Hauptquartier genannt wurde) namentlich in Versailles doch mitunter zu sehr lebhaften Erörterungen geführt hat, welche, wie aus den Briefen Roon's hervorgeht und auch sonst von glaubhafter Seite bestätigt wird, den Gesundheitszustand des Kriegsministers schwer erschütterten.

Wie man eine Versammlung von Generalen, die täglich unter dem Vorsitz des Königs zusammentritt, technisch benennen will, ist an sich gleichgültig. Im Kriege von 1866 hat dieselbe Anfangs ziemlich regelmäßig, später in größeren Abständen stattgefunden. War Bismarck erreichbar, so wohnte er derselben bei.

In einem dieser Vorträge war der Angriff auf Floridsdorf unter

Herbeiziehung der Belagerungsartillerie von Magdeburg beschlossen worden. Der Ministerpräsident, welcher später eintrat, wurde davon in Kenntniß gesetzt. Bismarck fragte, wie lange die Sache dauern würde. Man bemaß den Zeitraum auf 14 Tage, 2000 Mann würden vor den Schanzen liegen bleiben. Bismarck opponirte. Die bereits begonnene Einmischung Frankreichs gestatte solchen Zeitaufwand nicht mehr, auch sei es bedenklich, die bisher so günstige militairische Lage den Chancen eines neuen opferreichen Kampfes auszusetzen.

Als die Generale auf ihrer Ansicht beharrten, machte Bismarck darauf aufmerksam, daß mit einer Viertelschwenkung eines Theiles der Armee die Bewegung auf Preßburg gemacht und die Donau dort mit ungleich leichterer Mühe überschritten werden könne. Entweder würden die Oesterreicher den Kampf in dann ungleich ungünstigerer Lage annehmen, oder, was wahrscheinlicher, auf Ungarn ausweichen; dann sei Wien ohne Schwertstreich zu gewinnen. Wie wir bereits früher mitgetheilt, sprach der König sich zu Gunsten dieses Vorschlags aus, der dann allerdings wohl zu langsam und zu spät ausgeführt wurde. (Vergl. oben S. 200.)

Dieser Vorgang ist es vermuthlich gewesen, welcher die Generale bei Beginn des Krieges von 1870 veranlaßte, Vorkehrungen gegen eine derartige „Einmischung" Bismarck's zu treffen. Als das große Hauptquartier Berlin verließ, war der Kanzler in seinem Coupé unfreiwilliger Ohrenzeuge eines im Nebencoupé mit lauter Stimme geführten Gesprächs, in welchem namentlich General von Podbielski hervorhob, diesmal sei dafür gesorgt, daß Bismarck sich um die militairischen Dinge nicht zu bekümmern haben werde. Fast schüchtern warf der dem Kanzler befreundete Kriegsminister ein: Aber er muß doch wissen, wann er Frieden zu machen hat.

Daß es später namentlich in Versailles zu starken Frictionen gekommen, ist auch außerhalb des Hauptquartiers bekannt geworden. Es wird berichtet, daß, als in einem Falle die Generale erfuhren, Bismarck solle dem Vortrage beiwohnen, sie die größten Schwierigkeiten erhoben. Damals war es, als der hochselige Kaiser' dem Grafen Eberhard Stolberg, dem Inspecteur der freiwilligen Krankenpflege, den Vorgang aus dem Jahre 1866 mittheilte und hinzufügte: „Ich kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie ihn (Bismarck) nicht haben wollen. Denn in den wenigen Fällen, in welchen Ich ihn in militairischen Dingen um seinen Rath gefragt habe, hat er stets den Nagel auf den Kopf getroffen."

Daß Moltke den Kriegsminister nicht in Versailles haben wollte, spricht er selbst in einer Anmerkung aus. Sein Standpunkt dürfte ungefähr folgender gewesen sein: Der Kriegsminister hat die Armee mobil zu machen und sie dem Chef des Generalstabes zu übergeben, dann aber für Ersatz u. s. w. zu sorgen. Der Chef des Generalstabes

schlägt den Feind und übergiebt ihn überwunden dem Minister des Auswärtigen, der dann einen anständigen Frieden machen mag. Hierauf wird der Rückmarsch angetreten, und der Kriegsminister demobilisirt die Armee. Diese Moltke'sche Auffassung hat sicherlich Vieles für sich; aber da in einem europäischen Kriege immer noch viele andere Factoren auf der Welt sind als die beiden gegen einander im Felde stehenden Heere, so ist eine Einflußnahme des Ministers des Auswärtigen nicht zu vermeiden und namentlich dann gerechtfertigt, wenn dieser Minister — Bismarck ist.

Daß im Jahre 1866 wie 1870 von Hause aus übersehen worden war, Belagerungsartillerie in hinreichender Stärke mobil zu machen und dem Heere rechtzeitig folgen zu lassen, ist eine der Lehren des Krieges, die seitdem hinreichend beherzigt sein dürften; dieser Umstand ist aber bei der Situation vor Wien wie vor Paris nicht ohne Bedeutung gewesen.

Immerhin aber reichen die gegensätzlichen Auffassungen, die gelegentlich in dem Kreise jener Heroen hervortraten, und von denen die Geschichtschreibung uns allmählich Kunde giebt, bei Weitem nicht aus, um im Herzen und in der dankbaren Erinnerung des deutschen Volkes das unvergleichliche Bild jener gigantischen Trias zu zerstören, welche Kaiser Wilhelm's Heldengestalt bis in die fernsten Jahrhunderte in Geschichte und Sage glorreich und unvergleichlich umgeben wird.

* * *

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ brachte Ende August folgenden Artikel, der eine sehr zutreffende Kritik an dem Verhalten eines großen Theiles der deutschen Presse und eines leider einflußreichen Theiles des deutschen Volkes übt:

Ein Kaiserwort. „Ein Volk, welches seine großen Männer derart ehrt, ist nimmermehr ein kleines!“ — so etwa lauteten die Worte unseres kaiserlichen Herrn in Amsterdam Angesichts des herrlichen Grabmals, welches dem ruhmgekrönten Seehelden Michael de Ruyter von seinen dankbaren Landsleuten errichtet worden ist. In den Niederlanden selbst hat man diesen Ausspruch des hohen Gastes mit freudiger Genugthuung begrüßt. Mit wohlbegreiflichem Stolze wird man ihn dort den kommenden Geschlechtern überliefern.

Dringend zu wünschen aber wäre es, daß er auch bei uns im Deutschen Reiche lebhaften Widerhall und allseitige Beachtung fände, da der erlauchte Monarch durch jene Aeußerung nicht nur dem niederländischen Volk und — ohne es zu wollen — der eigenen Denkweise ein Ehrenzeugniß ausgestellt, sondern zugleich allen denen eine beherzigenswerthe Lehre ertheilt hat, die in Gehässigkeiten gegen Deutschlands größten und gewaltigsten Sohn sich kaum genug thun zu können scheinen, und die ihr bedauerliches Treiben wohl gar

mit angeblichen Loyalitätsrücksichten zu rechtfertigen oder zu beschönigen suchen. Wann und wo immer der Undank gewissermaßen zur Staatsraison gemacht wurde, war stets auch „etwas faul“ in dem betreffenden Staatswesen, selbst wenn dasselbe anscheinend auf dem Höhepunkte der politischen und culturellen Entwickelung sich befand.

Zum Beweise dessen brauchen wir nicht auf das Alterthum, auf die Tage eines Miltiades, eines Themistokles oder eines Cimon, nicht auf gewisse Vorgänge im republicanischen oder kaiserlichen Rom zurückzugreifen. Auch die neue und die neueste Zeit liefert der schlagenden Beispiele leider genug. Es sei hier nur an jene erst wenige Decennien hinter uns liegende Periode der österreichischen Politik erinnert, in welcher der alte Kaiserstaat nach der ausdrücklichen Versicherung eines seiner hervorragendsten Vertreter „die Welt in Staunen setzen wollte ob seines Undankes“. Daß dies in vollstem Maaße ihm gelang, und daß in Folge dessen um die Mitte des Jahrhunderts der „Dank vom Hause Oesterreich“ ebenso hoch bewerthet wurde wie einst die „punische Treue“, ist allbekannt.

Ebenso bekannt ist aber auch, daß gerade damals die Habsburgische Monarchie trotz der kurz zuvor in Italien und Ungarn errungenen Siege und trotz des vollständigen Fiascos der ihr in Deutschland von preußischer Seite bereiteten Concurrenz tief im Ansehen gesunken war, tiefer als es in Zeiten der schwersten Kämpfe und Krisen der Fall gewesen. Dem Oesterreich der fünfziger Jahre, mit dem das heutige durchaus nicht gleichgestellt werden darf, galt denn auch das Wort des dritten Napoleon: „Man verbündet sich nicht mit einem Leichnam!“

Und doch ließen sich für den Undank, mit welchem die leitenden Wiener Kreise dem russischen Helfer und Genossen damals lohnten, immerhin noch Milderungsgründe geltend machen. Denn die eigentliche Triebfeder ihres Thuns war nationaler Egoismus, der unter allen Arten der Selbstsucht jedenfalls als die erträglichste und entschuldbarste erscheint.

Für das unqualificirbare Verhalten eines großen Theils der deutschen Presse gegenüber dem Fürsten Bismarck, gegenüber dem Manne also, dessen Verdienste um Deutschlands Wiedergeburt nicht hoch genug geschätzt werden können, und vor dessen gewaltiger Persönlichkeit wohl oder übel auch das Ausland bewundernd sich beugte, wird man dagegen nach mildernden oder erklärenden Momenten — von Rechtfertigungsversuchen ganz abgesehen — vergebens Umschau halten. Schmerzliches Befremden, ja ernste Besorgnisse hinsichtlich unserer nationalen Zukunft müßte es hervorrufen, wenn man in diesem Falle in den Auslassungen zahlreicher sogenannter Organe der öffentlichen Meinung in der That ein Spiegelbild dieser letzteren erblicken sollte.

Hätte der Vorgang nicht seine hochernste Seite, so wäre es geradezu zum Lachen, die gesammte demokratische Presse im Verein mit einer ganzen Anzahl

fragwürdiger Alliirter und pseudo-monarchischer Banner mit einem wahren Fanatismus gegen denjenigen Mann ankämpfen zu sehen, der während seiner amtlichen und politischen Wirksamkeit vier Decennien hindurch die Fahne des Königthums hochgehalten und wie kein Zweiter dazu beigetragen hat, dem durch die revolutionaire Bewegung um die Mitte unseres Jahrhunderts und durch die in Folge derselben hervorgerufenen anti-autoritairen Tendenzen stark erschütterten monarchischen Gedanken nicht in Preußen und Deutschland allein, sondern in ganz Europa wiederum festen Boden und allgemeine Anerkennung zu schaffen. Staunen mußte die fremden Nationen wohl ergreifen, als sie den Namen des Staatsmannes, um dessen Besitz sie zwei Jahrzehnte lang uns beneidet hatten, von einer Schaar litterarischer Freibeuter Tag für Tag geschmäht und verunglimpft sahen, nicht nur ungestraft, sondern auch ungehindert.

Der Schein der Undankbarkeit — aber, Gott sei Dank auch nur der Schein — spricht gegen unser deutsches Volk. Wer dasselbe näher kennt, vor Allem aber, wer unter ihm und mit ihm lebt, weiß sehr wohl, daß es in seiner weit überwiegenden Mehrheit die glänzenden Verdienste des eisernen Kanzlers um unsere nationale Wiedergeburt und Größe ebensowenig vergessen hat wie die seines kaiserlichen Herrn Wilhelm's I., oder wie die eines Moltke, des Schlachtendenkers, der das scharfgeschliffene Schwert so meisterlich zu handhaben wußte.

So lange und so weit die deutsche Zunge klingt, wird dem, der die Germania in den Sattel zu heben und sie wieder bügelfest zu machen wußte, der Dank der deutschen Patrioten nicht fehlen. Davon zeugen die zahllosen Kundgebungen, die nach seinem Rücktritt in die Stille des Privatlebens in allen vaterländischen Gauen, insbesondere im Westen und im Süden des Reichs, also da, wo man die Folgen der früheren Uneinigkeit und Machtlosigkeit am schmerzlichsten empfunden hatte, ihm dargebracht worden sind und fort und fort dargebracht werden.

Typisch war in dieser Hinsicht vor Allem die begeisterte Ovation, welche die Vertreter der gesammten akademischen Jugend, die Repräsentanten derjenigen Kreise, aus denen die künftigen Leiter des Volkes, die Beamten, Staatsmänner und Parlamentarier, in erster Linie hervorgehen sollen, unlängst in Kissingen dem Hochbetagten bereiteten (vgl. oben S. 190 ff.). Von der Bedeutung dieser Huldigungen vermag weder der Ingrimm noch der Hohn, mit dem die Preßorgane demokratischer und clericaler Richtung dieselben commentirt, irgend etwas hinwegzunehmen.

Je mehr die durch den Wechsel in der Leitung der Reichspolitik erzeugten Wellen und Kreise sich glätten, desto entschiedener werden sicherlich die wohlgesinnten Elemente ohne Unterschied der Parteistellung diejenigen zur Ordnung zurückrufen, die in ihrem unersättlichen Bismarck-Hasse unserem Volke die

Freude am Vaterlande und an seinen großen Männern zu verderben suchen und damit am letzten Ende — wenn auch unwissentlich — nur die Geschäfte des Auslandes besorgen. Ihr dreistes Beginnen, dabei unter der Maske einer besonderen Loyalität obenan als Vorkämpfer für die Interessen der Krone und ihres erlauchten Trägers aufzutreten, hat durch das Kaiserwort in Amsterdam am Grabmale des Ruyter's die rechte Beleuchtung und wohlverdiente Verurtheilung erfahren. In dieser Hinsicht werden sie Niemanden mehr zu täuschen vermögen, der nicht selbst getäuscht sein will.

* * *

Einen Festartikel zum 2. September (M.=A.) schließt die „Allg. Ztg." mit folgender Betrachtung:

Im Geiste des Heeres und des Volkes war die Reichsverfassung bei Sedan geboren, wenn es auch immerhin für die leitenden Staatsmänner nicht ganz leicht ward, für alle Einzelheiten die allseitig zusagende Form zu finden. Der nationalen Impulsen folgend, brachten die deutschen Fürstenhäuser eine Anzahl von souverainen Rechten zum Opfer in der Gewißheit, im neuen deutschen Hause gesicherte Bürgschaften für die Existenz und die Selbstständigkeit ihrer Länder und Dynastien in Sachen der Reichsverfassung zu finden. Die Reichsverfassung, wie sie seit zwanzig Jahren vorliegt, ist das Ergebnis, wie es ohne Zwang zu erlangen war. Mächtigen und starken Einflüssen und Strömungen gegenüber jeden Zwang, jede Pression hintangehalten zu haben, die Einigkeit höher gesetzt zu haben als die Einheit, ist das größte Verdienst des Fürsten Bismarck, durch welches er namentlich in Süddeutschland jenes Vertrauen gewonnen, das ihn bis an den Schluß seiner Amtsführung getragen und das ihm auch darüber hinaus geblieben ist. Weitere Bedürfnisse über den Rahmen des freiwillig Zugestandenen hinaus zu befriedigen, überließ er getrost „der Arbeit der Enkel", und wenn er im letzten Jahrzehnt einmal dem Vertreter eines deutschen Staates, der sich in einer Frage schwierig erwies, scherzend mit „Strafbayern" drohen konnte, so war dies immerhin ein bemerkenswertes Zeugnis, in welchem Grade er sich des Vertrauens der Krone Bayern sicher für und das Band der Einigung gefestigt wußte.

Vor Kurzem hat der Schöpfer der Reichsverfassung, wie wir ihn wohl nennen dürfen, den in Kissingen um ihn versammelten studentischen Abordnungen, „den Beamten und Wählern der Zukunft", diese Verfassung ganz besonders an das Herz gelegt. Es war die erste öffentliche Rede des alten Kanzlers seit seinem Amtsaustritt, sie richtete sich der Form nach wohl an die ihn umgebende Corona, dem Inhalte nach an das gesammte Vaterland, welchem er die Hut und den Schutz dieser Verfassung in ernst mahnenden Worten anempfahl. Wir sind überzeugt, daß es heut nirgends in Deuschland eine Partei oder sonst namhafte Factoren giebt, welche etwa gesonnen sind,

die Verfassung im unitarischen Sinne auszugestalten; andrerseits vermögen uns auch die Stimmen nicht zu beirren, welche neuerdings stärker in centrifugaler Richtung auftreten und an die Leidenschaften der Massen appelliren. Der stärkste Schutz jedes Rechts bleibt die Erfüllung der mit jedem Recht untrennbar verknüpften Pflicht. So lange die deutschen Staaten und Stämme im Süden wie im Norden einander in Uebung ihrer Rechte die mit diesen ihnen auferlegten Pflichten erfüllen — ohne Pflicht gibt es kein Recht, und ohne Recht keine Pflicht —, wird die Reichsverfassung den Bundesfürsten genügen, welche die Erfordernisse der nationalen Gemeinschaft heischen. Wo die Entwickelung der Verhältnisse, des Verkehrs und seiner Formen mit den Jahren etwa Aenderungen erfordert, werden sich diese dann im Geiste des Vertrauens, der Treue und der Vaterlandsliebe vollziehen.

Indem unser Volk am Sedantage dankbar der großen Führer aus jenen Tagen der Bedrohung und Gefahr, des Sieges und der Ehren gedenkt, legt es damit das erneute Gelöbniß ab, in seinen Fürsten und seinen Bürgern, in allen seinen Stämmen der großen Frucht dieses Sieges in Treue zugethan zu bleiben: der Reichsverfassung. Nur in dieser Einigkeit liegt Deutschlands Stärke und des Reiches Zukunft.

* * *

Am 4. September (A.-A.) knüpfen die „Hamb. Nachr. an eine Meldung des Londoner „Standard" über ein die Dardanellenfrage betreffendes Abkommen zwischen Rußland und der Türkei an mit folgendem Artikel:

Die Dardanellenfrage. Die Nachricht des „Standard", daß die Pforte den russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus gestattet habe, beschäftigt die Presse aller Länder. Obwohl bisher keinerlei amtliche Bestätigung der Meldung vorliegt, wird sie als wahr behandelt. Schon das ist charakteristisch. Protestkundgebungen sind bisher nur von Seiten der englischen Presse erfolgt, haben aber, abgesehen von einigen deutschen Organen, keinen Widerhall gefunden. Die öffentliche Meinung Europas hat ersichtlich wenig Neigung, in den alten Fehler zurückzuverfallen, sich für specifisch englische Interessen zu entrüsten. Sogar von Wien aus ist bereits Absage ertheilt worden, natürlich nur auf publicistischen Wegen. Immerhin giebt das zu denken und kann in der Annahme bestärken, daß man am Ballhausplatze mit Möglichkeiten rechnet, die es im Interesse der Monarchie räthlich erscheinen lassen, auf gutem Fuße mit Rußland zu stehen. Wir wären die letzten, eine solche Absicht den Oesterreichern zu verübeln. Wir haben es von jeher als eines der wichtigsten Erfordernisse der deutschen Politik bezeichnet, neben den Allianz-Verpflichtungen gute Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, um auf diese Weise stets zwei Stränge auf dem Bogen und damit die Führung im Dreibunde zu behalten. Wir können es

billigerweise den Wienern nicht verdenken, wenn sie es versuchen wollen, diese Politik nachzumachen.

Was das angeblich zwischen Rußland und der Pforte getroffene Abkommen wegen der Dardanellendurchfahrt betrifft, so ist der Sturmlauf der englischen Presse dagegen begreiflich. Wir wissen nicht, ob das Abkommen in der That, so wie es der „Standard“ gemeldet hat, oder ähnlich getroffen ist; wenn es geschehen sein sollte, so wäre darin vielleicht eine Etappe zur Verwirklichung der russischen Pläne zu erblicken, von denen wir in der letzten Zeit mehrfach gesprochen haben. Rußland strebt naturgemäß danach, die südliche Haupteinfahrt in sein Inneres in eigene Hände zu bekommen und, bis dieses Ziel erreicht ist, seine Hausthür wenigstens dadurch zu sichern, daß es die Straße zu ihr für die eigenen Kriegsschiffe passirbar gestaltet. Die außerdem vorhandenen strategischen Vortheile der Erlangung des Durchfahrtsrechtes für russische Kriegsschiffe durch die Dardanellen liegt auf der Hand. Rußland hätte Konstantinopel in dem Bereich seiner Kanonen und vermöchte in jedem Augenblicke mit starker Flotte im östlichen Mittelmeer und vor dem Suezcanal, dem Wege nach Aegypten und Indien, zu erscheinen. Auch die Möglichkeit einer plötzlichen Besetzung Konstantinopels nach Abschluß eines Garantievertrages mit dem Sultan käme in Betracht. Diese zu verhindern oder das fait accompli zu beseitigen, dürfte eventuell für England um so schwieriger sein, als Rußland gegebenenfalls kaum zögern würde, die anderen Interessenten an der Mittelmeerfrage mit Entschädigungen aus nichtrussischem Gebiete zu beschwichtigen. Indeß, vorläufig liegen die Möglichkeiten in weiter Ferne.

Wenn Rußland die Dardanellendurchfahrt wirklich erreicht hat, so wird es dabei, wie gesagt, zunächst von dem berechtigten Verlangen, Herr seiner Haupteinfahrt zu werden, geleitet worden sein; allenfalls wäre es denkbar, daß auch der Wunsch, auf die Entscheidung über Aegypten stärkeren Einfluß zu gewinnen, im Spiele gewesen wäre. Liegen nicht Täuschungen vor, so wird es das Nilland sein, das in der nächsten Zukunft als Hauptkraftmesser der entgegengesetzten Interessen in der Mittelmeerfrage functionirt. Für England ist die Aufrechterhaltung seiner ägyptischen Position von vitalster Wichtigkeit. Je mehr Rußland sich in Asien an Indien herandrängt, je mehr muß England darauf bedacht sein, sich die Verbindung mit Indien durch den Suezcanal zu sichern. Mit besorgter Miene wird denn auch bereits von den Freunden Englands geltend gemacht, Großbritannien müsse in Aegypten herrschen, um in dem Winkel, in welchem drei Erdtheile zusammenstießen, vor allen Ueberraschungen bewahrt zu bleiben. Wisse Rußland einmal für seine Flotte die Durchfahrt durch die Meerengen zu verschließen oder zu erzwingen, wie leicht könne dann nicht ein Handstreich gegen den Suezcanal verübt werden, sobald die britische Regierung, statt die ägyptische Armee

jeden Augenblick verwenden zu können, darauf angewiesen sei, Hülfstruppen aus Malta oder Indien oder dem Mutterlande an die bedrohte Stelle zu werfen. In den Dardanellen wie in Aegypten vertheidigte England seinen asiatischen Besitz, und darum sei nicht daran zu denken, daß es in Fragen, welche seine Lebensinteressen berührten, zur Nachgiebigkeit geneigt wäre. Sir Samuel W. Baker habe jüngst erklärt, für die Räumung Aegyptens könne eine kürzere Frist als ein halbes Jahrhundert nicht in Aussicht genommen werden. Das heiße füglich, Aegypten müsse englisch sein und bleiben, um die Sicherheit des britischen Reiches und seines Handels zu gewährleisten. Wir führen diese Darstellung an, nicht um sie zu vertreten, sondern um die Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der ägyptischen Frage neu hinzulenken. Unter diesen Gesichtspunkten ist es fast unmöglich, nicht eventuell an einen Zusammenhang der Dardanellendurchfahrt mit der ägyptischen Angelegenheit zu glauben.

Wenn die Durchfahrt einseitig für russische Schiffe zugestanden wäre, würde sie unter dem Gesichtspunkte des europäischen Rechts zu betrachten sein. Wir unsererseits glauben uns besonders berechtigt, die Forderungen desselben zu vertreten, da wir in der gesammten Presse fast das einzige Organ gewesen sind, das gegenüber dem ungesetzlichen Zustande in Bulgarien die europäischen Vertragsrechte in Schutz genommen hat. Für uns steht fest, daß der Berliner Vertrag zu Ungunsten Rußlands durch Bulgarien verletzt worden ist unter stillschweigender Duldung und Zustimmung verschiedener Mächte, und daß man deshalb kein Recht besäße, über Rußland zu klagen, wenn dieses seinerseits sich über die Beschlüsse des Pariser Friedens hinweggesetzt haben sollte. Indeß steht dies einmal noch nicht fest, und außerdem wird übersehen, daß in der dem Pariser Frieden angehängten Meerengen-Convention der Sultan nur erklärt, daß er „festen Willens“ sei, das alte Verbot der Dardanellen-Durchfahrt aufrecht zu erhalten; nur die übrigen Mächte verpflichten sich, diese Willensbestimmung des Sultans zu achten und das Princip derselben zur Richtschnur zu nehmen. Aus der Fassung geht hervor, daß der Wille des Sultans die Bedingung des Bestandes der Vorschrift ist und daß mit der thatsächlichen Aenderung dieses Willens ein neuer Zustand eintritt, bezüglich dessen wir es dahingestellt sein lassen müssen, ob ein speciell Rußland gemachtes Zugeständniß alle übrigen Signatarmächte berechtigen würde, ohne den Willen der Pforte ihre Kriegsschiffe ebenfalls die Dardanellen passiren zu lassen.

Den vorstehenden Artikel hat das Wolff'sche Telegraphenbureau auf Bismarck'schen Ursprung zurückgeführt und am Mittag des Erscheinungstages in einem kurzen, noch dazu ungenauen Auszug in aller Welt verbreitet.

Die Thatsache, die der „Standard“-Meldung zu Grunde liegt, ist eine

russisch-türkische Verständigung, die sich nur auf die Schiffe der freiwilligen russischen Kreuzerflotte bezieht: diesen soll in Zukunft auf die einfache Meldung des Schiffscommandanten hin die Durchfahrt gestattet sein. Eine Sache für sich ist es, wenn England in dieser Verständigung nur eine neue Etappe auf dem Wege erblickt, der schließlich zur völligen Oeffnung der Dardanellen führt.

Die Münchener „Allgem. Ztg.“ begleitet die Wiedergabe des Artikels der „Hamb. Nachr.“ mit folgender Darlegung:

Inwiefern diese Ausführungen des Hamburger Blattes die Ansichten des Fürsten Bismarck wiederspiegeln, darf dahin gestellt bleiben ... Der Artikel der „Hamb. Nachr.“ ist völlig hypothetisch auf dem unrichtigen Telegramm aufgebaut, welches die Nachrichten des „Standard“ entstellt wiedergab. Der „Pester Lloyd“, welcher aus diesem Anlaß abermals den Fürsten Bismarck mit einer Fluth von Gehässigkeiten überschüttet, hätte daher besser gethan, sich vor blindem Eifer zu hüten und der Lehre eingedenk zu bleiben, daß der Haß stets ein schlechter Rathgeber ist. Deutschland hat gewiß keinen Beruf, für Rußland den Wegweiser nach den Dardanellen zu machen, ein Weg, welchen Rußland früher oder später ohnehin finden wird; noch weniger aber hat Deutschland Ursache, sich für die dabei in Betracht kommenden englischen Interessen zu erhitzen. England wird, wenn es keine continentalen Kräfte findet, die ihm die Kastanien aus dem Feuer holen, sich mit Rußland zu verständigen wissen, eine Entwickelung, die jedoch in zu weiter Ferne liegt, um heute politische Betrachtungen darüber anzustellen.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ vom 4. September (A.-A.) berichtigen die irrthümliche Ansicht der Londoner „St. James Gazette“, daß Fürst Bismarck im Jahre 1877 der englischen Regierung den Rath ertheilt habe, die Hand auf Aegypten zu legen. Die Auslassung lautet:

Die Londoner „St. James Gazette“ erinnert daran, daß Fürst Bismarck zur Zeit des russisch-türkischen Krieges der britischen Regierung den Rath gegeben habe, sich Aegypten zu nehmen. Diese Auffassung der „St. James Gazette“ entspricht nicht ganz den Thatsachen. Der frühere Reichskanzler ließ sich über diese Angelegenheit im deutschen Reichstage am 2. März 1885 aus und sagte, Lord Granville befinde sich im Irrthum, wenn er meine, Bismarck's Rath sei dahin gegangen, „to take it“, Aegypten zu nehmen. Er habe niemals einen Rath ertheilt, um nicht die deutsche Regierung zu binden. Auf die wiederholten Anfragen, namentlich Lord Ampthill's, ob er nicht wenigstens als Privatmann seine Meinung andeuten wolle, habe er allerdings erwidert, er könne sich in den Fall hineindenken, daß er englischer Minister wäre; er würde dann — in diesem Augenblicke — nicht dazu rathen,

Aegypten zu annectiren, wohl aber sehe er ein, daß es für England ein Bedürfniß sei, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindegliede seines europäischen und asiatischen Besitzes zu haben. Diese Stellung sei aber ohne Verletzung der Verträge nur durch den Sultan zu erreichen. Fürst Bismarck fuhr dann — und seine Ausführungen sind heute von besonderem Interesse — fort:

„Ich würde, wenn ich englischer Minister wäre, die Vermittelung des Sultans suchen, um durch ihn in Aegypten eine Stellung zu erlangen, vermöge deren die englischen Interessen sicher gestellt würden. Ich wäre auch der Meinung, daß diese Form bei anderen Nationen kaum Anstoß erregen würde, einmal wegen ihrer Verträglichkeit mit den Verträgen, dann aber auch, weil sie den Hauptinteressenten an den ägyptischen Finanzen, den französischen sowohl wie den englischen Bondholders, und auch denen der übrigen Nationen mit Wahrscheinlichkeit eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung Aegyptens durch die englischen Organe in Aussicht stellt. Damit würden, beispielsweise bei der Bedeutung, die die finanziellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheinlich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provocirt werden.

Wenn dagegen England eine directe Annexion Aegyptens vornehmen wollte, so könnte sich ein Verhältniß von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und dem gesammten Mohammedanismus. Diese Spannung würde fortfallen, wenn die Engländer dort unter der Firma des Sultans erschienen, und ich gebrauchte noch den Ausdruck — vielleicht wird mein englischer Herr College sich dessen erinnern — ich gebrauchte in englischer Sprache den Ausdruck eines ‚Lease-Holder‘ des Sultans in Aegypten. Damit würden sie vermeiden, Frankreich und Andere zu verstimmen, und uns sei ein gutes Vertragen zwischen England und Frankreich dringend wünschenswerth, denn ein Bruch zwischen diesen beiden großen Mächten in der Mitte Europas sei eine Calamität für ganz Europa, in erster Linie aber für uns Deutsche als die nächsten Nachbarn, und ich legte deshalb einen großen Werth darauf, daß England mit Frankreich in guten Beziehungen bliebe.

Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, to obtain influence in Egypt. Ich habe dem hinzugefügt: wenn England vorziehen sollte, Aegypten zu annectiren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, das zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger — ich kann nur langsam lesen, weil ich übersetze — wäre für uns wichtiger als das zukünftige Schicksal von Egypten. Ich sei nicht willens, England einen Rath zu geben, aber ich sehe voraus, daß durch eine Annexion Aegyptens

England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindungen zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Souverainetät seinen Einfluß in Aegypten auszuüben.

Dann folgt eben die schon erwähnte Betrachtung, daß die großen französischen Financiers damit zufrieden sein würden, in der Hoffnung, daß ihre geschäftlichen Interessen durch die englische Verwaltung ebenso gut gewahrt werden würden, als früher durch gemeinsame Leitung, und daß bei dem augenblicklichen Vorwiegen der finanziellen Interessen die öffentliche Meinung in Frankreich leicht vielleicht sogar die Annexion Aegyptens ertragen würde, daß aber in dem Falle immer doch some ill-feeling and uneasiness, eine üble Empfindung und — es ist schwer zu übersetzen — Mißstimmung zurückbleiben werde, welche die Beziehungen dieser beiden Länder verbittern und Gefahren für den zukünftigen Frieden mit sich bringen können ... Aber wie auch der Entschluß Englands ausfallen möge, wir werden ihm nicht im Wege stehen."

* * *

Am 5. September entnehmen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) der „Danziger Ztg." nachstehende Notiz vom 3. September über eine **Begrüßung des Prinzen Albrecht** von Preußen seitens des Fürsten Bismarck:

„Auf dem Bahnhofe in Hammermühle begrüßte gestern (am Sedantage) Nachmittag Fürst Bismarck den zur militairischen Inspection nach Stolp fahrenden Prinzen Albrecht von Preußen. Der Fürst kam in offenem Halbwagen ohne jede Begleitung und Bedienung außer dem Kutscher von Varzin nach Bahnhof Hammermühle. Bei Ankunft des Zuges entstieg der Prinz seinem Salonwagen, um den Fürsten zu begrüßen. Auf die Dankworte des ersteren, daß es sehr liebenswürdig vom Fürsten gewesen, hier zu erscheinen, erwiderte Fürst Bismarck: ‚Es ist nur meine Pflicht, königliche Hoheit, meinen durchlauchtigsten Herrenmeister zu begrüßen.' Auf die Aeußerung Bismarck's: ‚Gestatten königliche Hoheit, Ihnen zum heutigen vaterländischen Gedenktage zu gratuliren,' entgegnete der Prinz: ‚Ihnen doch mehr als mir, Durchlaucht!' Fürst Bismarck äußerte, daß er bis Mitte oder Ende October in Varzin verbleiben werde; er möchte gern länger hier verweilen, aber ihm fehle die Nähe der großen Stadt und ihre Annehmlichkeiten, die ihm in Friedrichsruh Hamburg zu bieten in der Lage sei. Bei Ankunft auf dem Bahnhofe hatte der Fürst scherzend geäußert: ‚Ich habe gar nicht geglaubt, daß unser Kiefernwald soviel Menschen beherbergt!' Es hatten sich nämlich auf dem Perron eine Menge Stolper und Schlawer eingefunden. Die Unterhaltung der beiden hohen Herren dauerte zwanzig Minuten."

Die „Hamb. Nachr." fügen hinzu: „Wir geben diese Mittheilung des Danziger freisinnigen Blattes wieder, ohne sie verbürgen zu können."

* * *

Unter dem Titel „Sedanshumbug" hatten die Socialdemokraten Elberfelds zum 2. September ein Flugblatt verbreitet, in dem dieselbe Gesinnung zum Ausdruck kam, die wir einige Jahre später in noch stärkerem Maße und mit lauterem Lärmen 1895 kennen gelernt haben. Die „Hamb. Nachr." vom 11. September (A.=A.) drucken das Blatt ab und ziehen lehrreiche Schlüsse daraus:

„Sedanshumbug." Uns liegt ein socialdemokratisches Flugblatt vor, das zum Sedantage in Elberfeld herausgegeben wurde. Es wird unsere Leser interessiren, zu erfahren, was die socialdemokratischen Führer und Hetzer den deutschen Arbeitern zum nationalen Feiertage als Festgruß bieten:

„Arbeiter, Handwerker, Bürger!

„Der 2. September, ein Tag, welcher uns an so namenloses Elend erinnert, naht wieder; der Tag, von welchem man vor 21 Jahren glaubte, er würde dem Kriege zwischen den beiden vornehmsten Culturvölkern, Deutschland und Frankreich, ein Ende machen. Letzteres geschah nicht, sondern der Massenmord unter den Völkern, welche in erster Linie berufen sind, Industrie und Wissenschaft zu fördern zum Wohle der ganzen Menschheit, wurde fortgesetzt. Dieser Tag wird aufs Neue gemißbraucht von wenigen Personen, welche ein Interesse daran haben, niedrige, verwerfliche Leidenschaften im Volke wachzurufen.

„Wird an einem menschlichen Körper eine schmerzhafte Operation vorgenommen und er übersteht sie glücklich, so läßt der davon Betroffene die Wunden ruhig vernarben, und man würde ihn einen Thor schelten, wenn er die Narben leichtfertig aufreißen würde.

„In einer solchen Lage befindet sich der deutsche Staatskörper. 21 Jahre sind es her, seit die zwei vornehmsten Nationen Europas sich gegenseitig zerfleischten in einem fürchterlichen Kriege, in dem Hunderttausende von Menschen geopfert wurden, der dem Besiegten und dem Sieger unermeßlichen Schaden brachte, ein Krieg, der durch die Fälschung einer Depesche durch den damaligen Grafen Otto von Bismarck beschleunigt, wenn nicht gar leichtfertig vom Zaune gebrochen wurde. Deutschland blieb Sieger in diesem völkermordenden Kriege. Doch was war die Folge davon? Ungezählte Familien wurden ihres Ernährers beraubt, die fortschreitenden Kriegsrüstungen, hervorgerufen durch die durch den Frankfurter Friedensschluß veränderte Machtstellung der einzelnen Staaten zu einander, deren wachsende Eifersucht gegen einander, werden immer gefahrdrohender und entziehen den Völkern das Beste an Gut und Blut!

„Ganz besonders ist es der 2. September, an welchem der künstlich genährte Chauvinismus, der Nationalitätenhaß wahre Orgien feiert, gerade an diesem Tage, dem sogenannten St. Sedanstage ist es, an dem immer wieder vernarbende Wunden, die der Krieg geschlagen, aufgerissen werden.

„Und zum größten Leidwesen muß es gesagt werden, daß es meistens Arbeiter sind, die zu solch grobem Unfug sich gebrauchen lassen, die in wahnsinniger Verblendung glauben, ihren Patriotismus zu bethätigen, wenn sie sich an solcher Komödie betheiligen.

„Jeder edel denkende Mensch wird sich mit Verachtung von solchem Treiben, wie es an den Sedanstagen beliebt, an welchen auch das Herz unserer Jugend durch das Einpflanzen des Nationalitätenhasses vergiftet wird, abwenden.

„Ganz besonders scharf zu tadeln ist es, wenn unsere ‚Stadtvertretung' diesen Sedanshumbug noch durch eine Subvention von 1000 Mark aus dem allgemeinen Steuersäckel bestärkt und das culturfeindliche Treiben geradezu sanctionirt, d. h. heiligt . . .

„Im Namen der den Weltfrieden wollenden Socialdemokratie ersuchen wir euch, Bürger des Wupperthales, am 2. September dem völkerverhetzenden Treiben der Bourgoisie und ihrem Auswuchs, den Krieger- und anderen sogenannten ‚patriotischen' Vereinen fernzubleiben. Fort mit den Kriegen! Hoch der Friede! Hoch die völkerbefreiende internationale Socialdemokratie!

„Das Agitations-Comité des Socialdemokratischen Volksvereins.

„Zur Lassalle-Feier und als Gegendemonstration bezw. Friedensdemonstration findet heute Sonntag, 30. August, Nachmittags 1½ Uhr, ein Ausflug nach Ronsdorf statt, woselbst eine Festversammlung abgehalten wird. Wir laden alle Arbeiter, Handwerker und Bürger zu dieser Feier ein."

Es wird allerdings für den „Arbeiter, Handwerker, Bürger", also für uns Alle, gut sein, diese frechen socialdemokratischen Auslassungen nicht aus dem Gedächtnisse zu verlieren; aus ihnen ergiebt sich mehr als eine Nutzanwendung, wenn auch andere als die von den Verfassern beabsichtigten.

Bemerkenswerth ist die Hetze der Socialdemokraten gegen die Krieger- und patriotischen Vereine, deren „Gefährlichkeit" sie wohl erkennen. Ein nicht minder gutes Zeugniß pflegen sie dem Fürsten Bismarck durch ihre lügnerischen Verleumdungen auszustellen, und, wie das Beispiel zeigt, sind sie ihrer liebsten Gewohnheit auch diesmal nicht untreu geworden.

Was die socialdemokratischen Führer anstatt der durch den Krieg bewirkten und von ihnen so beklagten „veränderten Machtstellung der Staaten zu einander" gewünscht hätten, ist klar genug angedeutet. Ihnen folgend, hätte die preußische Regierung im Juli 1870 die von Frankreich erhaltene Ohrfeige einstecken müssen. La Prusse cane! (kneift, fürchtet sich), riefen damals die Franzosen in vorzeitigem Jubel — aber es kam anders.

Wir feiern am 2. September nicht die blutige Schlacht; diese ward am 1. September geschlagen. Wir begehen am 2. September den Geburtstag des Deutschen Reiches und deswegen, nicht aus Franzosenhaß, wird er auch ferner als der größte nationale Ehrentag gefeiert werden. Das Geschrei gewisser vaterlandsloser Bursche über „Sedanshumbug" wird dazu beitragen, die Bedeutung jenes großen Tages allen Deutschen einzuprägen.

* * *

Ueber das Leben und Befinden des Fürsten Bismarck in Varzin berichtet ein von den „Hamb. Nachr." am 17. September (A.=A.) veröffentlichter Privatbrief eines Hamburger Herrn, der den Fürsten besucht hat, Folgendes:

„. . . Des Fürsten Gesundheit läßt Nichts zu wünschen übrig. Am Tage meiner Ankunft war er zwei volle Stunden zu Pferde, und, wie Ihnen bekannt, pflegt er dabei oft Trab oder Galopp zu reiten. Am nächsten Morgen lud er mich zu einem längeren Spaziergange in den Park ein, der an Größe und Schönheit den Friedrichsruher weit übertrifft; Nachmittags besahen wir einen Theil der fürstlichen Güter, und es dauerte die Wagenfahrt durch die herrlichen Wälder von drei bis sieben Uhr.

„Noch weit erstaunlicher als die körperliche, ist die geistige Regsamkeit des Fürsten, und wenn er auch im Scherze sagte, sein Interesse für Politik habe seine übrigen Neigungen verschlungen, wie im Fischteiche die größte Forelle alle kleineren zu verspeisen pflege, so bemerkte ich andererseits auf unseren Ausflügen durch Wald und Feld, mit welcher Freude er den guten Stand der Culturen musterte und mit welcher eingehenden Sorgfalt er später forstliche und landwirthschaftliche Anordnungen gab.

„Als ich jetzt las, daß gerade während der Tage meines Varziner Aufenthaltes einige Zeitungen den Fürsten hatten bedenklich krank sein lassen, war ich überrascht und erheitert, wußte ich doch, daß diese üblen Nachrichten nirgend anders entsprungen sein konnten als aus den ‚frommen' Wünschen seiner Feinde."

* * *

Ende August war die Zelewskische Expedition gegen die Wahehe von diesen bei Ilenza in Uhehe geschlagen und zum größten Theil niedergemacht worden. Dazu äußern die „Hamb. Nachr." am 28. September (A.-A.):

Ostafrika. Anläßlich der ausländischen Schadenfreude über die deutsche Niederlage in Ostafrika ist bereits auf die Unvermeidlichkeit derartiger Katastrophen hingewiesen worden, die nicht zum wenigsten durch die Geschichte der englischen Colonialunternehmungen bewiesen wird. Ist der Trost, der hierin liegt, an sich schon von problematischem Werthe, so darf er erst recht nicht dazu verleiten, solche Vorkommnisse unter Bedauern für die Opfer, die sie gefordert haben, auf die leichte Achsel zu nehmen. Obwohl ausführlichere Berichte noch nicht vorliegen, läßt sich aus den bisher bekannt gewordenen Angaben so viel entnehmen, daß das Mißgeschick von Ilenza nicht als Folge unabwendbarer Umstände eingetreten ist, sondern hätte vermieden werden können. Schon dieser Umstand reicht hin, die ernsteste und kritischste Prüfung der Ursachen der Niederlage zur dringenden Pflicht zu machen. Wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß ihr in vollem Umfange von den berufenen Organen entsprochen werden und daß nach Möglichkeit der Wiederholung solcher Katastrophen vorgebeugt wird.

Einstweilen neigt die öffentliche Meinung der Ansicht zu, daß, wenn Major von Wißmann in seinen ursprünglichen Functionen als Höchstcommandirender belassen worden wäre, uns die Niederlage wahrscheinlich erspart geblieben wäre. Wir theilen diese Ansicht; zunächst wegen der persönlichen Eigenschaften Wißmanns. Durch reiche Erfahrungen erprobt, boten dieselben die denkbar beste Garantie dafür, daß unter seiner Verantwortlichkeit waghalsige Excursionen von zweifelhaftem Werthe überhaupt nicht unternommen, sondern nur wirklich nothwendige und nützliche Maßregeln ergriffen worden wären, die auf genauer Kenntniß aller Verhältnisse beruhten und das gesteckte Ziel mit vollster Energie, aber ohne Improvisationen und Velleitäten, die darüber hinausgingen, zu erreichen suchten. Außer diesen persönlichen Bürgschaften gegen unliebsame Ueberraschungen bot auch die Organisation, die unter Wißmann bestand, größere Sicherheiten gegen Mißgeschick als die heutige Einrichtung, wo ein Civilgouverneur mit mehreren Militairs über das, was geschehen oder unterbleiben soll, zu berathen und zu entscheiden hat. Einhelligkeit der Führung und vollste Alleinverantwortlichkeit eines einzigen, alle Gewalten in sich vereinigenden Befehlshabers sind unseres Erachtens unerläßliche Voraussetzungen jeder auf die Dauer erfolgreichen und gesicherten Action in Afrika. Wir würden es als eine erwünschte und heilsame Wirkung einer traurigen Ursache betrachten, wenn die Katastrophe in Uhehe zu einer Reorganisation der ostafrikanischen

Functionen im Sinne der Wiederannäherung an den früheren Zustand führte.

Als Fürst Bismarck seiner Zeit Wißmann mit der Pacification von Ostafrika betraute und dieser ihn um Instructionen bat, war die Antwort des großen Staatsmannes die, daß er keine Instructionen zu geben habe, daß seine Aufgabe mit der Auswahl Wißmanns, in dessen Fähigkeiten er volles Vertrauen setze, zunächst erfüllt sei. Von Berlin aus könne nicht entschieden werden, was in jedem Augenblick in Afrika zu geschehen habe, das müsse Wißmann selbst ermessen; operire er verkehrt, so müsse er abberufen werden. Die hierin ausgedrückte Auffassung von der Stellung des Vertreters der deutschen Regierung in Ostafrika trifft auch heute noch zu. Diese Stellung fordert vor Allem einen ganzen Mann, der völlig selbstständig und uneingeengt durch Civilcommissare und sonstige Persönlichkeiten seine Entschließungen trifft und dafür einzig und allein der Regierung verantwortlich ist. Einen complicirten Zustand der Verwaltung gestatten die Verhältnisse in Ostafrika nicht, und die Wiederherstellung des früheren scheint uns mindestens eine ebenso wichtige Bedingung einer gesicherten Entwicklung der Dinge im dortigen Gebiete zu sein, wie die Verstärkung der Schutztruppe und die Erhöhung des weißen Elements in ihr.

* * *

Mit Herrn von Boetticher beschäftigen sich die „Hamb. Nachr." am 21. September (A.-A.):

Herr von Boetticher. Verschiedene Zeitungen machen darauf aufmerksam, daß der Staatssecretair von Boetticher seit 11 Jahren Staatsminister und Präsident des Reichsamts des Innern sei. Sie erwähnen dabei nicht das Ressort, für welches der damalige Oberpräsident von Schleswig-Holstein ins Staatsministerium berufen wurde; es war dasselbe wie das von Delbrück und von Hofmann. In Folge der Ernennung des Ministerpräsidenten zum Bundeskanzler hatte sich bald die geschäftliche Nothwendigkeit ergeben, der Politik des Ministerpräsidenten einen Vertreter im Staatsministerium auch für die Fälle zu sichern, wo er selbst den Sitzungen nicht beiwohnte. Diese Vertretung wurde zuerst dem Minister von Delbrück übertragen, dessen Aufgabe im Staatsministerium es war, die Ansichten des abwesenden Ministerpräsidenten, der als Bundeskanzler sein Vorgesetzter war, im Staatsministerium zu vertreten. Dieses Stellvertreteramt wurde nach Delbrück's Ausscheiden dem Minister von Hofmann und, nach dessen Uebergang in den Reichsdienst, im Elsaß, dem Oberpräsidenten von Boetticher übertragen. Das Ressort dieses Ministers war darnach auf die Wahrnehmung der Politik des abwesenden Ministerpräsidenten im Staatsministerium und in

etwaigen Immediatvorträgen beschränkt. Delbrück hat es niemals anders aufgefaßt und vertrat bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem abwesenden Bundeskanzler nicht die eigene Ansicht, sondern die des Letzteren als dessen Mandatar, schon weil der Ministerpräsident im Reichsdienste der directe Vorgesetzte des damaligen „Präsidenten des Reichskanzleramts“ war.

Durch die Ernennung des Herrn von Boetticher zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums wurde in dieser Beziehung nichts geändert, da der Vicepräsident des Staatsministeriums eine andere Politik nicht verfolgen kann als die des Ministerpräsidenten, den er in Behinderungsfällen vertritt. Meinungsverschiedenheiten sind bei einer derartigen Vertretung praktisch nicht möglich, und wo sie theoretisch stattfinden, würde das Präsidium doch immer nur im Sinne des Präsidenten und nicht des Vicepräsidenten gehandhabt werden können; Zwiespältigkeit in demselben ist geschäftlich nicht zulässig. Die Stellung des Ministers von Boetticher war also jederzeit und nach allen Seiten hin eine solche, welche ihm in erster Linie die Vertretung des Ministerpräsidenten und der Politik desselben zur Pflicht machte; ein anderes Ressort hatte er weder im preußischen Ministerium, noch im Reichsdienste; in letzterem war er der Untergebene und in ersterem der Mandatar des Reichskanzlers.

* * *

Die „Deutsche Revue“ veröffentlichte im Jahre 1891 Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Kriegsministers Grafen v. Roon, darunter auch einen Privatbrief Bismarck's an diesen, der sich auf das Entlassungsgesuch Roon's bezieht. Hat dieser Brief auch mit dem Zeitabschnitt, dem diese Blätter gelten, direct nichts zu thun, so glauben wir ihn hier doch mittheilen zu müssen, schon mit Rücksicht auf die oben (S. 107) erwähnte fingirte Publication des „Temps“. Der Brief lautet:

„Varzin, 13. December 72.

„Lieber Roon! Auf Ihren amtlichen Brief vom 10. antworte ich nicht, sondern melde Ihnen nur, daß ich morgen in Berlin einzutreffen hoffe. Ich reise, nicht weil ich mich gesund fühle, sondern weil ich für Pflicht halte, die Situation mit Sr. Majestät und mit Ihnen mündlich zu besprechen.

„Mein Gefühl sagt mir seit Monaten, daß ich die alte Gesundheit nicht wieder erlange, und also auch den alten Geschäftskreis nicht wieder übernehmen kann. So lange der König es befiehlt, will ich ihm als auswärtiger Minister gern weiter dienen, da die mehr als 20jährige Erfahrung in der europäischen Politik und das Vertrauen fremder Höfe nicht auf einen Andern übertragen werden kann. Aber die auswärtigen

Angelegenheiten der stärksten Großmacht nehmen einen vollen Mannesdienst in Anspruch, und es ist eine unerhörte Anomalie, daß der auswärtige Minister eines großen Reiches daneben die Verantwortung für die innere Politik desselben tragen soll.

„Mein Gewerbe ist ein solches, in dem man viele Feinde gewinnt, aber keine neuen Freunde, sondern die alten verliert, wenn man es 10 Jahre lang ehrlich und furchtlos betreibt ...... Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zu Grunde gehe. Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die ..... Desertion der conservativen Partei in der katholischen Frage.

„In meinen Jahren und mit der Ueberzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas, für diese Welt, Entmuthigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau zutritt, wie das seit Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Ueberspannung erlahmt; der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat; die Faulen halten länger aus, aber ultra posse nemo obligatur.

„Ich glaubte es noch einige Monate bis zu mündlicher Verständigung hinhalten zu können. Aber Ihr Brief vom 10., lieber Roon, hat meinen Entschluß zur Reife gebracht. Ich kann des Königs Preußischer Ministerpräsident nicht bleiben; will Seine Majestät mich als Reichskanzler und auswärtigen Minister behalten, so will ich versuchen, diesen Zweig weiter zu besorgen. Die Verantwortung für Collegen, auf die ich nur bittweisen Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Seiner Majestät, die ich nicht theilen kann, vermag ich in meiner deprimirten Gemüthsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die . . . Ueberhebung und politische Unbrauchbarkeit der Conservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen.

„Mit den Conservativen ist nichts zu machen, sie folgen den ‚Rednern‘ wie K. und den Intriganten wie B., gegen sie mag ich nicht. Der König muß also m. E. neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen, und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altentheil oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Seiner Majestät vortragen. Das Zeugniß gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift. Wir werden, wenn Gott uns Leben giebt, uns der großen Zeit, die wir

gemeinsam durcharbeiteten, als alte Freunde gern erinnern, und behäbigeren Nachfolgern mit weniger aufreibendem Diensteifer wohlwollend nachblicken.

„In herzlicher und unwandelbarer Freundschaft Ihr v. B.“

* * *

Es wurde schon oben erwähnt, daß von den Agrariern besonders Ungarns bereits in früheren Jahren Versuche unternommen waren, um unter Berufung auf das politische Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Ermäßigung oder gar Aufhebung des deutschen Getreidezolls für österreichisches und ungarisches Getreide zu erlangen, daß aber die deutsche Regierung alle derartigen Ansinnen in der höflichsten Weise abgelehnt hat. Denn wie bekannt vertrat Fürst Bismarck die Ansicht, daß ein wesentliches Festigungsmittel des erwähnten politischen Bündnisses seine Popularität war, daß man aber dem Bündnisse diese Festigkeit entzöge, sobald durch Erfüllung der Wünsche der österreichischen und ungarischen Agrarier dem großen Bruchtheil der deutschen Bevölkerung, der Landwirthschaft treibt, durch die freie Concurrenz Schaden zugefügt und damit Unzufriedenheit bei ihr geweckt würde.

Nun glaubt der „Pester Lloyd“ aber doch den Nachweis erbringen zu können, daß diese Bedenken des Fürsten Bismarck neu seien und daß er früher im Princip sehr geneigt gewesen wäre, den ungarischen Wünschen entgegen zu kommen. Wie sich aus dem nachstehenden Artikel der „Hamb. Nachr.“ vom 22. September (A.-A.) ergiebt, ist das Pester Blatt mit seinen Folgerungen aber auf dem Holzwege.

Fürst Bismarck und der österreichische Handelsvertrag. Um zu beweisen, „wie Fürst Bismarck früher über einen deutsch-österreichischen Handelsvertrag gedacht hat“, druckt eine Reihe von Zeitungen folgenden Artikel des „Pester Lloyd“ nach:

„Es war vor etwa acht Jahren. Graf Julius Andrassy war schon lange nicht mehr Minister des Auswärtigen; die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten befand sich schon in denselben Händen, denen sie auch heute noch anvertraut ist.[1])

Da geschah es, daß Graf Andrassy gelegentlich einer Soirée in einem Wiener aristokratischen Palais mit dem deutschen Botschafter Prinz Reuß zusammentraf. Es waren eben damals von deutscher Seite wieder einige neuerliche Zollverschärfungen decretirt worden, welche namentlich in Ungarn einen überaus ungünstigen Eindruck machten. In dem Gespräche mit dem Prinzen Reuß brachte nun Graf Andrassy diese Mißstimmung aufs Tapet; er bemerkte, er stehe den Maßnahmen des Fürsten Bismarck nicht principiell feindlich gegenüber, er sei vielmehr der Mei-

[1]) Graf von Kalnoky.

nung, daß auch für die volkswirthschaftlichen Interessen Oesterreich-Ungarns, namentlich für die Landwirthschaft ein gewisser Schutz bei richtiger Auswahl der Objecte von Vortheil sein könne; allein es sei weder nothwendig, noch wünschenswerth, daß solche Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie ihre Spitze auch gegen Deutschland kehren, sowie ja auch Fürst Bismarck ihm — Andrassy — gegenüber wiederholt erklärt habe, er wolle die deutsche Landwirthschaft nicht gegen Oesterreich-Ungarn, sondern vornehmlich gegen die russische und amerikanische Concurrenz schützen. In Folge dessen, meinte Andrassy, erscheine es ihm nicht nur wünschenswerth, sondern auch möglich, daß beide Staaten sich über gemeinsame Schutzmaßregeln gegenüber dritten Staaten verständigen, während sie im Verkehr mit einander jene coulante, günstigere Behandlung Platz greifen ließen, welche den zwischen ihnen bestehenden intimen politischen Beziehungen entspricht.

Obwohl dieses Gespräch bei der damaligen Stellung des Grafen Andrassy auch nicht entfernt einen officiellen oder officiösen Charakter hatte, schien dasselbe dem deutschen Botschafter doch interessant genug, um darüber ausführlich nach Berlin zu berichten, und auch Fürst Bismarck, der dem Grafen Andrassy jederzeit das auszeichnendste persönliche Vertrauen entgegenbrachte, hielt die Sache für wichtig genug, um dieselbe zum Gegenstande einer Antwortsnote an den deutschen Botschafter in Wien zu machen, welcher zugleich ermächtigt wurde, dem Grafen Andrassy von dem Inhalte dieser Note Kenntniß zu geben. Fürst Bismarck betonte darin den hohen Werth, den er auf die Ansichten des Grafen Andrassy lege, behandelte dann eingehend die Schwierigkeiten, welche derzeit — das Wort war besonders betont — der Realisirung der vom Grafen Andrassy angeregten Idee entgegenstehen, ließ aber zum Schlusse die Geneigtheit erkennen, im gelegenen Momente auf den Gegenstand zurückzukommen.

Graf Andrassy, der auch in der Politik nicht einen Moment aufhörte, ein vollendeter Gentleman zu sein und mit einer geradezu ängstlichen Gewissenhaftigkeit über die Correctheit jedes seiner Schritte wachte, selbst nachdem er von seiner hohen Stellung zurückgetreten und einfach Privatmann geworden war, Graf Andrassy hielt es für seine Pflicht, den oben erwähnten Ideenaustausch zwischen ihm und den deutschen Staatsmännern sofort zur Kenntniß der maßgebenden Mitglieder der ungarischen Regierung zu bringen, welche den ihnen plausibel scheinenden Gedanken bereitwillig aufgriffen und ihn zum Gegenstande vertraulicher Erörterung sowohl mit der österreichischen Regierung, wie mit dem gemeinsamen Minister des Auswärtigen machten. Als in der That bald darauf Graf Kalnoky zu der alljährlichen Zu-

sammenkunft mit dem Fürsten Bismarck nach Varzin reiste, wurde von den angesehensten Journalen übereinstimmend gemeldet, es sei in Varzin zwischen den beiden Staatsmännern eine Verständigung versucht worden über gewisse Maßregeln zum Schutze der volkswirthschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegenüber dritten Staaten, ohne daß die beiden genannten Monarchien hierdurch gleichzeitig auch einander gegenseitig schädigen würden."

Wenn diese Mittheilung des „Pester Lloyd" in der Absicht reproducirt wird, dadurch den Beweis zu liefern, daß Fürst Bismarck die jetzigen handelspolitischen Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn gleichsam im Voraus gebilligt habe, so wird damit Unkenntniß der Diplomatie bewiesen. Der frühere Reichskanzler hat gegenüber den Versuchen, die während seiner Amtsführung wiederholt von Oesterreich gemacht wurden, das politische Bündniß mit Deutschland wirthschaftlich und namentlich zu Gunsten der ungarischen Kornhändler zu belasten, schwerlich eine andere Stellung eingenommen als jetzt, und konnte sie nicht einnehmen, weil er sonst gegen die Interessen des Reiches, so wie er sie verstand, verstoßen hätte. Andererseits war es selbstverständlich, daß es dem guten Einvernehmen mit Oesterreich geschadet haben würde, wenn er die wiederholten Wiener Bemühungen um zollpolitische Zugeständnisse schroff zurückgewiesen hätte. In solchen Fällen pflegt der Diplomat den Ausweg der dilatorischen Behandlung zu ergreifen, d. h. mit Höflichkeit principielles Einverständniß mit den geäußerten Wünschen zu erklären, aber bezüglich ihrer Realisirung unter Anführung von zur Zeit vorliegenden Schwierigkeiten auf die Zukunft zu vertrösten.

Wie richtig die Behandlung des österreichischen Verlangens war, ergiebt sich daraus, daß, als man sie aufgab, man nur noch zwischen einem Zerwürfniß mit dem Bundesgenossen oder einer mehr oder weniger umfassenden Erfüllung seiner Wünsche, selbst auf Kosten großer und wichtiger deutscher Productionsclassen zu wählen hatte.

Wenn man ein schlagendes Beispiel brauchte, zur Erläuterung des diplomatischen Begriffes „dilatorische Behandlung", so wäre es in der obigen Schilderung des „Pester Lloyd" gegeben, die als ein Paradigma für die diplomatische Schule gelten kann. Für Leute, die nicht wissen, wie diplomatische Geschäfte gemacht werden, fügen wir hinzu, daß, wenn in scheinbar privaten Gesprächen solche Fragen aufs Tapet gebracht werden, man dies „einen Fühler ausstrecken" nennt.

Aus dem Berichte des „Pester Lloyd" geht abermals deutlich hervor, daß die Ungarn das eigentliche treibende Element bei allen Versuchen waren, wirthschaftliche Vortheile aus dem politischen Bündnisse zwischen Deutschland und Oesterreich herauszuschlagen, und der große Eifer, den

sie in dieser Sache bekunden, läßt einen Einblick thun, wie sehr sie interessirt sind. Dem damaligen Verhalten der deutschen Regierung lag die Ansicht zu Grunde, daß die Verkehrsverhältnisse in Oesterreich-Ungarn von Deutschland aus nicht genügend controlirt werden könnten, daß dort Gewohnheiten und Einrichtungen bestehen (z. B. die Refactien), welche die Concurrenz der landwirthschaftlichen Producte für Ungarn außerordentlich viel günstiger als für Deutschland gestalten, und endlich, daß die Einführung des russischen Getreides nach Oesterreich (Galizien) an unseren Grenzen nicht übersehen werden kann.

* * *

Vom 23. Juli bis zum 5. August hatte ein französisches Geschwader seinen Besuch in Kronstadt gemacht, Franzosen und Russen hatten dort ein Verbrüderungsfest nach dem andern gefeiert, der absolute Zar und der republicanische Präsident hatten am 30. Juli Telegramme gewechselt — alle Welt stand unter dem Eindruck dieses Ereignisses, der Weizen der Combinations- und Conjecturalpolitiker stand in voller Blüthe. Da brachten die „Hamb. Nachr." am 13. September (M.-A.) folgenden Artikel:

Zur auswärtigen Lage. In der Presse dauern die Erörterungen über den Ernst der europäischen Lage fort. Die zu Grunde liegende Auffassung geht dahin, daß zwischen Rußland und Frankreich eine Annäherung stattgefunden habe, von der man sich schlimme Folgen für den europäischen Frieden zu versehen habe. Wir theilen, wie schon neulich ausgeführt, diese Anschauung nicht, weil Rußland kein Interesse daran haben kann, einen Krieg zu Gunsten Frankreichs und der dortigen Republik zu führen. Seine Pläne sind auf andere Ziele gerichtet; wenn hier und da der Anschein zugelassen wird, daß man Frankreich unterstütze, so hat das unseres Erachtens keinen anderen Zweck, als den Widerstand zu vermindern, der an denjenigen Punkten geleistet oder begünstigt werden könnte, wo Rußland wirkliche Absichten der Realisirung näher gebracht werden sollen. Die Franzosen andererseits werden uns so wenig angreifen, wie wir sie, Oesterreich, Italien und England aber kommen für Offensivkriege überhaupt nicht in Betracht.

Wenn ungeachtet dieser Sachlage die Besorgniß vor dem Ausbruche eines Krieges zunimmt, so äußert sich darin mehr das Gefühl der eigenen Unsicherheit, die seit dem Wandel der Dinge vom März vorigen Jahres in weiten Kreisen, bewußt oder unbewußt, eingestanden oder nicht, zurückgeblieben ist. Früher hatte alle Welt, Freunde und Gegner, die Empfindung, daß man sich in der auswärtigen Politik keinerlei Besorgnissen hinzugeben brauche, daß der Mann, der das Deutsche Reich und das Kaiserthum aus Schutt und Trümmern neu erstehen ließ, der Kaiser und Könige in den Sand gestreckt und weltgeschichtliche Umwälzungen ohne Gleichen vollbracht hatte, ohne besondere Anstrengung auch das Reich in Zukunft vor Gefahren bewahren

werde, wie er dies zwanzig Jahre lang nach dessen Aufrichtung unter den schwierigsten Verhältnissen gethan habe; ganz Europa hatte sich an sein Walten wie an das einer vis major gewöhnt und rechnete damit wohl oder übel. Dadurch bekam die gesammte europäische Situation etwas Stetiges, Sicheres, das ernstliche Gefahren menschlicher Voraussicht nach ausschloß. Es ist selbstverständlich, daß mit dem Ausscheiden jenes gewaltigen Factors aus dem Getriebe der europäischen Politik eine Aenderung eintreten mußte, daß ein Gefühl der Unberechenbarkeit der Zukunft sich überall geltend machte und trotz des allseitigen eifrigen Bemühens und besten Willens bisher nicht hat behoben werden können. Das hat zur Folge, daß Vorgänge in Frankreich oder Rußland, die früher höchstens vorübergehend die Zeitungen beschäftigt, sonst aber Niemanden in seiner Friedenszuversicht gestört hätten, jetzt ernst genommen werden, und dies um so mehr, als man in ihnen Reactionen auf Handlungen erblickt, die auf gegnerischer Seite mit Recht oder Unrecht als Provocationen aufgefaßt worden sind.

Eines der angesehensten süddeutschen Preßorgane, der „Schwäb. Merkur", bringt sogar schon einen Artikel, in dem nachgewiesen wird, daß Deutschland im künftigen Kriege Frankreich schlagen werde, wie es dasselbe stets geschlagen habe, sobald es einig gewesen sei; bei Gleichheit der Waffen entschieden stets die sittliche Kraft, der religiöse christliche Sinn und Geist, die auf deutscher Seite seien. Wir glauben und hoffen das auch; aber vorläufig macht uns Frankreich noch nicht den Krieg, und es kommt darauf an, die Republik auf die Dauer daran zu verhindern. Wenn dies auf die richtige Weise geschieht, wird damit zugleich die Aussicht auf Sieg in einem etwa dennoch unvermeidlichen Zusammenstoße wesentlich erhöht. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Vermehrung unserer Streitkräfte, die Verbesserung der Kriegsmittel u. s. w. ohne Zweifel eine höchst wirksame und kluge Maßregel, aber ohne die Kunst einer überlegenen Diplomatie kann ihre Wirkung nur eine unvollkommene sein. Die Armee, die hinter einem großen Staatsmanne steht, der durch seine politische Autorität die europäische Politik dominirt, hat, namentlich soweit es sich um Erzwingung des Friedens, um einen unblutigen Ausgleich der Gegensätze handelt, etwas anderes zu bedeuten, als eine gleich starke Heeresmasse, die lediglich auf ihre militairische Kraft angewiesen ist. Die Bündnisse, die wir haben, sind ebenso rationell wie populair, sie sind der Ausdruck der Lage, in der wir uns befinden; aber ihr Werth für uns ist ebenfalls abhängig von dem diplomatischen Gebrauche, der von ihnen gemacht wird. Sie sind starke Trümpfe in der Hand des erfahrenen Spielers, so lange der Krieg nicht begonnen hat; was sie alsdann sein werden, hängt von dem Kriegsglücke, von der Situation, in der sich die alliirten Staaten befinden, und von anderen Factoren ab. Mit den Möglichkeiten, die sich hier ergeben, rechtzeitig zu rechnen und auf alle Fälle vorbereitet zu sein, ist wiederum

Aufgabe der diplomatischen Kunst. Und diese ist besonders wichtig für einen jungen Staat, der, wie das Deutsche Reich, im Grunde mehr Neider als Freunde hat, geographisch sich in der Mitte derselben befindet und nicht mehr die Rückendeckung hat, deren wir sicher sein konnten, so lange das alte Verhältniß zu Rußland bestand. Die Zuversicht, die der „Schwäb. Merkur" ausspricht, erfüllt auch uns wie alle Deutschen, und hätten wir allein mit der Möglichkeit einer Wiederholung des deutsch-französischen Krieges zu rechnen, so könnten wir uns völlig beruhigen, dann brauchten wir uns keine großen Sorgen darüber zu machen, ob das Reichsschiff auf dem bewegten Meere der auswärtigen Politik jederzeit den richtigen Cours habe. Aber dieser Fall liegt nicht vor; Umfang, Bedingungen und Verlauf des nächsten Krieges, der, wenn er in absehbarer Zeit überhaupt ausbricht, schwerlich ein militairisches Duell zwischen zwei Staaten bleiben kann, lassen sich nicht voraus bestimmen. Wir müssen auf alle Eventualitäten gefaßt sein und hierauf nicht bloß unser Heer, sondern auch unsere Politik einrichten. Sicherlich würden im Falle der Noth alle Kräfte des Deutschen Reiches sich vereinigen und helfen, etwa entstandenen Schaden wieder gut zu machen; andererseits aber ist die europäische Lage eine derartige, daß ein falscher Cours in der auswärtigen Politik Folgen haben kann, bei deren Eintritt jede Hülfe zu spät kommen könnte. Es fällt uns hier wieder das schon einmal gebrauchte Bild ein von dem Eisenbahnzuge, der in ein verkehrtes Geleise geleitet wurde: ist er einmal über eine falsche Weichenstellung hinaus und braust er, dem Drucke der Bremse nicht mehr gehorchend, auf der schiefen Ebene hinab, so kann ihn keine Macht der Erde vor der Katastrophe bewahren. Wir sind weit entfernt, damit ausdrücken zu wollen, daß eine solche Gefahr uns drohe, aber wir halten es für nützlich, an sie zu erinnern.

Diesen Artikel glaubt das „Conservative Wochenblatt" irrthümlicher Weise auf den Fürsten Bismarck zurückführen zu müssen. In einem Artikel „Die ‚Hamburger Nachrichten' über die auswärtige Lage" skizzirt es in der Nummer vom 19. September die vorstehenden Ausführungen und polemisirt dann dagegen in folgenden Sätzen, die unter der Adresse der „Hamb. Nachr." direct gegen den Fürsten gerichtet sind:

Der skizzirte Artikel der „Hamb. Nachr." hat selbst an solchen Stellen innerhalb der deutschen Presse, die sich bisher jeder Polemik der Abwehr nach dieser Seite nach Möglichkeit enthalten haben, sehr unangenehm berührt. Die Ausführungen des Hamburger Blattes geben sich nicht die geringste Mühe, über die in ihnen enthaltene Predigt des Mißtrauens und der Mißachtung gegenüber unserer Diplomatie einen wenn auch noch so dürftigen Schleier auszubreiten; sie gehen bis zu dem Sarkasmus, da, wo sie die sich ergänzende Thätigkeit des Staatsmannes und der Armee erwähnen, in nicht

mißverständlicher Beziehung von einer „lediglich auf ihre militairische Kraft angewiesenen Heeresmasse" zu sprechen, und es liegt auf der Hand, daß eine solche Art sich auszulassen, die auf Muth und Vertrauen der Bevölkerung, kurzum auf diejenigen Factoren, von denen ein wesentlicher Theil der Siegesgewißheit abhängt, lähmend wirken muß, falls wirklich die Lage, was von den „Hamb. Nachr." freilich bestritten wird, ernst wäre, eine schwere patriotische Verantwortung auf sich lüde. Unter allen Umständen aber bleibt die Pflicht, wenn so weitgehende abfällige Urtheile gefällt werden, und wenn von der „großen Sorge", ob das Reichsschiff den richtigen Cours steuere, gesprochen wird, die Thatsachen, welche die scharfe Kritik rechtfertigen und welche diese große Sorge wachgerufen haben, deutlich zu bezeichnen. Im Gegensatz zu dieser berechtigten Forderung enthält der Artikel der „Hamb. Nachr." von einer solchen Begründung außer einigen eingestreuten Andeutungen nichts als den Hinweis auf die Entlassung des Fürsten Bismarck. Das läuft, wie uns scheint, doch auf eine starke petitio principii hinaus.

Wir sind indessen völlig mit dem Hamburger Blatt darin einverstanden, daß das Ausscheiden des gewaltigen psychologischen Factors, den der Respect vor dem Fürsten Bismarck im Getriebe der europäischen Politik bildete, mit Nachtheilen für das Deutsche Reich verbunden war. Nur drängt sich der Gedanke auf, daß es um so mehr zu beklagen ist, daß nicht vor allem Fürst Bismarck selbst, der wußte, was er in den Vorstellungen des Auslandes für Deutschland bedeutete, das Aeußerste an Sorgfalt aufgewandt hat, um sich zur Abwehr jener Gefahr und zum Heile Deutschlands — was ihm die wohlwollende und treu ergebene Gesinnung des Kaisers wahrlich nicht allzu schwer gemacht haben würde — auf seinem Posten zu erhalten und nicht durch eine Ueberspannung seiner Stellung als Reichskanzler die Katastrophe herbeizuführen.

Die „Hamb. Nachr." sehen, daß wir aus unserer Ueberzeugung von den allein maßgebenden Gründen des Bruches zwischen Kaiser und Kanzler kein Geheimniß machen; die Versuche, andere Ursachen, wie die Meinungsverschiedenheiten auf social-politischem Gebiete und Sonstiges, in den Vordergrund zu schieben, sind unseres Erachtens ein Fehler gewesen und haben, insofern sie dem Treiben der Opposition neuen Athem gaben, nur geschadet; die „Hamb. Nachr." wissen ja auch, daß eben *diese Gestalt der Differenz für diejenigen Conservativen, in deren Namen wir sprechen dürfen, Grund gewesen ist, sich,* trotz schweren inneren Conflictes, *unbedingt auf die Seite ihres Kaisers und Königs zu stellen.*

Die „Hamb. Nachr." greifen denn auch, wenn ihre Ausführungen auf einen praktischen Vorschlag hinauslaufen und nicht lediglich eine akademische Nörgelei sein sollen, wieder fehl, wenn sie von der Rückberufung des Fürsten Bismarck auf den Posten als Reichskanzler eine Verbesserung unserer Lage,

soweit es sich um das Ansehen handelt, welches wir im Ausland genießen, erwarten. Das Ausland würde in einem solchen Schritt eine Selbstdemüthigung unseres Königthums erblicken, und hätte nach Allem, was leider vorgegangen ist, ein Recht dazu; es würde zu dem Eindruck kommen, daß das Rückgrat unserer Staatskraft gebrochen sei, daß Entmuthigung und Angst in einem Grade, der auch zu den an sich unerwünschtesten Rettungsmitteln greifen läßt, unter uns herrsche; es würde so zu hoher Siegeszuversicht entflammt werden, und hätte wiederum zu allen diesen Eindrücken und Urtheilen ein Recht: auch in Deutschland würden diejenigen, die, wie wir, einen Hort in den Wirren der Gegenwart, insbesondere auf socialem Gebiet, in dem starken Königthum erblicken, das Gefühl einer entmuthigenden Erfahrung haben. Wir glauben uns dafür entscheiden zu sollen, ganz unumwunden zu sprechen; denn für die Verwendung von Rosenwasser erscheint uns die Zeit zu ernst, und verflüchtigt sich auch, Angesichts solcher hochsinnigen Auslassungen der „Hamb. Nachr." zur Lage, jede Laune. Es ist übrigens, wie beiläufig bemerkt sein mag, auch nicht ganz zutreffend, wenn der Amtsführung des Fürsten Bismarck von dem Hamburger Blatt nachgerühmt wird, daß sie nie das Gefühl der Beunruhigung und eine ernsthafte Störung der Friedenszuversicht hätte aufkommen lassen. So war das Wort unseres alten gewaltigen Reichskanzlers: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!" selbstverständlich keine Theaterphrase, sondern hatte den Hintergrund einer Situation, in der keineswegs „ernstliche Gefahren menschlicher Voraussicht nach ausgeschlossen" waren.

Daß die „Hamb. Nachr." dazu nicht schweigen würden, das war zu erwarten. Am 28. September (A.-A.) führen sie Folgendes aus:

Fürst Bismarck. Wir kommen auf die Vorgänge bei der Entlassung des Fürsten Bismarck in der Regel nur dann zurück, wenn Entstellungen der Thatsachen in andern Blättern uns dazu nöthigen. Eine solche Entstellung liegt in einem Artikel des „Conservativen Wochenblattes" vom 19. d. M. vor, in welchem es heißt, der Kanzler hätte sehr gut bleiben können, wenn er sich in die neue Lage eingefügt hätte. Wir führen dem gegenüber an, daß das Aushalten für ihn allerdings wesentlich erschwert worden war durch die Bestrebungen Anderer, sich zwischen den Kaiser und den Kanzler zu schieben, und dem Kaiser näher zu treten als ihm der Kanzler stand, der nach der Verfassung der alleinige Rathgeber des Kaisers und im preußischen Staat der für die Gesammtpolitik vorzugsweise verantwortliche Ministerpräsident war. Diese Zwischenschiebungen waren es zunächst, welche die Haltbarkeit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers beeinträchtigten. Sie fanden von mannigfachen Seiten her statt: von militairischer, von Privatleuten,

welche das Ohr des Kaisers suchten, von Collegen des Kanzlers, von conservativen Fractionsführern und auch von höheren Stellen aus. Am wirksamsten waren die Beziehungen, welche Collegen des Kanzlers unter Umgehung des Letzteren, unter Bekämpfung seiner Politik und unter Benutzung ihres amtlichen Zutritts zur höchsten Stelle erlangten. Wir wollen die Motive davon hier nicht erwägen, sondern nur die Thatsache feststellen, daß der Kanzler und Ministerpräsident bei seinen Collegen nicht mehr die frühere Uebereinstimmung mit seinen Ansichten, sondern eine im Glauben an höhere Deckung wurzelnde Opposition fand.

Daß unter diesen Umständen dem Fürsten Bismarck die Frage täglich näher treten mußte, ob er auch ohne das Vertrauen seiner Collegen, in seinen Jahren, bei verminderter Arbeitskraft, seiner Verantwortlichkeit für die Gesammtpolitik noch gerecht werden könne, ist erklärlich, und es ist wahrscheinlich, daß ihn die Frage seines Rücktritts unter solchen Wahrnehmungen schon vor seiner Entlassung lebhaft beschäftigt haben wird. Aber wir glauben nicht zu irren, wenn wir die Ueberzeugung aussprechen, daß er schließlich doch sich nicht für berechtigt hielt, die Verantwortlichkeit für alle Ergebnisse seines Ausscheidens aus dem bisherigen politischen Systeme zu übernehmen. Die Zweifel, welche er darüber gehabt haben wird, kamen aber endlich nicht durch ihn, sondern durch höhere Entscheidung zur Lösung, und es liegt deshalb die Ungerechtigkeit des Vorwurfs — des Mangels an Fügsamkeit und Ergebung in die Situation —, welche dem Fürsten in dem erwähnten Artikel des conservativen Blattes gemacht wird, klar zu Tage. Im Gegentheil, Fürst Bismarck hat die sich bei ihm aufdrängenden Zweifel, ob er sein Amt fortführen könne, ebenso wie schon 1872 in seinem neulich in der „Deutschen Revue" abgedruckten Briefe an Roon (S. 228 ff.) dahin entschieden, daß es Pflicht sei, persönliche Empfindlichkeiten zu unterdrücken und die Lücke, die sein Ausscheiden lassen würde, nicht durch eigne Initiative herbeizuführen. Die Thatsache, daß der Reichskanzler nicht freiwillig gegangen ist, ist seit zwei Jahren so vielfach öffentlich constatirt worden, daß auch dem „Conservativen Wochenblatte" kein Zweifel darüber sein sollte.

Ebenso ungerecht wie jener Vorwurf sind die in manchen Blättern gemachten Andeutungen, als ob Fürst Bismarck nach dem Wiedereintritte in sein früheres Amt streben könne. Wir theilen in Beziehung auf die Unmöglichkeit hiervon vollständig die Ausführung des „Conservativen Wochenblattes", und wir kennen für dieselbe auch noch andere Gründe, als die dort dargelegten. — Daß wir für unsere Eindrücke specielle Thatsachen anführen sollten, ist jedoch ein verfrühter Anspruch: die Geschichte registrirt die Thatsachen erst, wenn die Wirkungen, die ein Staatsmann voraussehen kann, sich wirklich vollzogen haben.

Was schließlich unser Recht zur Kritik anlangt — „Wozu in aller Welt solche Artikel?“ ward neulich von einer Seite gefragt, der das Verständniß für die Aufgabe der Presse zu fehlen scheint — so haben die „Hamburger Nachrichten“ hier nicht das Bestreben, die gegenwärtige Regierung zu bekämpfen oder gar durch eine andere zu ersetzen, sondern nur das verfassungsmäßige Recht der Presse, die Paragraphen der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung bezüglich der Ministerverantwortlichkeit der jedesmaligen Regierung gegenwärtig zu halten.

* * *

Der oben (S. 227 f.) citirte Artikel der „Hamb. Nachr.“ über Herrn von Boetticher hat der Presse je nach ihrer politischen Stellung zu mancherlei Erörterungen Anlaß gegeben. Gegen verschiedene derartige Auslassungen wenden sich die „Hamb. Nachr.“ vom 2. October (M.-A.):

Herr von Boetticher. Die „Germania“, „Voss. Ztg.“ und „National-Ztg.“ tadeln die „Hamb. Nachr.“ wegen des Artikels, den wir neulich über die Stellung des Herrn von Boetticher an dieser Stelle gebracht haben. Wir erwidern auf die Kritik der „National-Ztg.“, daß unsere Behauptung, Minister Delbrück und seine beiden Nachfolger seien zu Staatsministern in erster Linie zu dem Zwecke ernannt, den Reichskanzler und dessen Ansichten im preußischen Staatsministerium zu vertreten, wenn er abwesend wäre, und zu unterstützen, wenn anwesend, sich actenmäßig nachweisen läßt, und bei den Beziehungen der „Nat.-Ztg.“ zur Regierung wird es für das Blatt ja nicht schwer sein, sich diese authentische Belehrung zu verschaffen. — Unsere Meinung wird auch bestätigt, daß Minister Delbrück, wie die „Nat.-Ztg.“ erwähnt, zurücktrat, als er die Vertretung der Politik des Reichskanzlers mit seinen Ueberzeugungen glaubte nicht mehr vereinigen zu können; er hielt es also nicht für seinen ressortmäßigen Beruf, diese von ihm nicht getheilten Ansichten im Ministercollegium zu bekämpfen, sondern zog den Rücktritt vor, als er nicht mehr glaubte, sie unterstützen zu können. Der Minister von Boetticher hat in der gleichen Lage den anderen Weg gewählt, obschon seine ressortmäßige Aufgabe niemals eine andere gewesen ist wie die des Ministers von Delbrück, und der Reichskanzler daher berechtigt war, auf seine Unterstützung zu zählen, so lange Herr von Boetticher in der Stellung, zu der er berufen war, verblieb.

Die „Voss. Ztg.“ sagt: „Man erinnert sich des Liebesdienstes, der ihm (Herrn von Boetticher) mit der Enthüllung über angebliche Verwendungen von großen Beträgen aus dem Welfenfonds erwiesen werden sollte.“

Demgegenüber wiederholen wir nur, daß Fürst Bismarck mit den Enthüllungen über den Welfenfonds nichts zu thun hatte, und dieselben schon deshalb nicht von ihm herrühren können, weil sie ungenau waren. Aus unserem Artikel vom 21. v. M. geht übrigens nicht hervor (wie die „Voss. Ztg." es deducirt), daß der Fürst Bismarck von seinen übrigen Collegen das gleiche Maaß der Unterstützung wie von den zu seiner Vertretung ernannten jemals erwartet habe. Die Stellung der Minister von Delbrück und von Boetticher war eine ganz singulaire, und von ihnen, aber nur von ihnen, war der Reichskanzler berechtigt, Unterstützung oder Rücktritt zu erwarten. Seine übrigen Collegen waren nicht zur Vertretung seiner, sondern zur Geltendmachung ihrer eigenen Politik ins Amt berufen.

Was die Bemerkung der „Germania" über die „alte Mundsperre" betrifft, welche Fürst Bismarck hätte „wieder einführen" wollen, so zeugt diese Wendung von der traditionellen Wahrheitsliebe des demokratischen Centrumsblattes; denn seine Politiker sind hinreichend informirt, um zu wissen, daß die Cabinetsordre von 1852, „die alte Mundsperre", 1890 nicht wieder eingeführt zu werden brauchte, sondern in ununterbrochener Gültigkeit stets gestanden hatte und noch heute steht, da ein Ministerpräsident unmöglich für die Gesammtpolitik die Verantwortung tragen kann, wenn jeder seiner Collegen sie durch immediaten Vortrag und Vollziehung allerhöchster Ordres in die Hand zu nehmen berechtigt ist, ohne den Ministerpräsidenten zu benachrichtigen und ihm Gelegenheit zu eigenem Immediatvortrag zu geben. Wir haben nicht gehört und glauben nicht, daß die Ordre von 1852 nach dem Abgange des Fürsten Bismarck außer Wirksamkeit gesetzt ist.

* * *

Zu den mancherlei guten Vorsätzen der Männer des neuen Courses gehörte auch der, die sogenannte officiöse Presse abzuschaffen; sie glaubten der Hülfe der Presse entrathen zu können. Wir sahen ja oben (S. 128), wie emphatisch gerade die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" der Welt dies neue Heil verkündete. Wohin aber jene Vorsätze geführt haben, das zeigt eine Aeußerung der „Pfälzischen Presse":

„Als die gegenwärtige Regierung ihr Amt antrat, hat man sich ganz entschieden dagegen verwahrt, daß die sogenannte officiöse Bismarckpresse weiterbestehe, und doch beschränkte sich diese Art der Presse auf polemische Artikel, die lediglich der Vertretung irgend eines Projectes der Regierung dienen sollten. Jetzt aber geben, wie es scheint, die Regierungen schwerwiegende Nachrichten direct, besonders an solche Blätter, deren Wohlwollen sie hauptsächlich sich sichern wollen. Es kann nicht ausbleiben, daß durch ein derartiges officiöses Preßthum die Blätter der Regierung gegenüber in ein gewisses

abhängiges Verhältniß gerathen. Man könnte fragen, wozu denn eigentlich der „Reichsanzeiger“ da sei, wenn die wichtigsten Meldungen erst nachträglich in ihm zu lesen sind, und wenn er von den seitens der Regierung benutzten Blättern immer überholt wird... Wir haben ein Interesse daran, daß die freiwillig-gouvernementalen Blätter, unter denen einige ihren früheren Herrn und Meister verrathen haben um des Judaslohnes einiger Nachrichten aus dem Regierungslager willen, nicht in den Vortheil gesetzt werden, wichtige Regierungskundgebungen dem Publicum eher zu bieten, wie die unabhängige Presse. Wir glauben, daß die Regierung die Pflicht hat, officielle Kundgebungen nur dort zu veröffentlichen, wohin sie zuerst gehören, in dem „Reichsanzeiger“.

* * *

Im Herbst erfolgte eine neue dreiprocentige russische Anleihe; ob sie auch an deutschen Börsen aufgelegt werden würde, ist eine Frage, die vielfach erörtert wird. Die „Hamb. Nachr.“ äußern sich am 27. September (M.-A.) folgendermaßen darüber:

Die russische Anleihe. Voll Erregung discutirt die deutsche und insbesondere die Berliner Presse im Augenblicke die Nachricht, daß die neue russische Anleihe auch am Berliner Platze zur Auflegung gelangen solle. Bemerkenswerther Weise spielen in den bezüglichen Preßerörterungen wirthschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte nur eine untergeordnete Rolle; desto eifriger wird die politische Seite der Angelegenheit besprochen. Offenbar tragen die Blätter, die gegen das Erscheinen der russischen Anleihe am deutschen Markte Front zu machen versuchen, Scheu, ihre vor Jahren mehr leidenschaftlich als überzeugungskräftig vorgetragenen Argumente zu wiederholen, wohl weil sie inzwischen zu der Einsicht gelangt sind, daß der in dieser Frage von uns vertretene Standpunkt der richtige ist, d. h. daß Rußlands wirthschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu Bedenken keinerlei Anlaß bieten. Auch dürfte man sich jetzt davon überführt haben, daß von der damaligen agitatorischen Preßcampagne gegen die russischen Werthe Niemand anders Schaden gehabt hat, als die deutschen Besitzer solcher Werthe, während französische und selbst englische Capitalisten die Conjunctur zur Einheimsung nicht unerheblichen Gewinnes ausnutzten.

Legen sich die Preßorgane, die gegen das Erscheinen der russischen Anleihe am Berliner Platze polemisiren, eine nach den früher gemachten Erfahrungen begreifliche Zurückhaltung im Punkte der russischen Finanz- und wirthschaftlichen Zustände auf, so suchen sie sich, wie gesagt, um so mehr auf politischem Gebiete zu entschädigen, indem sie es gewissermaßen als Vaterlandsverrath qualificiren, daß ein paar Berliner Bankinstitute[1]) die Einführung der

[1]) Die Bankhäuser Mendelssohn und Warschauer.

russischen Anleihe in der Reichshauptstadt übernommen haben. Anstatt Alles aufzubieten, was zur Beruhigung der nachgerade genug geängstigten Kreise des heimischen Erwerbslebens beitragen kann, gefällt sich ein großer Theil der hauptstädtischen Presse — und nicht am wenigsten gerade der, welcher selbst für die bedenklichsten exotischen Papiere und zweifelhaftesten heimischen Gründungen die zarteste Nachsicht zu üben pflegt — in einer an die Pariser Boulevardblätter gemahnenden wilden Sprache, als lebten wir nicht in amtlich durchweg befriedigenden Beziehungen zu Rußland, sondern als stände der Krieg vor der Thür.

Die finanzielle Lage Rußlands ist, abgesehen von der diesjährigen Mißernte, eine gute und prosperirende; sie hat den Staat bisher noch nicht ein einziges Mal im Stiche gelassen, wo es sich darum handelte, seine Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber nachzukommen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß hierin auch für die Zukunft Alles beim Alten bleiben wird. Die Beweggründe für diese Zuversicht haben wir früher hinreichend oft und eingehend entwickelt.

Was die politische Seite der Angelegenheit betrifft, so ist schon seit den Kronstädter Kundgebungen in der Presse hüben und drüben allerdings eine merklich verschärfte Sprache geführt worden. Ginge es nach den Geistern, die im Gebiete des Zeitungspapieres und der Druckerschwärze den Ton angeben, so würde es um unsere internationalen Beziehungen in der That übel bestellt sein. Zum Glück holen sich die Regierungen ihre Directiven noch nicht aus der Fülle der „minder haltbaren Tagesleistungen" einzelner Journalisten; sie regeln ihre Beziehungen auf anderer Basis, als in den Kreisen des Preßdilettantenthums geglaubt zu werden pflegt. Gerade in der Thatsache, daß eine Anleihe Rußlands heute in Berlin zur Zeichnung aufgelegt wird, liegt ein beruhigendes Symptom, dessen Tragweite Niemandem entgehen wird, der weiß, daß in der Politik nicht wechselnde Stimmungen und Verstimmungen, sondern dauernde Interessen das regulirende Moment bilden. Man kann in der Einführung der russischen Anleihe am Berliner Platze das Spiegelbild einer Entwickelung begrüßen, deren friedensgünstige Tendenz auf der Hand liegt.

Herr von Wyschnegradski ist ein zu gewiegter Financier und Politiker, als daß er nicht längst erkannt haben sollte, daß Rußlands Interesse es erheischt, für eine Anleihe, die in mehreren europäischen Hauptplätzen zur Auflegung gelangt, sich auch den Berliner Platz zu sichern. In diesem Umstande liegt einerseits das Zugeständniß, daß es nicht nur für die russischen Finanzen, sondern auch für andere Dinge rathsam und wünschenswerth erscheint, nicht ausschließlich auf Paris oder London angewiesen zu sein. Demgemäß hat Herr von Wyschnegradski keine Neigung bezeigt, um des Pariser Platzes willen, der, so lange der Chauvinismus an der Seine regiert, den Russen

sicher sein mag, die alten überlieferten Beziehungen zum deutschen Markte zu opfern.

Im amtlichen Deutschland wird man für die Gründe, die der russischen Finanzleitung die Einführung der neuen Anleihe am Berliner Platze wünschenswerth machen, wohl Verständniß zeigen und schwerlich der Erfüllung jenes russischen Wunsches etwas in den Weg legen. Es giebt zwischen zwei mächtigen Völkern kaum ein besseres Bindemittel als das Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins. Wo dieses Gefühl nach Ausdruck ringt, soll man ihm, soweit es unbeschadet der eigenen Würde und des eigenen Interesses thunlich ist, Vorschub leisten in der vernunftgemäßen Voraussicht, daß sich jenes Gefühl auf die Dauer stärker erweisen wird als zeitweilige Entfremdung, die nicht aus der Erkennung, sondern aus der Verkennung der natürlichen Interessen resultirt. Wenn Rußland in einem concreten Falle, und zwar in einem solchen von schwerwiegender Beschaffenheit, anerkennt, daß es der freundnachbarlichen Beziehungen zu Deutschland nicht wohl entrathen kann, so drückt sich darin ein ungleich beweiskräftigeres Moment für die Fortentwickelung der deutsch-russischen Zukunft aus, als in allem Lärm der Chauvinistenpresse diesseits und jenseits der Grenze.

Wenn das in irgend einer anderen Zeitung gestanden hätte, dann würde kaum Jemand ein Wort darüber verloren haben. So aber ist es doch gar zu leicht möglich, daß Fürst Bismarck dahinter steckt; und diese bloße Möglichkeit ist ja für den größeren Theil der deutschen Presse Veranlassung genug, sich voll sittlicher Entrüstung in die Brust zu werfen und darauf loszuschlagen. In Folge dessen lassen sich die „Hamb. Nachr." am 3. October (M.-A.) weiter folgendermaßen vernehmen:

Deutschland und Rußland. Kürzlich wurden an dieser Stelle einige Bemerkungen über die Absicht gemacht, die neue russische Anleihe auch in Berlin zur Zeichnung aufzulegen. Ein Theil der deutschen Presse hat uns dafür mit Invectiven überschüttet, die beweisen, daß sich das öffentliche Urtheil auch bei uns von Tag zu Tag mehr zu trüben beginnt. Wir haben nicht das Bedürfniß, uns zu rechtfertigen, aber den Wunsch, dem Umsichgreifen der Methode, die Tagesfragen nach dem Recepte der französischen Chauvinistenpresse zu behandeln, entgegenzuwirken. Deshalb kommen wir nochmals auf den inzwischen aufgegebenen Plan der Auflage der russischen Anleihe in Berlin zurück und richten an diejenigen deutschen Blätter, die überhaupt noch im Stande sind, objective Erwägungen anzustellen, sobald es sich um Rußland handelt, das Ersuchen, einmal die Gegenseite der Angelegenheit zu beleuchten und sich die Frage vorzulegen, ob man in Rußland über die Betheiligung an einer deutschen Anleihe ebenso vom politischen Stand-

punkte aus, wie bei uns, oder vom geschäftlichen des Bankgewerbes aus entscheiden würde? Außerdem ist übersehen worden, daß die Frage, ob die Zeichnung der russischen Anleihe patriotisch sei oder nicht, in demselben Momente als entschieden gelten konnte, wo die bloße Möglichkeit feststand, daß die Betheiligung an der Anleihe im Einverständniß mit der Reichsregierung, d. h. ohne deren Widerspruch zu erfolgen vermöge. Wenn die Reichsregierung es für zweckmäßig erachtete, um bestehende Spannungen zu beseitigen, solchen Geschäften kein Hinderniß in den Weg zu stellen, so lag darin schon, daß es nicht unpatriotisch sein könne, sich an der Anleihe eines Staates zu betheiligen, mit dem wir in Frieden zu leben wünschen, aber allerdings nicht sicher sind, ob dieser Wunsch auf die Dauer gegenseitig sein wird.

Wir sind weit entfernt davon, mit letzterer Wendung den Eindruck erwecken zu wollen, als hielten wir es für nicht ausgeschlossen, daß uns Rußland über kurz oder lang den Krieg mache. Im Gegentheil sind wir von der Friedensliebe der russischen Regierung fest überzeugt. Wir glauben namentlich nicht daran, daß sich Rußland zum Gehülfen bei etwaigen Versuchen zur Ausführung französischer Revanchegelüste hergeben würde. Die Gründe dieser Zuversicht haben wir wiederholt dargelegt. Aber es würde auf Täuschung beruhen, wenn man glauben wollte, daß der Fortbestand des russischen Wunsches, mit uns Frieden zu halten, allein von den Factoren der dortigen Politik abhängig sei. Es sind bei der jetzigen europäischen Constellation Ereignisse und Verschiebungen denkbar, die Rußland gegen seinen Willen, zur Sicherung seiner bedrohten Interessen und der Ausführung seiner Pläne, zwingen könnten, es auf kriegerische Maßregeln ankommen zu lassen. Wie ihm dann Deutschland gegenüberstehe, ob es Neutralität zu wahren in der Lage wäre, hängt aber in erster Linie von der Richtung ab, welche die auswärtige Politik des Deutschen Reiches bis dahin eingeschlagen hat; es hängt davon ab, in welchem Maaße ein Engagement Deutschlands für Interessen vorliegt, die nicht in den Rahmen der Kriegsabwehr durch den Dreibund fallen und deren Förderung nur im Gegensatz zu den Ansprüchen Rußlands auf Schließung seiner Hausthüre am Schwarzen Meere und auf Expansion in Asien erfolgen könnte. Mit anderen Worten: bei künftigen Auseinandersetzungen, die Rußland mit dritten Staaten etwa vorzunehmen haben könnte, wird für Deutschland die Möglichkeit, mit dem Zarenreiche in Frieden und dadurch gegen einen französischen Revanchekrieg gesichert zu bleiben, dadurch bedingt, wie weit sich die deutsche Politik freie Hand zu bewahren vermocht hat. Es giebt Situationen, wo sich ein Staat den Consequenzen seiner früheren Politik auch dann nicht mehr zu entziehen vermag, wenn er es möchte.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß unser Verhältniß zu Rußland wesentlich von der Beihülfe beeinflußt wird, welche die deutsche Politik der englischen gegen Rußland leistet oder zu leisten scheint. Die Mahnungen, die wir im Zusammenhange damit ausgesprochen haben, sind von der chauvinistischen deutschen Presse als „Wettkriechen vor Rußland" bezeichnet worden. So schrieb u. A. die „Conf. Corresp.": „Schließlich haben wir wohl auch nicht Ströme deutschen Blutes in Frankreich fließen lassen, um später unser ganzes Leben hindurch auf den Zehen zu schleichen, bei Allem, was wir thun, ängstlich zu erwägen, ob es auch nicht Rußland auf die Nerven fallen könnte, und nur flüsternd und scheuen Blickes uns und Anderen zu versichern, daß wir ein mächtiges und selbstherrlich seine Bahnen wandelndes Reich sind." Dies Beispiel ist typisch dafür, wie ein deutscher Theil der deutschen Presse das Wort des eisernen Kanzlers: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst Nichts auf der Welt!" verstanden wissen möchte. Nicht das weit vorausblickende Rechnen mit vorhandenen Factoren der europäischen Politik soll die deutsche Staatskunst charakterisiren, ihr Bemühen soll nicht darauf gerichtet sein, Kriege, deren Ende nicht abzusehen wäre, nach Kräften vermeiden zu helfen, sondern Deutschland soll in Europa herausfordernd auftreten, die Rolle des Mannes spielen, der plötzlich zu Gelde gekommen ist und nun, auf die Thaler in seiner Tasche pochend, Jedermann anrempelt. Die Gefahr, daß solche Auffassungen in Deutschland um sich greifen, liegt vor und verstärkt naturgemäß die Besorgniß, daß trotz des besten Willens eine Fahrt auf falschem Geleise erfolgen könnte, auf dem es keine Umkehr vor der Katastrophe mehr geben würde.

Wozu solche Artikel? wird die „Nat.-Lib. Corresp." wieder ausrufen, und „Köln. Ztg.", „Magdeb. Ztg." werden es gläubig nachbeten. Wir meinen, daß dies eine Frage sei, die sich Jeder leicht selbst beantworten kann, der unsere Ausführungen vorurtheilslos liest. Wir wollen, daß volle Klarheit über die Situation erreicht wird, in der wir uns befinden. Es herrscht in der deutschen Presse eine voreingenommene Einseitigkeit in der Beurtheilung der Lage, die nicht ohne Gefahr ist; dieser wollen wir zu begegnen versuchen. Das ist unser Recht und unsere Pflicht. Wir dürfen und müssen unserer Ueberzeugung Ausdruck geben; wir übernehmen die Verantwortung dafür und lassen uns nicht im Geringsten dadurch beirren, daß man den Ursprung jedes unserer Artikel bona oder mala fide und je nach Bedarf außerhalb unserer Redaction sucht. Schaden sollen unsere Artikel — so wurden wir neulich belehrt! Wir glauben viel eher, daß es schädlich ist, sich über die Gefährlichkeit einer Situation nicht klar zu werden. Was aber die von

der „National-Ztg." und sogar von der „Magdeb. Ztg." (!) so aufrichtig beklagte Möglichkeit betrifft, daß wir den Feinden des Fürsten Bismarck nur neue Handhaben böten, ihn zu verleumden, so halten wir den Schaden nicht für so groß. Nach den Ereignissen des letzten Jahres dürfte es in Deutschland nicht mehr viele Leute geben, Freunde, Feinde oder keins von beiden, die noch an „egoistische Beweggründe" des Fürsten Bismarck glauben.

* * *

Die oben erwähnten Aeußerungen der „Hamb. Nachr." über das Fortbestehen der Cabinetsordre von 1852 geben der Münchener „Allgem. Ztg." Veranlassung, auf einen Berliner Artikel der „Straßburger Post" vom 25. August zurückzukommen, in dem folgende Behauptung aufgestellt worden war: „Nach unserer, aus guter Quelle stammenden Kenntniß der Verhältnisse drehte sich die Entlassung im Wesentlichen um die Auffrischung der Cabinetsordre durch Fürst Bismarck, nach welcher der Kaiser mit den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums nie ohne vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten sollte über politische Fragen verhandeln können. Der Kaiser nahm dem gegenüber für sich das Recht in Anspruch, über gewisse Fragen sich auch noch auf anderer Seite als nur bei dem Ministerpräsidenten Rath zu holen, und er verlangte in Folge dessen von Bismarck die Zurücknahme der ohne sein Vorwissen wieder hervorgezogenen veralteteten Cabinetsordre. Als der Kaiser wegen dieser ihm zugesagten Zurücknahmeordre zum dritten Mal sandte — das erste Verlangen hatte er persönlich gestellt —, erklärte Fürst Bismarck, wenn der Kaiser auf seinem Willen bestände, werde er sein Abschiedsgesuch einreichen. Der Kaiser nahm diese Alternative für baare Münze und forderte nun das Abschiedsgesuch, das auch die kaiserliche Bewilligung fand. Dieses sehr wichtige Vorstadium wird in der Darstellung der ‚Allgemeinen Zeitung' übergangen. Hiermit stimmt übrigens auch der Wortlaut der Entlassungsordre selbst überein, in welcher der Kaiser von mißlungenen Versuchen spricht, den Kanzler zurückzuhalten."

Dazu bemerkt die „Allgemeine Zeitung" am 3. October (A.-A.):

Die im Vorstehenden wiedergegebenen Behauptungen der „Straßburger Post" sind irrig. Fürst Bismarck hat — nach einer jeden Zweifel oder Widerspruch ausschließenden Information — niemals die Zusage gegeben, die besagte Ordre aus der Welt schaffen zu helfen. Die Stellung eines für die Gesammtpolitik verantwortlichen Ministerpräsidenten müßte, nach preußischen Verhältnissen, unmöglich werden, wenn eine Anordnung, wie die durch jene Ordre geschaffene, außer Kraft treten sollte. Aus diesem Grunde ist sie denn auch nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck unverändert in Geltung geblieben, und keiner seiner Amtsnachfolger könnte darauf verzichten. Dem Verfasser des Artikels der „Straßburger

Post" ist der Inhalt jener Ordre ungeachtet ihrer vielfachen Veröffentlichung wohl nicht im Gedächtniß gewesen. Ihr Inhalt geht durchaus nicht dahin, daß „der Kaiser (der König) mit den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums nie ohne vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten sollte über politische Fragen verhandeln können", sondern nur dahin, daß die Minister, wenn sie politische Anregungen beim Könige beabsichtigten, den Ministerpräsidenten davon benachrichtigen sollten, und daß dieser berechtigt sein soll, dem Vortrage seines Collegen beizuwohnen. Das Recht des Königs, bei Divergenzen zwischen seinen Ministern zu entscheiden, war durch die Ordre von 1852 niemals beeinträchtigt.

Im Uebrigen ist es eine zu den Thatsachen in directem Widerspruch stehende Angabe jenes Artikels, wenn derselbe von einer „zugesagten Zurücknahme" der Ordre spricht. Eine solche Zurücknahme-Ordre ist, wie wir authentisch wissen, niemals weder zugesagt, noch entworfen worden, noch wegen dieser vom Kaiser „zum dritten Male" (oder auch nur zum ersten Male) dem Fürsten Bismarck eine Aufforderung gestellt oder übersandt worden. Auch was die „Straßburger Post" weiter anführt „von mißlungenen Versuchen, den Kanzler zurückzuhalten" entspricht den thatsächlichen Vorgängen nicht; es haben solche Versuche nicht stattgefunden.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Der Artikel der „Straßb. Post." schließt: „Im Uebrigen wäre es in hohem Grade wünschenswerth, wenn die fortgesetzten Beunruhigungen der öffentlichen Meinung, wie sie durch jene Auseinandersetzungen erzeugt werden, endlich eingestellt würden." Aehnlich äußerte sich jüngst bei einem anderen Anlaß die „Nat.-Ztg.".

Wir theilen diesen Wunsch vollkommen, nur muß er an die richtige Adresse gerichtet werden. Diese „Beunruhigungen der öffentlichen Meinung" sind ausschließlich hervorgerufen worden durch die angeblichen Mittheilungen des Grafen Münster an den Pariser „Times"-Correspondenten, unwahre oder entstellte Behauptungen, die unvermeidlich zu einer Richtigstellung führen mußten. Die „Straßb. Post" constatirt ja selbst in der Einleitung ihres Artikels: „Herr Blowitz beharrt allen Dementis gegenüber dabei, daß die Unterredung über den Rücktritt des Fürsten Bismarck mit dem Grafen Münster, welche er am 30. Juni in den ‚Times' veröffentlichte, authentisch sei."

Die fortgesetzte Beunruhigung fällt somit doch nur denjenigen Personen zur Last, welche durch unwahre Mittheilungen und Entstellung der Thatsachen in aggressiver Form die Initiative zu diesen Beunruhigungen ergreifen und damit Berichtigungen provociren. Nicht die Abwehr und Nothwehr, sondern die Veranlassung dazu ist zu beklagen.

* * *

In den „Hamb. Nachr.“ vom 9. October (A.=A.) finden wir folgende Mittheilung:

Die „Straßb. Post“ hatte behauptet, daß in der am 17. März 1890 im Reichskanzlerpalais stattgehabten Staatsministerialsitzung Fürst Bismarck seinen Collegen die Erklärung abgegeben habe, er beabsichtige seine Aemter niederzulegen und sich in den Ruhestand zurückzuziehen; erst nach dieser als unerschütterlich bezeichneten Erklärung seien diejenigen Schritte geschehen, welche die „Hamb. Nachr.“ immer wieder als eine unfreiwillige Entlassung des Fürsten Bismarck bezeichneten. Dazu bemerkt die „Allgem. Ztg.“:

„Wir glauben doch, die ‚Straßb. Post‘ darauf aufmerksam machen zu sollen, daß jener Ministerrath erst eine Folge der an den Fürsten Bismarck gerichteten Aufforderung war, einen Bericht über Zurücknahme jener Ordre vorzulegen, sowie, da Fürst Bismarck dieser Aufforderung nicht nachkommen zu können erklärt hatte, der weiteren Aufforderung, seine Entlassung einzureichen, was dann am folgenden Tage auch geschah. In jener Sitzung hatte sich das gesammte Staatsministerium mit der Auffassung seines Präsidenten einverstanden erklärt, erst später änderten die meisten Minister ihre Ansicht, und nur die Herren von Scholz und Maybach gaben den Entschluß kund, die Consequenzen ihres Votums zu ziehen.

„So die geschichtlich feststehende Thatsache, über welche in weitere Discussion zu treten wir kein Bedürfniß empfinden, um so weniger, als es sich dabei heute mehr um ein historisches als um ein actuell politisches Interesse handelt. Es muß der ‚Straßb. Post‘ überlassen bleiben, inwieweit sie es für angemessen erachtet, diese Dinge immer von Neuem in unzutreffender Weise zum Gegenstande der öffentlichen Erörterung zu machen.“

* * *

König Karl von Württemberg ist am 6. October gestorben. Sein Nachfolger König Wilhelm II. erläßt bei seinem Regierungsantritt eine Ansprache an sein Volk, in der er unter anderem verheißt, seine Stellung als Regent eines deutschen Staates in unerschütterlicher Treue zu den „Verträgen“, welche das große deutsche Vaterland begründeten, wahrzunehmen.

Die „National-Zeitung“ nimmt Anstoß an der Bezeichnung „Verträge“. Dagegen führt die Münchener „Allgemeine Zeitung“ vom 10. October (M.=A.) aus:

Verfassung und Vertrag. In der Berliner „Nat.=Ztg.“ lesen wir: „In der Ansprache des Königs Wilhelm II. an das württembergische Volk, welche wir mitgetheilt haben, heißt es: ‚Ich verspreche, die Verfassung des Landes getreu zu wahren . . . und Meine Stellung als Regent eines deutschen Staates in unerschütterlicher Treue zu den Verträgen, die unser großes deutsches Vaterland begründeten,

wahrzunehmen'. Diese Ausdrucksweise, welche die ‚Verträge' als die jetzt geltende staatsrechtliche Grundlage des heutigen Zustandes im Deutschen Reiche bezeichnet, ist neuerdings mehrfach und von verschiedenen Stellen officiell gebraucht worden; es braucht daher nicht nothwendigerweise vermuthet zu werden, daß ihrer Anwendung in dem württembergischen Schriftstück eine Absicht zu Grunde liegt. Aber ein fortgesetzter unrichtiger Sprachgebrauch kann leicht falsche Vorstellungen erwecken; deshalb und weil nachgerade eine Generation herangewachsen ist, welche nicht aus eigener Erinnerung die Entstehung des Reiches kennt, scheint es nothwendig, wieder einmal festzustellen, daß die ‚unerschütterliche Treue' des deutschen Volkes und der deutschen Fürsten der Verfassung eines Nationalstaates, nicht ‚Verträgen' gilt, mit denen möglicherweise die Vorstellung verknüpft werden könnte, daß unter irgend welchen Voraussetzungen auch deren Auflösung erfolgen dürfe."

Die „Nat.-Ztg." führt sodann unter wiederholter Berufung auf Laband, als den anerkanntesten Lehrer des Staatsrechts, des Weiteren aus, daß, wie die norddeutschen Staaten bei dem Vertrage vom 16. August 1866, so die süddeutschen Staaten in den Versailler Verträgen dem Bunde beigetreten seien, welcher dann die Bezeichnung „Deutsches Reich" erhalten habe, und sagt: „Ganz wie bei der Stiftung des Norddeutschen Bundes sind die ‚Verträge' nur das Mittel zum Zweck; nachdem dieser erreicht worden, haben sie allenfalls noch die Bedeutung von Materialien zur Interpretation der Reichsverfassung, in welche ihre wesentlichen Bestimmungen übergegangen sind; aber die Grundlage des Reiches ist nunmehr diese Verfassung, nicht die Verträge, durch welche man zu ihr gelangte."

Schließlich hebt die „Nat.-Ztg." unter Hinweis auf den Text des Reichsgesetzes vom 16. April 1871, durch welches die neue Redaction der Reichsverfassung begründet wurde, hervor, daß diese Verfassung an die Stelle der zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen vertragsmäßig vereinbarten Formulirung der norddeutschen Verfassung, sowie an die Stelle der mit Bayern und Württemberg über den Beitritt zu dieser Verfassung geschlossenen Verträge getreten sei. „Der Eingang der Reichsverfassung constatirt kurz diese geschichtliche Entwickelung, deren Ergebniß eben die Verfassung ist. Ihr gebührt die Treue des deutschen Volkes und der deutschen Fürsten."

Wir können die Belehrung, welche die „National-Zeitung" in Vorstehendem ausspricht, weder als sachlich erschöpfend, noch als politisch nützlich oder wünschenswerth anerkennen und hätten gewünscht, daß sie namentlich einem Regenten gegenüber im Augenblick seiner Thronbesteigung unterblieben wäre, dessen Treue für das Reich hoch über

jedem Zweifel steht, wenn Zweifel bei einem deutschen Landesfürsten unserer Tage überhaupt für zulässig erachtet werden dürfen. König Wilhelm von Württemberg hat sich unseres Erachtens in seinem Manifest ebenso correct ausgedrückt wie in dem Telegramm an den Kaiser, worin er erklärt, treu zu Kaiser und Reich stehen zu wollen. Sowohl die Reichsverfassung wie jede andere Verfassung beruht auf Vertrag, die Reichsverfassung auf Vertrag zwischen souverainen Staaten, jede Landesverfassung auf Vertrag zwischen Fürst und Volk.

Die Reichsverfassung ist allerdings an die Stelle der Versailler Verträge getreten, wie diese an die Stelle der Schutz- und Trutzbündnisse vom August 1866 mit der gegenseitigen Garantie des Besitzstandes, aber doch nur als eine einheitliche Redaction der Vertragsbestimmungen, und neben derselben laufen noch verschiedene andere Verträge, welche die Reichsverfassung stützen oder ergänzen. Neben der letzteren besteht z. B. gerade für Württemberg noch eine besondere Militairconvention, deren Inhalt durch die Bestimmungen der Reichsverfassung keineswegs vollständig erschöpft ist; weitere militairische und andere Verabredungen mit Württemberg haben seitdem noch in ziemlichem Umfange stattgefunden, und zum Ueberfluß sei darauf hingewiesen, daß gerade die Reichsverfassung in Artikel 68 und 73 (Abschnitt XI und XII) auf die Versailler Verträge mit Bayern und Württemberg ausdrücklich verweist.

Wir müssen die „National-Zeitung" an das Wort des Begründers der deutschen Verfassung erinnern, daß die Gemeinsamkeit des brüderlichen Gefühls und die Festigkeit der nationalen Gesinnung unabhängig von der Form ist, die ihr zum Ausdruck dient. Es kann in Süddeutschland schwerlich einen guten Eindruck machen, wenn selbst an Kundgebungen, die von so unzweifelhaft nationalem Geiste durchweht sind, wie das Manifest König Wilhelm's, ein Splitterrichter sein Handwerk versucht, obenein inmitten der frischen und tiefen Trauer des württembergischen Landes und während der Anwesenheit des Kaisers an der Bahre des hingeschiedenen Königs, welchen der Kaiser selber soeben als den Mitstifter des Reiches gefeiert hat.

* * *

Unter der Ueberschrift „Centrum und Socialdemokratie" hatten die „Hamb. Nachr." am 8. October (M.-A.) Folgendes ausgeführt:

Eine Thatsache, die uns mit Sorge erfüllt, liegt in der Ueberlegenheit der Taktik, welche die europäische Schulung der internationalen Fractionen des Centrums und der Socialdemokratie der specifisch deutschen, ressortmäßig oder provinciell abgegrenzten Kampfesweise der Bureaukratie gegenüber besitzt. Unter letzterer begreifen wir auch die von ihr abhängige oder mit ihr taktisch gleichwerthige Presse, die nach ihren öffentlichen Kundgebungen sich

befriedigt und beruhigt fühlt von der „neuen nationalen Haltung der Centrumspartei“.

Wir haben bei den Kämpfen zwischen dem „Osservatore Romano“ und den nationalen Protesten aus dem Centrum und bei der plötzlichen und lärmenden Demaskirung der reichsfeindlichen Batterie des „Fränkischen Volksblattes“[1]) und Genossen nicht umhin gekonnt, uns die Unterlagen mancher romantischer Erzählungen und Operntexte aus älteren Zeiten zu vergegenwärtigen, in welchen der Bewerber um die Braut es einzurichten weiß, daß diese oder der widerstrebende Schwiegervater von Räubern angegriffen und dann durch rechtzeitiges Einschreiten des Bewerbers die Tugend des Letzteren in helles Licht gestellt wird. Wir vermögen den Verdacht nicht loszuwerden, daß die französirenden Stimmen im „Osservatore“ und die brutal reichsfeindlichen im „Fränk. Volksblatt“ und anderen Blättern, welche so überraschend auf der Bildfläche erschienen sind, nicht ohne den Hintergedanken thatsächlich wurden, der Centrumspolitik Gelegenheit zur Bethätigung ihrer Regierungsfähigkeit zu liefern. Der Mangel an Disciplin, der innerhalb der ultramontanen Partei, im Bruche mit der Vergangenheit, eingerissen sein müßte, wenn die Kämpfe, welche sich in der Presse abspielen, ernsthaft sein sollten, ist uns nach allen früheren Erfahrungen nicht glaublich. Die Haltung des Centrums als regierungsfähige Partei hat ja in der neuesten Zeit erhebliche Fortschritte gemacht, nur lastet auf ihr noch immer die Erinnerung an frühere Eindrücke, als ob das deutsche Nationalgefühl der Centrumsleitung sich nicht mit hinreichender Unabhängigkeit von römischen Einflüssen bewege. Für das Bedürfniß, heute derartige Eindrücke zu verwischen, wird der politische Scharfsinn der leitenden Kräfte schwerlich blind gewesen sein, und es liegt sehr nahe, die geistigen Beziehungen des Centrums zur Staats- und Reichsleitung dadurch zu fördern, daß man schärfere Gegner des Reiches in Gestalt einer franzosenfreundlichen Curie und offen reichsfeindlicher Publicistik im „Fränk. Volksblatt“ auftreten läßt, um durch ein Pronunciamento des germanischen Elements im Centrum die eigene Regierungsfähigkeit in helleres Licht zu setzen. Der herrschenden Leichtgläubigkeit und der fortschrittlichen Connivenz gegenüber braucht ein derartiger Operationsplan gar nicht einmal sehr undurchsichtig zu sein, um den gewünschten Effect hervorzubringen.

Wir glauben nicht an die Ernsthaftigkeit der französirenden Politik des „Osservatore“, wir halten sie für „bestellte Arbeit“. Ebensowenig glauben wir an die Bekehrung einzelner Streitkräfte der Socialdemokratie zu einer nationalen und staatlich möglichen Politik, welche in jüngster Zeit die staat-

---

[1]) Das „Fränkische Volksblatt“ hatte die Errichtung des Deutschen Reiches als eine Vergewaltigung der süddeutschen Staaten durch Preußen bezeichnet u. s. w.

lichen Elemente, die den Kampf scheuen, veranlaßt, auch gegenüber der Socialdemokratie ein, auch nach Umständen zwei Augen zuzudrücken, und sich dem beruhigenden Gefühl von Voltaire's Candide hinzugeben, daß in dieser „besten der Welten Alles zum besten eingerichtet sei". Wir können uns der Besorgniß nicht verschließen, daß nicht nur, wie bei jeder belagerten Festung, die natürlichen strategischen Vortheile, sondern hier auch die strategische Gewandtheit größer ist als die der Vertheidigung. Wir glauben nicht an staatliche Versöhnung der früheren Reichsgegner und mißtrauen der Gefälligkeit, mit der sie ihre Stacheln in der Hoffnung auf die Zukunft vorläufig einziehen.

Die „Kölnische Zeitung" ist anderer Ansicht und glaubt besonders die Zweifel nicht theilen zu dürfen, die die „Hamb. Nachr." gegen die Ernsthaftigkeit der französirenden Politik des „Osservatore Romano" hegen. Sie schreibt:

Das Papstthum, welches sich weltpolitisch hauptsächlich von dem Streben nach Herstellung des Kirchenstaates leiten läßt, hat seine Sympathien den Franzosen und dem Republicanismus zugewandt, seit es erkannt hat, daß es von Deutschland und Oesterreich eine Förderung seiner Kirchenstaatspläne nicht erhoffen dürfe. Diese Schwenkung ist in den vielbesprochenen Artikeln des „Osservatore Romano" zur Erscheinung gekommen. Dem deutschen Ultramontanismus, der sich unter radicaler Beihilfe eben anschickte, sich breit in dem Sessel der Regierungsfähigkeit und Gesellschaftsrettung niederzulassen, kam dieser Umschwung der vaticanischen Politik höchst ungelegen. Die Centrumsmänner, welche nach Ausmerzung des welfischen Elements und mit dem Zurücktreten der Culturkampferinnerung thatsächlich in eine würdigere Stellung zu den Reichsinteressen eingerückt sind, verlegten sich zunächst auf Leugnen und Wegdeuteln, nützten dann aber die Vorgänge mit geschickter Wendung für ihre innerpolitischen Bestrebungen aus. Indem sie sich mit declamatorischem Pathos über den „Osservatore" und seine deutschen Gesinnungsgenossen entrüsteten, vermeinten sie die Stärke ihres Nationalgefühls weithin sichtbar zu machen und sich dadurch in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Wirklich gab es in Deutschland gutmüthige Leute, welche vom Wesen des Ultramontanismus so wenig wissen, daß sie *lediglich* einer inneren Wandlung und nationalen Läuterung der Centrumspartei gutschrieben, was zu *einem Theil* auf Rechnung taktischer Erwägungen und Berechnungen kommt. Uns scheint diese sentimentale Vertrauensseligkeit hüben, wie das übertriebene, bis zu Wahnvorstellungen gesteigerte Mißtrauen drüben gleich übel angebracht. Dort unterschätzt man die Gefahren, welche unserer Volksfreiheit von dem mit dem Radicalismus verbündeten Centrumsreactionären droht; hier übersieht man die Thatsache, daß auch der Ultramontanismus, der sich selbst so

gern eine leblose Mumienhaftigkeit andichtet, im Flusse der Zeit steht und eine für unser nationales Leben erfreuliche Gesinnungswandlung durchmacht.

Darauf antworten die „Hamb. Nachr." am 13. October (M.=A.):

„Kölnische Zeitung"; Papst und Centrum. Die „Kölnische Zeitung" hat unseren Artikel vom 8. October mit „überlegener Ironie" abzufertigen versucht und hat sich diese Aufgabe durch zwei Fictionen leicht gemacht; sie nimmt zwei verschiedene Schwenkungen, eine des Papstthums und eine des Centrums an.

Das Papstthum ist nach der „Kölnischen Zeitung" alles Ernstes überzeugt, daß es die Herstellung des Kirchenstaates von den Franzosen zu erwarten und deshalb seine Sympathien den Franzosen und dem Republicanismus zugewandt habe, daß also der Papst ernstlich daran glaube, die siegreiche französische Republik werde nach Zertrümmerung des Dreibundes und des Königreichs Italien die Herstellung des Kirchenstaates für ihre Aufgabe halten. Die „Kölnische Zeitung" wird ihre Gründe haben, warum sie dies glaubt; wir können dazu nur bemerken, daß wir Leo XIII. für zu klug halten, als daß er den Cours der Politik des Papstthums nach solchen Phantastereien bestimmen und an deren Realität glauben sollte.

Die zweite Schwenkung, welche unsere Kölner Collegin sich ausmalt, ist die des Centrums, ja sogar des ganzen Ultramontanismus, der nach ihrer Ansicht „eine erfreuliche Gesinnungswandlung durchmacht". Wir würden eine patriotische Freude empfinden, wenn wir auch unsererseits an diese petitio principii der „Kölnischen Zeitung" glauben könnten. Einstweilen sehen wir in dieser Auffassung nur eine Bestätigung der Thatsache, daß die Centrumspolitiker wenigstens der „Kölnischen Zeitung" gegenüber den Zweck ihres Manövers mit der „bestellten Arbeit" vollständig erreicht haben, und eine Bestätigung unserer Meinung von der Ueberlegenheit der Taktik unserer clericalen Gegner über diejenige unserer politischen Vertreter in amtlichen und officiösen Kreisen. Der Erfolg wird ja zeigen, ob unsere Ansicht oder die des Optimismus des betreffenden Mitarbeiters der „Kölnischen Zeitung" die richtige ist. Für jetzt glauben wir über die leitenden und treibenden Kräfte der römischen und der Centrumspolitik besser unterrichtet zu sein als unsere Collegin in Köln oder wenigstens als der Verfasser des Artikels in ihrer Nummer vom 9. October.

* * *

Unter der Ueberschrift „Zur Entlassung des Fürsten Bismarck" heißt es am 17. October (M.=A.) weiter in den „Hamb. Nachr.":

Die „Straßb. Post" schreibt: „Die ‚Allgem. Ztg.' behauptet — wir

bitten, auf jedes Wort zu achten, denn es kommt auf jedes Wort an — der Ministerrath vom 17. März, in dem Fürst Bismarck seinen unerschütterlichen Entschluß, zurückzutreten, ankündigte, sei nicht nur eine Folge der an den Fürsten Bismarck gerichteten Aufforderung gewesen, die Auffrischung der Cabinetsordre von 1852 zurückzunehmen, sondern auch, da Fürst Bismarck dieser Aufforderung nicht nachkommen zu können erklärt hatte, der weiteren Aufforderung, seine Entlassung einzureichen. Nur das Erstere ist richtig; die zweite Behauptung dagegen ist falsch. Die bekannte Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck über die Auffrischung der veralteten Cabinetsordre von 1852, fand am Sonnabend, den 15. März, Morgens gegen 10 Uhr, im Reichskanzlerpalais statt, der Ministerrath, in dem der Fürst seinen Rücktritt erklärte, am Montag, den 17. März, Nachmittags 3 Uhr. Erst am späteren Nachmittage erhielt dann zufällig der Kaiser von dem, was im Ministerrathe geschehen war, Kenntniß, und erst dann, und in Folge dessen geschah am Abend des 17. März jener erste Schritt, welchen seit Monaten die „Hamb. Nachr.' ebenso einseitig wie wahrheitswidrig als eine unfreiwillige Verabschiedung des Reichskanzlers darzustellen belieben. Diese Thatsachen sind allen Politikern so offenkundig, daß es Wunder nehmen muß, wie es immer noch Zeitungen geben kann, welche eine entgegengesetzte Schilderung veröffentlichen können."

Die „Straßb. Post" zeigt sich über die Einzelheiten der Vorgänge vom März 1890 so genau unterrichtet, daß sie ihre Kenntniß nur aus amtlichen Quellen geschöpft haben kann. Sie weiß die Stunde anzugeben, in welcher am 17. März der Ministerrath stattgefunden hat, ihr wird also auch wohl der Inhalt der Verhandlungen dieses Ministerrathes bekannt sein. Derselbe findet sich, wie bei jedem Ministerrathe, in einem an alle Ressort-Chefs mitgetheilten und von ihnen unterschriebenen Protocolle. Es wird der „Straßb. Post" und ihren Berliner officiösen Berichterstattern daher auch nicht schwer sein, von dem Inhalte des Protocolls vom 17. März vor. Js. Kenntniß zu nehmen. Aus demselben wird wahrscheinlich auch hervorgehen, was zwischen dem 15. März gegen 10 Uhr Vormittags, wie die „Straßb. Post" genau angiebt, und dem 17. März Nachmittags 3 Uhr geschehen und von Seiten des Reichskanzlers zur Kenntniß seiner Collegen gebracht worden ist.

Wir würden uns freuen, wenn die „Straßb. Post" ihre Actenkenntniß benutzte, um außer dem Protocoll vom 17. auch den Wortlaut des bei den Acten befindlichen Abschiedsgesuches des Reichskanzlers der Oeffentlichkeit zugängig zu machen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Veröffentlichung eine entscheidende Klärung über die Meinungs-

verschiedenheiten gewähren würde, welche zwischen der Münchener „Allgem. Ztg." und der officiösen „Straßb. Post" discutirt werden; und wenn die letztere und ihre Gewährsmänner von der Wahrhaftigkeit ihrer Darstellung vollständig überzeugt sind, so hoffen wir, daß sie ihren Lesern auch diese Actenstücke von zweifellos historischem Interesse nicht vorenthalten werden. Daß dieselben früher oder später doch publici juris werden, halten wir für zweifellos, und die hartnäckigen Entstellungen der damaligen Vorgänge werden vielleicht dazu beitragen, diesen Zeitpunkt näher zu rücken.

Einstweilen bemerken wir unsererseits zu der Darstellung der „Straßb. Post", daß das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers nicht vom 17., sondern vom 18. März datirt ist, also muthmaßlich doch erst in Folge des auch nach der „Straßb. Post" am 17. Abends geschehenen, von ihr als „erster" bezeichneten Schrittes (welcher aber nicht der erste war). Die Geschehnisse vom 15. bis 17. Morgens verschweigt die „Straßb. Post" trotz ihrer Actenkenntniß.

Dazu bemerkt die „Allgem. Ztg.":

Wir glauben unsererseits eher Grund zu der Annahme zu haben, daß die „Straßb. Post" bei ihren Behauptungen aus amtlichen Quellen nicht schöpft. Daß der preußische Ministerrath vom 17. März 1890 um 3 Uhr Nachmittags zusammengetreten war, ist bereits im Abendblatt der „Köln. Ztg." jenes Tages gemeldet worden, ebenso, daß dieser Ministerrath sich „mit der Thatsache des Rücktritts zu beschäftigen hatte". Im Uebrigen sind die Angaben der „Straßb. Post" allerdings so unvollständig, daß schon dieser Umstand gegen eine directe authentische Information spricht. Die Zuversichtlichkeit, mit welcher die „Straßb. Post" ihre Behauptungen vorträgt, war wohl wesentlich dazu bestimmt, die Lückenhaftigkeit ihrer Information, auf Grund deren sie zu unrichtigen Schlußfolgerungen gelangt, zu verdecken.

* * *

Wir erwähnten oben (S. 248 f.) die Ausstellungen der „National-Ztg." an dem Ausdruck „Verträge", den der neue König von Württemberg in der Ansprache an sein Volk gebraucht hatte. Die „Hamb. Nachr." vom 17. October (A.-A.) bemerken dazu noch nachträglich:

Zu den neulichen Zeitungserörterungen über „Verfassung und Vertrag" möchten wir nachträglich unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß über diese Frage ein Streit, bei dem so viele staatsrechtskundige Redactionen betheiligt sind, überhaupt geführt werden konnte. Die Reichsverfassung ist ein rite bekannt gemachtes und gültiges Reichsgesetz. Reichsgesetze aber können nur auf dem in der Verfassung vorgeschriebenen Wege der Reichsgesetzgebung geändert

werden. Die Verfassung kann also nur mit Genehmigung des Reichstages geändert oder außer Kraft gesetzt werden, weil sie den Charakter eines Reichsgesetzes hat. (Vergl. Art. 5 der Reichsverfassung.)

Die Möglichkeit für die Unterzeichner der Grundverträge (die deutschen Fürsten), von letzteren zurückzutreten, um neue zu schließen, würde einen Act der Reichsgesetzgebung nicht herbeiführen und also auch nicht die gesetzliche Wirkung haben, die Landesgesetzgebung der einzelnen Staaten zu durchbrechen. Die letzteren aber haben ohne Ausnahme die Reichsverfassung als Gesetz aufgenommen und publicirt. Die Verfassung würde also landesgesetzlich überall gültig bleiben, so lange die Landesgesetzgebung nicht durch einen Act der Reichsgesetzgebung durchbrochen worden ist. Ein Act der Reichsgesetzgebung würde aber, wie oben erwähnt, in dem Rücktritte der Contrahenten von den Grundverträgen des Reiches noch nicht liegen.

* * *

Im Anschluß an die oben mitgetheilten, in Hamburg auf officiösen Ursprung zurückgeführten Auslassungen der „Straßb. Post" bringen die „Hamb. Nachr." vom 18. October (M.-A.) folgende bedeutsame, auch durch den Druck hervorgehobene Erklärung:

Zur Entlassung des Fürsten Bismarck. Die „Straßb. Post" nennt (in ihrem gestern an dieser Stelle mitgetheilten Artikel) die Darstellung der Vorgänge bei der Entlassung des Fürsten Bismarck, welche bisher in den „Hamb. Nachr." erfolgt sei, wahrheitswidrig, ein Vorwurf, den wir ihr mit größerem Rechte zurückgeben; die Entstellung der Wahrheit ist auf Seite der „Straßb. Post" um so auffallender, da den Correspondenten dieses Blattes die amtlichen Quellen zugängig sind und die Irrthümer, die sie verbreiten, ihnen als solche bekannt sein müssen.

Die Hauptentstellung, deren sich die „Straßb. Post" schuldig macht, liegt in den Worten:

„und erst dann und in Folge dessen geschah am Abend des 17. März jener erste Schritt".

Hier ist jedes Wort eine Unwahrheit. Der Schritt vom 17. Abends war nicht der erste; selbst der vom 17. Morgens war nicht der erste, er enthielt nur die erste nach der dienstlichen Stellung des Ueberbringers nothwendig amtliche und

sine clausula ausgesprochene Aufforderung zum Rücktritt an den Reichskanzler. In Folge dieses amtlichen Schrittes vom Morgen des 17. fand um 3 Uhr desselben Tages der Ministerrath statt, dessen die „Straßb. Post" gedenkt. Auch in diesem kann der Fürst seinen Rücktritt noch nicht in einer als „unerschütterlich" bezeichneten Erklärung gegeben haben, sonst wäre der nicht erste, sondern letzte amtliche Schritt vom Abend zur Herbeiführung des Rücktritts nicht mehr erforderlich gewesen. Die Ministersitzung hat nach der „Straßb. Post" um 3 Uhr Nachmittags stattgefunden, und das Blatt ist hier, wie bei den Vorgängen am 15., über die Stunden so genau unterrichtet, wie man es nur amtlich sein kann. Erst am späteren Nachmittage, also nehmen wir an um 5 oder 6 Uhr, erhielt der Kaiser „zufällig" Kenntniß von den Vorgängen im Ministerrathe, also einer der Collegen des Kanzlers theilte Sr. Majestät einseitig mit, was soeben im Ministerrathe vorgefallen war. Diese „zufällige" Meldung muß doch noch nicht den Eindruck einer „unerschütterlichen Erklärung" des Reichskanzlers über seinen Rücktritt gemacht haben; denn sonst wäre der letzte amtliche Schritt, durch welchen der Kanzler am Abend des 17. nochmals zum Rücktritt aufgefordert wurde, überflüssig gewesen. Die Ausführung einer „unerschütterlichen Erklärung" des Kanzlers hätte ohne wiederholtes Verlangen abgewartet werden können; das Excitatorium, durch welches die am Morgen des 17. bereits amtlich erfolgte Aufforderung zum Rücktritt amtlich erneuert wurde, und welches die „Straßb. Post" fälschlich für das „erste" erklärte, wäre nicht erforderlich gewesen. Daß es dennoch erfolgte, daraus läßt sich schließen, daß die „unerschütterliche Erklärung" des Reichskanzlers im Ministerrathe nach der Darstellung des darüber „zufällig" berichtenden Collegen des Ministerpräsidenten noch keine hinreichende Sicherheit für seinen wirklichen Rücktritt geboten hat.

Die Thatsachen und deren Causalzusammenhang sind den Angaben der „Straßb. Post" genau entgegengesetzt, während diesem Blatte doch die amtlichen Quellen mehr als einer

deutschen Regierung zu Gebote stehen. Wir sind daher berechtigt, diesem officiösen Blatte den Vorwurf nicht nur der Einseitigkeit, sondern auch der Wahrheitswidrigkeit zurückzugeben und die Berechtigung unserer Darstellungen mit voller Autorität aufrecht zu erhalten.

Wenn wir uns ein Urtheil über die Gründe zu bilden suchen, durch welche die „Straßb. Post" sich veranlaßt sieht, mit so viel Hartnäckigkeit an einer Entstellung geschichtlicher Vorgänge zu arbeiten, so können wir kein anderes Motiv dafür finden als das Bestreben, die Verantwortlichkeit für die Entlassung des Fürsten Bismarck und ihre politischen Ergebnisse ihm selbst zuzuschieben. Die Blätter seiner Gegner und auch die officiösen haben sich in neuerer Zeit der Erkenntniß nicht verschlossen, daß mit der Aenderung in der Leitung der deutschen Politik Schädigungen derselben verbunden gewesen seien, und sie sind nun bemüht, die Verantwortung für diese Schädigungen von sich ab- und dem Fürsten Bismarck zuzuschieben. Ebenso natürlich ist aber die Abneigung des Letzteren, diese Verantwortung zu übernehmen, nachdem er in der letzten Periode seiner Amtsthätigkeit die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß mit den wachsenden Schwierigkeiten seiner Stellung auch die Gründe stärker wurden, welche ihm das Verbleiben in derselben unter Ueberwindung jeder persönlichen Empfindlichkeit als durch die Ehre geboten erscheinen ließen. In dem Kampf zwischen Pflichtgefühl und dem berechtigter Kränkung wird er, wie wir glauben, die höhere Entscheidung mit Erleichterung begrüßt haben, ihr aber auch das Recht entnehmen, Verantwortlichkeiten von sich abzulehnen, welche ihm nicht zufallen.

Nach Art. 17 der Reichsverfassung übernimmt für die Anordnungen des Monarchen der Kanzler durch Gegenzeichnung die Verantwortung. Der Wechsel in der Leitung in der deutschen und preußischen Politik dürfte eine der wichtigeren kaiserlichen Anordnungen sein, welche in der neuesten Zeit stattgefunden haben, und die Frage, wer die Verantwortung

dafür trägt, ist für das Land und dessen Vertretung von Interesse. Die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit ist bisher keine juristische, deshalb aber doch für die Betheiligten, wenn sie nicht durch Gewissenlosigkeit gedeckt sind, eine schwere. Nach dem Sinne der Verfassung kann man annehmen, daß darin, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in erster Linie an eine Verantwortung gegenüber den parlamentarischen Körperschaften gedacht worden ist; und wenn dies richtig ist, so werden vor allen Dingen der Reichstag und der preußische Landtag berufen sein, authentisch zu erfahren, wo die Verantwortlichkeit für diesen tief einschneidenden Cabinetswechsel liegt, ob bei dem abtretenden Kanzler oder seinem Nachfolger. Ersteren trifft sie, wenn sein Rücktritt freiwillig ist, im anderen Falle aber seinen Nachfolger. Wir zweifeln nicht, daß die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über diese Frage Aufklärung liefern und jede weitere Entstellung im Sinne des Artikels der „Straßb. Post" unmöglich machen werden.[1])

Der Letzteren werden, wie wir annehmen, alle amtlichen Actenstücke ebenso gut zugängig sein wie diejenigen, auf welche sie ihre Beschuldigungen der Wahrheitswidrigkeit uns gegenüber in Nr. 281 stützt. Sie hat also ein sehr leichtes Mittel, jeden Widerspruch zu entkräften, wenn sie sich in den Stand setzen läßt, das Protocoll der Staatsministerialsitzung vom 17. März 1890 oder den Text des Abschiedsgesuches des Fürsten Bismarck vom 18. der Oeffentlichkeit zu übergeben. Es würde dies für officiöse Auffassungen um so weniger Bedenken haben können, als die Geheimhaltung dieser Actenstücke auf die Dauer nicht thunlich sein wird. Wir können also der „Straßb. Post" nur empfehlen, sich das Verdienst der Priorität bei der fraglichen Publication zu erwerben.

---

[1]) Die „Allgemeine Zeitung" knüpft an den Abdruck dieses Artikels die Bemerkung, daß in den letzten Tagen Mittheilungen aus parlamentarischen Kreisen an sie gelangt seien, welche eine Erörterung der auswärtigen Politik und ihrer verantwortlichen Leitung im Reichstage in sichere Aussicht nehmen.

Hierauf antwortet die „Straßb. Post" am 19. October, daß ihr keinerlei amtliche Quellen zur Verfügung gestanden haben, sondern daß ihr in Straßburg geschriebener Artikel auf dem über Jahresfrist in den Zeitungen niedergelegten geschichtlichen Material beruhe. Sie fügt hinzu:

„Weitere Angaben können wir freilich auf Grund dieses Materials nicht machen. Die Geschehnisse vom 15. bis 17. März Morgens sind uns nicht so bekannt, daß wir darüber zu schreiben wagen würden. Auch von dem Inhalte der Verhandlungen des Ministerraths sind wir nicht so vollständig unterrichtet, daß wir darüber eine Mittheilung geben möchten. Der Wortlaut des Abschiedsgesuches des Reichskanzlers ist uns vollständig fremd. Wir halten es aber mit den ‚Hamb. Nachr.' für wünschenswerth, daß alle diese Actenstücke von zweifellos historischem Interesse publici juris werden."

* * *

Die Annahme, daß der „Straßb. Post" amtliches Material zur Verfügung gestellt worden sei, erhält sich aber doch. So bemerkt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung":

Welcher Art die Gründe sind, die Herrn von Caprivi bestimmt haben, aus den Actenstücken ein Geheimniß vor dem großen Publicum zu machen, ist uns unbekannt. Angesichts der jetzt zwischen der „Straßb. Post", Münchener „Allgemeinen Zeitung" und den „Hamb. Nachr." geführten Preßerörterungen über die Ursachen des Rücktritts des Fürsten Bismarck halten wir es für die Pflicht der Presse, die Regierung darauf hinzuweisen, daß die Geheimhaltung jenes Gesuches wohl am meisten dazu beigetragen hat, die höchst bedenklichen Mythenbildungen zu ermöglichen, welche über die Ursachen, die zur Entlassung des Fürsten führten, in weiten Kreisen des deutschen Volks von Mund zu Mund erzählt werden. Nur das volle Licht der Oeffentlichkeit kann hier helfen. Kein aufrichtiger Freund des Vaterlandes kann es wünschen, daß böswillige Erfindungen weiter verbreitet werden oder gar Glauben finden, die geeignet sind, die deutsche Nation in liebgewordenen und bisher werth gehaltenen patriotischen Anschauungen irre zu machen. Solcher Art sind aber die von uns hier angedeuteten Mythenbildungen, weshalb wir es nicht bloß für höchst wünschenswerth, sondern sogar für dringend nothwendig erachten müssen, daß mit der amtlichen Veröffentlichung des Bismarck'schen Entlassungsgesuches nicht länger gezögert werde.

Und das „Leipziger Tageblatt" sagt:

Wir können uns dem in Vorstehendem geäußerten Wunsche nur anschließen. Darüber kann kein Zweifel sein, daß in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes ein bedrückendes Gefühl herrscht über die Art und Weise, wie der Fürst Bismarck genöthigt worden ist, von seinem hohen und verantwortungsvollen Amte, das er ein Menschenalter hindurch zum Segen und zum Ruhm unseres deutschen Vaterlandes verwaltet hat, zurückzutreten. Man will endlich

einmal klar sehen in Betreff dieser betrübenden Ereignisse — dieses Verlangen theilen mit uns Hunderttausende treuer deutscher Herzen.

Wenn Blätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten", an dem Fürsten Bismarck herummäkeln und von ihm behaupten, daß „seine Versuche, andere ins Unrecht zu setzen, nur dazu geführt haben, ihn mehr und mehr zu isoliren", so irren sie sich ganz gewaltig in Bezug auf die Volksmeinung. Wir behaupten im Gegentheil, Fürst Bismarck steht dem deutschen Volke heute eben so nahe als jemals, und nur parteiverbissene Minderheiten sind es, die seine unermeßlichen Verdienste und seine gewaltige Persönlichkeit in den Staub zu ziehen suchen.

Einen etwas höhnischen Ton schlägt die „Germania" an. Sie bringt am 21. October (Erstes Blatt) folgenden Artikel:

Die Entlassung des Fürsten Bismarck beschäftigt die „Hamb. Nachr." fort und fort. Bezüglich ihrer neuesten Aeußerung möchten wir erst die Antwort der „Straßburger Post" abwarten, da sonst, sobald diese vorliegt, Wiederholungen erforderlich sind. Der „Straßburger Post" wird jetzt vorgehalten, daß sie aus amtlichen Quellen schöpfe, Actenkenntniß habe u. dgl. und doch nicht vollständig richtig berichte, während dagegen wieder das zweite Bismarck-officiöse Blatt, die Münchener „Allg. Ztg.", „eher Grund zu der Annahme zu haben glaubt, daß die ‚Straßburger Post' bei ihren Behauptungen aus amtlichen Quellen nicht schöpfe".

Ein interessantes Doppelspiel! Die „Hamb. Nachr." provociren jetzt darauf, man solle das Protocoll der Staatsministerialsitzung vom 17. März oder den Text des Bismarck'schen Abschiedsgesuches vom 18. März der Oeffentlichkeit übergeben. Fürst Bismarck wolle nicht die Verantwortlichkeit übernehmen für die Schädigungen, welche mit der Aenderung der deutschen Politik eingetreten seien. Die Frage, wer die Verantwortung für die Entlassung des Fürsten Bismarck zu tragen habe, sei für das Land und dessen Vertretung von Interesse. Vor allen Dingen würden der Reichstag und der preußische Landtag deshalb berufen sein, „authentisch zu erfahren, wo die Verantwortlichkeit für diesen tief einschneidenden Cabinetswechsel liegt, ob bei dem Kanzler oder bei seinem Nachfolger". „Wir zweifeln nicht," heißt es weiter, „daß die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über diese Frage Aufklärung liefern werden."

Will Fürst Bismarck etwa selbst erscheinen und diese Frage aufwerfen? Oder will er sie durch einen der wenigen Satelliten aufwerfen lassen, die er im Reichstage noch hat? Wir glauben an Ersteres nicht, und irgend welcher Erfolg ist für den Fürsten Bismarck in keinem Falle zu erwarten. Er täuscht sich auch vollständig über die Stimmung im Lande. Die immense Mehrheit des Volkes vermißt aber nichts, ist froh und dankt es dem

Kaiser, daß Bismarck endlich gegangen, und von den „Schädigungen" dieses Abganges weiß man nichts, wohl aber von manchen nützlichen Folgen.

Erstaunlich ist auch, daß die „Hamb. Nachr." die Sache so wenden, daß die Alternative hervortritt, die „Verantwortlichkeit für den Cabinetswechsel liege bei dem abtretenden Kanzler oder dessen Nachfolger". Die „Verantwortung" liegt bei dem Letzteren sicherlich nicht, denn er war bei den Vorgängen garnicht betheiligt, und die „Hamb. Nachr." müssen immer schon den Muth haben, die „Verantwortung" des Kaisers zu statuiren, die dieser auch nicht ablehnt. Allerdings aber wollen die „Hamb. Nachr." die verfassungsrechtliche „Verantwortlichkeit" in den Vordergrund schieben, und das führt zu so interessanten Consequenzen, daß wir diesem Punkte noch ein besonderes Wort widmen wollen. Hier wollen wir noch einmal die Hauptsache constatiren, welche die „Hamb. Nachr." unter einem Schwall von Kleinigkeiten über die Reihenfolge der Vorgänge unklar machen.

Der Kaiser hatte den Fürsten Bismarck vor die Alternative gestellt, entweder in der von Bismarck wieder aufgefrischten Cabinetsordre von 1852, durch welche der amtliche Verkehr der Minister mit dem Monarchen im Wesentlichen unter die Controle des Ministerpräsidenten gestellt wurde, nachzugeben oder aber zu gehen. Da Bismarck zum Nachgeben in dieser für seine Beziehungen zum Kaiser übrigens auch symptomatischen Frage nicht bereit war, mußte er aber gehen und erhielt auch die Aufforderung zum Gehen. Das ist das Wesen der Vorgänge, das nicht verdunkelt werden kann.

Zur Sache selbst werden der „Rheinisch-Westf. Ztg." folgende ergänzende Mittheilungen gemacht:

Bei dem Streit über Einzelheiten bei der Entlassung des Fürsten Bismarck muß unterschieden werden zwischen der Denkschrift, die der Reichskanzler zur Frage der Cabinetsordre von 1852 dem Kaiser zu überreichen zugesagt hatte, und zwischen dem Entlassungsgesuch.

Wenn die „Hamb. Nachr." der „Straßb. Post" gegenüber auf die Geschehnisse zwischen dem 15. und 17. März Morgens einiges Gewicht legen, so erklärt sich dies, wie man annehmen darf, daraus, daß der Kaiser den Eingang der zugesagten Denkschrift nicht abwartete, sondern in der Zeit zwischen dem 15. und 17. März wiederholt in das Haus des Kanzlers schickte und fragen ließ, ob der Fürst noch nicht fertig sei. Dieser ließ seinem Herrn zurücksagen, daß er bei seinen Jahren zur Abfassung Zeit gebrauche.

Als der Kaiser die Ablieferung dann stürmischer und bis zu einem bestimmten Termin fordern ließ, nahm Fürst Bismarck Veranlassung, im Ministerrath (17. März Nachmittags 3 Uhr) darzulegen, daß er seiner Meinung nach nicht mit der Rücksicht behandelt werde, die er in Anbetracht seines Alters für sich glaube in Anspruch nehmen zu

dürfen, und daß er in der Art der ihm widerfahrenen Behandlung gewissermaßen eine Aufforderung erkennen müsse, seine Entlassung zu nehmen.

Die Minister nahmen die Eröffnungen des Reichskanzlers zur Kenntniß und vereinbarten, noch am selben Abend bei Herrn von Boetticher zur Berathung eines etwa gemeinschaftlich zu unternehmenden Schrittes ohne den Fürsten Bismarck zusammenzutreten.

Inzwischen hatte der Kaiser von dem was vorging Kunde erhalten und sandte, gerade als die Minister zu ihrer Sonderberathung bei Herrn von Boetticher versammelt waren (eine Einigung über einen bestimmten Schritt war noch nicht erreicht worden), einen Adjutanten mit der Aufforderung an den Minister von Boetticher, jede weitere Bemühung zu unterlassen; seine Entschlüsse bezüglich des Fürsten Bismarck ständen fest. Entweder noch am selben Abend oder am andern Morgen (18.) schickte der Kaiser dann zu dem Fürsten Bismarck und ließ fragen, wo das Entlassungsgesuch bleibe; er bäte sich dasselbe aus.

* * *

Auf dem Parteitag der Nationalliberalen in Eisenach am 18. October gedenkt der Abgeordnete Osann in warmen Worten des Fürsten Bismarck, des Mannes, der Deutschland in den Sattel gehoben, der Jahre lang seine ganze Persönlichkeit eingesetzt habe, um Deutschland in die Wege ruhiger Entwickelung zu leiten, der viel mehr als seine Schuldigkeit gethan. „Wir alle sind diesem Manne ewige Dankbarkeit schuldig, dessen Größe thurmhoch über die Andern hinausragt."

So berichtet die „Elberfelder Zeitung" und fährt dann fort:

Während an dieser Rede des Herrn Osann die bismarckfeindliche Presse soeben Kritik übt, fügt es der Zufall, daß gleichzeitig ein ganzes Bündel von Meldungen vorliegt, die ernstlich zum Nachdenken darüber anregen, ob jene Besorgnisse wirklich nur eine Ausgeburt der Phantasie der Bismarckschwärmer sind, oder ob sie nicht vielmehr leider einen sehr reellen Untergrund haben. Die wichtigste von ihnen ist zweifellos die Nachricht von der handelspolitischen Wiederannäherung zwischen Frankreich und Italien. Zu ihr gesellt sich die Meldung von der Entsendung des französischen Mittelmeergeschwaders nach Palermo zur Begrüßung des italienischen Königspaares, sehr gewichtige Symptome, die noch ergänzt werden durch die Turiner Nachricht über einen im nächsten Sommer zu erwartenden St. Petersburger Besuch des Königs von Italien.

Die Quelle, aus welcher diese Meldung stammt, ist franzosen-, also auch russenfreundlich und daher nicht sehr zuverlässig; aber daß die Begegnungen von Mailand und Monza für die russische Politik nicht so ergebnißlos geblieben sind, wie es bisher den Anschein hatte, lassen die ersteren beiden Meldungen deutlich durchblicken. Noch ist die Nachricht, daß Frankreich seine

Kampfzölle gegen Italien aufgiebt, nicht beglaubigt, aber officiös ist aus Rom gemeldet, daß unter den Gegenständen der Mailänder Besprechungen handelspolitische Fragen sich befunden haben: es kann also sehr wohl die französisch-italienische Annäherung als eine Frucht jener Begegnung sich darstellen...

Jedenfalls beweisen die neuesten Wendungen, daß auf dem politischen Schachbrett Europas Züge vor sich gehen, welche die gespannteste Aufmerksamkeit unserer Berliner Diplomatie erheischen, und daß wir uns in dieser Beziehung heute nicht jenem absoluten Gefühl der Beruhigung wie zu den Zeiten des Fürsten Bismarck hingeben können, das kann nur übersehen, wer die Augen absichtlich verschließt. Sollte die Angabe sich bestätigen, daß Fürst Bismarck im Reichstage eine Erörterung der auswärtigen Politik und ihrer verantwortlichen Leitung herbeizuführen gedenkt, dann wird man ihm auch ruhig vertrauen dürfen, daß er die auswärtige Situation für sehr viel ernsthafter hält als jene Politiker, die hinter allem, was Fürst Bismarck heute thut, egoistische Beweggründe suchen. Wem man den größeren Scharfblick zutrauen darf, ist unnöthig zu bemerken.

* * *

Am 26. October (A.-A.) kommen die „Hamb. Nachr." noch einmal ausführlich auf die von der „Straßb. Post" angerührte Frage von der Entlassung des Fürsten Bismarck zurück:

> Zur Entlassung des Fürsten Bismarck. Nachdem die „Straßb. Post" dem Fürsten Bismarck die Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden aus dem Dienste tendenziös zugeschoben hatte, haben wir diese Unwahrheit richtig zu stellen versucht und glauben unseren Zweck erreicht zu haben, indem wir das Gegentheil der Behauptung der „Straßb. Post" actenmäßig nachwiesen. Das Blatt beruft sich bei seinen Entstellungen auf, seiner Angabe nach, „Allbekanntes", auf Zeitungsartikel aus dem Jahre 1890. Leider ist die „Straßb. Post" nicht so freundlich gewesen, die betreffenden Blätter und Nummern genauer zu bezeichnen. Wir sind erstaunt, daß, wenn die „Straßb. Post" die publicistischen Erzeugnisse des Jahres 1890, wie sie sagt, studirt hat, sie nicht die Richtigkeit unserer Angaben daraus erkannt hat; noch erstaunter sind wir freilich darüber, daß die Mittheilungen der „Straßb. Post", bevor wir darauf geantwortet, in so vielen Kreisen als wahr angenommen werden konnten. Dafür können wir unsererseits nur auf „Allbekanntes" hinweisen, u. A. auf Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." und der „Voss. Ztg." aus dem März 1890, welche in Schulthess' europäischem Geschichtskalender (Jahrgang 1890) enthalten und Jedem leicht zugänglich sind. Wir citiren daraus:
>
> 23. März. Die „Nordd. Allgem. Zeitung" schreibt:
>
> „Der ‚Hamburgische Correspondent' bringt den Rücktritt des Fürsten

Bismarck damit zusammen, daß in den letzten Jahren namentlich auf dem Gebiete der inneren Politik die Erfolge seltener geworden seien. Das Blatt ist in diesem Punkte nicht gerecht. Die Erfolge auf dem Gebiete der inneren Politik hängen bei uns wesentlich mit den Wahlen zusammen, und es ist unbillig, die Politik des Reichskanzlers anzuklagen, auch wenn sie in dem Maaße leitend wäre, wie es der bisherige Kanzler seit Kaiser Wilhelm's Tode nicht mehr gewesen ist. Von der Rücknahme eines ersten Entlassungsgesuches, von dem der ‚Hamb. Corresp.‘ spricht, ist in den betheiligten Kreisen nichts bekannt, der Reichskanzler hat kein Gesuch zurückgenommen.

„Es beruht auf einer irrthümlichen Information des ‚Hamb. Corresp.‘, wenn er behauptet, der Versuch des Fürsten, Resignation zu üben, habe als endgültig mißlungen angesehen werden müssen, als transpirirte, daß Fürst Bismarck von der Bestimmung nicht abgehen wollte, wonach kein unmittelbarer Verkehr der Staatssecretaire und der preußischen Minister mit dem Landesherrn ohne seine Controle und Mitwirkung stattzufinden habe.

„Was der ‚Hamb. Corresp.‘ als ‚transpirirt‘ bezeichnet, stimmt mit unserer eigenen Information überein. Der Verkehr der Staatssecretaire mit dem Kaiser ist durch die Verfassung und das Stellvertretungsgesetz definitiv geregelt. Die Beziehungen der preußischen Minister zum Landesherrn wurden es 1852, als sich nach Einführung der Verfassung die Nothwenigkeit dazu herausstellte, und die Stellung des Ministerpräsidenten zu seinen Collegen hat bisher ausschließlich auf einer Ordre des gedachten Inhabers beruht, wenn auch unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck bis in die jüngste Zeit kein Bedürfniß vorgelegen hatte, in ostensibler Weise auf diese für den Ministerrath bestehenden Regulative Bezug zu nehmen. Erst in den letzten Wochen hat der Präsident des Staatsministeriums ein solches Bedürfniß empfunden.

„Es ist auch richtig, daß er zur Ausführung des kaiserlichen Befehls, die Ordre von 1852 aus der Welt zu schaffen, die Hand nicht hat bieten wollen, weil er dieselbe für unentbehrlich hielt, wenn ein Präsidium des Staatsministeriums fortbestehen sollte. Der ‚Hamb. Corresp.‘ ist wohl unterrichtet, wenn er annimmt, daß diese Ablehnung dem Präsidenten des Staatsministeriums über die unabweisliche Nothwendigkeit seines Rücktritts schließlich die volle Klarheit gegeben hat.

„Ein Irrthum dagegen ist es, wenn der ‚Hamb. Corresp.‘ annimmt, daß Besprechungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst das Cumberland'sche Vermögen zum Gegenstand gehabt haben. Wir sind sicher, daß hiervon nicht die Rede gewesen ist. Der Verkehr des Kanzlers mit Herrn Windthorst spielt in der ganzen Krisis nur insofern eine

Rolle, als der Kanzler sich geweigert hat, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Controle zu unterwerfen.

„Unvollkommen unterrichtet zeigt sich der ‚Correspondent‘ weiter, wenn er behauptet, daß es an Versuchen, den Fürsten zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu bewegen, nicht gefehlt habe. Im preußischen Staatsministerium mögen Versuche der Art allerdings stattgefunden haben, aber persönliche Schritte des Kaisers oder einflußreicher Bundesfürsten sind nicht erfolgt. Ob die Trennung der auswärtigen von der inneren Politik nach unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen practisch ausführbar gewesen sein würde, darüber sind die Meinungen getheilt. Diejenige, daß es thunlich sei, scheint heute nicht vorzuwalten, da auch bei dem Nachfolger des Fürsten Bismarck die kanzlerische Stellung und die des Präsidenten des Staatsministeriums ungetrennt bleiben werden.“

24. März. In Anknüpfung an diesen Artikel bringt die „Vossische Zeitung“ folgende Mittheilung, welche keinen Widerspruch erfährt:

„Nachdem einmal die letztere Bemerkung veröffentlicht ist, sehen wir keinen Grund, die Darstellung des Sachverhalts, wie sie uns bekannt geworden ist, zurückzuhalten. Der Kaiser war über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst sehr erregt und fuhr nach dem Kanzlerpalaste, um den Fürsten zu fragen, was diese Unterredungen zu bedeuten haben. Fürst Bismarck, der sich im Bette befand, erhob sich sofort und beantwortete, nachdem er bei dem Kaiser eingetreten war, die Frage dahin, daß es sich um Privatangelegenheiten handle. Der Kaiser betonte, daß er von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windthorst rechtzeitig zu erfahren ein Recht habe, was Fürst Bismarck ungefähr mit dem obigen Satze zurückwies, daß er seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Controle unterwerfe. Er fügte hinzu, nur in Folge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er werde aber gern bereit sein, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbequem werde.“

Ueber die Frage, wer die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für den Abgang des Kanzlers durch seine Contrasignatur auf sich genommen hat, haben wir uns jeder Aeußerung enthalten. Die betreffenden Actenstücke, nach dem Sinne der Verfassung kaiserliche Anordnungen, werden ja ohne Zweifel die zu ihrer Gültigkeit erforderliche Gegenzeichnung enthalten. Daß der Nachfolger eines ausgeschiedenen Ministers nicht unmittelbar die Verantwortlichkeit für dessen Entlassung trägt, ist offenbar, und Blätter, die diese Seite der Sache in den Vordergrund stellen, weichen der von uns angeregten Frage aus, ob ein neuer Minister für die Uebernahme eines Ministeriums und dafür, ob er dem Lande und der

Dynastie damit einen Dienst erweist, der Volksvertretung gegenüber eine parlamentarische und moralische Verantwortung trägt, oder ob er von jeder Verantwortung für seinen Entschluß, die Geschäfte des Landes zu übernehmen, frei ist. Wir glauben, daß in dieser Frage die Grenze berührt wird, welche die absolute Regierungsform von der verfassungsmäßigen trennt. Einen Beleg dafür finden wir u. A. in nachstehenden Ausführungen der „Elberf. Ztg." Nr. 290, II. Ausgabe vom 19. October:

„Diese (Aeußerung der ‚Hamb. Nachr.') gipfelt darin, die parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens zur Erkundigung über die Ursachen aufzufordern, die zu der Personalveränderung an der Spitze der deutsch-preußischen Staatsverwaltung geführt haben. Nach jener Deduction ist für seinen Rücktritt ein Minister verantwortlich, wenn er ihn selbst herbeigeführt hat; ist dies nicht der Fall, dann trägt sein Nachfolger die Verantwortlichkeit. Selbstverständlich ist damit die formell politische gemeint, die zwar nicht ausschließlich, aber doch sehr wesentlich die Volksvertretung angeht. Das persönliche Monarchenthum ist hierbei ganz außer Acht gelassen. Wenn aber der Kaiser den Reichskanzler und der König den Ministerpräsidenten ernennt und entläßt, dann kann sich in dieser Beziehung die Verantwortlichkeit des Nachfolgers nur auf die Richtigkeit der betreffenden Ausfertigung erstrecken. In jeder monarchischen Verfassung übt der Träger der monarchischen Prärogative dieses Ernennungs- und Entlassungsrecht formell unbeschränkt und politisch unverantwortlich. ‚Der König ist unverantwortlich und unverletzlich.' Die moralische Verantwortlichkeit ist damit natürlich nicht berührt."

Mehrere Blätter wollen nicht daran glauben, daß die officiösen Organe selbst von Schädigungen gesprochen haben, die nothwendig mit dem Abgange des Fürsten Bismarck verbunden gewesen wären. Eins der allerofficiösesten Blätter, die im Deutschen Reiche existiren, ist ohne Zweifel der „Hamb. Corresp."; dieser schrieb am 8. September d. J.:

„Wer zu denken vermochte, hat von dem Ableben des Gründers des Deutschen Reiches und dem Ausscheiden seiner hauptsächlichsten Berather aus der Staatsleitung einen Rückschlag auf die Stellung Deutschlands in Europa erwarten müssen. Das Vertrauen und das Ansehen, welches der greise Herrscher weit über die Grenzen Deutschlands hinaus genoß, und das mit Furcht gemischte Prestige, dessen die Leitung der auswärtigen Anglegenheiten durch den Fürsten Bismarck sich erfreute, konnte nicht als Erbe auf die Nachfolger übergehen. Soweit die Stellung Deutschlands unter den Staaten Europas auf solchen persönlichen Momenten beruhte, war das alte Fundament verloren, und es mußte ein neues erst gelegt werden. Erwägungen dieser Art waren für jeden ruhig

Urtheilenden unabweisbar, und es mußte ein um so stärkerer Rückschlag erwartet werden, als die Vormachtsstellung Deutschlands naturgemäß von denjenigen Mächten, welche, wie Frankreich, Rußland und auch Großbritannien, selbst den Anspruch auf eine führende Stellung unter den Staaten Europas erheben, schwer empfunden wurde."

Wir bemerkten damals hierzu, daß, wenn in einem hochofficiösen Organe zugestanden werde, daß eine Schädigung der deutschen Interessen auf dem wichtigen Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten von der Beseitigung des Fürsten Bismarck habe erwartet werden müssen, sich Niemand werde wundern dürfen, wenn das deutsche Volk sich die Frage aufs Neue und dringend vorlege, weshalb die Entlassung des Fürsten dennoch erfolgen mußte, resp. welches die Gründe gewesen seien, vor denen die Rücksicht auf das Interesse des Landes habe zurücktreten müssen.

Für die Beurtheilung der Nachtheile, die nach Ansicht des „Hamb. Corresp." auf dem Gebiete der äußeren Politik mit der Entlassung des Fürsten Bismarck unvermeidlich verknüpft gewesen seien, ist vielleicht eine Stelle charakteristisch, die wir aus „La Bulgarie", dem officiösen Organ der Regierung in Sofia, citiren. Das Blatt druckt in seiner Nr. 351 in einem Artikel über die Kronstädter Vorgänge eine Auslassung des Prager Tschechenblattes „Politik" zustimmend ab, welche in der französischen Uebersetzung der „Bulgarie" lautet:

„M. de Bismarck tenait alors ses ‚deux fers dans le feu'; le premier se surchauffait à la flamme d'une fidèle alliance et la solidarité russo-allemande dans la question bulgare aidait l'autre à garder une douce température.

„Cette théorie des ‚deux fers' a vécu; mais ni la triple-alliance et encore moins l'Autriche-Hongrie n'ont sujet de s'en plaindre. Grâce à la rupture définitive entre la Russie et l'Allemagne, notre monarchie prend enfin cette position avantageuse à laquelle l'Allemagne, depuis des années, voulait atteindre.

„Aujourd'hui c'est l'Allemagne qui a absolument besoin de l'appui de la triple-alliance, qui, s'il lui manquait, la laisserait isolée parmi les puissances de l'Europe."

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 27. October (A.-A.) verwahren sich dagegen, daß die „Münchener Neuesten Nachrichten" die Artikel gegen die „Straßburger Post" als „Vorstoß" bezeichnen, und sagen in einem „Fürst Bismarck" überschriebenen Artikel:

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" nennen unsere Erwiderung auf die Artikel der „Straßb. Post" einen „Vorstoß"; die officiöse Berliner „Post" spricht ziemlich verdrießlich von einer „Anregung" der

ganzen Frage durch uns. Diese Blätter ignoriren, wie wir schon gestern bemerkten, wider besseres Wissen die Thatsache, daß unsere Artikel lediglich eine Abwehr wahrheitswidriger Darstellungen officiöser Blätter, vor allem der „Straßb. Post", waren, welche die Discussion über die Entlassung des Fürsten Bismarck durch alte Entstellungen neu begonnen haben. Solche Erwiderungen von unserer Seite werden so oft geschehen, als wir durch derartige Angriffe dazu genöthigt werden. Fürst Bismarck und seine Freunde fordern nichts weiter, als in Ruhe gelassen zu werden; wenn man aber von uns verlangen will, wir sollten allen Verdrehungen und Verdächtigungen gegenüber schüchtern in der Ecke stehen, als hätten wir uns der Vergangenheit Deutschlands während der letzten dreißig Jahre zu schämen und uns Injurien gefallen zu lassen, so wird man finden, daß man einer lebhafteren und zäheren Energie gegenübersteht, als man glaubt.

Ein Byzantinismus, wie er in Preußen früher nie bestanden hat, und vor allen Dingen ein schlechtes Gewissen spricht aus dem Verlangen, dem erfahrensten Politiker, den wir augenblicklich haben, unserem früheren Reichskanzler, über unsere Politik den Mund verbieten zu wollen. Wenn derselbe für gut finden sollte, im Reichstage zu sprechen, so ist nicht anzunehmen, daß er seine Kritik der Vorlagen bis zu der Ausdrucksweise steigern werde, wie die hervorragenden Führer des Liberalismus, ein Vincke, Simson e tutti quanti sie dem Ministerium Manteuffel oder dem Bismarck'schen Conflictsministerium gegenüber angewendet haben; auch alle unsere publicistischen Aeußerungen blieben weit hinter dem Paradigma Vincke's: „Fort mit diesem Ministerium!" zurück.

Einem Abgeordneten, wie der frühere Kanzler, durch wiederholte Ausfälle officiöser Vertreter des neuen Courses eine Vincke'sche Opposition aufdrängen zu wollen, halten wir nicht für geschickt, selbst wenn man darauf rechnet, daß dergleichen wahrheitswidrige Provocationen an der Besonnenheit des Abgeordneten für Geestemünde ein Correctiv finden werden. Wir verwahren uns gegen Ausdrücke der officiösen Blätter, wie „Vorstoß" und „Anregung", als ob die Anregung zum Streite von uns ausginge. Unsere Stellung ist eine rein defensive und abwehrende. Wenn wir es für angezeigt hielten, angriffsweise vorzugehen, so wüßten wir nicht, was uns von einer „schärferen Tonart" abhalten sollte, so lange wir in den gesetzlichen Schranken blieben. Wir treten den Gegnern nach Maaßgabe unserer Schätzung derselben und nach Maaßgabe ihrer Tonart entgegen und glauben, dabei immer noch sehr viel höflicher gesprochen zu haben als unsere Gegner, auch wenn wir einstweilen nur diejenigen ins Auge fassen, welche der officiösen Presse angehören und von denen absehen, deren Gegnerschaft in der Person des Fürsten

Bismarck zugleich das Reich und dessen Zukunft zu treffen glaubt. Unseren officiösen Gegnern werfen wir nichts vor als Mangel an Geschick in Behandlung von politischen Situationen; Ungeschick wirkt aber mitunter schädlicher als Bosheit.

* * *

Am 15. October hatten die „Hamb. Nachr." folgenden Artikel veröffentlicht:

Die deutsche Presse und Rußland. Von einem in St. Petersburg lebenden Deutschen wird uns geschrieben:

„Die Deutschen haben von jeher, bewußt oder unbewußt, den Franzosen vielfach nachgeahmt, meistens zu ihrem Schaden, weil sie öfter den schlechten französischen Eigenschaften nacheiferten als den guten, und selbst die letzteren schicken sich nicht immer für die Deutschen; die Völker-Individualität ist eine zu verschiedene.

„Augenblicklich hat es den Anschein, als ob die deutsche Presse in einen französischen Fehler verfallen wollte, den sie selbst immer scharf an den westlichen Nachbarn getadelt hat: in den Chauvinismus. Dieser ist in Frankreich als krankhafter Auswuchs eines warmen, wenn auch vielfach irregeleiteten Patriotismus entstanden. Sicherlich hat er in Deutschland denselben Ursprung; aber merkwürdig bleibt, daß er sich nicht gegen Frankreich richtet, das sich nun schon alle die Jahre nach dem Kriege ungebärdig und ostentativ beleidigend gegen Deutschland gezeigt hat, sondern daß sein Ziel Rußland ist. Ohne Zweifel ist doch ein Zeichen hierfür, daß die deutsche Presse gleich von Vaterlandsverrath und dergleichen spricht, wenn deutsche Bankhäuser geschäftliche Ueberlegungen darüber anstellen, ob sie sich an einer russischen Anleihe bethätigen sollen oder nicht, obwohl die rein wirthschaftlich-finanzielle Seite dieser Angelegenheit klar auf der Hand liegt. Es soll hier Rußland nicht das Wort geredet werden; es ist auch russischerseits ebenfalls viel geschehen, was das freundnachbarliche Verhältniß trüben konnte; jedenfalls aber liegt kein Grund vor, daß die deutschen Redacteure bei Erwähnung Rußlands gleich ‚Blut in die Augen bekommen', wie Cassagnac von sich rühmt, sobald es sich um die Deutschen handelt. Diese chauvinistische Art entspricht nicht der Würde, mit welcher die Presse eines so starken Landes wie Deutschland dem Auslande gegenüber auftreten müßte; es sieht fast aus wie Aerger darüber, daß sich die Russen den Franzosen genähert haben, was man doch weder verhindern konnte noch wollte, denn die deutsche Presse hat durch ihre Sprache gegen Rußland dazu beigetragen, diese Freundschaft herzustellen.

„Die deutsche Presse ist aber auch noch in einen anderen französischen Fehler verfallen: in den der Unkenntniß der Verhältnisse beim Nachbar. Sie weiß verhältnißmäßig wenig vom russischen Staate und Volke, von dessen Entwickelung; der Russe aber sieht, daß in Deutschland Alles, was über sein

Land gedruckt wird, und wenn es der kühnsten Reporter-Phantasie entspringt, rückhaltslos geglaubt wird, von politischen Hetzereien ganz zu schweigen. Das hat ohne Zweifel beim Russen Verstimmung gegen den Nachbar, mit dem er früher so gut ausgekommen war, erzeugt, und diese Aversion ist dem Panslawismus zu Statten gekommen.

„Was die stattgehabte Aufregung der deutschen Presse über die russische Anleihe betrifft, so soll letztere nach Meinung der betreffenden Blätter zu Rüstungen verwandt werden. Es wird verkündet, daß der ‚zukünftige Feind' sich mit deutschem Gelde zum Kriege vorbereiten wolle. Wer die leitenden russischen Kreise kennt, der weiß, daß so lange der jetzige Zar regiert und Herr von Giers ihn beräth, es zu keinem kriegerischen Unternehmen gegen Deutschland kommen wird. Wer Rußland kennt, wird über die Verwendung der Anleihesumme keinen Zweifel hegen und den Blick auf das innere Rußland richten, auf die Gouvernements, wo der Hunger herrscht und Hals über Kopf Wege- und Eisenbahnbauten in Angriff genommen werden. Er wird der Erklärung der russischen Angabe, die Anleihe solle ‚zur Deckung der schon erfolgten und noch bevorstehenden Ausgaben für unmittelbar vom Staate oder durch Privatgesellschaften vollführte Eisenbahn- oder andere gemeinnützige Arbeiten' dienen, Glauben schenken. Man will den nothleidenden Bewohnern Rußlands Arbeit und Brod geben, damit sie letzteres nicht als reines Almosen von den Stellen empfangen, die von der Regierung mit Geldmitteln ausgestattet werden, um für die Anschaffung des nöthigen Brodgetreides zu sorgen. Die Noth ist groß, und es verräth wieder geringe Kenntniß der einschlägigen russischen Verhältnisse, wenn deutsche Zeitungen erklären, das Roggenausfuhrverbot wäre nicht nöthig gewesen und wäre nur eine gehässige politische Maaßregel der russischen Regierung.

„Noch einmal: der Zar ist nicht kriegerisch gesinnt, am wenigsten gegen Deutschland; er wird die Stellung, die Rußland jetzt inne hat, nicht aufs Spiel setzen, am wenigsten, um der französischen Republik die Kastanien aus dem Feuer zu holen und die wirklichen Pläne Rußlands dadurch zu gefährden. Rußland hat keine Revanche an Deutschland zu nehmen, keine Grenzen mit ihm zu berichtigen, keine alte Rechnung auszugleichen; Rußland hat, ebenso wie Preußen, reichlich soviel polnische Unterthanen, als es gebrauchen kann, — weshalb sollte es gegen Deutschland Krieg führen?

„Es wäre zu wünschen, daß die deutsche Presse dies Alles und die innere Lage in Rußland sich mehr vergegenwärtigte; sie würde von selbst von ihrer Russophobie zurückkommen, natürlich mit Ausnahme der fortschrittlichen und socialdemokratischen Blätter, die Rußland hassen und fürchten aus Gründen, welche das monarchische und nichtsocialdemokratische Deutschland aber gerade veranlassen sollten, die jetzige Haltung Rußland gegenüber einer gründlichen Prüfung auf ihre Richtigkeit zu unterziehen."

Hierauf kommt das Blatt am 27. October zurück:

Die „Augsburger Neuesten Nachrichten“ drucken den von uns neulich veröffentlichten Artikel „Die deutsche Presse und Rußland“ ab und bemerken dazu a. A.:

„Zweifellos hat unsere auswärtige Politik seit Jahresfrist gegenüber Rußland ... Fehler gemacht. Der erste verhängnißvolle Schritt war der wiederholte Besuch in St. Petersburg, der der russischen Regierung über die hier streng einzuhaltende Linie der Nothwendigkeit hinaus ... entgegenkam und durch den unglücklichen Versuch, Rußlands damalige principielle Politik der freien Hand zu Gunsten einer ganz überflüssigen Annäherung an Deutschland zu binden, den Zaren peinlich berührte, und so das gerade Gegentheil der beabsichtigten Wirkung, eine wachsende Entfremdung bewirkte. Der zweite verhängnißvolle Schritt war, daß man in Berlin aus dieser Entfremdung, die man noch eine geraume Zeit ohne Schaden hätte tragen können, zu schroffe Consequenzen zog und mit dem schlauen Briten in ostentativer Weise den Bruderkuß tauschte, ein Vorgang, der für uns gar keinen praktischen Nutzen, wohl aber einen sehr praktischen Schaden hatte, indem er den Zaren wider seinen eigenen Willen in Frankreichs Arme trieb. Neuerdings ist unsere Regierung etwas klüger geworden; sie lehnte es ab, sich in Sachen der russischen Anleihe für oder wider zu erklären, und so entweder gegen ihr Interesse oder gegen die durch die Lage gebotene Reserve zu handeln. Wir sollen Rußland nicht unterstützen ... aber auch nicht reizen, das wäre die Herausforderung zu einem Kriege, bei dem wir nichts, rein gar nichts profitiren könnten. Deshalb pflichten wir dem Verfasser (des Artikels in den „Hamb. Nachr.“) entschieden bei, wenn er den unzurechnungsfähigen Chauvinismus eines Theils unserer nationalen Presse ans Licht zieht und brandmarkt, einen Chauvinismus, der zum Kriege gegen Rußland nachgerade förmlich hetzt. Den deutschen Interessen dient letzterer damit nicht, wohl aber den anarchischen im Allgemeinen und den englischen im Besonderen. — John Bull mag sich schön ins Fäustchen lachen, wenn er sieht, wie der deutsche Michel sich anstrengt, den russischen Bären aus seiner Höhle herauszulocken, von dem er für sich selbst gar nichts, für den lieben englischen Stammesbruder aber sehr viel holen kann. Lassen wir Rußland rüsten, rüsten wir selber und kümmern wir uns im Uebrigen möglichst wenig um einander, bis entweder eine freundschaftliche Annäherung sich von selbst macht, oder aber die Katastrophe unvermeidlich wird. Letztere herbeizuführen und zu beschleunigen haben wir von allen europäischen Nationen das mindeste, England, das gleichwohl sich hütet, seine Haut für seine Sache zu Markte zu tragen, das meiste Interesse.

Wer in Deutschland das nicht einsieht, wer in blinder Wuth über den großen Barbaren im Norden zum Kriege mit ihm drängt, der treibt eine ebenso weise Politik, wie der Stier, der ohne Sinn und Verstand über das rothe Tuch herfällt."

In diesem Artikel der „Augsburger Neuesten Nachrichten", in dem wir übrigens die schärfsten Stellen ausgemerzt haben, wird richtig gesagt, die Rüstungen Rußlands seien wesentlich defensiver Natur und auf den Fall berechnet, daß Rußland, wenn es im Orient die Unzufriedenheit einer anderen Macht erregte, auf seiner Westfronte angegriffen werden könnte. Dies ist aber keine Frage, an der die deutsche Nation in erster Linie betheiligt ist.

* * *

In der eben genannten Nummer der „Hamb. Nachr." stoßen wir auch wieder einmal auf den berühmten Herrn Oppert aus Blowitz, der seine politische Weisheit gelegentlich der italienisch-russischen Ministerberathungen in Monza (12. und 13. October) von Neuem enthüllt hat. Die „Hamb. Nachr." sagen:

In einem Artikel der „Elberf. Ztg." wird bei Anführung von Preßäußerungen betreffend die Verhandlungen in Mailand und Monza über den bekannten Pariser „Times"-Correspondenten Herrn Oppert aus Blowitz gesagt:

„... Auch die ‚Hamb. Nachr.', was beachtenswerther ist, meinen, daß die Berathungen in Monza unter dem Gesichtspunkte, daß etwaige Bemühungen auf Umgestaltung des Dreibundes naturgemäß in Italien einsetzen müßten, in jedem Falle besonderes Interesse verdienten. Von dem bekannten Pariser Correspondenten der ‚Times', Herrn Oppert aus Blowitz, wird dagegen die Welt dahin belehrt, daß der Zweck dieser Zusammenkünfte nicht der sei, Italien vom Dreibunde loszusprengen, sondern nur, das Königreich zu bewegen, die sogenannte Crispi-Politik aufzugeben, welche bestimmt sei, im gegebenen Augenblick die Rolle des Feuerbrandes zu übernehmen. Eine nähere Auskunft über letzteren Punkt erspart sich Herr Oppert. Demselben Herrn oder vielmehr dessen Mittheilungen über den angeblichen Inhalt des Zweibund-Vertrages widmet eine Berliner Correspondenz der ‚Neuen Züricher Zeitung' eine Betrachtung, in welcher folgende Erinnerung vorausgeschickt wird:

„‚Zu der Hinterlassenschaft des Fürsten Bismarck gehört auch in doppelter Beziehung der Pariser Times-Correspondent, einmal deshalb, weil Fürst Bismarck ihn, indem er ihn auf der Berliner Conferenz in dem kritischsten Augenblicke derselben zu seinem Vertrauten und zu seinem Sprachrohr machte, man kann wohl sagen, auf den ersten Platz unter

zeitgenössischen Correspondenten erhob; sodann deshalb, weil ihn, als er sich nachher dem Fürsten zu keiner besonderen Dankbarkeit verpflichtet glaubte und mehrfach dessen Mißfallen hervorrief, die bismarckfreundliche Presse als eine besonders unzuverlässige Persönlichkeit hingestellt und diese Qualification ihm denn auch geblieben ist, wenigstens in der deutschen Presse, obgleich er, wenn er wirklich so unzuverlässig wäre, doch kaum seine Stellung in dem Cityblatte und in der diplomatischen Welt so lange behauptet hätte.'"

Die Blowitz'sche Nachricht über die „Crispi-Politik", die „Feuer anlegen sollte", gehört ganz und gar in das Capitel der bekannten Münchhausengeschichten dieses Correspondenten. Man kann schwer voraussehen, auf was für verrückte Erfindungen dieser Sensationsmacher noch kommen wird. Zur Aufklärung über die „Verstimmung", die Herrn Blowitz nach dem Zeugnisse der „Züricher Ztg." beherrscht, mag bemerkt sein, daß dieser Gemüthszustand im Anfang hauptsächlich auf Ordensansprüchen basirt war. Blowitz war auf Disraeli's Wunsch im Jahre 1878 zur Congreßzeit vom Fürsten Bismarck empfangen worden, und diese Bevorzugung war, ebenfalls auf Disraeli's Wunsch, von einer für Blowitz' Verhältnisse um eine Classe zu hohen Ordensverleihung begleitet. Er erhielt die dritte Classe. Es scheint, daß Lord Beaconsfield momentan das Bedürfniß gehabt hat, diesen Correspondenten bei guter Laune zu erhalten; Blowitz aber war über die nach preußischen Anschauungen ungewöhnlich hoch gegriffene dritte Classe entrüstet, verlangte eine zweite, und als er diese nicht bekam, ward er feindlich.

* * *

Bei der Verfolgungswuth, von der das gesammte Officiosenthum gegen den Fürsten Bismarck beseelt ist, und bei dem eklen Geheul, das die servile Presse wie auf Commando pflichtschuldigst dazu anstimmt, ist es jedesmal ein Labsal, ein unbefangenes Urtheil aus Süddeutschland zu vernehmen, eine Stimme, aus der man des treuen Volkes Sorge und Ingrimm und Beschämung deutlich vernimmt. So bringt die in Neustadt a. d. Hardt erscheinende „Neustädter Zeitung" in ihrer Nr. 251 vom 25. October unter der Ueberschrift: „Fürst Bismarck — Zur Lage", einen Artikel, der nur etwas zu viel Parteifärbung trägt. Denn wie Fürst Bismarck streng genommen keiner politischen Partei angehört, so darf ihn auch keine, ohne Anmaßung, für sich in Anspruch nehmen. Der Artikel lautet:

„Es giebt doch noch muthige Männer in Deutschland, die sich auch zu der gefallenen Größe zu bekennen wagen. Und wer sie finden will, diese Wackeren, der braucht sich nur unter den — Nationalliberalen umzuschauen."

Mit diesem Satze leitet ein radicales Organ der Pfalz Betrachtungen über den jüngsten nationalliberalen Parteitag in Eisenach ein, Betrachtungen, die

in der Hauptsache wörtlich der „Frankfurter Zeitung" entnommen sind. Diese Angabe genügt, um erkennen zu machen, welchen Ton das genannte radicale Blatt den oben angeführten Worten untergelegt wissen möchte. Wir aber antworten darauf allen Ernstes: Ja, es giebt noch muthige Männer in Deutschland, die sich zu der „gestürzten" Größe bekennen, frei und offen in Wort und That zu ihr bekennen. Und diese Männer finden sich stets und werden sich finden zu allen Zeiten in derjenigen Partei, welcher vor allen anderen das wahre Heil unseres großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt, und die selbst nicht um den verlockendsten Preis äußerer Vortheile, nicht um die Gunst der Gewaltigen dieser Erde jemals der Bethätigung der Dankbarkeit vergessen wird, welche die Nation dem größten ihrer Söhne, dem Gründer des Reiches, dem Fürsten Bismarck, jetzt und in alle Ewigkeit schuldet.

Das ist das markanteste Zeichen der nationalliberalen Partei in der Zeit weitgehendster parteipolitischer Charakterlosigkeit, und in diesem Zeichen wollen und werden wir kämpfen. Die Person des Mannes, dem wir nächst unserem ersten greisen Heldenkaiser zu danken haben, was wir als deutsches Volk heute sind, sie ist der feste Pol, um welchen sich naturgemäß unsre Empfindungen bei jeder feierlichen Veranlassung drehen. Wir bedauern es tief, daß das Verhalten gewisser Parteien und ihrer Presse es nöthig macht, diesen unsern Standpunkt immer wieder besonders betonen zu müssen. Wir bedauern es aber nicht etwa um unsertwillen, nein, wir empfinden schmerzlich den trüben Fleck auf dem blanken Schilde unsrer nationalen Ehre, jenen Fleck, welchen uns die häßlichen Angriffe minderwerthiger Charaktere auf den Mann eingebracht, der thurmhoch über uns allen steht.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Angehörigen der nationalliberalen Partei im Norden das gleiche Empfinden hegen, wie die des Südens, und von diesen können wir als feststehende Thatsache künden, daß bei ihnen das Gefühl der Sicherheit, welches sie einst besaßen, da Bismarck noch auf des Reiches Warte stand, nicht mehr vorhanden ist. Wir freuen uns, diese Erscheinung von einer Stelle aus und durch einen Mann, wie es der Reichstagsabgeordnete Dr. Osann ist, dessen Name in der politischen Welt einen guten Klang hat, constatirt zu wissen.

Zugleich aber sei auch festgestellt, daß der Name des Fürsten Bismarck heute mehr als je auf Aller Lippen liegt, und daß selbst angesichts der unerfreulichen und beunruhigenden Erscheinungen auf dem Gebiete der äußeren und zum Theil auch der inneren Politik, das Vertrauen auf eine Wendung zum Besseren nicht zu schwinden vermag, so lange in unserer Brust das Bewußtsein lebt: dort droben unter den markigen Eichen des Sachsenwaldes schlägt ein treues Herz für uns, wacht ein wachsam scharfes Auges über uns, ruht eine feste, sichere Hand, die eingreifen wird mit geübtem Griff zur rechten Zeit.

Und wahrlich, dieses Vertrauens bedürfen wir in allerneuester Zeit mehr als je. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik treten Erscheinungen zu Tage, über welche die deutsche Diplomatie von heute hinwegschreitet mit einer Nonchalance, die wahrhaft bewunderungswürdig gefunden werden müßte, könnte man jener mehr zutrauen, als man in Wahrheit thun darf.

Mit dem großen Tauschgeschäft, bei welchem wir unsere besten Colonien hingaben, eigentlich für ein Nichts, das nunmehr durch einen Kostenaufwand von circa 10 Millionen zu einem befestigten Etwas umgestaltet werden soll, erhielt das Vertrauen zu unserer auswärtigen Politik den ersten Stoß, der noch verstärkt wurde durch das Bewußtsein, daß es uns trotz wiederholter Versuche nicht einmal gelungen war, ein verläßliches Freundschaftsband mit England zu knüpfen. Diese Scharte ist nach keiner anderen Seite hin wieder ausgewetzt worden.

Während Deutschlands Diplomatie anscheinend der Ruhe pflegt und die Officiösen und Halbofficiösen leidlich befriedigende Situationsbilder malen, entwickelt die Diplomatie anderer Staaten eine geradezu fieberhafte Thätigkeit. Die Meldungen treffen bündelweise bei uns ein. (Folgt eine Besprechung der Vorgänge zwischen Italien und Frankreich, ferner der Berathungen in Monza u. s. w.)

Angesichts solch feststehender Thatsachen dürfte doch wohl das Gefühl der Unsicherheit, welches heute weite Kreise beherrscht, entschieden gerechtfertigt erscheinen, und mit ihm der Wunsch, der Millionen von den Lippen kommt, es möge der Rath des Fürsten Bismarck dem deutschen Volke nicht vorenthalten werden. Zu einer Zeit, in einer Lage, wie es die heutige ist, müssen persönliche Empfindungen selbst der Höchsten schweigen, wenn es sich um das Wohl und Wehe einer Nation handelt. Es ist ein stolzes Wort: „Nur Einer ist Herr im Lande", edel und groß aber der Ausspruch: „Der König ist der erste Diener des Staates."

* * *

Vom 14. bis 21. October wurde der socialdemokratische Parteitag in Erfurt abgehalten. Das maßvolle Auftreten der Führer dort hatten die „Hamb. Nachr." für eine Taktik erklärt, deren Zweck es wäre, der gegenwärtigen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten und die große Menge über die gefährlichen Endziele der gesammten Partei in Sicherheit zu wiegen. Darüber hält sich die „Köln. Ztg." auf. Ihr antworten die „Hamb. Nachr." am 28. October (A.-A.):

> Wir hatten neulich die Diversionen auf dem socialdemokratischen Parteitage in Erfurt als abgekartetes Spiel mit vertheilten Rollen und im Voraus bestimmten Seitensprüngen bezeichnet, das den Zweck habe, die jetzige Behandlung der Socialdemokratie berechtigt erscheinen zu lassen. Die „Köln. Ztg." hat daraufhin von der Sucht der „Hamb.

Nachr." gesprochen, überall Scheingefechte und täuschende Manöver zu sehen. Neulich sollten die letzten Vorgänge im Centrumslager durchaus abgekartetes Spiel sein; jetzt sollen, schreibt die „Köln. Ztg.", auch die Socialdemokraten sich in Erfurt nur deshalb herumgezankt haben, um kurzsichtige bürgerliche Politiker hinters Licht zu führen. Wir glauben, daß die Führer der Socialdemokratie mit ihrer Comödie nicht nur die „kurzsichtigen bürgerlichen Politiker" der „Köln. Ztg." haben hinters Licht führen wollen. Aus dem ganzen Verlaufe des Erfurter Congresses ist klar ersichtlich, daß die Socialdemokratie sich nur zurückhält, weil sie es besser als jetzt gar nicht haben kann, und weil sie hofft, daß auch in Zukunft ihre Geschäfte von der Regierung besorgt werden. Sie wollen die jetzige Chance, wo durch Schmeichelei etwas zu erreichen ist, natürlich erst ausnutzen, gehen aber bei alledem „aufs Ganze". Zu verwundern ist nur, daß so viele Blätter auf die treuherzige Miene der Socialdemokraten hineingefallen sind und nicht einmal sehen, was diese in noch dazu recht ungeschickter Weise dahinter verstecken. Wir können nur wiederholen, was wir neulich an dieser Stelle schon gesagt haben:

„Der Verlauf des socialdemokratischen Parteitages in Erfurt beweist, daß die Führerschaft der Umsturzbewegung mit den gegenwärtigen Verhältnissen sehr zufrieden ist und nichts so sehr fürchtet, als eine Umkehr der Politik und die Gefahr, daß die Socialdemokratie zu einem Kampfe um die Macht unter Verhältnissen gezwungen würde, die ihr ungünstig sein und deshalb ihre Niederlage mit Sicherheit herbeiführen müßten. Darin stimmen Herr Bebel und Herr von Vollmar überein, daß es das größte Unglück für ihre Partei gewesen wäre, wenn Fürst Bismarck am Ruder geblieben wäre und der Socialdemokratie den auf die Dauer doch unausbleiblichen Entscheidungskampf aufgedrungen hätte. Es wäre sehr schön und würde für den Vaterlands- wie für den Menschenfreund gleich erfreulich sein, wenn sich die nach Bebels wiederholten Erklärungen auf Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft gerichtete Arbeiterbewegung friedlich durch Reformen paralysiren ließe; aber wer an eine solche Möglichkeit glaubt, setzt sich mit allen geschichtlichen Erfahrungen und mit der Menschennatur in Widerspruch. Einmal muß gekämpft werden, und daß dieser unvermeidliche Kampf um so unblutiger und für Staat und Gesellschaft um so weniger gefährlich erfolgt, je früher er stattfindet, das bedarf keines Beweises. Uebrigens haben die Reden auf dem Erfurter Parteitage wiederholt den Beleg dafür geliefert, daß die Socialdemokratie keinen gefährlicheren und gefürchteteren Gegner als den Fürsten Bismarck kennt. Diese Thatsache und die Schlußfolgerungen, die aus ihr zu ziehen sind, sollte die bürgerliche Gesellschaft eben so wenig wie die staatliche Gesetzgebung aus den Augen verlieren."

* * *

Der Kaiser richtete am 18. October ein sehr gnädiges Telegramm an den Professor Dr. Helmholtz in Charlottenburg, in dem er ihn als am Geburtstage des Kaisers Friedrich zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicat Excellenz ernannte. In diesem Telegramm kam folgender Satz vor: „Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem hohen Fluge alles Getriebe von Politik und der damit verbundenen Parteiungen weit hinter sich zurück.“

Diesen Satz nimmt die „Augsb. Abend-Ztg.“ zum Ausgangspunkt für folgenden Artikel:

Die Politik in Ungnade. Nicht geringes Aufsehen erregt in politischen Kreisen die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem Kaiser und Helmholtz. Der kaiserliche Hieb auf Virchow, der eben noch durch ein herzliches Handschreiben der Kaiserin Friedrich ausgezeichnet wurde, ist deutlich und auffallend. Es wird auch nicht an Solchen fehlen, die ihn mit Schadenfreude begrüßen. Zu diesen werden wir uns jedenfalls nicht gesellen, und zwar nicht, weil wir Herrn Virchow und seiner Richtung besonders grün gesinnt wären, sondern weil uns scheint, daß hier ein Princip zu wahren ist, auf welches ein gut Theil unseres Staatslebens, seiner Entwickelung und seiner Höhe sich gründet.

„Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem höchsten Fluge alles Getriebe von Politik und der damit verbundenen Parteiungen weit hinter sich zurück.“ Was heißt es, wenn von der höchsten Stelle so verächtlich über Politik und politische Parteien gesprochen wird, von der höchsten Stelle, die ihrer Natur nach selbst mit Politik nicht wenig zu thun hat und in ihrem heutigen Inhaber auch dem Parteileben nicht ganz fern geblieben ist?

Nach unserer unmaßgeblichen Meinung ist die Politik, wenn nicht die würdigste, so doch eine sehr würdige Beschäftigung für Erwachsene, giebt sie selbst dem wissenschaftlichen Streben und dem hohen Fluge eines dem Idealen zugewandten Geistes, der übrigens auch in ihr, wenn wir uns der Jahre 1813 und 1870 recht erinnern, zuweilen eine Rolle gespielt haben soll, an Bedeutung für die Menschheit und deren Aufwärtsbewegung nichts nach. Ohne die Politik, wo wären heute Kaiser und Reich?

Und auch „das Getriebe der Parteiungen“ dürfte nicht ohne jedes Verdienst an Beiden, an der Schaffung und dem Ausbau des Reiches, an seiner Sicherung nach außen und nach innen sein. Ja, wir könnten uns eine Möglichkeit denken, wo unter unseren staatlichen Factoren den Parteien ein sehr großes Verdienst in dieser Hinsicht zukommen könnte, z. B. wenn sie es in ihren nationalen Bestandtheilen mit ihrer Aufgabe, an den Maßnahmen der Regierung eine offene, unter Umständen auch eine scharfe Kritik zu üben,

etwas ernster nähmen, als das seit der Entlassung des Fürsten Bismarck leider der Fall war.

Gerade der nationalen Parteien Pflicht war es schon öfter gewesen, sei es in der Presse, warnend und protestirend ihre Stimme zu erheben, insbesondere auch gegen gewisse entscheidende, aber nicht gerade wohl überlegte Wendungen, die von unserer auswärtigen Politik eingeschlagen worden sind, und die ebenso natürlicher wie bedauerlicher Weise zu einer empfindlichen Verschlechterung unserer auswärtigen Lage und Machtstellung, wie der Gewährleistung des Friedens geführt haben. Es gewinnt den Anschein, als ob unsere nationalen Parteien in Kurzem Gelegenheit erhalten sollen, diese bisher von Wenigen erkannte und von noch Wenigeren geübte Pflicht zu erfüllen.

Die Münchener „Allgem. Ztg." erhielt nämlich aus parlamentarischen Kreisen Mittheilungen, welche eine Erörterung der auswärtigen Politik und ihrer verantwortlichen Leitung im Reichstage in sichere Aussicht nehmen. (Vgl. oben S. 259. D. Verf.). Eine ähnliche Ankündigung wurde schon in dem gestern von uns abgedruckten Artikel der „Hamb. Nachr.": „Zur Entlassung des Fürsten Bismarck", gemacht. Auch die „Allg. Ztg." bringt ihre Nachricht in Zusammenhang mit dem letzteren Gegenstand.

Daraus ist wohl zu schließen, daß der Kritiker unserer gegenwärtigen auswärtigen Politik kein anderer sein wird als — Fürst Bismarck. Daß er ein Berufener ist, dürften wohl selbst seine Feinde nicht bestreiten, wenn sie auch über die Gefährdung des Ansehens der Regierung sich sittlich entrüsten werden, die in einer Beleuchtung der von ihr gemachten Fehler liegen soll. Wir unsererseits halten es für weniger ersprießlich, diese „patriotisch" zu beschönigen, als sie wieder gut und für die Zukunft unmöglich zu machen. In diesem Sinne aber muß zweifellos die in Aussicht gestellte Erörterung wirken.

Die Berliner Regierung hat gerade heute nichts nöthiger als Kritik und Wahrheit. Beide sind ihr schon zu lange Zeit in höchst ungenügenden Dosen verabreicht worden. Zu lange hat in einflußreichen politischen Kreisen und Parteien das Schranzenthum über die Politik geherrscht. Das scheint jetzt, nützlicher, wenn auch nicht angenehmer Weise, anders werden zu sollen. Hoffentlich findet dieser Anschein seine Bestätigung und wird die Bestätigung nicht wieder dementirt, wie es leider schon wiederholt mit Ankündigungen, welche den Eintritt des Fürsten Bismarck in den Reichstag betrafen, geschehen ist. Man wird dann in Berlin bis zu den allerhöchsten Stellen hinauf die Entdeckung machen, daß auch das „Getriebe der Politik und der damit verbundenen Parteiungen" wohl fähig ist eines hohen Fluges, den man früher schon mehrfach an Beiden beobachtet hat. In den letzten anderthalb Jahren allerdings weniger.

Ist es vielleicht diese resignirte Erkenntniß, welche das sonst

schwer verständliche und noch schwerer zu vertheidigende kaiserliche Wort verursacht hat?

* * *

Am 28. October war in Berlin das Gerücht verbreitet, daß Fürst Bismarck auf der Reise von Varzin nach Friedrichsruh in Berlin eintreffen und im Hôtel Kaiserhof Absteigequartier nehmen würde. Das Gerücht war dadurch entstanden, daß von dem Grafen Herbert Bismarck vier Räume in dem genannten Hôtel bestellt waren. Man schloß daraus, daß eine solche Anzahl von Zimmern für den Grafen Herbert Bismarck allein jedenfalls nicht gemiethet waren, auf die Ankunft des Fürsten. Graf Herbert traf auch am Nachmittag ein, mit ihm Baron von Deichmann und mehrere andere Personen — der Fürst kam nicht.

* * *

Gegen den 20. October erschien in Gotha eine Broschüre unter dem Titel: „Ablehnen oder annehmen? Vorbemerkungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag nebst einer einleitenden Beurtheilung der politischen Lage, von Borussen, Verfassern der Schrift ‚Was für einen Cours haben wir?'" (108 Seiten.) Die „Neue Freie Presse" setzte ihre im Januar schon bekundete Politik gegen den Fürsten Bismarck fort und bezeichnete ihn denn auch in ihrer Nummer vom 22. October als den intellectuellen Urheber dieser Broschüre, als deren Verfasser andere Blätter den Geheimen Legationsrath Lothar Bucher nannten.

Dazu bemerkt die Münchener „Allg. Ztg." vom 28. October (A.-A.):

In der vorigen Woche hat eine Broschüre: „Ablehnen oder annehmen? Von Borussen", welche sich entschieden für die Ablehnung der Handelsverträge ausspricht, in der Wiener und Pester Presse einen inhaltlich lächerlichen und in der Form widerlichen Sturm gegen den Fürsten Bismarck hervorgerufen, auf dessen Conto seltsamer Weise alle jene Stimmen gesetzt werden, welche nicht ohne weiteres bereit sind, den Tag vor dem Abend zu loben. So, wie man sich in den Wiener und Pester Redactionsstuben die Sache vorstellt oder fingirt, liegen die Dinge denn doch nicht. Wir wissen, daß sehr einflußreiche Abgeordnete Süddeutschlands zum Reichstage ihre Anschauung über die Verträge noch keineswegs festgelegt haben, sondern ihr Votum von dem Umfange der deutscherseits gewährten Concessionen und dem Werthe der von dem andern Contrahenten zugesagten Gegenleistungen abhängig machen. Die Wuth, mit welcher sich einzelne Wiener Blätter bei jeder Bemängelung der Vertragspolitik sofort auf den Fürsten Bismarck stürzen — den Schöpfer des Bündnisses, welchen sie ehedem nicht genug feiern konnten —, muß in Deutschland nothwendiger Weise den Verdacht rege erhalten, daß der geschäftliche Vortheil bei den Verträgen überwiegend auf der österreichischen Seite liege, und dem-

gemäß zur Vorsicht mahnen. Die Herabsetzung des Getreidezolles wird in vielen Kreisen nur dann für annehmbar erachtet, wenn die sonstigen Zugeständnisse nicht zu erheblich sind und die Gegenleistungen damit gleichen Schritt halten.

Was die oben erwähnte Broschüre anbelangt, so ist in den Blättern der Geheime Legationsrath Lothar Bucher als Verfasser genannt worden. Hierzu bemerkt ein Correspondent (des „Pester Lloyd". D. Verf.) mit Recht: „Ernsthaftere und politisch geschultere Leser dürften in dieser Broschüre gerade das vermissen, was Bucher als politischen Schriftsteller auszeichnet, jene freisinnige Folgerichtigkeit und jene überlegene Beherrschung des Stoffes, welche auch den Widerstrebenden zwingt, der Meinung des Verfassers beizustimmen. Es konnte wohl nur die andauernde Stille der Zeit dazu verleiten, Bucher die Autorschaft zuzuschieben und den Fürsten Bismarck als Hintermann zu vermuthen."

Weit nachdrücklicher noch wenden sich auch die „Hamb. Nachr." vom 30. October (M.-A.) gegen diese Unterstellung, indem sie Folgendes ausführen:

„Ablehnen oder annehmen?" Die „Neue Freie Presse" befolgt in ihrer Nummer vom 22. d. M. die gewöhnliche Tactik der Gegner des Fürsten Bismarck, ihm irgend eine Publication auf den Leib zu schieben, dann dieselbe zu benutzen, um den Fürsten anzugreifen. In ihrer oben bezeichneten Nummer beginnt sie damit, die Broschüre „Ablehnen oder annehmen?" zuerst Herrn Lothar Bucher zuzuschreiben, dann dem Ideenkreise des Fürsten Bismarck und schließlich einfach diesem allein, genau so, als ob er die Publication auf dem Titelblatte mit seinem Namen gezeichnet hätte.

Es ist dies eine der wahrheitswidrigen Unwürdigkeiten, in denen die demokratische Presse seit Jahren gegen den früheren Reichskanzler arbeitet, und die „Neue Freie Presse" wendet das System dieses Mal im Dienste der österreichisch-ungarischen Kornhändler an. Fürst Bismarck kennt den Inhalt der fraglichen Broschüre noch heute nur aus referirenden Zeitungsartikeln und steht ihrem Ursprung gänzlich fern.

Soviel wir von den Ansichten des Fürsten wissen, ist er noch niemals auf den Gedanken gekommen, die bisherigen Getreidezölle zu erhöhen; bezeugen können wir nur, daß er ein Gegner des Handelsvertrages ist. Wir halten den letzteren für einen geschickten Versuch, die deutsche Schutzzollpartei überhaupt zu sprengen und Unfrieden zwischen den landwirthschaftlichen und den industriellen, zunächst den Bergwerks-Interessenten hervorzurufen, die Eisenwerke zu födern, daß sie für Verminderung der landwirthschaftlichen Zölle eintreten und dadurch die Empfindlichkeit ihrer bisherigen ländlichen Bundesgenossen erwecken.

Wir kennen den genauen Inhalt des Vertrages nicht, der allen Interessenten sorgfältig geheim gehalten wird; wir ersehen erst durch die Vermittelung des Artikels der „Neuen Freien Presse", daß die Zustimmung der Roheisenproducenten mit einer Herabsetzung von 20 Kreuzern erkauft werden soll. Wenn wir generell dem Handelsvertrage mit Besorgniß entgegensehen, so geschah dies in erster Linie, weil wir die österreichischen Unterhändler für geschickter halten als die unsrigen. Ob diese unsere Befürchtung begründet ist, wird sich bei der Verlautbarung des Vertrages zeigen.

Demnächst sind wir, wie schon früher wiederholt von uns ausgeführt wurde, gegen den Handelsvertrag, weil wir überzeugte Freunde des politisch-militairischen Bundes mit Oesterreich sind und dessen Schädigung durch den Handelsvertrag befürchten. Unser politisch-militairisches Bündniß ist bisher populär in Deutschland. Wenn man diese Popularität gefährden will, so ist der richtige Weg dazu seine Verquickung mit materiellen und wirthschaftlichen Fragen. Die Begünstigung der Landwirthschaft in Oesterreich-Ungarn und der Industrie in Deutschland wird sich nicht ohne Verstimmung der Landwirthschaft in Deutschland und der Industrie in Oesterreich vornehmen lassen. Die begünstigten wirthschaftlichen Zweige werden nach kaufmännischer Art darüber, daß ihre Verhältnisse gebessert sind, keinen Lärm machen, sondern die Verbesserung stillschweigend acceptiren. Die Geschädigten aber werden ihrer Verstimmung lauten Ausdruck geben, und bei ihnen dürfte es mit der Popularität des Bündnisses vorbei sein. Sie werden glauben, daß die Ehrlichkeit ihrer politischen Sympathie finanziell ausgebeutet worden sei. Wir wollen für diese Verstimmungen nicht mit verantwortlich sein; wir wünschen auch zu wissen, durch welche neuen Einnahmen unsere Ausfälle in den Kornzöllen gedeckt werden sollen, und sind aus diesen und anderen Gründen gegen den Handelsvertrag, soweit er bekannt ist.

Das ist aber auch die einzige Wahrheit, welche der bezeichnete Artikel der „Neuen Freien Presse" enthält; auch wir glauben, daß Fürst Bismarck den Abschluß eines Zollvertrages, wie er geplant ist, mit Oesterreich-Ungarn überhaupt nicht für gerathen hält, weil er von demselben eine schädliche Rückwirkung auf die gegenseitige Sympathie beider Bevölkerungen und eine Schädigung des Bundes zwischen Deutschland und Oesterreich erblickt, auf letzteren aber den höchsten Werth legt. Wir glauben mit ihm, daß die deutsche Regierung nicht nur einen wirthschaftlichen, sondern auch einen politischen Fehler mit dem Abschlusse des Handelsvertrages begehen würde, und die Oesterreicher mindestens einen politischen, indem sie durch die finanzielle Ausbeutung die Zukunft der gegenwärtigen politischen Beziehungen schädigen. Wir halten die letzteren für gesicherte, wenn jede von beiden Regierungen die bisherige

Freiheit ihrer Tarifpolitik sich wahrt. Zwölf Jahre sind ein langer Zeitraum, und wenn unbequeme Verhältnisse auf zwölf Jahre vertragsmäßig festgelegt werden, so ist es sehr leicht möglich, daß schon nach Ablauf der ersten drei Jahre das gegenseitige politische Wohlwollen darunter gelitten haben wird.

* * *

Die Urheberschaft an der Broschüre „Ablehnen oder annehmen?" wird auch von der Wiener „Presse", einem Blatte, dessen Beziehungen zum österreichischen Ministerium bekannt sind, dem Fürsten Bismarck zugeschoben. Gegen sie wenden sich daher die „Hamb. Nachr." vom 30. October (A.-A.):

Die österreichischen Officiösen. Die Wiener ministerielle „Presse" führt dem Fürsten Bismarck gegenüber seit Jahresfrist eine Sprache, von der wir eine Stichprobe mittheilen zu sollen glauben. Wie die „N. Fr. Pr.", so schreibt auch die „Presse" die Urheberschaft an der Broschüre „Ablehnen oder annehmen?" dem früheren Reichskanzler ohne Weiteres zu, obgleich dieser, wie wir schon gestern mitgetheilt haben, aus Zeitungsberichten von der Existenz der Broschüre überhaupt erst Kenntniß erlangt hat. Auf der Basis dieser Unterstellung äußert sich das Wiener officiöse Blatt u. A. wie folgt:

„Es ist nicht zu befürchten, daß dieses neueste Preßerzeugniß viel Unheil anrichten werde, und — müßte man nicht den grollenden Gutsherrn von Friedrichsruh-Varzin für den moralischen Urheber dieser Hetzschrift halten — es würde kaum der Mühe lohnen, über die Sache ein Wort zu verlieren. So aber handelt es sich für das deutsche Volk um die peinliche Aufgabe, zu erkennen, daß Bismarck's Größe nicht in seinem Charakter, sondern nur in seinem Talente und seinem Glücke fußte; so handelt es sich für uns Oesterreicher darum, perfide Unterstellungen, die von einem entlassenen Minister aus dem Grunde verletzter Eigenliebe in die Welt gesetzt werden, abzuweisen. . . ."

„Wahrlich, wenn wir Umschau halten unter den vielen Ministern in Preußen und in Oesterreich, die nach ihrer Entlassung trotz der Veränderung der politischen Systeme in wahrhaft patriotischer Weise ihre Pflicht thaten, als Männer ihren Ueberzeugungen Ausdruck gaben, ohne ihren Monarchen die Ehrfurcht, ihren Nachfolgern die Achtung zu verweigern, wie das Fürst Bismarck thut, dann ist es beinahe unbegreiflich, daß dieser Mann so groß sein und dann so klein werden konnte. Alles morose Altersschwäche? Dafür ist der Fürst physisch und geistig noch zu lebendig. . . ."

„Die berufene Broschüre ‚Ablehnen oder annehmen?' redet von der Möglichkeit des Wiedereintritts Bismarck's in sein Amt. Es ist eine Unmöglichkeit, eine Unmöglichkeit für jeden monarchisch denkenden Politiker,

eine Unmöglichkeit für Jeden, der die seit Bismarck's Rücktritt veränderten Verhältnisse ins Auge faßt. Jeder monarchisch denkende Mann muß erkennen, daß es des deutschen Kaisers höchst eigenes, im Vollbewußtsein der Herrscherpflicht gethanes Werk gewesen ist, daß er den ungefügen, eigenwilligen Minister entließ und aller seiner Aemter entkleidete. Eine Wiederberufung Bismarck's wäre mehr als ein Canossa, es wäre die moralische Abdication des Monarchen. . . ."

„Man mag in Friedrichsruh=Varzin darüber getrost sein; auch der Feldmarschall Fürst Bismarck wird nicht in Anspruch genommen werden. Dem Manne, der in solcher Weise wie er gegen seinen König und Kaiser aufzutreten wagte, dem wird im Ernstfalle kaum ein Verpflegungsmagazin mehr anvertraut werden dürfen."

„Die Chronik der Verhandlungen des Berliner Friedens hat längst die Unmaßgeblichkeit des Fürsten Bismarck in Orientfragen festgestellt. Den Berliner Frieden haben vorab Lord Beaconsfield und Graf Andrassy gemacht; Fürst Bismarck hat mit seinen Liebesdiensten, die er Herrn Gortschakow erweisen wollte, nicht reussirt, und — seither wollte man in Rußland von der Bismarck'schen Freundschaft nichts mehr wissen. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, was damals an den Mißerfolgen Bismarck's Schuld trug; aber das muß heute als bekannt betont werden, daß nur jene Mißerfolge den Fürsten zur Allianz mit Oesterreich trieben, die in ihrer gesunden Interessengemeinschaft die Möglichkeit solcher Mißerfolge ausschloß, die auch sieghaft und standhaft den einen Urheber der Allianz überlebte. Fürst Bismarck glaubte damals aus der Noth eine Tugend zu machen, und diese Tugend steht heute leuchtend da, während er sie so feindlich dem eigenen Selbst und der eigenen Geltung verleugnet. Nein! Fürst Bismarck ist nicht mehr der Mann, dem man in Oesterreich oder Rußland Vertrauen für eine von ihm nach den neuesten Recepten erfundene Verständigung entgegenbringen würde. . . ."

„Es ist traurig, aber wahr: seitdem Fürst Bismarck aufgehört hat, deutscher Reichskanzler zu sein, hat er auch aufgehört, deutscher Patriot zu sein. Er hat, ein Lebender, sich selbst zu den Todten geworfen."

Die Unfreundlichkeit des officiösen Organs von Cisleithanien gegen den Fürsten Bismarck beruht hauptsächlich auf zwei Fundamenten, erstens auf der phantastischen Sorge, er könne ins Amt zurückkehren, mehr aber noch auf dem Bestreben, die Annahme des österreichischen Handelsvertrages im Reichstage zu fördern. Einige Heiterkeit erregt uns der Schluß des Artikels mit dem komischen Pathos: „Er hat, ein Lebender sich selbst zu den Todten geworfen" — nämlich der Fürst Bismarck, und wodurch? Durch seine Ablehnung, das Interesse der Pester Kornhändler zu vertreten.

Wir haben eine große Vorliebe für das vom Fürsten Bismarck nicht ohne schwere Kämpfe in die Welt gerufene politisch-militairische Freundschaftsbündniß zwischen dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Reiche. Wenn die „Presse" und ihre Patrone diese Vorliebe nicht theilen, oder nach ihrer Gewohnheit die Zukunft der Gegenwart des Tages opfern, so bedauern wir das höchlich, können es aber nicht ändern. Die österreichische Politik geht der Aussicht, daß ihre politischen Interessen wirthschaftlichen Bedürfnissen einzelner Interessentengruppen geopfert werden sollen, leichten Herzens entgegen. Die Rückschläge dieses Mißgriffs werden sich leider auch für Deutschland fühlbar machen, wenn es nicht gelingt, das Verhalten beider Reiche auf staatsmännischer Höhe zu erhalten, vielmehr auch die deutsche Politik in die Interessensphäre des ungarischen Kornhandels hinabgezogen wird. Durch Injurien gegen den früheren deutschen Reichskanzler in officiösen österreichischen Blättern wird dieser Schädigung der gegenseitigen Beziehungen nicht vorgebeugt werden; die bitteren Erfahrungen werden eintreten, wenn es zu spät sein wird, die Mißgriffe wieder gut zu machen, denen wir sie verdanken werden.

* * *

Am 30. October (Drittes Blatt) reproducirt die „Germania" ebenso wie das „Berliner Tageblatt" einen Artikel der „Baseler Nachrichten", der auch wieder angebliche „Enthüllungen" über Bismarck's Scheiden aus dem Amte bringt. Die „Germania" schreibt:

Zum Rücktritt des Fürsten Bismarck. Die Mittheilungen über die näheren Umstände, unter welchen der Rücktritt des früheren Reichskanzlers erfolgt sein soll, wollen, nachdem der Gegenstand von den „Hamb. Nachr." immer wieder aufgegriffen wird, kein Ende nehmen. So erhalten jetzt die „Baseler Nachr." „von einem Manne, der in die Berliner Hofgeheimnisse wie kaum ein Zweiter eingeweiht ist, und dessen Mittheilungen sich noch immer bewährt haben," folgende Mittheilungen:

Sonnabend, den 15. März 1890, gegen acht Uhr Morgens, als der Fürst sich noch im Bett befand, wurde ihm gemeldet, daß der Kaiser ihn in der Wohnung seines Sohnes, des Grafen Herbert Bismarck, auf dem Staatssecretariat (Wilhelmstraße 76) erwarte. Als der Fürst eintrat, empfing ihn der Kaiser mit folgenden, im Ton des heftigsten Vorwurfs gesprochenen Worten:

„Sie haben den Herren Ministern neulich verboten, Mir Immediatberichte zu machen. Ich will aber durchaus, daß Meine Minister sich Mir persönlich vorstellen."

„Majestät," antwortete der Fürst, „kraft des Gesetzes bin ich allein ermächtigt und beauftragt, Eurer Majestät direkt Bericht zu erstatten; es ist dies unum-

gänglich nothwendig, wenn das Vorgehen der Regierung einen festen einheitlichen Charakter tragen soll. Wenn in den letzten Wochen einzelne Minister sich angewöhnt haben, Immediatberichte vorzutragen, so geschah dies im Widerspruch mit dem Gesetze, welches dieses Recht einzig und allein dem Kanzler Eurer Majestät gewährt. Indessen sobald Eure Majestät es befehlen, werde ich mich beugen und eine Gesetzesänderung in Vorschlag bringen."

„Auch in der Arbeiterfrage", fuhr Wilhelm II., immer in gereiztem Tone, fort, „stoßen Meine Pläne bei Ihnen auf beharrlichen Widerstand. Ich halte darauf, daß die Maßregeln, welche Ich für nützlich halte, ganz und voll zur Ausführung gelangen."

„Ich setze den Verbesserungen, welche Eure Majestät einzuführen gedenken, keinen Widerstand entgegen. Aber eine langjährige Erfahrung sagt uns, daß im Einzelnen einige Modificationen unumgänglich nöthig sind, und ich werde die Ehre haben, sie Eurer Majestät ehrerbietigst zu unterbreiten."

„Nein, nein, keine Modificationen," unterbrach hier der Kaiser seinen Kanzler; „Ich will, daß Meine Befehle so wie Ich sie gebe und ganz ausgeführt werden."

Die Schärfe dieser Willensäußerungen erschöpfte nachgerade die Ruhe des Fürsten.

„Ich glaube wahrzunehmen, daß meine Dienste nicht das Glück haben, Eurer Majestät zu gefallen, und daß man meiner sich zu entledigen gedenkt."

Der Kaiser machte hier eine bestätigende Handbewegung; war sie unbewußt, so war sie darum nicht weniger bezeichnend.

„In diesem Falle bleibt mir weiter nichts übrig, als Eurer Majestät meine Entlassung einzureichen. Bloß möchte ich Eure Majestät bitten, mich bis zum Monat Mai noch im Amte lassen zu wollen, damit ich im Reichstage persönlich die Militairvorlage vertheidigen kann. Ich fürchte, es könnte meinem Nachfolger schwer werden, den Widerstand des Reichstages zu brechen und die Vorlage durchzusetzen."

Während der Kanzler sprach, schüttelte der Kaiser mehrmals verneinend den Kopf und sagte schließlich: „Nein, nein." Nach einigen peinlichen Augenblicken des Schweigens nahm der Kaiser wieder das Wort und sagte, immer noch in heftiger Aufregung:

„Es wäre auch noch ein Wort zu sagen über Ihre geheimnißvollen Unterhandlungen mit Herrn Windthorst: Ich weiß, daß Sie ihn bei sich empfangen, und Ich verbitte Mir diese Zusammenkünfte."

Jetzt aber brach der Kanzler, der sich bisher mit größter Mühe bezwungen hatte, los:

„Ich weiß ganz gut, daß ich seit einiger Zeit von Spionen und Zuträgern umgeben bin, welche jeden Schritt, den ich thue, belauern. Es ist wahr, und noch einmal wahr, daß ich Herrn Windthorst eingeladen habe, um mich

mit ihm zu besprechen. Aber es ist nicht nur mein Recht, es ist meine Pflicht, daß ich mich in Rapport setze und Fühlung zu gewinnen suche mit gewiegten Politikern, seien dies nun Abgeordnete oder nicht, und Niemand, auch Eure Majestät nicht, wird mich hindern können, dies zu thun!"

Auf diese in höchster Erregung gesprochenen Worte verabschiedete Wilhelm II. seinen Kanzler mit einer einfachen Kopfbewegung. So endete dieser folgenschwere Auftritt. Zwischen dem jungen Herrscher und dem alten Kanzler war dadurch eine Kluft geschaffen, die nicht mehr überbrückt werden kann. Die Tagesblätter mögen sagen was sie wollen — eine Versöhnung zwischen Beiden ist fortan eine Unmöglichkeit. Selbst wenn der Kanzler sie wollte, würden die Fürstin und Graf Herbert sich mit aller Macht widersetzen; und es heißt, daß ihr Einfluß auf den Kanzler jetzt größer sei als je.

Zu diesem Berichte bemerkt die „Germania": Der Mann weiß jedenfalls drastisch darzustellen. Was freilich daran wahr, was erfunden ist, bleibt dahingestellt.

* * *

Im Paragraph 17 der Verfassung des Deutschen Reiches heißt es ausdrücklich: „Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt." Daraus folgt klar, daß jede Kritik von derartigen Anordnungen und Verfügungen nicht die Adresse des Kaisers, sondern die des verantwortlichen Reichskanzlers tragen kann. Wer das Gegentheil behauptet oder nachspricht, der läßt eben diesen Paragraphen der Reichsverfassung außer Acht. Dieser Vorwurf trifft z. B. die „Düsseldorfer Zeitung" und mit ihr die „Post". Die „Hamb. Nachr." vom 31. October (M.-A.) schreiben:

> Politische Kritik. Die officiöse „Post" reproducirt ohne Widerspruch eine in der „Düsseldorfer Zeitung" enthaltene Auslassung, in der eine Kritik der Regierungspolitik für ein „illoyales Verhalten" erklärt wird, weil dieselbe sich formell zwar gegen Caprivi, materiell aber gegen das Reichsoberhaupt wende. Der betreffende Passus lautet:
>
> „Es müßte aufrichtig bedauert werden, wenn Anhänger des Bismarck'schen Regimes in mißverständlicher Auffassung ihres parlamentarischen Berufes sich veranlaßt fühlen sollten, die Politik Sr. Majestät des Kaisers einer öffentlichen Kritik zu unterziehen, die sich, wie in der ‚Düsseldorfer Zeitung' zutreffend bemerkt wurde, formell zwar gegen Herrn von Caprivi, materiell aber doch nur gegen das Reichsoberhaupt wenden müßte. Vor der Hand wird man in weiteren Kreisen ein derartig illoyales Verhalten als ausgeschlossen erachten müssen."

Damit wäre der Art. 17 der Reichsverfassung also vollständig außer Cours gesetzt, und wir haben kaum geglaubt, daß diese beiden Zeitungen

es gerathen finden würden, die dem Artikel zu Grunde liegende absolutistische Tendenz so nackt auszusprechen wie es durch dieses Verbot jeder Kritik der Regierung geschieht. Oder glauben sie, daß sie eine Grenze ziehen können, an der die Verantwortung des Reichkanzlers und Ministers aufhört und jede Discussion der Politik sich direct gegen das Reichsoberhaupt wendet? Wir möchten diese Blätter bitten, auf die Grundsätze, nach denen sie diese Linie glauben ziehen zu dürfen, näher einzugehen, wenn sie nicht etwa zugeben, daß sie mit ihren Aufstellungen bewußter Weise eine Staatsform erstreben, die dem Parlamente nicht einmal mehr eine berathende Stimme über die Regierungsvorschläge zubilligt. Denn auch eine berathende Discussion würde doch von einer Kritik der Vorlagen und der Gesammtpolitik sich nicht fern halten können, und selbst wenn sie auf dem Standpunkt des preußischen Herrenhauses dem Budget gegenüber und auf die Befugniß, abzulehnen oder anzunehmen, ohne Abänderungsanträge stellen zu dürfen, reducirt werden würde. Aber selbst das Herrenhaus hat in seiner Beschränkung dem Budget gegenüber doch die Berechtigung, zu discutiren und zu kritisiren, ohne deshalb sich dem Vorwurfe eines „illoyalen Verhaltens“ auszusetzen. Die „Post“ und die „Düsseldorfer Zeitung“ schrauben also die Berechtigung des Reichstages hinter das Budgetrecht des preußischen Herrenhauses zurück und untersagen dem Reichstage die Kritik von Regierungsvorlagen unter der Androhung des obigen Vorwurfs; denn nach ihrer Meinung trifft jede Kritik nicht den verantwortlichen Minister, sondern Seine Majestät den Kaiser. In rein absolutistischen Blättern würde uns diese Auffassung unseres Verfassungsrechts natürlich scheinen; als solche haben aber die beiden genannten Blätter sich bisher nicht gezeigt.

* * *

Am 2. November (A.-A.) kommen die „Hamb. Nachr.“ noch einmal auf die Preßfehde über die Entlassung des Fürsten Bismarck zurück. Sie sind diesmal in der Lage, in anerkennenden Worten ihre Uebereinstimmung mit der „Vossischen Zeitung“ bekunden zu können:

> In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir bezüglich der Entfernung des Fürsten Bismarck aus seinen Aemtern folgenden bemerkenswerthen Satz:
>
> „Nun ist es aber geschichtliche Thatsache, daß sich Fürst Bismarck bis zum letzten Augenblicke gegen seinen Amtsrücktritt gesträubt, und daß er seinen Posten erst verließ, nachdem der Kaiser wiederholt die Einreichung des Entlassungsgesuches von ihm gefordert hatte.“
>
> Etwas Weiteres als die Anerkennung dieses Satzes haben wir mit unserer von der „Straßburger Post“ neuerdings hervorgerufenen Discussion niemals erstrebt. Wir sind durch die „Straßburger Post“ unter

Vorwürfen von Wahrheitswidrigkeiten herausgefordert worden, den Kampf zu erneuern, an dem uns die officiöse Presse die Schuld zuschiebt, und wir freuen uns, in einem Blatte, das sonst nicht zu den Freunden des früheren Kanzlers gehört, die Anerkennung zu finden, für die allein wir gefochten haben. Wir sind gegenüber den Vorwürfen officiöser Blätter, die, solange Fürst Bismarck Kanzler war, Reptile genannt wurden, lediglich dafür eingetreten, daß der frühere Kanzler die Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden aus der deutschen Politik nicht selbst zu tragen habe, und wir sind befriedigt, die Bestätigung dieser unserer Auffassung in einem solchen Blatte wie die „Vossische Zeitung" zu finden, welche wenigstens an Unabhängigkeit der „Straßburger Post" wesentlich überlegen ist. Unser Citat aus der „Vossischen Zeitung" ist das einzige, was wir auf die gehorsame Unwahrhaftigkeit zu erwidern haben, mit welcher officiöse Blätter die Behauptung des Gegentheils aufrecht erhalten.

* * *

Die Klage, daß alle handelspolitischen Maaßnahmen von deutscher Seite geradezu ungeschickt gehandhabt würden, ist in den „Hamb. Nachr." schon öfter laut geworden. Auch am 2. November (A.-A.) wird wieder an einem Beispiele gezeigt, wie sehr es die Vertreter der deutschen Reichsregierung an der nöthigen Umsicht fehlen lassen, und welche Nachtheile für die Bevölkerung aus diesem Uebelstande erwachsen:

Anläßlich der schwebenden handelspolitischen Verhandlungen möchten wir unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß man die freie Einfuhr von Schweinen von Amerika und von Ungarn her einseitig und ohne Aequivalent wieder hergestellt hat gerade in dem Momente, wo dieses Concessions-Object bei den schwebenden Zollverhandlungen sehr werthvoll werden konnte. Mit der Freude, die man dadurch den Amerikanern und Ungarn gemacht hat und die sich in Amerika bis zur poetischen Verherrlichung des Schweines versteigt, contrastirt in unerfreulicher Weise die Enttäuschung der Schweinezüchter in Deutschland und namentlich der kleinsten unter ihnen, die bisher entweder ein Schwein neben ihrem Hausverbrauch an Schweinefleisch fett machten und verkauften, oder eine nicht unerhebliche Bar-Einnahme ihres kleinen Haushalts durch Verkauf von lebenden Ferkeln, wenn sie ein Mutterschwein besaßen, zu gewinnen pflegten. Diese ein- bis zweimonatigen Ferkel brachten dem Arbeitsmanne, der sie verkaufte, vor Jahr und Tag noch 10 und 20 Mark das Stück; heutzutage finden, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in den kleinen Städten der östlichen Provinzen Preußens Viehmärkte statt, auf denen diese jungen Schweine zu 40, ja zu 20 Pfennig das Stück abgelassen und dergestalt als werthlos

angesehen wurden, daß die Käufer einzelne ihnen entlaufene Exemplare ihrem Schicksal überließen, ohne sich um den Wiedereinfang zu bemühen.

Es ist eine Preisverschiebung, die gerade im ländlichen Arbeiterstande schwer empfunden wird und die zum Theil der geringeren Kartoffelernte zuzuschreiben, aber in der Hauptsache doch der Panik zu verdanken sein wird, welche die plötzliche Aufhebung des Einfuhrverbots auf den Schweinehandel dort geübt hat. Wenn es richtig ist, daß wir auch mit Amerika Handelsverträge in Aussicht haben, so wäre es für dieselben von Wichtigkeit gewesen, das Object dieser Concession, wenn man diese überhaupt machen wollte, nicht von vornherein aus der Hand zu geben.

* * *

Bald nach der Beendigung des Mordprocesses gegen das Berliner Ehepaar Heintze, eines Processes, der vielfach überraschende Enthüllungen über das Berliner Zuhälterthum gebracht hatte, richtete der Kaiser als König von Preußen an das Staatsministerium einen von Niemand gegengezeichneten Erlaß über gesetzliche Maaßnahmen zur Beschränkung jenes Unwesens. Der Umstand, daß der Erlaß nicht gegengezeichnet war, rief vielfache Erörterungen hervor. Besonders bemerkenswerth ist ein Artikel der Münchener „Allgem. Ztg." vom 3. November (M.-A.) über die verfassungsrechtliche Seite des Erlasses vom 22. October, weil er gleichzeitig auf die auch nicht gegengezeichneten Februarerlasse von 1890 Bezug nimmt:

Gegenüber der Ausstellung an dem kaiserlichen Erlasse vom 22. October, daß er ohne Gegenzeichnung veröffentlicht sei, ist daran erinnert worden, daß auch die Erlasse vom Februar 1890 an den damaligen Reichskanzler und an die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe keine Mitunterschrift eines Ministers getragen haben. Im Morgenblatt der „Allgem. Ztg." vom letzten Donnerstag (29. October) sind die Bemerkungen der „Nat.-Ztg." über das Fehlen der Contrasignatur an dem Erlasse vom 22. October mitgetheilt. Das nationalliberale Berliner Blatt wirft die Frage nach der Gültigkeit des Erlasses hierbei nicht weiter auf, sondern citirt nur den Art. 44 der preußischen Verfassung, der für die Gültigkeit von „Regierungsacten" des Königs die Gegenzeichnung eines Ministers fordert, und führt dann als werthvolle praktische Folge der Gegenzeichnung des Näheren aus, daß dann die Parteien und die Preßorgane mit den Ministern, und nicht mit der Krone selbst zu discutiren hätten.

Das ist ein klarer, formell unanfechtbarer Standpunkt, der sich vornehmlich aus beachtenswerthen Zweckmäßigkeitsgründen herleitet. Am Freitag (30. October) wies die „Nat.-Ztg." Erörterungen über die „Gültigkeit" einer Kundgebung des Monarchen ausdrücklich als anstößig zurück, bemerkte aber, daß man sich nur einen Fall vorstellen

könnte, in welchem die Gegenzeichnung aus zwingenden Gründen unterbliebe: wenn die Minister mit dem Inhalt der Kundgebung nicht einverstanden sind; und dieser Fall habe bei den Februarerlassen vorgelegen. Allerdings ist die Annahme ziemlich weit verbreitet, daß Fürst Bismarck mit dem Erlasse vom 4. Februar 1890, der ihn zur Einleitung einer internationalen Arbeiterschutzconferenz anwies, nicht einverstanden gewesen sei.

Hierzu sei Folgendes bemerkt:

Fürst Bismarck ist mit der vom Kaiser genommenen Initiative nicht einverstanden gewesen, weil er diese als zu weit gehend und für die Sache selbst dadurch nachtheilig erachtete. Der Fürst hat dann den ihm vorgelegten Entwurf selbst umgearbeitet, und er selbst erst hat die internationale Arbeiterschutzconferenz in diesen Entwurf hineingebracht, weil er hoffte, die Conferenz werde abschwächend wirken und Wasser auf den brausenden Wein sein. Als er dann die Erlasse dem Kaiser überbrachte, bat Fürst Bismarck den Monarchen wiederholt, sie in das im Kamin brennende Feuer zu werfen, weil er sich von der Wirkung nichts Gutes versprechen könne. Der Kaiser lehnte dies ab und vollzog die Schriftstücke. Eine ministerielle Gegenzeichnung der letzteren war wohl von Anfang an nicht vorgesehen. Der Kaiser betrachtete die Erlasse als Ausfluß seiner eigenen höchsten Initiative, und Fürst Bismarck hat diese Auffassung wohl um so mehr getheilt, als die Gegenzeichnung eine über die kaiserliche Initiative hinausgreifende ministerielle Wirkung gehabt haben würde.

In Wirklichkeit wurde, wie schon damals auf Grund von Informationen aus der amtlichen Umgebung des Fürsten verlautete, eine Gegenzeichnung staatsrechtlich nicht für erforderlich erachtet, weder für diesen Erlaß, noch für den anderen an die beiden preußischen Minister. Der Art. 17 der Reichsverfassung ist noch etwas weiter gefaßt als der Art. 44 der preußischen Verfassung; er spricht allerdings in unmittelbarem Anschluß an das kaiserliche Recht der Ausfertigung der Reichsgesetze und der Ueberwachung ihrer Ausführung von „den Anordnungen und Verfügungen des Kaisers“ — während die preußische Verfassung von den „Regierungsacten“ des Königs spricht —, die zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen sollen. Allein der Februarerlaß an den Kanzler war keine Verfügung im Sinne des Art. 17 der Reichsverfassung und der Februarerlaß an die beiden Minister kein Regierungsact im Sinne des Art. 44 der preußischen Verfassung, weil eine unmittelbare Rechtswirkung nach außen damit nicht beabsichtigt war und nicht eintreten konnte, vielmehr beide Erlasse sich

als Willensacte, Befehle des Kaisers an seine Minister darstellten, die auf die Vorbereitung von Regierungsmaßnahmen abzielten und ebensogut auch mündlich hätten ertheilt werden können.

Nun wird freilich gerade der Umstand der Veröffentlichung besonders hervorgehoben; indessen entstehen mit dieser nur die Zweckmäßigkeitsgründe, die dafür sprechen, daß durch die Contrasignatur die öffentliche Kritik von dem Herrscher ab auf den Minister gelenkt werde. Kaiser Friedrich hat sich bei der Veröffentlichung des Erlasses an den Fürsten Bismarck vom 12. März 1888, in dem der Kaiser seine Regierungsabsichten bekundete, auch nicht veranlaßt gesehen, eine Contrasignatur herbeizuführen. Er sprach darin durchaus persönlich und wollte so auch vor der Oeffentlichkeit sprechen, ebenso wie in der Proclamation „An Mein Volk" vom gleichen Datum, die ebenfalls der Gegenzeichnung entbehrte. Dagegen mußten z. B. die Erlasse vom 17. Juni 1888 über die Landestrauer gegengezeichnet werden, weil sie Vorschriften für die Rechtsgemeinschaft der Bürger enthielten und fertige Regierungsacte waren.

Auch in dem Falle, der Anlaß zu vorstehenden Betrachtungen gegeben hat, wollte der Monarch seine Gefühle und Intentionen über bestimmte Erscheinungen des öffentlichen Lebens kund und zu wissen thun. Ein solcher Act ist ohne allen Zweifel gültig, ob ein Minister mit unterschrieben hat oder nicht, gültig vor Allem für den Adressaten, das Staatsministerium. Deshalb richtet sich im Grunde die Kritik, die darauf aus ist, den König vor der Kritik zu bewahren, gegen den König, der sein Recht der persönlichen Initiative ausübt und im besonderen Falle der Nation von den Weisungen an seine Rathgeber Kenntniß giebt.

* * *

Bezüglich der mehrfach genannten Schrift „Ablehnen oder annehmen?" stellt sich die officiöse Presse Deutschlands geradeso wie die Oesterreichs: Fürst Bismarck soll dem Verfasser mindestens nicht fern stehen. Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." am 3. November (A.-A.):

Die socialdemokratische Presse ist doch noch ehrlicher als die officiöse. Ein hiesiges socialistisches Organ spricht von der neuen Broschüre „Ablehnen oder annehmen?" nur als von einer anscheinend aus dem Bismarck'schen Lager kommenden; die officiöse Presse dagegen behandelt es schon als eine ganz zweifellose Sache, daß Fürst Bismarck persönlich für den Inhalt der Broschüre verantwortlich zu machen sei, und wünscht zum Ausdruck zu bringen, daß außer dem früheren Reichskanzler persönlich kein Mensch dem alten Course den Vorzug vor dem neuen gäbe, und daß Alles, was im Interesse der alten Politik gesagt werde, nothwendig von ihrem früheren Leiter herrühren müsse

Was den Inhalt der Broschüre anlangt, so mag hier das Referat darüber Platz finden, das die „Hamb. Nachr." am 4. November (M.-A.) darbieten:

„Ablehnen oder annehmen?" Die vielberufene Broschüre „Ablehnen oder annehmen?" zerfällt in zwei Theile; der erste Theil enthält eine einleitende Beurtheilung der politischen Lage, der andere „Vorbemerkungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag". Als Autoren sind auf dem Titelblatt „Borussen", Verfasser der bekannten Schrift: „Was für einen Cours haben wir?" genannt. Welche Personen sich hinter dem Pseudonym verbergen, ist uns nicht bekannt; wir wissen nur, daß die Broschüre weder vom Fürsten Bismarck noch aus seiner Umgebung stammt. Aber wir müssen anerkennen, daß die Verfasser gutes Urtheil und Sachkenntniß mit Fleiß und scharfen Schlüssen vereinigen, sowie daß sie von patriotischer Absicht geleitet sind. Wenn unsere Auffassung in einzelnen Punkten von derjenigen der Broschüre abweicht, so können wir uns doch dem Endvotum derselben nur vollständig anschließen.

Die Broschüre sagt in ihrer Einleitung, sie wolle verhindern, daß schwere Fehler darum begangen würden, weil sie eingeleitet worden seien. Sie beweist durch diese wenigen Worte, daß sie den Gegenstand, um den es sich handelt, in seinem Mittelpunkte erfaßt hat. In der einleitenden Beurtheilung der allgemeinen politischen Lage werden die Nachtheile bloßgelegt, die für die deutsche Politik durch das Abweichen vom alten Course entstanden sind; Umkehr wird nicht nur als im Landesinteresse dringend erforderlich, sondern auch als möglich hingestellt. Ferner wird das Niveau gekennzeichnet, auf dem jetzt das politische Leben Deutschlands unter der allseitigen Sucht, nicht nach oben anzustoßen, bereits herabgesunken ist.

In ihrem handelspolitischen Theile prüft die Broschüre zunächst das landläufige Argument, daß der geplante Handelsvertrag die politische Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich stärken werde. Die Richtigkeit desselben wird an der Hand der Geschichte verneint. Als Beleg wird u. A. angeführt, daß der deutsche Zollverein durch Jahrzehnte bei steter Verschlechterung des politischen Verhältnisses seiner Mitglieder bestanden und den Ausbruch des Krieges von 1866 nicht zu verhindern vermocht habe. Wirksam ist auch der Hinweis auf Luxemburg, von dem Niemand behaupten wird, daß das Zollverhältniß zu Preußen die politischen Beziehungen dieses Großherzogthums zum Reiche besonders intim zu gestalten vermocht hätte. Unseren vollen Beifall hat die Ausführung, daß es überhaupt unzulässig sei, den deutsch-österreichischen Handelsvertrag unter den politischen Gesichtswinkel zu rücken, weil weder in Deutschland noch in Oesterreich Jemand daran denkt, das politische Verhältniß der beiden Staaten zu einander zu ändern, und weil bei Herstellung des Bündnisses mit Oesterreich daran festgehalten worden ist, daß die Tarifpolitik jedes Landes nach dessen eigenen Bedürfnissen geordnet werden

muß. Der Grundsatz des Fürsten Bismarck, daß die politischen Verhältnisse in sich selbst balanciren und daß die Bekämpfung fremder Wirthschaftspolitik nur auf wirthschaftlichem Gebiete zu suchen sei, ist classisch für alle Zeiten; jeder Staatsmann begiebt sich in Gefahr, der ihn außer Acht läßt.

Ganz und gar mit der von uns vertretenen Auffassung deckt sich die Ansicht der Broschüre, daß, wenn ein Zollvertrag mit Oesterreich geschlossen und Deutschland dadurch wirthschaftlich geschädigt wird, der Haß gegen das politische Bündniß, dem die Schädigung entstammt, in demselben Maaße wächst, wie sich letztere fühlbar macht. Nicht nur die wirthschaftlichen Verhältnisse und Erfahrungen, sondern namentlich auch Rücksichten auf das deutsch-österreichische Bündniß verbieten es, politische Gründe für die Annahme von schädigenden Tarifpositionen in dem neuen Zollvertrage geltend zu machen. Wir betonen nochmals unser starkes Interesse an dem ungetrübten Fortbestand des militairisch-politischen Bündnisses mit Oesterreich und halten an der Ueberzeugung fest, daß dieser Fortbestand durch den Handelsvertrag gefährdet wird.

Bei Besprechung dessen, um was es sich bei dem Vertrage mit Oesterreich eigentlich handelt, urgirt die Broschüre, daß wir mit Oesterreich nicht in einem vertragslosen, zollkriegerischen Zustande leben, aus dem heraus man zu einem festen handelspolitischen Verhältnisse zu gelangen suchen müsse, sondern daß nur beabsichtigt wird, an Stelle der jetzigen Zollsätze andere treten zu lassen. Es ist keine Rede davon, etwa die Zollschranken und die Zollplackereien zwischen beiden Ländern zu beseitigen. Schon dies sollte davon abhalten, den geplanten Vertrag als einen Fortschritt in den politischen Beziehungen beider Staaten hinzustellen.

Die Broschüre wendet sich der Prüfung der Frage zu, erstens ob Deutschland wirthschaftlich durch die neuen Zollsätze an sich geschädigt wird, zweitens ob, wenn diese Zollsätze ohne erhebliche Schädigung der deutschen Volkswirthschaft ertragen werden können, es für Deutschland nützlich oder nachtheilig sei, gegen andere Staaten andere Zollsätze als gegen Oesterreich einzuführen, wie es von Oesterreich gewünscht, angeblich sogar bedungen wird. Bei dieser Untersuchung beschäftigt sich die Broschüre zunächst mit dem gegenwärtig gültigen deutschen Zolltarif. Sehr lehrreich sind die historischen Tarifbetrachtungen, welche die Schrift dabei anstellt und die sich auf die Entstehung des jetzigen Tarifs, seine Bekämpfung im Reichstage und den allmählichen Sieg der Bismarck'schen Zollpolitik über Vorurtheil, Doctrinarismus und Feindschaft beziehen. Die Broschüre kommt zu dem Schlusse, daß der bisherige Tarif den wirthschaftlichen Interessen Deutschlands entspricht und daß mithin eine Aenderung auf dem Wege des Handelsvertrages sich nur dann rechtfertigen ließe, wenn nachgewiesen werden könnte, daß der neue Tarif uns noch größere wirthschaftliche Vortheile verspreche, als der bisherige.

Nach dem, was bisher über den Vertrag mit Oesterreich verlautet, liegt letztere Eventualität aber nicht vor. Es soll der deutschen nationalen Production ein höherer Schutz nicht zu Theil werden. Einige österreichische Tarifherabsetzungen sollen mit großen Opfern der deutschen Landwirthschaft erkauft werden. In was die österreichischen Zugeständnisse bestehen, haben wir neulich schon angedeutet: der österreichische Roheisenzoll soll von 80 auf 60—65 Kreuzer herabgesetzt werden. Das ist der Kern der Zugeständnisse; alle übrigen „Aenderungen" sind belanglos. Welche Bedeutung diese Herabsetzung für die deutsche Industrie hat, wird in der Broschüre überzeugend dargethan, und es ist sehr begreiflich, wenn unsere Industrie den Wunsch hat, auf diese Ermäßigung Verzicht zu leisten, dafern sie durch Gegenopfer von deutscher Seite erkauft werden soll, wie sie als in Aussicht stehend gelten.

Unter diesen Gegenopfern nimmt die Herabsetzung der deutschen Getreidezölle von 5 Mark auf 3 Mark 50 Pfennig bekanntlich die erste Stelle ein. Die Broschüre vertieft sich in die Entstehung der Getreidezölle, ihren Nutzen und ihre Wichtigkeit für die Erhaltung der deutschen Landwirthschaft, sie verneint die Frage, ob geringere Getreidezölle den gleichen Zweck erfüllen würden, da ein Zurückgehen auf die Zölle von 1885 (50 Pfennig darüber wäre wirkungslos) die Getreidepreise abermals auf einen so niedrigen Stand brächten, daß der Körnerbau unlohnend wäre. Was in diesem Abschnitt der Broschüre unter Anführung der bemerkenswerthesten Stellen aus den Reichstagsreden des Fürsten Bismarck dargelegt wird, ist so einleuchtend, so klar und eindrucksvoll, daß, wer diesen Theil der Broschüre gelesen hat, eine Herabsetzung der deutschen Kornzölle zu Gunsten der ungarischen Kornhändler unmöglich ferner wünschen kann, ohne mit seinem patriotischen Gewissen in Conflict zu gerathen. Fürst Bismarck hatte es einst als das größte nationale Unglück erklärt, das uns betreffen könne, wenn die Getreidepreise in Deutschland so ständen, daß der Getreidebau als unlohnend aufgegeben werden müßte. Die Folge würde sein, daß die großen Besitzungen gezwungen würden, weite Flächen, die heute unter dem Pfluge sind, als Wald oder Weide anzulegen, wodurch sie, volkswirthschaftlich gesprochen, todt würden, da sie aufhören würden, dauernd menschliche Hände zu beschäftigen, und daß die kleineren Betriebe, vornehmlich Roggenbetriebe, aufgegeben werden müßten und von den benachbarten Großbetrieben aufgesogen oder von reich gewordenen Industriellen und Speculanten zusammengekauft und als Park- und Luxusgüter weitergeführt würden. Dann trieben wir der Latifundienwirthschaft und dem Pächterproletariat nach spätrömischem und irischem Muster entgegen und könnten mit Sicherheit annehmen, daß binnen gegebener Frist einsichtige Forscher über den Verfall Deutschlands zu dem Schlusse kämen: die Latifundienwirthschaft war es, woran Preußen und das Deutsche Reich zu Grunde gingen.

Die Broschüre giebt ferner Antwort auf die Frage, ob Deutschland auch im Stande sei, die für die Erhaltung seiner Landwirthschaft nöthigen Opfer zu bringen, und gelangt zu dem Schluß: die hohe Blüthe, zu welcher Gewerbe und Handel bei uns gediehen sind und wodurch sie zu den bestehenden hohen Löhnen Anlaß gegeben haben, läßt den Schutz der Landwirthschaft, selbst um den Preis höherer Getreidepreise, als sie ohne Zölle eintreten würden, nicht nur ohne die mindeste volkswirthschaftliche oder sociale Schädigung ertragen, vielmehr als geboten erscheinen im eigensten Interesse von Industrie und Handel, welche gerade der Landwirthschaft ihr eigenes Wohlergehen zu einem großen Theile verdanken.

Wir können freilich kaum erwarten, daß die Betrachtungen der Broschüre bei den parlamentarischen Verhandlungen über den österreichischen Handelsvertrag näher studirt werden. Wir müssen annehmen, daß bei Debatten und Abstimmungen lediglich nach Fractionsinteressen verfahren wird. So z. B. ist durchaus anzunehmen, daß das Centrum in Widerspruch mit den Interessen seiner ländlichen Wähler für den Vertrag eintreten wird. Aber wir fragen: werden die priesterlichen Stützen des Centrums stark genug sein, um der agrarischen entbehren zu können? Was die Nationalliberalen und Conservativen von einer Nichtbeachtung der Interessen der Landwirthschaft zu erwarten haben, liegt auf der Hand; die Wahlen in Baden und Stolp sprechen, jede für sich, eine sehr eindringliche Sprache. Dies nebenbei.

Die Broschüre schließt: „Wenn der Reichstag sich noch einen Rest von Selbstachtung bewahrt hat, so wird er die Frage, ob ein Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn im deutschen Wunsche liege, ebenso einhellig bejahen, wie er dem vorgelegten Entwurf unter Bezugnahme auf seine Abstimmungen über den Zolltarif im Jahre 1887 und über den Antrag Auer im Januar dieses Jahres die Zustimmung versagen wird. Durch eine solche Haltung wird der Reichstag den weitgediehenen Verdacht, daß in einzelnen Parteien und bei zahlreichen Abgeordneten die Corruption, das persönliche Streberthum, an Stelle der pflichtmäßigen Ueberzeugung getreten sei, entkräften und die Handelsvertragsverhandlungen auf den Weg zurückverweisen, von dem sie nie hätten abweichen sollen: daß man Vertragsverhandlungen mit fremden Staaten nicht früher anknüpfen dürfe, als bis man daheim über das Mindestmaaß der nöthigen Zollsätze zu einer sichern Vereinbarung gelangt ist. Wenn der Reichstag seiner Aufgabe gewachsen ist, wird nach Verwerfung des vereinbarten Abkommens doch ein deutsch-österreichischer Handelsvertrag zu Stande kommen und zwar ein solcher, der die deutschen wirthschaftlichen Lebensinteressen wahrt und Deutschland die Unwürdigkeit erspart, seine Stellung im Dreibunde durch wirthschaftliche Tributverpflichtung compromittirt zu sehen."

* * *

Ihr neulich von der „Köln. Ztg." angefochtenes Urtheil (vgl. oben S. 277 f.) über die Taktik der Führer auf dem socialdemokratischen Parteitag in Erfurt ergänzen die „Hamb. Nachr." am 3. November (A.-A.):

Unsere Beurtheilung der socialdemokratischen Comödie in Erfurt ist durch den weiteren Verlauf des Congresses als richtig bestätigt worden: alle Schattirungen der Socialdemokratie sind und bleiben trotz aller äußeren Kämpfe doch über das Anstreben des „großen Kladderadatsch", wie Bebel sich ausdrückte, vollständig einig. Es giebt gewiß Politiker in allen Fractionen, die den in Erfurt geführten Streit für einen naturwüchsigen und grundspaltenden in der socialdemokratischen Partei halten, aber wir glauben nicht, daß der intimere Hofkriegsrath der socialdemokratischen Partei auf diese nur für den größeren Bruchtheil der urtheilslosen Masse zutreffende Auffassung Gewicht legt. Die socialistischen Führer bleiben immer sicher, daß die verschiedenen Divisionen ihres Heeres, wenn sie auch „getrennt marschiren", doch am Tage der Entscheidung, des „großen Kladderadatsch", „vereint schlagen" werden.

Die, welche daran zweifeln, bilden unserer Ansicht nach in ihrer Mehrzahl die Grünen in der Politik, ihre Führer aber die Furchtsamen, welche den Kampf scheuen und die Hoffnung nicht aufgeben, den drohenden Gegner abkaufen, oder rechtzeitig desertiren, um zu ihm übergehen zu können, falls er siegt. Letzteres kämpfend zu verhüten, ist nicht ihre Sache, sie hoffen, daß Andere es schließlich für sie thun. Darin haben sie vielleicht Recht; aber wir glauben nicht, daß der Bruchtheil unserer Landsleute, der dieser Richtung angehört, durch Zuverlässigkeit und Tapferkeit ein beruhigendes Element für unsere Zukunft darstellt. Wenn diese Zukunft sich erträglich gestalten soll, so hoffen wir, daß die Minorität, welche entschlossen ist, sich gegen die Ideale des Herrn Bebel zu wehren, schließlich auch bei uns den Erfolg haben wird, welcher der Energie nie gefehlt hat, welchen aber die Furchtsamkeit, um nicht zu sagen Feigheit, deren ganze politische Weisheit im Abkaufen des Gegners besteht, niemals haben wird.

* * *

Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Reichstags-Wahlkreise Stolp-Lauenburg ist am 27. October der conservative Candidat von der Osten gegen den „entschieden liberalen" Hofbesitzer Dhau unterlegen. Schon die „Kreuz-Ztg." hatte als Hauptgründe dafür bezeichnet die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Umständlichkeit des Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetzes und die über die Annahme der neuen Landgemeindeordnung. Die „Hamb. Nachr." bemerken auf Grund einer Zuschrift aus dem Wahlkreise am 4. November (A.-A.) über die Gründe der auffallenden conservativen Niederlage Folgendes:

Zu der von uns bereits besprochenen Reichstagswahl im Kreise Stolp-Lauenburg wird uns von dort geschrieben:

„Stolp, den 2. November. In unserm Wahlkreise ist der conservative Candidat namentlich durch die ländlichen Stimmen geschlagen worden, welche der Leitung des neu begründeten 'Bauern-Vereins' gefolgt sind und die Wahl eines liberalen bäuerlichen Besitzers der eines Conservativen aus der Fraction des früheren Abgeordneten vorgezogen haben. In den kleinen Städten wie in Leba sind die conservativen Stimmen noch in der Majorität von 4:1 geblieben, auf dem Lande dagegen fiel eine meist sehr große Majorität der Stimmen auf den liberalen Candidaten.

Also die ländliche Bevölkerung hat hier in einem Wahlkreise, der, seit die Verfassung existirt, immer conservativ gewählt hat, den Ausschlag gegeben für eine liberale Wahl. Diese auffällige Umstimmung der ländlichen Bevölkerung ist durch den Eindruck der letzteren herbeigeführt worden, daß ihre Interessen durch die conservative Partei in jüngster Zeit unzureichende Vertretung gefunden haben, insbesondere bei den Verhandlungen über die Landgemeindeordnung, deren Unbequemlichkeiten nunmehr, nach bald Jahresfrist, dem Lande klar geworden sind. Die Unbequemlichkeiten bilden eine sehr günstige Grundlage für die geschickte Agitation der fortschrittlichen Emissaire in den Landgemeinden. Der vorige Abgeordnete war unser jetziger Oberpräsident, der frühere Minister von Puttkamer, dessen parlamentarische Einwirkung für die Annahme der Landgemeindeordnung besonders schwer ins Gewicht gefallen ist."

Wir glauben, daß sich der Eindruck der ländlichen Bevölkerung von der unzulänglichen Vertretung ihrer Interessen durch ihre bisherigen conservativen Vertreter nicht auf die pommersche Provinz beschränken, sondern in allen übrigen betheiligten Provinzen zur Geltung kommen wird. In zweiter Linie hat bei der Verstimmung der Landbewohner wohl das plötzliche und rapide Fallen der Schweinepreise mitgewirkt, da der Verkauf von ein oder zwei Schweinen oder von einer Anzahl von Ferkeln den kleinen Leuten einen nach Verhältniß ihres Budgets großen Zuschuß zu liefern pflegt. Wir haben schon vor einigen Tagen berichtet, daß die Preise der Ferkel von 10—20 Mk. auf 20—40 Pf. gefallen sind, die Waare also so gut wie unverkäuflich ist, da die Kosten des Marktbesuchs nicht gedeckt werden. (Vgl. oben S. 290 f.)

Die Unzufriedenheit der bisher conservativen Wähler mit der mangelhaften Vertretung der ländlichen Interessen durch ihre Abgeordneten dürfte in den östlichen Provinzen wenn nicht allgemein, doch in weiten Kreisen für die nächsten Wahlen maaßgebend sein. Mit der Stimmung

der ländlichen Bevölkerung im Westen und Süden Deutschlands wird auch die Centrumspartei rechnen müssen, soweit sie auf bäuerlichen Sympathien begründet ist. Der ländliche Wähler hat kein Verständniß für die politischen Berechnungen und Strebungen der Fractionsführer, seine wirthschaftlichen und localen Interessen stehen ihm in berechtigter Weise näher.

* * *

Oben (S. 292 f.) war eine Auslassung der „Hamb. Nachr." über die häufige Nichtbeachtung des Paragraphen 17 der Verfassung des Deutschen Reiches erwähnt worden. Ueber dieselbe Angelegenheit äußert sich daraufhin auch die „Schles. Ztg." und sagt am 5. November in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Das persönliche Regiment" u. A. Folgendes:

„Die Verstimmung und das Gefühl des Mißbehagens, welche seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck weite und patriotische Kreise in unserem Vaterlande ergriffen haben, wollen nicht weichen ....

Mehr oder weniger deutlich und unverhüllt wird von verschiedenen Seiten der bei jeder Gelegenheit hervortretende persönliche Charakter des gegenwärtig in Preußen und dem Reiche geübten Regierungssystems als eine der vielen Ursachen bezeichnet, welchen die Schuld an dem, zum Theil wenigstens, unleugbar ernsten Gesammtbilde der öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland beizumessen sei.

Während einzelne Blätter diesen Wandel in der Handhabung der Herrschergewalt freudig begrüßten, haben andere auf das Gefährliche des Umstandes hinweisen zu müssen geglaubt, daß nunmehr der Monarch selbst seine Anschauungen und Entschließungen zum Gegenstande der öffentlichen Kritik gemacht habe, was von schädlicher Rückwirkung auf das monarchische Gefühl im Volke sein müsse. Allmählich hat man sich daran gewöhnt, daß das öffentliche Urtheil in allen Fällen, in welchen eine neue Maßregel berechtigter oder unberechtigter Weise auf die persönliche Entschließung des Kaisers zurückgeführt wird, an diesen selbst und nicht, wie bisher, an die Minister, die berufenen Berather der Krone, appellirt. Wenn irgend ein Erlaß unseres Herrschers nicht von einem Minister gegengezeichnet ist, so wird dem Ministerium die Verantwortung für den Inhalt einer solchen Kundmachung bereitwilligst von der öffentlichen Meinung erlassen, und die Kritik wendet sich an den Träger der Krone ....

Wir unsererseits halten an der moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Ministeriums für Alles, was seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck geschehen ist, unerschütterlich fest. Der Reichskanzler und die Minister sind nicht lediglich ausführende Organe des monarchischen Willens. Sie sind die Berather der Krone, welche mit ihren Namen alle Maaßregeln der Staatsgewalt mit zu decken haben. Sobald die Politik des Reiches und

Staates Bahnen einschlägt, welche mit ihren Ueberzeugungen in Widerspruch stehen, werden sie als gewissenhafte Männer auf ihren Posten sicherlich nicht verbleiben . . ."

Dazu bemerkt die „Allgem. Ztg." vom 6. November (A.-A.):

Soweit dieser Artikel auf den Erlaß vom 22. October Bezug hat, haben wir unsere Ansicht bereits wiederholt dahin ausgesprochen, daß der Kaiser unter allen Umständen vollkommen berechtigt war, den einzelnen Ressortministern wie dem gesammten Staatsministerium seine Ansicht über die im Proceß Heintze zu Tage getretenen Mißstände auszusprechen und seinen Willen bezüglich eingreifender Maßnahmen für die Abhülfe kund zu thun. Der gewissenhafte Regent hat immer noch eine höhere Verantwortlichkeit gegen Gott und sein Volk, als die durch die constitutionelle Schablone gedeckte. Auch ist uns bekannt geworden, daß der Kaiser den Erlaß ohne jede andere Mitwirkung eigenhändig concipirt hat, wie er auch aus seiner eigenen Initiative hervorgegangen ist.

Was die andere Frage betrifft, ob es nicht richtiger gewesen wäre, dem Erlaß im Moment der Veröffentlichung die Unterschrift des Ministerpräsidenten, bezw. der beiden von der Willenskundgebung des Kaisers zunächst betroffenen Ressortminister beizufügen, so läßt sich dafür zweifellos geltend machen, daß der Eindruck dann nicht durch die Erörterung der Formalitäten abgeschwächt worden wäre, die Tragweite in Folge dessen eine größere gewesen wäre, weil der Schritt dann die Form eines Staatsacts angenommen hätte. Form und Inhalt einzelner Stellen des Erlasses dürften allerdings die ministerielle Gegenzeichnung unmöglich gemacht haben. Jedenfalls aber bleibt für den deutschen Kaiser und König von Preußen das Recht bestehen, seine Meinung über öffentliche Zustände in einer der Stellung, der Pflichten und den Würde der Krone entsprechenden Form zum Ausdruck und, falls er es für wünschenswerth oder erforderlich erachtet, auch zur Kenntniß der Nation zu bringen.

Im vorliegenden Falle war es wohl um so angebrachter, als angesichts der zur öffentlichen Kunde gelangten Thatsachen und Zustände das videant consules auf Aller Lippen lag. Bedeutsamer als der Streit um das persönliche Eingreifen des Monarchen scheint uns die Thatsache zu sein, daß die Zustände in zwei der wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens ein solches persönliches Eingreifen nothwendig gemacht haben.

* * *

Wir brachten oben die Ausführungen der Münchener „Allg. Ztg." über das Fehlen der Gegenzeichnung sowohl bei dem Erlaß vom 22. October 1891

wie bei den bekannten Februar-Erlassen des Jahres 1890. Was dabei nebenher über das Zustandekommen der Februar-Erlasse gesagt wurde, das stimmte genau mit den Aeußerungen des Fürsten Bismarck gegenüber dem Herausgeber des „Frankf. Journals" überein (vgl. Band I, Seite 111 f.).

Wir fügen hier gleich noch einige Aeußerungen der Presse über diesen Punkt aus jenen Tagen an. Am 6. November wußte der „Reichsbote" die „Allgem. Ztg." dahin zu ergänzen:

„In eingeweihten Kreisen erzählt man, daß Bismarck sich damit nicht begnügte, sondern auch durch Versuche, die auswärtigen Regierungen in seinem Sinne zu beeinflussen, der Politik des Kaisers entgegengewirkt habe."

Die „Weser-Zeitung" möchte am 8. November das Wort „auswärtige" durch „deutsche" ersetzt sehen und fügt hinzu: „Es wurde allerdings erzählt, daß der Versuch gemacht worden sei, in dem Widerspruch der deutschen Regierungen ein retardirendes Moment gegenüber dem vorwärts treibenden Eifer an maßgebender Stelle zu gewinnen."

Die Münchener „Allgemeine Zeitung" bemerkt hierzu wieder: „Wir glauben unsererseits zu wissen, daß es solcher Versuche nicht erst bedurfte, sondern daß diese Ueberzeugung bei verschiedenen deutschen Regierungen nicht nur von vornherein feststand, sondern — nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck — auch ihre praktische Bethätigung fand, und zwar unter Zustimmung der bisherigen Collegen des Fürsten Bismarck, wenn nicht auf deren Initiative."

Endlich meldet die „Saale-Zeitung" am 12. November wieder mit dem Schein officiöser Information: „Der Kaiser wünschte die Arbeiterschutz-Conferenz in Berlin abgehalten zu sehen; dazu aber war ein Verzicht der Schweiz erforderlich, die ja schon vorher zu demselben Zwecke nach Bern eingeladen hatte. Fürst Bismarck soll nun damals den schweizerischen Gesandten Herrn Roth ersucht haben, bei seiner Regierung gegen den Verzicht auf die Berner Conferenz zu wirken. Diese Bemühungen wären dann zur Kenntniß des Kaisers gelangt, der noch zu sehr später Abendstunde Herrn Roth ins Schloß bat und ihn für seine Absichten gewann. Die damals gemachte Erfahrung soll die erste tiefer reichende Verbitterung zwischen Kaiser und Kanzler verursacht haben, und auch einer der Gründe für das Mißtrauen des Fürsten Bismarck gegen Minister von Boetticher dürfte hier zu suchen sein."

* * *

Der „Pester Lloyd" hatte in einem Artikel „Der handelspolitische Dreibund" sich mit den Chancen beschäftigt, die der deutsch-österreichische Handelsvertrag im Reichstage haben würde, und Folgendes ausgeführt:

„Der Reichstag hat 397 Mitglieder. Dabei entfallen auf die unbedingt vertragsfreundliche, weil freihändlerische, Linke 111, auf das Centrum und die

Polen 129 Mitglieder, und wie die Dinge liegen, kann Herr von Caprivi auf Centrum und Polen unbedingt rechnen. Schon diese beiden großen Gruppen ergäben also eine Mehrheit von 240 Stimmen, von welcher alle Anstrengungen des Fürsten Bismarck auch nicht eine Stimme abzusplittern vermöchten. Aber auch die Rechte ist keineswegs geschlossen für den Fürsten und gegen die Verträge zu gewinnen. Diese setzt sich aus 68 Deutschconservativen, 20 Reichsparteilern und 42 Nationalliberalen zusammen. Die ersteren haben erst in drei Nachwahlen empfindliche Lehren erhalten, und ganz sicher werden Herr von Helldorff und Herr von Manteuffel Alles aufbieten, um das Fähnlein der Kreuzzeitungsritter so klein wie möglich ausfallen zu lassen; ich schätze dasselbe auf höchstens 15 Stimmen. In der Reichspartei sitzen sogar noch principielle Freihändler; aber um sicher zu gehen, will ich annehmen, sie könnte ganz in eine Bismarck'sche Oppositionsgesellschaft gebracht werden, wozu allerdings gar keine Aussicht ist. Nun, und von den Nationalliberalen? Vielleicht 12 Mann; aber auch das wäre sehr hoch gegriffen.

„Worauf also Fürst Bismarck als Führer einer Opposition rechnen könnte, würden, unter Hinzurechnung von ein paar Antisemiten, 50, höchstens 60 Stimmen sein; und dazu ist der erste Kanzler stets viel zu sehr Realpolitiker gewesen, um sich auf ein so wenig aussichtsvolles Geschäft einzulassen. Deshalb kommt er gewiß nicht in den Reichstag, um eine fulminante Rede gegen seinen Nachfolger zu halten und dann bei der Abstimmung nur ein Achtel des Reichstags hinter sich zu haben."

Dazu bemerkt die Münchener „Allgem. Ztg." vom 5. November (A.-A.):

„Inwiefern diese Berechnung hinsichtlich der einzelnen Parteien zutrifft, wollen wir für heute dahingestellt sein lassen. Könnte man diese Frage nach rein *sachlichen* Gesichtspunkten erörtern, so dürfte das Ergebniß bezüglich des Centrums erheblich anders ausfallen. Nach dem Verhalten der Regierung gegenüber den Polen läßt sich aber allerdings annehmen, daß sie auch dem Centrum gegenüber Concessionen genug in petto reservirt hat, um die Stimmen der Mehrheit dieser Fraction für die Verträge zu sichern. Was dagegen die Person des *Fürsten Bismarck* anbelangt, so will es uns scheinen, als ob das Register der Argumentationen des Autors doch ein nicht unbedenkliches Loch habe. Wir kennen die Entschließungen des Fürsten nicht, nehmen jedoch aus guten Gründen an, daß der Fürst selbst bis heute noch gar nichts beschlossen hat, sondern seinen Entschluß von dem Inhalt der Verträge abhängig machen wird, sobald der letztere authentisch zur öffentlichen Kenntniß gelangt ist.

„Wir haben die Ueberzeugung, daß Fürst Bismarck sich durch die Aussichten eines größeren oder geringeren Erfolges nicht abhalten lassen

wird, in den Reichstag zu gehen, falls er glaubt, daß der Inhalt dieser oder anderer Vorlagen ihm die Pflicht dazu auferlegt. Ob er dann 60 Stimmen oder 200 auf sein Votum vereinigt, kann für den Staatsmann nicht in das Gewicht fallen, welcher fünf Jahre hindurch die Rechte der Krone und die Heeresreform in Preußen mit alleiniger Unterstützung von 11 conservativen Abgeordneten unter den denkbar schwierigsten — persönlich und geschäftlich schwierigsten — Verhältnissen vertreten und dadurch die Zukunft Preußens und Deutschlands gesichert hat. Glaubt er diese letztere gefährdet, so wird er nicht zögern, am Ende seiner politischen Laufbahn eben so mit allen Kräften für sie einzutreten, wie er es mit voller Entschlossenheit am Anfang derselben gethan hat.“

* * *

Am 4. November brachten zuerst katholische Blätter die Nachricht, daß der Propst in Wreschen, Florian von Stablewski, zum Nachfolger des verstorbenen Dr. Dinder als Erzbischof von Posen und Gnesen ausersehen sei. Im ultramontanen und politischen Lager herrschte große Freude darüber, denn die national-polnische Gesinnung des päpstlichen Geheimkämmeres und gut polnischen Vertreters des siebenten Posenschen Wahlkreises (Schrimm-Schroda-Wreschen) im preußischen Abgeordnetenhause war wohl bekannt; nur blinder Optimismus konnte sich darüber täuschen lassen durch die Rede des Herrn von Stablewski auf dem Katholikentage in Thorn vom 27. September desselben Jahres. Wenn auch die amtliche Anerkennung erst am 30. December erfolgte, so konnten doch die der Regierung nahe stehenden Blätter die Richtigkeit der ultramontanen Nachricht nicht bestreiten, und die zu jedem „loyalen“ Dienst allezeit gern bereite „Nordd. Allg. Ztg.“ unternimmt sogar jetzt schon kecklich den Versuch, die Anerkennung des polnischen Kirchenfürsten für preußisches und deutsches Gebiet zu rechtfertigen.

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr.“ am 7. November (M.-A.) unter der Ueberschrift Die Regierung und die Polen Folgendes:

Der officiöse Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, worin der Versuch unternommen wird, die Ernennung des Polen Stablewski zum Erzbischof von Posen und Gnesen politisch zu rechtfertigen, findet die vollste Zustimmung der ultramontanen „Germania“. Sie schreibt:

„Wir sind hoch erfreut, solche gerechten und verständigen Aeußerungen in der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung‘ zu finden. . . . Die Norddeutsche unterscheidet einen berechtigten ‚particularistischen Standpunkt‘ und berechtigte ‚polnische Bestrebungen‘ von unberechtigten, und sie bezweifelt nicht, daß mit der Vertretung jener wie mit der Vertretung der kirchlichen Rechte im Culturkampf sich eine ganz gewissenhafte Staatstreue nicht nur verbinden lasse, sondern sich oft erst recht verbinde. So

kommen wir aus der Bismarck'schen Periode der Verhetzungen, Verletzungen und Proscriptionen großer, viele Millionen umfassender Volkstheile immer mehr heraus zu einer Periode der gegenseitigen Verständigung und Annäherung, wobei Alle sich wohler finden werden und Alles besser gedeiht....

„Die ‚Nordd. Allg. Ztg.' eröffnet Perspectiven, die uns mit freudigster Hoffnung erfüllen. Es hat nichts zur inneren Gewinnung der Herzen der Katholiken nach dem Culturkampf so sehr beigetragen, wie die Ehrungen, welche unser hochherziger Kaiser unseren großen Todten Franckenstein und Windthorst erwies — die Berufung eines Priesters wie Stablewski auf den Gnesen-Posener erzbischöflichen Stuhl wird bei dem gemüthreichen und edlen polnischen Volke von gewaltiger Wirkung sein!"

Wir haben eine starke Abneigung gegen verbrauchte Citate, aber hier ist das difficile est, satyram non scribere nicht zu umgehen.

Zur Würdigung der Maßregel, welche den Jubel der Polen und der „Germania" in so hohem Maaße erregt hat, wollen wir den „Dresdener Nachrichten" das Wort geben, welche u. A. bemerken:

„Vor fünf Jahren sagte Fürst Bismarck bei der Motivirung der gegen die polnischen Bestrebungen gerichteten Gesetze im preußischen Abgeordnetenhause: ‚Erklären Sie, meine Herren, daß Sie nicht an eine Wiederherstellung Polens auf Kosten des territorialen Bestandes der preußischen Monarchie denken, und die Gesetze gegen Sie werden in demselben Augenblick überflüssig.' Mit der Starrheit der Männer von Kapernaum und Bethsaida antwortete im Namen der Polen der Abgeordnete Szuman: ‚Wir werden uns vertheidigen usque ad finem — bis zum Ende.' ‚Deus mirabilis, fortuna variabilis — Gott ist reich an Wundern, wechselvoll das Glück', so rief Herr von Stablewski damals dem Kanzler und dem Minister für Cultus zu. Heute ist Bismarck verbannt, Goßler beseitigt und Stablewski Erzbischof von Posen. Es sind Vorgänge von harter, dramatischer Art, die hier in wenigen Sätzen skizzirt sind. Sie bedürfen zu voller Wirkung kaum noch eines Commentars.

„Der Vorgänger des neuernannten Erzbischofs von Posen war ein deutscher Prälat von versöhnlicher Haltung; noch in der letzten Wahlcampagne hatte er dem ihm unterstellten Stablewski die Annahme eines Mandats untersagt, weil er augenscheinlich von ihm schwere Gefahren für das Einvernehmen seiner deutschen und polnischen Diöcesanen befürchtete. Seitdem jedoch Herr von Koscielski die Aera der Versöhnungspolitik eröffnet und Herr von Komierowski in Folge dessen für die Marine-Vorlage gestimmt hat, ist die vorsichtige Auffassung des Erzbischofs Dinder verworfen worden, und derselbe Mann, dessen Anwesenheit im Reichstage er für friedenstörend hielt, wird sein Nachfolger in der höchsten Würde der polnischen Christenheit.

„Es müssen merkwürdige Dinge inzwischen vorgegangen sei, daß sich sogar die ‚Magdeburger Zeitung‘ zu dem Wunsche versteigt, die ‚Geheimgeschichte dieser Wahl‘ kennen zu lernen. Und die zahme ‚National-Zeitung‘ schreibt: ‚Die Regierung hat den kühnen Entschluß gefaßt, die Garantien für eine die Interessen des preußischen Staates respectirende Amtsführung als Erzbischof sogar bei einem Prälaten vorauszusetzen, welcher als Mitglied der polnischen Fraction des Abgeordnetenhauses alle nationalpolnischen Forderungen, z. B. auf dem Gebiete des Schulwesens, vertreten hat. Die Folgen bleiben abzuwarten.“ Ganz richtig, die Folgen bleiben sogar sehr abzuwarten . . .

„Noch auf dem letzten preußischen Landtage sprach ein polnischer Prälat, Herr von Jazdzewski, von der ‚Unverletzbarkeit der nationalen Hoffnungen der Polen‘. Es ist ohne Weiteres anzunehmen, daß er hiermit den Haupt- und Grundgedanken nicht nur seiner geistlichen Amtsgenossen, sondern seiner sämmtlichen Landsleute aussprach, einen Gedanken, den man jetzt wohl aus Staatsklugheit und in schlauer Benutzung der in Berlin herrschenden Strömungen für eine Zeit lang verbergen, aber niemals aufgeben will. (Man beachte die Aehnlichkeit der polnischen mit der socialdemokratischen Taktik! — Redaction der „Hamb. Nachr.‘) Dafür spricht schon der Umstand, daß die ‚loyalen‘ Herren von Koscielski und Komierowski mit ihrem Gedanken, nach der bekannten Erklärung in der Marine-Berathung große Volksversammlungen zu veranstalten, um Zustimmungserklärungen herbeizuführen, ein vollständiges Fiasco erlitten: zur politischen Heuchelei können sich Einzelne verstehen, aber niemals ganze Völker.

„In richtiger Erkenntniß dieser Thatsache, in vollster Würdigung vor Allem auch der intriganten Manier des von der Geistlichkeit flankirten nationalpolnischen Adels hat Fürst Bismarck eine Reihe von Maßregeln getroffen, deren Wirkung nunmehr durchschnitten wird. Namentlich die Ansiedelung von Landsleüten aus urdeutschen Bezirken wirkte fruchtbringend im Sinne einer deutsch-nationalen Politik. Daß mit diesem Schritt (der Ernennung Stablewski's) das mühsame Gebäude, welches vom Fürsten Bismarck zur Germanisirung der Polen errichtet wurde, zusammengepulvert wird, liegt um so mehr auf der Hand, als auch die Zugeständnisse auf dem Gebiete des polnischen Sprachunterrichts die Perspective auf ein vollständiges Nachgeben des Staates zu Gunsten des Polenthums und zu Ungunsten des Deutschthums eröffnen.“

Das Dresdner Blatt bemerkt noch:

„‚Versöhnungsära‘ — dies Wort steht seit fast einem Jahrzehnt auf der Tagesordnung in Oesterreich; es bildet die letzte Spitze des Taaffe'schen Systems, und es hat den Zwist der Nationalitäten aufs Heftigste ent-

flammt. Jetzt sind wir auch im Deutschen Reiche in die ‚Versöhnungsära‘ getreten, jetzt wollen auch wir es allen Leuten recht machen, jetzt findet auch bei uns der Schwanz des Centrums, bestehend aus Elsässern und Polen, Welfen und Dänen, liebevollstes Verständniß — möge die Analogie mit Oesterreich nicht so weit gehen, daß über kurz oder lang auch bei uns der Hader der Nationalitäten emporflammt, wie dort. In dieser Möglichkeit, in dem Umstande, daß die veränderte Haltung der preußischen Regierung zu den Polen symptomatisch auch für die Reichsregierung ist, liegt der Grund, der über die Grenzen Preußens hinaus das lebhafteste Interesse erwecken muß an der Posener Bischofswahl."

Wir haben nichts hinzuzufügen als daß nach unserer Ueberzeugung das Bestreben, jeden Conflict durch Concession an den Gegner und durch Abkaufen desselben zu beseitigen, nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich ist und zur allmählichen Liquidation des Staatswesens führen muß. Historisch und politisch begründete Kämpfe müssen auch im Innern ausgekämpft werden, wenn dauernder Friede geschlossen werden soll; durch Nachgiebigkeit sind nur Augenblickserfolge zu erzielen, man entlastet die Gegenwart zu Ungunsten der Zukunft. Die Unbequemlichkeiten, denen man zur Zeit entgeht, verschwinden nicht, sondern kehren in bedrohlicherer Gestalt wieder zurück. Zugeständnisse werden immer als Schwäche gedeutet und haben nur den Erfolg, die Ansprüche zu vergrößern.

Der Staat in seiner Majorität ist nur durch fortwährenden Kampf, der für ihn das Leben bedeutet, zu erhalten. Eine Politik, die diesen Kämpfen systematisch ausweicht, bringt das Staatsleben zu einer Stagnation, welche nicht nur politisch, sondern auch wirthschaftlich und sonst die Entwickelung des Landes gefährdet. Es tritt ein lähmender Zustand ein, aus dem schließlich nur auf explosivem Wege, oder durch kriegerische Verwicklungen nach außen herauszugelangen ist.

Die Erreichung des vollsten inneren Friedens ist eine ebenso gefährliche Chimäre, wie die „Versöhnung" des feindlichen Auslandes. Es muß gekämpft werden, und der gewissenhafte Staatsmann hat lediglich dafür zu sorgen, daß er den Kampf stets unter günstigen Bedingungen zu führen vermag.

* * *

Ueber die schon oben erwähnte Stolper Wahl veröffentlichen die „Hamb. Nachr." am 8. November (M.=A.) folgende Zuschrift:

Stolp, den 5. November. Der für die Conservativen ungünstige Ausfall der Wahl in Stolp=Lauenburg beweist, daß ein großer Theil, namentlich der bäuerlichen Wähler das Vertrauen zu dem bisherigen Vertreter verloren hat. Die Ursache davon liegt natürlich in einem Mangel an Einverständniß mit dem Verhalten desselben, also der „conservativen Fraction". Bekanntlich

vertrat den Wahlkreis Herr von Puttkamer, und dessen letzte und hervorragendste Leistung bestand in persönlichem Eintreten für die Landgemeindeordnung; ohne ihn würde dieselbe kaum Gesetz geworden sein.

Von den Agitatoren der Fortschrittspartei sind andere Motive geltend gemacht. Ihre Emissaire waren zahlreich und theilten den Wahlkreis zur Bearbeitung in Bezirke, für jeden dieser Bezirke oder, nach Umständen, für mehr als einen, ward einer der gewerbsmäßigen Wahlreisenden der Fortschrittsleitung abgeschickt, der mit 12 Mark Diäten in dem Bezirke Wohnung nahm, bei den Wählern untersuchte, ob und worüber sie unzufrieden waren, und ihnen Abhülfe in Aussicht stellte, wenn sie fortschrittlich wählen würden.

Bei den bäuerlichen Besitzern hat die Verstimmung über die Landgemeindeordnung ihre Wirkung gethan, und wenn der Abgeordnete Dhau ein Freund derselben ist, so hat er das den bäuerlichen Besitzern verschwiegen. Letztere sind unzufrieden und drücken diese Empfindung ohne wissenschaftliche Prüfung der Ursachen durch oppositionelle Wahl aus. Das Beispiel des Bauern ist auf die Haltung des Arbeiters niemals ohne Einfluß, da der Bauer dem Arbeiter social und sprachlich näher steht als dem Großgrundbesitzer. Unabhängig davon ist aber auf den Arbeiter das Versprechen der demokratischen Agitatoren von Wirkung gewesen, den Schnaps billiger zu machen. Der sittliche Werth dieses Mittels braucht nicht erörtert zu werden. Jedenfalls spielte die Branntweinconsumsteuer in den Wahlversammlungen eine hervorragende Rolle; da die Schnapspreise durch diese Steuer um 70 Mark und das Liter Spiritus von 40—50 Pf. auf 1 Mark 20 bis 1 Mark 30 Pf. gesteigert worden ist. Durch Ausschank in Branntweinform wird das Interesse der Schankwirthe diese Preiserhöhung des Alkoholmaterials und die entsprechende Erhöhung des Branntweinpreises ausgiebig benutzt haben.

Thatsache ist, daß die Wähler in unserem Wahlkreise das Vertrauen zu der bisherigen conservativen Vertretung und zu deren Fraction verloren haben, und das Verhalten der Fraction seit der letzten Wahl ist daran nicht ohne Schuld."

Dazu bemerkt das Blatt:

> Wir haben schon früher in Erörterungen über die Haltung der Conservativen bei der Landgemeindeordnung und der Frage der Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle darauf hingewiesen, daß die Bauern bisher vertrauensvoll Großgrundbesitzer und Conservative zu ihren Vertretern gewählt hätten und daß, wenn dieses Vertrauen getäuscht würde, die Bauern anders wählen dürften. Wir führten damals aus, die ländliche Bevölkerung habe das Vertrauen, daß die Abgeordneten, die sie aus dem Stande der Großgrundbesitzer wählten, die localen und bäuerlichen Interessen unabhängig verträten, sonst würden sie lieber Ihresgleichen, nämlich Bauern, wählen. In einem unserer früheren

Artikel hieß es wörtlich: „Es würde ein schwerer Fehler sein, wenn die Abgeordneten und Fractionen, die auf ländliche Mandate Rücksicht zu nehmen haben, ihre heimische Stellung in den Wahlkreisen einer bloßen Doctrin oder der künstlichen und servilen Förderung von Fractionsinteressen in Berlin opferten." In der Stolper Wahl liegt eine Bestätigung der Richtigkeit unserer Ansicht vor.

* * *

Eine geradezu unqualificirbare Rüpelei der Wiener „Presse" wird in den „Hamb. Nachr." vom 9. November (A.-A.) wie folgt abgefertigt:

Die Wiener „Presse" schreibt über den Fürsten Bismarck:

„Wir wollen nicht untersuchen, ob der politische Anstand einem des Dienstes entlassenen Minister das gleiche Recht zur Opposition giebt wie jedem anderen Staatsbürger. Die Erfahrung streng monarchischer Staaten im constitutionellen Sinne zeigt eine Reserve jener Männer aus Rücksicht auf ihr persönliches Verhältniß zum Amt und zur Krone. Wollte aber Fürst Bismarck den deutschen Gladstone gegen Salisbury spielen ..."

Die Frage der Anstandsberechtigung eines früheren Ministers, Opposition zu machen, beantwortet sich anders, wenn der ausgeschiedene Minister freiwillig gegangen ist, weil er sich entschlossen hat, den Kampf aufzugeben, den seine im Ministerium verbleibenden Collegen im Parlamente fortführen, und wenn die Principien, nach welchen regiert wird, nach seinem Ausscheiden keine Aenderung erleiden, sondern dieselben bleiben, nach denen er selbst verfahren ist, — und anders bei einem Minister, der nicht freiwillig austritt und sich nach seinem Ausscheiden einem geänderten Course der Regierung gegenüber befindet. In der Lage eines solchen wird nicht die frühere Amtsstellung, sondern die Erwägung maßgebend sein, ob er überzeugt ist, daß die Interessen des Vaterlandes durch seinen Nachfolger gefördert, oder daß sie geschädigt werden. Im ersteren Falle wird er die neuen Minister zu unterstützen, im zweiten nach Maaßgabe seines vaterländischen Pflichtgefühls zu bekämpfen haben.

Wir wissen nicht, ob Fürst Bismarck sich in letzterer Lage befinden wird; für den Fall aber, daß dem so wäre, begeht die „Presse" einen freiwilligen Irrthum, wenn sie seine etwaige Kritik mit der Opposition von Gladstone gegen Salisbury in Vergleich stellt. Uns liegt der umgekehrte Vergleich näher: einer Opposition Salisbury's gegen ein Ministerium Gladstone. Mit einer Gladstone'schen Politik hat die des früheren Reichskanzlers niemals auch nur eine entfernte Aehnlichkeit gehabt, im Gegentheil. Die Signatur der Gladstone'schen Politik ist eine Verschmelzung der Bestrebungen des Ultramontanismus mit denen des extremen Liberalismus, also zweier Elemente, deren Zusammengehen

auf die Negation des Bestehenden beschränkt ist, und die nach dem Gelingen ihrer Opposition auf gegenseitigen Kampf angewiesen sind: beide haben dem Fürsten Bismarck immer feindlich gegenüber gestanden. —

Wir wollen die Analogie nicht weiter durchführen und überlassen das dem Nachdenken unserer Leser.

* * *

Am 10. November (A.-A.) wenden sich die „Hamb. Nachr.“ noch einmal (vgl. oben S. 287 f.) gegen die „Düsseldorfer Zeitung“:

> Die „Düsseld. Ztg.“ enthielt neulich einen Artikel, in dem jede Kritik der Regierungspolitik für ein „illoyales Verhalten“ erklärt wurde, weil dieselbe sich formell zwar gegen Caprivi, materiell aber gegen das Reichsoberhaupt wende. Auf unsere Bemerkungen hierüber erwidert die „Düsseld. Ztg.“ mit einer neuen Auslassung, die ein vollgültiges Argument dafür bietet, daß, als wir die „Düsseld. Ztg.“ für ein Organ des Absolutismus hielten, wir hierzu noch berechtigter waren, als wir glaubten. Mag das rheinische Blatt mit den Worten spielen und den Absolutismus unter der gefälligen Form der „Loyalität“ seinen Lesern übermitteln — in verbis simus faciles —: die Sache bleibt dieselbe; das Blatt vertritt den Absolutismus, und wir haben keinen Beruf, ihm den Text der Verfassung in Erinnerung zu bringen. Die „Düsseld. Ztg.“ bezeichnet sich selbst als „Organ für amtliche Anzeigen“; — lediglich aus Loyalität enthalten wir uns der Reproduction und des weiteren Eingehens auf ihre jüngste Leistung.

* * *

Schon am 2. November (vgl. oben S. 289 f.) war die Rede von den Folgen der kaiserlichen Verordnung vom 3. September, durch die das am 6. März 1883 erlassene Verbot der Einfuhr von Schweinen amerikanischen Ursprungs aufgehoben wurde. Am 11. November kommen die „Hamb. Nachr.“, veranlaßt durch einen Artikel der „Nord. Allg. Ztg.“, auf den Gegenstand zurück und führen Folgendes aus:

> Die Schweine-Einfuhr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wünscht uns über den Ursprung des Schweine-Einfuhrverbots zu belehren und sagt, daß es als sanitaire Maßregel erlassen sei und sich nicht eigne, als „Concessionsobject“ bei etwaigen zollpolitischen Verhandlungen benutzt zu werden.
>
> Gewiß war die Maßregel sanitair und nothwendig wegen des Mangels an Vertrauen auf die amerikanischen Einrichtungen und Zeugnisse. Dieses Vertrauen ist seitdem unvermuthet gewachsen. Ob die vor einiger Zeit erfolgten Aenderungen in der amerikanischen Fleischschau dazu ausreichenden Anlaß bieten konnten, bleibe dahingestellt. Thatsächlich läßt die amerikanische Mikroskopie zu wünschen übrig, und zwar schon des-

halb, weil die dortigen Einrichtungen viel zu sehr im Großen arbeiten, als daß jedes Stück wirklich untersucht werden könnte. Wie dem auch sei, schon die Nothwendigkeit der diesseitigen Nachuntersuchung beweist, daß die einschlägigen amerikanischen Verhältnisse seit Erlaß des Schweine-Einfuhrverbotes keine solche Wandlung durchgemacht haben, daß die überseeischen Atteste mehr Sicherheit als bisher böten.

Was die an uns gerichtete Belehrung seitens der „Nordd. Allg. Ztg." betrifft, so wissen wir nicht, ob in der Redaction der Berliner officiösen Zeitung wesentliche Personalveränderungen vorgekommen sind, aber wir haben den Eindruck, daß dies Blatt früher über genauer geschulte Kräfte in völkerrechtlicher, juristischer und logischer Beziehung verfügte. Jedenfalls erlauben wir uns, der völkerrechtlichen Logik der „Nord. Allg. Ztg." nachzuhelfen, indem wir darauf aufmerksam machen, daß das Object der Concession im deutsch-amerikanischen Falle darin besteht, daß einem ausländischen Atteste amtlich dieselbe Glaubwürdigkeit beigelegt wird, welche bei uns sonst nur ein inländisches amtliches Zeugniß hat. Es ist dies eine ganz erhebliche Concession und der Ausdruck eines Vertrauens in die Zuverlässigkeit fremdländischer Zeugnisse, welches andere Völker in der Regel nicht gewähren, und auch wir bisher nicht allen ausländischen Behörden und nicht allen Nationen gegenüber gehabt haben. Die amerikanischen Atteste sollen in Zukunft dieselbe Glaubwürdigkeit haben, welche man in Deutschland inländischen amtlichen beilegt: wenn die „Nordd. Allg. Ztg." darin kein Concessionsobject findet, und kein wesentliches, so versteht sie nichts vom Völkerrecht.

Hätte man mit dieser Concession an die amerikanische Glaubwürdigkeit gewartet, bis man zu Verhandlungen mit Amerika gekommen wäre, in denen von Concessionsobjecten die Rede war, so würde man sich wenigstens doch die Möglichkeit bewahrt haben, die Vorbedingungen vertragsweise festzusetzen, unter welchen die amerikanischen Atteste bei uns Gültigkeit haben sollten. Dann hätte man Bedingungen stellen können, welche die Zuverlässigkeit der Atteste strenger sicher stellten; so wie es geschehen, ist aber die Erleichterung für Amerika gratis und freigebig erfolgt, und ihre Wirkung auf das diesseitige Landesinteresse dabei nicht in Rechnung gezogen.

Der sanitaire Charakter jener Maaßnahme der früheren Regierung ist bekannt, und die „Nordd. Allg. Ztg." hatte nicht nöthig, uns auf die 5. Session der 7. Legislaturperiode zu verweisen. Es wäre uns lieber gewesen, wenn das officiöse Blatt sich mit dem Nachweise der Aenderungen in der Situation beschäftigt hätte, durch welche plötzlich die amerikanischen Schweine gesunder und die überseeische Untersuchung gründlicher und die Certificate nach ihrer Entstehung zuverlässiger ge-

worden sind, als früher angenommen wurde. Die Thatsache, daß bereits an verschiedenen Stellen, in Düsseldorf, Crefeld und Duisburg, Confiscationen von amerikanischem Schweinefleisch wegen Trichinose und Ungültigerklärung der amerikanischen Gesundheitsscheine erfolgt ist, wird das genannte Blatt zur Führung seines Beweises nicht benutzen wollen; wenn es diesen aber nicht führen kann, so bleiben wir dabei, die Aufhebung des Verbotes für intempestiv zu halten.

Die französische Gesetzgebung hat in dieser Beziehung das Interesse ihrer Landwirthschaft besser gewahrt, indem sie den Zoll auf Schweinefleisch erhöht hat. Wir haben den Eindruck, daß die Landwirthschaft in Frankreich wirksamer geschützt wird als in Deutschland; ob auch die Gesundheit der Consumenten, behalten wir einer späteren Erörterung vor.

Zur Entwerthung der Schweinepreise hat übrigens nicht blos die unerwartete Concession gegen Amerika, sondern auch die Ausdehnung der Einfuhr über Steinbruch, die bekannte österreichische Exportfirma, mitgewirkt. Der Händler und Käufer ist entmuthigt worden, in diesem Artikel Geschäfte zu machen. Das Einfuhrverbot gegen Ungarn war auch ein lediglich sanitaires und nothwendig wegen des Mangels an rechtlicher Sicherheit ausländischer Gesundheitsatteste, einer Sicherheit, welche nicht nur Amerika, sondern auch den ungarischen und russischen Einrichtungen gegenüber im Großen und Ganzen mangelt. Nur die Steinbrucher Einrichtungen gewährten nach genauer Erkundigung ein höheres Maaß von Sicherheit, nur ihnen wurde deshalb unter unserer früheren Regierung die Einfuhr gewährt. Kennen nun die Blätter, welche die Aufhebung der Einfuhr vertreten, eine amerikanische Einrichtung, welche der von Steinbruch entspräche und dasselbe Vertrauen auf ihre Atteste einflößte, welches seit fünf und mehr Jahren den Import über Steinbruch ermöglicht, Garantien der Zuverlässigkeit, wie sie im Steinbrucher Betriebe vorausgesetzt, in Amerika aber bisher vermißt wurden? Wenn das nicht der Fall ist, so müssen sie anerkennen, daß sie das uns verbündete Oesterreich ungünstiger und mißtrauischer behandeln als die amerikanischen Einrichtungen: von Amerika verlangt man keine Garantien, wie Steinbruch sie für Ungarn gewährt, sondern durch die plötzliche Aenderung der Beziehungen im Schweinehandel ist der Gesammtheit aller amerikanischen Stellen und Behörden dasselbe Vertrauen beigelegt worden, welches sich Oesterreich-Ungarn gegenüber auf die privilegirten Einrichtungen von Steinbruch beschränkt.

Die wirthschaftlichen Abmachungen mit den meisten fremden Staaten werden uns erschwert durch unsere gewissenhafte Ehrlichkeit in der Ausführung. Wir prästiren dem Auslande diligentia quam in suis; auf der ausländischen Seite aber giebt uns gegenüber die Beachtung der

eigenen nationalen Interessen und die größere Fügsamkeit der Beamten den ausführenden Behörden die Möglichkeit, aus patriotischen Gründen das eigene Landesinteresse zu fördern und das deutsche zu schädigen in Formen, welche die deutsche Gewissenhaftigkeit nicht nur bei den Gerichten, sondern auch bei den Verwaltungsbeamten und den Zollbehörden nicht gut heißen würde. Deutschland hat kaum ein Nachbarland, dem gegenüber diese Erfahrung vom deutschen Handel nicht gemacht worden wäre. Bei den außerdeutschen Behörden aber ist der „Patriotismus" stärker als das Rechtsgefühl; bei uns ist es umgekehrt.

* * *

Am 14. November siedelte die Fürstliche Familie wieder nach Friedrichsruh über. Des Fürsten Wille war es, schon früher Varzin zu verlassen, doch wollte er erst die Vollendung einzelner baulicher Veränderungen abwarten, die während seiner Anwesenheit in Angriff genommen waren. Als nun aber Alles zu seiner Zufriedenheit ausgefallen, nahm er von seinem Bevollmächtigten, Oberförster Westphal, Abschied und trat am Sonnabend früh die Reise an.

Wie immer, so mußte auch diesmal der Weg über Berlin genommen werden. Auf dem Bahnhof zu Schlawe, wo der Zug bis zur Weiterfahrt um 10³/₄ Uhr Vormittags längeren Aufenthalt hatte, wurde der Fürst vom Landrath von Balan und dem fürstlichen Justitiarius, Justizrath Wrede, begrüßt, mit denen der Fürst eine lebhafte Unterhaltung pflog. In Stargard hatte sich schon ein größeres Publicum eingefunden, das dem ehemaligen Reichskanzler stürmische Ovationen darbrachte.

In Stettin betheiligten sich bei der Durchfahrt des Fürsten die Spitzen der Behörden selbst an der sehr herzlichen Begrüßung (während in Berlin erfahrungsgemäß stets alles fern blieb, was den officiellen Kreisen angehörte). Ein Stettiner Bericht meldet:

Eine überaus herzliche Begrüßung wurde dem Fürsten Bismarck hier bei der Durchfahrt zu Theil. Der Bahnhof war trotz ungünstiger Witterung von einem zahlreichen Publicum gefüllt, das den Fürsten mit lautem Hurrah begrüßte. Von einigen Damen wurden Blumensträuße überreicht, die der Fürst für seine Gemahlin in Empfang nahm. Der Oberpräsident von Puttkamer und der Polizeipräsident Graf Stolberg, die sich zur Begrüßung auf dem Bahnhof eingefunden hatten, wurden in den Salonwagen gebeten und verblieben dort in längerer Unterhaltung; die Frau Fürstin nahm sodann noch Gelegenheit, Frau von Puttkamer zu begrüßen.

Bismarck sah sehr gut aus und äußerte, daß er sich selten so wohl gefühlt habe und daß die Ruhe ihm nie so gut bekommen sei wie jetzt in Varzin. Als der Zug noch hielt, stimmte die Menge „Deutschland, Deutschland über Alles" an. Bei der Abfahrt ertönten wieder begeisterte Hochrufe. Der ganze Empfang zeigte, wie tief die Liebe zu Bismarck im Herzen des Volkes wohnt.

Ueber den Berliner Aufenthalt des Fürsten auf dem Stettiner und auf dem Lehrter Bahnhof bringen die „Hamb. Nachr." vom 15. November (M.-A.) folgenden Bericht:

Obgleich das Wetter der heutigen Nachmittags- und Abendstunden der Entfaltung öffentlicher Kundgebungen möglichst ungünstig war, zeigte doch die Physiognomie der nach dem Stettiner Bahnhof führenden Straßenzüge auf den ersten Blick, daß sich ein außergewöhnliches Ereigniß vorbereite. Die Kunde, daß Fürst Bismarck auf der Reise von Varzin nach Friedrichsruh Berlin passiren und kurze Zeit in der Reichshauptstadt Rast machen werde, hatte sich gestern Abend aus den Zeitungen wie ein Lauffeuer durch alle Schichten der Bevölkerung verbreitet und heute einen Massenandrang nach dem Stettiner Bahnhof hervorgerufen. Schon eine volle Stunde und länger vor der in den Blättern mitgetheilten Zeit füllte sich der Platz vor dem Bahnhofsgebäude sowie das Innere desselben mit einer großen Menschenmenge, die ohne Unterlaß anschwoll und bald nach vielen Tausenden zählte, und in welcher alle Stände und alle Berufsarten vertreten waren. Die Ungeduld der Harrenden hatte vielfach den Glauben hervorgerufen, daß der Erwartete bereits mit dem um 4 Uhr 33 Min. von Stettin fälligen Zuge eintreffen werde. Die Insassen dieses Zuges waren nicht wenig erstaunt, sich von einer dicht gedrängten Menge in Empfang genommen zu sehen, welche sich, als sie ihres Irrthums inne wurde, mit enttäuschten Mienen auf das weitere Warten verlegte, ohne sich durch die Unbilden der Witterung im geringsten stören zu lassen. Weit über den geschützten Theil des geräumigen Perrons hinaus standen die Schaaren. Beinahe hätte die Polizei ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie, um zu verhindern, daß der Andrang geradezu lebensgefährliche Dimensionen annahm, kurz nach halb 5 Uhr zur Sperrung des äußeren Theiles des Bahnsteiges schreiten mußte, unter dem Anheimgeben, daß, wer Anspruch auf nähere Begrüßung des Fürsten habe, sich durch Lösung eines Bahnsteigbillets einen Platz in der Anfahrtshalle sichern möge. Diese Anordnung wurde alsbald das Signal zu einem Sturm auf die Billetschalter: im Nu waren Hunderte von Karten gelöst, sodaß den Sicherheitsbeamten, ebensosehr im Verkehrsinteresse wie mit Rücksicht auf die Sicherheit des Publicums nichts anderes übrig blieb, als den Zug nur zur Hälfte in den durch Barrieren abgesperrten Außenperron einfahren zu lassen und so das Publicum einigermaßen von dem letzten Theile des Zuges, welcher durch die fürstlichen Wagen — einen 1. Classe-Wagen, einen Salonwagen und einen Packwagen — gebildet wurde, abzuhalten. Allein die in großen Schaaren anwesende akademische Jugend fand trotzdem Mittel und Wege, um ihre Huldigungen aus unmittelbarster Nähe darzubringen. Kaum verlautete das Wort „polizeiliche Absperrung", als die Studenten auch schon unaufhaltsam über Zäune und Barrieren volti-

girten und gerade zurecht kamen, um den von zwei Maschinen beförderten, langsamen Tempos in den Bahnhof einfahrenden Zug zu begrüßen. Kaum war der Zug zum Stehen gebracht, als auch schon die Massen heranflutheten und sich rings um den Salonwagen stauten.

Der Fürst war Anfangs nicht sichtbar, sondern hielt sich mit Gattin und Tochter, der Gräfin Rantzau, im Hintergrunde des Salonwagens; allein die mit elementarer Gewalt die Luft durchbrausenden Jubel- und Willkommensrufe zeigten ihm in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit und Eindringlichkeit, daß der Begründer der nationalen Einheit nicht unerkannt und unbegrüßt des Deutschen Reiches Hauptstadt, auch nicht im Dunkel eines unfreundlichen Novemberabends, passiren könne, ohne von der getreuen Bevölkerung aus dankbarem Herzen den Willkommens- und den Scheidegruß entgegenzunehmen.

So trug der Fürst dem Drange der Situation Rechnung, trat an das erste Fenster des Salonwagens und schaute freundlich bewegten Antlitzes auf das buntbewegte Volksbild draußen. Donnernde Hoch- und Hurrahrufe grüßten den eisernen Kanzler, immer wieder aufs Neue anschwellend, wenn sie verhallen zu wollen schienen. Die Begeisterung der Menge durchbrach alle sicherheitspolizeilichen Schranken; Jeder trachtete die kraftvoll aufgerichtete, einfach in graue Reisejoppe nebst der bekannten Jagdmütze gekleidete Gestalt des großen Mannes aus nächster Nähe zu sehen, und es kostete dem bevorzugten Theile der Tausende, der zur Ueberreichung von Blumenspenden legitimirt war, nicht geringe Mühe, sich allmählich nach dem Salonwagen hindurch zu arbeiten. Doch Beharrlichkeit führte zum Ziele, und der Fürst selber ließ es sich nicht nehmen, die ihm von starker, wie von zarter Hand dargebrachten Sträuße und Blumenarrangements den Spendern abzunehmen und im Innern des Wagens unterzubringen. Ein durch Zartheit der Farben-Zusammenstellung wie Lieblichkeit des Duftes wahrhaft entzückend wirkendes Cadeau wollte Frau von Hansemann persönlich der Fürstin darbringen, mußte aber schließlich einen Bahnbeamten mit dem Mandat dazu betrauen, weil in dem Gedränge für eine Dame kein Durchkommen war. Unter den sonstigen Blumenspenden fielen noch die Gaben einiger Berliner Bürger und ihrer Damen durch besonderes geschmackvolles Arrangement auf.

Nach und nach legte sich die wogende Begeisterung und machte, als man sah, daß Fürst Bismarck das Wort zu nehmen sich anschickte, einer lautlosen Stille Platz:

„Ich danke Ihnen — so lauteten die Worte des Gefeierten — für Ihren freundlichen Empfang. Ich möchte Sie aber doch bitten, etwas vom Bahnsteig zurückzutreten, wenn der Zug anzieht!“

Der Fürst sprach diese wenigen Worte mit so humorvoller Wärme, daß er die Menge zu Ausbrüchen lautester Fröhlichkeit begeisterte und der Versuch

ein abermaliges Silentium herzustellen, scheiterte an der Intonirung des sofort von vielen hundert Kehlen aufgenommenen Liedes „Deutschland, Deutschland über Alles!“ Es folgten neue Hochrufe, untermischt mit Bitten: „In den Reichstag kommen!“ „Auf Wiedersehen im Reichstage!“

Schnell enteilten die flüchtigen Momente des Aufenthalts auf dem Stettiner Bahnhofe. Schon hatte sich die Rangirmaschine vor den fürstlichen Sonderzug gelegt, um denselben nach dem Lehrter Bahnhofe überzuführen, als es dem Fürsten gelang, sich nochmals Gehör zu wiederholten Mahnungen an das Publicum, sich in Acht zu nehmen, zu verschaffen:

„Bitte, treten Sie zurück; es wäre mir zu schmerzlich, einen von meinen Freunden missen zu müssen!“

In demselben Momente setzte sich der Zug nach einem Aufenthalt von nur etwa 10 Minuten in Bewegung, und, von den tausendstimmigen Abschiedsgrüßen der zurückbleibenden Menge geleitet, fuhr er seinem nächsten Ziele, dem Lehrter Bahnhofe zu.

Wesentlich anders als auf dem Stettiner gestaltete sich die Begrüßung auf diesem Bahnhofe. Hier hielt der Wagen des Fürsten über eine Stunde. Es war ein Empfangen und Abschiednehmen, wie es rührender und herzinniger kaum gedacht werden kann. Zu vielen Hunderten drängte das Publicum, aus allen Schichten der Bevölkerung bestehend, Jung und Alt, Männer und Frauen, in die Wartesäle, in der Hoffnung, zu dem Perron Zutritt zu gewinnen. Absperrungsmaßregeln waren zwar polizeilicherseits im weitesten Umfange getroffen worden; dieselben bildeten jedoch für einen sehr großen Theil der Erschienenen kein Hinderniß, um den Fürsten zu begrüßen und sich von ihm zu verabschieden. Eine beträchtliche Anzahl der Anwesenden bestieg die Wartesaaltische, die an die Fenster und Thüren geschoben waren; sie gewannen so wenigstens einen Blick auf den Fürsten und seine Familie. Ein anderer Theil eilte zur Casse, um durch die Lösung eines Billets nach Wittenberge, der nächsten Haltestation des Berlin-Hamburger Schnellzuges das Eintrittsrecht auf den Perron zu gewinnen. So mancher war gewiß unter dieser Schaar, dem diese Ausgabe nicht leicht geworden ist, und doch sah man es Allen an, daß sie beglückt waren, auf diese Weise Gelegenheit zu erhalten, dem Begründer des Deutschen Reichs bei seiner Anwesenheit in Berlin ihre Huldigungen darzubringen.

Während dieser Vorgänge wurden fortdauernd patriotische Lieder gesungen, ertönten anhaltend begeisterte Hochrufe. Der Fürst, nebst seiner Gemahlin am Wagenfenster sitzend, dankte wiederholt durch Abnehmen seiner Reisemütze wie durch Handbewegungen. Als kurz vor 7 Uhr für Alle, die sich Fahrkarten gelöst hatten, die Thüren zur Bahnhofshalle geöffnet wurden, stürzte die Menge unter lauten Hochrufen auf den Wagen des Fürsten zu. Die Schutzleute waren schnell zur Seite gedrängt, und nun ging es an eine

jubelnde Begrüßung, die, wie sie aus tiefem Herzen kam, auch jedem der Theilnehmenden und sicherlich nicht zuletzt der fürstlichen Familie tief zu Herzen drang. Eine große Zahl von Herren und Damen der Berliner Gesellschaft, welche mit der fürstlichen Familie befreundet sind, erschien und wurde vom fürstlichen Paare wie von der Gräfin Rantzau freundlichst begrüßt. Im Namen von Angehörigen des 19. hannoverschen Wahlkreises überreichte Herr Dr. Diedrich Hahn dem Fürsten eine Karte, auf welcher plattdeutsche Verse geschrieben waren:

Fürst von Bismarck, lange Johren
Sall de Herrgott Di bewohren!
Di erholen jung an Moth,
Denn hett Dütschland keine Noth!
Vör dat neie dütsche Riek
Wörst und bliwst Du Damm und Diek!

Dr. Hahn las die Verse laut vor. Fürst Bismarck dankte dem Ueberbringer der Karte, bat ihn, seinen Dank und seine Empfehlung an die Landsleute zu bestellen, und äußerte, daß ihn vornehmlich die letzten Worte der Verse sympathisch berührt hätten, da er ja ehemals Deichhauptmann gewesen wäre. Der Fürst schüttelte Herrn Dr. Hahn freundlichst die Hand. Da erschallte das zweite Läuten der Bahnhofsglocke, und nun begann ein gewaltiger Ansturm an des Fürsten Wagen; es ging an ein Händeschütteln und Händeküssen, das kein Ende nehmen wollte, und dem Fürst Bismarck Einhalt zu thun außer Stande war. Unter lautem Hurrah- und Hochrufen, sowie dem schließlichen Absingen des Liedes: „Deutschland, Deutschland über Alles!" fuhr der Zug aus der Halle. Der Fürst, aufrechtstehend, dankte nochmals und wiederholt für die ihm dargebrachten Ovationen.

Der Fürst sah vorzüglich aus. Geradezu bewundernswerth war die körperliche Elasticität, mit welcher er die ganze lange Zeit hindurch, bald freundlich grüßend, bald in längerer oder kürzerer Unterhaltung mit den in der Bahnhofshalle versammelten Personen begriffen, am Fenster seines Wagens aushielt. Fürst Bismarck wird gewiß die erneute Ueberzeugung in sein Friedrichsruher Schloß mitgenommen haben, daß die alte Liebe und Anhänglichkeit in der Reichshauptstadt zu ihm fortbesteht und daß er stets jubelnd bewillkommt werden wird, so oft er hier erscheint.

Ueber die stürmischen Huldigungen auf dem Lehrter Bahnhof wird der „Kölnischen Zeitung" noch geschrieben:

„Die Vorgänge bei Bismarck's Abreise vom Lehrter Bahnhof spotten jeglicher Beschreibung. Der Ansturm des Publicums, das sich aus den besten Gesellschaftskreisen zusammensetzte, übertraf um ein Vielfaches die Huldigungsscenen bei früheren Anwesenheiten des Fürsten. Aus den ununterbrochenen

donnernden Hoch- und Hurrahrufen löste sich eine ganze Reihe begeisterter kurzer Ansprachen, größtentheils von alten Herren mit bewegter und thränenerstickter Stimme gesprochen. Der Fürst war gleichfalls, so vortrefflich er aussah, tief erschüttert. Einen derartigen Begeisterungsausbruch hatte er offenbar nicht erwartet. Hunderte von Männern reifen Alters waren von der Scene überwältigt, sie brauchten sich der Thränen nicht zu schämen, die ihnen über die Wange perlten. Unaufhaltsam fluthetete der Strom der Menge am Wagen vorüber, jeder überglücklich, einen Händedruck des großen Kanzlers zu erhalten. Gott erhalte uns unsern Bismarck noch lange, lange Jahre, das war der hundert- und aberhundertmal wiederkehrende innige Wunsch Auch der Fürstin wurden warme Begrüßungen zu Theil."

Ein Berliner Blatt berichtet noch folgende Einzelheiten:

Ueber seinen jetzigen Gesundheitszustand äußerte sich der Fürst sehr zufriedenstellend er fühle sich jetzt so wohl, wie seit Jahren nicht, der Aufenthalt in Varzin habe ihm sehr gut gethan. — Bezüglich der Ovation, die man ihm auf den beiden Bahnhöfen bereitete, meinte der Fürst,

> es freue und rühre ihn sehr, daß man ihn doch noch nicht ganz vergessen habe, und er hoffe zuversichtlich, daß er seinen lieben Berliner Freunden diese Anhänglichkeit doch noch einmal durch Wort und That beweisen könne!

Zu einer Dame, die ihm auf dem Stettiner Bahnhofe ein Bouquet überreichte, sagte der Fürst, es freue ihn, daß man seiner mit solcher Liebe gedenke, und der Frau Fürstin die duftige Spende überreichend, fügte der Altreichskanzler galant hinzu:

> „Sie gestatten, meine Gnädige, daß ich diesen Strauß meiner Frau als Andenken an unser liebes Berlin gebe."

Als einer der Herren dicht vor dem Coupéfenster, zu welchem Fürst Bismarck hinausschaute, demselben erklärte, daß noch eine große Anzahl Personen gern Durchlaucht ihre persönlichen Grüße dargebracht hätten, der Absperrungsmaßregeln wegen aber nicht herankommen könnten, meinte der Fürst, daß thäte ihm sehr leid und er bitte, nur Alle von ihm zu grüßen — aber, fügte der Altreichskanzler lächelnd hinzu, indem er auf die vergeblich das Publicum zurückdrängenden Schutzleute deutete — „Ordnung muß sind, meine Herren!"

Ueber die ungewöhnlich strengen Absperrungsmaßregeln schreibt die „Post":

Auf dem Lehrter Bahnhof waren die umfassendsten Absperrungsmaßregeln getroffen. Die Stimmung des Publicums war in Folge dessen hier eine sehr erbitterte. Vielfach wurde die Meinung offen ausgesprochen, daß die scharfen Maßregeln nur getroffen seien, um den Heros der Nation den

Huldigungen des Volkes zu entziehen. Der Zutritt zum Perron war schon sofort nach 6 Uhr gesperrt. Die bis dahin Anwesenden wurden zum Verlassen des Perrons angehalten. Der Bahnsteigbilletverkauf war eingestellt. Nur mit Schnellzugbillet nach Stationen über Spandau hinaus konnte man nach dem Perron gelangen. Da die Zugänge aber bald dicht gefüllt waren von der stark erregten Menge, konnten selbst die Reisenden mehrfach nicht zum Zuge gelangen. Der Ausweg, den man schließlich dadurch fand, daß man die Leute durch die Portierloge ließ, blieb vielen Betheiligten unbekannt.

Die Fenster der Wartesäle waren von Anfang an dicht belagert. Mehrere Stühle wurden zertreten, die Menge ließ sich aber nicht wegtreiben. Die Fenster wurden wiederholt aufgerissen.

Der Bericht der „Post“ fährt dann fort:

Als der Sonderzug des Kanzlers in die Halle einfuhr, waren außer den Vorstehern der Bahnverwaltung nur etwa 10 Damen und Herren auf dem Bahnsteig. Bald fanden sich noch einige Damen und Herren aus dem Beamtenkreise ein, mit denen sich der Fürst und die Fürstin auf das angelegentlichste unterhielt. Aus dem Publicum nahm sodann einer der Herren das Wort, um den Kanzler zu begrüßen. Der Fürst antwortete mit kurzen Worten des Dankes. Während dessen drangen fortgesetzt Hochrufe aus den Sälen heraus, und wiederholt wurden „Die Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über Alles“ gesungen. In einer kurzen Ruhepause nahm noch einer der Anwesenden das Wort. „Wir gedenken“, sprach er mit laut schallender Stimme, „in dieser Stunde der großen Männer Deutschlands, des Kaisers Wilhelm des Siegreichen, seines großen Feldmarschalls — beide sind nicht mehr da —, aber unseren großen Kanzler haben wir noch — Gott erhalte ihn uns noch lange!“

Ein brausendes Hoch folgte dem andern, und als gar noch der Ruf erscholl, „dem Unvergeßlichen, dem Großen“, da wollte der Beifall kein Ende nehmen. Gerührt drückte der Kanzler Allen, die auf ihn zudrängten, die Hand, und so stürmisch wurde sie erfaßt, daß Blut vom Mittelfinger floß und der Kanzler für einen kurzen Augenblick in den Wagen zurücktreten mußte, um das Blut abzuwischen.

Inzwischen hatte man sich erfolgreich bemüht, Ruhe herzustellen, so daß der Kanzler mit folgenden Worten danken konnte:

> „Ich danke für die vielen Beweise treuer Liebe, und nachdem ich so lange nicht in Berlin war, freut es mich, zu sehen, wie gute Freunde ich hier noch habe.“

Die Worte riefen erneuten Beifall hervor, und von vielen Seiten wurde stürmisch „Auf Wiedersehen“ gerufen. Auch hier waren zahlreiche Blumenspenden in den Wagen gereicht, auch hier hatte sie der Fürst meist persönlich entgegengenommen. Um 7 Uhr 13 Minuten setzte sich endlich der Zug in

Bewegung, und mit fast elementarer Gewalt kam nochmals der letzte brausende Abschiedsgruß zum Ausdruck."

Einer weiteren Zuschrift an die „Hamb. Nachr." entnehmen wir noch folgende Aeußerungen über die polizeilichen Maßnahmen, die einen gar zu deutlichen Beweis für die in den officiellen Kreisen gegen den Fürsten Bismarck herrschende Stimmung liefern:

Noch unter dem gewaltigen Eindruck stehend, den die spontanen Kundgebungen auf dem Stettiner und Lehrter Bahnhofe bei mir wie bei allen Theilnehmern hinterließen, bitte ich Sie um die Aufnahme dieser Zeilen in Ihr geschätztes Blatt. Leider muß ich vor allem einem peinlichen Gefühle Ausdruck geben, welches alle Theilnehmer an der Huldigung beherrschte. Es ist dies der Unwille über das Verhalten der Polizei, die überhaupt jede Ovation verhindert hätte, wenn nicht das Publicum so unwiderstehlich nach der Kundgebung seiner Gesinnung verlangt hätte. Nur die begeisterte Stimmung der Menge und ihre rückhaltlosen, hinreißenden Ovationen waren schuld, daß jede peinliche Scene vor den Augen des Gefeierten unterblieb.

Auf dem Stettiner Bahnhofe hatte sich schon lange vor Ankunft des Zuges eine so große Menge angesammelt, daß auf ein Durchkommen auf dem Bahnsteige für die späteren Nachzügler gar nicht zu rechnen war. Und die Polizei, die doch sonst nicht gerade zurückhaltend, sondern vielmehr „zurückschiebend" ist, ließ noch wenig außer der allgemeinen Aufsicht und dem Ordnunghalten von sich spüren. Da kam der Zug. Zwei Locomotiven ließen vermuthen, daß er ziemlich lang sei. Ein Fahrgast rief der Menge zu: „Letzter Wagen". Alles strömte natürlich dorthin, und wieder geschah das Unglaubliche: weit schon vor dem Salonwagen waren lebendige und hölzerne Schranken aufgerichtet, welche jedes Weitergehen verhindern sollten. Das Vorzeigen von Bahnsteigkarten, die den Zutritt auf dem ganzen Bahnsteige ermöglichen, war vergeblich. Die Schutzleute antworteten mit dem ihnen ertheilten Befehle, Niemand durchzulassen. Doch die begeisterte und nach Ovation ebenso wie nach dem Antlitze des geliebten Fürsten dürstende Menge durchbrach die Postenkette, und im Nu war der Wagen des Fürsten von einer lebenden Mauer umgeben. Die unbeschreibliche Begeisterung, die sich dort kundgab, kam mir unerwartet, da ich wohl Freunde des Fürsten, aber nicht, wie sich hier zeigte, eine ihn abgöttisch verehrende Menge in Berlin vermuthete. Das Publicum bestand aus allen Schichten der Bevölkerung und legte lautes Zeugniß für die allgemeine Liebe des Volkes ab. Selbst der größte Skeptiker hätte hier verstummen müssen vor der Sprache eines Volkes, welches darnach drängte, seinen patriotischen Gefühlen Luft zu machen.

Zeigte sich dies klar und deutlich auf dem Stettiner Bahnhofe, wo die

Akademiker sehr zahlreich vertreten waren, so wurde diese Ansicht nur ungemein bestätigt und gefestigt durch die Huldigung auf dem Lehrter Bahnhofe, wo auch die übrige Bevölkerung, auch die Damen in Menge vertreten war. Eine Viertelstunde nach der Kundgebung auf dem Stettiner Bahnhofe, schaarte sich hier das Publicum zu dichten Haufen. Doch die Polizei hatte hier noch umfassendere Maßregeln getroffen, die nicht nur allgemeines Staunen, sondern sogar laute Entrüstung zur Folge hatten. Es waren sämmtliche Zugänge zum Bahnsteige geschlossen, selbst die Personen, welche den Schnellzug benutzen wollten, in dem der Fürst fuhr, mußten in den Wartesälen verharren. Als dann endlich verkündigt wurde, daß die Fahrgäste herauskommen dürften, da war die Noth groß. Sich windend und krümmend, ihre Taschen und Handgepäck krampfhaft nach sich ziehend, mußten die armen Fahrgäste durch die Menge und die nur eintheilig geöffneten schmalen Perronthüren. Dies war selbstverständlich unmöglich, und die um die Abfahrt besorgten Leute jammerten laut und schrieen. Es wurde gefragt, ob es denn ein Verbrechen sei, dem Fürsten zuzujubeln und ob das vor 3 Jahren denkbar gewesen sei. Ich war einer der wenigen Beglückten, denen es gelang, durch dreifache Posten hindurch bis an den Wagen des Fürsten zu gelangen. Aus den offenen Fenstern der Wartesäle schrie man: „Wenn wir auch nicht kommen dürfen, wir bringen doch ein Hoch!" Ich sah, wie ein Mann, dem es ebenfalls gelungen war, die verschiedenen Mauern zu durchbrechen, unbekümmert um die übrige Gesellschaft am Wagen die Hand des Fürsten ergriff und heiser rief: „Großer Kanzler, edler Fürst!" So hingerissen war die ganze Menge, und unwiderstehlich war der Enthusiasmus. Dies Gefühl schien man auch in des Fürsten Umgebung zu haben, denn Professor Schweninger rieth ihm, einmal auszusteigen und den Bahnsteig auf und ab zu gehen, um dem Publicum seine geliebte Gestalt zu zeigen. Der Fürst zauderte ein wenig, indem er sagte, es sähe das so aus, „als ob er etwas wollte". Vielleicht hätte er es noch gethan, aber der Zug fuhr wenige Augenblicke darauf unter brausenden Zurufen ab. Die Empfindung, die der Theilnehmer nach den Huldigungen haben mußte, war die, daß man historische Augenblicke durchlebt habe, in denen ein Volk seine wahre Gesinnung und Dankbarkeit zum Ausdruck bringt. Sehr selten sind heutzutage bei uns Gelegenheiten, wo man eine so warme, patriotische Begeisterung verspürt wie hier, und deshalb wird die Erinnerung an diese einzigen Augenblicke bei jedem Theilnehmer unauslöschlich sein.

* * *

Die im Vorstehenden geschilderten strengen Maßregeln der regierenden Kreise bei der Durchreise des Fürsten Bismarck durch Berlin haben zum Theil das directe Gegentheil von dem erreicht, was beabsichtigt worden war,

besonders bei einem Theile der freisinnig-demokratischen Presse. Die „Köln. Ztg." bespricht deren Verhalten dem Fürsten gegenüber folgendermaßen:

Der gewaltige Ausbruch der Volksstimmung, der die Durchfahrt des Fürsten Bismarck durch Berlin begleitete, hat verschiedenen radicalen Blättern, wie der „Frankf. Ztg" und der „Freis. Ztg.", Gelegenheit gegeben, ihre freiheitliche Denkweise, die sittliche Hoheit ihrer Gesinnung und ihre peinliche Wahrheitsliebe in glänzender Beleuchtung erstrahlen zu lassen. Die Absperrungsmaßregeln, die bei allen unabhängigen Männern ein so tiefes Gefühl der Erbitterung erregt haben, erscheinen diesen freiheitsdurstigen Männern durchaus gerechtfertigt; ihrer Ansicht nach hat das deutsche Volk nicht das Recht, den großen Begründer der nationalen Einheit so lebhaft zu ehren, wie es ihm beliebt. Ueberwältigende Kundgebungen der Dankbarkeit und Verehrung, welche ergraute Männer zu Thränen rührten, werden als das Ergebniß einer künstlichen Mache, als das Werk antisemitischer Studenten dargestellt. Diese niedrigen Seelen haben keine Ahnung davon, wie viel Liebe und Bewunderung für den Schöpfer des Deutschen Reiches in deutschen Herzen lebt; sie würden es sonst nicht wagen, ihre Gesinnung in ihrer ganzen nackten Häßlichkeit auf offenem Markte auszustellen, indem sie eine Kundgebung edel-menschlicher Empfindungen mit frechem Hohn begeifern.

Das rheinische Blatt fährt aber alsdann fort:

Der Zufall hat es gewollt, daß eine andere Abtheilung der radicalen Preßgruppe es für zweckmäßig erachtet hat, die Berliner Vorgänge für eine Taktik zu verwerthen, die, wie man sie auch sonst verurtheilen mag, doch wenigstens eine ehrliche Anerkennung der politischen Bedeutung dieser Volkskundgebung voraussetzt. Unter der Ueberschrift: „Zeichen der Zeit" schreibt die Berliner radicale „Volkszeitung":

„Fürst Bismarck hat am Sonnabend Berlin passirt und ist bei dieser Gelegenheit der Gegenstand lebhafter Ovationen gewesen, lebhafterer, als sonst seit seinem Rücktritt aus dem Reichskanzleramt. Auch sonst wohl war die Durchreise Bismarck's vorher bekannt, aber nie erreichte die Wärme der Begrüßung den diesmaligen Grad. Auch der Ruf: ‚In den Reichstag kommen!' zeigte, daß die Anhänger des Fürsten von seinem Auftreten sich jetzt besondere Dinge versprechen. Woher kommt dieses Anschwellen der Hoffnungen und Sympathien der Anhänger? Wir glauben, man braucht nicht lange zu suchen, um die Erklärung dafür zu finden. Die Regierung hat es vortrefflich verstanden, indem sie unsicher zwischen altem und neuem Course hin- und herschwankte, es mit allen Parteien zu verderben. Nirgends entdecken wir ein entschiedenes Eintreten — von einem ‚unbedingten' ganz zu schweigen — für ihre Politik, nirgends eine ernsthafte, tiefer gehende Befriedigung über ihre Politik. Man könnte freilich alledem die großen parlamentarischen Erfolge des neuen Courses entgegenhalten. Aber warum wurden

die Steuergesetze und die Landgemeindeordnung, das Arbeiterschutzgesetz und das Zuckergesetz und andere Vorlagen mit so großen Mehrheiten angenommen? Etwa weil diese Mehrheiten mit den Vorlagen so ungemein zufrieden waren? Durchaus nicht; sie waren nur nicht unzufrieden genug, um sie zu verwerfen. Aber voll befriedigt haben diese Gesetze keinen Menschen.

„Doch abgesehen von dieser allgemeinen Mißstimmung über die gesetzgeberische und verwaltende Thätigkeit der Regierung, so ist noch ein anderes starkes Moment hinzugekommen, das die Mißstimmung allmählich zur Beunruhigung gesteigert hat. Es sind eine Reihe von Dingen seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck, besonders in den letzten zwölf Monaten, passirt, bei denen alle Welt sich vergeblich fragte: Wo sind die Minister? Man sah einen kraftvollen, selbstbewußten Herrscher, aber man sah keinen Minister. Es wurde eine Schulconferenz einberufen. Bei ihrer Eröffnung entwickelte der König ein Programm, das dem des amtirenden Ministers schnurstracks entgegengesetzt war. Der Minister beugte sich und führte es aus. Des Königs Wille war für ihn Befehl .... Was Wunder, wenn alle Welt fragte: Haben wir noch Minister? Diese Haltung der Regierung war nur zu sehr angethan, im Volke den Glauben wachzurufen, als ob wir jetzt ein schwaches Ministerium besäßen, für das der Wille des Königs höchstes Gesetz sei. Dieser Glaube mußte wiederum bei den Anhängern des alten Courses die Sehnsucht nach der Wiederkehr des Fürsten Bismarck erheblich verstärken, dem man in der That alles Mögliche, nur nicht Schwäche vorwerfen kann, bei den Gegnern aber völlige Gleichgültigkeit gegen diese Eventualität erzeugen."

Dieser Artikel in der „Volks-Ztg." ist ebenso symptomatisch wie sein Abdruck in der „Köln. Ztg.".

* * *

Ueber eine Episode auf der Fahrt nach Friedrichsruh berichten die „Hamb. Nachr." vom 15. November (M.-A.) noch Folgendes:

Im Coupé zwischen Berlin und Wittenberge kam der Dr. Hahn auf die Idee, zwei Grüße aufzuschreiben für seine Landsleute und in Wittenberge die Unterschrift des Fürsten zu erbitten.

Auf den einen Zettel schrieb er:

„Einen Gruß an den Kriegerverein Osten a/O. (NB. dessen Ehrenmitglied der Fürst ist).

Wittenberge, 14./11. 1891."

Und auf den anderen Zettel:

„Einen Gruß an meine lieben Wähler im 19. hannoverschen Wahlkreise!

Wittenberge, den 14. November 1891."

Mit diesen beiden Zetteln ging Dr. Hahn in Wittenberge an das Coupé des Fürsten Bismarck und bat Se. Durchlaucht, ihm die Zettel doch gütigst

zu unterschreiben. Seine Landsleute müßten etwas Sichtbares von ihm haben. Er würde sich die Zettel in Friedrichsruh wieder abholen. Der Fürst meinte erst, während der Fahrt würde Schreiben wohl nicht gut möglich sein, es würde sich nachher aber wohl noch Tinte und Feder finden. Dann fragte der Fürst den Dr. Hahn:

„Wo sind Sie denn im 19. hannoverschen Wahlkreise zu Hause?“

Hahn nannte ihm Osten und erzählte, daß dort eine politisch sehr rege Bevölkerung wohne, die sich in hannoverschen Zeiten unter dem König Ernst August politisch hervorgethan habe. Dort seien im hannoverschen Verfassungsstreit besonders die Steuerverweigerer zu Hause gewesen. Man habe nachher sich lebhaft an Preußen angeschlossen und sei jetzt Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck freundlich gesinnt und ergeben. Am 2. Ostertage habe der Fürst mit die erste Depesche aus der Wahlbewegung aus Osten bekommen.

Darüber freute sich der Fürst und äußerte: „Wenn man so viele Feinde hat wie ich, freut man sich doppelt, von einem Orte zu hören, in welchem man so treue Anhänger besitzt wie bei Ihnen zu Hause.“

Dr. Hahn fragte dann weiter, ob der Fürst wohl geneigt sei, eine Deputation des Kriegervereins Osten a. O. zu empfangen, die ihm das Diplom seiner Ehrenmitgliedschaft überbringen wolle.

„Mit Vergnügen,“ antwortete der Fürst, „die Herren mögen nur zu mir kommen. Ich hätte selber Ihre Landsleute im 19. hannoverschen Wahlkreise schon gern besucht, aber es geht nicht gut, ich muß zu viel Rücksicht auf meine Gesundheit nehmen. Jetzt ist das Wetter ja auch zu schlecht.“

Dr. Hahn meinte dann: „Wir haben auch schon auf einen Besuch gehofft und bereits überlegt, welches Local bei uns wohl groß genug wäre, um alle Anhänger Ew. Durchlaucht zu fassen. Vielleicht haben wir im nächsten Sommer die Freude, Ew. Durchlaucht zu begrüßen.“

Fürst Bismarck antwortete darauf, er wolle mal sehen, ob er es dann nicht möglich machen könne. Weiter äußerte der Fürst:

„Sagen Sie nur Ihren Landsleuten, ich könnte vorläufig nicht gut nach Berlin in den Reichstag kommen. Zunächst liegt ja auch noch keine dringende Veranlassung vor. Außerdem habe ich keine Wohnung in Berlin.“

In Friedrichsruh gab dann der Fürst Bismarck dem Dr. Hahn die beiden in Wittenberge überreichten Zettel mit seiner Unterschrift zurück und bejahte zum Abschied vergnügt die Frage des Dr. Hahn, ob er auch dem Abgeordneten Schoof Grüße mitnehmen dürfe.

Aus dem Wittenberger Gespräche des Fürsten Bismarck mit dem Dr. Hahn theilen die „Hamb. Nachr.“ vom 17. November (M.-A.) noch Folgendes mit:

Der Fürst fragte, wie die Ernte in der Heimath des Herrn Dr. Hahn ausgefallen sei, und auf die Antwort, daß die trockenen Böden diesmal die besten Erträge gegeben hätten, meinte er:

„Ich habe in Varzin auch trockenen Boden und trotzdem doch nicht viel geerntet. Ich habe nur wenig Winterkorn verkaufen können und von den hohen Preisen keinen Vortheil gehabt."

Dabei lächelte der Fürst vergnügt und äußerte weiter:

„Wenigstens habe ich so viel Korn geerntet, um auch für meine Leute noch genug übrig zu haben, und das ist ja die Hauptsache."

Dr. Hahn erzählte dann dem Fürsten vom Hohen Fläming, dessen trockener Sandboden, wie er im letzten Manöver gesehen habe, dieses Jahr eine ganz besonders gute Ernte gehabt habe. Der Fürst freute sich darüber:

„Das kommt dort in der trockenen Gegend auch nicht alle Jahre vor. Was sind das dort allein für Sandwege!"

Als alle Umstehenden, die nur dann und wann das Gespräch mit Hochrufen unterbrachen, entblößten Hauptes blieben, forderte der Fürst sie auf sich doch zu bedecken, es sei ja Novemberluft!

Zwischendurch fragte ein mit einem Kneifer bewaffneter Einjähriger vom 3. Feldartillerie-Regiment, ob der Erzieher der gräflich Rantzau'schen Kinder im Zuge sei, und auf die bejahende Antwort des Fürsten erzählte er erfreut, der sei auch sein Erzieher gewesen. Entschieden amüsirt äußerte der Fürst: „Nun, da hat er ja seine Probe bestanden."

V. Periode:

Friedrichsruh 14. November 1891 — 17. Juni 1892.

Am 14. November Abends kam die fürstliche Familie wohlbehalten wieder in Friedrichsruh an und wurde von den dortigen Beamten und Bewohnern mit Beweisen herzlicher Verehrung empfangen.

Die „Hamb. Nachr." lassen sich über die Ankunft melden:

Auf dem kleinen Bahnhof im Sachsenwalde hatten sich trotz der späten Stunde und trotz des feuchten Nachtnebels, der sich auf die Landschaft niedergelassen hatte, eine stattliche Anzahl von Herren und Damen aus Friedrichsruh, Reinbeck und auch aus Hamburg versammelt, die es sich nicht nehmen lassen wollten, den Fürsten und seine Familie bei seinem Eintreffen zu begrüßen.

Um 10 Uhr 15 Min. passirte der sog. Blitzzug die Station und hielt einen Moment, bis der Salon- und Gepäckwagen des Fürsten abgehängt worden waren. Das von dem Stationsvorsteher telegraphisch nach Varzin ergangene Anerbieten, den fürstlichen Wagen vor das Schloßportal zu dirigiren, um dem Fürsten und seiner Gemahlin den Weg vom Bahnhof nach Hause zu ersparen, war ausdrücklich abgelehnt worden.

Sobald der Salonwagen hielt, wurde die Gestalt des Fürsten sichtbar, der im einfachen Rocke ohne Mantel, das Haupt mit der grauen Schirmmütze bedeckt, dem Wagen rüstig entstieg und sofort mit einem aus der Mitte des ihn erwartenden Publicums erschallenden dreifachen fröhlichen Hoch begrüßt wurde. Unter den Anwesenden befand sich Herr Emil Voigt aus Hamburg und Frau Baronin Merck, von welchen dem Fürsten herrliche weiße Fliedersträuße zur Begrüßung übergeben wurden. Herr Professor Schweninger führte, nachdem die Angekommenen mit den Nächststehenden freundliche Grüße ausgetauscht, die Fürstin, welche sich recht erholt zu haben scheint, nach den hinter dem Bahnhof harrenden Wagen, gefolgt vom Fürsten und dem gesammten Publicum. Während die Fürstin in Gesellschaft der Frau Baronin

Merck nach dem Schlosse fuhr, bestieg der Fürst mit Herrn Voigt den zweiten Wagen, nachdem er noch die kurze dienstliche Meldung der Gendarmerie entgegen genommen.

Das Stationsgebäude hatte zu Ehren der Angekommenen eine bescheidene, aber sehr hübsch aussehende Illumination durch vor die Fenster gestellte Kerzen erhalten. Auf dem Weg vom Portal bis zum Herren-Haus war von fackeltragenden Mannschaften der Ortsfeuerwehr Spalier gebildet worden.

Die zugleich mit dem Fürstenpaar eingetroffene Gräfin Rantzau war mit ihren Kindern und der Dienerschaft im Salonwagen geblieben, der vor das Schloßportal geschoben wurde, damit die Genannten ohne Benutzung von Equipagen das Heim erreichten und zugleich die Beförderung des Gepäcks vorgenommen werden konnte.

* * *

Der Verfasser der Bismarck-Regesten schickt der „Freisinnigen Zeitung" in Berlin am 14. November folgende Berichtigung:

Chemnitz, den 14. November 1891.

An die Redaction der „Freisinnigen Zeitung", Berlin.

Die „Freisinnige Zeitung" macht in Nummer 266 vom 13. November (Nachtausgabe) ihren Lesern auf Grund einer Besprechung in den „Hamb. Nachr." Mittheilung von dem Erscheinen des ersten Bandes meines Werkes: Fürst Bismarck. Regesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des ersten deutschen Reichskanzlers (Leipzig, Rengersche Buchhandlung).

So sehr ich im Interesse des Werkes Grund habe, der Redaction für eine solche Mittheilung dankbar zu sein, so entschieden muß ich doch gegen die Unterstellung Verwahrung einlegen, daß Fürst Bismarck das Werk selbst veranlaßt oder patronisirt zu haben scheine. Weder das eine noch das andere ist richtig. Fürst Bismarck hat von dem Werke erst Kenntniß erhalten, als ich — Anfang November — in der erfreulichen Lage war, es ihm zu übersenden; er hat weder direct noch indirect an dem Werke mitgewirkt. Wenn die Redaction der „Freisinnigen Zeitung" zum Beweis der Wahrscheinlichkeit ihrer Vermuthung schreibt: „Dies bekundet sich schon daraus, daß wörtliche Aufnahme in dasselbe auch alle Schmähungen und Drohbriefe gefunden haben, mit welchen Fürst Bismarck während seiner langen politischen Laufbahn bedacht worden ist" — so würde ein Blick in das Buch den Verfasser der Notiz eines Besseren belehrt haben. Wie jede wichtige Angabe in den „Regesten" mit dem Quellennachweis versehen ist, so steht auch hinter jedem Droh- und Schmähbrief Name und Nummer der Zeitung vermerkt, aus der der Herausgeber geschöpft hat. Ihn hat bei seiner Arbeit ein ethisches Interesse — die Verehrung für den Fürsten Bismarck — und ein historisches — die Ermittelung der objectiven Wahrheit — geleitet; jede politische Tendenz ist dem Werke fremd.

Ich bitte den Lesern der „Freisinnigen Zeitung“ von meiner Erklärung Kenntniß zu geben.

Dr. Horst Kohl, Oberlehrer am Kgl. Gymnasium.

* * *

Das „Deutsche Wochenblatt“, dessen Herausgeber der freiconservative Abgeordnete Dr. Otto Arendt ist, hatte in seiner Nummer vom 5. November „aus einer unzweifelhaften, zuverlässigen Quelle“ behauptet, Lord Salisbury habe seiner Zeit auf Wunsch des damaligen Staatssecretairs Grafen Herbert Bismarck eine Expedition unter dem englischen Capitain Bateman ausgerüstet in Stärke von 6 Officieren, 150 Sudanesen, 80 Somalis, einer Reihe von Küstensoldaten(?), im Ganzen 1150 Mann mit 2 Maximkanonen, 4 Armstronggeschützen und einer Raketenbatterie („es fehlen wirklich nur noch ein paar Mörserbatterien und ein Belagerungspark“, sagt d. Red. der „Allg. Ztg.“), um — die Expedition Peters abzufangen. Augenblicklich soll Capitain Bateman die Richtigkeit dieser Angaben bestätigt haben. Obgleich nun diese Riesenexpedition nur zwei Tagemärsche hinter Peters gewesen sein soll, hat sie ihn doch seltsamer Weise nie erreicht, sondern sich darauf beschränkt, „eines Morgens an eine Flußstelle geführt, wo die Deutschen lagern sollten, 40—60 Granaten auf den Platz zu werfen“.

Diese grausige Geschichte tischen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ihren Lesern auf und erhalten dafür folgende Antwort in den „Hamb. Nachr.“ vom 17. November (M.-A.):

> Graf Herbert Bismarck. Die officiösen Berliner, angeblich „Münchener Neuesten Nachrichten“ sprechen ihre Verwunderung aus, daß keine Berichtigung auf die bekannten Insinuationen des Abgeordneten Arendt gegen den Grafen Herbert Bismarck erfolgt sei, obschon Ersterer für dieselben den durchsichtigen Vorwand, er wolle zur Widerlegung einer Verleumdung Anlaß geben, als Motiv für den Abdruck des Unsinns angeführt hat. Für Unsinn wird auch Lord Salisbury die Behauptung gehalten haben, daß ein englischer Premierminister sich auf den Privatwunsch eines ausländischen Bekannten darauf eingelassen haben sollte, eine Expedition von 1100 Mann auszurüsten zum Abfangen eines deutschen Privatunternehmens, an dessen Mißlingen an sich Niemand zweifelte. England ist reich, aber eine Expedition von dieser Größe in Ostafrika involvirt doch eine Summe von Pfund Sterling, bei der auch die englische Gemüthlichkeit in Geldsachen aufhört, ganz abgesehen von der Zumuthung, daß der britische Löwe und der leitende englische Minister sich auf mündliche Insinuationen eines Ausländers als Hetzhunde in afrikanischen Wildnissen nicht hätten gebrauchen lassen.
>
> Wenn Jemand durch das „Deutsche Wochenblatt“ verleumdet worden ist, so sind es die beiden Regierungen, die englische sowohl wie die

deutsche. Von der englischen ist schwer zu erwarten, daß sie auf Anklagen des Abgeordneten Arendt reagire, auch selbst wenn dessen Blatt behaupten sollte, Lord Salisbury habe silberne Löffel gestohlen. Bei uns verlangt die öffentliche Dummheit, daß diese Verleumdungen widerlegt oder als Wahrheit historisch registrirt werden. Wir haben uns nach allem bisher Erlebten nicht darüber gewundert, daß die jetzige deutsche Regierung das Bedürfniß nicht empfunden hat, Verleumdungen, welche, wenn sie begründet wären, zwar frühere Minister, oder doch die Politik desselben Monarchen treffen würden, dem die jetzigen Minister dienen, actenmäßig zu entkräften. Der Umstand, daß die Verleumdung die frühere Regierung, aber die desselben Monarchen trifft, hätte doch vielleicht Anlaß geben können, die deutsche Politik von 1889 gegen den Vorwurf zu vertreten, den der Abgeordnete Arendt ihr in seinem Wochenblatte gemacht hat.

Die Zumuthung der „Münchener Neuesten Nachrichten", daß Graf Herbert Bismarck oder sonst ein zurückgetretener Minister sich auf jede frivole Insinuation hin vor dem Forum einer Presse zu verantworten habe, bei der jede Unehrlichkeit durch den Umstand gerechtfertigt wird, daß der Name Bismarck im Spiele steht, kann man zwar machen, aber sie wird schwerlich acceptirt werden. Wir haben auch kein Bedürfniß, weiter ein Wort über diese auf unwissende Leichtgläubigkeit berechneten Lügen zu verlieren, um so weniger, als wir es den beiden betheiligten Regierungen, wenn sie es der Mühe werth finden, überlassen können, eine Presse zu rectificiren, deren Urtheilsfähigkeit über das, was in der Welt möglich ist, in der Leidenschaftlichkeit des Parteihasses zu Grunde gegangen ist.

* * *

Ueber das körperliche Befinden des Fürsten und über die sich daraus ergebenden Aussichten auf eine Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages melden die „Hamb. Nachr." vom 18. November (M.-A.):

Fürst **Bismarck** befindet sich wohl, muß aber jede Erkältung sorgfältig vermeiden. An den Sitzungen des Reichstages wird er auf Wunsch der Aerzte einstweilen nicht theilnehmen und später nur insoweit, als ihm die Gegenstände der Verhandlungen wichtig genug erscheinen, um sich gegen die ärztliche Vorschrift aufzulehnen.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." vom 16. November (A.-A.) schreibt:

Der „Pester Lloyd" veröffentlicht eine fast zwei Spalten umfassende Correspondenz aus Berlin: „**Fürst Bismarck und die Handelsverträge**", welche sich auf der zweiten Spalte mit „Fingerzeigen" für die Verwerthung

der Handelsverträge vom Standpunkt des ungarischen Interesses, auf der ersten aber mit der angeblichen Stellung des Fürsten Bismarck zu der Frage der Verträge befaßt. Wir unterlassen für heute, auf dieses Thema näher einzugehen, wenngleich die Allg. Ztg. dem Herrn Correspondenten die Ausgangspunkte für seine Hypothesen bieten muß, sondern wenden uns einem speciellen Punkte zu.

Der Correspondent, der allerlei alte und zum Theil längst berichtigte Geschichten aus der Zeit des Rücktritts des Fürsten Bismarck von Neuem hervorholt, behauptet, daß „einer der drei Punkte in der für den Bruch zwischen dem Kaiser und dem Fürsten entscheidenden Unterredung am 15. März 1890" „Anknüpfungen waren, welche der Fürst mit Herrn Windthorst genommen, ohne vorher den Kaiser davon zu benachrichtigen ... Zutreffen möchte, daß Herr Windthorst keine Neigung bezeigte, auf die ihm angebotene Cooperation einzugehen; vermuthlich weil er besser über die Lage der Dinge unterrichtet war, wie der Fürst voraussetzen mochte."

Wer mit solcher Sicherheit als Chronist der Zeitgeschichte auftreten will, wie der Correspondent des „Pester Lloyd", sollte sich doch erst genauer informiren und nicht die Dinge auf den Kopf stellen. Das gerade Gegentheil ist richtig. Herr Windthorst hatte den Fürsten Bismarck um eine Unterredung ersuchen lassen, welche der Kanzler ihm gewährte. In dieser stellte Herr Windthorst auf die Frage nach seinem Begehr, in der eigenthümlichen Voraussetzung, daß Fürst Bismarck in der Nothlage sei, sich die Unterstützung des Centrumsführers sichern zu müssen, Forderungen, welche der Fürst rundweg ablehnte. Ueber diese Ablehnung Windthorst'scher Forderungen hinaus hat sich die „Anknüpfung", welche — wie gesagt — nicht Fürst Bismarck, sondern Herr Windthorst genommen, überhaupt nicht erstreckt. Nicht „das Angebot einer Cooperation" ist vom Fürsten Bismarck, sondern der vergebliche Versuch einer solchen von Herrn Windthorst ausgegangen.

Dazu bemerkt die „Germania" am 18. November:

Windthorst war nach seiner Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck geradezu erstaunt, als in der nichtkatholischen Presse sofort die Untersuchungen begannen, ob er die Unterredung aufgesucht habe, oder ob Fürst Bismarck sie veranlaßt habe; es gehört doch nur wenig politischer Scharfsinn dazu, einzusehen, daß in der persönlichen Situation, wie sie sei, weder das eine noch das andere stattgefunden habe. Es läge doch nahe genug, in solchen Fällen an eine Mittelsperson zu denken — wir kennen sie —, sicher wurden auch etwaige erste Anfühlungen sehr vorsichtig gemacht u. s. w. Die obige sehr kurze, aber drastische Darlegung über den Verlauf der Zusammenkunft aber gibt in keiner Weise ein objectives Bild derselben; mehr sagen wir jetzt nicht,

aber unser Dementi stützt sich auf Informationen, gegen die bloß eine persönliche Erklärung des Fürsten Bismarck überhaupt auch nur in Betracht käme, oder eine Erklärung, die sich wenigstens direct auf ihn berufen könnte." —

Dazu scheint uns die Münchener „Allg. Ztg." mit ihrer Darstellung durchaus berechtigt zu sein. Vgl. übrigens die ausführlicheren Mittheilungen über diese Zusammenkunft unten S. 334 ff.

* * *

Zu dem Erlaß des Königs von Preußen vom 22. October an das Staatsministerium über die Bekämpfung des Zuhälterthums äußern die „Hamb. Nachr." am 19. November (A.-A.) Folgendes:

Bei den Erörterungen, welche zur Zeit über das Prostitutions- und Zuhälterwesen stattfinden, wird übersehen, daß eine Hauptursache dieser Zustände in dem Steigen der Einwanderung von dem Lande in die großen Städte zu suchen ist. Ein unverhältnißmäßig großer Bruchtheil dieses Zuzuges besteht aus unverheiratheten Frauenspersonen. Wenn diese, was wir augenblicklich nicht beurtheilen können, aber glauben, im Verhältniß zu ihrer Anzahl bei der Prostitution besonders stark betheiligt sind, so ist dies zum Theil ein Ergebniß des weiblichen Schulunterrichts auf dem Lande. Die Schulmädchen werden durch ihn gerade soweit ausgebildet, daß sie ländliche Arbeit in Wind und Wetter oder im Viehstalle ihrer nicht mehr würdig finden und sich befähigt glauben, ihre Existenz in der Hoffnung auf eine Nähmaschine und in Aussicht auf Tanz- und Tingel-Tangel-Vergnügen in der großen Stadt zu suchen. Wenn sie dahin kommen, so finden diejenigen unter ihnen, bei denen der Tingel-Tangel mehr Anziehungskraft als die Nähmaschine hat, sehr bald, daß ihr Verdienst ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Sie verfallen dann leicht der Prostitution und demnächst einem Zuhälter. Die Existenz eines solchen hat für junge arbeitsscheue Männer zu viel Anziehendes, als daß sich nicht für jedes Frauenzimmer, das einen Zuhälter braucht, sehr bald einer finden sollte. Sonach ist die Zahl derselben abhängig von der Zahl der ihrer bedürftigen Frauenzimmer. Was aber die Zunahme der letzteren betrifft, so glauben wir, wie gesagt, daß ein Zusammenhang zwischen ihr und dem Charakter des Elementarschulwesens besteht, das mehr auf städtische als auf ländliche Bedürfnisse berechnet ist und die Landmädchen für das großstädtische Leben vorbereitet.

* * *

Am 19. November wird eine Abordnung des Plattdeutschen Vereins aus Braunschweig vom Fürsten in Friedrichsruh empfangen; sie überbringt ihm das Diplom als Ehrenmitglied des Vereins. Dem Bericht der „Braunschweigischen Landes-Zeitung" darüber, den die „Hamb. Nachr." wiedergeben, entnehmen wir Folgendes:

Die Deputation wurde in das Zimmer des Fürsten geführt, in dem sich auch die Fürstin, Lothar Bucher und Dr. Chrysander einfanden. Nachdem der Fürst jedem die Hand gereicht, hielt Lehrer Reiche folgende Ansprache:

„Dorchlauchtigste Förste!
gnädigste Here!

„As wi in Bronswyk lesen deen, Dorchlaucht härren tau der Deppentatschon ut öhren Wahlkriese seggt, sei warren ok en Plattduitschen, done kloppe et ösch under'n Bostdauke högger, woll allen guen Bronswykers, vornut awer ösch, dei wi ösch tehopedahn hätt tau en Voreine, in dene wollen wi hä'en un pläen use ole leiwe plattduitsche Sprake, un mit öhr de duitsche Art und de duitsche Sitte, de duitsche Tru und en duitschen Globen. Wenn wi ösch sau in user leiben Sprake underholet, denne sau is et ösch, ar hören wi use Vorölдern ut öhren Gräwern tau ösch spräken, denne is et ösch, ar seihen wie se sitten under öhren Eiken un in Fre'en biratsla'en.

„Düsse Eiken erinnert ösch awer noch an eine duitsche Eike, dei allewiele noch stait, der öhre Töllens recket von der Alpenwand bet an de Waterkant, von'n Böhmerwalde bet na'n Wasgaugebörge, von'n hollän'schen Marschen bet na'n poolschen Wäldern. Ja entelne Töllens hätt al bet ower't grote Water in de ferensten Eerddeile recket. Under düsser Eike hätt sick de Duitschen tehope funnen. Hier hätt se sick derup besonnen, dat se ne Natschon warren! Hier hätt se Einigkeit un Schutz un Anseihen und Freude funnen! Un düsse Eike dat is use hoch vorehrte, leiwe Förste Bismarck! Dat sünd Sei! De Wörteln dervon gahet eben sau wiet, ar öhre Töllens, se stahet in guten un fasten Badden, un disse Badden het — Volksliewe! Dei höllt de Wörteln faste un nist kann se utrieten!

„In der gröttesten Vorehrunge, Liewe un Dankbarkeit häw wi bisloten, Dorchlaucht tau usen Ehrenmitgliede te maken. Et well dat ja twars nich veel säggen, denne Dorchlaucht — Sei sünd ja Ehrenmitglied von der ganzen dütschen Natschon! Awerst wi können et doch nich laten un des bidbet wi Sei, den Ehrenschien ut usen Hännen antenehmen."

Der Vorsitzende, Gold- und Silberwaaren-Fabrikant H. Wurm, überreichte nun das Diplom mit den Worten, daß der plattdeutsche Verein Braunschweig ihn mit der Uebergabe betraut habe. Der Fürst betrachtete dasselbe mit sichtlicher Freude und sprach dann:

„Herzlichen Dank für Ihre künstlerisch ausgestattete Gabe und die warmen Worte, mit denen der Herr Vorredner sie begleitete. Durch beides fühle ich mich hochgeehrt, wenn ich mir auch selbst sage, daß das von der Eiche Gesagte bei mir nicht mehr zutrifft, ich bin alt und pollsoor — Sie kennen den forstmännischen Ausdruck für zapftrocken —, und meine körperliche Fähigkeit, als Landmann in öffentlichen Sachen

mitzuwirken, fühle ich wesentlich vermindert. Ich bin von meinen häuslichen Gewohnheiten abhängig geworden: eine Nacht auf der Eisenbahn ist jetzt eine Leistung für mich, während ich früher deren zwei und drei ohne Schaden ertrug, ich schlafe schlecht in fremdem Hause; kurz, die körperliche Rüstigkeit ist in der Abnahme. Das Leben auf dem Lande geht ruhig weiter, aber an Aufgaben, die körperliche Leistung erfordern, gehe ich schwer heran; so auch an die Reise nach Berlin zum Reichstage. Es wird ja wohl sein müssen, und ich werde ausprobiren, wie es geht und ob ich darauf verzichten muß. Die Reise zum Reichstage hat für mich ja nur den Sinn, meine Schuldigkeit als deutscher Bürger zu thun: Wer glaubt, daß ich damit wieder zum Amt gelangen wolle, der überschätzt meine Bescheidenheit und unterschätzt mein Selbstgefühl, denn es kann mir doch nicht im Traume einfallen, die Stellung eines Ministers zu begehren; sie wäre für mich nicht annehmbar. Meine Wähler hatten mich gebeten, das Mandat anzunehmen, da im Wahlkreise sonst eine Lücke entstehen würde, die von Socialdemokraten oder Welfen ausgefüllt werden könnte. Das Mandat dauert übrigens noch drei Jahre, und ich weiß ja nicht, ob ich nicht wieder kräftiger werde, und ob Verhältnisse eintreten, welche mir die Ausübung desselben dergestalt zur Pflicht machen, daß die Gesundheitsrücksicht schwindet. Einstweilen fühle ich mich greisenhafter als ich aussehe."

Hier wurde der Fürst durch den Eintritt der Damen unterbrochen und sagte, indem er nochmals aufmerksam das auf dem Ehrendiplome in zierlichster Silberarbeit ausgeführte Wappen von Braunschweig betrachtet hatte: „Wo is denn dat Pird?" Nach der Antwort des Herrn Wurm, daß das springende Sachsenroß ein anderes Wappen sei, kam der Fürst auf die Niederdeutschen zu sprechen und äußerte,

daß der Wandertrieb der Niederdeutschen im Gegensatze zu der Seßhaftigkeit der Oberdeutschen stets ein starker gewesen sei. Schon in der frühesten Zeit seien die wandernden Stämme fast nur plattdeutsche gewesen, die Oberdeutschen hätten im Ganzen still gesessen, so die großen deutschen Wandervölker, Gothen, Burgunder, von denen zwar wenig Spuren erhalten seien. Was aber erhalten, sei plattdeutsch: die Vandalen, auch die kleineren Stämme, Rugier, Heruler, vor allen die Franken. Auch jetzt scheine der Trieb, nach Amerika auszuwandern, in den plattdeutschen Bezirken viel stärker zu sein. Es thue ihm leid, daß er nicht von Jugend auf mit diesen Sachen sich habe wissenschaftlich beschäftigen können, die oftmals mehr Interesse für ihn gehabt hätten als die „hohe Politik". Er verstehe die plattdeutsche Sprache noch immer sehr gut, habe er doch bei seinen Spielen mit den Dorfkindern früher Plattdeutsch

als Hochdeutsch gelernt. Auch halte er das Plattdeutsche noch immer lieb und werth und unterhalte sich gern darin.

Hierauf lud er die Abordnung zum Frühstück ein.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 24. November (M.-A.) heißt es:

Wir lesen in der „Post":

Da jetzt so viel von der kaiserlichen Inschrift „Suprema lex regis voluntas" die Rede ist, so mag das nachstehende Wort aus der Thronrede vom 27. Juni 1888, der ersten, welche König Wilhelm II. vor dem preußischen Landtag gehalten, nicht unzweckmäßig in Erinnerung gebracht werden.

„Es liegt Mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte zu beunruhigen. Der gesetzliche Bestand Meiner Rechte, solange er nicht in Frage gestellt wird, genügt, um dem Staatsleben das Maaß monarchischer Einwirkung zu sichern, dessen Preußen nach seiner geschichtlichen Entwickelung, nach seiner heutigen Zusammensetzung, nach seiner Stellung im Reich und nach den Gefühlen und Gewohnheiten des eigenen Volkes bedarf. Ich bin der Meinung, daß unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Vertheilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb und nicht nur Meines Gelöbnisses wegen halten und schützen."

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die Redaction dieses Theiles der Thronrede vom damaligen Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck ausgegangen ist, und würden uns freuen, zu hören, daß die damit angezeigten Grundsätze noch heute in voller Geltung stehen.

Von besonderem Interesse ist eine Auslassung der „Köln. Volks-Ztg." über jenes Wort des Kaisers. Sie sagt:

Um die Denkweise des Kaisers zu verstehen, muß man sich immer das weltgeschichtliche Ereigniß der Entlassung des Fürsten Bismarck gegenwärtig halten. Noch fortgesetzt drängen sich Einflüsse an den Kaiser heran im Sinne einer Rehabilitirung des Reichskanzlers, namentlich geschieht dies auf Reisen; bekanntlich sind auch gewisse Vorfälle der Anlaß gewesen, daß der Kaiser auf dem Ständefest in Düsseldorf sich so entschieden gegen jede Art von Nebenregierung aussprach.

Des weiteren dürfte auch nach oben die Thatsache bekannt sein, daß die kleine, aber mächtige Gemeinde der Bismarck-Anhänger im Wachsen begriffen ist — die jüngste Aufnahme des Fürsten in Berlin kann als Bestätigung dafür angesehen werden. Die agrarische Fronde ist ebenfalls thätig. Die

hiesige Geschäftswelt macht ziemlich allgemein für den unverkennbaren Rückgang im Erwerbsleben die Entlassung des Fürsten Bismarck verantwortlich; man raisonnirt, daß eine solche Unsicherheit aller Verhältnisse unter dem Fürsten Bismarck einfach unmöglich gewesen wäre u. s. w. — Stimmen, die bis hoch hinauf gehört werden. Es liegt also für den Kaiser nahe, zu betonen, daß die einmal getroffene Entscheidung unabänderlich ist, und daß man ihm vertrauen solle.

Wie sich die Dinge in Deutschland entwickelt haben, muß man übrigens sagen, daß die salus publica — soweit insbesondere kirchenpolitische Verhältnisse in Betracht kommen — in der voluntas regis oder principum, selbstverständlich ohne jede Beeinträchtigung des Verfassungsrechtes, entschieden besser aufgehoben war, als in den Händen der meisten Minister und Volksvertretungen, was auch vom Centrum wiederholt anerkannt worden ist. Und wenn heute die Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche sich erfreulicher gestaltet haben, so darf die voluntas regis das größte Verdienst für sich in Anspruch nehmen; die Minister kommen bei aller Anerkennung ihrer Thätigkeit erst in zweiter Reihe.

* * *

Die „Köln. Ztg." bringt am 24. November folgende Meldung aus Berlin: „Auf den vorderen Bänken der Rechten im Sitzungssaale des Reichstages ist, wie einem Dementiversuch gegenüber festgestellt werden mag, der Name des verstorbenen Abgeordneten von Schlickmann herausgenommen und durch den Namen ‚Fürst Bismarck' ersetzt; davon kann sich Jedermann durch den Augenschein überzeugen."

* * *

Der Wunsch der „Germania" nach einer authentischen Darlegung über die Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten Windthorst im März 1890 ist rasch erfüllt worden. Die „Hamb. Nachr" berichten am 25. November (M.=A.):

> Fürst Bismarck und der Abgeordnete Windthorst. In der Presse wird der Besuch erörtert, den der verstorbene Abgeordnete Windthorst im März vorigen Jahres dem Fürsten Bismarck wenige Tage vor dessen Entlassung abgestattet hat. Die „Germania" macht in mysteriösem Tone die Andeutung, daß die Initiative zu der damaligen Unterredung von keinem der beiden Betheiligten ausgegangen, sondern daß die Zusammenkunft durch eine Mittelsperson herbeigeführt worden sei. Mit dieser Andeutung kann Niemand anders als Herr von Bleichröder gemeint sein. Durch ihn ließ Herr Windthorst beim Fürsten Bismarck vertraulich anfragen, ob letzterer bereit sein werde, ihn zu empfangen. Der erste Eindruck des Reichskanzlers war der der Verwunderung, nicht darüber, daß der Abgeordnete Windthorst ihn zu sprechen wünsche, sondern darüber, daß

derselbe vorher einer Anfrage darüber zu bedürfen glaubte, ob er empfangen werden würde, oder nicht; es war durch langjährige Praxis bekannt, daß Fürst Bismarck es für seine dienstliche Pflicht hielt, jeden Reichstagsabgeordneten, der sich unter Berufung auf diese seine Eigenschaft bei ihm melden ließ, zu jeder Zeit zu empfangen, um so mehr eine im Reichstage so hervorragende Persönlichkeit, wie die des Führers des Centrums. Fürst Bismarck beantwortete die gestellte Anfrage damit, daß seine Bereitwilligkeit selbstverständlich sei, und empfing den Abgeordneten Windthorst, sobald derselbe sich bei ihm melden ließ.

In dem darauf stattgehabten Gespräche, dessen Dauer etwa 1—1½ Stunde betragen konnte, hatte Fürst Bismarck natürlich das geschäftliche Bedürfniß, zu erfahren, welche Haltung das Centrum in dem damals neu gewählten Reichstage annehmen werde, und welches die Ansprüche seien, die dasselbe stellen werde. Von dem Versuche, irgend eine Cooperation einzuleiten, war zwischen beiden Herren keine Rede. Fürst Bismarck verhielt sich lediglich sondirend und der Abgeordnete Windthorst motivirend, d. h. die Bedürfnisse des Centrums nach Maaßgabe der Stimmung der Wähler darlegend. Herr Windthorst hat auch nicht versucht, „nach Zerschmetterung der Cartellstützen“, wie die „Kölnische Zeitung“ sich ausdrückt, eine Anknüpfung der Regierung mit der Centrumspartei herbeizuführen; er hat lediglich auf die Sondirung des Fürsten Bismarck präcisirt, was das Centrum haben müsse, um zufrieden zu sein. Der Abgeordnete Windthorst hat sich darüber klar und präcise dahin ausgesprochen, daß das Centrum die Herstellung des status quo ante 1870 in allen und jeden Beziehungen erstrebe. Mit dieser Erklärung war für den Fürsten Bismarck das Bedürfniß der Sondirung erschöpft.

Im Uebrigen bezog sich die Unterhaltung der beiden Herren auf die Frage des bevorstehenden Cabinetswechsels, wobei der Abgeordnete Windthorst dem Fürsten Bismarck zum Verbleiben in seiner Stellung lebhaft zuredete, für den Fall aber, daß der Wechsel dennoch stattfände, dringend empfahl, die Nachfolge einem Militair, also einem General, zu übertragen, indem er dabei die Bedenken geltend machte, die gegen eine civilistische Leitung in der unruhigen Lage der Parteiverhältnisse sprächen. Als Fürst Bismarck auf diesen Gesichtspunkt einging, empfahl der Abgeordnete Windthorst bei einer Besprechung der Personenfrage in erster Linie den General von Caprivi, der sich durch parteilose und sachliche Haltung während seiner Vertretung der Marine im Reichstage auch als Redner das Ansehen erworben habe, mit dem seine Persönlichkeit umgeben sei.

Beide Herren verkehrten und trennten sich in den wohlwollenden Formen, die ihre beiderseitige gesellschaftliche Stellung naturgemäß mit

sich brachte. Der damalige Reichskanzler war durch diese Unterredung zu der Ueberzeugung gelangt, welche er in den wenigen Tagen, die er noch im Amte blieb, nicht verhehlt hat: daß eine geschäftliche Annäherung der Regierung an das Centrum wegen der zu weit gehenden Forderungen desselben in der damaligen Lage nicht thunlich sei. Wir glauben aber nicht, daß die höfliche Natur der Unterredung den Fürsten Bismarck dazu geführt haben wird, diese Ueberzeugung Herrn Windthorst gegenüber expressis verbis auszusprechen. Ueberraschend war demnächst für den Reichskanzler nur die Schnelligkeit, mit welcher der Vorgang der Unterredung mit Herrn Windthorst und die Thatsache, daß zur Herbeiführung derselben die Vermittelung des Herrn von Bleichröder benutzt worden sei, zur Kenntniß weiterer Kreise und namentlich auch der höheren Regionen gelangte, und zwar ohne den Zusatz, daß die Vermittelung nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von Herrn Windthorst nachgesucht worden war.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." schreibt am 25. November (A.-A.):

Die „Schlesische Zeitung" veröffentlicht in ihrer Sonntags-Nummer einen Artikel „Vom Fürsten Bismarck", welcher um so beachtenswerther erscheint, als gerade die „Schlesische Zeitung" sich an den Erörterungen, die sich an den Rücktritt des Fürsten Bismarck knüpften und in weiterer Folge bis in die jüngste Zeit ausdehnen, verhältnißmäßig nur geringen Antheil genommen hat.

Der Artikel lautet:

Fürst Bismarck hat seit seinem Rücktritte wiederholt Berlin auf der Durchreise passirt. Sein Aufenthalt dauerte niemals länger, als fahrplanmäßig erforderlich war, und niemals hat er bei diesen Gelegenheiten den Eisenbahnwagen verlassen. Stets hatte sich in solchen Fällen eine mehr oder weniger zahlreiche Schaar auf dem Perron eingefunden, welche sich stundenlanges Warten nicht verdrießen ließ, um wieder einmal die reckenhafte Gestalt des Begründers der deutschen Einheit zu erschauen; um die Hand zu drücken, die einst das Staatsruder auch in der wildesten Brandung mit sicherem Griff zu führen wußte; um in das strahlende Auge zu blicken, das einst über die Größe und den Frieden unseres Volkes eifersüchtig gewacht hat; um die Stimme zu hören, vor deren machtvollem Schall einst die Feinde Deutschlands erzitterten; um dem stolzen Herzen nahe zu sein, dessen lauteste und stärkste Schläge dem Glücke des Vaterlandes gelten.

Den Vorgängen, welche sich bei diesen kurzen Aufenthalten des ehemaligen Reichskanzlers auf den Berliner Bahnhöfen abspielten, hat die Presse bisher ein relativ geringes Interesse entgegengebracht. Dieselben wurden flüchtig registrirt, und ihre Spur wurde von den einander folgenden und verdrängenden

politischen Tageswellen schnell verwischt. Politische Raisonnements aus diesen Anlässen sind uns kaum zu Gesicht gekommen. Anders und tiefer ist der Eindruck, den die letzte Durchreise Bismarcks durch Berlin am 14. d. M. hinterlassen hat. Wie ein politisches Ereigniß ersten Ranges wird die an sich unerhebliche Thatsache behandelt. In- und ausländische Blätter aller Parteirichtungen machen dieselbe zum Gegenstande stimmungsvoller Leitartikel; Verhältnisse, Hoffnungen und Befürchtungen werden in diese Betrachtungen mit hineingezogen, welche scheinbar nicht im entferntesten Zusammenhange mit dem flüchtigen Verweilen des ehemaligen Reichskanzlers auf dem Boden der Residenz stehen. Objectiv betrachtet, bieten weder die wenigen und an sich bedeutungslosen, von Bismarck hier gesprochenen Worte, noch die Form der ihm dargebrachten Ovationen den geringsten Anlaß zu principiellen Erörterungen. Das joviale: „Ordnung muß sind“, welches er den durch die Polizeiorgane von zu nahem Herandrängen abgehaltenen jungen Leuten zurief, die inständige Bitte, den Bahndamm freizugeben, damit kein Unglück passire, die Freude über die vielen Freunde, welche er noch in Berlin besitzt — alles das ist weder hervorragend, noch bietet es eine Grundlage für hochpolitische Raisonnements. Und doch! Es war offenbar ein Zug spontaner Begeisterung, welcher auf dem Stettiner Bahnhofe die harrende Menge den Ring der Schutzmannschaft durchbrechen und die Kehlen das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ anstimmen ließ. So wenigstens berichten einstimmig auch diejenigen Berliner Localreporter, welche ihre Meldungen gleichlautend den Residenzblättern der verschiedensten Parteirichtungen zugehen lassen, und die daher bemüht sind, ihren Berichten keinerlei subjective Färbung zu geben. Die polizeilichen Absperrungsmaßregeln scheinen in nicht sehr geschickter Weise vorgenommen, und die Menge scheint dadurch erbittert worden zu sein. Aber auch dieses Moment genügt nicht zur Erklärung des Aufsehens, das die Vorgänge gemacht, und des ernsten Tones, in welchem über die letzte Anwesenheit Bismarck’s in Berlin discutirt wird.

Es scheint fast, als habe sich die Stimmung der Harrenden auf dem Stettiner und dem Lehrter Bahnhofe den Redactionen der meisten deutschen Zeitungen mitgetheilt. Der Behauptung Eugen Richter’s, daß die dem Fürsten Bismarck dargebrachten Ovationen von Antisemiten veranstaltet worden seien, wird mit einer Energie und Schärfe widersprochen, welcher wir in den Bismarckpolemiken lange nicht begegnet sind. Ueberhaupt läßt sich nicht verkennen, daß die Bismarckfeindschaft zur Zeit eigentlich nur noch in den socialdemokratischen Blättern in alter Weise fortbesteht. In den ultramontanen und freisinnigen Organen kommen höchstens noch vereinzelt Angriffe gegen den ehemaligen Reichskanzler vor. Haben wir es doch sogar erleben müssen, daß die demokratische, eine Mittelstellung zwischen dem Freisinn und der Socialdemokratie einnehmende Berliner „Volkszeitung“ aus Anlaß der letzten Durchreise

Bismarck's durch die Reichshauptstadt eine Betrachtung darüber angestellt hat, wodurch sich wohl das Wiederaufleben der Popularität des alten Kanzlers erklären lasse. Das radicale Blatt macht nicht den geringsten Versuch, die Unmittelbarkeit und aufrichtige Herzlichkeit der dem Fürsten Bismarck jüngst bereiteten Ovationen in Zweifel zu ziehen. Es stellt die angeblich wenig energische Haltung des gegenwärtigen Ministeriums der zielbewußten Entschlossenheit des früheren Regiments gegenüber und glaubt durch die Stellung der Frage „Haben wir noch Minister?" die andere Frage, warum gerade jetzt die Popularität Bismarck's wachse, beantworten zu können.

Wenn die erbitterten Feinde des Begründers der deutschen Einheit ihrem Haß in letzter Zeit so selten Ausdruck geben, daß es fast den Anschein gewinnt, als ob dieser Haß selbst im Schwinden begriffen sei oder wenigstens vor der Sorge um anderweitige Gefahren zurücktrete, so nimmt andererseits die Hingebung und Liebe der weite und patriotische Kreise unseres Volkes umfassenden Anhängerschaft des Fürsten Bismarck immer energischere und leidenschaftlichere Formen an. Der Ruf nach der Rückberufung Bismarck's wird unverhohlener als bisher erhoben. Es wird in den Zeitungen und in zahlreichen Broschüren immer ängstlicher auf die nicht wegzuleugnenden Gefahren hingewiesen, welche dem Reiche von außen und im Innern drohen, und der Zweifel, ob die gegenwärtigen Machthaber die Fähigkeit und Kraft besitzen werden, diesen Gefahren zu begegnen, wird immer rückhaltloser geäußert. Man ruft laut nach dem Manne, welcher das Reich begründet und dasselbe gegen eine Welt von Feinden siegreich geschützt hat.

Zunächst erhofft man das Erscheinen des Fürsten Bismarck im Reichstage. In den schwierigen Fragen der Handelsverträge, durch deren Abschluß das wirthschaftliche Leben der Nation auf eine lange Reihe von Jahren in eine bestimmte Richtung gelenkt werden soll, sehnt man sich nach einem festen Leitstern. Und einen solchen würde man in der durch Decennien erprobten politischen Erfahrung Bismarck's finden können. Dann aber scheint es, als ob es erst jetzt wieder dem deutschen Volke zum Bewußtsein komme, welchen nationalen Schatz dasselbe noch besitzt. Noch ist es möglich, an das Genie eines Bismarck zu appelliren, wenn wir einst rathlos den über das Vaterland hereinbrechenden Ereignissen gegenüberstehen sollten. Noch hat sich der Mund nicht für ewig geschlossen, der bisher immer in schwerer Stunde das rechte Wort zu finden gewußt hat.

Wir unsererseits halten es für unwahrscheinlich, für kaum denkbar, daß der Kaiser den ehemaligen Reichskanzler jemals in seine früheren Aemter zurückberufen werde. Noch mehr! Wie halten es nach wie vor nicht einmal für wünschenswerth. Sähe sich der Kaiser hierzu veranlaßt, so müßte darin ein Beweis dafür erblickt werden, daß außer dem einen Manne kein anderer im Stande sei, die Geschicke des Vaterlandes zu leiten. Es läge darin ein

Armuthszeugniß für das jetzige Geschlecht, wie es trauriger nicht gedacht werden kann. Aber eines können und dürfen wir wünschen: die Wiederherstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen dem Kaiser und unserem großen Staatsmanne. Wenn nur die Sonne der kaiserlichen Gnade dem Fürsten Bismarck wieder scheint, dann wird sein weiser Rath dem Vaterlande nicht mehr fehlen. Wohl hat Fürst Bismarck die Mitte der siebziger Jahre überschritten, wohl mögen im Verkehr mit ihm Rauhheiten und Härten ertragen werden müssen. Aber noch ist die wetterfeste Gestalt des eisernen Kanzlers ungebrochen, noch ist sein beherrschender Geist nicht getrübt. Vielleicht ist auch ihm, dem treuen Diener und Kampfgenossen unseres verewigten Kaisers Wilhelm I. die Erreichung eines über das gewöhnliche Maaß weit hinausgehenden Lebensalters beschieden. Und hat der Einiger Deutschlands es nicht verdient, daß ihm um seiner Größe willen seine rauhe Eigenart nachgesehen und auch ein scharfes Urtheil aus seinem Munde ruhig hingenommen wird?

Und so hoffen wir denn, daß die Alles heilende Zeit, welche selbst den Haß erbitterter Feinde des großen Kanzlers gemildert hat, auch unvereinbar scheinende Gegensätze versöhnen, und daß Fürst Bismarck das Vertrauen und die Werthschätzung seines Monarchen wiederfinden werde, dessen Kaiserthron er miterrichtet und mit der Kraft seines Genies befestigt hat.

Zu diesen Ausführungen äußert sich die „Allg. Ztg.“ folgendermaßen:

Es ist der Wunsch wohl aller Patrioten in Deutschland, daß die in Millionen Herzen lebende, von der „Schlesischen Zeitung“ so unumwunden ausgesprochene Hoffnung sich, und zwar bald, erfüllen möge. Wer mit erlebt hat, daß Herr Windthorst, der bis an sein Ende der überzeugte Gegner der durch die Ereignisse von 1866 und 1870 geschaffenen Ordnung in Deutschland geblieben ist, bei seinem Tode fast mit den Ehren eines Nationalhelden umgeben worden, der wird sich schwer mit dem Gedanken aussöhnen, daß unser Kaiser die Hand, welche das Reich aufgerichtet und in zwanzig Jahren so wetterfest ausgebaut hat, nicht wieder ergreifen sollte. Jedenfalls würde derjenige, welcher dem Kaiser einen Rath im Sinne der Aussöhnung ertheilte und die geeignete Form für die Ausführung fände, sich ein großes und dankenswerthes Verdienst um Deutschland erwerben.

Für den Feldmarschall Moltke wurde bei seinem Scheiden aus dem activen Dienste die Form gefunden, ihn dennoch dem letzteren zu erhalten, sowie sein Verbleiben in Berlin und in Fühlung mit den wichtigsten Angelegenheiten seines Ressorts zu ermöglichen. Bei dem Fürsten Bismarck ist dieser Versuch nicht gemacht worden. Der erste Beamte des Reiches mußte binnen zwölf Tagen seine Wohnung aufgeben, und damit war für ihn die Möglichkeit des Verbleibens in Berlin ausgeschlossen.

Man sagt uns nun: eine Aussöhnung widerstreite der Würde der Krone Wir — und wohl die Mehrzahl der Deutschen — sind der gegentheiligen Ansicht. Ein Zug zur Größe kann nie der Würde der Krone zuwiderlaufen, am allerwenigsten der Krone der Hohenzollern, die ohne den Fürsten Bismarck doch schwerlich auf der Höhe stehen würde, auf welcher sie heute steht.

Was Kaiser Wilhelm I. so oft in rührender Weise ausgesprochen hat: seinen und seines Hauses unauslöschlichen Dank, wird der Enkel um politischer Meinungsverschiedenheiten willen nicht verleugnen. Man hat uns glaubhaft versichert, der Kaiser habe dem Fürsten zu seinem letzten Geburtstage einen Glückwunsch senden wollen; dieser Act, der von der ganzen Nation hoch aufgenommen worden wäre, sei jedoch auf einen Rath unterblieben, welchem Se. Majestät folgen zu müssen geglaubt habe.

Ein solcher Rathschlag wäre auf das Tiefste zu bedauern, weil er sich im Widerspruch zu dem Denken und Empfinden der Nation und somit zu dem Interesse der Krone befände. Wir glauben im Gegentheil, daß es die Aufgabe der höchsten verantwortlichen Rathgeber der Krone sein sollte, dem Kaiser einen solchen Schritt auf jede Weise zu erleichtern und dem Enkel Kaiser Wilhelm's I. damit den Glanz einer wahrhaften Popularität zu verleihen.

* * *

Die neue Regierung in Preußen hat in der Behandlung der Polen neue Wege eingeschlagen, seitdem Herr von Zedlitz Cultusminister ist. Der erste Schritt war der Erlaß des Ministers vom 12. April über den Unterricht in der polnischen Sprache, ein Erlaß, durch den die Deutschen geradezu erschreckt wurden. Wurde doch darin den Regierungen der Auftrag ertheilt, die Volksschullehrer ihres Bezirkes dahin zu verständigen, daß die Ertheilung von Privatunterricht an polnische Kinder im polnischen Lesen und Schreiben innerhalb ihrer Gemeinden auf Antrag bei der Königlichen Regierung ihnen gestattet würde; und ferner, wo nicht anzunehmen wäre, daß die als polnische oder zweisprachige geführten Kinder dem ganz oder theilweise in deutscher Sprache ertheilten Religionsunterricht mit vollem Verständniß folgen könnten, da sollte je nach Lage des einzelnen Falles der polnische Religionsunterricht an die Stelle des deutsch ertheilten gesetzt werden!

Angesichts so weitgehender Nachgiebigkeit der Regierung war es kein Wunder, daß am 27. September auf dem polnischen Katholikentage in Thorn der Prälat von Stablewski sich dahin vernehmen ließ:

„Die unselige Zeit des Fürsten Bismarck ist zu Ende, wir wollen nicht mehr darauf zurückkommen. Den Thron hat ein Monarch bestiegen, der auf der Höhe seiner Zeit und seiner Aufgabe steht. Und die Aufgabe, die ihm zugefallen, ist eine schwierige: er soll einerseits das Christenthum,

die gesellschaftliche Ordnung, das monarchische Princip beschirmen, während andrerseits die Welt des Ostens ihn und seine Ziele bedroht — Rußland mit seiner fremdartigen Cultur, mit seinem officiellen religiösen Fanatismus, mit seinem Rassehaß und dem Bestreben, ein Weltreich oder wenigstens eine Welthegemonie zu gründen. Von zwei Seiten bedrohen große Gefahren das hochherzige Werk des Monarchen. Wo ist nun unser Platz? Darauf deutet hin unsre Geschichte, unsre Erziehung, unsre Cultur. Wir Polen sind Söhne des Westens, wir sind Kinder der katholischen Kirche, deren erbittertster Feind Rußland ist." U. s. w.

Als auf diese Erklärung später ein polnisches Blatt zurückkommt, bemerken die „Hamb. Nachr." am 25. November (A.-A.):

> Der „Orendownik", ein in Thorn erscheinendes polnisches Blatt, betont die „Bereitwilligkeit" des Herrn von Stablewski, d. h. des durch ihn vertretenen Polenthums, „zum Kampfe mit dem schismatischen Osten". In der Presse wird dazu bemerkt, damit sei wohl der springende Punkt in der Wendung der preußischen Regierungspolitik gegenüber den Polen berührt.
>
> Wir erinnern uns, auch in Berliner officiösen Blättern der Auffassung begegnet zu sein, daß die neue Polenpolitik mit Erwägungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in Zusammenhange stehe. Die Concessionen an den Polonismus würden, wenn diese officiösen Stimmen Recht hätten, auf den Kriegsfall berechnet sein, um die Polen eventuell gegen Rußland auf unserer Seite zu haben; die Annäherung der Regierung an die Polen schiene an die Bedingung des Antirussenthums mit allen Consequenzen desselben geknüpft zu sein.
>
> Wenn diese Annahme zuträfe, so wäre das zu beklagen. Wir würden eine solche Politik mit der Ausstellung eines Wechsels und vielleicht eines Ehrenscheines auf einen unbestimmten Verfalltag in der Zukunft vergleichen, über dessen Einlösung sich die Unterzeichner keine vollkommene Vorstellung machen. Wenn die polonisirende Haltung der Regierung ernst gemeint wäre, so würden wir daran erinnern, daß sie das im Jahre 1848 ebenfalls war und mit den Kämpfen von Miloslaw und Wreschen ihren Abschluß fand. Damals trat die Verfallzeit des Wechsels unerwartet schnell ein; je später sie diesmal sich einstellen würde, um so bedenklicher müßte dies sein, je höher dürften die Zinsen der Kriegsanleihe ausfallen, die gegenwärtig auf Kosten der Zukunft aufgenommen wird.
>
> Das Deutsche Reich hat von einem Kriege, der mit polnischer Unterstützung gegen Rußland geführt würde, keinerlei Vortheile zu erwarten, und die Haltung, welche die Polen einnehmen würden, wenn es zu einem Siege Deutschlands über Rußland käme, an dem sie nicht nur

als preußische Soldaten, sondern auch als freiwillige und politische Verbündete theilgenommen hätten, braucht nicht erst ausgemalt zu werden. Wir glauben, daß, wenn es sich in diesen Dingen um Abwägung der polnischen und der deutschen Interessen handelt, diejenigen der 48 Millionen Deutschen schwerer ins Gewicht fallen, wie die der 2 Millionen Polen, von denen überdies nur eine kleine Minderheit Träger der Bestrebungen ist, die in Betracht kommen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 26. November (M.-A.) bringen folgenden Artikel:

Ein „bereutes" Gesetz. Die „Freis. Ztg." behauptet, selbst Diejenigen, die sich auf den Boden der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 gestellt hätten, müßten jetzt zugeben, daß durch dieselbe eine unheilvolle socialpolitische Richtung eingeleitet worden sei; dies gelte namentlich von der Alters- und Invaliditätsversicherung, über deren Annahme sogar die Conservativen offen ihre Reue kundgäben.

Auf welche Aeußerungen in der conservativen Partei und Presse sich das Richter'sche Blatt hierbei stützt, ist uns unbekannt. Wenn in conservativen und anderen Kreisen Unbehagen über das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz empfunden wird, so glauben wir, daß dies mehr an der Art der Ausführung des ursprünglichen gesetzgeberischen Gedankens liegt und daß darin kein Symptom der nachträglichen Lossagung von der kaiserlichen Botschaft und ihrem social-politischen Programm zu erblicken ist.

Auch wir halten das Klebewesen, welches das Gesetz charakterisirt, nicht für praktisch und nicht für dauerhaft, wenn die Klebungen von dem Arbeiter bis fünf Jahrzehnte hindurch aufbewahrt, resp. in der Tasche getragen werden. Der Arbeiter wird durch die lebenslängliche Aufbewahrung seines geklebten Markenschatzes ebenso sehr belästigt wie der Kleber. Aber noch nach anderer Richtung hin ist der ursprüngliche Gedanke des Gesetzes durch die Ausführung in seiner Wirkung beeinträchtigt worden. In der ersten Vorlage Kaiser Wilhelm's I. war bekanntlich von Arbeiterbeiträgen abgesehen; ihr lag der Gedanke zu Grunde, daß dem nothleidenden Arbeiter auf Kosten der Gesammtheit eine Hilfe zu Theil werden solle, die von der Unsicherheit und dem moralischen Drucke der Armenunterstützung frei blieb; sie war als ein unveräußerliches Peculium gedacht, das von dem Wohlwollen wie von der Unvollkommenheit der zur Armenunterstützung verpflichteten Gemeinden unabhängig sein sollte. Der Hauptgedanke war, daß der Anspruch des alten und invaliden Arbeiters in dessen Alter und dessen Invalidität, aber nicht in seinen Klebemarken zu bestehen habe. Wir erinnern daran, daß damals zur Unterstützung des Tabakmonopols die

Absicht kund gegeben wurde, aus den Erträgnissen desselben sollte das Patrimonium der Enterbten, d. h. der durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig Gewordenen beschafft werden. Die Beitragspflicht der Arbeiter, die später in das Gesetz hineingebracht wurde, mußte die Natur des Eindruckes des letzteren auf den Arbeiter wesentlich modificiren und ihn dazu bringen, daß er in dem Gesetze nicht mehr eine liberale Anerkennung seines Anrechts an die Gesammtheit seiner Mitbürger erblickte, sondern eine unwillkommene Nöthigung zu Ersparungen aus eigenen, in schwerer Arbeit verdienten Mitteln. Dem jugendlichen Arbeiter aber leuchtete es schwer ein, daß es eine Wohlthat für ihn sei, wenn er von seinem siebzehnten Jahre an gezwungen wird, einen Theil seines erarbeiteten Lohnes zurückzulegen, um die Frucht davon nach einem halben Jahrhundert zu genießen, also zu einer Zeit, von der er nicht weiß, ob er sie erlebt, und mit der er keinesfalls zu rechnen geneigt ist, solange die Lebenslust der Jugend in ihm steckt.

So erscheint den Arbeitern das, was als Wohlfahrt für sie gedacht war, als lästiger Zwang, als Eingriff in ihre Autonomie. Nur diejenigen von ihnen, die jetzt schon ohne frühere Beiträge auf Grund des Gesetzes Beträge beziehen werden, sind zufrieden; die Uebrigen, die durch Beisteuer aus ihrem Lohne den Betrag für Leistungen in einer in nebelhafter Ferne liegenden Zukunft erst mit anzusammeln haben, empfinden ihre erzwungene Heranziehung als eine lästige Pflicht und stärker als die späteren Vortheile aus der Erfüllung derselben. Mit der Einführung des Arbeiterbeitrages war die politische Wirkung des Gesetzes auf den Arbeiter und dessen Zufriedenheit aufgehoben, der ursprüngliche Zweck des Gesetzes, den Arbeitern das Interesse des monarchischen Staates und des Reiches praktisch zu bekunden, war, wenn nicht verfehlt, so doch nur unvollkommen und sporadisch erreicht.

Dieser mangelhafte Erfolg resultirt, wie gesagt, wesentlich aus der eigenthümlichen Art, wie der ursprüngliche Gedanke des Gesetzgebers ausgeführt wurde; man kann Niemanden dafür verantwortlich machen, weil die Ausführung auf Reichstagsbeschluß beruht. Nur ist es ungerecht, den Mißerfolg auf die Urheber des Gesetzes und ihre ursprüngliche Absicht zurückzuführen.

* * *

Im Herbst und Winter 1889—90 war Fürst Bismarck mit seiner Familie vom 20. August bis zum 9. October, dann wieder nach einwöchigem Aufenthalt in Berlin, vom 16. October bis zum 24. Januar in Friedrichsruh gewesen. Gegen die Unterstellung mancher Blätter, als hätte dieses lange Fernbleiben von Berlin die Entlassung des Fürsten beschleunigt, wenden sich die „Hamb. Nachr.“ am 26. November (A.-A.):

Verschiedene Blätter werfen dem Fürsten Bismarck vor, er habe durch sein langes Wegbleiben aus Berlin im Winter 1889/90 selbst dazu beigetragen, daß die damalige Krise mit seiner Entlassung endete. Diese Vorhaltung ist schon deshalb unberechtigt, weil der damalige längere Aufenthalt des Reichskanzlers in Friedrichsruh nicht willkürlich und nicht freiwillig war.

Die Frage, die in jener Zeit die Situation beherrschte, war in der Hauptsache die der beabsichtigten Aufhebung des Socialistengesetzes. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die socialdemokratische Bewegung in letzter Consequenz keine Rechts-, sondern eine Kriegsfrage und als solche zu behandeln sei, wenn man den Bestand der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung mit Aussicht auf Erfolg in der Zukunft sicher stellen wolle. Der Reichskanzler war überzeugt, daß der Kampf mit der Socialdemokratie um die Macht unvermeidlich sei und deshalb je eher je besser stattfinde, d. h. bevor die Bemühungen größeren Erfolg erzielt hätten, welche die Socialdemokratie unablässig macht, um die Zuverlässigkeit der Armee zu untergraben und namentlich den für dieselbe wichtigen Stand der Unterofficiere in die Hände zu bekommen.

Angesichts des Vertheidigungszustandes, in dem sich Staat und Gesellschaft den socialistischen Arbeitermassen gegenüber befinden, und angesichts der Möglichkeit, daß, wenn eine Lösung der socialistischen Frage nicht bei Zeiten herbeigeführt wird, in der Zukunft der Tag kommen kann, wo bei nothwendiger militairischer Bewältigung eines socialistischen Revolutionsversuches ein socialdemokratisch durchsetztes Unterofficiercorps die Soldaten veranlaßt, „zu hoch“, d. h. in die Luft zu schießen, blieb es für den Fürsten Bismarck unverständlich, daß die Frage der Aufhebung des Socialistengesetzes vom juristischen Standpunkte, anstatt von dem der Erhaltung und der Sicherung des Staates entschieden werden sollte. Nach der Meinung des Fürsten kam es vor Allem darauf an, die Staatsgewalt im Besitz aller Waffen zur Bekämpfung der Socialdemokraten zu belassen, damit sie bei einer etwaigen Katastrophe Herr im Lande zu bleiben vermöge.

Mit diesen Ansichten und mit denen, die der Reichskanzler über anderweitige Bemühungen zur Lösung der Arbeiterfrage im Wege der Gesetzgebung hegte, befand er sich schon damals im Widerspruch mit denjenigen der maßgebenden Zukunft. Da ihm dadurch die Möglichkeit abgeschnitten war, seine Ueberzeugung im Reichstage zu vertreten, hielt er sich den Verhandlungen fern und entsprach damit, wie wir glauben, höheren Wünschen.

* * *

Angesichts des nach österreichischen Meldungen nahe bevorstehenden Termins, an dem der deutsch-österreichische Handelsvertrag den Parlamenten vorgelegt werden soll, wägen die „Hamb. Nachr." vom 27. November (A.-A.) noch einmal Vortheile und Nachtheile, die für Deutschland muthmaßlich daraus entspringen werden, ab. Sie schreiben:

Zum Handelsvertrage mit Oesterreich. Das Wiener „Fremdenblatt" bestätigt, daß in den ersten Tagen des Monats December die neuen Handelsverträge, die Oesterreich mit Deutschland und Italien abgeschlossen hat, in Wien und in Budapest in den Parlamenten zur Vorlage gebracht werden sollen:

„Es wird uns", fährt das Blatt fort, „diesbezüglich mitgetheilt, daß selbst eine Verzögerung in der Finalisirung des Schweizer Vertrages an diesem Termine nichts ändern würde. Wir werden also innerhalb zehn Tagen volle Klarheit über die Resultate der nahezu ein Jahr währenden Verhandlungs-Campagne haben und dann ermessen können, welche Vor-, welche Nachtheile unsere Industrie und unsere allgemeine Wirthschaft für die nächsten zwölf Jahre — denn auf so lange Jahre sind ja die neuen Verträge bindend — zu erwarten haben."

Wir glauben nicht, daß das officiöse Wiener Blatt sich von der Möglichkeit sehr beunruhigt fühlen wird, daß die „Nachtheile", welche die Handelsverträge den österreichisch-ungarischen Interessenten zufügen werden, die Vortheile überwiegen könnten, die sie ihnen bieten. In Deutschland liegt die Sache anders. Nach Allem, was bisher über den Inhalt der Verträge verlautet, ist anzunehmen, daß Oesterreich-Ungarn mit dem Vertrage ein gutes Geschäft machen und daß die deutsche Production die Kosten desselben zu tragen haben wird. Diese dürften höher zu stehen kommen, als man vielfach anzunehmen scheint.

So wird bei Beurtheilung der Wirkung, welche die Herabsetzung der Getreidezölle durch den Handelsvertrag mit Oesterreich für die deutsche Landwirthschaft und für die an deren lohnendem Fortbestande unmittelbar interessirten Erwerbsclassen, also für die Hälfte des deutschen Volkes haben wird, nicht genügend berücksichtigt, daß wir mit Frankreich auf Grund des Art. 11 des Frankfurter Friedens im Meistbegünstigungsverhältnisse stehen und folglich Frankreich alle Vortheile gewähren müssen, die wir Oesterreich zusprechen. Frankreich ist zwar kein Getreide-Exportland; aber die Einfuhr von fremdem, z. B. russischem Getreide kann ebenso gut über französische Häfen wie über Antwerpen erfolgen, wo sie bekanntlich schon bisher in wesentlicher Ausdehnung stattfand. Der Getreidemangel in Rußland und die dortigen Ausfuhrverbote werden nicht so lange andauern, wie der beabsichtigte Handelsvertrag Deutschlands mit Oesterreich laufen soll. Und da sich auch England, resp.

dessen Colonien, und selbst Amerika an dem Getreide-Export nach Deutschland direct oder indirect via Oesterreich oder Frankreich zu dem verminderten Zollsatze, der mit Oesterreich-Ungarn vereinbart ist, betheiligen können, so läuft die Ermäßigung des Zolls, obwohl sie direct nur der österreichisch-ungarischen Geteideproduction zugestanden ist, thatsächlich und auf Grund der Meistbegünstigungsclausel auf die generelle Herabminderung der deutschen Getreidezölle, auf die Möglichkeit hinaus, alles fremde Getreide an allen deutschen Grenzen mit alleiniger Ausnahme der russischen zu dem herabgesetzten Zollsatz einzuführen.

Welche Folgen dies für den deutschen Getreidebau haben muß, kann nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Allerdings können bei der Getreideeinfuhr über die nicht russischen Grenzen Ursprungszeugnisse gefordert werden; aber dies hat praktisch wenig Werth. Solche Atteste sind leicht beschafft; es kann auch kein Sachverständiger die Kornfrucht so genau unterscheiden, daß er in jedem Falle mit Bestimmtheit zu sagen vermöchte: dieses Getreide ist russischen oder amerikanischen, jenes ungarischen Ursprungs.

Deutschland würde also nach Inkraftsetzung des österreichischen Vertrages gegen jede Ueberschwemmung mit fremdem Getreide auf 12 Jahre hinaus machtlos sein, wenn die zunehmende Nothlage der deutschen Landwirthschaft und innere Zustände das Bedürfniß hervorrufen sollten, dem übermäßigen Getreideimport entgegenzutreten. Da nicht anzunehmen ist, daß der Gedanke gehegt wird, den Ländern, mit denen wir im Meistbegünstigungsverhältnisse stehen, eventuell ihr Vertragsrecht zu kürzen, so muß die Perspective, die sich auf Grund der Meistbegünstigungsclausel eröffnet, mit ernster Besorgniß vor den Nachtheilen erfüllen, die Deutschland aus dem beabsichtigten Handelsvertrage mit Oesterreich drohen.

* * *

In ihrem letzten Novemberheft charakterisiren die „Grenzboten“ die politische Lage Deutschlands mit folgenden Sätzen:

„Wie ein Alp lastet die politische Lage Europas auf allen Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens, keiner kann sich dem Druck entziehen, und die allgemeine Empfindung ist die, daß das Heute nicht für den Frieden des Morgen die Bürgschaft zu übernehmen vermöge. . . .

„Der große Kaiser ging zu seinen Vätern, es folgte sein unglücklicher Sohn — aber die Zuversicht blieb, daß der jugendfrische Enkel das überkommene Erbe — und es war ein Erbe, wie seit den Tagen Karl's des Großen keines auf einen deutschen Kaiser so mächtig und so wohlgefügt gekommen war —, daß er das überkommene Erbe ausbauen und behaupten

werde. Ihm zur Seite als weiser Berather der große Kanzler, gedankenmächtig und stark wie immer. Was konnte Deutschland fehlen? Mit Neid schaute die Welt zu uns herüber, und das Wort galt noch immer: Der Deutsche fürchtet Gott und sonst Niemand auf der Welt!

„Doch auch der Kanzler ging. Wir haben es in der jüngsten Zeit zur Genüge gehört, daß er gehen mußte, und fühlen uns nicht zum Richter berufen zwischen ihm und dem, der, einst sein Schüler und Verehrer, nunmehr über ihm stand als sein Herr. Aber ein trübes Schauspiel war es, wie sie sich von ihm abwandten, Alle, einer nach dem andern. Die Einen mit unanständiger Eile, die Anderen zögernd, aber schließlich doch Alle, um den Versuch zu machen, wie es denn gehen würde ohne ihn, ohne die unbequeme Fessel des Willens, der stärker war als ihr Wille, ohne die Correctur des scharfen Auges, das die Schwächen und Fehler durchschaute, als lägen die Gedanken der Anderen vor ihm wie ein offenes Buch. Frohen Muthes gingen sie ans Werk, und auch die „Aera ohne Bismarck" hatte ihre Flitterwochen.

„Aber nachdem der erste Schülerjubel über den fehlenden Lehrmeister verklungen war, nachdem die großen Worte, die man so lange in Bereitschaft gehalten hatte, gesprochen waren, trat der Rückschlag ein. Nach innen wie nach außen wollte es nicht mehr glücken. Was haben wir nicht alles in Angriff genommen in den anderthalb Jahren, die seit dem März 1890 dahingegangen sind, und was haben wir nicht alles wieder ruhen lassen, um immer rastlos etwas Neues anzugreifen! Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß das Deutschland von damals und das Deutschland von heute wesentlich von einander verschieden sind. Anders liegen die Parteiverhältnisse in den Parlamenten — aber nicht besser; anders geworden in ihrem Charakter ist die große Bewegung in den unteren Volksschichten — aber nicht besser; anders gestaltet haben sich die äußeren Erscheinungsformen unseres socialen Lebens — aber nicht besser; anders liegen die wirthschaftlichen Verhältnisse — aber nicht besser; anders endlich ist unsere Stellung im Rathe der Völker — aber sie ist herabgegangen, und die Führung, so behaupten wenigstens unsere Feinde, gehört nicht mehr uns, sondern Anderen.

„Man hat früher gesagt, daß Bismarck die Politik der Welt beherrsche; wir glauben nicht, daß irgend Jemand seinem Nachfolger den gleichen Vorwurf machen wird."

* * *

Am 30. November nahm Fürst Bismarck in Ratzeburg an der Wahl eines Kreistagsabgeordneten Theil. Die „Lauenburger Zeitung" berichtet über den Empfang u. A.:

Bei der Ankunft auf dem Marktplatze richtete der hohe Gast an die vor dem Kreishause haltenden Reiter, welche ihm vom Bahnhofe in die Stadt das Geleit gegeben, ungefähr folgende Worte:

„Ich danke Ihnen, daß Sie als Reiter gekommen sind, mich zu begrüßen. Es freut mich das um so mehr, als Sie ja wissen, daß ich selbst Cavallerist bin. Ein tüchtiger Reiter trennt sich nicht von seinem Pferde, solange es geht. Ich danke Ihnen, meine Herren!" — Zu den Mitgliedern der militairischen Vereinigung äußerte der Fürst, er sei auch ein alter Krieger und Waffengefährte, und diese müßten zu allen Zeiten zusammenhalten, damit alles in Ordnung zugehe.

Bei der Auffahrt zum Gebäude des königlichen Landraths, Kammerherrn von Dolega-Kozierowsky, wurde der Fürst durch das Militair-Musikcorps mit Fanfaren empfangen und sodann von der Gemahlin des Kammerherrn begrüßt. Das Diner daselbst, an dem außer den bereits genannten Herren hiesiger Stadt die anwesenden Großgrundbesitzer des Kreises theilnahmen und bei welchem das Militair-Musikcorps die Tafelmusik stellte, verlief in ausgezeichneter Weise, wozu nicht zum wenigsten die vergnügte Stimmung des hohen Gastes beitrug.

Der Fürst, welcher die Gemahlin seines Gastgebers zu Tisch führte, saß in der Mitte der Tafel, ihm zur Rechten hatte der Erblandmarschall von Bülow-Gudow seinen Platz, während der königliche Landrath und Graf Herbert dem Fürsten gegenüber saßen. Der königliche Landrath erhob sich nach dem zweiten Gange und trank auf das Wohl seines hohen Gastes, dessen Verdienste um Deutschlands Machtstellung er feierte. Der Fürst dankte in kurzen Worten und betonte wiederum, daß er sich nun ganz als Lauenburger fühle und sich freue, hier eine so herzliche Gastfreundschaft gefunden zu haben. Er trank auf das Wohl der Gemahlin des Kammerherrn.

Nach aufgehobener Tafel begaben sich die Herrschaften in den Salon, wo der Caffee servirt wurde und man die kurze Zeit bis zur Abfahrt des Fürsten in zwangloser Unterhaltung verblieb. Während die übrigen Herren sich eine Cigarre anzündeten, ließ sich der Fürst seine aus Friedrichsruh mitgebrachte halblange Pfeife reichen, die er in aller Behaglichkeit rauchte. Kurz vor 6 Uhr brach man zum Bahnhofe auf. An das ihm zujubelnde Publicum richtete der Fürst vom Salonwagen aus noch folgende Worte:

„Ich danke Ihnen für den freundlichen Empfang. Früher wohnte ich in Berlin und jetzt im Kreise Lauenburg, bin somit Ihr Landsmann und Nachbar. Ich hoffe in dieser Eigenschaft die freundlichen Beziehungen zu Ratzeburg ferner zu pflegen und meine Besuche öfters wiederholen zu können."

Ein jubelndes Hoch war die Antwort auf diese Abschiedsrede, während dessen der Zug langsam den Bahnhof verließ, noch begleitet von dem Rufe: „Auf Wiedersehen!"

Wir bringen diesen ausführlichen Bericht mit Rücksicht auf die Glossen, die die „Germania" an diesen Besuch des Fürsten Bismarck später geknüpft hat (vgl. S. 355 f.).

Der „Köln. Ztg." wird über diesen Besuch noch berichtet:

Der Fürst vertauschte bald die Mütze mit seinem historischen Kürassierhelm und schritt zum Denkmal Kaiser Wilhelm's I. Es war ein Anblick, der allen Umstehenden tief zu Herzen ging, als der greise Staatsmann vor das Denkmal trat. Die Hände in einander legend, schaute er lange zu dem Standbilde empor, und nicht Viele mögen vernommen haben, wie innig der Ausdruck war, den er nach längerem Schweigen in die drei langsam gesprochenen Worte: „Der — alte — Herr!" hineinlegte. Alsdann zog er ein Lorgnon aus der Tasche, um die Züge des ehernen Bildes besser sehen zu können. Das Denkmal gefiel dem Fürsten, wie er seiner Umgebung gegenüber äußerte, sehr gut, nur habe der Kaiser im Leben freundlicher ausgesehen.

* * *

Die „Berliner Börsen-Zeitung" bringt am 1. December einen Artikel unter der Ueberschrift: „Krone, Regierung und Volk", dessen Schluß folgende zutreffende Schilderung der Ziellosigkeit der von der Regierung eingeschlagenen Politik giebt:

Soviel man auch über das „Spiel mit der doppelten Mehrheit" zu Bismarck's Zeiten geschrieben und geklagt hat: in der ganzen Regierungsperiode des ersten Kanzlers sind doch ausgesprochen scharfe Gegensätze zu bestimmten Parteien vorhanden, und immer wieder findet man den Versuch erneuert, die Cartellmehrheit als sicheres Fundament der Geschäftsführung im Reiche zu kräftigen. Herr von Caprivi will weder jene scharfen Gegensätze als Erbschaftsinventar mit übernommen haben, noch fühlt er sich veranlaßt, an die Cartell-Tradition sich zu halten; er will „diejenige Politik machen, die die verbündeten Regierungen nach reiflicher Erwägung für recht halten," gleichviel welcher Partei diese Politik paßt oder nicht.

Immer aber behält sich der Reichskanzler für die durch Erfahrungen weiter aufzuklärende Zukunft etwaige Veränderungen seiner Entschließung vor. Das Programm steht „auf Zeit"; es hat zunächst den Charakter einer allgemeinen Einladung, nicht nur aus den verbitterten Stimmungen, nein, auch aus den alten Abneigungen gegen Reich und Preußen herauszutreten und „an der Erhaltung des Reiches und Preußens mitzuwirken". In der Durchführung des Programms geht der Reichskanzler bis an die äußerste zulässige Grenze der Versöhnlichkeit. Dem Welfen von der Decken hält er auf dessen Klage über die Ereignisse von 1866 nur entgegen: „Meines Wissens bin ich an dem Kriege von 1866 völlig unschuldig."

So Herr von Caprivi. Nun ist es am deutschen Volk, sich einmal mit großer Geduld zu rüsten. Als der neue Reichskanzler ins Amt trat, ersuchte er, man möge ihm nur einige Zeit lassen, bis er sich selbst in die neuen Verhältnisse eingelebt habe, dann möge man versichert sein, daß er seinen Mann stellen werde, von wo immer die Angriffe kommen würden.

Diese Zwischenzeit ist verstrichen, die Angriffe sind nicht ausgeblieben und der Reichskanzler erwidert darauf mit der Erklärung, daß er am liebsten mit allen, jedenfalls mit so viel Elementen zusammengehen wolle, als irgend für das Interesse der Reichs- und Staatserhaltung zu gewinnen seien. Das ist denn ein neues Ersuchen um Gewährung einer Uebergangsfrist, und bei der taktischen Geriebenheit gerade jener Parteigeister, gegen die bisher das Reichs- und Staatsinteresse wahrgenommen werden mußte, ist sicher vorabzusehen, daß die Uebergangsfrist lange dauern wird. Jeder wird sich hüten, zuerst wieder ein principielles Nein zu sprechen, jedes Nein wird mit unendlich gewundenen Redensarten verbrämt sein, jeder wird aus taktischen Rücksichten darauf bedacht sein, den leitenden Staatsmann so lange als möglich in dem Glauben zu erhalten, als seien tiefer wurzelnde Grundverschiedenheiten der Meinung gar nicht vorhanden. Einmal natürlich wird dieses Geduld- und Intriguenspiel doch sein Ende erleben — wir wünschen aufrichtig, daß das Ende anders gestaltet sein möge, als wir es voraussehen.

* * *

Eine Aeußerung des freihändlerischen Lord Salisbury über die Nothwendigkeit landwirthschaftlicher Schutzzölle behandelt folgender Artikel der „Hamb. Nachr." vom 2. December (M.-A.):

Englische und deutsche Landwirthschaft. Lord Salisbury hat neulich in Birmingham auf der Jahresversammlung der conservativen Vereine eine Rede gehalten, in der es u. A. hieß, der Freihandel habe sich im Ganzen vorzüglich bewährt, aber man müsse auch seine Nachtheile mit in den Kauf nehmen, und die beständen darin, daß man in den weniger fruchtbaren Districten des Landes heute kein Korn mehr mit Nutzen bauen könne. Nirgends auf der Welt gäbe es eine Gegend unter dem 52. Breitengrade, wo man ohne Schutzzoll Getreide mit Nutzen bauen könne. Die Folge sei schließlich gewesen, daß viel Land in England brach läge. Niemand könne die Sache heilen, ohne den Freihandel aufzugeben.

Diese Aeußerungen des englischen Ministers lassen namentlich wegen der Aeußernng, daß nirgends in der Welt unter dem 52. Breitengrade ohne Schutzzoll Getreide mit Nutzen gebaut werden könnte, Nutzanwendungen auf die Frage der landwirthschaftlichen Zölle in Deutschland zu, das in Folge des Vertragsabschlusses mit Oesterreich gerade jetzt in ein entscheidungsvolles Stadium eintritt.

Die Thatsache, daß in England wegen der freien Concurrenz auf dem Gebiete der Landwirthschaft der Getreidebau seit den letzten Jahrzehnten stetig zurückgeht — und zwar in den letzten Jahren in steigender Progression —, ist allgemein bekannt. England mit seinem günstigen gleich-

mäßigen Klima, guten Boden- und Absatzverhältnissen bei dichter Bevölkerung kann sich mit Weidewirthschaft und Viehzucht helfen und thut das auch thatsächlich. Erleichtert wird dies Verfahren durch die mit sanitairen Rücksichten begründete Verhinderung der Einfuhr von festländischem Vieh, welche faktisch als starker Schutzzoll wirkt und nicht zum wenigsten aus diesem Grunde aufrecht erhalten wird.

Die Hoffnung der deutschen Viehproducenten, daß mit der Zeit die freihändlerische Strömung in England zur Wiederherstellung des deutschen oder wenigstens schleswig-holsteinischen Viehimports führen würde, hat sich bisher — und so wird es auch fernerhin der Fall sein — trügerisch erwiesen. Die Ursachen dafür sind nicht nur in dem Verständniß des englischen Ackerbauministers Chaplin für die schwierige Lage der englischen Landwirthschaft zu finden, sondern auch darauf zurückzuführen, daß die Regierung sich die Stimmen der ländlichen Wähler nicht entfremden mag, wenn auch letzteres natürlich nicht eingestanden wird. In England wiegt außerdem bei der günstigen geographischen Lage das Handelsinteresse und das der Bergwerkbesitzer weit mehr vor als in irgend einem andern Lande der Welt. Dazu kommt, daß es für die in Handel, Gewerbe, Speculation oder dergleichen reich gewordenen Leute in England keinen vornehmeren Luxus giebt, als Landhäuser mit Jagdgründen zu besitzen, und dieses Factum spricht erheblich mit, um die volle Entwerthung des Grundbesitzes zu verhindern.

Alle diese Vorbedingungen fehlen bei uns; wir haben weder die günstigen Boden- und Bergwerksverhältnisse wie England, noch seinen alten Reichthum und seine vorzügliche insulare Küstenentwickelung. Wenn die Aeußerung Salisbury's, der ein wohlunterrichteter und praktischer Staatsmann ist, auf Deutschland angewandt wird, „daß unter dem 52. Breitengrad ꝛc. Getreidebau ohne Schutzzoll nicht mehr lohnt", so ist zu bedenken, daß dieser Breitengrad *südlich* von Berlin läuft und daß das Klima aller östlich von Berlin belegenen Landestheile jedenfalls schlechter ist als alles, was westlich unter den 52. Breitengrad fällt. Ferner besteht zu unserem Nachtheile der gewaltige Unterschied, daß unser ganzer Osten meist nur dürftigen Sandboden bei dünner Bevölkerung aufweist, welcher bei uns den Gedanken an Weide- und Viehwirthschaft nach englischem Stile von vornherein ausschließt.

Wenn also ein so gewichtiger freihändlerischer Zeuge wie Lord Salisbury offen constatirt, daß selbst in den denkbar *günstigsten* Weltgegenden der Getreidebau über dem 52. Breitengrad ruinös werden müßte, so sollte das unsere Gesetzgeber zu ernstem Nachdenken auffordern; denn das Rückgrat des preußischen Staates liegt in seinen klimatisch und culturell vernachlässigten armen Provinzen, und wenn diese durch

Preisgeben der landwirthschaftlichen Schutzzölle dem Ruin entgegengeführt werden, so muß das so schwere Verschiebungen und Erschütterungen zur Folge haben, daß die Grundbedingungen des wirthschaftlichen Lebens in Frage gestellt werden.

* * *

Oben schon wurde der Erlaß des preußischen Cultusministers über die Ertheilung des Unterrichts in der polnischen Sprache erwähnt. Der Reichskanzler von Caprivi äußerte darüber in seiner großen Reichstagsrede vom 27. November u. A. Folgendes:

„Es hat dann die preußische Regierung in Bezug auf den Privatunterricht in der polnischen Sprache in den Volksschulen in so weit auch den früher existirenden Zustand wiederhergestellt, als sie genehmigt hat, daß da, wo der Religionsunterricht in der polnischen Sprache ertheilt wird, Privatunterricht im Polnischen unter Benutzung der Schulräume, sofern die Gemeinde damit einverstanden ist, durch den Lehrer an die Kinder gegeben werden darf. Mir scheint diese Forderung doch nicht allzu unbillig, wie sie von Seiten dieser polnisch sprechenden Mitbürger aufgestellt worden ist. Denn wenn in dem Religionsunterrichte polnisch gesprochen worden ist, so liegt es nahe, daß das Bestreben da sein muß, auch die Bücher, die sich darauf beziehen, schließlich in der Sprache lesen zu können, in der der Religionsunterricht ertheilt wird.

„Nachdem diese Verordnung, die ich für eine durchaus maßvolle und gute halte, gegeben worden, kam ein deutscher Vater darum ein, auch für seine Kinder die Theilnahme an diesem Unterrichte zu gestatten. Auch das ist geschehen und, wie mir scheint, wiederum mit Recht. Kein Mensch findet etwas dabei, wenn ein eingewanderter Deutscher in Metz (?) seine Kinder am französischen Unterricht theilnehmen läßt. Ich sehe nicht ein, warum der Fall hier so wesentlich anders liegen soll, wenn ein Deutscher, der seinen Erwerb in der Provinz Posen findet, glaubt, daß seine Kinder besser durch das Leben kommen werden, wenn sie auch Polnisch verstehen."

Ueber diese Darlegungen wie überhaupt über die Caprivische Polenpolitik gegenüber der vom Fürsten Bismarck befolgten führt die „Post" in ihrem Leitartikel vom 2. December Folgendes aus:

Wir meinen, die Regierung hatte alle Ursache, zufrieden zu sein mit den Erfolgen der Bismarck'schen Gesetzgebung. Es war entschieden dem Vordrängen des Polonismus ein fester Damm entgegengestellt, in der Verschmelzung der polnischen Staatsbürger mit den deutschen war ein Fortschritt bemerkbar, und in der Erlernung der deutschen Sprache machten die polnischen Kinder ebenfalls Fortschritte. Die Heißsporne des Polenthums waren stiller

und zahmer geworden. Der Ton der polnischen Fraction schlug ganz plötzlich um.

Da erschien der neue Cultusminister mit der unscheinbaren Verordnung über die Gestaltung des privaten Unterrichts in der polnischen Sprache, Herr von Caprivi sprach über diese Verordnung mit einer Bonhomie, die nur vom Centrum mit Beifall belohnt, von allen anderen Parteien aber mit kaltem Schweigen aufgenommen wurde und im Lande bitteres Erstaunen hervorrufen wird.

Wenn auch nicht verlangt werden kann, daß bei seiner entschiedenen Abneigung gegen die „Zeitungsschreiber" der Herr Reichskanzler durch die Presse sich von der Gefahr, welche im polnisch-katholischen Religionsunterricht für deutsche Kinder liegt, aufklären oder gar überzeugen lassen werde, so ist doch dieses Thema im Abgeordnetenhause von so vielen kundigen Rednern so eindringlich behandelt und von seinem Amtsvorgänger so schlagend vorgeführt worden, daß man in der That glauben muß, Worte vermöchten überhaupt nichts bei ihm.

Sollten Thatsachen aber auch nichts vermögen? Diese „maßvolle" Verordnung, wie Herr von Caprivi sie bezeichnet, hat eine Aufregung und einen Wettlauf im polnischen Lande entfesselt, welche den seltsamen Charakter der Polen wieder deutlich zur Schau führte. Alle verstummten Hoffnungen leben mit einem Schlage wieder auf, und alle Unmöglichkeiten scheinen wieder völlig erreichbar. Das Sprichwort von dem kleinen Finger und der ganzen Hand paßt auf Niemand besser als auf den Polen; und nach der Rede des Reichskanzlers wären die Polen die größten Thoren, wenn sie nicht noch fester und höher zugriffen.

Herr von Caprivi erklärte, es sei eine Schwäche unseres Staates, daß wir an verschiedenen Grenzen anderssprechende Menschen haben, die zu beseitigen wünschenswerth wäre. „Da wir das aber nicht können, so haben wir geglaubt, dem Wunsche (nach polnischem Unterrichte) unsere volle Mitwirkung geben zu sollen." Bisher hat allerdings das deutsche Volk in dem Glauben gelebt und hat seine Freude daran gehabt, wie es sehr wohl gelingen könne, daß schon unsere Kinder oder Kindeskinder in den Reichslanden und in Schleswig nur gut deutsch, nicht mehr französisch oder dänisch sprechen hören und in den schwierigeren polnischen Landestheilen eine vollkommen zwiesprachige Bevölkerung erzogen sehen würden. Die glorreiche Geschichte unserer Ahnen, welche das Deutschthum in weite und wilde Länder siegreich trugen, berechtigte wohl die Bürger des heute neu erstandenen Reiches zu der Hoffnung und dem Anspruche, daß, soweit das deutsche Banner weht, auch die deutsche Zunge klingen solle.

Der Herr Reichskanzler knickt mit rauher Hand dieses Traumgebilde und wirft es zu den Beunruhigungs-Bacillen. Zum Glück sagte er aber: „Da

wir das nicht können ..." und mit diesem Wir meinte er nicht das deutsche Volk, sondern sich und das preußische Ministerium, dem er präsidirt. Eine bedauerlichere Erklärung als diese wenig geschickte und unverhüllte Anerkennung des Nichtkönnens vermag der Chef einer Regierung wohl kaum abzugeben. Sie enthält das Auf- und Preisgeben aller der unendlich mühsamen Arbeit und ihrer guten Erfolge, welche seit einem Decennium in der preußischen Volksschule in den polnischen Landestheilen schon erreicht worden sind, sie enthält ebenso einen Verzicht auf Germanisirung der Reichslande und Nordschleswigs. Und mit solch einer Erklärung meint der Herr Reichskanzler Beruhigung und Zufriedenheit im Reiche und Vertrauen in die führende Regierung zu erwecken!

Herr von Caprivi bespöttelt es, wenn ein Artikel mit den Worten schließt: Videant Consules! Gut! Darum wollen wir eine andere Adresse anrufen und sagen: Videat populus!

* * *

Eine recht herbe Kritik üben die „Hamb. Nachr." vom 4. December (M.-A.) an der inneren Situation des Reiches, wie sie sich in der ersten Berathung des Reichstages über den Etat während der letzten Tage des November wiedergespiegelt hat. Wenn freilich Rickert ruft: „Glückauf zu den angestellten Versuchen!" (mit der zweijährigen Dienstzeit), und wenn er jubelt: „Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß wieder an die Handelspolitik von 1862 angeknüpft wird"; wenn Payer von der süddeutschen Volkspartei dem Reichskanzler dankt für Zerstreuung der Beunruhigungen; wenn Herr von Koscielski seine Anerkennung ausspricht für das Seitens der Regierung den Polen entgegengebrachte Vertrauen; wenn endlich Herr Richter seiner Freude darüber Ausdruck verleiht, daß das Hineinziehen der allerhöchsten Person in die Debatte streng zurückgewiesen wird — so sind das lauter regierungsfreundliche Kundgebungen von solcher Art, wie sie in den Zeiten des alten Courses gänzlich unbekannt waren. Der Artikel lautet:

Zur Lage. Das Ergebniß der Budgetdebatte im Reichstage besteht, was das Verhältniß der Regierung zu den Fractionen betrifft, darin, daß Centrum, Polen und voraussichtlich auch Elsässer als diejenigen Elemente zu betrachten sind, mit deren Unterstützung die Regierung in der nächsten Zukunft zu rechnen haben wird und deren Unterstützung im Reiche wie in Preußen durch Concessionen gesichert werden muß Das Centrum, als eigentliche Regierungspartei, bildet zwar mit seinen Annexen keine Majorität, kann aber auf die Unterstützung der Fortschrittspartei und Socialdemokratie rechnen, soweit diese beiden Fractionen nach ihren Interessen glauben, Vortheil von der jetzigen Regierung zu haben. Es ist dies eine Richtung, die sich im Reichstage schon mit

der Apotheose Windthorst's angekündigt hat. Jedenfalls kann die Fortschrittspartei an dieser Fractionsverbindung nur in der Hoffnung mitwirken, daß sie dadurch nach Auffassung der Regierung in die Kategorie der Vertrauen erweckenden Mitarbeiter früher oder später einrückt. Wenn diese Hoffnung sich nicht bestätigen sollte, so wird nach Maaßgabe der Erkenntniß hiervon natürlich die Unterstützung seitens dieser Partei für die Regierung unsicher werden.

Wie dem auch sei, jedenfalls ergiebt sich aus dem Verhältniß der Regierung zu den Parteien, wie es im Verlaufe der Budgetberathung zu Tage getreten ist, daß eine Abweichung vom alten Cours nothwendig stattfinden muß, weil die Strömung, in der die verschiedenen Bestandtheile der heutigen Majoritätsparteien naturgemäß treiben, eine völlig andere ist, als die frühere. Wir sind der Ansicht, daß zur Beseitigung des Beunruhigungs-Bacillus, von dem neulich im Reichstage die Rede war, eine Beleuchtung der inneren Situation, die sich hieraus ergiebt, noch wirksamer gewesen wäre, als die der auswärtigen Beziehungen. Es ist möglich, daß für das nächste Jahr die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Ueberfalles gegen Deutschland nicht größer sein wird, als bisher; aber wir glauben auch nicht, daß dieser größeren oder geringeren Wahrscheinlichkeit jener Bacillus entsprungen ist. Die Ursache des Krankheitssymptoms liegt vorwiegend in der Unsicherheit der Entwickelung unserer inneren Verhältnisse. So sehen wir mit einiger Besorgniß auf die Ruhe, mit der die bisherigen Gegner der inneren Entwickelung der neuen Wendung in derselben gegenüber stehen, und finden den Grund dieser Ruhe in der Ueberzeugung der reichsfeindlichen Parteien, daß sie in der Lage sind, ihrerseits die weitere Gestaltung der Dinge abzuwarten, und sich die Mühe, ihre Geschäfte selbst zu besorgen, nicht zu geben brauchen.

Was die Schilderung der auswärtigen Situation durch Herrn von Caprivi betrifft, so hat ein Theil der Presse Verwunderung bekundet, daß die „Hamb. Nachr.“ Stillschweigen darüber bewahrt hätten. Wenn letzteres bisher geschehen ist, so ist daraus nicht zu schließen, daß wir nichts darüber zu sagen gehabt hätten. Wir haben uns nur sorgfältig in einer Kritik zurückgehalten, welcher nach Lage der Dinge eine anderweitige Bezugnahme als die auf den verantwortlichen Minister selbst dann hätte untergelegt werden können, wenn der betheiligte Minister eine weitergehende Kritik durch seine Aeußerungen provocirt hätte.

* * *

Die „Germania“ hat sogar an den freundlichen Kundgebungen Anstoß genommen, die dem Fürsten Bismarck bei seinem kurzen Aufenthalt in Ratzeburg bereitet waren. Sie ahnte nicht, daß sie schon im Jahre 1892 viel

Größeres in dieser Hinsicht erleben würde. In den „Hamb. Nachr." vom 4. December (M.-A.) wird zu den Aeußerungen der „Germania" bemerkt:

Die „Germania" bringt über den neulichen Besuch des Fürsten Bismarck in Ratzeburg mehrere Artikel in so bissiger Fassung, daß man nothwendig auf die Vermuthung kommt, sie wolle diesen einfachen Kreistagsvorgang ausbeuten, vielleicht um die Andeutung zu machen, daß einem Unterthan des Königs von Preußen mehr Ehren erwiesen seien, als ihm seiner Stellung nach zukämen. Jedenfalls ziehen wir aus den Artikeln der „Germania" den unwiderleglichen Schluß, daß sich das Blatt und die Leute, die hinter ihm stehen, über die Ratzeburger Kundgebungen geärgert haben.

* * *

Eine Widerlegung von geradezu classischer Schönheit erfahren in derselben Nummer der „Hamb. Nachr." die „Berl. Neuest. Nachr." wegen ihres Versuches, die Gründe für den oben (S. 327f.) erwähnten Vorstoß des „Deutschen Wochenblattes" gegen den Grafen Herbert Bismarck aufzudecken. Da heißt es:

Die „Berl. Neuest. Nachr." veröffentlichen in ihrer Nummer vom 2. December Mittheilungen „von gut unterrichteter Seite" über Ursprung und Zweck des Vorstoßes, der kürzlich gegen den Grafen Herbert Bismarck durch die bekannte Erfindung über dessen Einflußnahme in England zu Ungunsten der Peters'schen Expedition gemacht worden sei. Es wird darin gesagt, bei den beständig und auch in jüngster Zeit wieder in Gang befindlichen Versuchen, eine Wiederannäherung zwischen dem Kaiser und dem vormaligen Reichskanzler herbeizuführen, habe die Frage der Reactivirung des Grafen Herbert Bismarck auf dem Londoner Botschafterposten eine große Rolle gespielt, und der Versuch der Aussöhnung sei bisher hauptsächlich hieran gescheitert; deshalb sei von bismarckfreundlicher Seite der Vorstoß im „Deutschen Wochenblatt" erfolgt, um den Grafen Herbert aus dem Wege zu räumen.

Man wird von uns nicht erwarten, daß wir auf solche Absurditäten ernsthaft eingehen. Wir wollen nur an das Berliner Blatt, das sie druckt und verbreitet, die Frage richten, ob es glaubt, daß es ein Ziel für den Ehrgeiz des Grafen Herbert Bismarck sein könnte, einen Botschafterposten zu übernehmen, auf dem er Instructionen in der Richtung der heutigen Politik zu empfangen hätte? Das hieße ihm als Triebfeder seiner Bestrebungen Stellenjägerei nach gut bezahlten Posten zumuthen ohne Rücksicht auf seine politische Ueberzeugung. Es läge hierin eine unehrliche Verdächtigung eines Mannes, der dazu in seiner politischen Vergangenheit niemals Anlaß gegeben hat. Es mag Beamte genug im Reich und Land geben, welche ihre politische Ueberzeugung

für die Verleihung einer gut bezahlten Stelle opfern, aber wir glauben nicht, daß dergleichen bei einem Manne wie dem Grafen Herbert Bismarck vermuthet werden darf.

* * *

Am 4. December (M.-A.) berühren auch die „Hamb. Nachr." die von uns schon oben (S. 328f.) erwähnte Berliner Correspondenz des „Pester Lloyd" über die Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten Windthorst im März 1890. Das Hamburger Blatt schreibt:

Der „Pester Lloyd" enthält eine Berliner Correspondenz, welche sich mit dem Besuche Windthorst's beim Fürsten Bismarck im März 1890 und der damaligen Krisis beschäftigt. Wir entnehmen daraus das Folgende:

„Am 1. Februar Vormittags hatte bereits jene Audienz des Herrn von Caprivi bei Sr. Majestät dem Kaiser stattgefunden, von welcher angenommen wird, daß sie für die Nachfolgerfrage entscheidend gewesen sei, nachdem schon einige Zeit vorher der Kaiser in Hannover gewesen war und mit Herrn von Caprivi conferirt hatte. Ob Herr Windthorst in Kenntniß dieser Umstände Herrn von Caprivi empfahl, wer kann es wissen? Offenbar aber bekundet seine Empfehlung, daß er die Lage der Dinge richtig taxirte, während der Fürst, selbst als sein Rücktritt schon feststand, über die Nachfolgerfrage noch im Unklaren war und, als er die Ernennung Caprivi's erfuhr, ausgerufen haben soll: Gott sei Dank, also doch nicht der Andere!"

Wir würden in rein historischem Interesse sehr dankbar sein, wenn der Correspondent des ungarischen Blattes den „Anderen" namentlich benannt hätte. Wir haben keine Ahnung, welcher „Andere" gemeint sein kann.

Der „Pester Lloyd" ventilirt auch die Frage einer Cooperation, die zwischen Windthorst und dem Reichskanzler damals geplant worden sei. Andere Blätter haben dies dahin weiter ausgedeutet, daß an eine antikaiserliche Cooperation auf einer der beiden Seiten gedacht worden sei. Die Haltlosigkeit dieser Vermuthung bedarf keines Beweises. Ein kaiserlicher Kanzler kann an keiner antikaiserlichen Operation theilnehmen; kein Oppositionsführer wird das für möglich halten und solche Zumuthung stellen. Wenn überhaupt um jene Zeit eine Cooperation mit dem Centrum in Betracht kam, so konnte dieselbe ausschließlich gegen die Socialdemokratie gerichtet sein und nicht gegen den Kaiser. Aber der Preis für eine Cooperation gegen die Socialdemokratie, welchen der Centrumsführer mit der Herstellung des status quo ante 1870 forderte, ist dem damaligen Reichskanzler zu hoch erschienen.

* * *

Die „Post" theilt in derselben Angelegenheit Folgendes mit:

Zu dem Streit über die letzte Zusammenkunft zwischen Fürst Bismarck und Windthorst geht uns eine Mittheilung zu, deren Gewährsmann, für dessen Zuverlässigkeit wir bürgen können, seine Nachricht jedenfalls aus erster Hand hat.

Da die „Germania" behauptet, die Unterredung des Centrumsführers mit dem Fürsten Bismarck sei, wie alle derartigen Unterredungen, nach gegenseitiger Sondirung von beiden Seiten — um sich keiner Ablehnung auszusetzen — abgehalten worden, so wollen wir ihr mittheilen, daß uns aus bester Quelle bekannt, daß dies in dem fraglichen Falle nicht zutrifft. Herr von Bleichröder, dem dies seit Jahren gestattet war, ließ sich damals bei dem Fürsten direct anmelden, und als er vorgelassen wurde, meldete er Herrn Windthorst, der bereits draußen stand.

Der „Figaro" wußte damals mit erstaunlicher Schnelligkeit zu melden: „Windthorst hat in dieser Unterredung unerhörte Bedingungen (des conditions exorbitantes) gestellt" und traf damit genau das Richtige. Da Windthorst sich als Herr der parlamentarischen Lage fühlte,. konnte er solches ja wohl. Er fand aber bei dem Fürsten nicht das geringste Entgegenkommen.

Noch eine weitere Erinnerung an Dr. Windthorst dürfte gerade jetzt von Interesse sein. Am Tage vor seiner letzten Erkrankung sprach Windthorst einem Collegen im Reichstage ganz positiv seine Ueberzeugung aus, in einem Jahre werde Fürst Bismarck wieder am Ruder sein. Auf die Entgegnung, daß dies unmöglich sei, blieb er fest bei seiner Behauptung und vertheidigte sie energisch.

* * *

Am 30. November (A.=A.) war in der Münchener „Allgem. Ztg." Folgendes zu lesen:

Zu den als „Zeichen der Zeit" zu registrirenden Vorgängen gehört ohne Zweifel auch die Duldsamkeit, welche sich neuerdings dem Entfalten rother Fahnen gegenüber einzubürgern beginnt. So berichtet die „Frankf. Ztg." aus Brandenburg a. H.:

„Durch die Polizeiverordnung vom 15. Mai 1891 ist für die hiesige Stadt das Entfalten rother Fahnen in demonstrativer Absicht verboten. Gelegentlich einer von Socialdemokraten veranstalteten Dampferpartie war auf dem Fahrzeuge eine rothe Fahne aufgerollt worden. Die Polizeibehörde nahm deshalb einen der Veranstalter in Strafe; auf den hiergegen eingelegten Widerspruch erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung, da die Polizeiverordnung nicht als rechtsgültig anzusehen sei. Wenn auch in einzelnen Fällen, in denen eine Demonstration gegen die öffentliche Ordnung beabsichtigt sei, der Polizeibehörde das Recht zustehe, einzuschreiten, so könne doch eine

generelle Bestimmung über das Führen von rothen Fahnen nicht erlassen werden."

Sollte es nicht hohe Zeit sein, einer einreißenden Begriffsverwirrung ein Ziel zu setzen und *gesetzlich* festzustellen, daß derartige Symbole des Umsturzes der Monarchie und der Verfassung, kurzum der Revolution, nicht zu dulden seien? Wenn einmal der Bau einstürzt, wird es zu spät sein, am Fundamente zu bessern.

Die „Frankf. Ztg." erwidert ihrerseits darauf:

„Ungefähr mit den gleichen Worten haben vor 70 Jahren die Metternich und Genossen die schwarz-roth-goldenen Abzeichen und Fahnen gerichtet und das Fundament ihres Staatsbaues damit gerettet gewähnt. Die Geschichte aller Zeiten lehrt, daß ‚derartige Symbole' ihre revolutionäre Bedeutung erst durch polizeiliche oder gesetzliche Verbote erhalten, ihre propagandistische und aufreizende Kraft wächst quadratisch mit den Verfolgungen von Obrigkeits- oder von Rechtswegen. Spreta exolescunt."

Darauf antwortet die „Allgem. Ztg." am 4. December (M.-A.):

Wir glauben, daß die Lehren der Geschichte das gerade Gegentheil erhärten. Umsturzbewegungen haben sich stets nur dann als gefährlich und erfolgreich erwiesen, wenn man ihre langsam aber sicher zersetzende Kraft Jahre lang unbehindert auf die Gemüther wirken ließ in dem thörichten Wahn, daß im letzten Augenblick die ultima ratio regis eine ausreichende Waffe sein werde. Entweder fehlte im entscheidenden Augenblick die Kraft des Entschlusses, oder die Waffe versagte.

Wir sehen in der Duldung der rothen Fahne eine öffentliche Gefahr gegenüber der Thatsache, daß jeder Recrutenjahrgang die Zahl der socialdemokratischen Mannschaften im Heere vermehrt, und daß es dereinst eine um so schwierigere Zumuthung an die jungen Soldaten sein dürfte, die rothe Fahne zu bekämpfen, die ihnen auf Barricaden entgegenweht, wenn man dieses Symbol der Revolution Jahre lang unbehindert durch die Straßen tragen ließ und damit die Massen an die durch dieses Abzeichen repräsentirten Ideen und deren Berechtigung gewöhnte.

Der Vergleich mit dem Schwarz-Roth-Gold der Burschenschaftszeit, den wir bei der sonst schwarz-roth-goldenen Frankfurter Zeitung am wenigsten vermuthet hätten, ist um so hinfälliger, als jene von lautersten idealen Bestrebungen getragen und auf dem Boden einer großen geschichtlichen Vergangenheit erwachsene Bewegung nicht die Zerstörung, sondern die Entfaltung der deutschen Kraft und Herrlichkeit zum Gegenstande hatte und auf die Herstellung eines politisch mächtigen Deutschlands, nicht auf die Zertrümmerung eines solchen gerichtet war. So wenig die sittlich-idealen Bestrebungen, welche damals die Herzen der deutschen Jugend erfüllten, mit den Ideen gemein haben, welchen die

socialdemokratische Agitation von Liebknecht bis Most dient, so wenig kann das schwarz-roth-goldene Banner vergangener Tage mit der rothen Fahne des socialdemokratischen Zukunftsstaates auch nur annähernd in Vergleich gestellt werden. Die ersteren waren einer freiheitlichen Entwickelung, der Herstellung constitutioneller Formen gewidmet, die Socialdemokratie arbeitet nur für ihren dereinstigen Ueberwinder — den Cäsarismus.

* * *

In wie hohem Grade man darauf hoffte und auf der andern Seite befürchtete, daß Fürst Bismarck an der Berathung der Handelsverträge im Reichstage Theil nehmen würde, zeigt folgende gesperrt gedruckte Mittheilung der sonst vorzüglich orientirten Münchener „Allg. Ztg." vom 4. December (A.-A.): „Die Ankunft des Fürsten Bismarck für einen einzigen Tag zu den Verhandluugen über die Handelsverträge gilt in Reichstagskreisen für möglich und wird lebhaft erörtert."

* * *

In der Münchener „Allg. Ztg." vom 4. December (A.-A.) heißt es:

In der „Politischen Correspondenz" des Decemberheftes der „Preußischen Jahrbücher" schreibt der Abgeordnete Delbrück zur Frage der Einführung der zweijährigen Dienstzeit:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit beabsichtigt ist. Indem man ‚Versuchsbataillone' zu dem Zwecke gebildet hat, ist die Frage bereits entschieden. Denn das Problem der Dienstzeit ist nicht von der Art, daß es sich durch ‚Versuche' klären ließe. Für die ‚Besichtigung', Parade, Schießen, Felddienst, Instruction lassen sich unzweifelhaft in zwei Jahren Truppenkörper bilden, die von den jetzigen nicht zu unterscheiden sind. Was den wirklichen Unterschied macht, sind Imponderabilien, moralische Kräfte, die kein Versuch, kein Experiment messen und wägen kann.

„Der ‚Versuch' muß also günstig ausfallen, und wir werden in einiger Zeit die zweijährige Dienstzeit haben, d. h. die Dienstzeit wird für Diejenigen, die jetzt nur 1 Jahr 10 Monat, und die nur 10 Wochen (als Ersatzreservisten) dienen, verlängert, für die Anderen verkürzt werden. Die Cadres müssen zu dem Zweck verstärkt werden, und da auch die Armee selbstverständlich nicht verkleinert werden darf, wird die Aushebung vermehrt. Finanziell bedeutet die Reform einen erheblichen Mehraufwand, während sie von den Liberalen früher in dem Sinne verlangt wurde, daß die Armee dadurch verkleinert und die Kosten verringert werden sollten.

Herr Richter hat in seiner Zeitung bereits angedeutet, auf welche Weise er sich der Bewilligung zu entziehen gedenkt. Er wird verlangen, daß der Reichstag das ‚Recrutencontingent' jährlich bewillige. Darauf wird sich die

Regierung nicht einlassen, und die weitere Entwickelung wird davon abhängen, ob hier ein Compromiß gefunden wird, oder ob die Regierung die Gelegenheit benutzt, die deutschfreisinnige Partei in einem Feldzug analog den Septennatswahlen niederzuschlagen. In beiden Fällen dürfen wir der Zukunft und dem gesunden Sinn des Volkes vertrauen."

Daß die jetzige Regierung sich entschließen sollte, die freisinnige Partei in einem Feldzug „analog den Septennatswahlen" niederzuschlagen, halten wir für ausgeschlossen; ebenso schwer fällt es, die Frage zu bejahen, ob sie es überhaupt mit Erfolg vermöchte. Mit dem Verfasser der obigen Zeilen stimmen wir jedoch darin überein, daß die Versuchsbataillone einen ausschlaggebenden Beitrag zur Entscheidung der Frage der zweijährigen Dienstzeit nicht zu liefern vermögen. Das Problem ist im Frieden vielleicht überhaupt nicht zu lösen, wenn auch die Versuche statt auf wenige Regimenter auf die gesammte deutsche Infanterie ausgedehnt würden; denn die Vorfrage, ob die zweijährige Dienstzeit die große Probe des Ernstfalles zu bestehen vermag, kann im Frieden nicht beantwortet werden.

Es verstößt gegenwärtig allerdings gegen die, sagen wir: Höflichkeit, von der Zeit Kaiser Wilhelm's I. zu reden; die „Nordd. Allg. Ztg." hat dafür neuerdings wiederholt die Bezeichnung „Geschichte einer halbvergessenen Zeit" angewendet, ein Ausdruck, dessen Wiederholung in dem officiösen Organ wohl auf eine ausgegebene Parole hindeutet. Trotzdem erscheint es vielleicht angezeigt, da es in Deutschland noch Leute gibt, welche den Beschwichtigungsversuchen von heute die Erinnerung an die „halbvergessene Zeit" vorziehen, auf die parlamentarischen Kämpfe hinzuweisen, welche um die Frage der Dienstzeit in der Mitte der siebziger Jahre geführt wurden.

Für Kaiser Wilhelm I. war die dreijährige Dienstzeit ein Noli me tangere, Fürst Bismarck, Roon und Moltke haben sie mit beredtesten Worten vertheidigt, das preußische Generalstabswerk von 1866 führte die Niederlagen der süddeutschen Truppen zum nicht geringen Theil auf die zu kurze Dienstzeit und in Folge dessen mangelhafte Ausbildung und innere Geschlossenheit zurück; es würde nicht ohne Interesse sein, die Schüler und Nachfolger Moltke's und Roon's zwanzig Jahre später das Gegentheil beweisen zu sehen. Aber einstweilen glauben wir noch, daß es sich auch hierbei nur um Anläufe und Versuche handelt, die im Sande stecken bleiben. Die zweijährige Dienstzeit stößt in der Armee selbst auf einen so lebhaften Widerspruch, daß dieser auch durch die „Versuchs-Bataillone" schwerlich beseitigt werden wird, und im Reichstage dürfte man die Zuthaten, mit welchen diese Schüssel servirt werden muß, doch zu kostspielig finden.

Gerade in diesem Augenblick veröffentlicht das Decemberheft der „Deutschen Revue“ in den Mittheilungen aus dem Leben des Grafen Roon einen Brief desselben von 4. Februar 1874 (nach seinem Rücktritt):

„ . . . der König kann in Betreff der Dienstzeit garnicht nachgeben, ohne sich, seine Minister und seine militärischen Grundsätze im Hinblick auf die Vergangenheit an den Pranger zu stellen — ganz abgesehen von der technischen Unzweckmäßigkeit und Verkehrtheit.“

* * *

Am 5. December (M.-A.) enthalten die „Hamb. Nachr.“ folgenden Artikel:

Socialdemokrat und Unterofficier. Der Abgeordnete Bebel hat in der Reichstagssitzung vom 28. November auf die Bemerkungen Bezug genommen, die neulich in den „Hamb. Nachr.“ über die Gefahr der Socialisirung des Unterofficiercorps gemacht worden sind. Der socialistische Führer hat abgeleugnet, was an dieser Stelle gesagt worden war: daß die Socialdemokratie unablässig bemüht sei, die Unterofficiere für sich zu gewinnen, damit unter deren Leitung die Soldaten für den Fall der Bekämpfung eines socialdemokratischen Aufstandes in die Luft schössen. „Wo haben wir versucht, in die Armee zu dringen? Das thun wir schon aus Klugheit nicht!“ rief Herr Bebel aus. Die Ableugnung ist sehr begreiflich; sie erfolgt, um der socialdemokratischen Partei die bessere Meinung zu sichern, die ihr unter dem neuen Regime entgegengebracht wird, und um die bürgerliche Gesellschaft in Sicherheit zu wiegen.

Viel Erfolg wird die Bebel'sche Ableugnung freilich nicht haben. Ein Verzicht der Socialdemokratie auf die Bearbeitung der Armee wäre ein Verzicht auf die Ausführung ihres Programms überhaupt; außerdem kann Jedermann, der Gelegenheit hat, sich mit Angehörigen von Leuten, die als Unterofficiere in der Armee dienen, zu unterhalten, die erstaunlichsten Berichte über den Umfang der socialistischen Propaganda im Unterofficierstande vernehmen. Herr Bebel hat erklärt: „Wir rathen allen Parteigenossen, die eingezogen werden: So lange du in des Königs Rock steckst, halte den Mund und verrathe nicht, daß du Socialdemokrat bist.“ Herr Bebel hat vergessen hinzuzufügen: „Und bleibe in des Königs Rock, bis du Unterofficier bist, und bleibe dann Unterofficier!“ Dies Mittel, Einfluß auf die Haltung des Unterofficiercorps zu gewinnen, läuft parallel mit der socialistischen Bearbeitung der Unterofficiere überhaupt. Wie weit sie bereits von Erfolg gewesen ist, läßt sich schwer feststellen; es fragt sich nur, was geschehen kann, um den Gefahren, die sich aus diesen socialistischen Einwirkungen ergeben, zu begegnen.

Die ausgedienten Unterofficiere, die sich in Civilversorgung befinden, als untere Postbeamte, Schutzleute, Kanzleidiener u s. w., gehören in erheblichem Antheile schon längst zur Socialdemokratie, nicht weil sie durchdrungen wären von den Segnungen, die ihnen aus dem socialdemokratischen Regiment erwachsen würden, sondern weil sie glauben, auf Verbesserung ihrer Lage indirect hinzuwirken, indem sie ihre Unzufriedenheit mit ihrer bisherigen Stellung und ihrem Gehalte in dieser Weise documentiren. Ihre Hingabe an die Socialdemokratie hat keinen anderen Grund; sie sind weit entfernt, Verständniß für die Vorzüge des socialdemokratischen Zukunftsstaates zu haben und nach der Verwirklichung desselben aus eigener Ueberzeugung zu streben. Sie benutzen den Wahlact lediglich als Gelegenheit, ihrer persönlichen Unzufriedenheit, ihrem Wunsche nach Verbesserung ihrer Lage Ausdruck zu geben.

Wenn bisher die versorgten Unterofficiere in dieser Richtung bei den Wahlen abstimmten, so fragt es sich, ob die noch in der Front befindlichen Unterofficiere, welche ihrerseits keine Gelegenheit haben, ihre Mißstimmung in Gestalt eines Wahlzettels in die Urne zu werfen und ihr dadurch Genüge zu thun, ob diese activen Unterofficiere nicht ebenfalls der Ueberzeugung zugänglich sind, daß die Arbeitsleistung, die sie dem Staat widmen, höhere Anerkennung als die bisherige verdiene. Wir halten dies für wahrscheinlich namentlich bei den durch unsere militairischen Einrichtungen von Jahr zu Jahr steigenden Anforderungen, welche an die Thätigkeit dieser tüchtigen und in der Regel in der ersten Veranlagung staatstreuen Mitglieder der Armee gestellt werden. Es sind ihnen bereits Verbesserungen ihrer Lage zu Theil geworden. Ob dieselben als ausreichend betrachtet werden dürfen, um die Unterofficiere gegen socialdemokratische Bearbeitung fest zu machen, mag dahin gestellt sein. Unzweifelhaft aber ist, daß die Gewinnung des Unterofficierstandes für die socialdemokratische Sache von hoher Wichtigkeit für den Fall sein muß, daß es zu gewaltthätigen Conflicten des Staates mit der socialistischen Umsturzpartei kommen sollte.

* * *

Schon im Jahre 1891 wurde der Versuch unternommen, diejenigen Artikel der „Hamb. Nachr.“, die in irgend einer Weise auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen zu sein scheinen, zu sammeln. In der zweiten Hälfte des Novembers erschien die unten genannte Schrift des auf dem Gebiete der Zeitgeschichte sehr wohl bewanderten Dr. Karl Wippermann. Es ist ihm aber bei seiner Auswahl ergangen, wie fast der gesammten gleichzeitigen Tagespresse, daß er auch solche Artikel auf Bismarck'sche Informationen zurückführte, die im günstigsten Falle nur der Feder des „hanseatischen Interpreten“ des

Fürsten Bismarck entstammten. Die „Hamb. Nachr." äußern am 5. December (M.-A.) über die Schrift:

Unter dem Titel „Fürst Bismarck im Ruhestande" ist kürzlich im Walther Zimmermann'schen Verlage (Berlin) eine „Sammlung von Kundgebungen über den Rücktritt des Fürsten Bismarck, der Berichte über politische Gespräche desselben, sowie der auf seine Eingebungen zurückgeführten oder in seinem Sinne erfolgten Veröffentlichungen", herausgegeben von Dr. Karl Wippermann, erschienen. Das umfangreiche Werk enthält zum großen Theile Abdrücke von Artikeln der „Hamburger Nachrichten". Wir sind dem Herausgeber des Buches dankbar für die Reproduction so zahlreicher unserer Publicationen, möchten aber bemerken, daß wir für viele derselben das Verdienst der Urheberschaft für unsere Redaction in Anspruch nehmen müssen. Fürst Bismarck ist an den betreffenden Artikeln doch nicht in dem Umfange betheiligt, wie die Herausgeber des Buches annehmen.

* * *

Die „Neue Deutsche Zeitung" veröffentlich Anfang December mit Bezug auf die Rede des Reichskanzlers im Reichstage vom 27. November einen Artikel: „Herr von Caprivi und der Beunruhigungsbacillus". Wir theilen daraus folgende Stellen mit, ohne sie im einzelnen vertreten zu wollen, als Beitrag zur Beurtheilung im deutschen Volke bestehender Anschauungen und Stimmungen. Das Leipziger Blatt schreibt:

Der Reichskanzler General von Caprivi hat Angesichts der wachsenden Verstimmung im Reiche über die Politik des „neuen Courses" das sehr begreifliche Bedürfniß empfunden, seine bisherige Thätigkeit vor der deutschen Nation zu rechtfertigen. Er hat erklärt, daß „Zeitungsschreiber" ihn nicht beunruhigen, und daß er wünsche, diese Zeitungsschreiber möchten sich auch nicht um ihn beunruhigen.

Es thut uns leid, diesem Wunsche des Herrn Reichskanzlers nicht willfahren zu können. So lange Herr von Caprivi deutscher Reichskanzler ist und keine besseren Beweise für seine Befähigung, die Politik des Deutschen Reiches zu leiten, als bisher beibringt, so lange werden wir uns darüber beunruhigen müssen, seine Person an der Spitze der Reichsgeschäfte zu sehen.

An positiven Mittheilungen hat die Rede zunächst die Erklärung gebracht, daß Herr von Caprivi noch nicht amtsmüde sei. Wir registriren einerseits diese Erklärung mit Bedauern, wie wir andererseits unser Erstaunen über die Gesammtauffassung seiner Stellung als Reichskanzler, die er in den Worten: „Ich stehe hier auf Weisung meines allergnädigsten Herrn und werde hier so lange stehen bleiben, als es Seiner Majestät gefallen wird" kennzeichnet, nicht unterdrücken können. Diese macht der soldatischen Disciplin des Herrn

von Caprivi alle Ehre, entspricht aber schwerlich den verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten des deutschen Reichskanzlers, von den Anschauungen selbstständiger Politiker und charaktervoller Männer gar nicht zu reden.

Im Vergleich zu dieser Auffassung ist der ehemalige Minister von Goßler geradezu ein Revolutionair gewesen, mußte der Kaiser ihm doch auf das Bildniß, das er ihm schenkte, die Mahnung schreiben: sic volo, sic jubeo, um ihn zum Gehorsam zu bringen! —

Alsdann hat Herr von Caprivi mit einem Stolze, dessen Berechtigung wir zu prüfen noch nicht im Stande sind, hervorgehoben, daß er das Zustandebringen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien als die zwar einzige, aber deshalb um so bedeutsamere und lobenswerthere positive That seiner anderthalbjährigen Regierung anerkannt und gefeiert wissen wolle. Da wir über den Umfang und die Bedeutung dieser „That", wie Herr von Caprivi selbst ankündigte, erst in der zweiten Hälfte des December amtlichen Aufschluß im Reichstage erhalten werden, so wäre es müßig, schon heute über sie abzuurtheilen. Gerade in dieser „That" liegt ein Hauptgrund der Beunruhigung, die durch die deutsche Nation geht.

Direct unrichtig aber ist es, wenn Herr von Caprivi gleichzeitig seine Meinung dahin ausgesprochen hat, daß die gegenwärtige Regierung „durch ihre Handlungen" zu Vorwürfen keinen Anlaß gegeben habe. Und ebenso unrichtig ist die weitere Behauptung des Reichskanzlers, daß Niemand mit einem „brauchbaren Rathschlage" oder mit einer „Anweisung für einen gangbaren Weg" an ihn herangetreten sei. Das Letztere ist nicht nur in der nationalen Presse, sondern auch, wie wir wissen, in Zusendungen an den Reichskanzler wiederholt geschehen, und was die „Handlungen" der Regierung anbetrifft, so weit von solchen in der Politik des neuen Courses überhaupt die Rede sein kann, so verhält es sich mit ihnen genau so, wie mit den bereits erwähnten Handelsvertrags-Verhandlungen.

Wenn Herr von Caprivi sich von der zweiten Reise des Kaisers nach Rußland für sehr befriedigt erklärt, so bleiben wir dabei, gestützt auf eine genaue Kenntniß der russischen Politik und des russischen Charakters, daß diese Reise ein schwerer politischer Fehler war; und wenn Herr von Caprivi versichert, daß der „Verkehr" der beiden Monarchen sich so günstig wie möglich gestaltet habe, so sind wir in der Lage, von den Aeußerungen der russischen Presse ganz abgesehen, dieser Versicherung eine Anzahl von direct entgegengesetzten Meldungen aus sehr glaubwürdiger und dem russischen Hofe nahestehender Quelle entgegenzuhalten. Was Herr von Caprivi weiter über die russisch-französische Verbrüderung in Kronstadt und die Stimmung und Lage in Rußland und Frankreich gesagt hat, entspricht nur zum Theil den Thatsachen und ist nichts weiter als der Ausfluß eines nur allzukurzsichtigen Optimismus.

Was wir dem jetzigen Berliner Cabinet in erster Linie vorwerfen, das ist der absolute Mangel einer thatkräftigen Politik der Initiative von nationaler Grundlage aus mit nationalen Zielen; daher allein kommt der „Beunruhigungs-Bacillus“. Herr von Caprivi hat mit einer für einen deutschen Reichskanzler geradezu beispiellosen Naivetät offen zugegeben, daß er nicht das Handeln im Interesse des Deutschen Reiches, sondern das Geschehen- und Sich-treibenlassen für den obersten Grundsatz eines Politikers halte. Er hat wörtlich gesagt: „Eine günstige Constellation in Europa hat es veranlaßt, daß wir überhaupt wenig Verhandlungen (in der auswärtigen Politik) gehabt haben; die Dinge sind einfach — verlaufen!“ Dieses Eingeständniß ist für die Beurtheilung der Politik genau so werthvoll, wie es die Osnabrücker Reden sind, und der Abgeordnete Bebel hat ganz Recht, wenn er am Sonnabend im Reichstage erklärte, der kurze Sinn der Rede des Reichskanzlers sei gewesen: Es geht auch so weiter! Wir aber erlauben uns die bescheidene Frage, was wohl aus dem Deutschen Reiche werden wird, wenn die Reichsregierung fortfährt, die Dinge einfach „verlaufen“ zu lassen?

Wird in diesem Artikel die Rede des neuen Reichskanzlers von einem Politiker (offenbar ist der Deutsch-Russe Erwin Bauer der Verfasser) scharf kritisirt, so im Folgenden nicht minder scharf von militairischer Seite — doppelt unangenehm für den „Kanzler-General“! — in der in Wien erscheinenden „Reichswehr“:

Das Schwergewicht seiner Darlegung legte General von Caprivi auf den Pessimismus in militairischen Dingen, der die öffentliche Meinung Deutschlands zu beherrschen beginnt. Wir können unmöglich der Ansicht beipflichten, daß dieser Pessimismus keine andere Quelle habe, als die subjective und, wie von Caprivi meint, grundfalsche Ansicht einiger pensionirter Officiere, die in deutschen Zeitungen über militairische Fragen schreiben. Die Aeußerungen dieser militairischen Publicisten mögen mitunter recht unbequem sein, aber es ist undenkbar, daß solche Zeitungsartikel den „Beunruhigungs-Bacillus“ zu züchten und im deutschen Volke epidemisch zu verbreiten vermöchten, wenn — in den thatsächlichen Verhältnissen nicht die Vorbedingungen für das Entstehen und Gedeihen der Beunruhigungen gegeben wären.

Anderseits ist es eine seltsame und nicht ganz unbedenkliche Lehrmeinung, die öffentliche Discussion militairischer Fragen sei ganz unnütz und dürfe von oben herab bespöttelt werden, da ein richtiges Urtheil in solchen Fragen doch nur die Regierung, die Kriegs-Verwaltung haben könne. Wir meinen, daß man die öffentliche Discussion militairischer Fragen und die sachliche Kritik weder überschätzen noch unterschätzen sollte. Diese Discussion und Kritik allein macht nie und nirgends dauernd öffentliche Meinung, sie bildet stets nur das begleitende und erklärende Wort zu den thatsächlichen Erscheinungen;

sie ist aber eben deshalb auch mehr als leerer Schall und unnützes Geschwätz, denn ihre Wirkung liegt in der Bewegung, Reibung und Klärung der verschiedenen Ansichten. Ohne solche Discussion und Kritik bliebe freilich die maßgebende Anschauung der leitenden militairischen Kreise stets unberührt in bequemer Selbstherrlichkeit bestehen, aber es fehlte dann auch das gesunde Correctiv, welches naturgemäß jede öffentliche und sachliche Kritik ausübt ...

Was der deutsche Reichskanzler über die zweijährige Dienstzeit sagte, scheint uns eher geeignet, auf eine künstlich hervorgerufene Beunruhigung hinzuweisen, als die Discussion militairischer Fragen seitens der Presse. Der Geist des Experimentirens ist es, der diese Beunruhigung hervorruft. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit ist unreif, aber man will sie durchaus als frühreife Frucht pflücken. Es ist eine sehr richtige Empfindung, die immer mehr und immer allgemeiner das deutsche Volk beherrscht, daß durch die Annahme der zweijährigen Dienstzeit eine ganz neue Basis für die erprobte Heerverfassung des Deutschen Reiches geschaffen werden müßte, von der kein Mensch zu sagen weiß, ob sie sich als tragfähig erweisen wird oder nicht.

Gerade in Deutschland hat man einige Ursache, bezüglich der militairischen Institutionen einer conservativen Anschauung zu huldigen und dem nervösen, hastenden Fortschritt, der zumeist auf ein Experiment hinausläuft, zu mißtrauen. Die Intentionen der Reichsregierung in militairischen Fragen sind schwankend geworden, zu Extremen hinneigend, das Ungewöhnliche und Kühne begünstigend und nährend. Darin liegt eine Quelle unnöthiger Beunruhigung. Das stete Bestreben von Grund auf zu reformiren, muß wohl die Meinung wecken, es sei gar Vieles reformbedürftig im deutschen Heere ...

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 5. December (A.-A.) berichten:

Zu dem Thema „Fürst Bismarck und Windthorst" wird dem „Hann. Cour." aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß gelegentlich seiner Anwesenheit in Ratzeburg am vorigen Montag Fürst Bismarck gesprächsweise etwa folgende Aeußerungen gethan habe, als die Rede zufällig auf Windthorst gekommen sei:

„Die Zeitungen berichten jetzt so viel über meine Beziehungen als Reichskanzler zu Windthorst. Einige fälschliche Darstellungen behaupten sogar, ich hätte denselben gegen die socialen Pläne des Kaisers gewinnen wollen. Das ist natürlich ganz undenkbar. Wenn von einer Verbindung mit Windthorst überhaupt hätte die Rede sein können, so hätte eine solche nur den Kampf gegen die Socialdemokratie zum Zweck haben können. Nach den Neuwahlen im Februar 1890 war es freilich für mich als Reichskanzler selbstverständlich von Wichtigkeit, über die Stellung des Centrums und seines Parteiführers der Socialdemokratie gegenüber

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Register.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig. 11108.